ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.)

Research Report

Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung. Jahresgutachten 1985/86

Jahresgutachten, No. 1985/86

Provided in Cooperation with:
German Council of Economic Experts

Suggested Citation: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1985) : Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung. Jahresgutachten 1985/86, Jahresgutachten, No. 1985/86, Bundestag, Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/75269

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/4295 A

22. 11. 85

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967[1]) legt der Sachverständigenrat sein zweiundzwanzigstes Jahresgutachten vor[2]).

2. Der Aufschwung in der Bundesrepublik entfaltet sich auf solider Basis. Expansion bei Stabilität — das ist der Weg, zu dem alle, nicht nur die Wirtschaftspolitik, in den letzten Jahren beigetragen haben. Einfach war es nicht, ihn zu erreichen. Weil die beschäftigungspolitischen Erfolge auf sich warten ließen, kam verständlicherweise Ungeduld auf. Nun, da sich die gesamtwirtschaftlichen Verspannungen mehr und mehr gelöst haben, ist der Aufschwung der Beschäftigung in Gang gekommen. In diesem Jahr haben 200 000 Menschen zusätzlich Arbeit gefunden. Wir sind zuversichtlich, daß sich der Beschäftigungsanstieg weiter fortsetzen wird — aber nur bei Stabilität der Preise und der Kosten. Wir setzen Vertrauen in eine Lohnpolitik, die sich mehr von den unerfüllten Erwerbs-

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14(42) — 600 06 — Gu 22/85 — vom 22. November 1985 gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

wünschen der Arbeitslosen leiten läßt als von dem Drängen auf schnellere Einkommensverbesserung von seiten derjenigen, die schon einen Arbeitsplatz besitzen. Das Risiko, daß dies bei der nächsten Lohnrunde aus dem Blick gerät, schätzen wir nicht gering ein. Wir setzen auch darauf, daß sich — befördert durch intensiveren internationalen Wettbewerb — die Annäherung an Geldwertstabilität fortsetzen wird. So ist auch bei zurückhaltender Lohnpolitik eine deutliche Verbesserung der realen Arbeitnehmereinkommen möglich.

Den wirtschaftlichen Gesamterfolg eines Jahres zeigt die Veränderung des realen Sozialprodukts nicht vollständig an. Hinzuzurechnen ist der außenwirtschaftliche Kaufkraftgewinn der D-Mark. Im nächsten Jahr könnte er, unseren Schätzungen zufolge, deutlich höher sein als 1985. Wir erwarten, daß der Zuwachs beim Realwert der Einkommen in der Volkswirtschaft noch über dem der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 3 vH liegen wird. Das ist ein Ertrag, der bei niedrigeren Preissteigerungen allen in der Form höherer Realeinkommenssteigerungen zugute kommt.

Der Weg, der in der Bundesrepublik beschritten wird, findet auch international zunehmend Anerkennung. Nach unserem Eindruck haben sich die Gemeinsamkeiten in den wirtschaftspolitischen Grundurteilen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, aber auch in anderen Ländern, weiter gefestigt.

Wir haben uns in diesem Gutachten ausführlich mit anderen wirtschaftspolitischen Vorstellungen auseinandergesetzt. Die Grundlinie der Wirtschaftspolitik im Lichte neuer Argumente zu überdenken und sie weiter fortzuentwickeln, erfordert eine Diskussion ohne Vorurteile. Diese setzt nicht nur eine gründliche Diagnose voraus, sie lebt davon, daß Gemeinsamkeiten ausgelotet und Unterschiede in der Sache klar herausgearbeitet werden. Der Sachverständigenrat sieht eine Aufgabe darin, hierzu einen Beitrag zu leisten.

Die Idee, daß es bei einem Zusammenwirken aller zu schaffen ist, den gewaltigen Problemen der Arbeitslosigkeit in beharrlichen kleinen Schritten beizukommen, durchzieht unser Jahresgutachten wie ein roter Faden. Wirtschaftspolitik vermag viel. Indem sie für günstige Rahmenbedingungen und für dynamischen Wettbewerb sorgt, schafft sie die Voraussetzungen dafür, daß sich die marktwirtschaftlichen Kräfte entfalten und das zu einem hohen Beschäftigungsstand passende Wirtschaftswachstum hervorbringen können. Entscheidend ist letzten Endes freilich immer die Einstellung der Menschen zu wirtschaftlicher Leistung. In einer Gesellschaft, die Wohlstand in einem früher kaum vorstellbaren Maße erreicht hat, mag nicht wenigen das Bewahren des erreichten Wohlstands vor dessen weiterer Steigerung gehen. In der Wirtschaft kann es ein Festhalten am Erreichten aber nicht geben. Wohlstand und soziale Sicherheit müssen immer aufs Neue erarbeitet werden, durch die Bereitschaft zu wirtschaftlicher Leistung und durch die Bereitschaft, Neues zu wagen.

3. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Olaf Sievert, Saarbrücken, am 28. Februar 1985 aus dem Sachverständigenrat aus. Er hat dem Rat seit dem 1. Mai 1970 angehört und war vom 1. März 1976 bis zu seinem Ausscheiden dessen Vorsitzender.

Professor Sievert hat die Arbeit des Sachverständigenrates in hohem Maße geprägt. Dies gilt in erster Linie für seinen konzeptionellen Beitrag. Analytisches Denken verbunden mit wirtschaftspolitischem Urteil haben ihn in der Auseinandersetzung um die ihn bewegende Sache der wissenschaftlichen Beratung der Politik ausgezeichnet.

Zum Nachfolger von Professor Sievert wurde Professor Dr. Helmut Hesse, Göttingen, durch den Bundespräsidenten für fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

Der Sachverständigenrat wählte Professor Dr. Hans Karl Schneider, Köln, zu seinem neuen Vorsitzenden.

Wir bedauern es sehr, daß unser Kollege Professor Dr. Dieter Mertens Ende August erkrankte und deshalb an diesem Jahresgutachten nicht mitwirken konnte.

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterte eine Anhörung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften führte der Rat Gespräche über die wirtschaftlichen Probleme der Gemeinschaft. Der Vorsitzende hatte Gelegenheit zu einem ausgiebigen Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des amerikanischen Council of Economic Advisers.

5. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Professor Dr. Wolfgang Kirner, Berlin, und Professor Dr. Jürgen Kromphardt, Berlin, standen uns für eine Diskussion über Vorschläge und Programme einer anderen Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung. Mit Professor Dr. Heinz Lampert, Augsburg, hat der Sachverständigenrat Möglichkeiten einer Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse erörtert. Mit Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker, Bern, und Privatdozent Dr. Günter Knieps,

Bern, hat der Rat am Beispiel der Telekommunikation diskutiert, welche Hindernisse dynamischem Wettbewerb durch überkommene Marktregulierungen im Wege stehen und wie diese durch eine Politik der Marktöffnung beseitigt werden können. Professor Dr. Hellmuth St. Seidenfus, Münster, hat uns wertvolle Anregungen zu den Fragen einer Deregulierung des Straßengüterverkehrs vermittelt. Über Möglichkeiten zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs im Gesundheitswesen führte der Sachverständigenrat mit Professor Dr. Frank E. Münnich, Tutzing, ein Gespräch. Diplom-Volkswirt Helmut Wienert, Essen, half dem Sachverständigenrat mit einer Ausarbeitung zur aktuellen Lage auf dem europäischen Stahlmarkt.

6. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns wieder die Ergebnisse seiner Umfrage bei den Kammern zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen erleichtert.

7. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Dr. Hans J. Barth, Basel, Dr. Hans-Hagen Härtel, Hamburg, Professor Dr. Otmar Issing, Würzburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt ein besonderer Dank des Sachverständigenrates.

8. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben den Sachverständigenrat auch in diesem Jahr bei seinen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und wertvolles empirisches Material aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Bei seinen Analysen der internationalen Wirtschaftslage hat der Sachverständigenrat auch durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften Unterstützung erhalten.

9. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Neben dem Leiter, Herrn Ltd. Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und seinem Stellvertreter, Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler, haben als ständige Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Regierungsinspektorin Barbara Gutzmann, Herr Friedrich Egli, Herr Klaus-Peter Klein und Herr Peter Leonhardt den Rat mit Tatkraft und Anregungen unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

10. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Dr. Werner Graßl, Dr. Hans Jäckel, Diplom-Volkswirt Thomas Koch, Dr. Jürgen Pfister, Dr. Rolf Schneider, Diplom-Volkswirt Gerhard Ziebarth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Ernst-Moritz Lipp, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 19. November 1985

Ernst Helmstädter **Helmut Hesse** **Dieter Pohmer** **Hans Karl Schneider**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung ... 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage ... 15

Teil A: Der internationale Rahmen ... 15
I. Risiken für die Fortdauer des Aufschwungs größer ... 15
II. Vereinigte Staaten: Belastung durch Ungleichgewichte nimmt zu ... 17
III. Labile Devisenmärkte, schwelende Verschuldungskrise ... 21
IV. Fernöstliche Wachstumszentren im Fahrwasser der amerikanischen Konjunktur ... 26
V. Aufschwung in Europa noch immer verhalten ... 26
VI. Europäische Gemeinschaft: Alte Probleme, neue Mitglieder ... 33

Teil B: Die Binnenkonjunktur im Jahre 1985 ... 41
I. Überblick ... 41
II. Gespaltener Aufschwung ... 43
Starker Anstieg der Investitionen ... 43
Außenwirtschaftliche Erfolge ... 50
Schwacher privater Verbrauch — Wohnungsbau unter Anpassungsdruck ... 52
Verhaltene Nachfrage des Staates ... 56
Bessere Auslastung der Kapazitäten ... 57
III. Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit trotz steigender Beschäftigung ... 58
Mehr Bewegung am Arbeitsmarkt ... 58
Zur Struktur der Arbeitslosigkeit ... 61
Zur besonderen Situation der Frau am Arbeitsmarkt ... 66
IV. Geldpolitik: Weiter auf Stabilisierungskurs ... 67
Schwächere Expansion der Zentralbankgeldmenge ... 67
Neue Feinsteuerung am Geldmarkt ... 72
Zinssenkungsspielräume von der außenwirtschaftlichen Seite ... 74
Schwache monetäre Expansion ... 76
V. Öffentliche Haushalte: Gute Gesamtlage — schlechte Struktur ... 78
Fortgesetzter Defizitabbau ... 78
Abnehmender konjunktureller Impuls ... 81
Die Haushaltskonsolidierung im Rückblick ... 86
VI. Fortschreitende Internationalisierung der deutschen Wirtschaft ... 96
Zunehmende Integration der Gütermärkte ... 96
Zunehmende internationale Verflechtung der Finanzmärkte ... 98

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1986 ... 99
I. Die Ausgangslage ... 99
II. Die Annahmen der Prognose ... 100
III. Die Weltkonjunktur im Jahre 1986 ... 100
IV. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur ... 103

Seite

Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1986 und danach 112

Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten 112

I. Ziele und Wirklichkeit 112

II. Den Anstieg der Beschäftigung sichern 115

Mehr Arbeitsplätze durch mehr Investitionen 115

Geldpolitik: Raum geben für stabilitätsgerechtes Wachstum 116

Finanzpolitik: Wachstumshemmnisse abbauen 117

Lohnpolitik: Stabile Lohnstückkosten — verstärkte Lohndifferenzierung 117

Für bessere Rahmenbedingungen und mehr dynamischen Wettbewerb 118

Wettbewerbsorientierte Innovationspolitik 119

Marktöffnung 119

Wachstum bei Stabilität: auch Vorteile für die Partnerländer 120

III. Brauchen wir eine andere Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? 121

Wichtige Kennzeichen der anderen Vorstellungen 121

Worin wir mit den Befürwortern einer anderen Wirtschaftspolitik übereinstimmen 123

Worin wir mit den Befürwortern einer anderen Wirtschaftspolitik nicht übereinstimmen 123

Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen 128

I. Geld- und Währungspolitik 128

II. Finanzpolitik 133

Konsolidierungspause 1986 134

Subventionsabbau nicht noch weiter vertagen 135

Mittelfristige Perspektiven 136

Handlungsspielraum richtig nutzen 138

Steuerreform vorbereiten 138

III. Tarifpolitik 143

Die Rolle der Lohnpolitik im Aufschwung 143

Unzureichende Lohndifferenzierung 145

Erste Erfahrungen mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit ... 147

IV. Arbeitsmarktpolitik 150

Teil C: Wettbewerb und Marktöffnung 152

I. Dynamischer Wettbewerb, Innovation, Marktöffnung 152

Individuelles Handeln im Wettbewerbsprozeß 152

Dynamischer Wettbewerb und Innovationspolitik 154

Mehr dynamischer Wettbewerb durch die Politik der Marktöffnung (Deregulierung) 156

Marktöffnung beim Straßengüterverkehr 157

Marktöffnung bei der Telekommunikation 160

II. Stahlpolitik: Kein Schritt voran 163

III. Gesundheitspolitik: Wege zu einer Reform 166

Ausgabenexpansion und Kostendämpfungspolitik 166

Ausgabenbegrenzung im Konflikt mit der Wachstumsdynamik ... 168

Zur Sanierung des Gesundheitswesens 170

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 179

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 181

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 182

IV. Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985" 184

V. Brief des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes vom 6. November 1985: „Zu Deflationierungsmethoden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen" 192

VI. Methodische Erläuterungen 194

VII. Statistischer Anhang 203

Sachregister 313

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Zur Konjunkturentwicklung in den Vereinigten Staaten	18
2	Entwicklung des Außenwerts ausgewählter Währungen	22
3	Reale Außenwerte wichtiger Währungen	24
4	Industrieproduktion ausgewählter Länder	28
5	Beschäftigungsentwicklung in Europa	29
6	Verbraucherpreise in Europa	31
7	Realzins in ausgewählten Ländern	32
8	Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern	44
9	Zur Gewinnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe	45
10	Gewinnmarge und Investitionen	46
11	Reallohnposition und Zinskosteneffekt	48
12	Eigene Finanzierungsmittel und Bruttoinvestitionen	49
13	Zur Entwicklung des Außenhandels	50
14	Weltausfuhr und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland	50
15	Saldo der Leistungsbilanz	52
16	Verfügbares Einkommen und privater Verbauch	55
17	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	57
18	Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	59
19	Zum Arbeitsmarkt	65
20	Zur Zielvorgabe der Bundesbank	68
21	Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates	69
22	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes	71
23	Geldmarktoperationen und Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank	72
24	Entwicklung ausgewählter Zinsen	74
25	Zur Entwicklung des Geldvolumens	75
26	Kredite an inländische Nichtbanken	76
27	Konsolidierung, Sozialprodukt, Preise	86
28	Ausgaben- und Einnahmensteigerungen der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden	87
29	Ausgaben des Staates	88
30	Zur Entwicklung der Sozialleistungsquoten des Staates	90
31	Belastungsverschiebungen durch Eingriffe in die Sozialversicherung	91
32	Sozialprodukt und wichtige Komponenten	103

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	16
2	Abgabenbelastung für ausgewählte Haushaltseinkommen in den Vereinigten Staaten	21
3	Zur wirtschaftlichen Situation in hoch verschuldeten Entwicklungsländern	25
4	Zum Europäischen Währungssystem	35
5	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	36
6	Zur Entwicklung der Reallohnposition	47
7	Zur Entwicklung der Lohnquote	53
8	Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	54
9	Wichtige einkommenspolitische Ereignisse	58
10	Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	61
11	Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen	62
12	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	63
13	Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt	64
14	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	70
15	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	73
16	Emission und Erwerb von Wertpapieren	77
17	Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern	78
18	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	79
19	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach Ebenen	80
20	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	82
21	Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	84
22	Subventionen des Staates	87
23	Beitragssätze zur Sozialversicherung	92
24	Rentenniveau	93
25	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	94
26	Offenheitsgrade ausgewählter Länder	97
27	Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	102
28	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	106
29	Einnahmen und Ausgaben des Staates	109
30	Zur mittelfristigen Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften	137
31	Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	146
32	Zur finanziellen Situation im Gesundheitswesen	167
33	Wichtige gesundheitspolitische Maßnahmen	175

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	209
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	210
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	211
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	212
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	213
6*	Zur Entwicklung der Lohnkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern	214
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	215
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	216
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	217
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	218
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	220
12*	Wechselkurse	221
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	222
14*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	224
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	226
16*	Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	227
17*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	228
18*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	230
19*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	231
20*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	232
21*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	234
22*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	238
23*	Verteilung des Volkseinkommens	240
24*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	241
25*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	242
26*	Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	243
27*	Verwendung des Sozialprodukts	244
28*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	248
29*	Bruttoinvestitionen	250
30*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	252
31*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	254
32*	Käufe der privaten Haushalte im Inland	256
33*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	257
34*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	258
35*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	262
36*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	264
37*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	265
38*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	266
39*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	268
40*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	270

Seite

41* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ... 271

42* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 274

43* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe ... 277

44* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 278

45* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 280

46* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 281

47* Baugenehmigungen ... 282

48* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ... 283

49* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ... 285

50* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe ... 286

51* Einzelhandelsumsatz ... 287

52* Zahlungsbilanz ... 288

53* Kapitalverkehr mit dem Ausland ... 290

54* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte ... 292

55* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik ... 293

56* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik ... 294

57* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik ... 295

Seite

58* Warenausfuhr nach Ländergruppen ... 296

59* Wareneinfuhr nach Ländergruppen ... 297

60* Index der Grundstoffpreise ... 298

61* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ... 299

62* Index der Ausfuhrpreise ... 300

63* Index der Einfuhrpreise ... 301

64* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise ... 302

65* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen ... 303

66* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen ... 304

67* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen ... 305

68* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen ... 306

69* Löhne und Gehälter ... 307

70* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern ... 308

71* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern ... 309

72* Energieverbrauch nach Bereichen ... 310

73* Entwicklung im Mineralölbereich ... 311

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sondererziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

–	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen
(Ziffern 1 bis 38)

1*. Der Aufschwung in den Industrieländern hat sich im Jahre 1985 fortgesetzt; die Risiken in der Weltwirtschaft sind jedoch größer geworden. In den Vereinigten Staaten hat sich die Konjunktur stark abgeschwächt; in den europäischen Ländern insgesamt sind die Auftriebskräfte nur wenig stärker geworden. Allein Japan konnte erneut einen hohen Zuwachs des Sozialprodukts erzielen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion der Industrieländer hat 1985 um knapp 3 vH zugenommen, nach fast 5 vH im vergangenen Jahr. Die Unterschiede im Tempo der konjunkturellen Expansion haben sich verringert, wenngleich die Inlandsnachfrage in Europa noch einmal deutlich schwächer gestiegen ist als in Amerika und in Japan. Die starke Importnachfrage der Vereinigten Staaten hat auch 1985 die Konjunktur in der Welt gestützt.

Mit der Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Arbeitsmarktlage in den OECD-Ländern verschlechtert. In Europa hat zwar die Beschäftigung nach einem mehrjährigen Rückgang geringfügig zugenommen; dies hat jedoch nicht den Anstieg der Anzahl der Arbeitslosen beenden können. In den Vereinigten Staaten verlangsamte sich die Zunahme der Beschäftigung; die Arbeitslosigkeit ist kaum mehr zurückgegangen. Jeder zwölfte Arbeitnehmer in den Industrieländern ist ohne Arbeit, in Europa sogar jeder neunte.

Aus alldem folgt jedoch nicht, daß der Aufschwung in den Industrieländern schon dem Ende zugeht. Für eine Fortsetzung der Expansion spricht, daß im dritten Jahr des Aufschwungs die Inflationsrate abermals zurückgegangen ist und daß es keine Anzeichen für eine erneute Beschleunigung der Geldentwertung gibt. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Stabilisierung mit einem Auftrieb der Gewinnmargen einherging. Dies und positive Absatzerwartungen spiegeln sich in der lebhaften Investitionstätigkeit der Unternehmen.

2*. Der Welthandel nahm im Jahre 1985 um knapp 4 vH zu, deutlich schwächer als im Vorjahr. Ein Grund dafür lag in der Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in den Vereinigten Staaten. Sie hat auch den Anstieg der Ausfuhren der Entwicklungsländer gedämpft, die in den Jahren 1983 und 1984 stark vom amerikanischen Aufschwung mitgezogen worden waren. Es gelang dieser Ländergruppe nicht, ihre Importe stärker auszuweiten als im Vorjahr. Dies ließ die noch ungünstige Leistungsbilanzsituation vieler Entwicklungsländer nicht zu. Zudem ist die Verschuldung vielfach extrem hoch, und die Weltmarktpreise für Rohstoffe haben sich nach ihrem starken Rückgang im vergangenen Jahr noch nicht wieder stabilisiert. Die OPEC-Länder, die sinkende Ölpreise und weitere Absatzeinbußen hinnehmen mußten, verringerten ihre Auslandsnachfrage.

Die Situation in den hoch verschuldeten Entwicklungsländern, vor allem in Lateinamerika, hat sich in diesem Jahr wieder etwas verschlechtert, nachdem der Importsog aus den Vereinigten Staaten in den zwei vergangenen Jahren zu einer Entspannung geführt hatte. Die Belastungen, die sich aus der Abschwächung der Expansion des Welthandels und den protektionistischen Maßnahmen sowie aus der Verschlechterung der Terms of Trade ergeben, werden durch die Verringerung der Dollarzinsen nicht aufgewogen. Vor allem aber: Zunehmend wird deutlich, wie schwierig es ist, die Volkswirtschaften zu sanieren, Investitionsbedingungen wieder herzustellen, die ausländisches Kapital anziehen und die Kapitalflucht aus diesen Ländern beenden. Die Lasten, die mit der Schaffung stabiler Währungsverhältnisse und geordneter öffentlicher Haushalte verbunden sind, scheinen kaum mehr tragbar. Ohne Unterstützung der Industrieländer kann es keine Lösung geben: Ein höheres wirtschaftliches Wachstum, eine Öffnung der Märkte und niedrige Zinsen sind der Schlüssel hierzu. Ein Hoffnungszeichen ist die geänderte Einstellung der amerikanischen Regierung gegenüber dem Schuldenproblem.

3*. In den Vereinigten Staaten muß damit gerechnet werden, daß das Haushaltsdefizit sehr hoch bleibt. Der hierdurch angeregte Auftrieb der Zinsen in den Vereinigten Staaten und in der Welt, der gegenwärtig allerdings von einer expansiven Geldpolitik überdeckt wird, wirkt fort. So bleibt einer der wesentlichen Gründe für eine hohe Bewertung des Dollar bestehen. Die Folgen werden in den Vereinigten Staaten jetzt stärker spürbar. Mit der Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion hat zwar eine Ursache für die hohe Importnachfrage an Bedeutung verloren, es ist aber keineswegs sicher, daß die Korrektur des Dollarkurses ausreicht, das Defizit der amerikanischen Handelsbilanz deutlich zu verringern. Der Druck auf Parlament und Regierung, die amerikanische Wirtschaft vor der Importflut zu schützen, hat bedrohlich zugenommen. Ein mutiger Schritt der Handelspartner zur Liberalisierung des Welthandels, auch in Bereichen, die für Amerika besonders wichtig sind, wie im Dienstleistungsverkehr und im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, könnte helfen, die protektionistischen Gefahren zu begrenzen. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in den Vereinigten Staaten sind nicht nur für die Industrieländer, sondern auch für die hoch verschuldeten Entwicklungsländer von großer Bedeutung — weil der Hauptteil ihrer Schulden auf Dollar lautet, weil die Entwicklung der Dollarzinsen ihre Zinslast bestimmt und weil eine dynamische Wirtschaft und offene Märkte

in den Vereinigten Staaten für ihre Exportaussichten wichtig sind.

4*. Japan, das wegen seines großen Überschusses im Außenhandel eine besondere Verantwortung für den freien Welthandel trägt, hat nicht entschieden genug den Abbau der Ungleichgewichte in Angriff genommen. Die Öffnung der Märkte für im Ausland hergestellte Erzeugnisse und eine Liberalisierung der Finanzmärkte kommen nur langsam voran. Es ist deshalb fraglich, ob die kräftige Aufwertung des Yen Bestand haben wird.

5*. Ob Europa außer mit einer Liberalisierung des Außenhandels auch mit Maßnahmen zur Steigerung der Inlandsnachfrage zur Lösung der Verspannungen in der Weltwirtschaft beitragen sollte, wird unterschiedlich beurteilt. Gefährlich wäre es, darauf zu setzen, daß die außenwirtschaftlichen Impulse auch in den kommenden Jahren die wirtschaftliche Entwicklung in Europa stützen; denn selbst mit diesen Impulsen war die Expansion zu schwach, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Ein rascher Strukturwandel ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, sondern auch für eine verbesserte internationale Arbeitsteilung und eine Steigerung der Nachfrage Europas auf den Weltmärkten. Fatal ist es, daß die Lage am Arbeitsmarkt zur Stützung der Forderungen nach Schutz vor Auslandskonkurrenz und nach Subventionierung alter Industrien und zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Rationalisierungen führt. So wird die Arbeitslosigkeit selbst zu einer Ursache von Behinderungen im Strukturwandel. Ein Weg aus diesem Dilemma heraus wird nur dann der Verantwortung Europas in der Welt gerecht, wenn er ohne eine verstärkte Abschottung nach außen beschritten wird.

6*. Schon im vergangenen Jahr war deutlich geworden, daß der Aufschwung in der Welt mit erheblichen Risiken behaftet ist. Die Herausforderung, die hierin für die internationale Wirtschaftspolitik liegt, erfordert ein gemeinsames Vorgehen der Industrieländer, zumindest Maßnahmen, die in ihren internationalen Auswirkungen einem abgestimmten gemeinsamen Vorgehen gleichkommen. Anstrengungen, die wichtigsten Fehlentwicklungen zu beseitigen, sind kaum unternommen worden. Immerhin, die Vereinigten Staaten haben im Herbst erkennen lassen, daß sie die hohe Bewertung des Dollar und die schwelende internationale Verschuldungskrise in ihrer Politik stärker berücksichtigen wollen. Noch ist der Fortgang der Aufwärtsbewegung aber nicht gesichert; vielmehr ist mit dem Fortdauern der Ungleichgewichte die Lage eher schwieriger geworden.

Die Binnenkonjunktur im Jahre 1985
(Ziffern 39 bis 145)

7*. In der Bundesrepublik sind die Auftriebskräfte stärker geworden. Die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum sind besser als anderswo in Europa. Es gibt keine belastenden Ungleichgewichte wie in den Vereinigten Staaten. Aber der Aufschwung hat auch Schwachstellen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in diesem Jahr um 2½ vH gesteigert worden. Wie die um 10 vH höheren Ausrüstungsinvestitionen zeigen, werden die künftigen Produktionsmöglichkeiten günstiger eingeschätzt. Diese Investitionsentscheidungen stützen sich auf ein besseres Verhältnis von Preisen und Kosten als vor einigen Jahren und auf gestiegene Absatzerwartungen, wozu nicht zuletzt der kräftige Exportschub beigetragen hat. Deutsche Exporteure haben weltweit Marktanteile gewonnen, die Handelsbilanz zeigt einen hohen Überschuß. Der Außenwert der D-Mark hat sich im Laufe des Jahres erstmals seit zwei Jahren wieder erhöht, die Geldzinsen sind gesunken.

Zu den Schwachstellen des Aufschwungs zählt der Wohnungsbau, der zu Beginn des Jahres tief eingebrochen ist. Die Verbrauchskonjunktur blieb lange gedämpft und ist erst in den letzten Monaten stärker in Gang gekommen.

Im dritten Jahr des Aufschwungs hat sich der Preisanstieg — begünstigt durch das Sinken der Einfuhrpreise in der zweiten Jahreshälfte — weiter abgeschwächt. Am Jahresende dürfte das Niveau der Verbraucherpreise um weniger als 2 vH höher liegen als Ende 1984. Es gibt nur noch sehr geringe Vorbelastungen für die Preisentwicklung im nächsten Jahr.

Im Laufe dieses Jahres ist es zu einem deutlichen Beschäftigungsanstieg gekommen. Gleichzeitig ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weiter gewachsen, und wegen der besseren Beschäftigungschancen haben sich weniger Menschen als in den vergangenen Jahren von der Suche nach einer Stelle abhalten lassen. Ein dem Beschäftigungsanstieg entsprechender Rückgang der Arbeitslosigkeit ist deshalb ausgeblieben. Im Durchschnitt des Jahres waren rund 2,3 Millionen Arbeitslose gemeldet.

8*. Die Spaltung der Konjunktur hat sich 1985 noch einmal vertieft. Wir bekräftigen unsere These vom vergangenen Jahr: Die noch schwache Inlandsnachfrage ist nicht unabhängig vom florierenden Export zu sehen. Denn die Erfolge im Außenhandel gehen teilweise auf die Abwertung der D-Mark zurück, und diese steht wiederum im Zusammenhang mit dem nach wie vor wirksamen Kapitalsog, der von den Vereinigten Staaten ausgeht und die Zinsen in der Welt höher hält, als wenn es die hohen internen und externen Ungleichgewichte dort nicht gäbe.

Der Export war auch in diesem Jahr eine wichtige Stütze für den Aufschwung (Ziffern 58 ff.). Der Anstieg der Ausfuhr hat sich seit Jahresbeginn zwar abgeschwächt, dank des Exportschubs zuvor waren die Lieferungen an das Ausland aber um 8 vH höher als 1984 und haben alle zuversichtlichen Prognosen übertroffen.

Mit der deutlichen Abschwächung des amerikanischen Dollar kam es vom Frühjahr an zu einem

Umschwung im realen Austauschverhältnis mit dem Ausland; im September waren die Einfuhrpreise niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Realzinsen sind in diesem Jahr erstmals seit langem etwas gesunken, sie sind aber gleichwohl immer noch wesentlich höher als in allen früheren Aufschwungsphasen. Der reale Ertrag von Finanzanlagen ist verglichen mit dem von Sachanlagen nach wie vor attraktiv (Ziffern 53 ff.). Das ist einer der Gründe dafür, daß die kapitalintensive Wohnungswirtschaft in der Krise steckt. Die Spannung zwischen dem realen Ertrag von Finanzanlagen und von Sachanlagen spiegelt sich im übrigen auch in der Reallohnposition der Arbeitnehmer, deren Rückgang während der letzten Jahre das Gegenstück zu den besseren Erträgen aus Sachanlagen und auch der gestärkten Rentabilität von Neuinvestitionen ist.

9*. Von den Einkommen her hatte die Verbrauchskonjunktur in den ersten Jahren des Aufschwungs keine Stütze. Mit der Kräftigung der Investitionstätigkeit und der Ausweitung der Beschäftigung gewann der private Verbrauch erst im Laufe dieses Jahres allmählich an Kraft. Der Zuwachs bei den Bruttoverdiensten belief sich auf 4 vH. Das Volkseinkommen, in dem auch Gewinn- und Vermögenseinkommen enthalten sind, die zu einem größeren Teil als vielfach angenommen in den Konsum fließen, nahm um 5 vH zu. Wegen der stärker steigenden Abgabenbelastung blieb die Zunahme der Nettoverdienste der Arbeitnehmer mit gut 2½ vH erneut deutlich hinter dem Anstieg der Bruttoverdienste zurück.

Die privaten Haushalte haben ihre Konsumausgaben weniger ausgeweitet als ihre verfügbaren Einkommen gestiegen sind. Auffällig war auch, daß viele Haushalte sich bei Ausgaben für Einrichtungsgegenstände und für Kraftfahrzeuge bis weit in das Jahr hinein zurückhielten.

Insgesamt war der private Verbrauch 1985 nach Abzug der Preissteigerungen nur um 1 vH höher als im Vorjahr (Ziffern 64 ff.).

10*. Der Einbruch im Wohnungsbau, der die Bauleistungen um schätzungsweise 14 vH gegenüber dem Vorjahr schrumpfen ließ und zu der Schwäche der Inlandsnachfrage entscheidend beigetragen hat, wurzelt nicht nur in den hohen Kapitalkosten, sondern auch in langfristig verschlechterten Verwertungschancen für neue Wohnungen (Ziffern 69 ff.). Dabei spielt der Rückgang der Wohnbevölkerung eine wichtige Rolle. Auf die seit längerem anhaltende Nachfrageschwäche haben die Preise für neue Bauten und die Baulandpreise nur sehr zögernd reagiert. Zu Preisrückgängen ist es erst im letzten Jahr gekommen. Der Anreiz, neu zu bauen, ist dadurch geringer geworden, daß die Preise für Wohnungen aus dem Bestand teilweise sinken, weil ein großes Angebot auf den Markt drückt. Hier ist das Verhältnis von Mieten zu Kapitalkosten in den letzten Jahren sehr viel ungünstiger geworden, und die hohen Kapitalkosten lassen sich nur zu einem Teil in den Mieten überwälzen. Schließlich haben die zeitweilig verstärkten Förderungsmaßnahmen des Staates zur derzeitigen Schwäche des Wohnungsbaus beigetragen, weil nach dem Auslaufen der durch sie ausgelösten Vorzieheffekte jetzt Nachfrage nach Wohnungsbauinvestitionen fehlt.

11*. Daß der Aufschwung bisher spannungsfrei blieb und die Chancen für seine Fortdauer gut sind, dazu hat die Lohnpolitik einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet.

— Die Beschäftigung und die Realeinkommen steigen wieder.

— Viele Unternehmen sind in einer guten Verfassung.

— Der Preisauftrieb ist so niedrig wie lange nicht mehr.

— Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist gut.

— Internationales Kapital strömt wieder reichlicher zu.

Im großen und ganzen ist die Grundlinie moderater Steigerungen der tariflichen Stundenlöhne bis zu diesem Jahr beibehalten worden. Die Tarifrunde 1985 verlief wie erwartet ohne große Auseinandersetzungen. Für einige Wirtschaftsbereiche war bereits 1984 zusammen mit der für dieses Jahr beschlossenen Arbeitszeitverkürzung die Lohnerhöhung festgelegt worden. Da tatsächlich vermehrt flexiblere Regelungen bei den Arbeitszeiten zum Zuge kamen, konnte der Anstieg der Lohnstückkosten wie schon 1983 und 1984 in engen Grenzen gehalten werden. Hierin liegt ein Schlüssel zum Verständnis dafür, daß die Lage in mehrfacher Hinsicht besser geworden ist. Dies hätte die Wirtschaftspolitik alleine nicht erreichen können (Ziffern 180 ff.).

12*. Die Geldpolitik bewegte sich 1985 in einem im Vergleich zu früheren Jahren spannungsarmen Umfeld, sieht man einmal von dem auf einige Wochen im Frühjahr begrenzten Hochschießen des amerikanischen Dollar auf fast 3,50 DM ab (Ziffern 103 ff.). Die Bundesbank hatte sich für 1985 eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 3 vH bis 5 vH vorgenommen und hielt diese Zielvorgabe auch ein. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, der Indikator des Sachverständigenrates, lag im September nur 3,3 vH höher als vor einem Jahr. Diese Rate liegt unterhalb derjenigen, die der Sachverständigenrat für einen mittelfristigen Kurs vorgeschlagen hatte (4½ vH).

Unterstützt von den vermehrten Kapitalzuflüssen und von den anhaltend guten Stabilitätsaussichten in der Bundesrepublik hat sich die Zinssenkung nach den Irritationen zu Jahresbeginn fortgesetzt. Die Geldmarktzinsen, die die Bundesbank über Wertpapierpensionsgeschäfte beeinflußt, waren dabei nicht in der Führungsrolle. Die Konditionen für diese Geschäfte hat die Bundesbank nur sehr allmählich gesenkt, und das scheint die Banken bewogen zu haben, ihre Kreditzinsen nur sehr vorsichtig zu ermäßigen. Die Banken haben offenbar erst die

Senkung des Diskontsatzes im August als verläßliches Signal für Kreditverträge zu niedrigeren Konditionen angesehen. Die Unternehmen kamen so größtenteils erst im zweiten Halbjahr 1985 in den Genuß niedrigerer Kreditzinsen.

13*. Bei Bund, Ländern und Gemeinden hat sich das Tempo der Haushaltskonsolidierung deutlich verlangsamt (Ziffern 120ff.). Größere Einschnitte bei den Ausgaben hatte es nur in den Jahren 1982 und 1983 gegeben. Daß die öffentlichen Haushalte in wesentlich geringerem Maße an den Kapitalmärkten in Erscheinung traten als in den letzten Jahren, lag vor allem daran, daß die Finanzierungsdefizite 1985 wegen konjunkturbedingt höherer Einnahmen und weniger wegen weiterer Ausgabenbeschränkungen zurückgingen. Die Steuern vom Einkommen nahmen kräftig zu. Die Steuern vom Umsatz gingen hingegen zurück, was Ausdruck der gespaltenen Konjunktur — hohe Exporte, hohe Ausrüstungsinvestitionen, rückläufiger Wohnungsbau, schwacher privater Verbrauch — und großer Einnahmenverzichte des Staates zugunsten der Bauern ist. Die Staatsausgaben wurden 1985 etwas weniger ausgeweitet als es dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten entsprach, der Staat hat das Produktionspotential also prozentual etwas weniger in Anspruch genommen als im vergangenen Jahr. Daß der Beitrag der öffentlichen Haushalte zur Stützung der Konjunktur noch einmal etwas kleiner ausfiel als 1984, paßte durchaus zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Denn die Auslastung der Sachkapazitäten stieg weiter an, und von daher war es für die Finanzpolitik nicht angezeigt, die Konjunktur zu stützen.

14*. Der Aufschwung hat sich in diesem Jahr auch auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Beschäftigung hat stark zugenommen, die Arbeitslosigkeit ist aber nicht zurückgegangen.

Wie erwartet haben im Gefolge des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs bisher über 200 000 Arbeitskräfte zusätzlich Beschäftigung gefunden. Die Spaltung der Konjunktur spiegelt sich allerdings in den Unterschieden von Branche zu Branche. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe war die Anzahl der Beschäftigten im September 1985 um rund 130 000 höher als vor Jahresfrist. Im Dienstleistungsgewerbe geht der Personalaufbau derzeit zügiger voran als in vergleichbaren Aufschwungsphasen früher (120 000). Keine Personalausweitungen gibt es bisher in den konsumnahen Branchen. Im Bauhauptgewerbe ist die Anzahl der Beschäftigten um 8½ vH vermindert worden.

Am Arbeitsmarkt gab es 1985 viel mehr Bewegung, als die monatliche Arbeitslosenzahl es vermuten läßt. Die Zahl der Kündigungen war höher als im Vorjahr. Die Anzahl der Arbeitslosen, die eine neue Stelle fanden, nahm aber stärker zu. Der Grund dafür, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen bisher nicht zurückgegangen ist, liegt in einem höheren Arbeitsangebot. Von den Arbeitnehmern, die sich bis zum Herbst 1985 arbeitslos gemeldet haben, war jeder Dritte vorher nicht erwerbstätig. Wegen der besseren Wirtschaftslage wurden offenbar die Chancen als günstiger angesehen, über die Arbeitsvermittlung einen Arbeitsplatz zu erhalten. Aber auch ohne sich arbeitslos zu melden, haben viele junge Leute und solche Arbeitnehmer Beschäftigung gesucht und gefunden, die vorher längere Zeit ohne Arbeit und ohne Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung waren. Mehr Beschäftigung in der Wirtschaft bedeutet also in jedem Fall weniger Arbeitslosigkeit, aber nicht notwendigerweise eine geringere Anzahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen.

Prognose 1986

(Ziffern 146 bis 174)

15*. Die Verfassung, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, läßt erwarten, daß 1986 wieder ein gutes, vielleicht sogar ein noch besseres Jahr als 1985 wird. Der Aufschwung wird fortdauern, und mit ihm wird eine zunehmende Beschäftigung einhergehen. Nachdem die Produktivitätsreserven, die bei unterausgelasteten Kapazitäten bestehen, inzwischen weitgehend ausgeschöpft sind, müssen die Unternehmen, wenn sie ihre Produktion ausweiten, verstärkt Neueinstellungen vornehmen. In den Arbeitsmarkt kommt damit, dies zeichnet sich in den letzten Monaten bereits ab, zunehmend Bewegung. Wir haben in unsere Prognose einen Zuwachs von 300 000 Beschäftigten eingesetzt.

16*. Für die Wirtschaftspolitik im Jahre 1986 nehmen wir folgendes an:

— Die Bundesbank sorgt für eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge wie in diesem Jahr. Bei einer weiteren Aufwertung der D-Mark und anhaltend geringem Preisauftrieb ergeben sich hieraus etwas niedrigere Zinsen als gegenwärtig. Zu gravierenden außenwirtschaftlichen Störungen, die diesen Kurs in Frage stellen könnten, kommt es nicht. Der Außenwert der D-Mark steigt etwas stärker, als das Kosten- und Preisgefälle gegenüber dem Ausland zunimmt.

— Die Finanzpolitik wird 1986 einen mäßig expansiven Impuls geben. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte expandieren, wie sich abzeichnet, mit 3½ vH etwas rascher als in diesem Jahr. Da die Steuereinnahmen wegen des Inkrafttretens der ersten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1986/88 nur um 4 vH zunehmen werden, wird sich das strukturelle Defizit der Gebietskörperschaften, das 1985 nahezu abgebaut wurde, wieder auf 12 Mrd DM vergrößern. Der konjunkturelle Impuls wird wieder steigen, nachdem er vier Jahre lang, erst stärker, dann schwächer zurückgeführt worden war.

17*. Zu den Annahmen der Prognose gehört, daß die Lohnpolitik ihre bisherige Linie weiterführt und damit die guten Voraussetzungen für mehr Beschäftigung erhält. Dies entspricht unserer Einschätzung der augenblicklichen tarifpolitischen Situation. Es kann aber auch anders kommen. Angesichts der guten Konjunkturlage in vielen Berei-

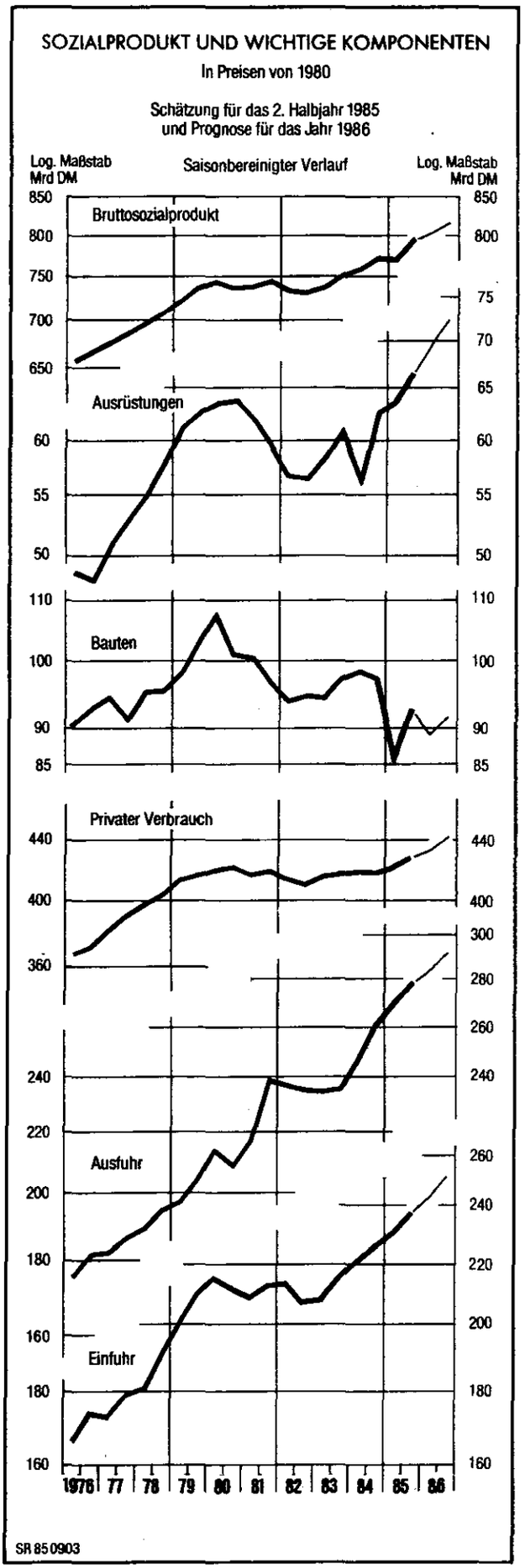
chen ist nicht auszuschließen, daß die Tarifparteien sich auf einen Kompromiß einigen, der kurzfristig verkraftbar erscheint, der aber über den Tag hinaus Schaden anrichtet. Unsere Prognose steht unter dem Vorbehalt, daß sich die Kostenbelastungen aus den Lohnabschlüssen des Jahres 1986 (Tariflöhne und Nebenleistungen aus Manteltarifverträgen) in der Nachbarschaft von dem bewegen wird, was für 1985 (einschließlich des Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzung) vereinbart wurde.

18*. Anhaltend kräftige Investitionen, aufholender privater Verbrauch sowie eine deutliche Zunahme der Beschäftigung bei weitgehend stabilen Kosten und Preisen — das wird das dominierende Muster im Konjunkturbild des Jahres 1986 sein (Schaubild). Die Arbeitslosigkeit — und dies trübt das Bild — wird gleichwohl hoch bleiben, hauptsächlich weil das Angebot an Arbeitskräften noch immer wächst.

19*. Mehr Beschäftigung muß in der gegenwärtigen Situation von mehr Investitionen kommen, denn ein großer Teil der zusätzlichen Arbeitsplätze muß erst geschaffen werden. Der kräftige Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr hat hier ein Zeichen der Hoffnung gesetzt: Der Investitionsrückstand, der sich über viele Jahre hinweg gebildet hatte, wird allmählich abgebaut. Und es sind nicht mehr überwiegend Investitionen, die dem Ersatz und der Modernisierung dienen. In Anpassung an die laufende und im Vorgriff auf die künftige Nachfrage werden auch wieder verstärkt Kapazitäten erweitert.

Der derzeitige Investitionsaufschwung zeigt auffällige Parallelen zu seinem Vorgänger in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Dieser dauerte fast fünf Jahre, und er wurde nicht durch zyklische Einflüsse, sondern erst durch die Folgen der zweiten Ölpreiskrise — einem sprunghaften Anstieg der Energiekosten und der Zinsen — gestoppt. Es gibt kein überzeugendes Argument, warum sich nicht das wiederholen sollte, was in den Jahren 1975 bis 1980 — bei alles in allem weniger günstigen Rahmenbedingungen — möglich war, nämlich eine lange Phase kräftig steigender Unternehmensinvestitionen. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern wird nach den erkennbaren Tendenzen der Investitionsplanungen weiter aufwärts gerichtet bleiben. Bei der Schätzung der realen Ausrüstungsinvestitionen für 1986 haben wir eine ähnliche Entwicklung unterstellt wie in diesem Jahr. Dies ergibt, für den Durchschnitt des Jahres gerechnet, eine Zuwachsrate von 9 vH.

20*. Bei weitem nicht so optimistisch schätzen wir dagegen die Entwicklung bei den Bauinvestitionen ein. Für die Bauwirtschaft scheint zwar die Talfahrt zu Ende zu gehen, aber es ist fraglich, ob sie schon im nächsten Jahr den Weg aus der Krise findet. Das liegt vor allem an der schlechten Lage im Wohnungsbau. Hier dürfte der Tiefpunkt der Bautätigkeit erst im Frühjahr 1986 erreicht werden, ungeachtet der Tatsache, daß die Aufträge seit einiger Zeit wieder deutlich steigen. Die Wohnungsbauinve-



stitionen dürften 1986, aufs ganze Jahr gesehen, noch einmal um 4 vH schrumpfen, nachdem es in diesem Jahr bereits einen Rückgang um 14 vH gab. Deutlich besser ist die Lage im Wirtschaftsbau, der nun auch von der wachsenden Investitionsneigung in der gewerblichen Wirtschaft profitiert. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen hegen wir keine großen Erwartungen; es könnte 1986 aber zum ersten Anstieg seit fünf Jahren kommen. Insgesamt zeichnet sich für die Bauwirtschaft eine Entwicklung ab, bei der — im Jahresergebnis — die Zunahme der Produktion im gewerblichen und im öffentlichen Bau etwas größer ausfällt als der Rückgang im Wohnungsbau. Die realen Bauinvestitionen werden also 1986 noch nicht viel höher sein als 1985; es wird aber keinen weiteren Rückgang mehr geben. Ein gewichtiger Faktor, der bislang die Konjunktur belastet hat, fällt also fort.

21*. Der Export bleibt 1986 eine Stütze der Konjunktur. Die für die deutschen Unternehmen wichtigen Auslandsmärkte expandieren im ganzen weiter. Was an Absatzchancen auf dem nordamerikanischen Markt verlorengeht, kann möglicherweise auf den europäischen Märkten hinzugewonnen werden. Überdies sind die Marktanteile nicht fest vergeben. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gut. Ihre Stärken sind ein attraktives Gütersortiment und günstige Preise. Die Gewinnspannen im Exportgeschäft dürften auch bei einer weiteren realen Aufwertung der D-Mark vielerorts noch ausreichend sein, um es lohnend zu finden, Märkte zu verteidigen; sie lassen teilweise sogar noch Raum für Preissenkungen. Allerdings werden die hohen Zuwachsraten der beiden letzten Jahre wohl nicht mehr erreicht. Darauf deutet schon die Entwicklung der Auftragseingänge im Auslandsgeschäft hin, die seit dem Sommer dieses Jahres nach unten tendiert. Wir rechnen aber damit, daß die Bestellungen wieder zunehmen. Im übrigen sind die Auftragsbestände zur Zeit vergleichsweise hoch.

22*. Obwohl die Einfuhr in realer Rechnung rascher zunehmen wird als die Ausfuhr, wird sich 1986 der Leistungsbilanzüberschuß noch einmal vergrößern. Dies hängt damit zusammen, daß sich das Verhältnis von Exportpreisen und Importpreisen (Terms of Trade) weiter verbessern wird, voraussichtlich sogar recht kräftig. Ausschlaggebend dafür sind die starken Preisrückgänge bei importierten Rohstoffen, in Dollar und erst recht in D-Mark gerechnet. Die weitere Aktivierung der Leistungsbilanz wird allerdings dadurch gebremst, daß die Bundesrepublik 1986 wesentlich höhere Zahlungen als bisher an die Europäische Gemeinschaft zu leisten hat, das Defizit in der Bilanz der laufenden Übertragungen also zunehmen wird. Nach unserer Prognose wird der Überschuß in der Waren- und Dienstleistungsbilanz, der sogenannte Außenbeitrag, von 76 Mrd DM in diesem Jahr auf 83 Mrd DM im nächsten Jahr steigen; dies sind rund 4½ vH des Sozialprodukts und damit weit mehr, als die Bundesrepublik zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen benötigt. Es ist vorhersehbar, daß damit die weltweite Diskussion um eine „deutsche Absorptionslücke" Auftrieb erhält (Ziffer 163).

23*. Wenn die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte bislang vergleichsweise schwach geblieben sind, so lag das nicht zuletzt am privaten Verbrauch. Für eine kräftige Verbrauchskonjunktur fehlt es noch an zusätzlichen kaufkräftigen Einkommen; und diese entstehen vor allem dadurch, daß die Beschäftigung weiter steigt. Wir sehen dafür gute Chancen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich die deutsche Wirtschaft inzwischen in einer Phase befindet, in der normalerweise eine Ausweitung der Produktion mit einer Zunahme der Beschäftigung einhergeht. Wir halten daher die oft geäußerte Sorge, der Aufschwung könne am Arbeitsmarkt vorbeigehen, für unbegründet. Es drängt sich auch hier der Vergleich mit der Entwicklung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf. Damals sind zwischen dem Tiefpunkt der Beschäftigung Mitte 1977 und dem Höhepunkt Ende 1980 fast eine Million Arbeitsplätze zusätzlich besetzt worden. Wir sehen keinen überzeugenden Grund, warum eine solche Entwicklung sich nicht wiederholen sollte.

24*. Im Jahre 1986 wird die Kaufkraft der privaten Haushalte nicht nur durch die größere Beschäftigung, sondern auch durch die Entlastung bei der Einkommensteuer gestärkt, die vor allem Familien mit Kindern zugute kommt. Sie schlägt mit rund 10 Mrd DM zu Buche. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach unseren Schätzungen 1986 um 5 vH zunehmen. Nimmt man die anhaltend niedrige Teuerungsrate mit ins Bild, so bedeutet das einen Zuwachs an realer Kaufkraft, wie es ihn in den achtziger Jahren bisher nicht annähernd gegeben hat. Für eine kräftige Verbrauchskonjunktur gibt es somit — von den Einkommen her — erstmals eine breite Basis.

Höhere Einkommen bringen nicht notwendig schon höhere Nachfrage. Dazu bedarf es ausgabefreudiger Verbraucher. Seit der Jahresmitte zeichnet sich auch eine deutliche Verbesserung des Konsumklimas ab. Es ist damit zu rechnen, daß die privaten Haushalte ihre Verbrauchsausgaben 1986 nicht wesentlich weniger erhöhen werden, als ihre verfügbaren Einkommen steigen.

25*. Bemerkenswert ist, daß sich die Belebung der Verbrauchskonjunktur bei einem weitgehend stabilen Preisniveau vollzieht, die sonst übliche zyklische Verstärkung des Preisanstiegs diesmal also fehlt. Auch für das nächste Jahr zeichnet sich so etwas nicht ab: Vorausgesetzt die Lohnpolitik bleibt bei ihrer bisherigen Linie, wird sich das Kostenniveau nur wenig erhöhen, und der Wettbewerb bleibt nicht zuletzt wegen des Preisdrucks von seiten ausländischer Anbieter rege. Von der Gesamtkonstellation wird 1986 ein Jahr sein, in dem die Unternehmen vermutlich eher auf die Ausweitung des Absatzes setzen werden, statt auf die Anhebung der Preise. Bei den Verbraucherpreisen, deren Entwicklung als Maßstab für das Tempo der Geldentwertung gilt, rechnen wir für 1986 mit einer ähnlich günstigen Entwicklung wie in diesem Jahr, das bedeutet einen Anstieg in der Größenordnung von 1½ vH bis 2 vH.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Schätzung für das 2. Halbjahr 1985 und Vorausschau auf das Jahr 1986

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1984	1985	1986	1985		1986	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 3,1	+ 3½	+ 4½	+ 2,6	+ 4	+ 4½	+ 5
Staatsverbrauch	+ 4,1	+ 4	+ 4½	+ 4,1	+ 4	+ 4½	+ 4½
Anlageinvestitionen	+ 3,0	+ ½	+ 6	− 1,0	+ 1½	+ 7½	+ 5
Ausrüstungen	+ 1,5	+ 13	+ 11½	+ 16,6	+ 10	+ 12	+ 11
Bauten	+ 4,1	− 7½	+ 2	− 11,2	− 4	+ 4½	+ ½
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+ 11,6	+ 11	+ 6½	+ 12,6	+ 9½	+ 7	+ 6½
Einfuhr	+ 10,3	+ 7½	+ 6½	+ 9,2	+ 5½	+ 4½	+ 8
Bruttosozialprodukt	+ 4,6	+ 4½	+ 5½	+ 3,6	+ 5½	+ 6	+ 5
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 0,6	+ 1	+ 3	+ 0,4	+ 2	+ 3	+ 3
Staatsverbrauch	+ 2,4	+ 2	+ 2	+ 1,4	+ 2½	+ 2	+ 1½
Anlageinvestitionen	+ 0,8	− 1½	+ 4½	− 3,0	− 0	+ 6	+ 3
Ausrüstungen	− 0,5	+ 10	+ 9	+ 13,5	+ 7	+ 10	+ 8½
Bauten	+ 1,6	− 8½	+ 1	− 12,2	− 4½	+ 3½	− 1
Ausfuhr	+ 8,0	+ 8	+ 4½	+ 9,0	+ 7	+ 5	+ 4½
Einfuhr	+ 5,5	+ 4½	+ 6	+ 4,5	+ 5	+ 5½	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 2,7	+ 2½	+ 3	+ 1,7	+ 3	+ 3½	+ 2½
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 2,4	+ 2½	+ 3½	+ 1,3	+ 3½	+ 4	+ 3
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 2,5	+ 2	+ 1½	+ 2,2	+ 2	+ 1½	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 1,9	+ 2	+ 2	+ 1,9	+ 2½	+ 2½	+ 2
Letzte inländische Verwendung	+ 2,2	+ 2	+ 2	+ 2,2	+ 2	+ 1½	+ 2
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	+ 0,1	+ ½	+ 1	+ 0,6	+ 1	+ 1	+ 1
Arbeitszeit[2]	− 0,3	− 1	− ½	− 1,8	− 0	− ½	− ½
Arbeitsvolumen	− 0,3	− ½	+ ½	− 1,2	+ ½	+ ½	+ ½
Produktivität	+ 2,8	+ 2½	+ 2½	+ 3,0	+ 2	+ 2½	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 2,6	+ 2½	+ 3	+ 1,8	+ 3	+ 3½	+ 2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,2	+ 4½	+ 5	+ 3,4	+ 5	+ 4½	+ 5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,6	+ 7	+ 7	+ 4,9	+ 8½	+ 9	+ 5
Volkseinkommen	+ 4,7	+ 5	+ 5½	+ 3,9	+ 6	+ 6	+ 5
Reales Volkseinkommen[1]	+ 2,5	+ 3	+ 3½	+ 1,6	+ 4	+ 4½	+ 3
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 1,7	+ 2½	+ 5½	+ 2,0	+ 3½	+ 5½	+ 5½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,6	+ 6	+ 7½	+ 3,9	+ 8½	+ 9½	+ 5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 3,6	+ 3½	+ 5	+ 3,2	+ 4	+ 5	+ 5

[1]) Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[3]) Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

26*. Werden unsere Annahmen und Einschätzungen im ganzen bestätigt, dann kommt die deutsche Wirtschaft 1986 wieder einen Schritt voran. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird um 3 vH und damit erneut stärker expandieren als das Produktionspotential, die Auslastung der Sachkapazitäten wird also weiter steigen (Tabelle). Da die Erneuerung und Erweiterung der Produktionsanlagen fortschreiten, verbessern sich auch die Chancen, daß ein solches Expansionstempo über einen längeren Zeitraum durchgehalten werden kann.

27*. Die entscheidende Frage ist und bleibt, ob es bei der von uns erwarteten Entwicklung 1986 zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit kommt. Die Antwort darauf fällt nicht leicht. Wir können mit Sicherheit sagen, daß die Beschäftigung steigt; wie sich dies in der Arbeitslosenstatistik niederschlagen wird, läßt sich jedoch nicht angeben. Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und den verschiedenen Formen der Erwerbslosigkeit — die Arbeitslosigkeit ist nur eine davon — sind sehr komplex. In diesem Jahr werden viele Millionen Arbeitsplätze neu besetzt, teils mit Kräften, die nur den Arbeitsplatz wechseln, teils mit Berufsanfängern oder mit solchen Personen, die ihre Berufstätigkeit einige Jahre unterbrochen hatten, teils auch mit Arbeitslosen. Jährlich finden etwa 2½ Millionen Arbeitslose wieder einen Arbeitsplatz, die meisten davon schon nach relativ kurzer Zeit. In diesem Jahr hat sich gezeigt, daß eine Situation eintreten kann, in der sowohl die Anzahl der Beschäftigten als auch die Anzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen steigt: Die Anzahl der Berufsanfänger erhöhte sich überaus kräftig, und es erhöhte sich offensichtlich auch wieder die Anzahl der Arbeitsuchenden, die sich vordem vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten, die also aus der sogenannten Stillen Reserve kamen.

Unsere Prognose kommt zu dem Ergebnis, daß im nächsten Jahr rund 300 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt werden. Als grobe Orientierungsgröße haben wir in unsere Rechnung eingesetzt, daß per saldo etwa jeder vierte zusätzliche Arbeitsplatz mit einer Person besetzt wird, die beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet ist. Die Arbeitslosenzahl würde dann im Verlauf des Jahres um 80 000 sinken. Dies ist eine Größenordnung, die sich aus der Entwicklung der letzten Monate ableitet. Es ist durchaus möglich, daß der Rückgang etwas stärker oder etwas schwächer ausfallen wird, je nachdem wie stark der Zustrom von Berufseinsteigern und Wiedereinsteigern ausfällt. Letzten Endes entlastet jede Arbeitskraft, die eingestellt wird, den Arbeitsmarkt, ganz gleich, ob sie vorher als arbeitslos gemeldet war oder nicht. Dies ist das Gesamtbild, welches der Sachverständigenrat der Öffentlichkeit jenseits des Streits um Einzelaussagen zur Arbeitslosenstatistik bieten kann.

28*. Wichtiger als die zahlenmäßige Bilanz für das Prognosejahr ist die Perspektive für die Zeit danach. Nach unserer Einschätzung sind in den Marktentwicklungen keine Verspannungen angelegt, die dem Aufschwung ein Ende setzen könnten. Damit rückt die Möglichkeit, daß die deutsche Wirtschaft über das Jahr 1986 hinaus auf Wachstumskurs bleibt und die Beschäftigung weiter steigt, in den Bereich des Wahrscheinlichen.

29*. Unsere Prognose steht, wohlbemerkt, unter einem Vorbehalt. Wir können nicht ausschließen, daß die effektive Kostenbelastung aus den Tarifabschlüssen des nächsten Jahres höher ausfallen wird, als wir es angenommen haben. Auch wenn sich im einzelnen nicht abschätzen läßt, was in einem solchen Falle geschehen würde, so hätte dies doch Auswirkungen auf den weiteren Konjunkturverlauf, nicht notwendig schon im nächsten Jahr, wohl aber für die Zeit danach:

— Der Aufschwung würde bei Lohnabschlüssen, die deutlich höher wären als angenommen, an Schubkraft einbüßen, sich im Jahre 1986 aber noch nicht stark verlangsamen. Der größte Teil der für 1986 in Angriff genommenen Investitionen würde wohl durchgezogen. Vorübergehend könnte es auch zu einer stärkeren Zunahme der Verbrauchsausgaben kommen. Die Kaufkraft der Verbraucher würde mit stärker steigenden Preisen aber wieder mehr beeinträchtigt.

— Deutlich schwächer als bei moderater Lohnpolitik würde die wirtschaftliche Entwicklung in den folgenden Jahren verlaufen. Höhere Arbeitskosten könnten — insbesondere aus außenwirtschaftlichen Gründen und bei stabilitätsorientierter Geldpolitik — nicht voll in die Preise überwälzt werden; die Erlös-Kosten-Relationen würden sich wieder verschlechtern. Gleichzeitig wäre mit einer Beeinträchtigung der mittelfristigen Erwartungen vieler Investoren zu rechnen. Mit einer Ertragsverschlechterung wäre auch deshalb zu rechnen, weil Tendenzen zu Zinssteigerungen mit ihrem Einfluß auf die Kapitalkosten ausgelöst werden. Das alles würde sich negativ auf die Investitionstätigkeit auswirken und auch die Dynamik des Außenhandels schwächen. Die Perspektive für die Beschäftigung würde schlechter; die Hoffnung würde zerschlagen, die Arbeitslosigkeit entscheidend verringern zu können. Das Begonnene würde nicht fortgesetzt; die Chancen für einen langen Aufschwung wären vertan.

Ziele und Wirklichkeit
(Ziffern 175 bis 179)

30*. Die Gesundung der deutschen Wirtschaft hat 1985 weitere Fortschritte gemacht. Der Erfolg auf dem Weg zur Geldwertstabilität ist hoch anzusetzen, weil er trotz der Belastung durch die kräftige reale Abwertung der D-Mark bis zum Frühjahr und bei fortschreitender konjunktureller Erholung erzielt werden konnte. In keinem Land sonst ist der Geldwert stabiler. Nun muß sich die Erwartung festigen, daß die Inflation auch in den kommenden Jahren gebannt bleibt. Die neue Erfahrung mit sehr niedrigen Preissteigerungsraten hat die alte Erfahrung mit der anhaltenden Geldentwertung noch

nicht verdrängen können. Das tritt erst ein, wenn die Wirtschaftspolitik im ganzen auf Stabilitätskurs bleibt. Zu den vordringlichen Aufgaben der Wirtschaftspolitik muß es aber jetzt nicht mehr gehören, die Inflationsrate zu drücken. Nun geht es darum, den Erfolg zu sichern und die Früchte der Stabilisierung — mehr Wachstum und mehr Beschäftigung — reifen zu lassen. Der Aufschwung bei Stabilität kann den Umfang der neu entstehenden Arbeitsplätze im kommenden Jahr und danach durchaus kräftig steigern, freilich noch immer nicht in einem Maße, wie es für einen großen Schritt beim Abbau der hohen Arbeitslosigkeit notwendig ist. Dazu bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, der Wirtschaftspolitik ebenso wie der Tarifpolitik. Im Auge zu behalten ist dabei, daß die krasse Verfehlung des Beschäftigungsziels ganz überwiegend nicht konjunkturell verursacht ist, daß es also um Anstrengungen gehen muß, die nicht nur kurzfristigen, sondern auch dauerhaften Erfolg versprechen. Was für die Beschäftigung not tut, deckt sich weitgehend mit dem, was der besseren Erfüllung des Zieles eines stetigen und angemessenen wirtschaftlichen Wachstums dient. Denn die Verfehlung dieser beiden Ziele geht weithin auf die gleichen Gründe zurück. Die im Kern gleiche Therapie entspricht auch außenwirtschaftlichen Erfordernissen.

31*. Mit der Ausweitung der Produktion konnte in diesem Jahr die Beschäftigung stärker als im Vorjahr gesteigert werden. So erfreulich dies für sich genommen ist, so wenig ändert es jedoch daran, daß die Arbeitslosigkeit unverändert hoch und das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes weiterhin stark verfehlt ist.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote kann diese Zielverfehlungen nur unvollkommen zum Ausdruck bringen. Zur Beurteilung des Arbeitslosenproblems gehört auch,

— daß die Anzahl der Berufsanfänger noch für einige Jahre wächst und deshalb um so mehr Neueinstellungen notwendig sind, soll die Anzahl der Arbeitslosen spürbar sinken;

— daß für einen Großteil der Arbeitsuchenden die Arbeitsplätze erst geschaffen werden müssen, selbst wenn die vorhandenen Arbeitsplätze besser genutzt werden;

— daß Arbeitsamtsbezirken mit recht niedrigen Arbeitslosenquoten andere gegenüberstehen, in denen jede siebte oder achte Erwerbsperson arbeitslos gemeldet ist, daß von der konjunkturellen Belebung nicht alle Branchen in gleicher Weise profitieren und daß Personen mit geringer Qualifikation überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, während bestimmte Facharbeiter und Ingenieure vielfach auch in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr für die Vermittlung über Arbeitsämter zur Verfügung stehen;

— daß es für den, der keinen Arbeitsplatz hat, zunehmend länger dauert, bis er eine Stelle findet.

32*. Den Abbau der Arbeitslosigkeit voranzubringen, bleibt die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe. Der hohe Rang der Aufgabe wird vor allem von den Verlusten bestimmt, die Arbeitslosigkeit für die Betroffenen an Einkommen, an sozialem Ansehen und nicht zuletzt an Selbstwertgefühl mit sich bringt. Hinzu kommen die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit für die Volkswirtschaft und für die Gesellschaft im ganzen. Die volkswirtschaftlichen Kosten bemessen sich nicht nur nach den Mitteln, die Sozialversicherungen und Gebietskörperschaften für Arbeitslose aufwenden, sondern auch nach dem Ausfall an Produktion und Einkommen, der gesamtwirtschaftlich dadurch entsteht, daß Menschen, die arbeiten wollen, unbeschäftigt bleiben und daß wertvolles Humankapital verfällt, was dann auch die künftigen Wachstumschancen einengt.

33*. Die Antwort auf die Frage, ob das Wirtschaftswachstum angesichts einer Zunahme des Sozialprodukts um 2½ vH im Jahr 1985 als angemessen beurteilt werden kann, läßt sich nicht aus einem historischen Vergleich oder einem Vergleich mit anderen Ländern gewinnen. Die Tatsache, daß die Wachstumsraten in der Bundesrepublik anhaltend zurückgegangen sind, rechtfertigt ebensowenig ein Urteil über die Angemessenheit des Wachstums wie die Tatsache, daß die Bundesrepublik im Wachstum, verglichen mit anderen Industrieländern, auf ein Mittelmaß zurückgefallen ist. Die Frage der Angemessenheit des wirtschaftlichen Wachstums ist noch auf Jahre hinaus von der Einsicht her zu beantworten, daß sich die Erfüllung der Erwerbswünsche der Arbeitslosen wie der nachwachsenden Generation und kräftiges Wirtschaftswachstum wechselseitig bedingen. Vom Angebot an Arbeitsplätzen her gesehen — viel zu wenige, um die Erwerbswünsche der Arbeitslosen und der neu ins Berufsleben Eintretenden zu befriedigen — muß auch die für 1985 erreichte Wachstumsrate als unangemessen bezeichnet werden.

34*. Der Überschuß in der Leistungsbilanz hat sich 1985 erheblich vergrößert, und er ist weiter im Steigen begriffen. Er geht zunehmend über das hinaus, was mittelfristigen Vorstellungen entsprechend von der Bundesrepublik als Beitrag zur gedeihlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa wie in der übrigen Welt, namentlich in den ärmeren Ländern, zu leisten ist und insoweit mit außenwirtschaftlichem Gleichgewicht in Einklang steht.

Der hohe Überschuß der deutschen Leistungsbilanz geht zu einem erheblichen Teil auf die Verzerrungen der Wechselkursrelationen zurück. Großen Einfluß hatte und hat dabei die Überbewertung des Dollar.

Daß die D-Mark trotz zunehmender Aktivierung der deutschen Leistungsbilanz real nicht höherbewertet worden ist, kann indessen nicht allein wirtschaftspolitischer Fehlsteuerung im Ausland angelastet werden. Hierfür war vielmehr auch maßgebend, daß die Attraktivität von Kapitalanlagen in der Bundesrepublik durch ausländische und inländische Investoren bis in das Jahr 1985 hinein eher zurückhaltend beurteilt wurde, ungünstiger jedenfalls als die von Kapitalanlagen im Ausland.

Den Anstieg der Beschäftigung sichern
(Ziffern 180 bis 202)

35*. Die hohe Arbeitslosigkeit kann — mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg — nur durch eine noch kräftigere Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen bekämpft werden, und zwar an rentablen Arbeitsplätzen. Mit einer intensiveren Nutzung der vorhandenen Produktionsanlagen ist es nicht getan, auch wenn der Umfang der auf diese Weise zu erreichenden Beschäftigung nicht gering zu veranschlagen ist. Erforderlich ist, daß unter den Bedingungen des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels — zu dem Änderungen in den Nachfragegewohnheiten, der internationale Wettbewerb, der ständige Fluß technischer Neuerungen und die Notwendigkeit, mit Energie und Rohstoffen sparsamer umzugehen sowie die Umwelt weniger zu belasten, unablässig zwingen — erheblich mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden, als bestehende aufgegeben werden müssen. Von der Stärke der unternehmerischen Investitionstätigkeit hängt es also ganz entscheidend ab, wie rasch und wie nachhaltig die Beschäftigungschancen der Arbeitsuchenden, der arbeitslos Gemeldeten, wie der noch immer in großer Zahl neu auf den Arbeitsmarkt Drängenden, gesteigert werden können.

36*. Auf dem Weg zu besseren Bedingungen für Produktion und Investitionen ist die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Der Erfolg sollte Mut machen, mit Zuversicht und Entschlossenheit daran zu gehen, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern und die Anreize zu höherer Leistung und Risikobereitschaft zu vergrößern. Über alldem steht die Forderung nach Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik in ihren Teilbereichen wie im ganzen. Planen, ob von Unternehmen oder von privaten Haushalten, ist immer mit Unsicherheit verbunden. Während die Unsicherheit über das künftige Marktgeschehen im letzten nicht weggeräumt werden kann, läßt sich die Unsicherheit über das Verhalten der Wirtschaftspolitik wirksam begrenzen. Eine stetige, voraussehbare und glaubwürdige Wirtschaftspolitik trägt ganz entscheidend dazu bei, das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken und die Orientierung auf den Finanzmärkten zu verbessern. Im Investitionskalkül und im Marktzins wirkt sich geringere Unsicherheit der Erwartungen in niedrigeren Risikozuschlägen aus.

37*. Eine innovationsfördernde Wirtschaftspolitik, eine dem Investitionsrisiko angemessen Rechnung tragende Besteuerung der Investitionen, eine Lohnpolitik, die stabile Lohnstückkosten erwarten läßt, und die wirtschaftspolitische Öffnung bisher versperrter Märkte: Sie alle tragen dazu bei, mehr künftige Produktion rentabel zu machen, also die erwartete Rendite von weiteren Investitionen zu erhöhen und so die Investitionstätigkeit der Unternehmen und das Angebot an zusätzlichen Arbeitsplätzen zu steigern.

38*. Eine auf die Stärkung der Wachstumskräfte abzielende Wirtschaftspolitik mag in Verdacht geraten, daß sie zu einer Spielart des Neo-Merkantilismus entarten könnte. Davon kann aber keine Rede sein:

— Eine stetige, verläßliche und glaubwürdige Wirtschaftspolitik im ganzen und in ihren Teilbereichen macht deutsche Wirtschaftspolitik auch für die Partnerländer kalkulierbar. Das trägt zu stabileren Wechselkursen bei und gibt dem Handel wie dem Kapitalverkehr eine bessere, weil zuverlässigere, Orientierung.

— Der Import von deutschen Gütern zu stabilen D-Mark-Preisen erleichtert es den Partnerländern im Europäischen Währungssystem, bei der Inflationsbekämpfung schneller voranzukommen.

— Die Öffnung und das Offenhalten der heimischen Märkte, die ein Element des dynamischen Wettbewerbs und damit Bestandteil einer auf Stärkung der Wachstumskräfte zielenden Wirtschaftspolitik sind, verschaffen auch ausländischen Produzenten mehr Chancen auf lohnenden Absatz.

— Für eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik gilt das gleiche. Vorstoßende inländische Wettbewerber öffnen inländischen wie ausländischen Anbietern den Raum für nachstoßenden Wettbewerb; das vergrößert die Gütervielfalt und drückt die Preise, und dies nicht nur auf den Inlandsmärkten, sondern auch im Export. Die Käufer, auch im Ausland, gehören damit allemal zu den Gewinnern.

— Und vor allem: Eine Stärkung der Wachstumskräfte im Inland fördert das Wachstum auch in den Partnerländern. Die Importnachfrage der Bundesrepublik steigt wachstumsbedingt. Ein kräftigeres Wachstum bei Stabilität führt zugleich zu einer Höherbewertung der D-Mark und erweitert auch dadurch die Absatzchancen für ausländische Anbieter.

Mit einer Wirtschaftspolitik, die über eine großzügige Ausweitung der Geldmenge und über eine verstärkte Steigerung der Staatsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vergrößern und so auch für einen stärkeren Importsog sorgen wollte, wäre dem Ausland keineswegs mehr geholfen. Das Gegenteil wäre mit großer Wahrscheinlichkeit die Folge.

Geldpolitik
(Ziffern 234 bis 239)

39*. In der Nähe des Zieles eines stabilen Geldwertes ist es nicht mehr nötig, durch monetäre Restriktion, also durch abnehmende Expansionsraten der Zentralbankgeldmenge, nachdrücklich auf einen weiteren Rückgang der Preissteigerungsrate hinzuwirken. Wenn zudem, wie gegenwärtig, die außenwirtschaftlichen Risiken als gering gelten können und wenn ferner unterstellt werden darf, daß

die Finanzpolitik und die Lohnpolitik einen Kurs steuern, der wenig gesamtwirtschaftliche Spannungen entstehen läßt, kann die Geldpolitik mehr Raum für das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials geben.

40*. Raum für ein kräftigeres Wachstum des Produktionspotentials ohne Gefährdung der Geldwertstabilität würde gegeben, wenn die Bundesbank bereit wäre, für das Jahr 1986 und danach eine Ausdehnung der Zentralbankgeldmenge mit einer etwas höheren Rate als in diesem Jahr anzustreben. Diese Rate sollte für mehrere Jahre vorgegeben werden. Eine stark mittelfristige Orientierung der Geldpolitik gibt einem solchen Kurs Glaubwürdigkeit. Gleichzeitig ist dies auch in sich selbst ein Beitrag zu einer kräftigeren Entwicklung der Wirtschaft, da die Ankündigung zugleich die Bereitschaft einschließen würde, bei einem weiteren Rückgang der Preissteigerungsrate die Geldmengenexpansion nicht weiter zu verlangsamen. Befürchtungen, eine etwas großzügiger als bisher bemessene Versorgung mit Zentralbankgeld könnte früher oder später eine erneute Beschleunigung des Preisauftriebs auslösen, sind nie mit völliger Sicherheit von der Hand zu weisen. Mit einer angekündigten mittelfristigen Orientierung signalisiert die Geldpolitik jedoch unmißverständlich, daß sie bei stabilitätswidrigem Verhalten, gehe es von Tarifparteien, den Unternehmen oder dem Staat aus, die Geldmenge nicht erhöhen wird, um so Einbußen bei Produktion und Beschäftigung zu vermeiden.

Höher anzusetzen ist das Risiko einer zu knappen Versorgung mit Zentralbankgeld. Größere Fortschritte im Hinblick auf das Beschäftigungsziel erfordern eine Fortsetzung, ja eine Beschleunigung der Aufwärtsentwicklung. Diese würde durch zu knapp bemessene Geldversorgung gefährdet werden.

Finanzpolitik
(Ziffern 251 bis 278)

41*. Zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer auf Stärkung der Wachstumskräfte gerichteten Strategie gehört eine wachstumsfreundliche Finanzpolitik. Ein Element dieser Finanzpolitik ist die weitere Absenkung der Ausgabenquote, was nicht Minderausgaben an allen Stellen heißt, sondern kürzertreten dort, wo Ausgaben den Strukturwandel hemmen, und nach Möglichkeit zulegen bei den Ausgaben, die das Entstehen neuer rentabler Arbeitsplätze voranbringen. Wenn der Anstieg der Staatsausgaben hinter dem des Bruttosozialprodukts zurückbleibt, bedeutet das nicht, daß die Gebietskörperschaften auf die Erfüllung dringlicher Aufgaben verzichten müssen. Notwendige Maßnahmen des Umweltschutzes beispielsweise, soweit sie nur nach dem Gemeinlastsprinzip finanziert werden können — vor allem die Beseitigung bestimmter Altschäden —, der Stadtsanierung und dergleichen können in Angriff genommen werden, wenn die öffentlichen Finanzhilfen energisch abgebaut werden. Die entschlossene Rückführung von Erhaltungssubventionen und Steuervergünstigungen ist ohnehin im Interesse einer Wachstumsförderung dringlich; denn diese Hilfen konservieren überholte Strukturen und behindern Innovationen durch Wettbewerbsverzerrungen und durch eine überhöhte Steuerbelastung der gesunden Unternehmen.

42*. Eine zurückhaltende Ausgabenpolitik ist die Voraussetzung für eine weitere Senkung der Steuerquote. Sinkende Steuerlasten fördern die Leistungsbereitschaft der Bürger, sie fördern insbesondere die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Würde der Ausgabenanstieg mittelfristig konsequent auf 3 vH begrenzt — was noch nicht gesichert ist —, könnte der Spielraum für Steuersenkungen deutlich höher veranschlagt werden, als es den derzeitigen Planungen bis zum Jahr 1988 entspricht.

Auch durch eine Änderung der Steuerstruktur bei gegebener Steuerquote kann die Wachstumsdynamik gefördert werden. Notwendig ist eine Senkung des Anstiegs und auch der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommens- und Körperschaftsbesteuerung. Zur Finanzierung dieser Steuerermäßigungen kommt nicht nur eine Erhöhung der sogenannten indirekten Steuern in Betracht; zu denken ist auch und vor allem an die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlagen durch einen Abbau von Steuervergünstigungen. Da bei einer Änderung der Steuerstruktur keine Haushaltsbelastungen entstehen, gefährden diese Maßnahmen den Konsolidierungsfortgang nicht. Für sie muß, anders als für eine Senkung der Steuerquote, nicht erst Raum geschaffen werden. Eine Änderung der Steuerstruktur erscheint auch insofern wünschenswert, als steigende Sozialversicherungsbeiträge, namentlich der Beiträge zu der gesetzlichen Krankenversicherung, tendenziell die Abgabenquote erhöhen und damit der für 1986 beschlossenen Einkommensteuerentlastung entgegenwirken.

43*. Die Finanzpolitik ist aber nicht nur gehalten, eine große Steuerreform auf den Weg zu bringen (Ziffern 269 ff.). Sie steht in den letzten Jahren dieses Jahrzehnts vor weiteren großen Aufgaben. In der Rentenversicherung werden zu Beginn der neunziger Jahre die Probleme aktuell, die sich aus der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung ergeben. Bislang ist nicht in Sicht, wie dann eine beständige Erhöhung der Beiträge oder ein Zurückbleiben der Renten hinter der Einkommensentwicklung vermieden werden kann. Die Belastung durch die gesetzliche Krankenversicherung wird schon heute als zu hoch empfunden. In beiden Zweigen der Sozialversicherungen sind Reformen dringlich.

Lohnpolitik
(Ziffern 279 bis 290)

44*. Es sollte möglich sein, bei den Vereinbarungen über Tariflöhne und Arbeitsbedingungen einen Kurs zu steuern, der die Lohnstückkosten auf mittlere Sicht stabil hält. Ein solcher Kurs trägt dazu

bei, günstige mittelfristige Erwartungen der Unternehmen zu festigen, er verringert das Investitionsrisiko und erhöht so die Investitionsneigung. Mit der Lohnpolitik die Stabilität der Lohnstückkosten ansteuern heißt, die Steigerung der Tariflöhne am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auszurichten. Mittelfristig hängt es maßgeblich von der Lohnpolitik selbst ab, daß es nicht zu einem neuen Kostenauftrieb kommt, der zu höheren Preissteigerungen oder, ist der Weg dazu von der Geldpolitik versperrt, zu weniger Beschäftigung führen müßte.

45*. Für die konkrete tarifpolitische Situation im Jahre 1986 können solche mittelfristigen Überlegungen Führung geben. Hinzu kommen situationsbezogene Erwägungen. Preisstabilität ist zwar noch nicht erreicht, aber der Preisauftrieb ist mit weniger als 2 vH am Jahresende 1985 sehr niedrig. Die Tarifparteien entscheiden mit darüber, ob er sich noch weiter ermäßigen wird oder nicht. Jedenfalls sollte die aktuelle Rate nicht einfach als vorgegeben angesehen werden. Der schärfer werdende Wettbewerb von außen hält den Preisauftrieb und die Gewinne in Schach. Der Rückgang der Importpreise kommt sowohl den Arbeitnehmern als auch den Unternehmen zugute. Dies ist ein Einkommensgeschenk, welches die Tarifrunde von dem Druck frei hält, der in den Jahren mit starker Verschlechterung der Terms of Trade herrschte. Gänzlich auf einen Zuschlag wegen einer unterstellten Erhöhung des Preisniveaus im nächsten Jahr zu verzichten, ist nach Jahren der Gewöhnung an einen Inflationsausgleich wenig wahrscheinlich. Das Risiko, daß es zu weiterer Geldentwertung kommt, wird als zu groß, die Chance mit dem Verzicht auf den Inflationsausgleich Preisstabilität geradezu herbeiführen zu können, als zu klein angesehen. Insoweit mag nicht eine niedrigere, sondern eine Steigerung der tariflichen Stundenlöhne wie in den zurückliegenden drei Jahren im nächsten Jahr als vertretbar angesehen werden.

46*. Zurückhaltende Lohnpolitik heißt nicht, daß die Arbeitnehmer damit bei der Einkommensverteilung dauerhaft ins Hintertreffen geraten müssen. In einer Konjunkturphase wie gegenwärtig, in der die Arbeitskraftreserven bei den meisten Unternehmen ausgeschöpft sind, bestehen gute Chancen, daß die Beschäftigung bei maßvollen Tarifabschlüssen kräftig wächst und die Lohnsumme stärker zunimmt als bei einer Lohnpolitik mit höheren Tariflohnsteigerungen. Über die Höhe der Gewinne wird im Wettbewerb entschieden, und die Intensität des Wettbewerbs wird mit der Festigung des Außenwertes der D-Mark noch zunehmen.

47*. Stünde die nächste Lohnrunde im Zeichen eines „Nachholens" wegen des als unzureichend angesehenen Anstiegs der Realeinkommen der Arbeitnehmer in den Jahren zuvor und wegen der guten Gewinnlage in wichtigen Branchen der Wirtschaft, würden sich die Tarifparteien um einen Großteil des Erfolges bringen, den sie in den letzten Jahren im Zusammenwirken mit der Geldpolitik und der Finanzpolitik möglich gemacht haben. Viele Unternehmen befinden sich heute wieder in einer guten Verfassung und geben an, Produktion und Beschäftigung künftig kräftig ausweiten zu wollen. Sie stehen jedoch nicht für die gesamte Wirtschaft. Es gibt ganze Branchen und große Regionen, in denen mehr Produktion und mehr Beschäftigung bisher nicht rentabel ist, ja, die nicht einmal ihr derzeitiges Produktionsniveau halten können.

48*. Das globale Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt überdeckt die recht unterschiedlichen Marktlagen auf den regionalen, sektoralen und tätigkeitsbezogenen Arbeitsmärkten. Dem muß die Lohnpolitik Rechnung tragen. Eine stärkere Differenzierung der Löhne könnte helfen, die Beschäftigungsbedingungen und die Investitionsbedingungen in altindustriellen Problemregionen und in Krisenbranchen zu verbessern.

Eine stärkere Spreizung der Lohnrelationen muß nicht über die Tariflöhne, sie kann auch über die Effektivlöhne bewirkt werden, genauer: über eine von den unterschiedlichen Knappheiten an Arbeitskräften bestimmte Lohndrift, die sich oberhalb der tariflich fixierten Mindestlöhne je nach den Marktgegebenheiten herausbildet. Dazu müßten die Tariflohnsteigerungen freilich niedriger ausfallen, als es aus gesamtwirtschaftlichen Gründen sonst vertretbar wäre. Der Weg, allein über eine globale Lohnzurückhaltung Spielraum zu geben für mehr Differenzierung bei den Effektivlöhnen, mag, obgleich viel für ihn spricht, bei den Tarifparteien nicht den notwendigen Konsens finden. Dann bleibt es Aufgabe der Tarifparteien, durch stärker differenzierte Tariflohnvereinbarungen für die Lohndifferenzierung zu sorgen, die eine Entspannung in den besonders kritischen Beschäftigungsbereichen erfordert.

Arbeitsmarktpolitik
(Ziffern 301 bis 307)

49*. Bei der Rückgewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes kommt der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne, deren Rahmen das Arbeitsförderungsgesetz absteckt, anders als etwa der Lohnpolitik, im wesentlichen eine flankierende Rolle zu. Zu ihren Kernaufgaben gehört es mitzuhelfen, die friktionelle Arbeitslosigkeit zu verkürzen und den notwendigen Strukturwandel in der Beschäftigung, das heißt die Umstellung auf neue Arbeitsinhalte und neue Tätigkeitsfelder, zu erleichtern. Diesem Zweck dient das Instrumentarium, mit dem die Bundesanstalt für Arbeit die regionale und berufliche Mobilität fördert, namentlich Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose. Außerdem soll insbesondere jenen geholfen werden, denen der Arbeitsmarkt sonst auf Dauer wenig Beschäftigungschancen bietet. Hierfür steht nicht zuletzt das Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung. Alle diese Instrumente werden seit 1983 wieder verstärkt genutzt.

Gefordert ist die Arbeitsmarktpolitik gegenwärtig und auf absehbare Zeit zum einen im Hinblick auf die Langfristarbeitslosigkeit, insbesondere bei älte-

ren Arbeitnehmern, zum anderen im Hinblick auf die vielfach nicht den augenblicklichen und voraussehbaren Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Ausbildung, die viele jüngere Arbeitnehmer auf der Suche nach einem Arbeitsplatz mitbringen, und zwar sowohl die betrieblich als auch die akademisch ausgebildeten.

Die Aufgabe, diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, kann freilich nicht in erster Linie der Bundesanstalt für Arbeit zugewiesen werden; sie geht auch und vor allem andere an — die Tarifparteien in der Lohnpolitik wie bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Ausbildungsordnungen, den Gesetzgeber bei der Gestaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften und die Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsentwurf der 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz zu sehen.

★ ★ ★

50*. Weil die Anzahl der Arbeitslosen seit vielen Jahren außerordentlich hoch ist und trotz deutlicher Konjunkturbelebung auch in jüngster Zeit nicht stark zurückgegangen ist, hat sich die Suche nach neuen Wegen zur Lösung des Problems verstärkt. Dabei hat auch die Kritik an der heutigen Wirtschaftspolitik zugenommen. In der Vorstellung, daß mit gezielten Maßnahmen die Beschäftigung gesteigert werden könne, sind von wissenschaftlicher, politischer und gewerkschaftlicher Seite Vorschläge für eine andere Wirtschaftspolitik gemacht worden. Vom Staat werden — bei prinzipieller Einhaltung einer marktwirtschaftlichen Linie — direkt beschäftigungssteigernde Maßnahmen und solche Aktivitäten erwartet, die starke Beschäftigungswirkungen in ihrem Gefolge haben. Wir teilen die Motive all jener, die in der Arbeitslosigkeit ein mit aller Energie zu bekämpfendes soziales Übel sehen. Doch Übereinstimmung in den Motiven heißt nicht zugleich weitgehende Übereinstimmung mit den Vorschlägen zur Lösung dieser gewaltigen wirtschaftspolitischen Aufgabe. Der Sachverständigenrat lehnt andere Vorschläge und Programme nicht pauschal ab. In einem eigenen Abschnitt dieses Gutachtens kennzeichnen wir solche Vorstellungen, arbeiten diejenigen Aspekte heraus, bei denen Übereinstimmung herrscht, und nehmen kritisch Stellung (Ziffern 203 bis 233).

51*. Eine Wirtschaftspolitik, die sich durch Stetigkeit und Voraussehbarkeit glaubwürdig macht, ein stabiler Geldwert, eine für nachhaltiges Wachstum Raum gebende Geldversorgung, eine erträgliche Steuerlast und eine Struktur der staatlichen Ausgaben, die dem Wachstum förderlich ist, schließlich maßvolle Lohnsteigerungen und ein zur Ertragsrate aus Sachanlagen besser passender Zins: Das sind die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer beschäftigungswirksamen Wirtschaftspolitik, die zugleich auch den übrigen gesamtwirtschaftlichen Zielen dient. Auf jede einzelne Bedingung kommt es an, nur alle zusammen schaffen die Grundlage für den Erfolg.

Bessere Rahmenbedingungen geben den Kräften des Marktes Raum, vermitteln Orientierung. Aber auch die beste Wirtschaftspolitik kann nicht das Entscheidende bewirken: Daß sich die Wachstumskräfte regen, daß es mehr Schub gibt, hängt nicht allein an den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern vor allem an den Energien, die die Wettbewerber am Markt selbst entwickeln. Schubkraft kann nur der dynamische Wettbewerb hervorbringen.

Dynamischer Wettbewerb und Innovationspolitik
(Ziffern 308 bis 319)

52*. Die Innovationspolitik, so wie sie heute gestaltet ist, steht nicht mehr im Kreuzfeuer der ordnungspolitischen Kritik, die sich vor allem am Umfang und der Art direkter Projektförderung entzündet hatte. Dennoch fehlt es nach wie vor an der ordnungspolitischen Orientierung.

Der Glaube, daß diesem Zweck große staatliche Programme besonders dienlich sein können, hat viele Anhänger. Weithin wird für möglich gehalten, daß die Erfolge des amerikanischen Programms der Monderoberung auch von anderen ebenso kühnen Programmen zu erbringen seien und daß auch davon wieder Neuerungsimpulse auf die Wirtschaft ausgehen werden. Niemand wird Impulse, die von großen Projekten ausgehen können, gering schätzen. Fragt man aber, wie solche Innovationsanstöße an den Märkten zum Erfolg geführt werden können, so zeigt sich, daß zwischen Vorstoß in technisches Neuland und Markterfolg kein strenger Zusammenhang besteht. Auch aus der Geschichte der Innovationen ist bekannt, daß der Erfinder den Markterfolg seiner Erfindung nicht notwendig selbst einfährt.

Der dynamische Wettbewerb liefert der Innovationspolitik die ordnungspolitische Orientierung. Bei einer solchen Orientierung vermeidet es die Innovationspolitik, falsche Hoffnungen zu wecken. Merkantilistische Strategien im modernen Gewande der Innovationsförderung — darum kann es nicht gehen, davon ist kein dauerhafter Erfolg zu erwarten. Es wäre ordnungspolitisch der falsche Weg; eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verlangt eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik.

Marktöffnung
(Ziffern 320 bis 357)

53*. Der Zugang zu vielen Märkten und Tätigkeitsfeldern ist heute mannigfach erschwert, teilweise sogar versperrt. Für die Einführung solcher Barrieren mag es beachtenswerte Gründe gegeben haben — so beispielsweise beim Ladenschluß im Einzelhandel, beim umfassenden Monopol der Post für die Nachrichtenübermittlung, bei der restriktiven Zugangsregelung für einzelne Berufe, bei der Aussperrung privater Unternehmen von Tätigkeiten, die der „kommunalen Daseinsvorsorge" zugerechnet werden. Doch haben diese Barrieren meistens zur Folge gehabt, daß die Märkte in ihrer Entfaltung behindert wurden. Produktion und Beschäftigung, die aus solchen Gründen unterbleiben, sind

die eigentlichen Kosten solcher Regulierung; sie sind angesichts der Dichte des Netzes von Regulierungen hoch zu veranschlagen.

54*. Die Öffnung überregulierter und fehlregulierter Märkte für mehr Wettbewerb fördert das Wachstum. In manchen Fällen — etwa bei der in diesem Gutachten behandelten Deregulierung im Telekommunikationsbereich (Ziffern 337 ff.) — erschließt die Marktöffnung zusätzliche Möglichkeiten für Investitionen und Beschäftigung in den bisher regulierten Bereichen selbst und in den mit diesen verbundenen Märkten. Wo die Deregulierung hingegen primär Ineffizienzen in der Form überhöhter Kosten beseitigt, die Erschließung neuer Märkte und neuer Tätigkeitsbereiche also nicht im Vordergrund steht, kann es zu Freisetzungen von Arbeitskräften kommen, wohlgemerkt: zum Abbau von unrentabler Beschäftigung. Das ist jedoch nur die eine Seite. An den Kostensenkungen partizipieren — wenn Wettbewerb dafür sorgt, daß diese in niedrigeren Preisen weitergegeben werden — alle Käufer dieser Güter und Dienste. Das bedeutet, daß sich bei Unternehmen die rentablen Produktionsmöglichkeiten erweitern und daß bei Haushalten Kaufkraft für den Erwerb anderer Güter verfügbar wird. Der so ermöglichte Zuwachs an Beschäftigung kann die unmittelbaren Einbußen an — ineffizienter — Beschäftigung übersteigen. Die Dringlichkeit der Öffnung eines Marktes, den die bestehende Regulierung mit Wettbewerbsverzerrungen überzieht, deren Beseitigung mehr Effizienz bringt und so zumindest an anderer Stelle auch mehr Beschäftigung auslösen kann, wird in diesem Gutachten am Beispiel des Straßengüterverkehrs verdeutlicht (Ziffern 325 ff.).

55*. Ständig zugenommen haben auch Umfang und Dichte des wirtschaftspolitischen Schutzes zugunsten einzelner Branchen. Der Wirtschaftspolitik fehlt es an Mut und an Kraft, Krisenbranchen, in denen Großbetriebe vorherrschen, Hilfen zu verweigern. Statt der wirksamen, aber schmerzhaften Therapie der Strukturerneuerung und gegebenenfalls der Schrumpfung, die der Markt erzwungen hätte, wurden schmerzlindernde Mittel verordnet. Die Last der Protektion und der Subvention wird vom gesunden Teil der Wirtschaft und von den Verbrauchern getragen; sie zahlen die überhöhten Preise und höhere Steuern. Die Last tragen auch ausländische Produzenten und Konsumenten mit, soweit ihre Absatzmöglichkeiten und ihre Einkommen durch die Protektion gemindert werden, und dies fällt wiederum aufs Inland zurück; die Nachfrage aus diesen Ländern ist geringer als sie es bei freiem Handel auf offenen Märkten sein könnte. Wir greifen in diesem Zusammenhang erneut die Fehlentwicklungen in der Stahlindustrie auf und die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die dazu geführt haben (Ziffern 350 ff.).

Gesundheitspolitik: Wege zu einer Reform
(Ziffern 358 bis 378)

56*. Das System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist erneut in die politische Diskussion geraten. Anlaß waren auch diesmal beträchtliche Ausgabensteigerungen in diesem Zweig der sozialen Sicherung; sie führten dazu, daß zahlreiche Kassen ihre Beitragssätze erhöht haben und weitere Kassen in gleicher Weise reagieren müssen. Schon Mitte der siebziger Jahre hatte die vorangegangene „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen zu stark steigenden Beitragssätzen geführt; der Gesetzgeber reagierte darauf mit Kostendämpfungsmaßnahmen. Gleichwohl war es zu Beginn der achtziger Jahre nochmals zu einem, wenn auch wesentlich geringeren, Ausgabenschub und höheren Beitragssätzen gekommen. Höhere Beitragssätze bedeuten eine höhere Belastung der Lohneinkommen; eine steigende Abgabenlast wiederum hemmt die Leistungsbereitschaft und die Beschäftigungschancen der Bürger. Es erstaunt deshalb nicht, daß die politisch Verantwortlichen gewillt sind, die „Beitragsstabilität" zu sichern; und man mag es begreiflich finden, daß versucht wird, dies über eine administrative Ausgabenbegrenzung zu erreichen.

57*. Dennoch ist es irrig anzunehmen, das Problem sei auf Dauer durch eine administrative Begrenzung des Ausgabenanstiegs angemessen zu lösen. Woher weiß man denn, daß eine Versorgung mit Gesundheitsleistungen gerade dann richtig ist, wenn die Ausgaben dafür einen gleichbleibenden Teil der Einkommen ausmachen? Wenn die Menschen eine bessere Versorgung mit bestimmten Gütern wollen, sind sie auch bereit, mehr von ihrem Einkommen dafür herzugeben; steigende Ausgaben für diese Güter sind dann nur Reflex des Wunsches nach einer besseren Versorgung. Viel spricht dafür, daß dies bei Gesundheitsleistungen so ist. Das Gesundheitswesen ist ein Wachstumssektor; die Palette der angebotenen diagnostischen und therapeutischen Mittel erweitert sich ständig, und die besseren Möglichkeiten der medizinischen Versorgung werden von den meisten Bürgern gerne genutzt. Viel spricht allerdings auch dafür, daß sich Anbieter und Nachfrager von Gesundheitsleistungen unwirtschaftlich verhalten; denn ihre Interessen, kostengünstig anzubieten und preisbewußt nachzufragen, aber auch die Möglichkeiten dazu, sind durch zahlreiche institutionelle Regelungen vermindert, ja teilweise sogar beseitigt. Eine administrative Begrenzung des Ausgabenanstiegs trifft, wenn sie wirksam wird, die Wachstumsdynamik — was erwünscht ist; sie ist aber grundsätzlich nicht geeignet, unwirtschaftliches Verhalten und die damit verbundenen Fehlsteuerungen der Produktion zu beseitigen — was erwünscht wäre.

Will man die Ausgaben für Gesundheitsleistungen danach bemessen, was die Bürger für ihre medizinische Versorgung zu zahlen bereit sind, will man zugleich erreichen, daß diese Versorgung möglichst kostengünstig erfolgt, dann darf man nicht an Symptomen korrigieren, sondern muß an Ursachen ansetzen.

Wir sind uns bewußt, daß auf der Anbieterseite wie auf der Nachfragerseite starke Interessen dagegenstehen. Dennoch versuchen wir, Wege zu einer Reform zu weisen, die schrittweise durchgesetzt und mit der schon bald begonnen werden kann.

ERSTES KAPITEL
Die wirtschaftliche Lage

TEIL A
Der internationale Rahmen

I. Risiken für die Fortdauer des Aufschwungs größer

1. Der Aufschwung in den Industrieländern hat sich 1985 fortgesetzt, die Risiken in der Weltwirtschaft sind jedoch größer geworden. In den Vereinigten Staaten hat sich die Konjunktur stark abgeschwächt; in den europäischen Ländern insgesamt sind die Auftriebskräfte nur wenig stärker geworden. Allein Japan konnte erneut einen hohen Zuwachs des Sozialprodukts erzielen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion der Industrieländer hat 1985 um knapp 3 vH zugenommen, nach fast 5 vH im vergangenen Jahr. Die Unterschiede im Tempo der konjunkturellen Expansion haben sich verringert, wenngleich die Inlandsnachfrage in Europa noch einmal deutlich schwächer gestiegen ist als in Amerika und in Japan. Die starke Importnachfrage der Vereinigten Staaten hat auch 1985 die Konjunktur in der Welt gestützt.

Mit der Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Arbeitsmarktlage in den OECD-Ländern verschlechtert. In Europa hat zwar die Beschäftigung nach einem mehrjährigen Rückgang geringfügig zugenommen; dies hat jedoch nicht den Anstieg der Anzahl der Arbeitslosen beenden können. In den Vereinigten Staaten verlangsamte sich die Zunahme der Beschäftigung; die Arbeitslosigkeit ist kaum mehr zurückgegangen. Jeder zwölfte Arbeitnehmer in den Industrieländern ist ohne Arbeit, in Europa sogar jeder neunte.

Aus alldem folgt jedoch nicht, daß der Aufschwung in den Industrieländern schon dem Ende zugeht. Für eine Fortsetzung der Expansion spricht, daß im dritten Jahr des Aufschwungs die Inflationsrate abermals zurückgegangen ist und daß es keine Anzeichen für eine erneute Beschleunigung der Geldentwertung gibt. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Stabilisierung mit einem Auftrieb der Gewinnmargen einherging. Dies und positive Absatzerwartungen spiegeln sich in der lebhaften Investitionstätigkeit der Unternehmen (Tabelle 1).

2. Der Welthandel nahm im Jahre 1985 um knapp 4 vH zu, deutlich schwächer als im Vorjahr. Ein Grund dafür lag in der Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in den Vereinigten Staaten. Sie hat auch den Anstieg der Ausfuhren der Entwicklungsländer gedämpft, die in den Jahren 1983 und 1984 stark vom amerikanischen Aufschwung mitgezogen worden waren. Es gelang dieser Ländergruppe nicht, ihre Importe stärker auszuweiten als im Vorjahr. Dies ließ die noch ungünstige Leistungsbilanzsituation vieler Entwicklungsländer nicht zu. Zudem ist die Verschuldung vielfach extrem hoch, und die Weltmarktpreise für Rohstoffe haben sich nach ihrem starken Rückgang im vergangenen Jahr noch nicht wieder stabilisiert. Die OPEC-Länder, die sinkende Ölpreise und weitere Absatzeinbußen hinnehmen mußten, verringerten ihre Auslandsnachfrage.

Die Situation in den hoch verschuldeten Entwicklungsländern hat sich 1985 etwas verschlechtert. Die Impulse vom Welthandel sind — auch wegen protektionistischer Maßnahmen — schwächer geworden, und das Preisverhältnis im Außenhandel hat sich zuungunsten der Entwicklungsländer verändert. Entlastung für den Kapitaldienst brachte dagegen der Zinsrückgang in den Vereinigten Staaten. In kaum einem Land kommt jedoch die eigene Entwicklung so schnell voran, daß die Schuldenlast erträglicher würde.

3. In den Vereinigten Staaten muß damit gerechnet werden, daß das Haushaltsdefizit sehr hoch bleibt. Der hierdurch angeregte Auftrieb der Zinsen in den Vereinigten Staaten und in der Welt, der gegenwärtig allerdings von einer expansiven Geldpolitik überdeckt wird, wirkt fort. So bleibt einer der wesentlichen Gründe für eine hohe Bewertung des Dollar bestehen. Die Folgen werden in den Vereinigten Staaten jetzt stärker spürbar. Mit der Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion hat zwar eine Ursache für die hohe Importnachfrage an Bedeutung verloren, es ist aber keineswegs sicher, daß die Korrektur des Dollarkurses ausreicht, das Defizit der amerikanischen Handelsbilanz deutlich zu verringern. Der Druck auf Parlament und Regierung, die amerikanische Wirtschaft vor der Importflut zu schützen, hat bedrohlich zugenommen. Ein mutiger Schritt der Handelspartner zur Liberalisierung des Welthandels, auch in Bereichen, die für Amerika besonders wichtig sind, wie im Dienstleistungsverkehr und im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, könnte helfen, die protektionistischen Gefahren zu begrenzen. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in den Vereinigten Staaten sind nicht nur für die Industrieländer, sondern auch für die hoch verschuldeten Entwicklungsländer von großer Bedeutung — weil der Hauptteil ihrer Schulden auf Dollar lautet, weil die Entwicklung der Dollar-Zinsen ihre Zinslast bestimmt und weil eine dynamische Wirtschaft und offene Märkte

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttoinlandsprodukt [1] [2]				Inlandsnachfrage [1] [3]				Ausrüstungsinvestitionen [1]			
	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,7	+ 2½	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 1	+ 1,5	+ 5,6	− 0,5	+ 10
Frankreich	+ 2,3	+ 0,7	+ 1,6	+ 1	+ 2,3	− 0,5	+ 0,5	+ 1	+ 2,5	− 0,5	− 1,0	+ 2
Großbritannien	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,6	+ 3½	+ 0,7	+ 4,4	+ 2,4	+ 2½	+ 1,8	+ 4,0	+ 13,5	+ 12
Italien	+ 1,9	− 0,4	+ 2,6	+ 2½	+ 1,3	− 1,4	+ 3,1	+ 3	− 1,3	− 6,0	+ 9,5	+ 11
Belgien	+ 1,7	+ 0,1	+ 2,2	+ 1½	+ 1,3	− 2,0	+ 1,1	+ ½	− 0,0	− 9,0	+ 9,0	+ 5
Niederlande	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 2	− 0,3	+ 5,0	+ 5,0	+ 7
Schweiz	+ 0,3	+ 0,7	+ 2,1	+ 3½	+ 0,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 2½	− 0,1	+ 6,5	+ 3,9	+ 9
Österreich	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 3	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,5	+ 1½	+ 1,2	− 3,2	+ 4,5	+ 8½
Vereinigte Staaten	+ 2,0	+ 3,7	+ 6,8	+ 2½	+ 2,1	+ 5,0	+ 8,7	+ 3½	+ 3,8	+ 7,3	+ 21,5	+ 6
Japan	+ 3,7	+ 3,4	+ 5,8	+ 4½	+ 2,6	+ 1,9	+ 4,0	+ 3½	+ 5,4	+ 5,4	+ 11,0	+ 9
Kanada	+ 2,5	+ 3,3	+ 5,0	+ 4	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 4	+ 1,9	− 10,3	+ 0,5	+ 7

Land	Ausfuhr [1] [4]				Arbeitslosigkeit [5]				Verbraucherpreise [6]			
	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,2	− 0,2	+ 8,0	+ 8	3,8	8,0	8,6	8½	+ 4,7	+ 2,9	+ 2,6	+ 2
Frankreich	+ 5,0	+ 4,4	+ 6,8	+ 3	5,5	8,3	9,7	10½	+ 10,9	+ 9,6	+ 7,3	+ 6
Großbritannien	+ 2,5	+ 1,2	+ 6,9	+ 7½	7,0	12,6	13,0	13	+ 13,4	+ 5,2	+ 5,1	+ 5
Italien	+ 5,6	+ 3,3	+ 6,2	+ 5	7,3	9,8	10,2	10½	+ 17,4	+ 14,9	+ 10,9	+ 9½
Belgien	+ 3,1	+ 0,0	+ 5,6	+ 4½	7,9	13,9	14,0	14	+ 7,7	+ 7,4	+ 6,2	+ 4½
Niederlande	+ 2,5	+ 4,8	+ 7,0	+ 4½	6,4	13,7	14,0	13½	+ 6,6	+ 2,9	+ 2,5	+ 2½
Schweiz	+ 2,6	+ 1,0	+ 6,1	+ 8½	0,4	0,9	1,1	1	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,4	+ 3
Österreich	+ 5,4	+ 2,1	+ 3,5	+ 9½	2,2	4,1	4,8	5	+ 6,2	+ 3,0	+ 5,7	+ 3½
Vereinigte Staaten	+ 3,7	− 5,6	+ 4,7	− 3½	7,1	9,5	7,4	7	+ 7,4	+ 3,7	+ 3,2	+ 3
Japan	+ 10,2	+ 4,7	+ 18,1	+ 8	2,0	2,6	2,7	2½	+ 7,2	+ 1,6	+ 2,1	+ 2½
Kanada	+ 3,0	+ 6,3	+ 19,5	+ 4	7,8	11,8	11,2	10½	+ 9,3	+ 5,8	+ 4,0	+ 4

Land	Leistungsbilanz [7]				Staatsquote [8]				Staatsdefizit [9]			
	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]	1973–1983 [a]	1983	1984	1985 [10]
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 2	47,8	48,7	48,4	47½	− 2,8	− 2,5	− 1,9	− 1
Frankreich	− 0,3	− 0,9	− 0,0	+ 0	45,4	52,0	52,5	52½	− 1,1	− 3,0	− 2,7	− 3½
Großbritannien	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,0	+ ½	42,9	44,6	44,9	43½	− 3,6	− 3,7	− 3,8	− 3½
Italien	− 0,8	+ 0,2	− 0,8	− 1½	46,2	57,8	58,9	60	− 9,9	− 12,4	− 13,5	− 14
Belgien	− 1,0	− 0,7	− 0,0	+ ½	49,7	58,3	57,3	56½	− 7,6	− 13,3	− 11,4	− 10
Niederlande	+ 1,2	+ 3,0	+ 4,0	+ 5	54,8	60,9	59,8	58½	− 3,1	− 6,6	− 6,4	− 5½
Schweiz	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 3½	28,9	30,8	31,2	31	− 0,6	− 0,5	− 0,6	− ½
Österreich	− 1,4	+ 0,3	− 0,8	− 0	47,5	50,9	50,6	51	− 1,9	− 3,5	− 2,2	− 1½
Vereinigte Staaten	− 0,1	− 1,3	− 2,8	− 3½	33,0	35,3	34,4	35	− 1,5	− 4,1	− 3,4	− 3½
Japan	− 0,4	+ 1,8	+ 2,8	+ 3½	30,0	34,6	34,2	34	− 3,2	− 3,5	− 2,7	− 1½
Kanada	− 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0	40,8	46,6	47,5	48	− 2,2	− 6,2	− 6,3	− 6½

[1]) In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – [2]) Bruttosozialprodukt für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan, Kanada. – [3]) Privater Verbrauch plus Staatsverbrauch plus Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung. – [4]) Waren und Dienstleistungen. – [5]) Arbeitslosenquoten. Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition des ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. – [6]) Deflator des privaten Verbrauchs; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – [7]) Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. – [8]) Staatsausgaben (für die Schweiz und Vereinigte Staaten: laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. – [9]) Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: −) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. – [10]) Eigene Schätzung.

[a]) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittliche jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH; für Quoten: durchschnittliche jährliche Quote (arithmetisches Mittel).

Quellen: OECD; für Bundesrepublik: Nationale Quellen

in den Vereinigten Staaten für ihre Exportaussichten wichtig sind.

Japan, das wegen seines großen Überschusses im Außenhandel eine besondere Verantwortung für den freien Welthandel trägt, hat nicht entschieden genug den Abbau der Ungleichgewichte in Angriff genommen. Die Öffnung der Märkte für im Ausland hergestellte Erzeugnisse und eine Liberalisierung der Finanzmärkte kommen nur langsam voran. Es ist deshalb fraglich, ob die kräftige Aufwertung des Yen Bestand haben wird.

Ob Europa außer mit einer Liberalisierung des Außenhandels auch mit Maßnahmen zur Steigerung der Inlandsnachfrage zur Lösung der Verspannungen in der Weltwirtschaft beitragen sollte, wird unterschiedlich beurteilt. Gefährlich wäre es, darauf zu setzen, daß die außenwirtschaftlichen Impulse auch in den kommenden Jahren die wirtschaftliche Entwicklung in Europa stützen; denn selbst mit diesen Impulsen war die Expansion zu schwach, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Ein rascher Strukturwandel ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, sondern auch für eine verbesserte internationale Arbeitsteilung und eine Steigerung der Nachfrage Europas auf den Weltmärkten. Fatal ist es, daß die Lage am Arbeitsmarkt zur Stützung der Forderungen nach Schutz vor Auslandskonkurrenz und nach Subventionierung alter Industrien und zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Rationalisierungen führt. So wird die Arbeitslosigkeit selbst zu einer Ursache von Behinderungen im Strukturwandel. Ein Weg aus diesem Dilemma heraus wird nur dann der Verantwortung Europas in der Welt gerecht, wenn er ohne eine verstärkte Abschottung nach außen beschritten wird.

Schon im vergangenen Jahr war deutlich geworden, daß der Aufschwung in der Welt mit erheblichen Risiken behaftet ist. Die Herausforderung, die hierin für die Wirtschaftspolitik in der Welt liegt, erfordert ein gemeinsames Vorgehen der Industrieländer, zumindest Maßnahmen, die in ihren internationalen Auswirkungen einem abgestimmten gemeinsamen Vorgehen gleichkommen. Anstrengungen, die wichtigsten Fehlentwicklungen zu beseitigen, sind kaum unternommen worden. Immerhin, die Vereinigten Staaten haben im Herbst erkennen lassen, daß sie die hohe Bewertung des Dollar und die schwelende internationale Verschuldungskrise in ihrer Politik stärker berücksichtigen wollen. Noch ist der Fortgang der Aufwärtsbewegung aber nicht gesichert; vielmehr ist mit dem Fortdauern der Ungleichgewichte die Lage eher schwieriger geworden.

II. Vereinigte Staaten: Belastung durch Ungleichgewichte nimmt zu

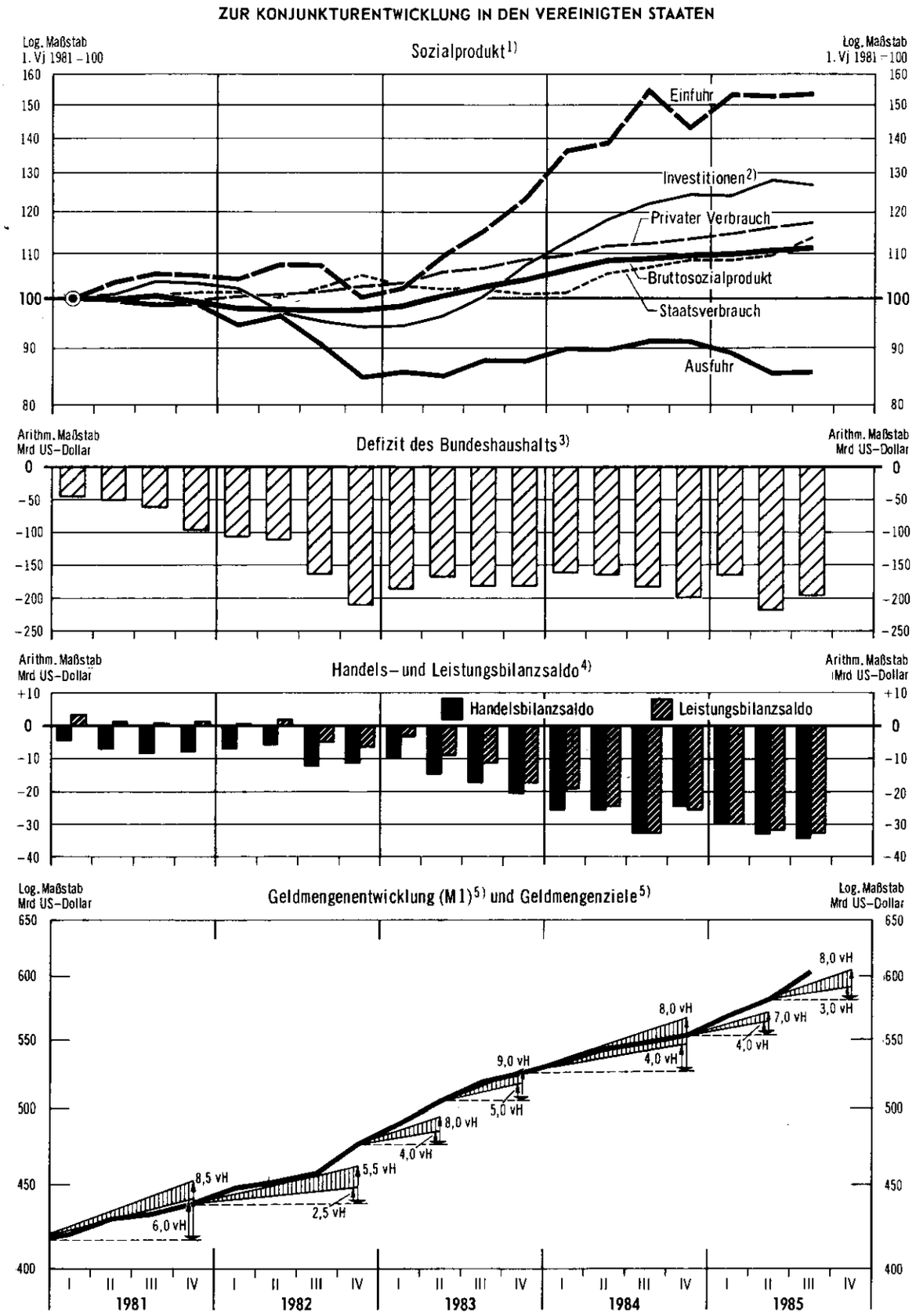
4. Die kräftige Aufwertung des Dollar bis zum Frühjahr 1985 hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Vereinigten Staaten stark beeinträchtigt und sowohl die konjunkturelle Dynamik gedämpft als auch zum Anstieg des Handelsbilanzdefizits maßgeblich beigetragen. Die Geldpolitik versucht seit Herbst 1984, durch eine beschleunigte Ausweitung der Geldmenge der Konjunktur Impulse zu geben. Über niedrigere Zinsen soll auch eine Abwertung des Dollar erreicht werden, die mittlerweile erklärtes Ziel der Regierung ist. Die konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik haben 1985 noch einmal zugenommen.

Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich in der ersten Jahreshälfte 1985 weiter verlangsamt. Trotz der im Spätsommer einsetzenden Belebung lag die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 1985 nur 2½ vH höher als 1984 (Schaubild 1). Dahinter steht eine Ausweitung der Inlandsnachfrage um 3½ vH. Die Differenz weist darauf hin, wie sehr die Dollaraufwertung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Vereinigten Staaten gemindert hat. Dies zeigt sich besonders im verarbeitenden Gewerbe. Hier hat die Produktion seit dem Sommer 1984 kaum mehr zugenommen; die Kapazitätsauslastung geht leicht zurück. Mehr und mehr wird Nachfrage durch ausländische Anbieter befriedigt; auch die Exportchancen der amerikanischen Unternehmen haben sich verschlechtert. Die im Frühjahr 1985 einsetzende Abwertung des Dollar konnte nicht abwenden, daß das Jahr 1985 mit einem Rekordfehlbetrag in der Handelsbilanz und in der Leistungsbilanz von jeweils schätzungsweise 135 Mrd Dollar abschließt, das sind gemessen am Sozialprodukt 3½ vH. Der Druck auf die Politik, den amerikanischen Markt mit administrativen Maßnahmen vor der Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen und die Ausfuhr zu fördern, hat in beängstigender Weise zugenommen.

Niedrigere Zinsen und höhere Realeinkommen bei weiter steigender Beschäftigung sowie eine hohe Verschuldungsbereitschaft der Konsumenten erklären die anhaltend starke Zunahme des privaten Verbrauchs. Die Ausrüstungsinvestitionen haben nach dem außerordentlich kräftigen Anstieg im vergangenen Jahr noch einmal um 6 vH zugenommen. Die Investitionen im Wohnungsbau sind nach einem Rückgang im zweiten Halbjahr 1984 leicht gestiegen. Die Lagerinvestitionen haben stark dämpfend gewirkt; ihr unmittelbarer Beitrag zur Gesamtnachfrage war um 1 vH niedriger als 1984. Zur Abschwächung der Investitionsdynamik hat beigetragen, daß bei stagnierender Produktivität die Lohnstückkosten in der Industrie deutlich gestiegen und die Unternehmensgewinne gesunken sind. Die staatliche Nachfrage, die 1983, im ersten Jahr des Aufschwungs, noch zurückgegangen war und 1984 nicht halb so stark wie die private Inlandsnachfrage zugenommen hatte, erwies sich nun, neben den Ausrüstungsinvestitionen, als treibendes Element der Konjunktur.

5. Die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten hat nicht nur deshalb weltweit Aufmerksamkeit gefunden, weil sie beachtliche Erfolge bei der Inflationsbekämpfung erzielt hat, sondern auch weil sie neuerdings zu einer diskretionären Steuerung der Konjunktur übergegangen zu sein scheint. Der neue Kurs stellt jedoch — soweit erkennbar — nicht einfach eine Rückkehr zu einer antizyklischen Geldpo-

Schaubild 1



1) Bruttosozialprodukt und Verwendungskomponenten in Preisen von 1972; Meßziffern errechnet aus saisonbereinigten Vierteljahreswerten. – 2) Bruttoanlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. – 3) Saisonbereinigte Vierteljahreswerte auf Jahreswerte umgerechnet. – 4) Saisonbereinigte Vierteljahreswerte. – 5) Zielvorgaben der Notenbank: Zunahme der Geldmenge M 1 jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres; in den Jahren 1983 und 1985 wurden die Zielvorgaben zur Jahresmitte revidiert.

Quelle: Nationale Veröffentlichungen

SR 850889

litik, sondern den Versuch dar, den Anstieg des Sozialprodukts zu verstetigen und die durch die Stabilisierungserfolge gewonnenen Handlungsspielräume zu nutzen. Tatsächlich hat die amerikanische Notenbank, nachdem sie 1982 und 1983 einen expansiven Impuls gesetzt und so zu dem nachfolgenden kräftigen Aufschwung beigetragen hatte, zur Jahresmitte 1984, als die Stärke des Aufschwungs außer Zweifel stand und die Geldmenge M1 den Zielkorridor zu überschreiten drohte, die monetäre Expansion gedämpft und so den nachfragebedingten Zinsanstieg verstärkt. Die Geldmenge M1 stagnierte nahezu bis zum Herbst 1984. Als dann deutlich wurde, daß die konjunkturelle Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte stärker als vielfach erwartet ausfallen würde, lockerte die Notenbank ihren Kurs wieder und unterstützte eine kräftige Zinssenkung. Diese Politik wurde auch 1985 beibehalten, als die Abschwächung anhielt und vereinzelt schon von einer bevorstehenden Rezession gesprochen wurde. Im September 1985 lag die Geldmenge M1, auf eine Jahresrate umgerechnet, um 13 vH über dem Durchschnittsbestand im vierten Vierteljahr 1984, also oberhalb des von der Zentralbank genannten Zielkorridors von 4 vH bis 7 vH. Nach der starken Zielüberschreitung im ersten Halbjahr 1985 formulierte die Notenbank im Juli einen neuen Zielkorridor (3 vH bis 8 vH) und wählte den hohen Bestand von M1 im zweiten Vierteljahr 1985 als dessen Basis (Schaubild 1). Als auch der neue Zielkorridor weit überschritten war, erklärte die Notenbank im November, sie würde sich an ihre Vorgabe nicht länger gebunden fühlen.

Von einer expansiven Geldpolitik erwartet man konjunkturbelebende Wirkungen, fürchtet zugleich aber Inflationsgefahren. Der Kurswechsel in der amerikanischen Geldpolitik scheint zwar die Konjunktur in der Tendenz gestützt zu haben, aber eine Erhöhung der Inflationsrate ist bisher nicht eingetreten. Das hat nicht nur in den Vereinigten Staaten die Frage aufgeworfen, ob die Geldpolitik, ohne die Erfolge bei der Stabilisierung des Geldwertes wieder aufs Spiel zu setzen, konjunkturpolitische Aufgaben übernehmen kann, sobald eine deutliche Verringerung der Inflationsrate erreicht worden ist. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu beachten, daß die Höherbewertung des Dollar die amerikanischen Importe stark verbilligt und dadurch erheblich zur Abschwächung des Preisanstiegs beigetragen hat. Entfällt dieser Stabilitätsimport und werden — nicht zuletzt deshalb — neuerlich Inflationserwartungen geweckt, kann die Geldpolitik rasch in Konflikt zwischen den Erfordernissen geraten, den konjunkturellen Aufschwung zu begünstigen und Preisniveaustabilität zu gewährleisten.

Auch in anderer Hinsicht hat die amerikanische Geldpolitik sich auf ein labiles Umfeld einzustellen. Das hohe Defizit im Bundeshaushalt und die Unsicherheit, ob es im Verlauf der nächsten Jahre abgebaut werden kann, verhindern die Bildung stabiler Erwartungen. Nach wie vor reagieren Finanzmärkte und Devisenmärkte unsicher und nervös auf neue Konjunkturdaten und auf Informationen zur Geldpolitik. Eine diskretionäre Politik, die in einer für die Öffentlichkeit schwer erkennbaren Weise einmal auf die Inflationsbekämpfung, ein anderes Mal auf eine konjunkturelle Belebung oder die Beeinflussung des Wechselkurses ausgerichtet wird, kann im Gegensatz zu einer Politik, die eine stetige Ausweitung des Geldangebots anstrebt, zur Verunsicherung der Wirtschaft führen und dadurch auch das Wachstum beeinträchtigen.

Für die Weltwirtschaft, in der der Dollar das wichtigste internationale Zahlungsmittel darstellt, bedeutet es einen großen Unterschied, ob die amerikanische Notenbank die Geldmenge in verläßlicher Weise stetig und vorhersehbar ausweitet oder ob sie einen diskretionären Spielraum beansprucht und ihn in wechselnder, nur schwer vorhersehbarer Weise nutzt. Bei einer stetigen Geldpolitik würden die Schwankungen der Wechselkurse und — wegen geringerer Risikozuschläge — die Zinsen niedriger ausfallen. Eine Verringerung der Währungsrisiken käme dem Welthandel zugute; und eine verläßlichere Zinsentwicklung auf niedrigerem Niveau würde die Lösung des internationalen Schuldenproblems erleichtern. Tatsächlich hat die amerikanische Geldpolitik durch Veränderungen des Zielkorridors, durch die Festlegung von Zielen für verschiedene Geldmengen und mit ihrer Hinwendung zu einer diskretionären Politik solche für die Weltwirtschaft günstigen Entwicklungen nicht gefördert.

6. In der Finanzpolitik standen im Jahre 1985 die Bemühungen um einen Abbau des Haushaltsdefizits im Mittelpunkt. Der Fehlbetrag im Bundeshaushalt belief sich im Haushaltsjahr 1984/85 auf 211 Mrd Dollar, nach 185 Mrd Dollar im Haushaltsjahr zuvor. Dieser Anstieg erhöht das strukturelle Defizit, er ist nicht konjunkturbedingt. Im August konnten sich das Repräsentantenhaus und der Senat nach monatelangem Ringen auf einen Rahmen für den Bundeshaushalt einigen, der einen Abbau des Defizits auf 172 Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1985/86, das am 1. Oktober begonnen hat, und auf 155 Mrd Dollar im Jahr darauf vorsieht. Allerdings kann davon bei der Verabschiedung der Einzelhaushalte abgewichen werden. Vor allem könnte eine ungünstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung, als sie in der Haushaltsplanung unterstellt worden ist, die Hoffnung auf deutlich niedrigere Defizite zunichte machen. Im Oktober und im November wurde im Zusammenhang mit dem Erreichen der derzeitigen gesetzlichen Höchstgrenze für die öffentliche Schuld von 1824 Mrd Dollar erneut ein Gesetzentwurf behandelt, der eine allmähliche Rückführung des Defizits und ein ausgeglichenes Budget im Haushaltsjahr 1990/91 zum Ziel hat.

Der Entwurf des Präsidenten für eine grundlegende Reform der Einkommensbesteuerung vom Mai 1985 ist im Gesetzgebungsverfahren nicht vorangekommen. Er sieht vor, die Zahl von 14 Tarifstufen in der Einkommensteuer, mit Sätzen zwischen 11 vH und 50 vH, auf drei Tarifstufen mit Sätzen von 15 vH, 25 vH und 35 vH zu verringern. Durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage soll der Einnahmeausfall bei der Einkommensteuer auf 7 vH begrenzt werden. In der Unternehmensbesteuerung sollen den Plänen des Präsidenten zufolge umfang-

reiche Vergünstigungen abgebaut werden — Steuervorteile für Investoren und Abschreibungserleichterungen —, dafür der Höchstsatz der Körperschaftsteuer auf 33 vH gesenkt, die steuerliche Belastung von ausgeschütteten Gewinnen von Kapitalgesellschaften gemindert und kleine Unternehmen begünstigt werden. Insgesamt wird die steuerliche Belastung der Unternehmen aber steigen. Allerdings wäre es unter Wachstumsgesichtspunkten nicht nachteilig, wenn die bei niedrigen Preissteigerungsraten wie eine Subventionierung des Faktors Kapital wirkenden bisherigen Regeln abgeschafft würden und wenn die Verzerrungen entfallen würden, die sich nach geltendem Recht durch die von Branche zu Branche unterschiedlich wirkenden steuerlichen Vergünstigungen ergeben.

7. Die seit Beginn der achtziger Jahre in den Vereinigten Staaten betriebene Finanzpolitik wird sowohl im Hinblick auf ihre Bedeutung für den konjunkturellen Aufschwung in Amerika und in der Welt als auch unter wachstumspolitischen Aspekten kontrovers diskutiert. Zu den konjunkturellen Wirkungen, vor allem zu dem Zusammenspiel von Haushaltsdefizit, Zinsen, Dollarkurs und außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht, haben wir im vergangenen Jahr ausführlich Stellung genommen (JG 84 Ziffern 11 ff.). Zunehmend gewinnt die Frage an Bedeutung, was aus den amerikanischen Erfahrungen mit Steuersenkungen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums für Europa folgt. Bei der Antwort ist zu berücksichtigen, daß in den Vereinigten Staaten die Steuersenkungen mit einer starken Ausweitung der Staatsausgaben einhergingen, während in Europa Steuersenkungen unter Wahrung einer strengen Ausgabendisziplin angestrebt werden.

8. Das Wirtschaftsprogramm von Präsident Reagan aus dem Jahre 1981 sah eine Verringerung der Steuerquote und der Ausgabenquote mit dem Ziel eines Haushaltsausgleichs im Jahre 1984 vor. Die Planungen gingen davon aus, daß eine Halbierung der Inflationsrate von über 10 vH im Jahre 1981 ohne Stabilisierungsrezession bis 1984 erreicht werden könnte. Tatsächlich führte eine scharfe monetäre Restriktionspolitik in die Rezession; das reale Sozialprodukt nahm 1982 um 2 vH ab statt, wie erwartet, um 4 vH zu. Dieses Auseinanderfallen von tatsächlicher und in der mittelfristigen Finanzplanung unterstellter Entwicklung beim Start der neuen Politik konnte im weiteren Verlauf nicht aufgeholt werden. Schon deshalb waren die Bedingungen für einen Haushaltsausgleich im Jahre 1984 schlecht. Ungünstiger als angenommen haben sich Zinsen und Arbeitslosigkeit entwickelt. Doch war die Inflationsbekämpfung erfolgreicher als erwartet; das führte zu geringeren Steuereinnahmen als angesetzt.

9. Die Planungen wurden insbesondere bei den Ausgaben des Bundes nicht eingehalten. Statt des beabsichtigten Rückgangs der Ausgabenquote ergab sich ein weiterer Anstieg von 23,3 vH im Jahre 1981 auf 24,6 vH in diesem Jahr. Da die Ausweitung der Verteidigungsausgaben zum ursprünglichen Programm gehörte und da bei den Sozialausgaben nur ein geringer Kürzungsspielraum bestand — gemessen am Sozialprodukt ist ihr Anteil 1985 kaum niedriger als 1981 und deutlich höher als im Durchschnitt der siebziger Jahre —, hätten die für einen Haushaltsausgleich notwendigen Einsparungen von über 100 Mrd Dollar bei den übrigen Haushaltspositionen erreicht werden müssen. Dies erwies sich als nicht durchführbar. Die Zinslast stieg mit den Schulden und wegen der unerwartet hohen Zinsen. In diesem Jahr mußten hierfür mehr als 130 Mrd Dollar oder 14 vH der Ausgaben aufgewendet werden.

Die Steuerquote ist zwar mit 19,8 vH in diesem Jahr deutlich niedriger als 1981, dem Jahr der Amtsübernahme von Präsident Reagan (21,1 vH). Man muß im Zusammenhang mit den Steuerentlastungen jedoch berücksichtigen, daß die Steuerquote in den Jahren zuvor inflationsbedingt überhöht war. In der Phase des beschleunigten Preisauftriebs von 1976 bis 1981 war die Steuerquote des Bundes um 1,8 Prozentpunkte gestiegen. Die Tarifkorrektur war allein deshalb geboten. Im Jahre 1985 dürfte die Steuerquote etwa so hoch sein wie im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1978; das gleiche gilt, wenn man nur die Einnahmen aus der Einkommensteuer ins Verhältnis zum Sozialprodukt setzt. Dagegen ist die Entlastung bei der Körperschaftsteuer in diesem Zeitraum beträchtlich.

Das Defizit im Bundeshaushalt, das sich 1985, gemessen am Sozialprodukt, auf 4,9 vH belief, geht somit in erster Linie auf eine fortgesetzte, starke Ausgabenexpansion zurück, die im Widerspruch zu den Absichten der Regierung steht. Zwar ergab sich ein Rückgang der Steuerquote, dies brachte im ganzen aber lediglich einen Abbau der sogenannten kalten Progression. Ein solcher Abbau kann schwerlich als eine Maßnahme im Rahmen einer erklärten Politik zur Förderung des Wachstums gesehen werden. Selbst wenn man nur Steuerentlastungen vorgenommen hätte, die die Steuerquote von 1981 festgeschrieben hätten, würde das Defizit im Jahre 1985 gemessen am Sozialprodukt immer noch 3,5 vH betragen. Das amerikanische Beispiel ist nicht geeignet, eine Politik zur Förderung des Wachstums über Steuersenkungen bei strenger Ausgabendisziplin, wie sie in Europa diskutiert wird, zu diskreditieren: In den Vereinigten Staaten wurde keine Ausgabendisziplin gewahrt, und die Senkung der Einkommensteuer stellte lediglich einen Ausgleich für den inflationsbedingten Anstieg der Steuerbelastungen dar.

10. Die Steuersenkungen haben die marginale Abgabenlast, auf die es bei der Förderung von Leistungsbereitschaft und Ersparnisbildung ankommt, nicht so stark vermindert, wie es die Einkommensteuersenkungen gemäß dem Economic Recovery Tax Act vermuten lassen; für niedrige Einkommen ist der Durchschnittssteuersatz 1984 sogar höher, weil die Freibeträge nicht an die Inflation angepaßt worden sind. Die Einkommensteuersätze wurden im Oktober 1981 um 5 vH und im Juli 1982 sowie im Juli 1983 um jeweils 10 vH gesenkt. Ein Vergleich der marginalen Einkommensteuersätze sowie der

Tabelle 2

Abgabenbelastung für ausgewählte Haushaltseinkommen in den Vereinigten Staaten

vH

	Haushalte mit einem Einkommen in Höhe ...					
	der Hälfte des „mittleren" Einkommens[1])		des „mittleren" Einkommens[1])		des Doppelten des „mittleren" Einkommens[1])[2])	
	1980	1984	1980	1984	1980	1984
Einkommensteuer[3]):						
Durchschnittssteuersatz	4,3	5,4	11,9	11,3	22,3	20,7
marginaler Steuersatz	16,0	14,0	24,0	22,0	43,0	38,0
Einkommensteuer und Sozialabgaben[4]):						
durchschnittlicher Abgabensatz	10,5	12,1	18,1	18,0	26,1	25,5
marginaler Abgabensatz	22,1	20,7	30,1	28,7	43,0	38,0

[1]) Das mittlere Einkommen des Jahres 1980 mit 21000 Dollar ist das „Median-Einkommen", d. h. das Einkommen, bei dem eine Hälfte der Haushalte niedrigere, die andere Hälfte der Hauhalte höhere Einkommen bezieht; für 1984 entspricht das mittlere Einkommen mit 26460 Dollar dem Median-Einkommen von 1980 inflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung.
[2]) Die Berechnungen für das Doppelte des mittleren Einkommens gehen von einem Einkommensbezieher aus.
[3]) Nur Einkommensteuer des Bundes und Sozialabgaben.
[4]) Nur Arbeitnehmeranteil der „Social Security Tax".

Quelle: Federal Reserve Bank of St. Louis

Abgabensätze für ausgewählte Einkommensklassen für die Jahre 1980 und 1984 zeigt das Ausmaß der Entlastung (Tabelle 2). Diese Jahre bieten sich für einen Belastungsvergleich an, weil das Jahr 1980 das letzte Jahr vor der Tarifänderung ist und seit 1984 der neue Tarif vollständig in Kraft ist. Von diesem Jahr an wird der Einkommensteuertarif jährlich an die Inflation angepaßt.

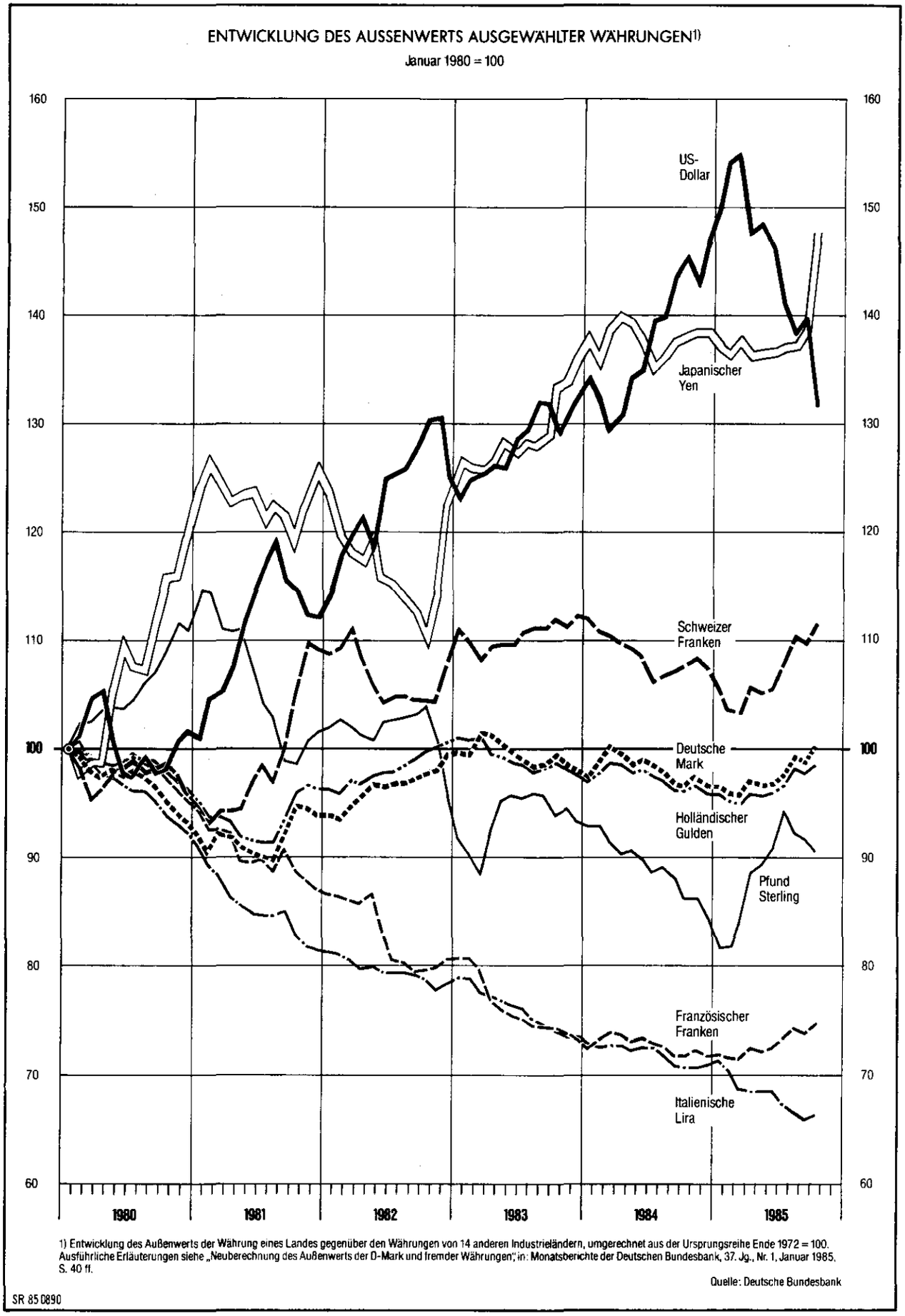
Auch diese Betrachtung stützt das Urteil, daß man das Haushaltsdefizit im wesentlichen nicht den Entlastungen bei der Einkommensteuer zuschreiben darf. Der inflationsbedingte Anstieg der Steuerquote in den Jahren 1981 bis 1984 ist korrigiert worden. Die von angebotsorientierten amerikanischen Ökonomen erwarteten Effekte einer Senkung der Einkommensteuer konnten schon deshalb nicht eintreten, weil die Entlastung tatsächlich nur gering ausgefallen ist.

III. Labile Devisenmärkte, schwelende Verschuldungskrise

11. Im Wechselkursgefüge kam es 1985 erneut zu massiven Verschiebungen. Der Dollar hatte im Frühjahr, gemessen am gewogenen Außenwert, innerhalb Jahresfrist noch einmal fast 20 vH an Wert gewonnen, verglichen mit 1980 war er um mehr als die Hälfte gestiegen. Danach kam es zu einer drastischen Kurskorrektur. Im Oktober war annähernd ein Niveau wie im Frühjahr 1984, vor der letzten Aufwertungsphase, erreicht. Starke Kursbewegungen gab es auch beim Pfund Sterling; zwischen Sommer 1983 und Jahresbeginn 1985 war der Außenwert um $14^1/_2$ vH gefallen. Die Bank von England erhöhte daraufhin die Zinsen kräftig, um die inflatorischen Impulse aus der Abwertung abzuwehren. Das Pfund stieg innerhalb eines halben Jahres um $15^1/_2$ vH, fiel danach aber wieder etwas zurück (Schaubild 2). Im Vergleich dazu entwickelte sich der Außenwert der D-Mark recht stetig. In der Phase der Dollarstärke vom Frühjahr 1984 bis zum Frühjahr 1985 sank er lediglich um $4^1/_2$ vH und erhöhte sich seither in gleichem Maße. Dieses Bild wird freilich durch die relativ stabilen Wechselkurse im Europäischen Währungssystem geprägt. Die bilateralen Kurse, vor allem das Verhältnis der D-Mark zum Dollar, schwankten sehr stark (Ziffer 115).

12. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Industrieländern haben ihre Ursache im wesentlichen in der hohen Bewertung des Dollar und in der niedrigen Bewertung des Yen. Lange Zeit haben die Amerikaner den Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik auf den Wechselkurs wenig Beachtung geschenkt; und die Japaner haben Anzeichen, daß die Handelspartner auf Dauer nicht bereit sind, die hohen Ungleichgewichte im Handel mit Japan hinzunehmen, nicht ernst genug genommen. Im September 1985 kam es überraschend zu einem Treffen der Finanzminister und der Notenbankgouverneure der Gruppe der fünf großen Länder in New York (Tabelle 5, Seiten 36 ff.). Neue Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen für die Verzerrungen in den Wechselkursen wurden nicht bekanntgegeben. Die Notenbanken haben aber erkennen lassen, daß sie spekulativen Übersteigerungen der Wechselkurse künftig mit abgestimmten Interventionen entgegentreten wollen. Vermutungen, es

Schaubild 2



1) Entwicklung des Außenwerts der Währung eines Landes gegenüber den Währungen von 14 anderen Industrieländern, umgerechnet aus der Ursprungsreihe Ende 1972 = 100. Ausführliche Erläuterungen siehe „Neuberechnung des Außenwerts der D-Mark und fremder Währungen", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 37. Jg., Nr. 1, Januar 1985, S. 40 ff.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 85 0890

seien Bandbreiten für die Wechselkurse, deren Einhaltung die Zentralbanken gewährleisten, oder eine abgestimmte Zinspolitik zur Verringerung des Abstandes zu den amerikanischen Zinsen vereinbart worden, wurden nicht bestätigt. Die Devisenmärkte reagierten dennoch auf das Treffen in New York heftig. Am stärksten fiel der Dollar gegenüber dem Yen; im September mußten 237 Yen für einen Dollar bezahlt werden, im November nur etwas mehr als 200 Yen. Innerhalb von sieben Monaten hat sich der Yen gegenüber dem Dollar um gut 20 vH aufgewertet. Maßgeblich hierfür waren massive Interventionen der japanischen Notenbank. Daß die Korrektur im Dollar-Yen-Verhältnis anhielt, ist der Anhebung der kurzfristigen Yen-Zinsen auf das Niveau der Dollar-Zinsen zuzuschreiben. Die Bundesbank hat aus guten Gründen den Weg, über eine Erhöhung der D-Mark-Zinsen für eine Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar zu sorgen, abgelehnt. Für eine solche wechselkursorientierte Geldpolitik gibt es keinen Anlaß. Ursächlich für die verzerrten Kurse sind vor allem die hohen Dollar-Zinsen, und der solide Weg diese zu senken, führt über eine Verringerung des Haushaltsdefizits in den Vereinigten Staaten.

Die Konferenz von New York ist aus drei Gründen positiv zu bewerten. Das Interesse der Regierungen an der Entwicklung der Wechselkurse, vor allem die geänderte Haltung der amerikanischen Regierung, wurden bekräftigt. An Märkten, denen es an Orientierung fehlt, können Interventionen, zumal koordinierte, sowie die Ankündigung, auch künftig in das Geschehen einzugreifen, im Falle von spekulativen Übersteigerungen vorübergehend durchaus Wirkung zeigen. Zweitens haben die Konferenz und die folgende Korrektur des Dollarkurses die Position der amerikanischen Regierung bei der Abwehr protektionistischer Bestrebungen im Kongreß gestärkt. Drittens ist die Bedeutung währungspolitischer Fragen unterstrichen worden, die Überlegungen zu einer Reform des Währungssystems erhalten damit einen höheren Rang. Allerdings ist keine befriedigende Lösung erkennbar, die ohne eine abgestimmte, stetige und stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik in den wichtigsten Ländern auskommt. Zu beklagen ist, daß auch auf der New Yorker Konferenz keine Maßnahmen zur Behebung der Ursachen für die verzerrten Wechselkurse beschlossen beziehungsweise bekanntgegeben wurden. Die Bewährungsprobe steht deshalb noch aus.

13. Änderungen der Wechselkurse, soweit sie unterschiedliche Entwicklungen von Preisen und Kosten in den einzelnen Ländern ausgleichen, sind notwendig und erwünscht. Gehen Aufwertungen oder Abwertungen darüber hinaus, so ergeben sich Veränderungen der realen Wechselkurse. Abrupte reale Aufwertungen oder reale Abwertungen, die in erster Linie durch Verschiebungen im Kapitalverkehr ausgelöst werden, stellen die Wirtschaftspolitik vor große Schwierigkeiten. Wie sich die realen Außenwerte wichtiger Währungen 1985 verändert haben, zeigt Schaubild 3. Die Jahresdurchschnitte der realen Außenwerte bringen freilich die starken Wechselkursverschiebungen im Verlauf dieses Jahres nicht zum Ausdruck.

14. Die Situation in den hoch verschuldeten Entwicklungsländern, vor allem in Lateinamerika, hat sich in diesem Jahr wieder etwas verschlechtert, nachdem der Importsog aus den Vereinigten Staaten in den zwei vergangenen Jahren zu einer Entspannung geführt hatte. Die Belastungen, die sich aus der Abschwächung der Expansion des Welthandels und den protektionistischen Maßnahmen sowie aus der Verschlechterung der Terms of Trade ergeben, werden durch die Verringerung der Dollar-Zinsen nicht aufgewogen. Vor allem aber: Zunehmend wird deutlich, wie schwierig es ist, die Volkswirtschaften zu sanieren, insbesondere Investitionsbedingungen wiederherzustellen, die ausländisches Kapital anziehen und die Kapitalflucht aus diesen Ländern beenden. Die Lasten, die mit der Schaffung stabiler Währungsverhältnisse und geordneter öffentlicher Haushalte verbunden sind, scheinen kaum mehr tragbar. Ohne Unterstützung der Industrieländer kann es keine Lösung geben. Der Schlüssel hierzu liegt in höherem wirtschaftlichen Wachstum der Industrieländer, in einer Öffnung ihrer Märkte und in niedrigen Zinsen. Ein Hoffnungszeichen ist die geänderte Einstellung der amerikanischen Regierung gegenüber dem Schuldenproblem.

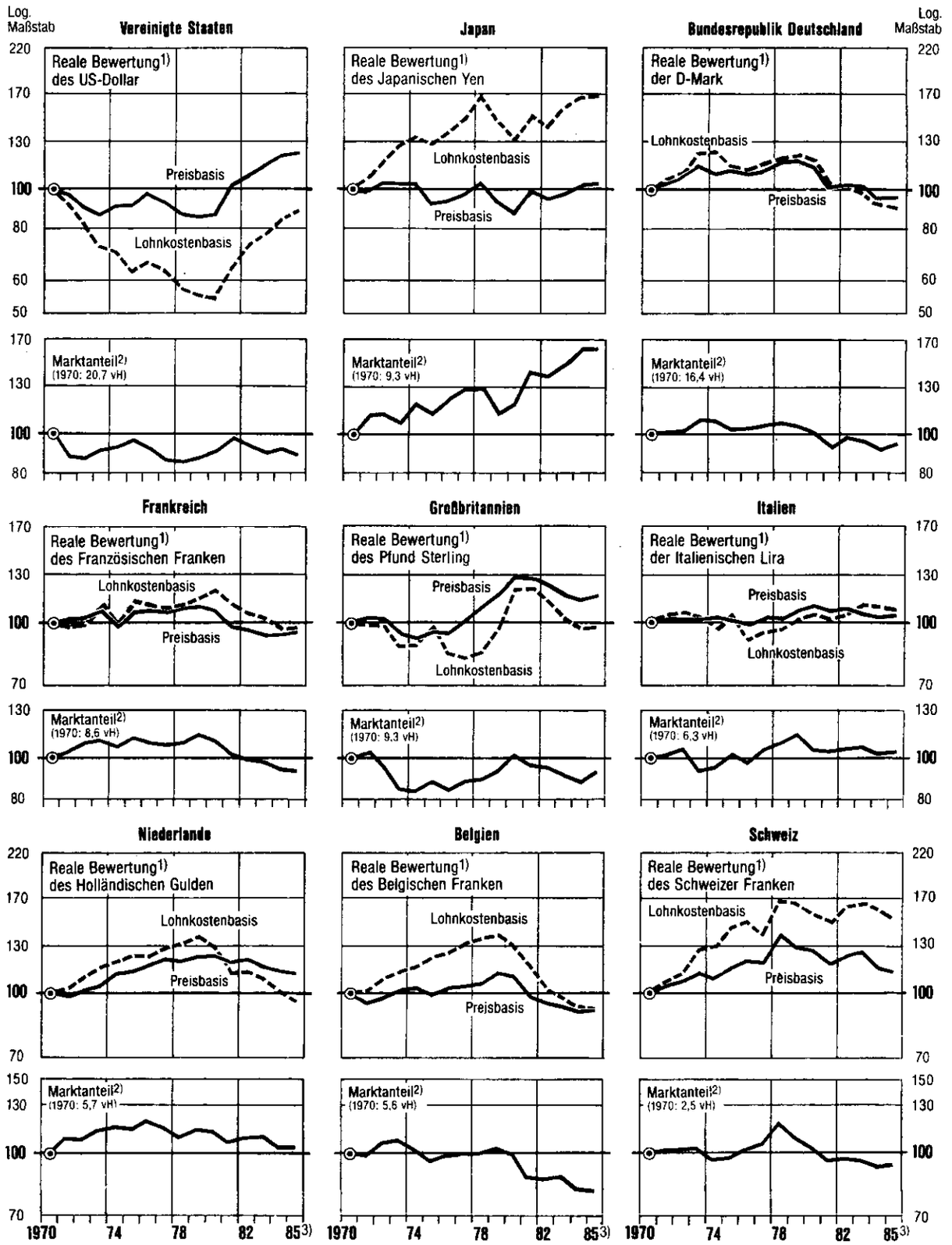
15. Die Entwicklungsländer haben 1985 eine Auslandsverschuldung in Höhe von etwa 860 Mrd Dollar, das entspricht ungefähr dem Eineinhalbfachen ihrer Exporterlöse. Schulden, auch hohe Schulden, müssen keineswegs ein Problem sein. Zu der Gruppe der größten Schuldner gehören Länder wie Südkorea und Indonesien, die nicht als Problemländer eingestuft werden. Die Problemländer sind überwiegend auf Lateinamerika konzentriert, Argentinien, Brasilien, Mexiko, Venezuela und Chile zählen dazu und außerhalb Südamerikas die Philippinen und Nigeria. Auf diese sieben Länder entfallen etwa zwei Fünftel der gesamten Auslandsschuld der Entwicklungsländer.

Auch zwischen den lateinamerikanischen Schuldnerländern gibt es erhebliche Unterschiede, die nicht zuletzt in ihren Exportstrukturen begründet sind. Einige Länder sind Ölexporteure, Mexiko und Venezuela, andere in erster Linie Rohstoffproduzenten. Vor allem für Rohstoffe sind in diesem Jahr niedrigere Preise erzielt worden; dem entspricht eine deutliche Verschlechterung des Preisverhältnisses im Außenhandel dieser Länder.

16. Beurteilt man die Situation in den hoch verschuldeten Entwicklungsländern anhand der Leistungsbilanzen, so ist für die Länder Lateinamerikas eine starke Verbesserung erkennbar. Nach einem Defizit in den vier großen Ländern, Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela, im Jahre 1982 von fast 30 Mrd Dollar dürfte 1985 ein kleiner Überschuß entstanden sein (Tabelle 3). Obwohl die Lieferungen dieser Länder in die Vereinigten Staaten 1983 und 1984 stark zugenommen haben, kam der Hauptbeitrag zur Sanierung der Leistungsbilanz von einer Rückführung der Importe, dem Volumen nach sind sie um etwa ein Drittel gesunken. Importe sind für die Entwicklung dieser Länder

Schaubild 3

REALE AUSSENWERTE WICHTIGER WÄHRUNGEN
1970 = 100



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr. – 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

SR 850901

Tabelle 3

Zur wirtschaftlichen Situation in hoch verschuldeten Entwicklungsländern

Land	Bruttoinlandsprodukt[1][2]				Verbraucherpreise[2]				Staatsdefizit[3]			
	1982	1983	1984	1985[7]	1982	1983	1984	1985[7]	1982	1983	1984	1985[7]
Argentinien	− 4,6	+ 2,8	+ 1,9	−2	+165,2	+344,2	+626,7	+700	− 7,1	−17,5	−10,2	− 4½
Brasilien	+ 0,9	− 3,2	+ 4,5	+4	+ 98,0	+142,0	+196,7	+210	−15,8	−16,6	−23,5	−28
Mexiko	− 0,6	− 5,3	+ 3,5	+3	+ 59,0	+101,8	+ 65,5	+ 50	−15,4	− 8,5	− 6,2	− 4
Venezuela	+ 0,7	− 5,6	− 1,1	+2	+ 9,6	+ 6,3	+ 12,2	+ 15	− 5,3	− 1,5	+ 3,5	− 1
Indonesien	+ 2,2	+ 4,2	+ 5,8	+3	+ 9,5	+ 11,8	+ 10,5	+ 7½	− 2,4	− 1,5	− 3,0	− 2
Philippinen	+ 1,9	+ 1,3	− 5,3	+ ½	+ 10,2	+ 10,0	+ 50,3	+ 27½	− 4,2	− 1,7	− 1,4	− 1½
Südkorea	+ 5,5	+ 9,5	+ 7,6	+3½	+ 7,3	+ 3,4	+ 2,3	+ 2½	− 3,1	− 1,1	− 1,4	− 2

Land	Ausfuhr[2][4]				Leistungsbilanz[4][5]				Zinszahlungen/Exporterlöse[6]			
	1982	1983	1984	1985[7]	1982	1983	1984	1985[7]	1982	1983	1984	1985[7]
Argentinien	−16,6	+ 2,8	+ 3,4	+7½	− 2,4	− 2,4	− 2,5	− 1½	51,7	56,9	54,8	55½
Brasilien	−13,3	+ 8,6	+23,3	−3½	− 16,3	− 6,8	+ 0,0	− ½	53,5	42,2	37,9	39½
Mexiko	+ 6,5	+ 5,1	+ 7,8	+2½	− 6,2	+ 5,3	+ 4,0	+ 2	44,3	41,6	37,2	33
Venezuela	−18,2	−10,8	+ 8,8	+2	− 4,2	+ 4,4	+ 5,0	+ 1½	21,0	23,2	24,4	21½
Indonesien	−15,4	− 5,4	+11,0	−4	− 5,3	− 6,3	− 2,1	− 3	.	.	.	.
Philippinen	−12,3	− 0,3	+ 7,7	+4	− 3,2	− 2,8	− 1,3	− 1	24,9	21,9	27,6	28
Südkorea	+ 1,0	+11,1	+13,5	+6	− 2,7	− 1,6	− 1,4	− 1	12,7	10,6	11,0	11

[1]) In konstanten Preisen.
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[3]) Defizit im öffentlichen Haushalt in vH des Bruttoinlandsprodukts.
[4]) Waren, in US-Dollar.
[5]) Mrd US-Dollar (Überschuß: +; Defizit: −).
[6]) Angaben wegen unterschiedlicher Abgrenzungen nicht ohne weiteres vergleichbar.
[7]) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.

Quelle: Veröffentlichungen internationaler Organisationen

wichtig. Das reale Sozialprodukt ist heute überwiegend nicht höher als 1980/81, vor der Krise. Pro Kopf gerechnet bedeutet dies einen Rückgang um 10 vH bis 15 vH.

Trotz der Verbesserung der Leistungsbilanzsituation und des starken Zinsrückgangs ist die Relation Zinszahlungen zu Exporterlösen heute nicht viel niedriger als 1982, in vielen Ländern sogar höher. Deutlich gestiegen ist die Relation Schuldenstand zu Exporterlösen. Das hängt auch mit der anhaltenden Kapitalflucht aus diesen Ländern zusammen. Gemessen an solchen Relationen sind die Fortschritte der Länder gering. Gleichwohl ist die Gefahr für das internationale Finanzsystem nicht mehr so groß. Durch Aufstockung ihres Eigenkapitals und Konzentration ihrer Ausleihungen auf andere Schuldner hat sich die Lage der Banken spürbar verbessert.

17. Die interne Anpassung in den Entwicklungsländern kommt überwiegend schleppend voran, vielfach stößt sie auf Widerstände. Die sehr hohe Inflation hat sich in diesem Jahr in einigen Ländern noch beschleunigt, der Abbau der zum Teil sehr hohen Haushaltsdefizite gestaltet sich schwierig und ist vielfach mit einer Verringerung öffentlicher Investitionen verbunden. Das ungünstige Urteil wird vor allem durch die unzureichenden privaten Investitionen bestimmt. Während zu Beginn der achtziger Jahre hohe Kapitalzuflüsse überwiegend dem Ausgleich einer niedrigeren inländischen Ersparnis und zur Bedienung höherer Zinszahlungen gedient haben, fanden die geringeren Zuflüsse danach keinen Ausgleich durch eine höhere Ersparnis im Inland. Die Investitionsquote ist in den meisten Ländern zurückgegangen. Das Ausland hält sich mit Direktinvestitionen und Krediten zurück, solange im Inland nicht mehr Vertrauen in die eigene Zukunft entsteht. Nur bei großen Sanierungsanstrengungen ist eine solide Basis für eine verstärkte Kreditvergabe der Banken und internationaler Organisationen gegeben. Das Schuldenproblem ist nicht überwunden, im Kern ist es das Problem der Konsolidierung und der Steigerung der Wirtschaftskraft in den Entwicklungsländern.

IV. Fernöstliche Wachstumszentren im Fahrwasser der amerikanischen Konjunktur

18. Japan und die südostasiatischen Schwellenländer sind wegen ihrer starken Handelsverflechtung mit den Vereinigten Staaten von der Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung besonders getroffen worden. Die Ausfuhr Japans in die Vereinigten Staaten, die gut ein Drittel der gesamten Warenausfuhr ausmacht und im vergangenen Jahr dem Werte nach um 40 vH gestiegen war, lag in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 7½ vH höher als im Vorjahr. Die japanischen Lieferungen nach Südostasien sind zurückgegangen, die nach Europa stagnierten. Lediglich der Handel mit China entwickelte sich stürmisch. Insgesamt dürfte der Überschuß in der Handelsbilanz 1985 auf 55 Mrd Dollar gestiegen sein, nach 44 Mrd Dollar im Vorjahr. Zunehmende Zinseinkünfte im Zusammenhang mit den hohen Kapitalexporten der vergangenen Jahre haben das Defizit im Dienstleistungsverkehr verringert. Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte in diesem Jahr 48 Mrd Dollar oder gemessen am Sozialprodukt 3½ vH betragen.

Mit der Abschwächung in der Expansion der Ausfuhr hat sich der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in Japan etwas verlangsamt, sie dürften aber noch um 9 vH höher ausfallen als 1984. Die Investitionen im Wohnungsbau nahmen nach einem Rückgang im vergangenen Jahr um 4 vH zu. Die staatliche Nachfrage blieb im Zeichen der Konsolidierungsbemühungen gedämpft, die öffentlichen Investitionen sind ein weiteres Mal gesunken. Der Zuwachs des Sozialprodukts ist 1985 mit 4½ vH höher als in den anderen Industrieländern.

19. Die Schwellenländer im pazifischen Raum — Taiwan, Südkorea, Hongkong, Singapur, Thailand, die Philippinen und Malaysia —, für die die Vereinigten Staaten ebenfalls der wichtigste Abnehmer sind, weisen eine ähnliche Entwicklung auf wie Japan. Nach einer Zunahme des Sozialprodukts dieser Ländergruppe um fast 6 vH im vergangenen Jahr dürfte der Zuwachs 1985 auf etwa 3½ vH zurückgehen. Die starke Verlangsamung im Anstieg der Ausfuhr ist hierfür ausschlaggebend, ferner die damit einhergehende geringere Ausweitung der Investitionen.

Trotz der aktuellen Verringerung des Expansionstempos zählen die Schwellenländer Südostasiens weiterhin zu den Regionen mit den höchsten Wachstumschancen in der Welt. Zunehmende protektionistische Bestrebungen, die zum Teil hohe Auslandsverschuldung und innenpolitische Spannungen in einigen dieser Länder stellen allerdings Risikofaktoren dar. Die in der Industrialisierung am weitesten vorangeschrittenen Länder — Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur — gewinnen als Abnehmer von Investitionsgütern zunehmend an Bedeutung. Zwar konnte die Bundesrepublik die Ausfuhr in diese Länder in den letzten fünfzehn Jahren stärker ausweiten als die gesamten Lieferungen an das Ausland, ihr Marktanteil dort ist aber gesunken. Japan, das in dieser Region besonders erfolgreich ist, hat einen etwa fünfmal so großen Anteil an der Einfuhr dieser Länder wie die Bundesrepublik. Noch ungünstiger ist die relative Position deutscher Unternehmen bei den Direktinvestitionen in diesen Schwellenländern.

V. Aufschwung in Europa noch immer verhalten

20. Europa befindet sich im dritten Jahr einer verhaltenen konjunkturellen Belebung. Dies ist insoweit beachtlich, als der Aufschwung überwiegend nicht von einer expansiven Konjunkturpolitik unterstützt worden ist, sondern im Gegenteil sich vielfach unter Bedingungen vollzogen hat, welche die Nachfrage belasteten: Die Geldpolitik hat zur Stabilisierung des Preisniveaus das Geldangebot knapp gehalten, und die Finanzpolitik ist durch Ausgabendisziplin und Erhöhung von Steuern und Abgaben um eine Verringerung der öffentlichen Defizite bemüht gewesen. Ohne Restriktionsdruck wäre der Anstieg des Sozialprodukts möglicherweise kräftiger ausgefallen, zugleich wäre die Wirtschaftsentwicklung in der gegenwärtigen Phase aber stärker durch Haushaltsungleichgewichte und inflatorische Spannungen belastet. Die kräftigen außenwirtschaftlichen Impulse und eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erklären im wesentlichen die Aufwärtsbewegung, und die Chancen für eine Fortsetzung und eine Kräftigung des Aufschwungs sind günstig.

Insgesamt blieb die konjunkturelle Expansion 1985 unbefriedigend — aus europäischer Perspektive, weil sie zu gering war, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beenden, — aus weltwirtschaftlicher Perspektive, weil nur ein anhaltender kräftiger Aufschwung in Europa die Probleme in der Welt mildern würde und weil die Entwicklungsländer auf das Wachstum frei zugänglicher Absatzmärkte angewiesen sind, um die Probleme aus der hohen Verschuldung lösen zu können. Was die Wirtschaftspolitik für eine Kräftigung des Aufschwungs tun kann, wird unterschiedlich gesehen. Zunächst ist zu fragen, ob eine gleichartige wirtschaftspolitische Strategie für Europa angezeigt ist oder eine von Land zu Land unterschiedliche Therapie. Weiterhin geht es darum, ob die bisher erzielten Verbesserungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausreichen und ob deshalb die Geldpolitik und die Finanzpolitik ihren teilweise restriktiven Kurs aufgeben sollten und dadurch gegebenenfalls den Aufschwung stärken können. Außerdem ist zu fragen, ob neben der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine höhere Flexibilität der Arbeitsmärkte und Gütermärkte für mehr Wachstum und Beschäftigung erforderlich ist. Schließlich ist zu diskutieren, ob die Länder mit den größten Fortschritten bei der Stabilisierung des Preisniveaus und bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte — insbesondere die Bundesrepublik — eine mäßig expansive Politik betreiben sollten und dies auch könnten, ohne die Stabilisierungsfortschritte wieder aufs Spiel zu setzen.

21. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Europa hat sich 1985 fortgesetzt. Zwar ging das Expan-

sionstempo in der ersten Jahreshälfte zurück, im zweiten Halbjahr wurde die ausgefallene Produktion aber nachgeholt. Aufs Jahr gesehen hat das Sozialprodukt in Europa 1985 um 2½ vH zugenommen. Die Industrieproduktion lag ebenfalls um 2½ vH höher als im Vorjahr; um etwa 3½ vH übertrifft sie das Niveau im Jahre 1980, in dem die Rezession einsetzte. In den Vereinigten Staaten und in Japan dagegen ist die Industrieproduktion heute um fast 15 vH beziehungsweise 20 vH höher als zu Beginn der achtziger Jahre (Schaubild 4). Unbefriedigend ist vor allem der im ganzen noch immer schwache Anstieg der Inlandsnachfrage, die ähnlich wie im vergangenen Jahr mit einer Rate von knapp 2 vH zugenommen hat. Die europäischen Volkswirtschaften empfinden auch in diesem Jahr starke Impulse aus dem Güteraustausch mit dem Ausland. Die Exportdynamik ist etwas schwächer geworden, noch stärker verlangsamt hat sich der Importanstieg. Im Sog der Exportkonjunktur und wegen der Verbesserung der Stückgewinne der Unternehmen haben die Ausrüstungsinvestitionen weiter kräftig zugenommen. Der Anteil der Unternehmensinvestitionen am Sozialprodukt dürfte in diesem Jahr wieder so hoch sein wie 1980. Ungünstiger als erwartet haben sich die Bauinvestitionen, vor allem der Wohnungsbau, entwickelt. In realer Rechnung sind die Bauinvestitionen gegenüber dem Vorjahr geschrumpft (−3½ vH). Der private Verbrauch hat sich jedoch belebt. Bei weiter abnehmendem Preisauftrieb und zunehmender Beschäftigung nahmen die realen verfügbaren Einkommen stärker zu, und niedrigere Zinsen wirkten einem Anstieg der Sparquote entgegen. Der Zuwachs des privaten Verbrauchs fiel aber mit 1½ vH gering aus.

22. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa verlief auch 1985 uneinheitlich. Von den vier großen Volkswirtschaften konnte Großbritannien nach dem Ende der Bergarbeiterstreiks wieder an das Expansionstempo von 1983 mit reichlich 3 vH anknüpfen. Besonders kräftig sind erneut die Ausrüstungsinvestitionen gestiegen. Vom Außenhandel gingen starke Impulse auf die Wirtschaft aus. Die Bauinvestitionen und vor allem die öffentlichen Investitionen sind dagegen geschrumpft. Im Jahresverlauf haben die Auftriebskräfte gewechselt, der private Verbrauch hat im zweiten Halbjahr die Expansion getragen. In Frankreich ist die konjunkturelle Entwicklung nach wie vor durch Stabilisierungsanstrengungen belastet. Die Investitionen in Ausrüstungen sind nach vierjährigem Rückgang nur geringfügig gestiegen, der private Verbrauch wird von dem anhaltenden Beschäftigungsabbau gebremst, die ungünstige Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten hat nur schwache Impulse von außen zuwege gebracht. Italien und die Bundesrepublik liegen in den Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion nahe dem europäischen Durchschnitt, allerdings bei ganz unterschiedlichem Muster: Italien weist eine vergleichsweise kräftige Inlandsnachfrage auf, die aber zunehmend ausländischen Anbietern zugute kommt. Die Expansion in der Bundesrepublik dagegen wird bei eher schwacher Verbrauchsnachfrage und einem deutlichen Rückgang der Bauinvestitionen stark vom Außenhandel begünstigt.

23. Unter den kleineren Ländern in Europa hat die Konjunktur in Österreich und in der Schweiz 1985 starke Impulse von außen erhalten. Dies ging vor allem in Österreich mit einer Abschwächung der Inlandsnachfrage aufgrund eines nicht mehr so starken Lageraufbaus wie 1984 einher. Der private Verbrauch hat sich in beiden Ländern belebt, die Ausrüstungsinvestitionen sind kräftig ausgeweitet worden. Das gilt auch für die Niederlande; die Ausfuhr nahm dort aber nicht viel stärker zu als der Welthandel. In Dänemark verlangsamte sich das Expansionstempo im Vergleich zum Vorjahr und näherte sich damit dem europäischen Durchschnitt an. Die Ausrüstungsinvestitionen haben hier noch einmal sehr kräftig zugenommen, die Bauinvestitionen stagnierten aber nach ihrem starken Anstieg 1983 und 1984. Die Importe stiegen aufgrund des Konjunkturvorsprungs weiterhin deutlich an. Belgien findet nur schwer aus seiner Wirtschaftskrise heraus, die stark durch die Probleme der Montanindustrie geprägt ist. Der private Verbrauch und der Staatsverbrauch stagnierten; trotz günstiger Entwicklung von Investitionen und Ausfuhr blieb der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion hinter dem europäischen Durchschnitt zurück. In Norwegen und in Schweden hat sich 1985 — ebenso wie in Dänemark — nach einer überdurchschnittlich guten Entwicklung 1984 eine leichte Abschwächung ergeben. Zwar haben die Inlandsnachfrage und mit ihr die Einfuhr kräftig zugenommen; die Ausfuhr ist aber nur wenig gestiegen. In Norwegen hängt dies mit einer verringerten Wettbewerbsfähigkeit sowie einer schwachen Zunahme der Energieausfuhren zusammen.

24. In der europäischen Wirtschaft gibt es nach wie vor gravierende Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt. Im Jahre 1985 gab es in Europa 19 Millionen Arbeitslose, 7½ Millionen mehr als 1980, zur Zeit der konjunkturellen Wende, und 3½ Millionen mehr als im Rezessionsjahr 1982. Diese äußerst unbefriedigende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ergab sich aus einer verstärkten Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter seit Ende der siebziger Jahre und einem Rückgang der Beschäftigung vom Herbst 1980 bis etwa zur Jahresmitte 1984. Seither nimmt die Beschäftigung zu, zu schwach allerdings, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beenden.

25. Auch auf den Arbeitsmärkten zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern; dies gilt für die Beschäftigungsentwicklung ebenso wie für die Höhe und die Veränderung der Arbeitslosigkeit. Einen Beschäftigungseinbruch hat es nach 1980 vor allem in Großbritannien, in der Bundesrepublik und in Belgien gegeben, nach 1982 auch in Frankreich (Schaubild 5). Von den größeren Ländern konnte nur Italien einen Beschäftigungsanstieg verzeichnen. Norwegen, Dänemark und Schweden weisen eine vom europäischen Durchschnitt abweichende günstige Beschäftigungsentwicklung auf. Der Beschäftigungsanstieg in Skandinavien in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ging mit einem deutlich stärkeren Wirtschaftswachstum als im europäischen Durchschnitt einher und mit

Schaubild 4

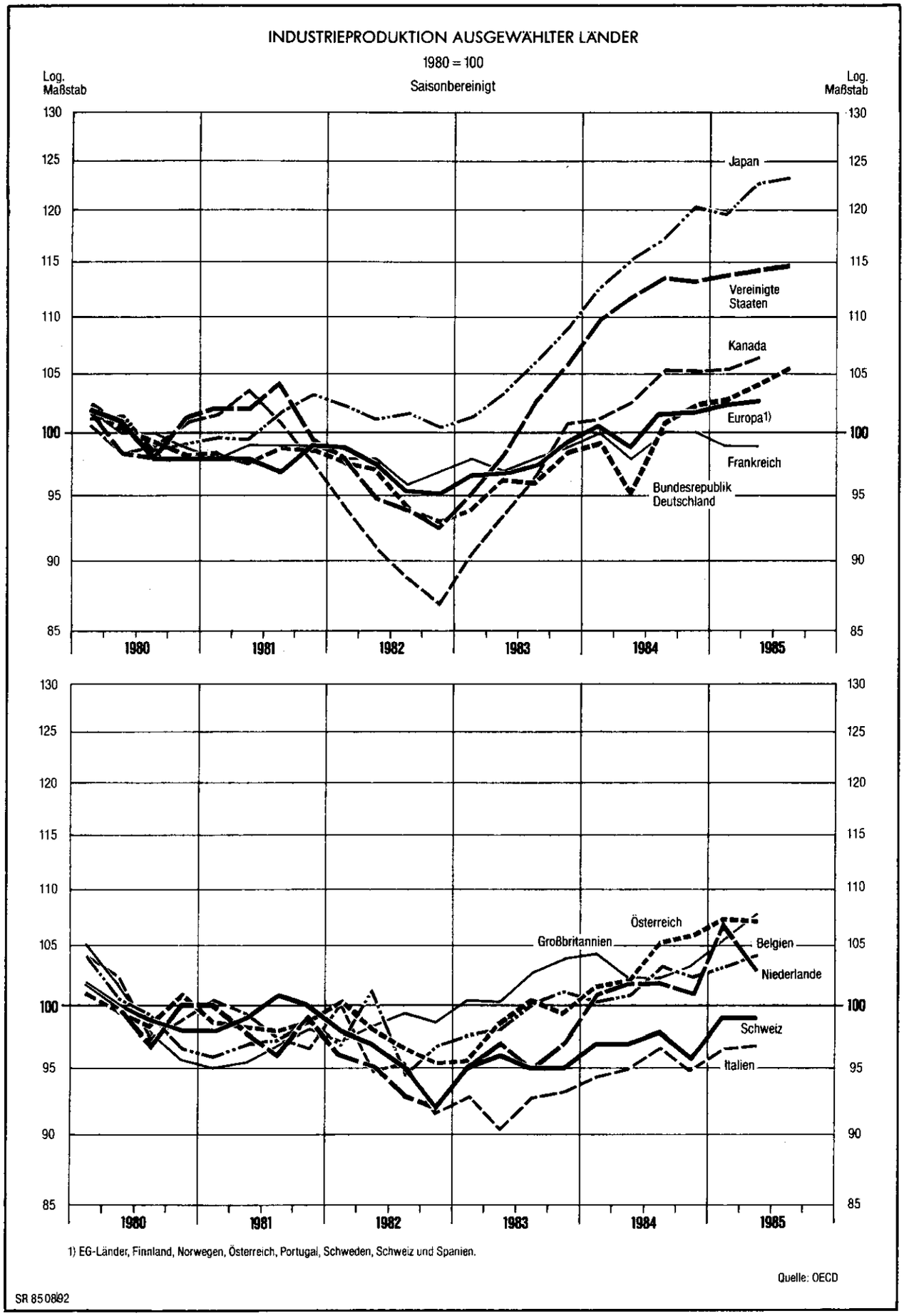
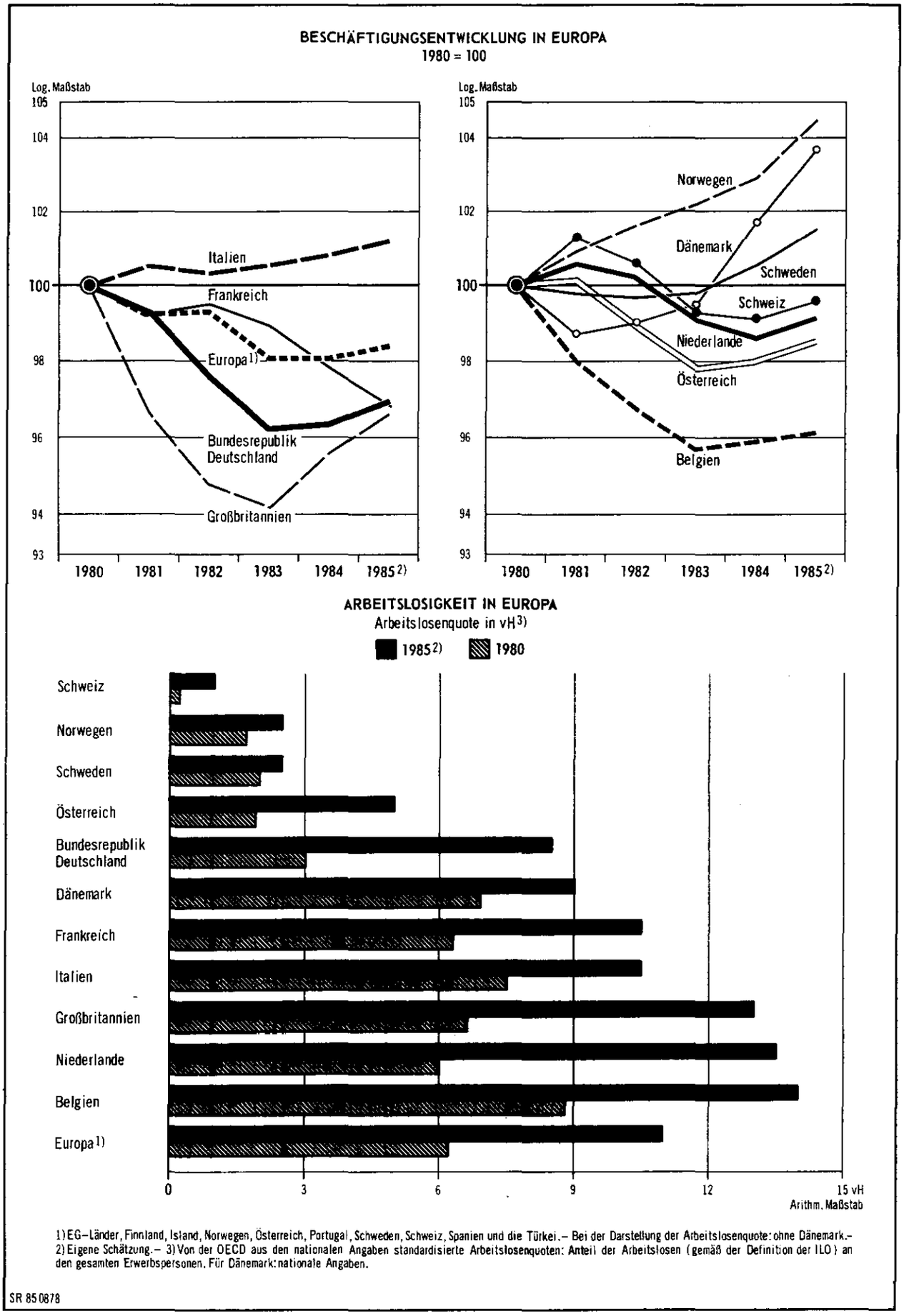

INDUSTRIEPRODUKTION AUSGEWÄHLTER LÄNDER
1980 = 100
Saisonbereinigt
Log. Maßstab
Log. Maßstab
130
125
120
115
110
105
100
95
90
85
1980
1981
1982
1983
1984
1985
Japan
Vereinigte Staaten
Kanada
Europa1)
Frankreich
Bundesrepublik Deutschland
Österreich
Großbritannien
Belgien
Niederlande
Schweiz
Italien
1) EG-Länder, Finnland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien.
Quelle: OECD
SR 8508/92

Schaubild 5



1) EG-Länder, Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und die Türkei. – Bei der Darstellung der Arbeitslosenquote: ohne Dänemark. – 2) Eigene Schätzung. – 3) Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß der Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. Für Dänemark: nationale Angaben.

SR 850878

einer zwar nur etwa halb so starken Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wie in Europa, aber einer steigenden Erwerbsbeteiligung.

26. Die schon in den siebziger Jahren beobachteten unterschiedlichen Tendenzen der Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich und im produzierenden Gewerbe haben sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre fortgesetzt. Sie wurden aber von der Rezession zu Beginn dieses Jahrzehnts überlagert. Deshalb haben sich der Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe verlangsamt und der Beschäftigungsabbau im produzierenden Gewerbe verschärft. Erfahrungsgemäß trifft eine konjunkturelle Abschwächung vor allem die Industrie. Der Beschäftigungsrückgang in diesem Sektor um etwa 6 Millionen Arbeitsplätze oder 11 vH zwischen 1980 und 1985 hat das Gesamtergebnis geprägt. Insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten 1985 um 2½ Millionen oder 1½ vH niedriger als 1980; gegenüber dem Vorjahr ist sie geringfügig gestiegen.

Die vergleichsweise günstige Entwicklung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor ging vor allem mit einer Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen und einer verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen einher. Der Beschäftigungsrückgang insgesamt erfolgte fast ausschließlich zu Lasten männlicher Erwerbspersonen.

27. Die Unterschiede im Niveau der Arbeitslosigkeit in Europa haben in den achtziger Jahren zugenommen. Hierin spiegeln sich nicht nur die von Land zu Land abweichende Entwicklung der Beschäftigung, sondern auch Unterschiede im Wachstum der Bevölkerung und in der Veränderung des Erwerbsverhaltens. Die Arbeitslosenquoten im Jahre 1985 liegen zwischen 1 vH in der Schweiz und 14 vH in Belgien. Unterschiede in der Definition und in der Erfassung der Arbeitslosigkeit erschweren freilich einen Ländervergleich. Sehr hoch ist die Arbeitslosigkeit in den vier großen europäischen Volkswirtschaften. Weit günstiger sieht es in einigen kleineren Ländern aus, neben der Schweiz vor allem in Norwegen und in Schweden — und dies bei einer überdurchschnittlich hohen Erwerbsbeteiligung — sowie in Österreich (Schaubild 5).

28. Zu den bedrückendsten Aspekten der Arbeitsmarktlage in Europa gehören die hohe und noch zunehmende Arbeitslosigkeit junger Arbeitnehmer und der immer größer werdende Anteil langfristig Arbeitsloser. Bei einer Arbeitslosenquote in Europa von 11 vH in diesem Jahr liegt die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen in Großbritannien bei über 20 vH, in Frankreich bei fast 30 vH und in Italien noch darüber. In der Bundesrepublik sind knapp 10 vH der jungen Arbeitnehmer ohne Beschäftigung. In den vier großen europäischen Ländern sind 4½ Millionen junge Menschen ohne Arbeit. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist allerdings bei jungen Arbeitnehmern im Durchschnitt deutlich kürzer als bei älteren; und von den älteren sind insbesondere die über 50jährigen von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen.

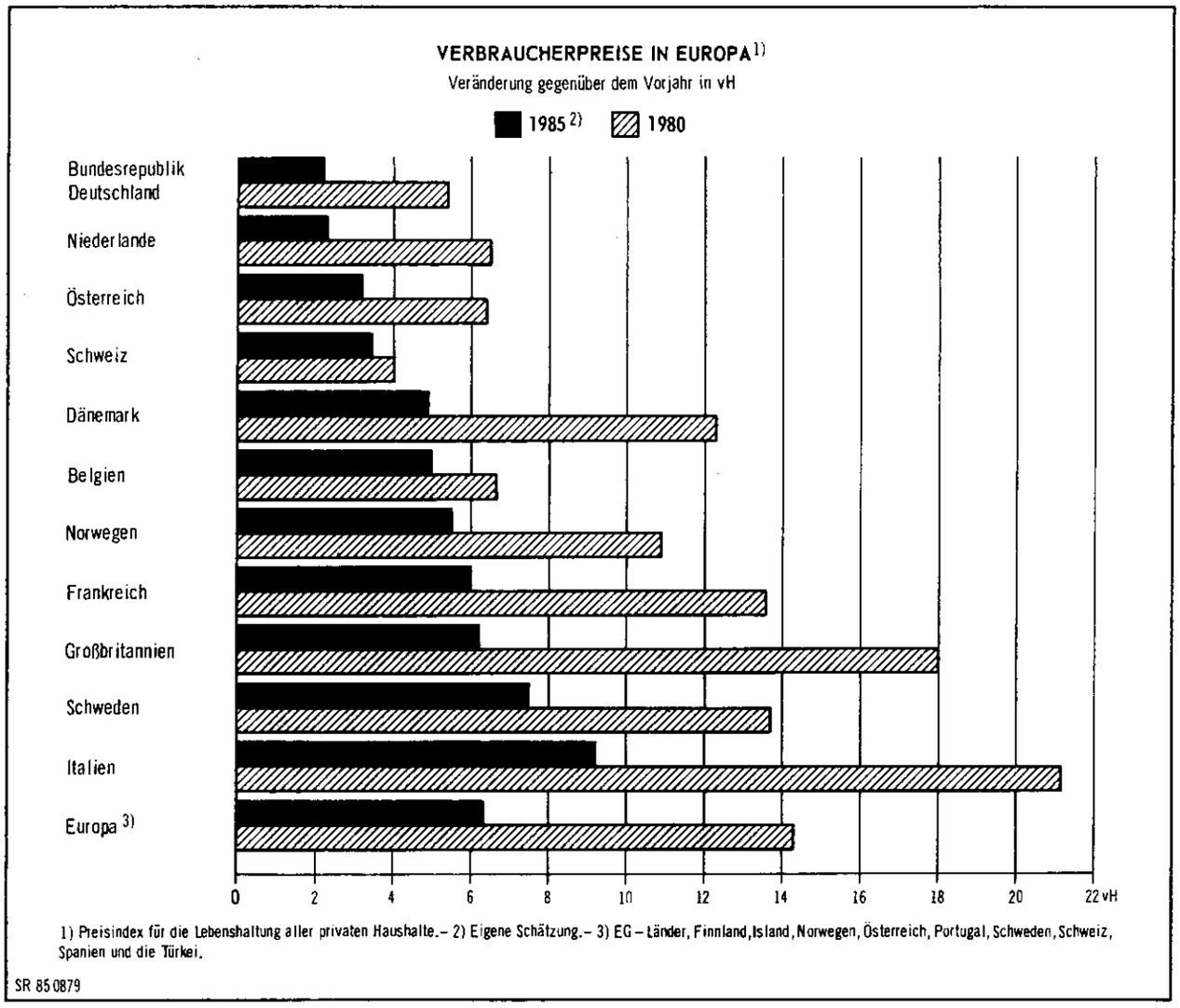
Bei insgesamt stark steigender Arbeitslosigkeit ist der Anteil der mehr als ein Jahr Arbeitslosen in Europa von knapp 30 vH im Jahre 1980 auf über 40 vH 1985 gestiegen. Besonders ausgeprägt war der Anstieg in Frankreich, in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in den Niederlanden. Der Anteil langfristig Arbeitsloser variiert stark von Land zu Land. Die langfristige Arbeitslosigkeit ist deswegen besonders bedrückend, weil erworbene berufliche Fertigkeiten verlorengehen oder nicht der technischen Entwicklung angepaßt werden können und weil die Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung zeitlich befristet sind.

29. Während die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und insbesondere die Lage am Arbeitsmarkt 1985 überwiegend noch unbefriedigend sind, haben sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert. Die Inflationsrate, gemessen als Anstieg der Verbraucherpreise, ist in diesem Jahr in Europa mit fast 6½ vH etwa halb so hoch wie 1980; die Unterschiede im Tempo des Preisauftriebs sind aber nach wie vor beachtlich. Am stärksten war die Rückführung der Inflationsrate in den Ländern mit sehr hohem Ausgangsniveau zu Beginn der achtziger Jahre, wie in Großbritannien, aber auch in Italien, Frankreich, Dänemark, Schweden und Norwegen. In einigen dieser Länder ist der Preisauftrieb allerdings nach wie vor stark (Schaubild 6). Im Jahre 1985 haben die kräftige Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar seit dem Frühjahr und die anhaltende Schwäche der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt über eine Verbilligung der Einfuhr zur Stabilisierung beigetragen.

Eine Verlangsamung des Preisauftriebs und die konjunkturelle Aufwärtsbewegung seit 1983 wurden durch eine maßvolle Lohnpolitik möglich, die nicht nur das niedrige Inflationstempo in Rechnung stellte, sondern auch eine spürbare Ausweitung der Gewinnmargen zuließ. Die Tarifparteien haben überwiegend der sehr ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt Rechnung getragen. Kräftig ist der Lohnauftrieb allerdings immer noch in Italien und vor allem in Großbritannien, wenn man die Abschwächung im Preisauftrieb berücksichtigt. In mehreren Ländern ist die automatische Bindung der Löhne an die Preisentwicklung nach langwierigen Auseinandersetzungen gelockert oder aufgehoben worden. Die konjunkturbedingt günstige Produktivitätsentwicklung führte dazu, daß die Lohnstückkosten in Europa in diesem Jahr wie 1984 um etwa 4 vH zugenommen haben — deutlich schwächer als das gesamtwirtschaftliche Preisniveau.

Die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wäre noch deutlicher ausgefallen, wenn die gestiegene Sachkapitalrendite nicht mit den hohen Realzinsen zu konkurrieren hätte. Zwar haben die geldpolitisch forcierte Zinssenkung in den Vereinigten Staaten und die Abschwächung des Dollar einen Rückgang der Zinsen in Europa erleichtert — nicht zuletzt, weil sich die europäischen Notenbanken nun weniger durch Rücksichten auf den Wechselkurs eingeengt sahen —, aber durch die gleichzeitige Abschwächung im Preisauftrieb

Schaubild 6

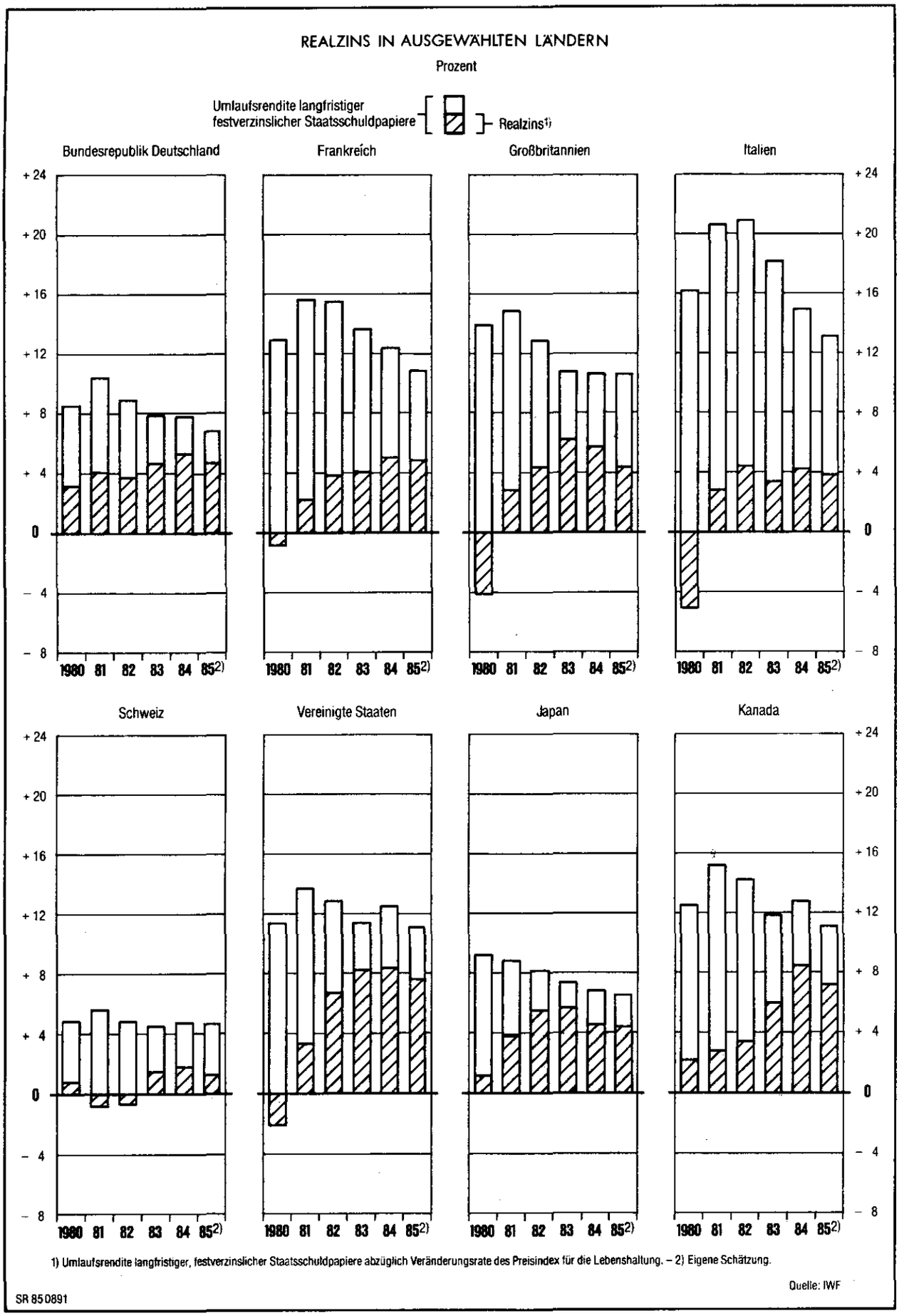


fiel der Rückgang der Realzinsen bescheiden aus, jedenfalls wenn man diese, wie es üblicherweise geschieht, unter Verwendung der aktuellen Steigerungsraten des Preisniveaus ermittelt (Schaubild 7).

Die außenwirtschaftliche Situation hat sich in einigen europäischen Ländern verbessert. Freilich haben sich auch Ungleichgewichte verschärft: In Italien, in Dänemark und in Griechenland ist die Leistungsbilanz tiefer ins Defizit geraten; die Bundesrepublik und die Niederlande dagegen haben einen sehr hohen Überschuß erreicht, und ein weiterer Anstieg ist zu erwarten. Frankreich ist es trotz schwacher konjunktureller Entwicklung nur in geringem Maße gelungen, das Defizit im Außenwirtschaftsverkehr weiter abzubauen. In Großbritannien wirkte sich das Ende des Bergarbeiterstreiks günstig auf die Leistungsbilanz aus. Österreich und Belgien konnten einen Überschuß im Leistungsverkehr erzielen. Schweden geriet wieder ins Defizit.

30. Die hohe Arbeitslosigkeit, die trotz verbesserter Rahmenbedingungen in Europa fortbesteht, hat die Frage aufgeworfen, wie erfolgreich die bisher eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Wege waren und wie am besten auf alte Probleme und neue Herausforderungen zu reagieren ist. Im Zentrum dieser wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung steht die Finanzpolitik. Die Geldpolitik ist deshalb nicht so sehr umstritten, weil die Inflation — mit Ausnahme weniger Länder — noch nicht eingedämmt ist; vor allem haben sich Stabilitätserwartungen noch nicht hinreichend gefestigt. Erleichterung kommt von daher, daß mit der Abschwächung des Dollar die inflatorischen Impulse von außen entfallen und mit ihnen ein Motiv für eine knappe Geldversorgung. Mit Blick auf die Finanzpolitik wird diskutiert, ob sie ihren Kurs ändern sollte, um die Beschäftigung zu steigern und die von den Vereinigten Staaten ausgehende Abschwächung der außenwirtschaftlichen Impulse ausgleichen sollte. Eine Antwort hängt zum einen davon ab, wie weit

Schaubild 7



1) Umlaufsrendite langfristiger, festverzinslicher Staatsschuldpapiere abzüglich Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung. – 2) Eigene Schätzung.

Quelle: IWF

SR 85 0891

die Sanierung der öffentlichen Haushalte in Europa vorangekommen ist, und zum anderen davon, welche positiven Wachstumseffekte eine fortschreitende Konsolidierung auslösen kann, wenn die kurzfristigen konjunkturellen Belastungen der Sanierungsmaßnahmen entfallen.

31. Bei einer Analyse der Finanzpolitik in den achtziger Jahren darf nicht übersehen werden, welche gravierenden Veränderungen in der Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherungen den Konsolidierungsanstrengungen vorausgegangen waren. In den sechziger und in den siebziger Jahren waren die Staatsausgaben in Europa stark gestiegen; gemessen am Sozialprodukt wurden sie um mehr als 20 Prozentpunkte ausgeweitet, in mehreren Ländern bis auf 50 vH und darüber.

Der Staat hat als Nachfrager nach Gütern und nach Arbeit stark an Gewicht gewonnen; sein Beitrag zur Sachkapitalbildung in der Volkswirtschaft hat sich jedoch nicht erhöht. In der Ausgabenstruktur gab es eine deutliche Verschiebung zugunsten von Transferzahlungen und Zinsen auf öffentliche Schuld, zu Lasten der staatlichen Verbrauchsausgaben und vor allem der öffentlichen Investitionen.

Mit der Staatsquote ist die Abgabenquote gestiegen, wenn auch nicht in gleichem Maße, diese erhöhte sich in den sechziger und in den siebziger Jahren zusammen um etwa 15 Prozentpunkte. Auch die Struktur der Abgaben hat sich deutlich verändert: Der Anteil der Sozialabgaben und der Einkommensteuer hat zugenommen, der Anteil der indirekten Steuern abgenommen. Die Finanzierung öffentlicher Ausgaben durch Kreditaufnahme erlangte vor allem nach dem ersten Ölpreisschub größere Bedeutung. Die Relation aus Staatsschuld und Sozialprodukt ist seither gestiegen, der Anteil der Zinszahlungen an den Ausgaben hat sich — auch wegen hoher Zinsen — innerhalb von zehn Jahren auf nahezu 10 vH verdoppelt.

32. Die unbefriedigende gesamtwirtschaftliche Entwicklung bei steigenden Staatsquoten und hohen Defiziten sowie die Einengung des Handlungsspielraums durch wachsende Zinslasten haben während der achtziger Jahre in den meisten Ländern zu einem Umdenken bei der Finanzpolitik geführt. Hinsichtlich des Weges, den die europäischen Länder gewählt haben, und hinsichtlich des Zeitpunktes der Neuorientierung gibt es erhebliche Unterschiede. Eine konsequente Konsolidierungspolitik im Sinne eines Abbaus der öffentlichen Defizite hat von den vier großen europäischen Ländern allein die Bundesrepublik betrieben. Der Fehlbetrag im Haushalt, gemessen am Sozialprodukt, dürfte in diesem Jahr, gegenüber 1980 um zwei Drittel auf 1 vH gesunken sein. Das strukturelle Defizit ist Jahr für Jahr verringert worden, es dürfte 1985 nahezu abgebaut sein. In Großbritannien dagegen wurde das strukturelle Defizit, den Berechnungen der OECD zufolge, zwar von 1980 bis 1982 rigoros zurückgeführt, danach kam es aber zu einem neuerlichen Anstieg. Insgesamt dürfte das Defizit dort in diesem Jahr, gemessen am Sozialprodukt, so hoch sein wie 1980 ($3\frac{1}{2}$ vH). In Frankreich hingegen entstanden in den Jahren 1981 und 1982 hohe Defizite; die Konsolidierung setzte erst 1983 ein. Im Jahre 1985 dürfte der Fehlbetrag im französischen Haushalt bezogen auf das Sozialprodukt $3\frac{1}{2}$ vH betragen. Italien schließlich hat sein schon 1980 sehr hohes Defizit von 8 vH des Sozialprodukts weiter erhöht, und zwar auf voraussichtlich 14 vH in diesem Jahr. Auf eine kräftige Ausweitung der konjunkturellen Impulse 1981 folgte für zwei Jahre eine weniger expansive Phase, und seit dem vergangenen Jahr ist die Finanzpolitik wieder gelockert worden.

Die kleineren Länder in Europa haben insgesamt in diesem Jahr — bei großen Unterschieden von Land zu Land — ein deutlich höheres Defizit als 1980. Erst seit dem vergangenen Jahr geht das strukturelle Defizit für diese Länder in der Summe geringfügig zurück. Energisch wird die Konsolidierung in Belgien und in Dänemark betrieben; hier waren allerdings zu Beginn der achtziger Jahre kräftige expansive Impulse gesetzt worden. In Belgien ist das strukturelle Defizit noch immer sehr hoch. Bemerkenswert ist, daß in Dänemark die Rückführung des Defizits von $9\frac{1}{2}$ vH, gemessen am Sozialprodukt, im Jahre 1982 auf $2\frac{1}{2}$ vH in diesem Jahr bei einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung gelang.

33. Aus dem Abbau der Defizite allein lassen sich positive Wirkungen der Finanzpolitik auf das wirtschaftliche Wachstum nicht ableiten. Es kommt auch darauf an, ob ein Defizitabbau durch Ausgabenzurückhaltung oder durch Erhöhung der Einnahmen zustande gekommen ist. Die europäischen Länder mit Ausnahme der Bundesrepublik und Großbritanniens haben die Staatsausgaben in der ersten Hälfte der achtziger Jahre stärker ausgeweitet als das Sozialprodukt zugenommen hat; die Staatsquote in Europa ist um etwa 2 Prozentpunkte gestiegen. Vornehmlich ist die Konsolidierung also über eine Erhöhung der Einnahmen eingeleitet worden. Im Durchschnitt der Länder ist die Abgabenquote um etwa 3 Prozentpunkte gestiegen.

VI. Europäische Gemeinschaft: Alte Probleme, neue Mitglieder

34. In der Europäischen Gemeinschaft waren 1985 nach dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal die Verhandlungsergebnisse in einen Gemeinschaftshaushalt für das Jahr 1986 umzusetzen. Beeinflußt wurden die Haushaltsplanungen außerdem durch die gleichzeitig mit der Süderweiterung in Kraft tretende Erhöhung der Einnahmen der Gemeinschaft: Ab 1. Januar 1986 sind bis zu 1,4 vH gegenüber bisher 1 vH der vereinheitlichten Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage in den Mitgliedsländern als Beiträge an die Gemeinschaft zu entrichten.

Der Beitritt der neuen Mitglieder hat die Gemeinschaft nicht nur vor neue Aufgaben gestellt, sondern auch die Last der alten, ungelösten Probleme noch schwerer werden lassen. Das hat in einigen

Bereichen der Gemeinschaftspolitik die Bereitschaft gefördert, über eine Neuorientierung zu diskutieren, wenn auch konkrete Ergebnisse noch auf sich warten lassen. So erscheinen ungeachtet der vom Verhalten der Bundesregierung mitverursachten Streitigkeiten über die Neufestsetzung der Getreidepreise diejenigen Kräfte gestärkt, die für eine weniger interventionistische Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Überschüsse eintreten. Das Ziel, Hemmnisse im innergemeinschaftlichen Handel und Verkehr abzubauen, wird, vor allem von seiten der Europäischen Kommission, mit mehr Energie verfolgt. Weiterhin mußte die Frage beantwortet werden, welches koordinierte Vorgehen zur Sanierung der Stahlindustrie die Ende dieses Jahres auslaufende Regelung nach dem Davignon-Plan ersetzen sollte. Handelspolitische Konflikte mit den Vereinigten Staaten, die zum Teil durch die Agrarpolitik der Gemeinschaft ausgelöst worden waren, sollten entschärft werden. Die Diskussion um die institutionelle Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems ist weitergegangen; der deutsche Standpunkt hat hier mehr Zustimmung gefunden.

35. Wie sich die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaft auf die Entwicklung des gemeinschaftlichen Haushalts längerfristig auswirken wird, läßt sich schwer abschätzen. Kurzfristig wurde durch eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen und durch Festlegung von bis zu zehnjährigen Übergangsfristen bis zur vollständigen Marktöffnung dafür gesorgt, daß die Aufnahme der neuen Mitglieder zunächst keine allzu starke Ausgabenerhöhung verursacht. Aufgrund der Ausnahmeregeln im landwirtschaftlichen Sektor beispielsweise wird damit gerechnet, daß in den nächsten Jahren weniger Mittel an Spanien fließen, als dieses Land aufgrund der normalen Regeln zu entrichten hat. Wenn vermieden werden soll, daß Spanien zum Nettozahler wird, so müßte eine zusätzliche pauschale Rückerstattung vereinbart werden. Für Portugal waren Sonderregelungen auch deshalb erforderlich, weil dieses Land die Mehrwertsteuer, die Hauptquelle der Gemeinschaftseinnahmen, bisher nicht eingeführt hat.

Die Europäische Kommission schätzt, daß die Erweiterung für sich genommen im Jahre 1986 zu einer Erhöhung der Ausgaben um 4,5 vH führen wird, das entspricht 1,3 Mrd ECU oder umgerechnet rund 3 Mrd DM.

36. In der Haushaltsplanung für 1986 gab es wieder beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Ministerrat und Kommission. Der Entwurf des Rates der europäischen Finanzminister sieht eine Steigerung der Ausgaben um rund 13 vH vor. Die Agrarausgaben sollen um einen geringeren Satz steigen. Die finanziellen Auswirkungen der Süderweiterung sind in dem Entwurf erst zum Teil berücksichtigt. Die Kommission hatte im Gegensatz dazu vorgeschlagen, die Ausgaben um nicht weniger als 23 vH zu erhöhen. Auch nach ihren Vorstellungen sollen die Agrarausgaben nur langsam steigen. Die beabsichtigten Mehrausgaben sind — außer auf die Süderweiterung — großenteils darauf zurückzuführen, daß die Gemeinschaft in den vergangenen Jahren umfangreiche finanzielle Zusagen gemacht hat — vor allem in Form von Verpflichtungsermächtigungen für den Regionalfonds und den Strukturfonds —, die nun eingelöst werden sollen. Der Entwurf der Kommission sieht Ausgaben von 35,1 Mrd ECU vor und schöpft damit den erweiterten Einnahmenrahmen schon wieder fast völlig aus.

37. Der Haushalt für das Jahr 1985 wurde erst im Juni verabschiedet, nachdem die Mitgliedstaaten durch einmalige Zahlungen, die man als „nicht rückzahlbare Vorschüsse" bezeichnete, die Deckung des absehbaren Fehlbetrags ermöglicht hatten. Es sind Ausgaben in Höhe von 28,4 Mrd ECU vorgesehen, rund 4 vH mehr als 1984. Die Ausgaben für den Agrarbereich steigen um knapp 9 vH und machen nun mehr als 70 vH der Gesamtausgaben aus.

38. Im Europäischen Währungssystem wurde im Juli die Lira abgewertet (Tabelle 4). Die Leitkursänderung vollzog sich reibungslos, und sie beseitigt einen Teil der Verzerrungen, die aufgrund der Unterschiede zwischen den Inflationsraten der Mitgliedsländer seit dem letzten allgemeinen Realignment aufgelaufen waren. Wie groß diese Diskrepanzen aber immer noch sind, läßt sich daran ermessen, daß die D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems real — also bereinigt um Inflationsunterschiede — im Vergleich zu 1984 um rund 1 vH niedriger bewertet ist.

Tabelle 4

Zum Europäischen Währungssystem

Währung / Zeitpunkt	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Italienische Lira	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Dänische Krone	Irisches Pfund	Pfund Sterling [1]	Griechische Drachme [1]
Fester Betrag im ECU-Korb ab 17. September 1984	0,719	1,31	0,256	140,00	3,71 0,14	0,219	0,00871	0,0878	1,15
ECU-Leitkurs ab 22. Juli 1985 (1 ECU = ... Währungseinheiten)	2,23840	6,86402	2,52208	1520,60	44,8320	8,12857	0,724578	0,555312	100,719
Gewicht im ECU-Korb in vH [2])	*32,1*	*19,1*	*10,2*	*9,2*	*8,6*	*2,7*	*1,2*	*15,8*	*1,1*
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH	*± 1,15*	*± 1,37*	*± 1,52*	*± 4,09 [a])*	*± 1,54*	*± 1,64*	*± 1,67*	*(± 1,42)*	*(± 1,67)*
Änderungen der ECU-Leitkurse [3])									
1979 24. September	*+ 1,01*	*− 0,97*	*− 0,97*	*− 0,97*	*− 0,97*	*− 3,80*	*− 0,97*	*+ 2,07*	—
30. November	*+ 0,14*	*+ 0,14*	*+ 0,14*	*+ 0,14*	*+ 0,14*	*− 4,63*	*+ 0,14*	*+ 0,14*	—
1981 23. März	*− 2,47*	*− 2,47*	*− 2,47*	*− 8,32*	*− 2,57*	*− 2,47*	*− 2,47*	*+ 19,70*	—
5. Oktober	*+ 5,61*	*− 2,90*	*+ 5,61*	*− 2,90*	*+ 0,10*	*+ 0,10*	*+ 0,10*	*− 9,80*	—
1982 22. Februar	*− 0,34*	*− 0,34*	*− 0,34*	*− 0,34*	*− 8,81*	*− 3,33*	*− 0,34*	*+ 7,90*	—
14. Juni	*+ 3,61*	*− 6,32*	*+ 3,61*	*− 3,34*	*− 0,61*	*− 0,61*	*− 0,61*	*− 0,61*	—
1983 21. März	*+ 5,36*	*− 2,63*	*+ 3,36*	*− 2,63*	*+ 1,36*	*+ 2,36*	*− 3,63*	*− 11,02*	—
18. Mai	*− 1,19*	*− 1,19*	*− 1,19*	*− 1,19*	*− 1,19*	*− 1,19*	*− 1,19*	*+ 7,28*	—
1984 17. September [4])	—	—	—	—	—	—	—	*+ 0,19*	—
1985 22. Juli	*+ 0,15*	*+ 0,15*	*+ 0,15*	*− 7,70*	*+ 0,15*	*+ 0,15*	*+ 0,15*	*+ 5,52*	*− 13,14*
Insgesamt seit 13. März 1979 [5])	*+ 12,17*	*− 15,52*	*+ 7,88*	*− 24,48*	*− 12,08*	*− 12,83*	*− 8,55*	*+ 19,44*	*− 13,14 [b])*
Abweichungsindikator [6])									
1979 13. März [5])	*− 14*	*+ 8*	*+ 8*	*+ 6*	*− 46*	*+ 32*	*+ 14*	*+ 20*	—
31. Dezember	*− 23*	*+ 51*	*+ 5*	*+ 1*	*− 65*	*+ 4*	*− 16*	*+ 16*	—
1980 31. Dezember	*− 45*	*+ 62*	*+ 48*	*− 49*	*− 59*	*+ 26*	*− 27*	*+ 793*	—
1981 31. Dezember	*− 32*	*+ 28*	*+ 11*	*− 3*	*− 72*	*+ 26*	*+ 27*	*+ 299*	—
1982 31. Dezember	*+ 39*	*+ 27*	*+ 29*	*+ 26*	*− 81*	*+ 26*	*− 52*	*− 376*	—
1983 30. Dezember	*+ 2*	*+ 16*	*+ 14*	*+ 41*	*− 94*	*+ 10*	*+ 12*	*+ 147*	—
1984 31. Oktober	*+ 19*	*+ 14*	*+ 10*	*+ 26*	*− 24*	*+ 34*	*+ 7*	*− 161*	*− 195*
30. November	*+ 9*	*+ 12*	*+ 1*	*+ 28*	*− 13*	*+ 42*	*+ 31*	*− 136*	*− 196*
31. Dezember	*− 7*	*+ 4*	*− 13*	*+ 42*	*− 7*	*+ 60*	*+ 41*	*− 213*	*− 183*
1985 31. Januar	*− 6*	*+ 10*	*− 23*	*+ 36*	*− 4*	*+ 70*	*+ 23*	*− 327*	*− 177*
28. Februar	*+ 6*	*+ 21*	*− 17*	*+ 25*	*− 18*	*+ 65*	*+ 32*	*− 240*	*− 270*
29. März	*0*	*+ 21*	*− 6*	*− 34*	*− 23*	*+ 71*	*+ 43*	*+ 18*	*− 476*
30. April	*+ 4*	*+ 32*	*− 27*	*− 36*	*− 26*	*+ 25*	*+ 58*	*+ 32*	*− 571*
31. Mai	*− 17*	*+ 18*	*− 15*	*− 39*	*− 37*	*+ 34*	*+ 48*	*+ 127*	*− 594*
28. Juni	*− 19*	*+ 18*	*− 16*	*− 40*	*− 38*	*+ 43*	*+ 51*	*+ 163*	*− 643*
31. Juli	*− 2*	*+ 27*	*+ 13*	*+ 23*	*− 42*	*+ 39*	*+ 54*	*− 64*	*− 154*
30. August	*+ 12*	*+ 30*	*+ 13*	*+ 29*	*− 47*	*+ 7*	*+ 38*	*− 151*	*− 239*
30. September	*+ 18*	*+ 42*	*+ 11*	*+ 27*	*− 48*	*+ 4*	*+ 14*	*− 326*	*− 352*
31. Oktober	*+ 17*	*+ 43*	*+ 5*	*+ 27*	*− 46*	*+ 16*	*+ 17*	*− 289*	*− 1309*

[1]) Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.
[2]) Berechnet aufgrund des jeweiligen ECU-Leitkurses.
[3]) Aufwertung (+), Abwertung (−) in vH. Für das Pfund Sterling läßt sich ein fiktiver ECU-Leitkurs berechnen.
[4]) Übergang zu neuem ECU-Korb.
[5]) Beginn des EWS.
[6]) Abweichung des ECU-Tageswertes vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung. Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach oben: +. Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: −. Falls die italienische Lira, das Pfund Sterling oder die griechische Drachme um mehr als 2,25 vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das Pfund Sterling oder die griechische Drachme um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweichen. Die Indikatorwerte für das Pfund Sterling und die griechische Drachme haben nur nachrichtliche Bedeutung.
[a]) Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.
[b]) Insgesamt seit 17. September 1984.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 5

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1984	
22. September	Der Interimsausschuß des IWF schlägt vor, die Regelung des „erweiterten Zugangs zu den Mitteln des Fonds" bis 1985 zu verlängern.
1985	
25. Juli	Die OPEC-Konferenz beschließt, den offiziellen Ölpreis um 0,5 vH zu senken. Algerien, Iran und Libyen stimmen der Preissenkung nicht zu.
22. September	Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten Frankreichs, Großbritanniens, Japans, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik konferieren in New York. Sie einigen sich darauf, daß eine Abwertung des Dollar gegenüber den anderen wichtigen Währungen wünschenswert sei, und kündigen ihre Bereitschaft an, gegebenenfalls enger zusammenzuarbeiten, um diese zu fördern.
	Europäische Gemeinschaften
1984	
25. Oktober	Das Europäische Parlament billigt den Nachtragshaushalt für 1984. Die Beitragsrückzahlung an Großbritannien für 1983 wird freigegeben.
8. November	Der EG-Ministerrat beschließt, die im Rahmen der Tokiorunde vereinbarten Zollsenkungen um ein Jahr auf den 1. Januar 1985 vorzuziehen. Betroffen sind EG-Importe im Wert von 18 Mrd ECU, die Hälfte davon aus Entwicklungsländern.
1985	
10. Juni	Die Zentralbanken der EWS-Mitgliedsländer beschließen Maßnahmen zur verstärkten offiziellen Verwendung des ECU.
12. Juni	Der Vertrag über den Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft zum 1. Januar 1986 wird unterzeichnet.
13. Juni	Das Europäische Parlament verabschiedet den Gemeinschaftshaushalt für das Jahr 1985.
25. Juni	Der Ministerrat erzielt eine Einigung über die Integrierten Mittelmeerprogramme, mit denen innerhalb von sieben Jahren 6,6 Mrd ECU für die Förderung der Mittelmeerregionen der Gemeinschaft bereitgestellt werden.
16. Juli	Als Anschluß an den Ende 1985 auslaufenden Davignon-Plan schlägt die Kommission eine dreijährige Übergangsfrist vor, innerhalb derer die Umstrukturierung der Stahlindustrie vollendet werden soll. Die Mengen- und Preiskontrollen sollen schrittweise gelockert werden.
20. Juli	Im Europäischen Währungssystem wird die Lira gegenüber allen anderen Währungen um 8 vH abgewertet.
31. Juli	Die Kommission genehmigt weitere Subventionen für die belgische, deutsche, französische, irische, italienische und luxemburgische Stahlindustrie in Höhe von 4 Mrd ECU. In den Jahren 1980 bis 1985 sind damit der Stahlindustrie insgesamt 37,5 Mrd ECU an genehmigten Subventionen gezahlt, Kapazitäten von 32 Millionen Jahrestonnen stillgelegt und 200000 Arbeitskräfte freigesetzt worden.
	Belgien
1984	
11. Oktober	Die Regierung senkt einige kontrollierte Energiepreise, um den Effekt der Dollaraufwertung zu verringern.
1985	
30. April	Die Regierung legt ein wirtschaftspolitisches Programm vor, das unter anderem über vier Jahre verteilte Steuersenkungen und eine Indexierung des Einkommensteuertarifs vorsieht.
	Dänemark
1984	
18. September	Die Nationalbank beschließt Maßnahmen zur Eindämmung der Kreditexpansion.

Datum	
1985	noch Dänemark
30. März	Das Parlament billigt ein Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen, das unter anderem im öffentlichen Dienst die Einkommensverbesserungen begrenzt und für 1987 eine Arbeitszeitverkürzung vorsieht.
21. Mai	Die Regierung beschließt eine weitere Auflockerung von Kapitalverkehrskontrollen.
19. Juni	Die Regierung kündigt für 1987 eine Steuerreform an. Die Körperschaftsteuer soll erhöht, die Einkommensteuer gesenkt und durch Verringerung der Absetzungsmöglichkeiten vereinfacht werden.
15. August	Die Regierung legt den Haushaltsplan für 1986 vor. Die Ausgaben sollen um 1 vH, die Einnahmen um 6 vH steigen.
	Frankreich
1984	
3. Oktober	Die Regierung beschließt, die Quellensteuer auf Kapitalerträge von ausländischen Anlegern abzuschaffen.
29. Oktober	Die Regierung gibt ihr Geldmengenziel für 1985 und ein neues System zur Kontrolle der Kreditexpansion bekannt. Die Geldmenge M2R soll um 4 vH bis 6 vH zunehmen gegenüber 5,5 vH bis 6,5 vH im Jahre 1984. Eine stärkere Ausweitung der Kreditvergabe als mit dem Geldmengenziel vereinbar ist, wird mit progressiv steigenden Mindestreservesätzen belegt. Langfristige Mittelaufnahmen einer Bank erweitern deren Kreditspielraum.
14. November	Die Devisenkontrollen werden weiter gelockert.
19. November	Die Regierung kündigt eine weitere Lockerung der Preiskontrollen für 1985 an.
21. November	Die Regierung bringt einen Nachtragshaushalt mit einem Umfang von 18½ Mrd Franken ein. Das Haushaltsdefizit erhöht sich auf 144½ Mrd Franken oder, gemessen am Sozialprodukt, 3½ vH. Im Haushalt 1985 sollen weitere 12 Mrd Franken für die Förderung der Elektronikindustrie bereitgestellt werden.
30. November	Die Bestimmungen für Auslandsinvestitionen in Frankreich werden gelockert.
1985	
11. April	Die Regierung kündigt für 1986 Haushaltskürzungen an. Die Ausgaben (außer Personalausgaben) sollen um 3 vH sinken, im öffentlichen Dienst sollen 25 000 Stellen entfallen, und das Haushaltsdefizit soll trotz der vorgesehenen Steuersenkung auf 3 vH des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden.
26. Juni	Die Regierung beschließt Maßnahmen zur Deregulierung und Modernisierung des Finanzmarktes und zur Verbesserung des Anlegerschutzes.
1. Juli	Nach den Preiskontrollen für Benzin und Gas werden auch die Preiskontrollen für Automobile aufgehoben.
18. September	Der Haushalt für 1986 wird verabschiedet. Die Regierung präzisiert die Steuersenkungspläne und kündigt an, daß die 1983 aufgenommene Zwangsanleihe über 18 Mrd Franken vorzeitig zurückgezahlt wird.
	Griechenland
1984	
27. November	Die Regierung legt einen Haushaltsentwurf für 1985 vor. Die Ausgaben sollen um 27½ vH, die Einnahmen um 29½ vH steigen. Das Defizit, gemessen am Sozialprodukt, beträgt dann 10,2 vH. Für 1985 ist ein Zuwachs des realen Sozialprodukts um 3 vH und eine Inflationsrate von 16 vH angenommen.
	Großbritannien
1984	
13. März	Die Regierung legt den Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1984/85 vor. Danach sollen die Ausgaben um 5 vH, die Einnahmen um etwa 8 vH zunehmen. Der Finanzierungsbedarf wird auf 2¼ vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt (nach 3¼ vH im Haushaltsjahr 1983/84).
26. Oktober	Die Regierung gibt die Bedingungen für eine Teilprivatisierung der Telefongesellschaft British Telecommunications bekannt. Es sollen 50,2 vH der Anteile im Wert von knapp 4 Mrd Pfund veräußert werden. Die Offerte wird vierfach überzeichnet, zwei Drittel der Anleger entscheiden sich für ein Bonussystem, das daran gebunden ist, daß die Aktien für mindestens drei Jahre gehalten werden.

Datum	
noch 1984	noch Großbritannien
12. November	Die Regierung gibt ihre Ausgabenpläne und ihre geplanten Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherung für 1985/86 bekannt. Die Ausgaben, ohne Zinsen auf Staatsschuld, sollen real unverändert bleiben. Die Staatsquote ginge dann auf 41 vH zurück. Die Gehälter im öffentlichen Dienst sollen um 3 vH steigen. Der Zuwachs des realen Sozialprodukts ist für 1985 mit 3½ vH unterstellt. Das Haushaltsdefizit soll auf 7 Mrd Pfund begrenzt werden, für Steuersenkungen stehen 1½ Mrd Pfund zur Verfügung.
16. November	Die Regierung legt einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer vor.
1985	
5. März	Der fast ein Jahr andauernde Streik der Bergarbeiter wird beendet.
19. März	Der Schatzkanzler legt den Haushalt und die Geldmengenziele für 1985/86 vor. Der öffentliche Kreditbedarf soll auf 2 vH des Bruttoinlandsprodukts sinken. Die Zielwerte für die Geldmengen M0 und £ M3 werden um einen Prozentpunkt auf 3 vH bis 7 vH beziehungsweise 5 vH bis 9 vH herabgesetzt.
2. April	Die Bank von England kündigt Maßnahmen zur besseren Kontrolle der Liquiditätsrisiken an, die die Banken im Rahmen neuer Formen von Kreditgeschäften eingehen.
17. Juli	Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden die Mindestlohnbestimmungen für unter 21jährige Arbeitnehmer gelockert.
	Italien
1984	
28. September	Der Haushaltsentwurf für 1985 sieht einen Ausgabenanstieg um 9 vH und eine Zunahme der Einnahmen um 11½ vH vor. Das Defizit soll auf dem Stand des Jahres 1984 gehalten werden.
7. November	Die Regierung beschließt, in den kommenden zwei Jahren 570 Mrd Lire zusätzlich zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen auszugeben.
21. Dezember	Das Parlament verabschiedet den Haushalt für 1985. Das Defizit beläuft sich (einschließlich Schuldendienst) auf 19,3 vH des Bruttoinlandsprodukts, nach 23,6 vH im vorausgegangenen Haushaltsjahr.
1985	
10. Juni	Nachdem in einer Volksabstimmung die unveränderte Beibehaltung des Lohnindexierungssystems abgelehnt worden ist, kündigen die größten Arbeitgeberverbände mit Wirkung vom 1. Februar 1986 das Übereinkommen über die „scala mobile".
24. Juli	Die Regierung beschließt, im öffentlichen Sektor 30 000 neue Arbeitsplätze und zusätzlich Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.
16. September	Die erste Stufe der geplanten Teilprivatisierung der staatlichen Telefongesellschaft wird in Angriff genommen.
28. September	Der Haushaltsentwurf für 1986 sieht vor, daß die Gesamtausgaben langsamer steigen als das Bruttoinlandsprodukt. Die Steuerquote soll unverändert bleiben.
	Japan
1984	
29. Mai	Die Regierung beschließt im Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten weitere Schritte zur Öffnung und zur Deregulierung der Finanzmärkte in Japan.
31. Oktober	Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden rückwirkend vom 1. April 1984 um 3,4 vH angehoben.
1. November	Weitere Maßnahmen zur Liberalisierung der Finanzmärkte treten in Kraft. Unter anderem werden die Grenzen für Fremdwährungspositionen von japanischen Banken und von Töchtern ausländischer Banken in Japan auf 2,2 Mrd Dollar angehoben.
1985	
28. März	Die Regierung kündigt an, die Automobilexporte nach Kanada und in die Vereinigten Staaten freiwillig zu beschränken.
5. April	Das Parlament verabschiedet den Haushalt 1985/86. Die Ausgaben der Zentralregierung sollen um 3,7 vH, die Einnahmen um 7,6 vH steigen; das Defizit beläuft sich danach, gemessen am Sozialprodukt, auf 3,7 vH.

Datum	
noch 1985	noch Japan
14. Mai	Die Regierung billigt ein Selbstbeschränkungsabkommen für die Stahlausfuhren in die Vereinigten Staaten.
26. Juli	Bei den Rahmendaten für den Haushalt 1986/87 legt die Regierung für die Hauptausgabenkategorien eine Zuwachsrate von 1,5 vH als Obergrenze fest, verglichen mit 0,9 vH für das laufende Haushaltsjahr.
30. Juli	Die Regierung beschließt weitere Schritte zur Öffnung des japanischen Marktes für Einfuhren; unter anderem sollen eine Reihe von Zöllen gesenkt oder abgeschafft sowie Einfuhrquoten erhöht und technische Normen gelockert werden.
12. September	Im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte werden Zinskontrollen für verschiedene Einlagenarten aufgehoben.
15. Oktober	Die Regierung kündigt ein Ausgabenprogramm zur Anregung der Inlandsnachfrage an. Noch im Haushaltsjahr 1985/86 sollen zusätzliche Ausgaben in Höhe von 3 100 Mrd Yen, das sind umgerechnet rund 26 Mrd DM, getätigt werden.
	Niederlande
1984	
12. Oktober	Die Regierung schlägt ein Bündel von Maßnahmen zur Dämpfung des Kostenauftriebs und zur Flexibilisierung der Arbeitszeit vor.
7. November	Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stimmen den Vorschlägen der Regierung im Haushaltsentwurf 1985 zu, insgesamt 2½ Mrd Gulden bei 1,2 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzusparen. Vom 1. August 1985 an soll die Wochenarbeitszeit im öffentlichen Sektor weiter auf 38 Stunden reduziert werden, die Beschäftigung soll daraufhin um 12 000 Personen zunehmen.
1985	
19. April	Die Tarifpartner in der Metallindustrie einigen sich auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 37 Stunden.
17. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1986 vor. Die Ausgaben (ohne Schuldentilgung) sollen um 0,9 vH, die Einnahmen um 1,1 vH steigen. Das Defizit soll, gemessen am Volkseinkommen, geringfügig auf 7 vH zurückgehen.
	Schweden
1985	
10. Januar	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1985/86 vor. Die Ausgaben sollen leicht sinken, die Einnahmen um 2,3 vH zunehmen. Ohne den Schuldendienst gerechnet weist das Budget einen Überschuß auf, mit diesem ergibt sich für die Zentralregierung ein Defizit in Höhe von 7,2 vH des Bruttoinlandsprodukts.
13. Mai	Zur Konjunkturdämpfung und zur Abwendung von Kapitalabflüssen hebt die Notenbank den Diskontsatz um 2 Prozentpunkte auf 11,5 % an. Zugleich werden weitere liquiditätspolitische und finanzpolitische Maßnahmen zur Dämpfung der Inlandsnachfrage ergriffen.
11. Juli	Angesichts hoher Kapitalimporte senkt die Notenbank den Diskontsatz von 11,5 % auf 10,5 %.
	Schweiz
1984	
9. Mai	Die Regierung beschließt eine Anpassung der Einkommensteuer an die Geldentwertung in den Jahren 1982 und 1983. Der neue Tarif tritt 1985 in Kraft.
19. Oktober	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1986 vor; danach sollen die Ausgaben um 5½ vH und die Einnahmen um 7 vH zunehmen. Das Defizit beträgt ½ Mrd Franken oder, gemessen am Sozialprodukt, 0,2 vH. Dem Haushalt liegt ein Zuwachs des realen Sozialprodukts um 1½ vH und des nominalen Sozialprodukts von 4½ vH zugrunde.
14. Dezember	Die Nationalbank legt das Geldmengenziel für 1985 auf 3 vH fest.

Datum	
	Vereinigte Staaten
1984	
9. Oktober	Der Kongreß billigt ein Gesetz, das Importbegünstigungen für Entwicklungsländer für weitere achteinhalb Jahre sowie Möglichkeiten zur Beschränkung von Importen aus Industrieländern vorsieht. Der Präsident stimmt Ende Oktober zu.
24. Oktober	Die Einkommensteuer wird mit Wirkung vom 1. Januar 1985 der Inflation angepaßt. Die Tarifzonen und die Freibeträge werden um 4,1 vH angehoben. Den geschätzten Mindereinnahmen von 9 Mrd Dollar stehen Mehreinnahmen aus einer Erhöhung von Sozialabgaben gegenüber.
21. November	Der Federal Reserve Board senkt den Diskontsatz von 9 % auf 8½ %.
27. November	Alle Importe von Stahlröhren aus der EG werden bis zum Jahresende untersagt. Die Vereinigten Staaten streben an, vom 1. Januar 1985 an, den Marktanteil der EG in diesem Bereich auf 5,9 vH (nach 15 vH im Jahre 1984) zu begrenzen.
1985	
4. Februar	Der Präsident legt dem Kongreß den Haushaltsentwurf für 1985/86 vor. Die Ausgaben sollen um 1,5 vH, die Einnahmen um 7,7 vH steigen, das Defizit auf 180 Mrd Dollar, gemessen am Sozialprodukt 4,3 vH, zurückgehen.
15. März	Der Zusammenbruch einer Broker-Firma löst im Bundesstaat Ohio eine Bankenkrise aus.
15. Mai	Die Regierung kündigt an, bis zu 2 Mrd Dollar für Ausfuhrsubventionen in der Landwirtschaft bereitzustellen.
28. Mai	Der Präsident gibt die Pläne für die Steuerreform bekannt. Bei unverändertem Steueraufkommen soll die Körperschaftsteuer erhöht, die Einkommensteuer gesenkt werden.
27. Juni	Der Kongreß verabschiedet ein neues Gesetz über die Kontrolle der Ausfuhr, das dem Präsidenten größere Befugnisse gibt, aus sicherheitspolitischen und außenpolitischen Gründen den Export hochtechnologischer Güter zu untersagen.
17. Juli	Die Notenbank erhöht unter dem Eindruck der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung die Zielvorgabe für die Geldmenge M1 von 4 vH bis 7 vH für das Jahr 1985 auf 3 vH bis 8 vH für das zweite Halbjahr, ausgehend vom Durchschittsbestand im zweiten Vierteljahr 1985. Für die Geldmenge M2 bleibt es bei dem Zielkorridor von 6 vH und 9 vH und für M3 bei 6 vH bis 9,5 vH.
1. August	Der Kongreß verabschiedet eine Budgetresolution. Danach soll das Defizit im Bundeshaushalt auf 172 Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1985/86 und auf 155 Mrd Dollar im darauffolgenden Jahr begrenzt werden.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur im Jahre 1985

I. Überblick

39. In der Bundesrepublik sind die Auftriebskräfte stärker geworden. Die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum sind besser als anderswo in Europa. Es gibt keine belastenden Ungleichgewichte wie in den Vereinigten Staaten. Aber der Aufschwung hat auch Schwachstellen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in diesem Jahr um 2½ vH gesteigert worden. Wie die um 10 vH höheren Ausrüstungsinvestitionen zeigen, werden die künftigen Produktionsmöglichkeiten günstiger eingeschätzt. Diese Investitionsentscheidungen stützen sich auf ein besseres Verhältnis von Preisen und Kosten als vor einigen Jahren und auf gestiegene Absatzerwartungen, wozu nicht zuletzt der kräftige Exportschub beigetragen hat. Deutsche Exporteure haben weltweit Marktanteile gewonnen, die Handelsbilanz zeigt einen hohen Überschuß. Der Außenwert der D-Mark hat sich im Laufe des Jahres erstmals seit zwei Jahren wieder erhöht, die Geldzinsen sind gesunken.

Zu den Schwachstellen des Aufschwungs zählt der Wohnungsbau, der zu Beginn des Jahres tief eingebrochen ist. Die Verbrauchskonjunktur blieb lange gedämpft und ist erst in den letzten Monaten stärker in Gang gekommen.

Im dritten Jahr des Aufschwungs hat sich der Preisanstieg — begünstigt durch das Sinken der Einfuhrpreise in der zweiten Jahreshälfte — weiter abgeschwächt. Am Jahresende dürfte das Niveau der Verbraucherpreise um weniger als 2 vH höher liegen als Ende 1984. Es gibt nur noch sehr geringe Vorbelastungen für die Preisentwicklung im nächsten Jahr.

Im Laufe dieses Jahres ist es zu einem deutlichen Beschäftigungsanstieg gekommen. Gleichzeitig ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weiter gewachsen, und wegen der besseren Beschäftigungschancen haben sich weniger Menschen als in den vergangenen Jahren von der Suche nach einer Stelle abhalten lassen. Ein dem Beschäftigungsanstieg entsprechender Rückgang der Arbeitslosigkeit ist deshalb ausgeblieben. Im Durchschnitt des Jahres waren rund 2,3 Millionen Arbeitslose gemeldet.

40. Die Spaltung der Konjunktur hat sich 1985 noch einmal vertieft. Wir bekräftigen unsere These vom vergangenen Jahr: Die noch schwache Inlandsnachfrage ist nicht unabhängig vom florierenden Export zu sehen. Denn die Erfolge im Außenhandel gehen teilweise auf die Abwertung der D-Mark zurück, und diese steht wiederum im Zusammenhang mit dem nach wie vor wirksamen Kapitalsog, der von den Vereinigten Staaten ausgeht und die Zinsen in der Welt höher hält, als wenn es die hohen internen und externen Ungleichgewichte dort nicht gäbe.

Der Export war auch in diesem Jahr eine wichtige Stütze für den Aufschwung (Ziffern 58 ff.). Der Anstieg der Ausfuhr hat sich seit Jahresbeginn zwar abgeschwächt, dank des Exportschubs zuvor waren die Lieferungen an das Ausland aber um 8 vH höher als 1984 und haben alle zuversichtlichen Prognosen übertroffen.

Mit der deutlichen Abschwächung des amerikanischen Dollar kam es vom Frühjahr an zu einem Umschwung im realen Austauschverhältnis mit dem Ausland; im September waren die Einfuhrpreise niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Realzinsen sind in diesem Jahr erstmals seit langem etwas gesunken, sie sind aber gleichwohl immer noch wesentlich höher als in allen früheren Aufschwungsphasen. Der reale Ertrag von Finanzanlagen ist verglichen mit dem von Sachanlagen nach wie vor attraktiv (Ziffern 53 ff.). Das ist einer der Gründe dafür, daß die kapitalintensive Wohnungswirtschaft in der Krise steckt. Die Spannung zwischen dem realen Ertrag von Finanzanlagen und von Sachanlagen spiegelt sich im übrigen auch in der Reallohnposition der Arbeitnehmer, deren Rückgang während der letzten Jahre das Gegenstück zu den besseren Erträgen aus Sachanlagen und auch der gestärkten Rentabilität von Neuinvestitionen ist.

41. Von den Einkommen her hatte die Verbrauchskonjunktur in den ersten Jahren des Aufschwungs keine Stütze. Mit der Kräftigung der Investitionstätigkeit und der Ausweitung der Beschäftigung gewann der private Verbrauch erst im Laufe dieses Jahres allmählich an Kraft. Der Zuwachs bei den Bruttoverdiensten belief sich auf 4 vH. Das Volkseinkommen, in dem auch Gewinn- und Vermögenseinkommen enthalten sind, die zu einem größeren Teil als vielfach angenommen in den Konsum fließen, nahm um 5 vH zu. Wegen der stärker steigenden Abgabenbelastung blieb die Zunahme der Nettoverdienste der Arbeitnehmer mit gut 2½ vH erneut deutlich hinter dem Anstieg der Bruttoverdienste zurück.

Die privaten Haushalte haben ihre Konsumausgaben weniger ausgeweitet, als ihre verfügbaren Einkommen gestiegen sind. Auffällig war auch, daß viele Haushalte sich bei Ausgaben für Einrichtungsgegenstände und für Kraftfahrzeuge bis weit in das Jahr hinein zurückhielten.

Insgesamt war der private Verbrauch 1985 nach Abzug der Preissteigerungen nur um 1 vH höher als im Vorjahr (Ziffern 64 ff.).

42. Der Einbruch im Wohnungsbau, der die Bauleistungen um schätzungsweise 14 vH gegenüber dem Vorjahr schrumpfen ließ und zu der Schwäche der Inlandsnachfrage entscheidend beigetragen hat, wurzelt nicht nur in den hohen Kapitalkosten, sondern auch in langfristig verschlechterten Verwertungschancen für neue Wohnungen (Ziffern 69ff.). Dabei spielt der Rückgang der Wohnbevölkerung eine wichtige Rolle. Auf die seit längerem anhaltende Nachfrageschwäche haben die Preise für neue Bauten und die Baulandpreise nur sehr zögernd reagiert. Zu Preisrückgängen ist es erst im letzten Jahr gekommen. Der Anreiz, neu zu bauen, ist dadurch geringer geworden, daß die Preise für Wohnungen aus dem Bestand teilweise sinken, weil ein großes Angebot auf den Markt drückt. Hier ist das Verhältnis von Mieten zu Kapitalkosten in den letzten Jahren sehr viel ungünstiger geworden, und die hohen Kapitalkosten lassen sich nur zu einem Teil in den Mieten überwälzen. Schließlich haben die zeitweilig verstärkten Förderungsmaßnahmen des Staates zur derzeitigen Schwäche des Wohnungsbaus beigetragen, weil nach dem Auslaufen der durch sie ausgelösten Vorzieheffekte jetzt Nachfrage nach Wohnungsbauinvestitionen fehlt.

43. Daß der Aufschwung bisher spannungsfrei blieb und die Chancen für seine Fortdauer gut sind, dazu hat die Lohnpolitik einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet.

— Die Beschäftigung und die Realeinkommen steigen wieder.

— Viele Unternehmen sind in einer guten Verfassung.

— Der Preisauftrieb ist so niedrig wie lange nicht mehr.

— Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist gut.

— Internationales Kapital strömt wieder reichlicher zu.

Im großen und ganzen ist die Grundlinie moderater Steigerungen der tariflichen Stundenlöhne bis zu diesem Jahr beibehalten worden. Die Tarifrunde 1985 verlief wie erwartet ohne große Auseinandersetzungen. Für einige Wirtschaftsbereiche war bereits 1984 zusammen mit der für dieses Jahr beschlossenen Arbeitszeitverkürzung die Lohnerhöhung festgelegt worden. Da tatsächlich vermehrt flexiblere Regelungen bei den Arbeitszeiten zum Zuge kamen, konnte der Anstieg der Lohnstückkosten wie schon 1983 und 1984 in engen Grenzen gehalten werden. Hierin liegt ein Schlüssel zum Verständnis dafür, daß die Lage in mehrfacher Hinsicht besser geworden ist. Dies hätte die Wirtschaftspolitik alleine nicht erreichen können (Ziffern 180ff.).

44. Die Geldpolitik bewegte sich 1985 in einem im Vergleich zu früheren Jahren spannungsarmen Umfeld, sieht man einmal von dem auf einige Wochen im Frühjahr begrenzten Hochschießen des amerikanischen Dollar auf fast 3,50 DM ab (Ziffern 103ff.). Die Bundesbank hatte sich für 1985 eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 3 vH bis 5 vH vorgenommen und hielt diese Zielvorgabe auch ein. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, der Indikator des Sachverständigenrates, lag im September nur 3,3 vH höher als vor einem Jahr. Diese Rate liegt unterhalb derjenigen, die der Sachverständigenrat für einen mittelfristigen Kurs vorgeschlagen hatte (4½ vH).

Unterstützt von den vermehrten Kapitalzuflüssen und von den anhaltend guten Stabilitätsaussichten in der Bundesrepublik hat sich die Zinssenkung nach den Irritationen zu Jahresbeginn fortgesetzt. Die Geldmarktzinsen, die die Bundesbank über Wertpapierpensionsgeschäfte beeinflußt, waren dabei nicht in der Führungsrolle. Die Konditionen für diese Geschäfte hat die Bundesbank nur sehr allmählich gesenkt, und das scheint die Banken bewogen zu haben, ihre Kreditzinsen nur sehr vorsichtig zu ermäßigen. Die Banken haben offenbar erst die Senkung des Diskontsatzes im August als verläßliches Signal für Kreditverträge zu niedrigeren Konditionen angesehen. Die Unternehmen kamen so größtenteils erst im zweiten Halbjahr 1985 in den Genuß niedrigerer Kreditzinsen.

45. Bei Bund, Ländern und Gemeinden hat sich das Tempo der Haushaltskonsolidierung deutlich verlangsamt (Ziffern 120ff.). Größere Einschnitte bei den Ausgaben hat es nur in den Jahren 1982 und 1983 gegeben. Daß die öffentlichen Haushalte in wesentlich geringerem Maße an den Kapitalmärkten in Erscheinung traten als in den letzten Jahren, lag vor allem daran, daß die Finanzierungsdefizite 1985 wegen konjunkturbedingt höherer Einnahmen und weniger wegen weiterer Ausgabenbeschränkungen zurückgingen. Die Steuern vom Einkommen nahmen kräftig zu. Die Steuern vom Umsatz gingen hingegen zurück, was Ausdruck der gespalteten Konjunktur — hohe Exporte, hohe Ausrüstungsinvestitionen, rückläufiger Wohnungsbau, schwacher privater Verbrauch — und großer Einnahmeverzichte des Staates zugunsten der Bauern ist. Die Staatsausgaben wurden 1985 etwas weniger ausgeweitet, als es dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten entsprach, der Staat hat das Produktionspotential also prozentual etwas weniger in Anspruch genommen als im vergangenen Jahr. Daß der Beitrag der öffentlichen Haushalte zur Stützung der Konjunktur noch einmal etwas kleiner ausfiel als 1984, paßte durchaus zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Denn die Auslastung der Sachkapazitäten stieg weiter an, und von daher war es für die Finanzpolitik nicht angezeigt, die Konjunktur zu stützen.

46. Der Aufschwung hat sich in diesem Jahr auch auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Beschäftigung hat stark zugenommen, die Arbeitslosigkeit ist aber nicht zurückgegangen.

Wie erwartet haben im Gefolge des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs bisher über 200000 Arbeitskräfte zusätzlich Beschäftigung gefunden. Die Spaltung der Konjunktur spiegelt sich

allerdings in den Unterschieden von Branche zu Branche. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe war die Anzahl der Beschäftigten im September 1985 um rund 130000 höher als vor Jahresfrist. Im Dienstleistungsgewerbe geht der Personalaufbau derzeit zügiger voran als in vergleichbaren Aufschwungsphasen früher (120000). Keine Personalausweitungen gibt es bisher in den konsumnahen Branchen. Im Bauhauptgewerbe ist die Anzahl der Beschäftigten um 8½ vH vermindert worden.

Am Arbeitsmarkt gab es 1985 viel mehr Bewegung, als die monatliche Arbeitslosenzahl es vermuten läßt. Die Zahl der Kündigungen war höher als im Vorjahr. Die Anzahl der Arbeitslosen, die eine neue Stelle fanden, nahm aber stärker zu. Der Grund dafür, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen bisher nicht zurückgegangen ist, liegt in einem höheren Arbeitsangebot. Von den Arbeitnehmern, die sich bis zum Herbst 1985 arbeitslos gemeldet haben, war jeder Dritte vorher nicht erwerbstätig. Wegen der besseren Wirtschaftslage wurden offenbar die Chancen als günstiger angesehen, über die Arbeitsvermittlung einen Arbeitsplatz zu erhalten. Aber auch ohne sich arbeitslos zu melden, haben viele junge Leute und solche Arbeitnehmer Beschäftigung gesucht und gefunden, die vorher längere Zeit ohne Arbeit und ohne Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung waren. Mehr Beschäftigung in der Wirtschaft bedeutet also in jedem Fall weniger Arbeitslosigkeit, aber nicht notwendigerweise eine geringere Anzahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen.

II. Gespaltener Aufschwung

Starker Anstieg der Investitionen

47. Zu einem lang anhaltenden Aufschwung gehören kräftige Investitionen. Hier hat es im Jahre 1985 erstmals seit langem einen größeren Schritt nach vorn gegeben, nachdem die Investitionstätigkeit in der ersten Phase des Aufschwungs noch verhalten gewesen war. In Ausrüstungen haben die Unternehmen real um 10 vH mehr investiert als 1984.

Besonders dynamisch war die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen sowie Präzisionswerkzeugen — Investitionsgüter, die bei der Modernisierung des Produktionsapparates eine große Rolle spielen (Schaubild 8).

Nach wie vor reges Interesse zeigten die Unternehmen auch an feinmechanischen und optischen Erzeugnissen. Bei den Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung blieben die Bestellungen auf einem ausgesprochen hohen Niveau, wenn auch die Auftragseingänge nach einem kräftigen Auftragsschub im letzten Jahr bis zur Jahresmitte hin zurückgingen. Wieder belebt hat sich das Inlandsgeschäft seit dem Frühjahr bei den Herstellern von Baumaschinen. Unverändert schwach blieb dagegen bislang die Nachfrage heimischer Investoren nach Liefer- und Lastkraftwagen.

Bei Investitionsgütern verstärkt sich der Warenaustausch mit dem Ausland rasch. Der Anteil der aus dem Ausland bezogenen Ausrüstungen ist weiter kräftig gestiegen, zugleich konnten inländische Investitionsgüterhersteller die Lieferungen ins Ausland stärker ausweiten als die Lieferungen an Kunden im Inland.

In gewerblich genutzte Gebäude ist von den Unternehmen in diesem Jahr etwas weniger investiert worden als 1984. Soweit möglich, waren Bauvorhaben vorgezogen worden, weil Gebäude, für die eine Investitionszulage gewährt wurde, bis Ende letzten Jahres fertiggestellt sein mußten.

48. Im dritten Jahr des Aufschwungs wurden rund 12 vH der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten für die Produktion von Anlagen der Unternehmen genutzt, mehr als die Hälfte davon diente dem Ersatz alter Anlagen. Anfang der siebziger Jahre ist das nur ein Drittel gewesen. Die Nettoinvestitionen, die für das Wachstum des Produktionsapparates ausschlaggebend sind, waren 1985 gemessen am Produktionspotential noch immer deutlich niedriger als in den siebziger Jahren.

49. Die gestiegene Zuversicht in die konjunkturelle Entwicklung zeigt sich nicht nur bei den Anlageinvestitionen, sondern auch bei den Vorratsinvestitionen. Die Vorräte dürften 1985 in realer Rechnung um 4 Mrd DM höher gewesen sein als im Vorjahr, dem Betrage nach entspricht dies etwa einem Drittel der Mehrinvestitionen bei den Ausrüstungen. Die Lageraufstockungen passen zu den Angaben der Unternehmen, ihre Produktion weiter ausweiten zu wollen. Die Zahl der Unternehmen in den konsumnahen Bereichen, die über zu hohe Lagerbestände klagen, ist spürbar zurückgegangen.

50. Im verarbeitenden Gewerbe, dem industriellen Kernbereich der Volkswirtschaft, hat sich die Ertragslage seit einigen Jahren deutlich gebessert. Der Anstieg der Gewinneinkommen ist dafür nur ein grober Anhaltspunkt, denn hierin mischen sich Einflüsse der Mengenkonjunktur mit Änderungen von Preisen und Kosten. Der Sachverständigenrat legt seinen Untersuchungen Indikatoren für Erlös-Kosten-Verhältnisse zugrunde (Schaubild 9). Sie zeigen für das Jahr 1985: Die gesamten Stückkosten lagen um 2 vH über dem Vorjahr. In unsere Rechnungen gehen allerdings die Kosten für aufgenommene Fremdmittel, die in diesem Jahr dank der deutlichen Zinssenkungen niedriger waren als 1984, nicht ein. Demgegenüber konnten die Unternehmen an den Märkten um 2½ vH höhere Preise erzielen. Die Stückgewinne haben sich weiter erhöht.

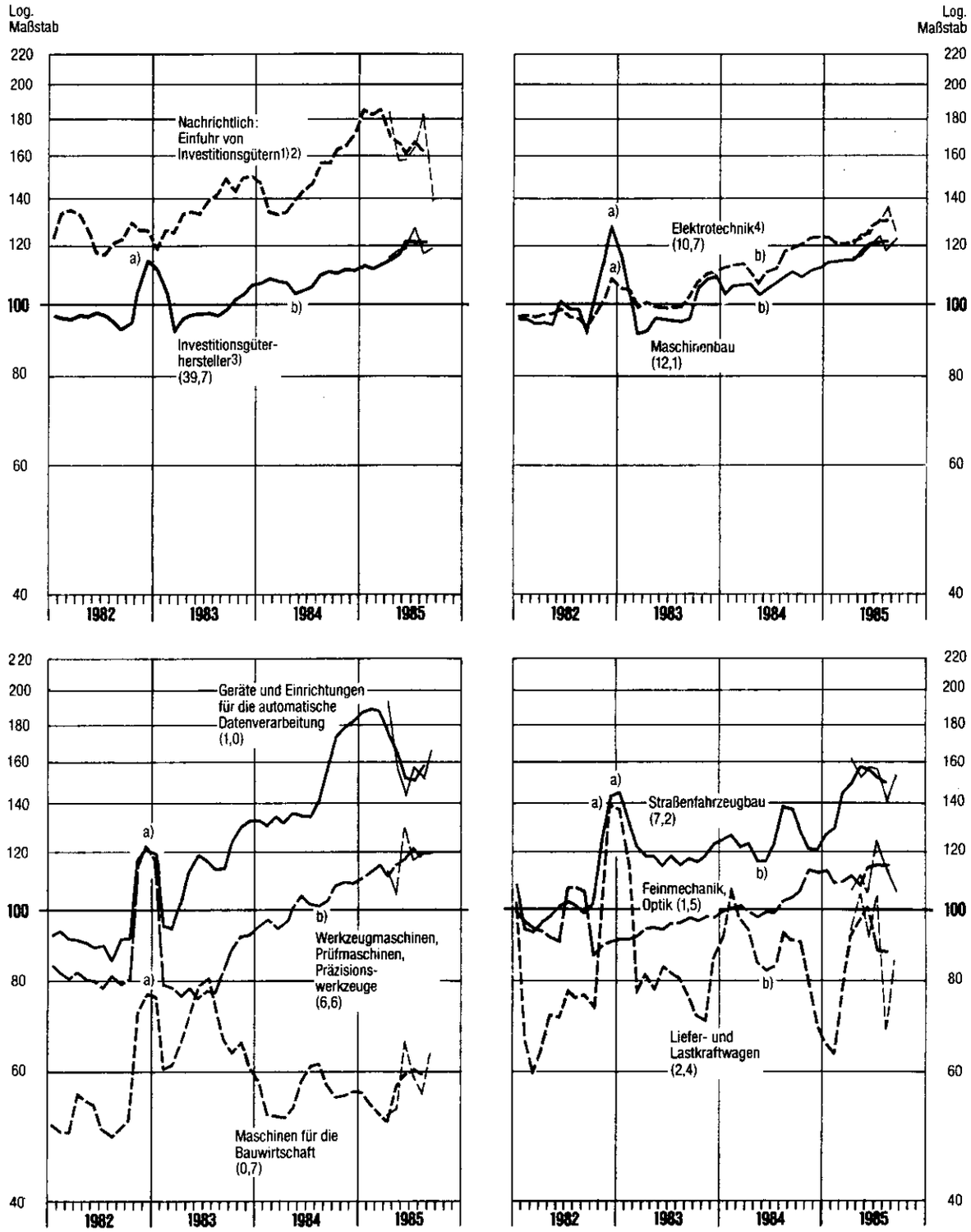
— *Die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe, in dem für drei von zehn Beschäftigten die Arbeitszeit mit Lohnausgleich verkürzt wurde, waren 1985 um gut 1 vH höher als im Vorjahr. Je Beschäftigtenstunde gerechnet wurden die Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft um gut 3½ vH angehoben. Im verarbeitenden Gewerbe war der Anstieg der tariflichen Löhne und Gehälter mit 4½ vH höher. Niedrigere Tarifabschlüsse gab es in der Bauwirtschaft, im Einzelhandel und im öffentlichen Dienst (Tabelle 9, Seite 58). Die Effektiv-*

Schaubild 8

INLANDSNACHFRAGE NACH INVESTITIONSGÜTERN

Auftragseingang aus dem Inland[1]

Wertindex 1980 = 100



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte aus saisonbereinigten Werten. Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – Am Ende der Kurven sind jeweils die nicht geglätteten saisonbereinigten Werte der letzten sechs Monate darübergezeichnet. – Die Angaben in Klammern geben jeweils das Gewicht in vH am Index des verarbeitenden Gewerbes (Inland) an. – 2) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. – Meßziffernreihe aus Ursprungswerten in Mrd DM. – 3) Investitionsgüter produzierendes Gewerbe ohne Personenkraftwagen und ohne elektrotechnische Gebrauchsgüter. – 4) Ohne elektrotechnische Gebrauchsgüter. – a) Beeinflußt durch den Fristablauf für die Beantragung der Investitionszulage (31. Dezember 1982) und durch Großaufträge. – b) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

SR 850899

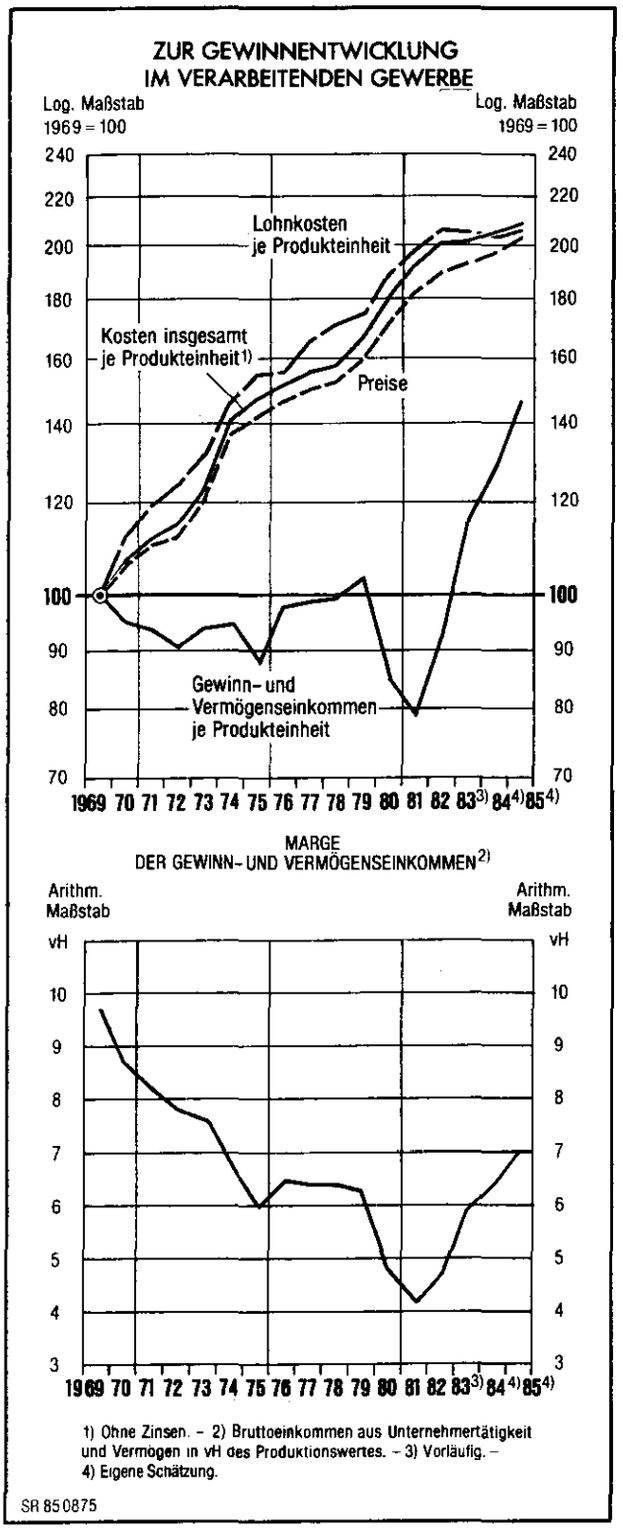
löhne nahmen etwas stärker zu als die Tariflöhne. Auch die Produktionsausweitungen trugen dazu bei, daß das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im verarbeitenden Gewerbe um 4 vH höher ausfiel als im Vorjahr; in der Gesamtwirtschaft belief sich der Anstieg nur auf 2½ vH.

— *Die Preise der importierten Vorleistungen lagen um 3 vH über denen des Vorjahres. Insgesamt waren die Vorleistungen im verarbeitenden Gewerbe um 2½ vH teurer als 1984.*

— *Die gesamten Stückkosten im verarbeitenden Gewerbe dürften 1985 um 2 vH höher sein als 1984.*

— *Demgegenüber konnten die Unternehmen um 2½ vH höhere Preise für ihre Erzeugnisse erzielen. Im Exportgeschäft verbesserte sich das Verhältnis der Preise zu den Kosten besonders stark, weil die niedrige Bewertung der D-Mark es den Unternehmen erlaubte, ihren ausländischen Kunden gegenüber die Preise stärker als am Inlandsmarkt anzuheben. Dennoch verblieb ein Preisvorteil deutscher Waren im Ausland, der einen höheren Absatz ermöglichte. Der Unterschied in den Preissteigerungsraten hat sich im Laufe des Jahres allerdings weitgehend zurückgebildet. Die Preise für exportierte Güter lagen im September um 2,1 vH über denen im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Erzeugerpreise im Inland erhöhten sich um 1,8 vH, wobei der Unterschied zwischen Verbrauchsgütern und Investitionsgütern trotz des schleppenden Absatzes auf den verbrauchsnahen Stufen gering war.*

Schaubild 9



1) Ohne Zinsen. – 2) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in vH des Produktionswertes. – 3) Vorläufig. – 4) Eigene Schätzung.

SR 850875

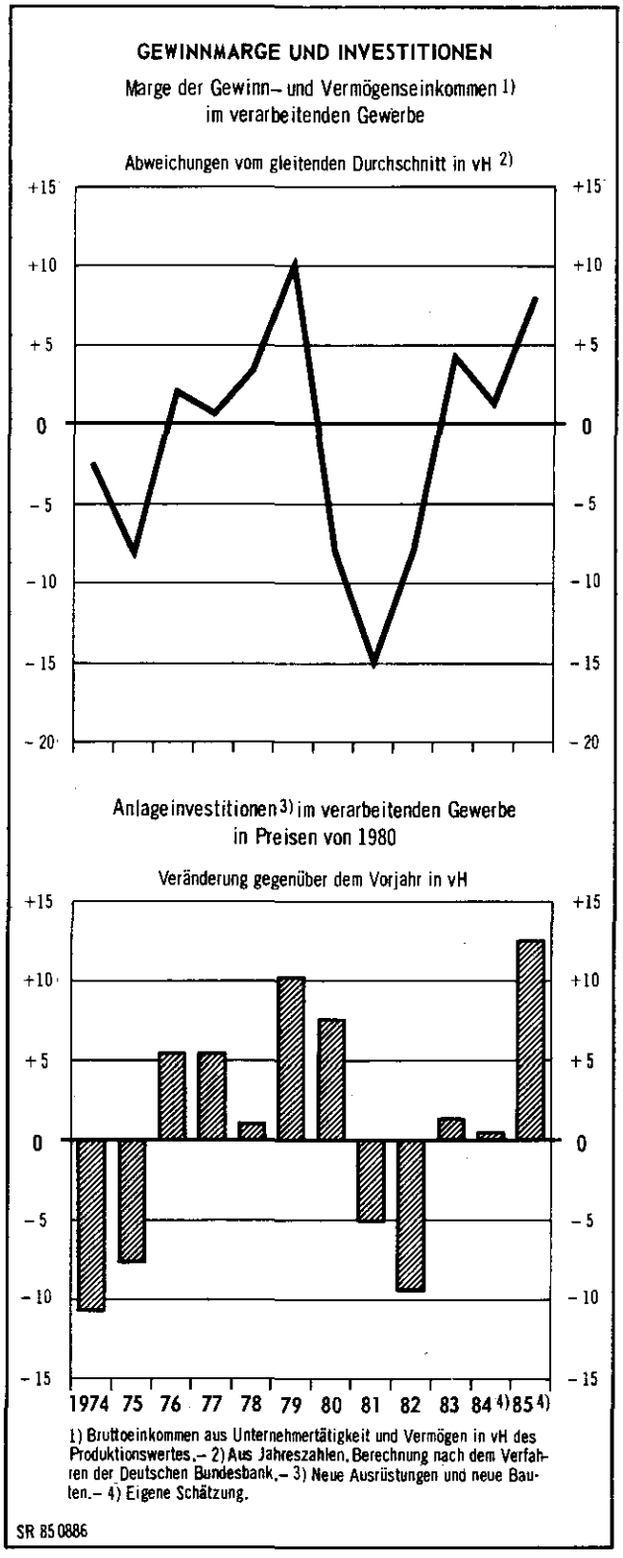
51. Zusammenfassend ergibt sich, daß die im verarbeitenden Gewerbe erzielten Gewinnmargen, also die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezogen auf den Wert der abgesetzten und auf Lager genommenen Produkte, auch in diesem Jahr weiter gestiegen sind. Sie übertreffen nun erstmals das Niveau der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Damals war es über mehrere Jahre zu einem kräftigen Anstieg der Investitionen gekommen. Die Verbesserung in den Jahren 1984 und 1985 ist freilich ein Durchschnitt aus sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Die Investitionsgüterbranchen, die von der starken Belebung der Investitionen im Inland und im Ausland profitieren, verzeichneten sehr hohe Ertragssteigerungen. Dagegen dürfte die Gewinnmarge in denjenigen Konsumgüterbranchen sogar gesunken sein, in denen einerseits wegen stagnierender Produktion die Stückkosten vergleichsweise stark gestiegen sind, die Nachfrageschwäche und der Wettbewerb andererseits aber entsprechende Preisanhebungen nicht erlaubt haben.

Ein Blick auf die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren macht deutlich, daß es einen engen Zusammenhang zwischen Veränderungen der Gewinnmarge und Veränderungen in der Investitionstätigkeit der Unternehmen gegeben hat. Auch in den letzten Jahren stellte sich eine Erholung der Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe erst ein, nachdem sich die Gewinnmarge deutlich erhöht hatte. Diesen Zusammenhang erkennt man, wenn man die Abweichungen der Gewinnmarge von ihrem gleitenden Durchschnitt den Veränderungen der realen Anlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe gegenüberstellt (Schaubild 10).

52. Außerhalb des verarbeitenden Gewerbes hat sich die Gewinnsituation nicht annähernd so stark verbessert. In der Bauwirtschaft ist die Ertragslage sehr schlecht, bei der Vermietung von Wohnungen sind die Erträge zurückgegangen. In der Landwirtschaft ist dem Rückgang der Erlöse infolge niedrigerer Preise bei einzelnen Produkten zwar durch hohe staatliche Hilfen entgegengewirkt worden, die

Ertragssituation dürfte sich gleichwohl verschlechtert haben. Im Dienstleistungsgewerbe — auch in seinen handwerklichen Sparten — sind die Verhältnisse uneinheitlich; hier gibt es florierende Bereiche neben ertragsschwachen. Daß im Dienstleistungsbereich derzeit im Vergleich zu den Jahren der Stagnation nicht soviel besser verdient wird als im verarbeitenden Gewerbe, muß man freilich auch vor dem Hintergrund sehen, daß es damals — wie schon gezeigt — insbesondere in der Industrie zu einem tiefen Gewinneinbruch gekommen war.

Schaubild 10



53. Wie die Lohnentwicklung das Verhältnis von Erlösen und Kosten im gesamten Unternehmensbereich beeinflußt, schätzt der Sachverständigenrat anhand der Veränderung der sogenannten Reallohnposition der Arbeitnehmer ab. Die Reallohnposition wird einerseits durch die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer beeinflußt, andererseits durch die Erlöse der Unternehmen, diese korrigiert um indirekte Steuern und Subventionen, Veränderungen im Austauschverhältnis mit dem Ausland und um Veränderungen in den Kapitalkosten. Die Korrekturen werden vorgenommen, weil die genannten Größen von den Beteiligten nicht beeinflußt werden können. Die Reallohnposition ändert sich nicht, wenn die Löhne und Gehälter mit der gleichen Rate steigen wie die so korrigierten Erlöse (Anhang VI, Abschnitt B). Die von uns angesetzten Zinskosten weisen wir seit dem letzten Jahr getrennt aus (JG 84 Ziffern 184 ff.).

54. Die Reallohnposition hat sich — wenn man Änderungen der Zinskosten beiseite läßt — um 0,6 vH vermindert (Tabelle 6).

Die Bruttoeinkommen je Beschäftigten — das sind die Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber — haben sich gegenüber 1984 um 3½ vH erhöht, ebensoviel wie im Vorjahr. Dem steht die Zunahme des realen Produktionsergebnisses — gerechnet als Realwert des Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen — gegenüber, die mit knapp 2 vH im Vergleich zum zurückliegenden Jahr etwas geringer ausfällt. Von der Änderung des Austauschverhältnisses mit dem Ausland ist in diesem Jahr kein einkommensmindernder Effekt ausgegangen. Die Importpreise haben sich im Jahresdurchschnitt etwas geringer erhöht als die Exportpreise. Auf der Erlösseite der Unternehmen ist zu berücksichtigen, daß die Preise für den Verkauf von Gütern und Diensten an private und öffentliche Haushalte mit 2 vH etwas weniger stark erhöht werden konnten als 1984. Erlössteigernd hat außerdem die starke Ausweitung der Subventionen gewirkt. Abzugsposten wegen Anhebungen von indirekten Steuern gab es in diesem Jahr nicht. Aus der weiter erhöhten Kapitalintensität und den deshalb höheren Abschreibungen ergibt sich schließlich eine Kostenbelastung, die auch in die Rechnung eingeht (Abschreibungseffekt).

55. Die in unserer Rechnung angesetzten Zinskosten haben sich 1985 noch nicht ermäßigt (Schaubild 11).

Diese realen Zinskosten, deren Änderung bei der Bemessung einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik einzubeziehen ist, werden bestimmt durch

- *den Umfang des realen Betriebsvermögens des Unternehmenssektors, also Anlagevermögen, Vorratsvermögen und inflationsbereinigtes Geldvermögen und*
- *den Zinssatz, der bei einer alternativen Anlage des Kapitals außerhalb des Unternehmenssektors erzielt werden könnte.*

Insoweit handelt es sich nicht etwa um die gezahlten Fremdkapitalzinsen der Unternehmen, sondern — dem Vorgehen in Investitionsrechnungen entsprechend — um den bei Anlage des Investitionsbetrages am Kapitalmarkt erzielbaren Ertrag. Dabei spielt es keine Rolle, wie die Investitionen finanziert sind. Das methodische Problem liegt in der empirischen Bestimmung der Zinsrate (JG 84 Ziffern 185ff.). Aus der Entwicklung der tatsächlichen Marktzinsen wird ein gleitender Durchschnitt ermittelt, weil kurzfristige Änderungen in den Zinsen, die für die Bereitschaft zur längerfristigen Kapitalbindung nicht ausschlaggebend sind, das Urteil über die Lohnentwicklung nicht mitbestimmen. Es geht um den Zins — den Realzins —, mit dem die Wirtschaft dauerhaft zu rechnen hat, an die sich also im Prinzip die Rendite des gesamten Kapitalstocks der Volkswirtschaft anzupassen hätte.

Tabelle 6

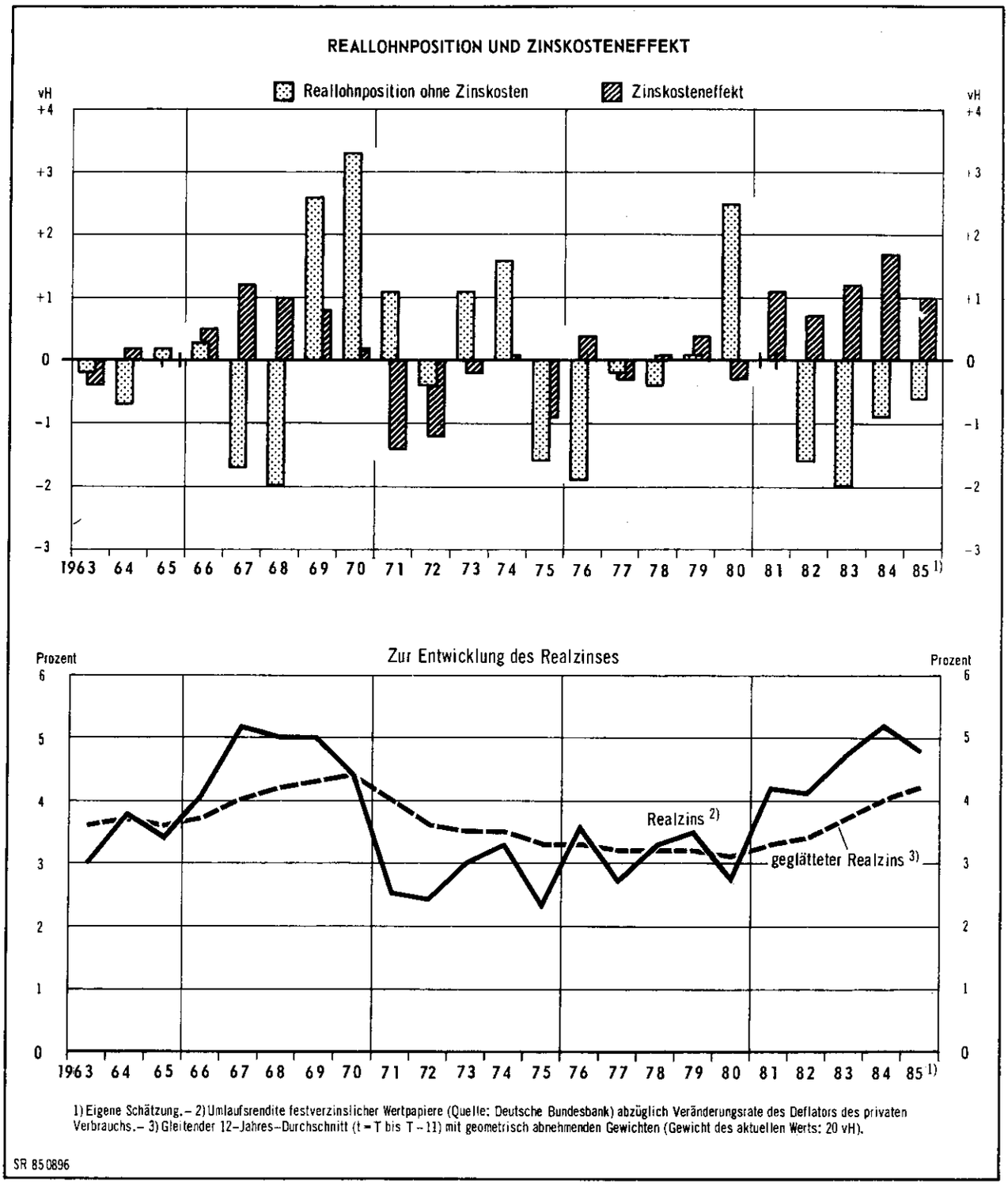
Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer [2])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [3])	Produktivitätseffekt [4])	Terms-of-Trade-Effekt [5])	Realwert des Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen (3)+(4)	Kosteneffekt von indirekten Steuern und Subventionen	Preiseffekt (privater Verbrauch und staatliche Käufe)	Abschreibungseffekt [6])	Reallohnposition ohne Zinskosten (1)+(2) minus (5) bis (8)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1963	+ 6,0	−0,1	+2,7	−0,2	+2,5	+0,7	+3,1	−0,4	−0,2
1964	+ 9,6	−0,9	+7,5	+0,2	+7,6	−0,1	+2,0	−0,3	−0,7
1965	+ 8,9	+0,4	+5,3	−0,1	+5,1	+0,8	+3,2	−0,3	+0,2
1966	+ 7,0	+0,3	+3,4	+0,3	+3,6	+0,0	+3,5	−0,3	+0,3
1967	+ 3,1	−0,1	+3,6	+0,4	+4,0	−0,5	+1,4	−0,2	−1,7
1968	+ 6,5	+0,4	+5,9	−0,1	+5,8	+1,4	+1,9	−0,2	−2,0
1969	+ 9,0	+0,2	+6,4	+0,4	+6,8	−2,5	+2,5	−0,2	+2,6
1970	+15,7	+0,7	+4,1	+0,9	+5,0	+2,5	+4,9	−0,1	+3,3
1971	+10,5	+0,4	+2,6	+0,7	+3,2	+0,0	+6,4	−0,2	+1,1
1972	+ 9,5	+0,7	+5,1	−0,0	+5,1	+0,0	+5,7	−0,2	−0,4
1973	+11,0	+0,8	+4,3	−0,3	+4,0	+0,2	+6,5	−0,3	+1,1
1974	+10,4	+0,6	+1,8	−1,0	+0,7	+1,0	+7,8	−0,3	+1,6
1975	+ 6,3	+0,8	+1,5	+0,1	+1,6	+1,1	+6,2	−0,1	−1,6
1976	+ 7,9	+0,9	+7,3	−0,3	+7,1	−0,3	+4,1	−0,1	−1,9
1977	+ 7,1	−0,3	+3,5	−0,1	+3,4	+0,1	+3,6	−0,2	−0,2
1978	+ 5,6	+0,3	+2,5	+0,9	+3,4	−0,1	+3,0	−0,1	−0,4
1979	+ 5,9	+0,2	+3,1	−0,6	+2,4	−0,4	+4,4	−0,3	+0,1
1980	+ 6,8	+0,2	+0,2	−1,4	−1,2	+0,1	+6,1	−0,4	+2,5
1981	+ 5,0	+0,2	+1,0	−1,5	−0,5	+0,2	+6,0	−0,5	+0,0
1982	+ 4,5	+0,1	+1,3	+0,3	+1,6	+0,1	+4,6	−0,2	−1,6
1983 [7])	+ 3,4	+0,7	+3,2	+0,3	+3,6	−0,4	+3,1	−0,1	−2,0
1984 [7])	+ 3,4	+0,2	+2,7	−0,4	+2,4	−0,1	+2,5	−0,2	−0,9
1985 [8])	+ 3,4	+0,1	+1,7	+0,1	+1,8	+0,4	+2,1	−0,2	−0,6

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (5) und (9) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang VI, Abschnitt B.
[2]) Inland.
[3]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[4]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen.
[5]) Gesamtwirtschaft.
[6]) Erhöhung der Abschreibungskosten: —.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.
[8]) Eigene Schätzung.

Schaubild 11



1) Eigene Schätzung. – 2) Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere (Quelle: Deutsche Bundesbank) abzüglich Veränderungsrate des Deflators des privaten Verbrauchs. – 3) Gleitender 12-Jahres-Durchschnitt (t = T bis T – 11) mit geometrisch abnehmenden Gewichten (Gewicht des aktuellen Werts: 20 vH).

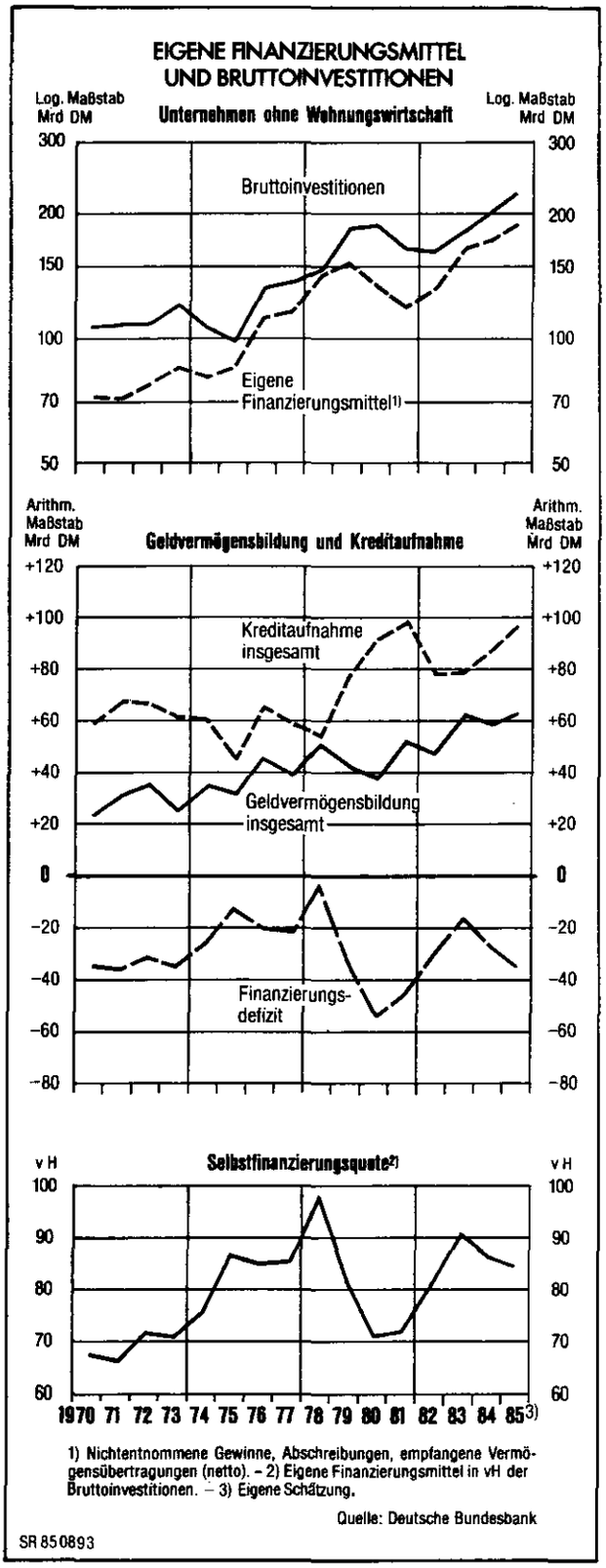
SR 850896

56. Im vergangenen Jahr lautete unser Urteil, daß der seit 1979 zu beobachtende Rückgang der Reallohnposition — ohne Änderung der Zinskosten gerechnet — überwiegend den entgegengesetzt wirkenden Effekt höherer Zinsen, so wie wir diesen angesetzt haben, ausgleicht. Mittlerweile ist der Realzins seit fünf Jahren außergewöhnlich hoch. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß hiervon Einflüsse auf das Investitionsverhalten, auf das Verhalten der Tarifparteien und auf das Verteilungsergebnis in der Volkswirtschaft ausgegangen sind und noch ausgehen. Dies alles wäre zu berücksichtigen; das kann aber nur unvollkommen gelingen. So muß offenbleiben, ob das vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Verfahren den Realzins, an den sich die Akteure in der Volkswirtschaft anpassen, nach oben oder unten verzeichnet. Nach mehreren Jahren eines zeitweise drastischen Anstiegs der Realzinsen hat sich der Abstand zwischen den Nominalzinsen und dem Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Jahr erstmals etwas zurückgebildet. Das zeigt sich an den Berechnungen der Zinskosten, die die mittelfristigen Entwicklungstendenzen zu erfassen versuchen, noch nicht. So wie das Verfahren Zinserhöhungen nur dann abbildet, wenn sie sich als nachhaltig erweisen, gilt dies auch umgekehrt für Zinssenkungen.

57. Die eigenen Finanzierungsmittel, die den Unternehmen in Form von einbehaltenen Gewinnen, Abschreibungserlösen und Investitionszuschüssen des Staates zur Verfügung stehen, nahmen auch in diesem Jahr wieder beträchtlich zu. Wie die Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung zeigen, sind die eigenen Mittel innerhalb von vier Jahren um mehr als 50 vH gestiegen (Schaubild 12). Im Jahre 1985 sind die Investitionen stärker gestiegen als die Eigenmittel; dies ist in einer Zeit kräftig steigender Investitionen jedoch nicht anders zu erwarten. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf wurde wegen der günstigeren Zinsen in der Bundesrepublik zunehmend über die inländischen Kreditmärkte gedeckt. Die Unternehmen haben aber nicht nur mehr Kredite aufgenommen, sie haben gleichzeitig ihren Bestand an Forderungen gegenüber Inländern und Ausländern erhöht; mit den kräftigen Exportsteigerungen nahmen insbesondere die Forderungen an ausländische Kunden stark zu.

Insgesamt ist die Finanzierungssituation der Unternehmen als günstig zu bezeichnen. Allerdings gibt es als Reflex der gespaltenen Konjunktur große Unterschiede von Branche zu Branche, die die Aussage über den Durchschnitt relativieren.

Schaubild 12



Außenwirtschaftliche Erfolge

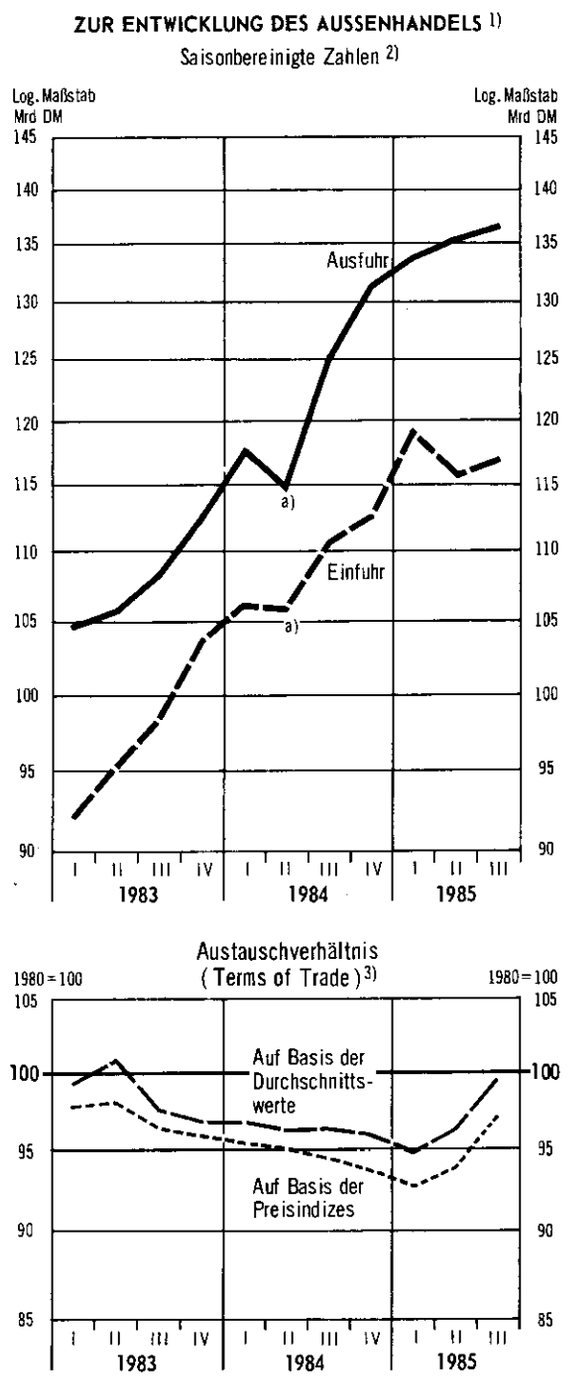
58. Die Auslandsnachfrage trug auch in diesem Jahr entscheidend zur Ausdehnung von Produktion und Beschäftigung bei. Die Auftragseingänge sind seit Mitte 1983, als der kräftige Sog aus dem Ausland einsetzte, dem Volumen nach inzwischen um annähernd 30 vH gestiegen. Nach einer kräftigen Zunahme zu Jahresbeginn stagnierten sie bis zum Herbst allerdings auf dem erreichten hohen Niveau. Weitaus am stärksten nahm die Nachfrage nach Investitionsgütern zu, Grundstoffe konnten nur einen vergleichsweise bescheidenen Zuwachs verbuchen.

Die Lieferungen von Waren an das Ausland haben 1985 dem Werte nach um 12 vH, dem Volumen nach um 8½ vH zugenommen (Schaubild 13). Bei Waren und Diensten zusammengenommen betrug die Zuwachsrate 11 vH beziehungsweise 8 vH.

59. Die Ausweitung des Welthandels wirkte auch in diesem Jahr anregend auf die Ausfuhr der Bundesrepublik. Mit 4 vH war der Anstieg des Welthandels allerdings spürbar schwächer als im Vorjahr (8½ vH). Der Abschwächung des konjunkturellen Auftriebs in den Vereinigten Staaten stand keine nennenswerte Beschleunigung des Aufschwungs bei anderen wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik gegenüber. Der konjunkturelle Auftrieb in Europa hat sich auch 1985 noch nicht entscheidend verstärkt.

60. Während die Ausfuhr der Bundesrepublik dem Volumen nach 1984 kaum stärker zugenommen hatte als der Welthandel, war ihre Zuwachsrate in diesem Jahr etwa doppelt so hoch wie die des Welthandels (Schaubild 14). Die höheren Marktanteile der deutschen Exporteure auf den Weltmärkten sind zu einem guten Teil auf die nochmals dank günstiger Kostenentwicklung gestiegene Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen. Gegenüber 1984 hat sich der reale Außenwert der D-Mark auf Kostenbasis um 2 vH ermäßigt, im Vergleich mit 1983 sind es sogar 8 vH. Der kräftige Rückgang des Dollarkurses im Verlauf dieses Jahres hat die Wettbe-

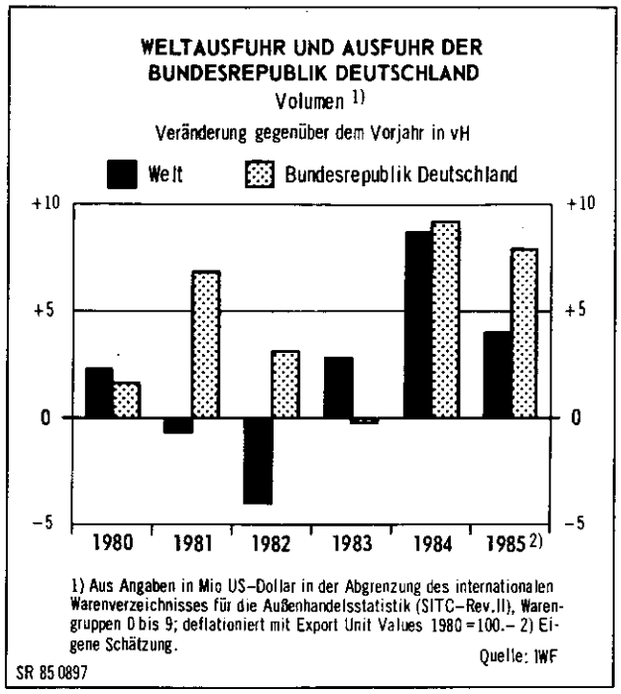
Schaubild 13



1) Spezialhandel nach der Außenhandelsstatistik, tatsächliche Werte. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11. – 3) Index der Ausfuhrpreise bzw. der Ausfuhrdurchschnittswerte in vH des Index der Einfuhrpreise bzw. der Einfuhrdurchschnittswerte. – a) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

SR 85 0876

Schaubild 14



1) Aus Angaben in Mio US-Dollar in der Abgrenzung des internationalen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (SITC-Rev.II), Warengruppen 0 bis 9; deflationiert mit Export Unit Values 1980 = 100. – 2) Eigene Schätzung.

Quelle: IWF

SR 85 0897

werbsfähigkeit inländischer Anbieter auf den Weltmärkten im ganzen bisher nicht wesentlich beeinträchtigt. Preise und Kosten steigen in den anderen europäischen Ländern immer noch rascher als in der Bundesrepublik, und es ist gegenüber den Währungen dieser Länder zu keiner ausgleichenden Aufwertung der D-Mark gekommen.

Die Ausfuhr reagiert auf eine Veränderung des realen Wechselkurses erfahrungsgemäß mit deutlicher Verzögerung. Demgemäß dürfte die kräftige reale Abwertung der D-Mark seit 1983 die Exportchancen inländischer Anbieter 1985 und möglicherweise darüber hinaus begünstigen.

Der kräftige Anstieg der Ausfuhr geht sicherlich auch auf das breite Sortiment der Bundesrepublik an Investitionsgütern zurück. Weltweit hat sich vor allem die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern verstärkt. Ob neben der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit und dem günstigen Gütersortiment auch andere Gründe wie beispielsweise der technische Stand der Produkte zu der höheren internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beigetragen haben, ist ungeklärt (JG 84 Ziffern 199 ff.).

61. Die Ausfuhren der Bundesrepublik in die verschiedenen Bestimmungsländer nahmen in diesem Jahr weniger unterschiedlich zu als in den beiden letzten Jahren. Der Anstieg der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten flachte sich im Jahresverlauf ab. Die Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaften erhöhte sich etwa ebenso wie die Ausfuhr im ganzen. Berücksichtigt man die besonders gegenüber diesen Ländern eingetretene Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, so erscheint die Zunahme der Exporte dorthin allerdings bescheiden. Kräftig belebt hat sich in diesem Jahr die Ausfuhr in die Staatshandelsländer. Weiterhin rückläufig waren die Exporte in die OPEC-Länder; innerhalb von drei Jahren sind sie dem Werte nach um rund ein Drittel zurückgegangen.

62. Die Schattenseite der kräftigen realen Abwertung der D-Mark zeigte sich in den ersten Monaten dieses Jahres in einer starken Verteuerung importierter Güter. Die Importpreise, die in der zweiten Jahreshälfte 1984 deutlich gestiegen waren, lagen zu Jahresbeginn um annähernd 9 vH über ihrem Vorjahresniveau. Als dann die deutsche Währung gegenüber dem Dollar kräftig an Wert gewann, gaben die Einfuhrpreise rasch nach. Im September waren importierte Güter sogar um 1,4 vH billiger als ein Jahr zuvor.

Da die Importpreise nahezu zwei Jahre lang merklich schneller gestiegen waren als die inländischen Erzeugerpreise, wäre zu erwarten gewesen, daß sich die Wettbewerbsposition inländischer Produzenten gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten auch auf dem Binnenmarkt deutlich verbesserte. Bis zum Frühjahr dieses Jahres zeigte sich dies noch nicht; im weiteren Verlauf des Jahres trat aber eine Änderung ein. Die Wareneinfuhr nahm trotz des deutlichen Anstiegs der Nachfrage nur verhältnismäßig wenig zu, im zweiten Vierteljahr war sie sogar rückläufig.

Der Import von Rohstoffen und Halbwaren, die sich abwertungsbedingt in den beiden letzten Jahren besonders verteuert hatten, stieg in diesem Jahr nur schwach an, obgleich die Produktion des verarbeitenden Gewerbes 1985 um rund 5 vH zunahm.

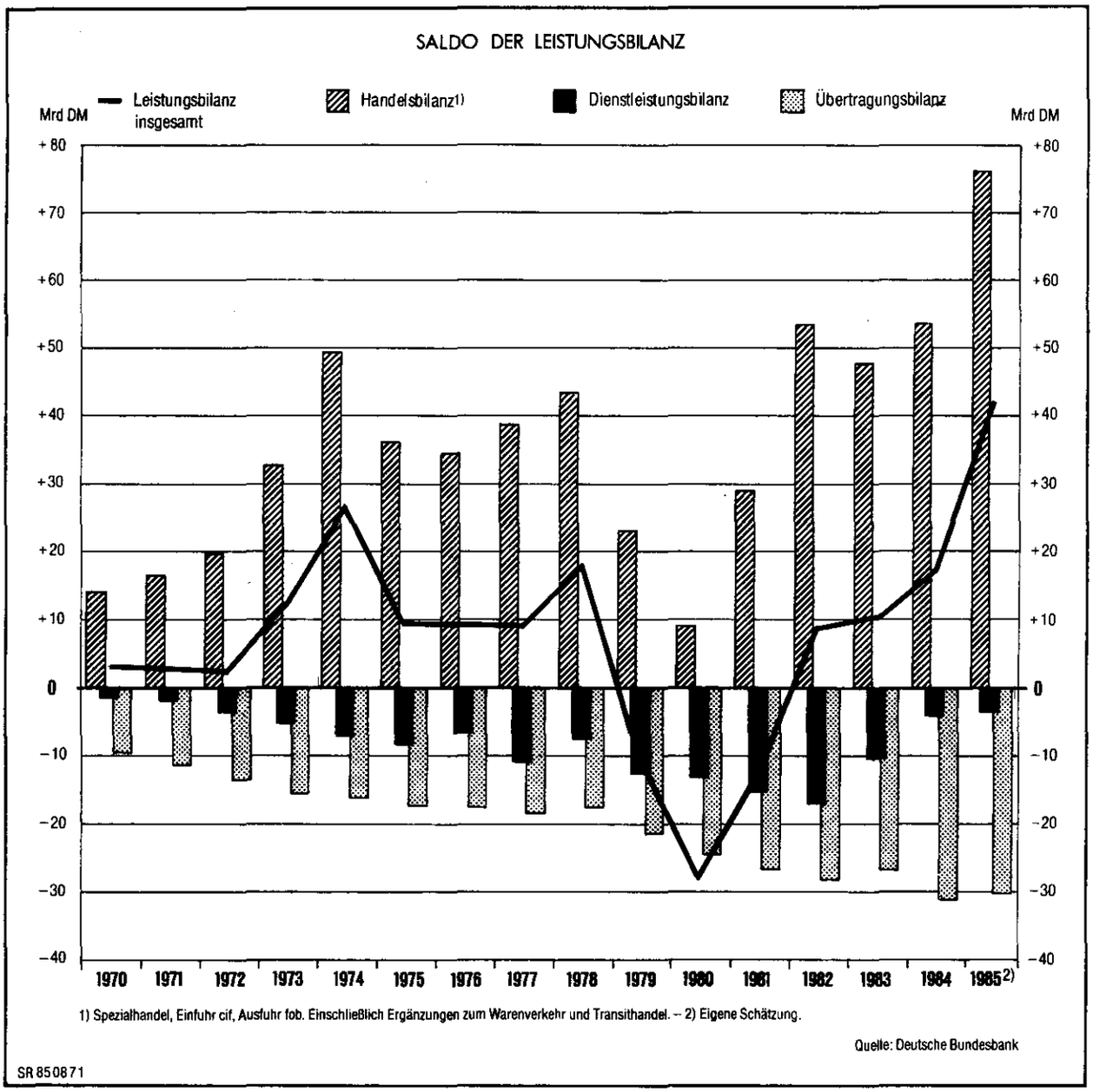
Außergewöhnlich kräftig erhöhte sich hingegen die Einfuhr von Investitionsgütern; ihr Anteil an den Ausrüstungsinvestitionen im Inland nahm zu. Ein Grund liegt darin, daß eine verstärkte intraindustrielle Arbeitsteilung sowohl zu höheren Anteilen ausländischer Anbieter an den heimischen Käufen von Investitionsgütern als auch zu höheren Marktanteilen inländischer Anbieter im Ausland führt. Hinzu kommt, daß ausländische Anbieter bei Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten vielfach Wettbewerbsvorteile haben.

Die Wareneinfuhr lag in diesem Jahr dem Volumen nach um schätzungsweise 5 vH höher als im Vorjahr; der Import von Dienstleistungen war um 3½ vH höher.

63. Der Überschuß der Handelsbilanz hat sich in diesem Jahr nochmals vergrößert. Da das Austauschverhältnis im Außenhandel 1985 nahezu unverändert war — die Preise der Exportgüter nahmen im Jahresdurchschnitt nur geringfügig stärker zu als die der Importgüter —, erhöhte sich die Ausfuhr auch dem Volumen nach weitaus rascher als die Einfuhr. Von Januar bis September dieses Jahres belief sich der Überschuß im Außenhandel auf 49,6 Mrd DM gegenüber 32,1 Mrd DM im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Außerdem haben sich die Defizite bei den Dienstleistungen und bei den unentgeltlichen Leistungen in diesem Jahr nicht nennenswert verändert. So ist der Überschuß in der Leistungsbilanz für das Jahr 1985 kräftig — auf schätzungsweise 42 Mrd DM — angestiegen (Schaubild 15).

Schaubild 15



Schwacher privater Verbrauch — Wohnungsbau unter Anpassungsdruck

64. Nach wie vor sind die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen die Triebkräfte der Konjunktur. Unsere zuversichtlichen Prognosen vom Herbst 1984 werden hier bestätigt. Die Bauinvestitionen und der private Verbrauch bleiben hingegen hinter unseren Erwartungen zurück. Die Kluft zwischen wichtigen Wirtschaftsbranchen hat sich 1985 noch einmal vertieft. Dabei stehen konsumorientierte Anbieter nicht durchweg auf der Schattenseite. Viele von ihnen haben im Export einen Ausgleich für die schwache Nachfrage im Inland gefunden. Die Inlandsnachfrage ist nicht unabhängig vom florierenden Export. Die Erfolge im Ausland resultieren nämlich nicht zuletzt aus der Unterbewertung der D-Mark, und diese steht wiederum im Zusammenhang mit dem nach wie vor gegebenen Kapitalsog, der von den Vereinigten Staaten ausgeht und die Zinsen in der Welt höher hält, als sie ohne die hohen internen und externen Ungleichgewichte dort wären. Hohe Realzinsen stehen einer Zunahme der Investitionen dann nicht im Wege, wenn ein günstiges Erlös-Kosten-Verhältnis eine Sachanlagenrendite bewirkt, die mit den für Finanzanlagen gebotenen Zinsen konkurrieren kann. Das Beispiel der Wohnungswirtschaft zeigt aber, daß es Marktbedingungen gibt, die eine solche Erlös-Kosten-Relation nicht zulassen. Neuinvestitionen im Wohnungsbau sind nicht nur weniger rentabel als in früheren Jahren, es ist auch keine deutliche Ertragsverbesserung zu erwarten (Ziffern 69 ff.). Dem verbesserten Verhältnis von Erlösen und Kosten entspricht die verminderte Reallohnposition der Arbeitnehmer. Von der Entwicklung der Realeinkommen her hatte die Verbrauchskonjunktur in der ersten Phase des Aufschwungs keine Stütze. Erst mit der Ausweitung der Beschäftigung und der günstigen Preisentwicklung gewann der private Verbrauch im Laufe dieses Jahres allmählich an Kraft.

65. Die Voraussetzungen für eine merkliche Belebung des privaten Verbrauchs waren für 1985 allerdings deutlich günstiger als seit langem. Der Anstieg der Beschäftigung, allmählich nachgebende Zinsen und günstigere Einschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bildeten die Grundlage für dieses Urteil. Daß sich die Verbrauchsnachfrage aber weniger und später als erwartet kräftigte, hat mehrere Gründe, die jeder für sich genommen nur in geringem Maße ungünstig wirkten, zusammen jedoch die erwartete starke Belebung verhinderten. Im gesamten Jahr dämpften eine höhere Sparneigung und der im Vergleich zu den Bruttoeinkommen deutlich niedrigere Anstieg der Nettoeinkommen die Verbrauchskonjunktur. Zu Beginn des Jahres war es in Verbindung mit der Diskussion über die steuerliche Behandlung schadstoffarmer Autos sogar zu einer ausgeprägten Schwäche der Verbrauchsnachfrage gekommen. Die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen blieb bis zum Herbst enttäuschend. Der private Verbrauch hat erst von der Jahresmitte ab an Fahrt gewonnen.

Tabelle 7

Zur Entwicklung der Lohnquote

vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich[1])	bereinigt[2])	
1960	60,1	60,1	77,2
1961	62,4	61,8	78,0
1962	63,9	62,5	78,8
1963	64,9	63,0	79,5
1964	64,5	62,0	80,3
1965	65,3	62,3	80,9
1966	66,4	63,1	81,2
1967	66,1	62,9	81,1
1968	64,7	61,2	81,6
1969	65,7	61,4	82,5
1970	68,0	62,9	83,4
1971	69,6	63,7	84,3
1972	69,8	63,6	84,6
1973	70,8	64,2	85,1
1974	72,9	66,0	85,2
1975	73,1	66,1	85,3
1976	71,6	64,4	85,7
1977	72,0	64,5	86,2
1978	71,4	63,6	86,6
1979	71,5	63,4	87,0
1980	73,5	64,9	87,4
1981	74,4	65,6	87,5
1982	73,8	65,2	87,3
1983 [3])	71,8	63,7	87,1
1984 [3])	70,8	62,8	87,0
1985[4])	70,3	62,3	87,0

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2]) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Eigene Schätzung.

Der Zuwachs der Verbrauchsausgaben war in diesem Jahr mit knapp 3½ vH nur geringfügig höher als 1984; in konstanten Preisen gerechnet waren dies gut 1 vH mehr.

66. Die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme bot in diesem Jahr mehr Möglichkeiten für eine Steigerung des Verbrauchs als 1984. Erstmals seit 1980 nahm die Beschäftigung wieder spürbar zu. Die Effektivlöhne je Beschäftigten erhöhten sich nahezu ebenso wie im Vorjahr. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit stiegen 1985 mit knapp 4½ vH stärker als 1984. Daß das etwas weniger war als die Zuwachsrate des Volkseinkommens, zeigt sich in der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Lohnquote (Tabelle 7). Wie schon in den vergangenen Jahren blieb der Zuwachs bei den Nettoverdiensten mit 2½ vH deutlich hinter dem Zuwachs der Bruttoverdienste zurück. Die Progressionswirkung der Lohnsteuer und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge trugen hierzu in diesem Jahr etwa in gleichem Umfang bei.

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1985 erneut beachtlich an; dies gilt auch nach Abzug von Steuern. Die Einkommen, die den Haushalten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zufließen, waren schätzungsweise um 6½ vH höher als im Vorjahr.

Weniger als die Erwerbseinkommen erhöhten sich die Transferzahlungen, die die privaten Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie von den Sozialversicherungen erhielten. Die Renten wurden zum 1. Juli dieses Jahres um 3 vH angehoben, nach Abzug des erhöhten Krankenversicherungsbeitrages waren es 1,4 vH. Die Zahlungen an Arbeitslose stagnierten 1985. Zwar lag die Anzahl der Arbeitslosen geringfügig höher als im Vorjahr, nicht aber die der Leistungsempfänger. Die Anzahl der Bezieher von Arbeitslosengeld nahm ab, die der Empfänger von Arbeitslosenhilfe geringfügig zu. Lediglich die Ausgaben für Sozialhilfe erhöhten sich wegen der steigenden Anzahl von Anspruchsberechtigten deutlich.

Insgesamt waren die Einkommen, über die die privaten Haushalte verfügen, um gut 3½ vH höher als 1984 (Tabelle 8). Der Einkommenszuwachs übertraf somit um 1½ Prozentpunkte den Anstieg der Verbraucherpreise.

67. Trotz der kräftigen Verteuerung importierter Güter zu Beginn des Jahres blieb der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen mäßig. Nach dem Abklingen der Importpreissteigerungen beruhigte sich die Preisentwicklung rasch. Über mehrere Monate waren die Verbraucherpreise sogar weitgehend stabil; dies zeigt, wie nahe die Bundesrepublik dem Ziel der Geldwertstabilität gekommen ist. Am Jahresende dürften die Verbraucherpreise weniger als 2 vH höher sein als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt des Jahres verteuerten sich die Verbrauchsgüter

Tabelle 8

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte[1])

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme[2])	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen[3])	Empfangene laufende Übertragungen[4])	Verfügbares Einkommen[5])	Nettolohn- und -gehaltssumme[2])	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen[3])	Empfangene laufende Übertragungen[4])	Verfügbares Einkommen[5]) nominal	Verfügbares Einkommen[5]) real[6])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
1960–1969 [7])					+ 7,8	+ 9,0	+ 8,1	+ 8,2	+ 5,4
1970–1979 [7])					+ 7,5	+ 8,6	+ 11,5	+ 8,6	+ 3,4
1980–1985 [7])					+ 1,9	+ 7,1	+ 3,5	+ 3,7	+ 0,0
1970	238,60	111,60	77,77	427,97	+ 15,5	+ 9,8	+ 6,0	+ 12,2	+ 8,2
1971	265,22	122,02	86,12	473,36	+ 11,2	+ 9,3	+ 10,7	+ 10,6	+ 4,8
1972	290,66	140,02	97,51	528,19	+ 9,6	+ 14,8	+ 13,2	+ 11,6	+ 5,6
1973	316,70	149,28	109,21	575,19	+ 9,0	+ 6,6	+ 12,0	+ 8,9	+ 2,4
1974	342,40	155,36	126,99	624,75	+ 8,1	+ 4,1	+ 16,3	+ 8,6	+ 1,5
1975	355,41	173,72	160,12	689,25	+ 3,8	+ 11,8	+ 26,1	+ 10,3	+ 3,9
1976	369,75	187,76	172,09	729,60	+ 4,0	+ 8,1	+ 7,5	+ 5,9	+ 1,6
1977	392,51	198,91	186,44	777,86	+ 6,2	+ 5,9	+ 8,3	+ 6,6	+ 2,9
1978	422,36	210,46	195,86	828,68	+ 7,6	+ 5,8	+ 5,1	+ 6,5	+ 3,7
1979	456,08	235,34	206,64	898,06	+ 8,0	+ 11,8	+ 5,5	+ 8,4	+ 4,3
1980	487,19	255,43	221,40	964,02	+ 6,8	+ 8,5	+ 7,1	+ 7,3	+ 1,5
1981	505,81	282,11	237,77	1 025,69	+ 3,8	+ 10,4	+ 7,4	+ 6,4	+ 0,2
1982	510,84	291,40	250,19	1 052,43	+ 1,0	+ 3,3	+ 5,2	+ 2,6	– 2,1
1983 [8])	513,42	310,38	254,80	1 078,60	+ 0,5	+ 6,5	+ 1,8	+ 2,5	– 0,7
1984 [8])	522,02	338,41	256,50	1 116,93	+ 1,7	+ 9,0	+ 0,7	+ 3,6	+ 1,0
1985[9])	536½	359½	262½	1 158½	+ 2½	+ 6½	+ 2½	+ 3½	+ 1½

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3]) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen, der Lohnsteuer auf Pensionen und der Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen.
[5]) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und der geleisteten laufenden Übertragungen. Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[6]) Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs (1980 = 100).
[7]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.
[9]) Eigene Schätzung.

um gut 2 vH. Seit 1983 beträgt der Preisauftrieb weniger als 3 vH jährlich; eine vergleichbar lange Phase eines so geringen Preisauftriebs gab es während der letzten 25 Jahre nur zwischen den Jahren 1967 und 1969.

Die Preise der Nahrungsmittel waren kaum höher als ein Jahr zuvor. Deutlich schwächer als im Vorjahr stiegen die Mieten; lediglich im sozialen Wohnungsbau kam es nochmals zu spürbaren Mietanhebungen.

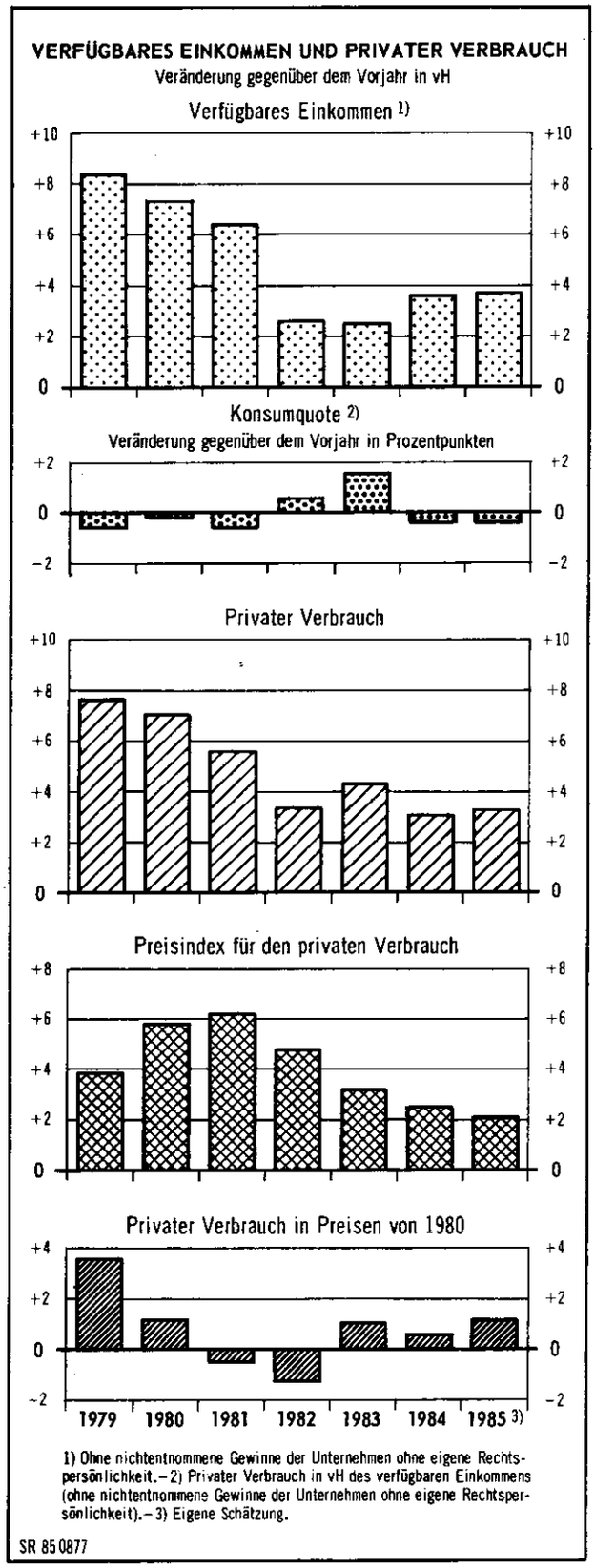
68. Die Bereitschaft der privaten Haushalte, aus laufenden Einkommen, Ersparnissen oder Kreditaufnahme Konsumausgaben zu tätigen, nahm in diesem Jahr geringfügig ab (Schaubild 16). Die Konsumquote, das ist das Verhältnis von Konsumausgaben zum verfügbaren Einkommen, war etwas niedriger als im Vorjahr. Die Abnahme der Konsumquote ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich viele Haushalte trotz allmählich sinkender Zinsen beim Kauf höherwertiger Gebrauchsgüter zurückhielten. Es ist zu vermuten, daß die bisherige Besserung in der Einkommensentwicklung noch keine sicheren Erwartungen auf dauerhaft höhere Einkommen hat entstehen lassen. Ungewöhnlich ist dies nicht. Nach Phasen einer wirtschaftlichen Schwäche dauert es regelmäßig eine gewisse Zeit, ehe höhere Einkommen in höhere Verbrauchsausgaben münden.

Des weiteren ist bei der Beurteilung der Sparneigung in diesem Jahr zu berücksichtigen, daß die Sparquote in den beiden vergangenen Jahren im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt außergewöhnlich niedrig war. Viele Haushalte von Arbeitslosen waren nicht in der Lage zu sparen; nicht wenige mußten angesammelte Ersparnisse auflösen oder sich verschulden. Nachdem in diesem Jahr die Beschäftigung erstmals wieder spürbar gestiegen ist und sich deshalb die finanzielle Lage der Haushalte überwiegend verbesserte, dürften höhere Einkommen manche Haushalte dazu veranlassen, Schulden zurückzuzahlen oder ihr Geldvermögen aufzustocken.

69. Im Wohnungsbau ist es in diesem Jahr nach einer zeitweiligen Erholung in den Jahren 1983 und 1984 zu einem unerwartet starken Einbruch gekommen. Insgesamt sind die Bauleistungen für die Errichtung und Modernisierung von Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 14 vH zurückgegangen. Einen derart starken Rückgang hatte es im Wohnungsbau zuletzt in den Jahren 1974 und 1975 gegeben. Anders als in jenen Jahren ist die Schwäche im Wohnungsbau diesmal jedoch nicht etwa das Gegenstück zu einem zuvor von Inflation und Spekulation getriebenen Bauboom. Vielmehr sind es neben den noch immer hohen Realzinsen strukturelle Einflüsse, die weiterhin dämpfend auf die Bautätigkeit wirken. Eine Rolle hat auch gespielt, daß in den letzten Jahren aufgrund von staatlichen Förderungsmaßnahmen Wohnungsbauten zeitlich vorgezogen worden waren, woraus sich später ein um so stärkerer Einbruch im Wohnungsbau ergab. So kommt es, daß derzeit auf dem Wohnungsmarkt ein starker Anpassungsdruck lastet, während die allgemeine konjunkturelle Besserung weiter voranschreitet.

70. Der Verschlechterung im Wohnungsbau war ein starker Nachfragerückgang vorangegangen, der bereits im Frühsommer 1983 eingesetzt und sich 1984 beschleunigt hatte; erst im Frühjahr dieses Jahres kam er zum Stillstand. Danach nahm die Nachfrage wieder etwas zu, blieb jedoch bis zuletzt schwach. Verglichen mit der letzten Phase einer stark rückläufigen Wohnungsbaunachfrage in den Jahren von 1979 bis 1981 ging das Auftragsvolumen diesmal von einem geringeren Niveau aus nicht nur rascher, sondern auch stärker zurück. Bis zur Jahresmitte konnten die Baufirmen nicht einmal soviel

Schaubild 16



an neuen Aufträgen verbuchen wie im Tiefpunkt der damaligen Nachfrageschwäche. Wegen der bereits im letzten Jahr stark geschrumpften Auftragsbestände schlug der Nachfragerückgang schnell auf die Bauleistungen durch. Hiervon waren vor allem die Unternehmen des Bauhauptgewerbes betroffen, nicht so sehr die Unternehmen des Ausbaugewerbes.

71. Viele Bauinteressenten müssen nach wie vor mit schweren Belastungen rechnen, die nicht nur von den im Verhältnis zu den Einkommenssteigerungen der letzten Jahre hohen Kapitalkosten herrühren, sondern auch von den hohen Herstellungskosten und Baulandpreisen. Die Aussichten für eine Besserung sind jedoch günstig. Wichtig ist vor allem der deutliche Rückgang der Hypothekenzinsen. Zudem sind die Preise für Grundstücke vielfach, allerdings regional stark unterschiedlich, gesunken; und die Baupreise steigen kaum noch. Von der Einkommensseite her hat sich das Bild ebenfalls aufgehellt. Inwieweit dies bereits zu der Erwartung dauerhaft höherer Einkommen geführt hat, die die Übernahme eines hohen Kapitaldienstes tragbar erscheinen lassen, ist allerdings nur schwer zu beantworten.

72. Zur Abnahme der Bautätigkeit wäre es in diesem Ausmaß nicht gekommen, wenn der Staat nicht in den letzten Jahren mit zusätzlichen Fördermaßnahmen ein zeitliches Vorziehen von Bauvorhaben bewirkt hätte. Das gilt nicht nur für den Bau von Eigenheimen, sondern auch für den Geschoßwohnungsbau, bei dem die Zahl der genehmigten Bauvorhaben besonders stark zurückging. Hier schlug offensichtlich das Auslaufen steuerlicher Vorteile im Rahmen von Bauherrenmodellen negativ zu Buch. Ohne großzügige Steuervorteile erweist sich nun eine Reihe von Projekten nicht mehr als konkurrenzfähig gegenüber alternativen Anlagemöglichkeiten. Soweit derartige Baupläne jetzt nicht mehr zum Zuge kommen, spiegelt der abnehmende Anteil von Mehrfamilienhäusern im Wohnungsbau lediglich eine vom Markt erzwungene Korrektur staatlich verursachter Fehlentwicklungen wider.

73. Die Bautätigkeit verlief in den einzelnen Regionen recht unterschiedlich. Vielerorts steht bereits ein reichliches Angebot an Wohnraum zur Verfügung. In den Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit drücken preiswerte Wohnungen aus dem Bestand auf den Markt. Aber auch anderswo scheinen gewinnträchtige Projekte für Investoren schwerer auszumachen zu sein als früher. Nur auf sehr guten Standorten und bei gutem Wohnumfeld sind Immobilien noch einigermaßen rentierliche Anlagen. Die günstige Versorgungslage auf dem Wohnungsmarkt kommt sowohl den Käufern als auch den Mietern von Wohnungen zugute. Mancher Mieter sieht mittlerweile im Erwerb von Wohneigentum aus dem Bestand eine attraktive Alternative zur teuren Mietwohnung. Die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau steigen inzwischen kaum stärker als die Verbraucherpreise insgesamt. Ohne die Mietnebenkosten gerechnet, die in der statistisch erfaßten Bruttomiete ein großes Gewicht haben, dürfte der Anstieg der Mieten noch geringer sein. Der Marktwert von Mietshäusern ist bereits vielfach unter Druck geraten. Viele Investoren halten es für unwahrscheinlich, daß ein gegenwärtig unzureichender Ertrag durch höhere Mieteinnahmen in der Zukunft ausgeglichen werden kann.

74. Von der Nachfrageschwäche im Wohnungsbau waren vor allem die Unternehmen des Rohbaugewerbes betroffen. Günstiger war die Situation hingegen im Ausbaugewerbe, obgleich sich auch hier die fehlenden Aufträge aus dem Wohnungsneubau im Laufe des Jahres immer stärker bemerkbar machten. Immerhin konnten die Unternehmen des Ausbaugewerbes etwa ebensoviel Bauleistungen erbringen wie 1984. Damit erwies sich das Ausbaugewerbe erneut als stabilisierendes Element im Wohnungsbau. Bereits in den siebziger Jahren hatte sich die Abhängigkeit des Ausbaugewerbes von der Produktionsentwicklung im vorgelagerten Rohbau deutlich verringert. Ausschlaggebend hierfür war der Wandel in der Nachfragestruktur bei den bauwirtschaftlichen Leistungen zugunsten von Modernisierung, Instandhaltung und Renovierung von Wohnungen — Bauleistungen also, die zu einem wesentlichen Teil vom Ausbaugewerbe angeboten werden. Eine wichtige Rolle spielten hierbei das zunehmende Alter des Wohnungsbestandes sowie die Subventionierung dieser Baumaßnahmen durch den Staat. Mittlerweile dürfte der Anteil dieser Bauleistungen am gesamten Wohnungsbauvolumen mehr als ein Drittel betragen. Auch in Zukunft werden Bestandspflege und Modernisierung an Gewicht gewinnen. Hierfür sprechen neben der Altersstruktur der Gebäude auch die zunehmende Bedeutung des Gebrauchtwohnungsmarktes sowie die bereits beschlossene Aufstockung der Mittel zur Städtebauförderung, die auch der Erhaltung und Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes zugute kommt.

Verhaltene Nachfrage des Staates

75. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen für die Käufe von Waren und Diensten — der Staatsverbrauch und die öffentlichen Investitionen zusammengenommen — haben in diesem Jahr um 3½ vH zugenommen. In realer Rechnung entsprach dies einem Zuwachs von 1½ vH.

Für die Personalausgaben im öffentlichen Dienst hat der Staat im Vergleich zum Vorjahr etwa 3 vH mehr aufgewendet. Ausschlaggebend hierfür war, daß die Verdienste zu Jahresbeginn um 3,2 vH angehoben wurden. Damit waren die Löhne und Gehälter je Beschäftigten in diesem Jahr um durchschnittlich 2½ vH höher als 1984. Der Personalbestand hingegen nahm nur wenig zu. Die staatliche Nachfrage nach Waren und Diensten, die dem Betrieb und der Erhaltung staatlicher Einrichtungen dienen, stieg um 5 vH. Hierbei spielte eine Rolle, daß nun die Gemeinden vielfach aufgeschobene Ausbesserungs- und Unterhaltungsarbeiten an Ge-

bäuden und Straßen in Angriff genommen haben. Die Ausgaben für militärische Zwecke erhöhten sich hingegen unterdurchschnittlich. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung, deren Leistungen fast 30 vH des gesamten Staatsverbrauchs ausmachen, sind die Aufwendungen um 5½ vH gestiegen, nach einer noch kräftigeren Zunahme von 6,9 vH ein Jahr zuvor (Ziffern 358 ff.).

76. Bei den öffentlichen Investitionen, die zumeist Bauinvestitionen sind, war für dieses Jahr mit einem deutlichen Ausgabenanstieg gerechnet worden. Im Jahr 1984 hatten die Bauaufträge des Staates nämlich erstmals seit vier Jahren wieder zugenommen. Für einen zügigen Fortgang dieser Entwicklung sprach vor allem die günstigere Finanzsituation bei den Gemeinden, zumal zu den in den letzten Jahren zurückgestellten Bauvorhaben nicht selten neue Aufgaben, so im Bereich des Umweltschutzes, hinzugekommen waren.

Die Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen stockte dann zunächst. Im Hochbau ging die staatliche Nachfrage sogar wieder zurück, erst zur Jahresmitte hin änderte sich das. Günstiger war die Auftragslage im Tiefbau. In den Bauleistungen hat sich dies erst zu einem Teil in diesem Jahr niedergeschlagen. Hierbei spielten vermutlich auch witterungsbedingte Produktionsausfälle zu Jahresanfang eine Rolle. Insgesamt waren die staatlichen Bauinvestitionen 1985 nicht höher als im Vorjahr. Bei den Gemeinden, die den größten Teil der öffentlichen Aufträge vergeben, gingen die Investitionen sogar nochmals deutlich zurück (Ziffer 125).

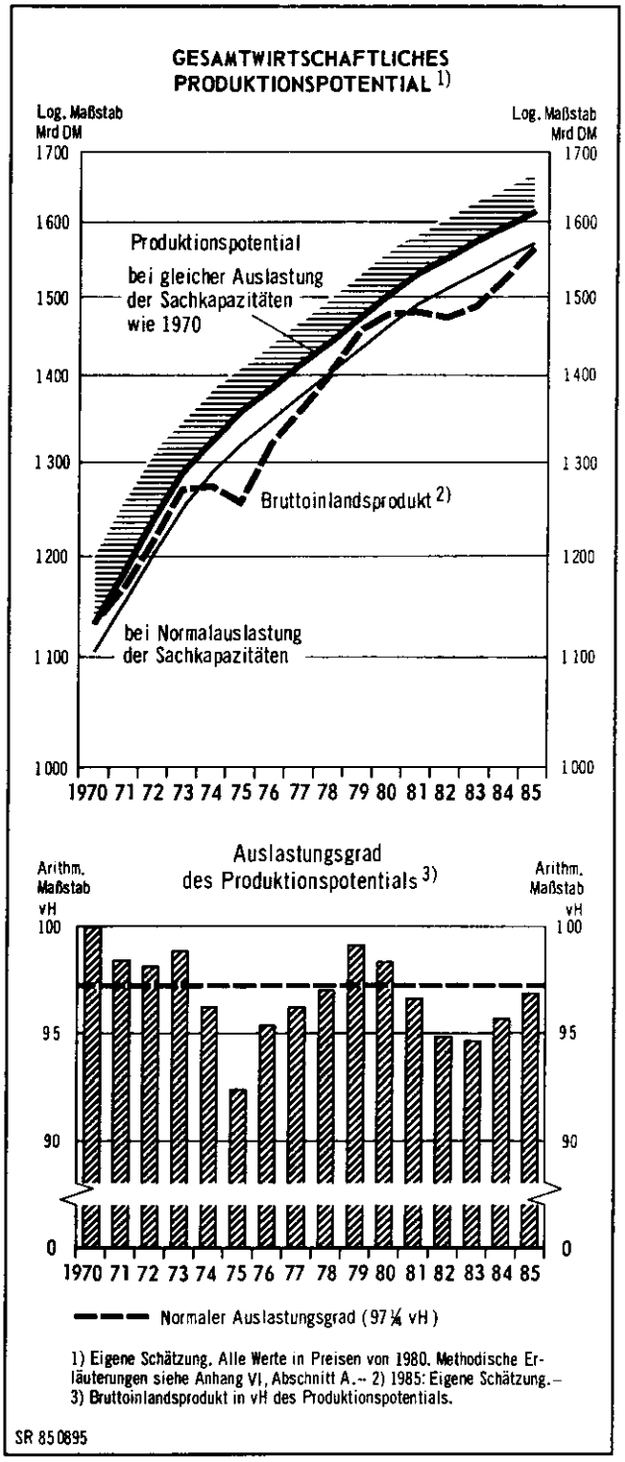
Bessere Auslastung der Kapazitäten

77. In den letzten Jahren ist das volkswirtschaftliche Produktivvermögen immer schwächer gewachsen. Mit dem kräftigen Anstieg der Investitionstätigkeit hat sich diese Entwicklung nicht weiter fortgesetzt; es ist aber noch nicht zu einer Umkehr gekommen. Über den Ersatz ausscheidender Anlagen hinaus haben die Unternehmen etwa 8 vH mehr in Ausrüstungen und gewerbliche Bauten investiert als im Vorjahr. Gleichwohl entsprach dies nur etwa 6 vH der in diesem Jahr erbrachten gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung.

78. Das Wachstum des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials blieb unseren Rechnungen zufolge mit 1½ vH erneut niedrig. Ein Grund hierfür ist, daß die kräftig erhöhten Ausrüstungsinvestitionen des Jahres 1985 im Vergleich zum gesamten Produktivvermögen nur wenig ins Gewicht fallen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die gewerblichen Bauinvestitionen in diesem Jahr zurückgegangen sind. Einer stärkeren Ausweitung des Angebotsspielraums stand auch entgegen, daß die Kapitalproduktivität — gemessen als Produktionsertrag je eingesetzte Kapitaleinheit — im Trend weiter zurückgeht (Anhang VI, Abschnitt A). Es ist zu erwarten, daß der schon seit längerem zu beobachtende Trend einer abnehmenden Kapitalproduktivität weiter anhält. Mit anderen Worten: Für die Fertigung einer Produkteinheit ist ein ständig höherer Kapitaleinsatz erforderlich.

79. Mit der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um knapp 2½ vH ist das volkswirtschaftliche Produktionspotential stärker ausgeschöpft worden als 1984. Insgesamt waren die Kapazitäten im Jahresdurchschnitt zu 96½ vH ausgelastet (Schaubild 17). Das ist etwa ½ Prozentpunkt weniger, als es dem langjährigen Durchschnitt ent-

Schaubild 17



spricht. Der Auslastungsgrad nähert sich rasch einem normalen Stand. Dieses Ergebnis unserer Rechnungen wird auch bestätigt durch Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts, die sich allerdings nur auf den Bereich des verarbeitenden Gewerbes erstrecken.

Große Unterschiede im Auslastungsgrad der Sachkapazitäten gibt es nach wie vor zwischen den Branchen, und zwar größere als in früheren Aufschwüngen. Dort, wo die Maschinen und Anlagen im wesentlichen für das Angebot auf heimischen Märkten eingesetzt werden oder wo sie der Fertigung von Konsumgütern dienen, wurden die Produktionsmöglichkeiten zum Teil weit weniger genutzt als bei jenen Herstellern, die von der regen Investitionstätigkeit im Inland wie im Ausland profitierten. Dies zeigt sich besonders deutlich bei einem Vergleich der Geräteauslastung zwischen dem verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft. Aber auch innerhalb des verarbeitenden Gewerbes gab es erhebliche Abweichungen im Nutzungsgrad der Anlagen. Mit dem Auslaufen des Exportbooms und der zunehmenden Belebung der Verbrauchskonjunktur hat sich allerdings das Auslastungsgefälle zwischen den Branchen in der zweiten Jahreshälfte etwas abgeflacht.

III. Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit trotz steigender Beschäftigung

80. Der Aufschwung hat im Jahre 1985 auch den Arbeitsmarkt erfaßt. Die Arbeitsnachfrage stieg deutlich an; das ist an dem stetigen Beschäftigungszuwachs, an der sinkenden Zahl von Kurzarbeitern und an der zunehmenden Zahl von Stellenangeboten abzulesen. Da jedoch der Zugang an Arbeitsuchenden in diesem Jahr besonders stark war, verharrte die Arbeitslosigkeit das Jahr über auf hohem Niveau. Im Oktober waren noch 2 149 000 Arbeitslose gemeldet; berücksichtigt man Saisoneinflüsse, so entspricht dies knapp 2,3 Millionen (Schaubild 18).

Mehr Bewegung am Arbeitsmarkt

81. Vom Sommer 1984 bis zum Herbst 1985 hat die Anzahl der Erwerbstätigen um mehr als 200 000 zugenommen. Diese Entwicklung war im Juni dieses Jahres noch nicht ohne weiteres zu erkennen (SG 85 Ziffer 7). Bis weit in das Jahr 1985 hinein war befürchtet worden, die Belebung der Konjunktur würde am Arbeitsmarkt vorbeigehen. Der zeitwei-

Tabelle 9

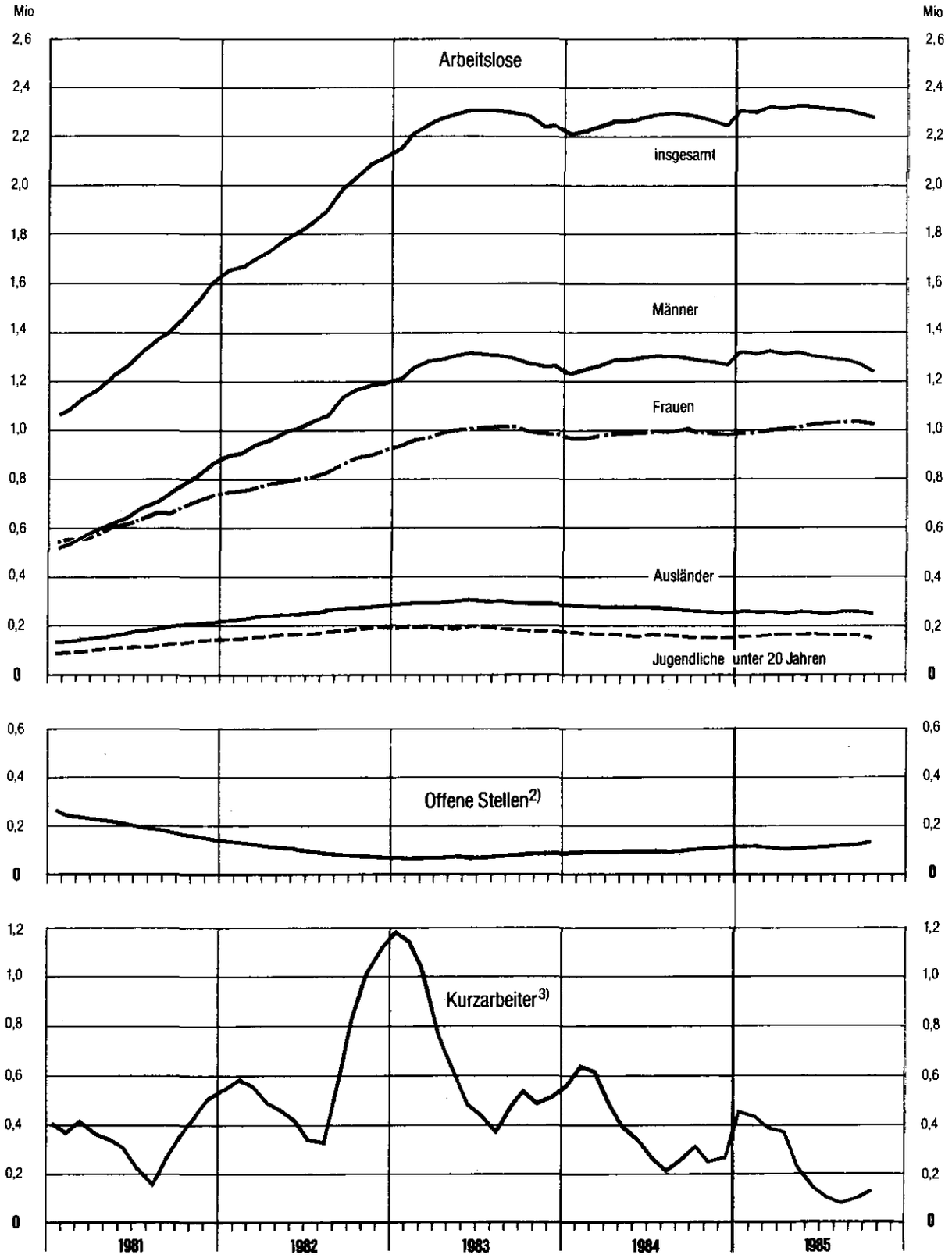
Wichtige einkommenspolitische Ereignisse

Monat		
1985		
März	Chemische Industrie Begünstigte: 556 000	Die Löhne und Gehälter werden zum 1. Juli 1985 beziehungsweise zum 1. September 1985 um 3,8 vH erhöht. Ab 1. März 1985 gilt folgende Vorruhestandsregelung: — Schwerbehinderte Arbeitnehmer ab 58 Jahre, Schichtarbeiter in Konti-Betrieben ab 59 Jahre und alle Arbeitnehmer ab 60 Jahre haben Anspruch auf Vorruhestandsgeld in Höhe von 75 vH der Bruttobezüge. — Die übrigen Beschäftigten im Alter von 58 Jahren und darüber können ihre Arbeitszeit auf 20 Wochenstunden (bei 85 vH der bisherigen Bezüge) reduzieren.
	Einzelhandel Begünstigte: 1 580 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter zwischen dem 1. März 1985 und dem 1. August 1985 um 2,5 vH.
Mai	Textilindustrie Begünstigte: 255 000	Arbeiter und Angestellte erhalten ab 1. Mai 1985 3,5 vH bis 3,7 vH mehr Lohn und Gehalt. Ferner wurde eine Anhebung des Urlaubsgeldes und der Jahressonderzahlung vereinbart.
Juni	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 185 000	Anhebung der Löhne und Gehälter zumeist am 1. Juni 1985 um 3,5 vH. Für Mai 1985 wird eine Pauschale von 30 DM gezahlt.
August	Baugewerbe Begünstigte: 1 030 000	Die Beschäftigten erhalten zum 1. August 1985 nach vier Nullmonaten eine Lohnerhöhung um 2,4 vH.
1986		
Januar	Einzelhandel Begünstigte: 1 580 000	Ab 1. Januar 1986 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 38½ Stunden verkürzt. Eine Bündelung der zusätzlichen Freistunden ist möglich. Außerdem wurde zusätzlich zum Lohnausgleich von 3,9 vH eine Stufenanhebung von 2,1 vH vereinbart, die zwischen dem 1. März 1986 und dem 1. Mai 1986 in Kraft tritt.

Schaubild 18

ZUR ENTWICKLUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Saisonbereinigte Zahlen[1)]



1) Monatsendstände; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Für eine Beschäftigung von mehr als 7 Kalendertagen. – 3) Stand Monatsmitte; nicht saisonbereinigt.

Quelle: BA

SR 850881

lige Anstieg der Arbeitslosigkeit im ersten Viertel des Jahres und die nach den ersten vorläufigen amtlichen Zahlen nur geringfügige Zunahme der Beschäftigung hatten diesen Eindruck erweckt. Tatsächlich haben nach jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes die Unternehmen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung die Anzahl ihrer Beschäftigten schon früher und stärker erhöht als zunächst vermutet.

Daten über die Entwicklung der Beschäftigung — vor allem im Dienstleistungssektor — sind in vielen Fällen erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung verfügbar. Die Unsicherheit über die Entwicklung in der letzten Zeit wurde dadurch vergrößert, daß der regelmäßig durchgeführte Mikrozensus — eine Stichprobenerhebung bei einem Hundertstel der Bevölkerung, bei der auch die Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen ermittelt wird — vorübergehend ausgesetzt worden war. Stattdessen stand nur eine kleinere Stichprobenerhebung zur Verfügung. *)

82. In der unterschiedlichen Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach Branchen zeigt sich in ausgeprägter Weise, wie sehr die Konjunktur in diesem Jahr gespalten war.

Im verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten um 120 000. Während sie in den konsumnahen Bereichen sank, stieg sie im Investitionsgüterbereich. Dort nahm sie binnen Jahresfrist bis zum September 1985 um rund 4 vH zu; dies entspricht einer Mehrbeschäftigung von 130 000 Arbeitskräften. Innerhalb des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes war die Beschäftigung vor allem in den Bereichen Elektrotechnik (5½ vH), Herstellung von Metallbearbeitungsmaschinen (5½ vH), Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung (10 vH), Feinmechanik und Optik (5½ vH) und Stahlverformung (7 vH) beträchtlich höher als im Vorjahr. Ob und in welchem Ausmaß neben der günstigen konjunkturellen Entwicklung auch die im letzten Jahr vereinbarte Arbeitszeitverkürzung im Metallbereich zu einem höheren Bedarf an Arbeitskräften beigetragen hat, ist empirisch nicht zu ermitteln (Ziffer 298).

Im Bauhauptgewerbe verlangsamte sich der Personalabbau nur allmählich. Die Anzahl der Beschäftigten nahm im Sommer weit weniger als saisonüblich zu. Die Betriebe beschäftigten im September 1985 rund 8½ vH oder 100 000 Arbeitskräfte weniger als zwölf Monate zuvor. Überdies war zuletzt für 33 000 Bauarbeiter Kurzarbeit angemeldet. Nur in der Bauwirtschaft und im Holzgewerbe gibt es heute noch eine nennenswerte Anzahl von Kurzarbeitern.

83. Überraschend verlief die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich, die offenbar konjunkturreagibler geworden ist. In den jüngsten Rezessionsjahren schwächte sich die Zunahme der Beschäftigung stärker ab als in früheren. Derzeit geht der Personalaufbau zügiger voran als in vergleichbaren Aufschwungsphasen. Die Beschäftigungsexpansion ging weitgehend von den privaten Unternehmen aus. Insbesondere sind Arbeitskräfte für Beratungstätigkeiten eingestellt worden. Beschleunigt hat sich der Beschäftigungsanstieg auch im Gesundheitssektor, und zwar sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich. Im übrigen hält sich der Staat mit Neueinstellungen nach wie vor zurück. Begünstigt wurde die Zunahme der Beschäftigung im Handel und bei den sonstigen Dienstleistungen durch die weitere Ausdehnung der Teilzeitarbeit.

84. Ein weiteres Kennzeichen der Entwicklung am Arbeitsmarkt ist, daß die Anzahl der Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen), die in der Vergangenheit ständig zurückgegangen war, wieder zugenommen hat. Die ungünstige Arbeitsmarktlage, die für Berufsanfänger noch immer geringe Einstiegschancen und für Beschäftigte ein noch immer hohes Arbeitsplatzrisiko und geringere Aufstiegschancen mit sich bringt, läßt offenbar die Alternative, sich selbständig zu machen, attraktiver werden.

85. Ein dem Beschäftigungszugang entsprechender Rückgang der Arbeitslosigkeit ist ausgeblieben. Die Arbeitslosenzahl stieg vielmehr noch an. In den ersten zwei Monaten des Jahres 1985 nahm die Anzahl der Arbeitslosen mit der vorübergehenden Abschwächung der Produktionstätigkeit um über 50 000 mehr als saisonüblich zu. Nur zum Teil ist dies auf den Einfluß des äußerst kalten Winters zurückzuführen. In den Frühjahrsmonaten ging die Arbeitslosigkeit zurück, aber weniger als saisonüblich. Erst in den Sommermonaten kam es allmählich zu einer Besserung. Im Oktober waren noch 4 000 Arbeitslose mehr gemeldet als ein Jahr zuvor.

Im Durchschnitt des Jahres dürfte sich die Anzahl der Arbeitslosen auf rund 2,3 Millionen belaufen. Im Jahre 1985 waren zwar 190 000 Arbeitskräfte mehr erwerbstätig als im Vorjahr, doch zugleich auch 36 000 mehr arbeitslos (Tabelle 10).

86. Daß trotz der deutlichen Zunahme der Erwerbstätigkeit die registrierte Arbeitslosigkeit zugleich anstieg, war nicht erwartet worden. Anders als in den vergangenen Jahren ist die Erwerbsbeteiligung bei Jugendlichen und Älteren sowie bei Frauen mit Familie nicht mehr zurückgegangen. So stieg die Anzahl der Erwerbspersonen um 225 000, etwas mehr, als es aufgrund des Bevölkerungswachstums angenommen werden konnte. Die Erwerbsquote aller Personen im erwerbsfähigen Alter blieb annähernd konstant, weil sich gegenläufige Entwicklungen ausgeglichen haben. Bei Männern ist die Erwerbsquote noch einmal etwas gesunken, bei Frauen hingegen wieder deutlich gestiegen. Ältere Arbeitnehmer haben von den Vorruhestandsregelungen erst in geringer Anzahl Gebrauch gemacht. Und es sind nicht mehr so viele Ausländer wie in den vergangenen Jahren in ihr Heimatland zurückgekehrt; bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und das Auslaufen der Rückkehrförderung dürften dafür ausschlaggebend sein.

*) Zu den Einzelheiten siehe Wirtschaft und Statistik (WiSta), 9/1985, S. 737 ff.

87. Bei der Würdigung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsbilanz muß berücksichtigt werden, daß die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für zusätzlich mehr als 15 000 Personen finanziert und für zusätzlich knapp 10 000 Arbeitslose eine Fortbildung bezahlt hat. Dieser Personenkreis wäre sonst überwiegend arbeitslos gemeldet gewesen.

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

88. Auch wenn der Beschäftigungszuwachs noch keinen Abbau der Arbeitslosigkeit bewirkt hat, so ist doch das Risiko der Arbeitnehmer, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, geringer, und die Chancen der Arbeitslosen, eine neue Stelle zu finden, sind besser geworden. Unter den neu gemeldeten Ar-

Tabelle 10

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbspersonen[1])	Erwerbstätige[2]) insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	beschäftigte Arbeitnehmer darunter Ausländer[3])[4])	Selbständige[5])	Arbeitslose[4])	Kurzarbeiter[4])	Offene Stellen[4])	Arbeitslosenquote[6])
	1 000								vH
1960	26 518	26 247	20 257	279	5 990	271	3	465	*1,3*
1961	26 772	26 591	20 730	507	5 861	181	3	552	*0,9*
1962	26 845	26 690	21 032	629	5 658	155	4	574	*0,7*
1963	26 930	26 744	21 261	773	5 483	186	11	555	*0,9*
1964	26 922	26 753	21 484	902	5 269	169	2	609	*0,8*
1965	27 034	26 887	21 757	1 119	5 130	147	1	649	*0,7*
1966	26 962	26 801	21 765	1 244	5 036	161	16	540	*0,7*
1967	26 409	25 950	21 054	1 014	4 896	459	143	302	*2,1*
1968	26 291	25 968	21 183	1 019	4 785	323	10	488	*1,5*
1969	26 535	26 356	21 752	1 366	4 604	179	1	747	*0,8*
1970	26 817	26 668	22 246	1 807	4 422	149	10	795	*0,7*
1971	27 002	26 817	22 606	2 128	4 211	185	86	648	*0,8*
1972	26 990	26 744	22 633	2 285	4 111	246	76	546	*1,1*
1973	27 195	26 922	22 906	2 498	4 016	273	44	572	*1,2*
1974	27 147	26 565	22 640	2 381	3 925	582	292	315	*2,5*
1975	26 884	25 810	22 014	2 061	3 796	1 074	773	236	*4,7*
1976	26 651	25 591	21 939	1 925	3 652	1 060	277	235	*4,6*
1977	26 577	25 547	22 029	1 872	3 518	1 030	231	231	*4,5*
1978	26 692	25 699	22 264	1 857	3 435	993	191	246	*4,3*
1979	26 923	26 047	22 663	1 924	3 384	876	88	304	*3,7*
1980	27 217	26 328	23 009	2 018	3 319	889	137	308	*3,7*
1981	27 416	26 144	22 869	1 912	3 275	1 272	347	208	*5,3*
1982	27 542	25 709	22 436	1 787	3 273	1 833	606	105	*7,6*
1983	27 589	25 331	22 057	1 694	3 274	2 258	675	76	*9,3*
1984	27 612	25 346	22 064	1 609	3 282	2 266	384	88	*9,3*
1985[7])	27 838	25 536	22 241	1 580	3 295	2 302	239	108	*9,4*

[1]) Erwerbstätige und Arbeitslose.
[2]) Nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Jahresdurchschnitte.
[3]) 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[4]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.
[5]) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[6]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).
[7]) Eigene Schätzung.

beitslosen — in diesem Jahr sind es etwa so viele wie im vergangenen Jahr — sind gegenüber 1984 weniger Arbeitnehmer, die zuvor entlassen wurden, aber mehr Arbeitsuchende, die zuvor nicht erwerbstätig waren (Tabelle 11). Von den Arbeitslosen, deren Arbeitslosigkeit im Mai und Juni 1985 endete, traten 74 vH in ein neues Beschäftigungsverhältnis ein; dies ist mit Abstand die höchste Wiederbeschäftigungsquote seit 1981, dem Jahr, in dem mit der Erhebung dieser Daten begonnen wurde.

89. Verminderte Risiken der Entlassung und bessere Einstellungschancen kennzeichnen insbesondere die Situation der Facharbeiter. Diese Entwicklung weicht von dem gewohnten konjunkturellen Bewegungsmuster des Arbeitsmarktes ab. Normalerweise profitieren von einer Besserung der Arbeitsmarktlage zunächst die Arbeitskräfte, von denen keine beruflichen Fachkenntnisse verlangt werden und für die keine Einarbeitungskosten entstehen; denn diese Arbeitskräfte wurden bei Auftragsmangel als erste entlassen. Sie sind diesmal unter den neu Eingestellten nicht so zahlreich wie sonst vertreten. Gleichwohl haben sich auch für sie die Beschäftigungschancen gebessert, insbesondere wenn sie jünger sind und keine gesundheitlichen Einschränkungen aufweisen.

Gemessen an der formalen Ausbildung hat sich das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Arbeitslosen erhöht. Denn die besonders Qualifizierten unter ihnen haben wieder schneller einen Arbeitsplatz gefunden; unter den Personen, die arbeitslos wurden, waren viele junge Arbeitskräfte mit einer in formaler Hinsicht vergleichsweise hohen Qualifikation.

Tabelle 11

Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen

Anteil in vH

Arbeitslose	Zugänge				Abgänge				Abgänge in ein Arbeitsverhältnis			
	Mai/Juni											
	1982	1983	1984	1985	1982	1983	1984	1985	1982	1983	1984	1985
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	59,1	58,7	59,5	57,4	63,2	64,8	63,2	67,1	67,9	69,3	67,3	71,2
Frauen	40,9	41,3	40,5	42,6	36,8	35,2	36,8	32,9	32,1	30,7	32,7	28,8
Nach Nationalität												
Deutsche	86,9	87,3	87,2	89,6	86,9	87,8	88,3	89,4	88,2	89,6	90,5	90,4
Ausländer	13,1	12,7	12,8	10,4	13,1	12,2	11,7	10,6	11,8	10,4	9,5	9,6
Nach Berufsausbildung												
ohne Abschluß	49,8	46,9	45,2	41,7	48,9	45,0	43,7	41,1	44,4	40,1	37,9	37,4
mit betrieblichem Abschluß	41,1	43,1	45,3	47,7	44,2	47,7	48,2	51,7	48,5	52,5	53,4	55,6
mit sonstigem Abschluß	9,0	10,0	9,5	10,6	6,9	7,3	8,1	7,2	7,1	7,4	8,7	7,0
Mit gesundheitlicher Einschränkung	13,8	12,6	11,7	10,7	13,4	12,0	11,7	10,2	10,1	8,9	9,0	8,7
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1])												
unter 1 Monat	.	.	.	.	14,2	10,1	11,8	13,5	17,1	11,7	14,1	15,2
1 bis unter 3 Monate	.	.	.	.	23,4	19,6	20,4	22,9	26,0	21,5	23,1	25,1
3 bis unter 6 Monate	.	.	.	.	27,1	27,7	24,6	26,8	28,7	29,6	26,4	28,1
6 bis unter 12 Monate	.	.	.	.	26,0	28,5	25,1	21,0	23,2	27,6	23,6	19,5
1 bis unter 2 Jahre	.	.	.	.	7,8	11,8	13,5	11,9	4,4	8,5	9,8	9,5
2 Jahre und länger	.	.	.	.	1,5	2,4	4,6	3,9	0,6	1,2	2,9	2,6
Nach Altersgruppen												
unter 25 Jahre	37,3	38,8	38,4	41,3	35,4	36,4	36,3	36,1	37,2	38,7	39,6	38,1
25 bis unter 55 Jahre	57,5	55,4	56,4	54,1	59,4	58,8	58,6	59,0	60,1	58,6	58,1	59,1
55 Jahre und älter	5,2	5,8	5,1	4,6	5,2	4,9	5,1	4,9	2,7	2,7	2,4	2,8
Nach vorherigem Erwerbsstatus												
Arbeitsverhältnis	77,6	72,0	69,3	63,1	83,5	81,1	75,8	76,2	86,6	84,4	79,3	80,2
betriebliche Ausbildung	3,5	5,2	4,8	9,6[a])	2,2	3,2	3,5	4,1	2,4	3,6	4,1	4,4
sonstige Erwerbstätigkeit	1,9	2,3	2,7	2,5	1,7	2,2	2,6	2,7	1,7	2,1	2,6	2,5
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von 6 Monaten und länger	10,1	11,6	11,8	11,4	8,4	8,8	10,7	9,4	5,7	5,9	7,4	6,8
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	7,0	8,9	11,4	13,4	4,2	4,7	7,4	7,4	3,5	3,9	6,6	6,1

[1]) Abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit der Personen, die im betrachteten Zeitraum aus der Arbeitslosigkeit abgegangen sind.
[a]) Wegen Verschiebungen der Ferientermine nicht mit dem Vorjahr vergleichbar.

Quelle: BA

Im September 1984 — neuere Daten liegen noch nicht vor — war so die Anzahl der Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung um rund 36 000 höher als ein Jahr zuvor, während die Anzahl der Arbeitslosen ohne Berufsausbildung um 26 000 niedriger war (Tabelle 12).

90. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei Angestellten, insbesondere bei solchen mit qualifizierter Ausbildung, ist weitgehend angebotsbestimmt. Das liegt teils daran, daß immer mehr Jugendliche für Angestelltenberufe ausgebildet werden, ohne anschließend in ein festes Beschäftigungsverhältnis

Tabelle 12

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1980		1981		1982		1983		1984	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	823	*100*	1256	*100*	1819	*100*	2134	*100*	2143	*100*
Männer	369	*44,8*	616	*49,1*	982	*54,0*	1145	*53,7*	1155	*53,9*
Frauen	454	*55,2*	640	*50,9*	836	*46,0*	989	*46,3*	988	*46,1*
Nach Nationalität										
Deutsche	722	*87,7*	1075	*85,6*	1566	*86,1*	1850	*86,7*	1896	*88,5*
Ausländer	101	*12,3*	181	*14,4*	253	*13,9*	284	*13,3*	247	*11,5*
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	379	*46,0*	568	*45,2*	877	*48,2*	1049	*49,2*	1085	*50,6*
ohne Abschluß	444	*54,0*	688	*54,8*	942	*51,8*	1084	*50,8*	1058	*49,4*
Nach Stellung im Beruf										
Facharbeiter	109	*13,2*	182	*14,5*	318	*17,5*	399	*18,7*	405	*18,9*
Nichtfacharbeiter	392	*47,6*	632	*50,3*	890	*48,9*	985	*46,1*	954	*44,5*
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	205	*24,9*	282	*22,5*	388	*21,3*	496	*23,2*	520	*24,3*
mit einfacher Tätigkeit	117	*14,2*	160	*12,8*	223	*12,3*	254	*11,9*	264	*12,3*
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	660	*80,2*	1044	*83,1*	1586	*87,2*	1896	*88,8*	1915	*89,4*
Teilzeitarbeit	163	*19,8*	212	*16,9*	233	*12,8*	238	*11,2*	228	*10,6*
Mit gesundheitlicher Einschränkung	265	*32,2*	323	*25,7*	384	*21,1*	423	*19,8*	417	*19,5*
darunter: Schwerbehinderte	67	*8,2*	90	*7,2*	117	*6,4*	135	*6,3*	139	*6,5*
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1])										
unter 1 Monat	145	*17,7*	200	*15,9*	218	*12,0*	197	*9,2*	200	*9,3*
1 bis unter 3 Monate	226	*27,5*	332	*26,4*	425	*23,4*	426	*19,9*	422	*19,7*
3 bis unter 6 Monate	153	*18,6*	245	*19,5*	332	*18,3*	356	*16,7*	338	*15,8*
6 bis unter 12 Monate	158	*19,2*	276	*21,9*	457	*25,1*	546	*25,6*	480	*22,4*
1 bis unter 2 Jahre	79	*9,6*	131	*10,4*	276	*15,2*	410	*19,2*	398	*18,6*
2 Jahre und länger	61	*7,4*	73	*5,8*	111	*6,1*	198	*9,3*	304	*14,2*
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	81	*9,9*	135	*10,8*	195	*10,7*	203	*9,5*	177	*8,3*
20 bis unter 25 Jahre	144	*17,4*	240	*19,1*	356	*19,6*	420	*19,7*	406	*18,9*
25 bis unter 35 Jahre	207	*25,1*	334	*26,6*	490	*26,9*	580	*27,2*	584	*27,2*
35 bis unter 45 Jahre	143	*17,4*	216	*17,2*	323	*17,8*	381	*17,9*	375	*17,5*
45 bis unter 55 Jahre	121	*14,7*	173	*13,8*	259	*14,2*	315	*14,8*	333	*15,5*
55 Jahre und älter	128	*15,5*	158	*12,6*	196	*10,8*	234	*11,0*	268	*12,5*
darunter: 59 Jahre und älter	64	*7,8*	81	*6,4*	89	*4,9*	95	*4,4*	104	*4,9*
Mit Sozialplan	24	*2,9*	28	*2,2*	30	*1,6*	46	*2,2*	59	*2,7*
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	308	*37,4*	499	*39,7*	802	*44,1*	841	*39,4*	730	*34,0*
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	97	*11,8*	147	*11,7*	299	*16,4*	474	*22,2*	565	*26,3*
Leistungen beantragt	242	*29,4*	342	*27,3*	278	*15,3*	239	*11,2*	228	*10,7*
keine Leistungen	176	*21,4*	268	*21,4*	440	*24,2*	579	*27,1*	620	*28,9*
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	37	*4,5*	63	*5,0*	86	*4,7*	138	*6,5*	135	*6,3*

[1]) Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Erhebung.

Quelle: BA

übernommen zu werden, teils daran, daß auch wieder ausgebildete Frauen sich verstärkt um eine Angestelltenstelle bemühen. So waren im Frühjahr 1985 rund ein Viertel aller Arbeitslosen Angestellte mit qualifizierter Ausbildung. Deren Anteil ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Daneben deuten auch andere Informationen darauf hin, daß — mit Ausnahme der Ingenieurberufe — die Arbeitslosenzahl bei Angestellten für qualifizierte Tätigkeiten — bei gleichzeitig steigender Beschäftigung — noch zunimmt.

91. Etwas leichter ist die berufliche Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser geworden. Lag in den vergangenen Jahren die Wiederbeschäftigungsquote von Arbeitslosen über 45 Jahren bei 60 vH und darunter, so konnten in diesem Jahr rund 65 vH der älteren Arbeitslosen, die sich bei den Arbeitsämtern abmeldeten, wieder eine Tätigkeit aufnehmen. Die Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat hierzu beigetragen.

92. Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat sich 1985 nicht gebessert, denn Ende September 1985 waren noch knapp 60 000 nicht vermittelte Bewerber und 22 000 unbesetzte Ausbildungsstellen gemeldet (Tabelle 13). Dies sind jeweils etwa ebensoviel wie im vergangenen Jahr. Das Angebot an Lehrstellen wurde noch einmal geringfügig ausgeweitet. Aber die Nachfrage nach Ausbildungsstellen stieg überraschend weiter an. Daß die Anzahl der Bewerber nicht zurückging, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß mehr Abiturienten sich für eine betriebliche Ausbildung interessierten — ihr Anteil an allen Bewerbern beträgt mittlerweile 14 vH —, und daß viele Jugendliche, die in den vergangenen Jahren keine Lehrstelle oder zumindest keine in dem gewünschten Beruf gefunden hatten, sich erneut bewarben — ihr Anteil beträgt jetzt 30 vH. Die Anzahl der ehemaligen Hauptschüler nahm dagegen ab. All dies hatte zur Folge, daß der Anteil Älterer zunahm. In diesem Jahr waren schon 52 vH der Bewerber 18 Jahre und älter. Vor zwei Jahren betrug dieser Anteil erst 44 vH.

93. Bei den Jugendlichen ist es 1985 nicht zu einem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit gekommen. Sonderfaktoren, die im letzten Jahr hier zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt hatten, wie die verstärkte Abwanderung von jugendlichen Ausländern und der deutliche Anstieg im Lehrstellenangebot, entfielen in diesem Jahr. Somit waren zuletzt ebenso wie schon ein Jahr zuvor noch 159 000 Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet; dies entspricht einer Jugendarbeitslosenquote von 8 vH.

94. Die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit, das Maß, das angibt, wie lange ein Arbeitsloser, der sich beim Arbeitsamt abmeldet, zuvor arbeitslos gewesen ist, betrug im Frühsommer dieses Jahres ebenso wie im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres sieben Monate. Dagegen betrug die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit, das Maß

Tabelle 13

Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Anzahl in 1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge [1])	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nicht vermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsstellen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsstellen (1) + (3)
		30. September [2])			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1972	456 [a])	182	.	638	.
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	496	18	28	514	524
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	24	624	626
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	606	37	22	643	628
1982	631	20	34	651	666
1983	677	20	47	696	724
1984	706	21	58	727	764
1985	710 [b])	22	59	732 [b])	769 [b])

[1]) Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.
[2]) Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.
[a]) Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.
[b]) Eigene Schätzung.

Quelle: BMBW; BA

also, das angibt, wie lange im Durchschnitt alle Arbeitslosen schon ohne Beschäftigung sind, im September 1984 — neuere Daten liegen auch hier nicht vor — rund 11½ Monate, 5 Wochen mehr als im Jahr zuvor. Im Unterschied der beiden Indikatoren kommt zum Ausdruck, daß Arbeitgeber nach wie vor zögern, Personen einzustellen, die schon längere Zeit ohne Arbeit sind; wer schon länger arbeitslos ist, hat deshalb geringere Wiederbeschäftigungschancen als andere. An den Problemen der langfristig Arbeitslosen hat sich somit nur wenig geändert. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen, aber auch ihre Anzahl dürfte auch in diesem Jahr weiter zugenommen haben.

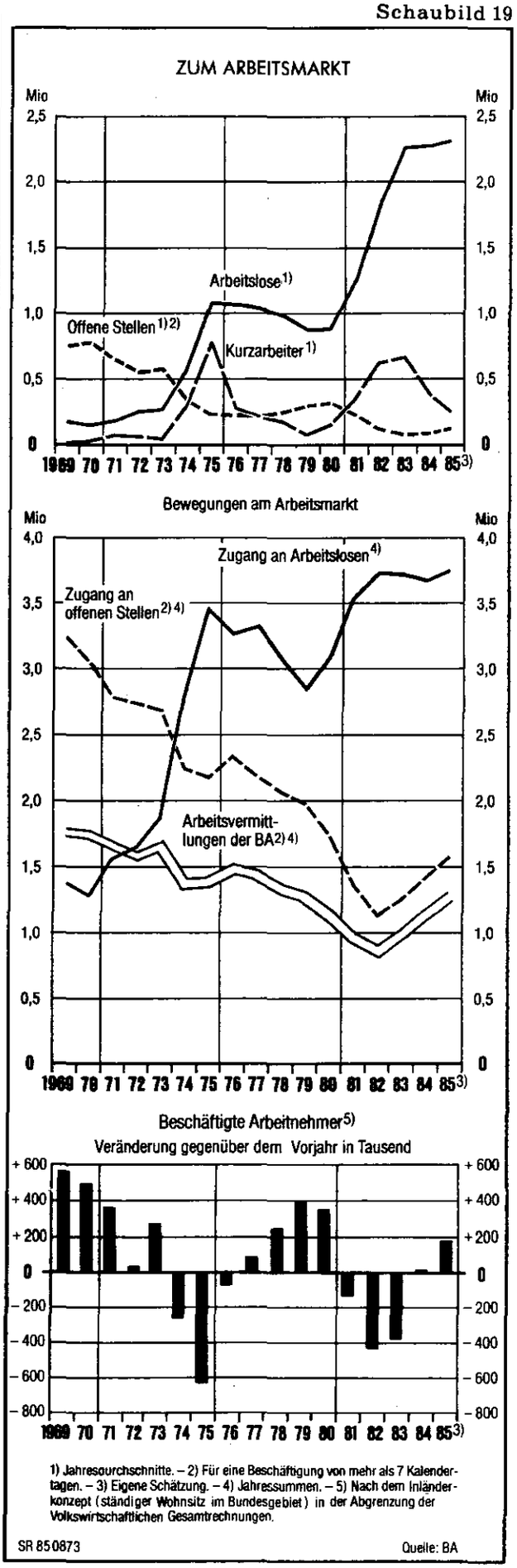
95. Die Anzahl der offenen Stellen, die in diesem Jahr den Arbeitsämtern gemeldet wurden, dürfte mit rund 1,6 Millionen um 12 vH höher gewesen sein als 1984 (Schaubild 19). Rund 80 vH dieser Stellen wurden mit Bewerbern besetzt, die die Arbeitsämter vorgeschlagen hatten. Dies ist eine höhere Vermittlungsquote als je zuvor. Dabei konnten die offenen Stellen trotz der Belebung am Arbeitsmarkt fast ebenso schnell besetzt werden wie vor einem Jahr, die Laufzeit der offenen Stellen betrug im Durchschnitt zuletzt kaum mehr als 3 Wochen. Bei Stellen für Facharbeiter war die Laufzeit etwas kürzer. Bei Stellen für hochqualifizierte Angestellte — beispielsweise für Ingenieure — einerseits und für Hilfstätigkeiten andererseits dauerte die Besetzung mit geeigneten Bewerbern dagegen länger, wobei im ersten Fall Knappheit des Angebots, im zweiten Fall regionale Immobilität verantwortlich sein dürften.

Die Befragung von Unternehmen im Rahmen des Ifo-Konjunkturtests zeigt, daß zur Zeit nur vereinzelt — in bestimmten Regionen und Wirtschaftszweigen — Arbeitskräftemangel festgestellt wird. Lediglich 2 vH der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe berichten über Produktionsbehinderungen durch Arbeitskräftemangel, gegenüber 11 vH im Jahre 1980, dem Jahr vor der letzten Rezession.

Auch wenn es im allgemeinen keine Schwierigkeiten bereitet, Arbeitsplätze zu besetzen, so ist doch bei einigen Berufen die Diskrepanz zwischen den Kenntnissen und Berufserfahrungen der Arbeitsuchenden und den Anforderungen der Unternehmen gewachsen. Im Zuge der lebhafteren Investitionstätigkeit kommen beschleunigt neue Technologien, insbesondere die Mikroelektronik, zum Einsatz. Die dadurch neu geschaffenen Arbeitsplätze zu besetzen, ist oft nicht leicht, denn Spezialisten, die solche Maschinen bedienen und warten können, sind rar, und die dafür erforderlichen Fähigkeiten können bislang noch nicht in der herkömmlichen Ausbildung erworben werden.

96. Solche Diskrepanzen lassen sich jedoch an den Arbeitsmarktstatistiken nur unvollkommen ablesen, denn die Arbeitsämter sind nur bei einem kleinen Teil der Bewegungen am Arbeitsmarkt eingeschaltet. Sehr viele offene Stellen werden den Ämtern nicht gemeldet, sondern mit Arbeitskräften besetzt, die sich direkt beworben haben oder auf andere Weise in Kontakt mit ihrem neuen Arbeitgeber gekommen sind.

Schaubild 19



1) Jahresdurchschnitte. – 2) Für eine Beschäftigung von mehr als 7 Kalendertagen. – 3) Eigene Schätzung. – 4) Jahressummen. – 5) Nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

SR 850873 Quelle: BA

Genaue und aktuelle Informationen darüber gibt es nicht. Anhaltspunkte liefert allerdings eine Erhebung des Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim: Danach hatten in der Bundesrepublik 1980 lediglich 10 vH aller Arbeitnehmer ihren damaligen Arbeitsplatz durch Vermittlung des Arbeitsamts erhalten, und 15 vH gaben an, über eine Zeitungsanzeige Kenntnis von ihrer Stelle erlangt zu haben. Weitere 10 vH wurden im Unternehmen versetzt oder aus einem Ausbildungsverhältnis übernommen. Der mit nahezu zwei Dritteln weitaus größte Teil der Beschäftigten hatte seinen Arbeitsplatz dagegen auf informellem Wege gefunden, insbesondere persönliche Kontakte waren bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle ausschlaggebend. In derselben Erhebung gaben 60 vH der Befragten an, daß ihr Eintritt in die jetzige Stelle sich ohne vorausgegangene Suche „einfach ergeben" habe. Ähnlich dürfte es sich auch heute verhalten.

Für die geringe Einschaltung der Arbeitsämter bei der Suche nach Mitarbeitern gibt es Gründe. Geht man von der Perspektive eines Arbeitnehmers aus, so sind die Arbeitsplätze — selbst innerhalb einzelner Berufe, Branchen und Betriebe — sehr unterschiedlich, beispielsweise in bezug auf die Lohnhöhe, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Aufstiegsmöglichkeiten, Arbeitsbelastungen, Betriebsklima und Tätigkeitsinhalte. Genauso unterscheiden sich die Anbieter von Arbeit aus der Sicht des Arbeitgebers in vielen relevanten Merkmalen: nicht nur in ihren Lohnerwartungen, sondern auch in ihrem Alter, ihrer Schulbildung und beruflichen Qualifikation, ihrem Gesundheitszustand, Erfahrungshorizont, ihren persönlichen Eigenschaften.

Der Arbeitgeber müßte über all diese Merkmale Informationen besitzen, um eine optimale Auswahl treffen zu können. Unter diesen Umständen erweisen sich Informationen, die über persönliche Kontakte laufen, oft als vorteilhaft, weil solche Informationen in der Regel nicht nur billiger, sondern vor allem umfassender, präziser und vertrauenswürdiger sind. Aus den bei der Personalauswahl angelegten Kriterien ergibt sich zudem oft eine Tendenz, Bewerber um so schlechter zu beurteilen, je nachdrücklicher diese sich um eine neue Stelle bemühen. Arbeitnehmer, die „es nötig haben", die Stelle zu wechseln oder die gar arbeitslos sind, erscheinen meist weniger attraktiv als beispielsweise solche, die von einem anderen Unternehmen abgeworben werden müssen. Die Personalsuche erfolgt daher weniger über formelle Wege wie Anzeigen oder das Arbeitsamt. In den Zeiten hoher Arbeitslosigkeit haben sie sogar noch an Bedeutung verloren.

Zur besonderen Situation der Frau am Arbeitsmarkt

97. Besonders auffällig ist gegenwärtig die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bei Frauen. Die Beschäftigung von Frauen ist seit Mitte letzten Jahres etwa im gleichen Umfang gestiegen wie die Beschäftigung insgesamt. Der Beschäftigtenzuwachs im Dienstleistungsgewerbe und im Handel, aber auch die Tatsache, daß in Industriezweigen mit traditionell hohem Frauenanteil wie in der Elektroindustrie und in der Herstellung elektronischer Datenverarbeitungsgeräte besonders viele Arbeitskräfte neu eingestellt wurden, haben dies begünstigt. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich aber auch die Anzahl der arbeitslosen Frauen. Zuletzt betrug die Arbeitslosenquote bei ihnen 10,4 vH im Vergleich zu 7,5 vH bei den Männern. Der Anstieg der Anzahl der weiblichen Erwerbspersonen war 1985 bei weitem stärker, als es aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zu erwarten gewesen wäre. Dies bedeutet, daß die Erwerbsneigung der Frauen deutlich zugenommen hat.

98. Die Arbeitslosenquote von Frauen ist schon seit Beginn der siebziger Jahre höher als die von Männern. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die höhere Arbeitslosigkeit bei Frauen kann nicht ohne weiteres auf eine geringere Qualifikation zurückgeführt werden. Die schulische wie die berufliche Qualifikation von Frauen sind in den letzten beiden Jahrzehnten wesentlich angestiegen. Heute besuchen Mädchen sogar öfter als Jungen weiterführende Schulen. Von den heute 30jährigen Frauen haben Untersuchungen zufolge 92 vH eine berufliche Ausbildung, von den gleichaltrigen Männern 93 vH. Unter den heute 65jährigen sind im Vergleich dazu nur 18 vH der Männer, aber 43 vH der Frauen ohne eine Berufsausbildung.

Mit der verbesserten Qualifikation ging eine Verbesserung des Berufsstatus einher. Die jüngeren Frauen sind in geringerer Anzahl als die älteren als ungelernte Arbeitskräfte tätig. Sie üben vermehrt qualifizierte Berufe aus. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Dienstleistungsbereich, also vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Verwaltung und in qualifizierten technischen Hilfsberufen.

99. Die höhere Arbeitslosigkeit bei Frauen kann auch nicht ohne weiteres darauf zurückgeführt werden, daß Frauen in größerer Anzahl auf den Arbeitsmarkt drängten als Männer. Zwar lag die Anzahl der weiblichen Erwerbspersonen 1984 um 13 vH oder 1,3 Millionen höher als im Jahre 1960 — bei den Männern betrug der Unterschied lediglich 4 vH oder 0,7 Millionen. Mit solchen Veränderungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebots müssen nicht notwendigerweise Beschäftigungsprobleme verbunden sein. Dies zeigt das Beispiel zweier im Hinblick auf den Arbeitsmarkt so unterschiedlicher Länder wie die Vereinigten Staaten und Schweden. Beide hatten einen erheblich stärkeren Schub in der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verzeichnen als die Bundesrepublik, ohne daß dies zu einer Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation der Frauen geführt hätte.

Der Anstieg in der Erwerbstätigkeit von Frauen vollzog sich in der Bundesrepublik lange Zeit bei weitgehend konstanter Erwerbsquote. Der Anteil berufstätiger Frauen an der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren war Ende der siebziger Jahre nicht höher als 1960. Erst in den letzten Jahren ist er gestiegen. Die Erwerbsquote von Frauen war aber zuletzt immer noch niedriger als in fast allen anderen Industrieländern.

Gleichzeitig hat sich die Berufstätigkeit von Frauen stark verändert: Sie setzt später ein und hört früher auf. Mittlerweile sind mehr als 60 vH der Frauen zwischen 20 und 45 Jahren erwerbstätig. Die Erwerbstätigkeit hat vor allem bei verheirateten Frauen und bei Frauen aus höheren sozialen Schichten zugenommen. Von Bedeutung ist auch, daß die Frauenerwerbstätigkeit sichtbarer geworden ist: Gegenüber früher arbeiten mehr Frauen außer Haus, weniger dagegen im familieneigenen Betrieb, als Selbständige oder als mithelfende Familienangehörige, und kaum noch als Hausangestellte im fremden Haushalt.

100. Eine andere Erklärung der höheren Arbeitslosigkeit besteht darin, daß die Eingliederung der Frauen auf zunehmende strukturelle Hemmnisse stößt. In der Vergangenheit hatte der Strukturwandel die Erwerbstätigkeit von Frauen begünstigt. Die Änderungen in der Berufsstruktur der Frauen vollzogen sich überwiegend in der Form, daß bestimmte Tätigkeitsfelder ausgeweitet wurden, häufig sogar neue Berufe entstanden sind. Die Ausweitung von Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, für die Frauen oft mehr Neigung und, zumindest aus der Sicht der Arbeitgeber, auch eine bessere Eignung besitzen, hat in den beiden letzten Jahrzehnten neue Beschäftigungschancen in erster Linie für Frauen eröffnet. Der Personalaufbau im öffentlichen Dienst, darunter im Bildungsbereich, hat dabei eine große Rolle gespielt. Dies hat aber nicht ausgereicht, um die Beschäftigungschancen von Frauen denen von Männern anzugleichen.

101. Die Frauen beginnen erst allmählich in die Domäne der sogenannten Männerberufe einzudringen. Auf die Struktur der Beschäftigten hat dies noch keinen Einfluß gehabt. Im Gegenteil: Die Trennlinie zwischen Männerberufen und Frauenberufen hat sich seit 1970 eher vertieft; Männer sind mehr denn je in Männerberufen zu finden und Frauen mehr denn je in Frauenberufen. Mit dem Ziel, mehr Berufe für Frauen zu öffnen und deren Beschäftigungsmöglichkeiten zu erweitern, wurden in den vergangenen Jahren im Rahmen von Modellversuchen Mädchen für eine Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich interessiert und Ausbildungsbetriebe dafür gewonnen. Ihr Ziel haben diese Versuche nur teilweise erreicht.

Die dabei gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Ausbildung von Frauen in traditionellen Männerberufen zwar keine besonderen Probleme im Hinblick auf die Tätigkeiten selbst aufwirft. Die Schwierigkeiten, nach Auslaufen dieser Modellversuche junge Frauen für traditionelle Männerberufe zu gewinnen und Betriebe zu veranlassen, für weibliche Jugendliche entsprechende Ausbildungsplätze anzubieten, haben ihre Ursache weder in mangelnder Eignung noch in schlechteren Leistungen der Mädchen. Eher dürften festverwurzelte Vorstellungen über männliche und weibliche Berufsbilder eine Rolle spielen. Tatsächlich haben selbst Mädchen, die in aussichtsreichen Männerberufen ausgebildet wurden, nicht nur schlechtere Beschäftigungschancen als ihre männlichen Konkurrenten, sondern häufig auch schlechtere als die in typischen Frauenberufen ausgebildeten Mädchen.

102. Ein Wegfall solcher Hemmnisse wäre erforderlich, um die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen zu verbessern. Er wäre auch dringlich. Auf der einen Seite ist nicht damit zu rechnen, daß der Strukturwandel die Frauen auch in Zukunft begünstigt. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, wenn sich das Erwerbsverhalten der verheirateten Frauen und der Frauen mit Kindern nicht wieder gravierend ändern sollte — und dafür spricht zur Zeit nichts —, daß die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Bundesrepublik sich bei entsprechendem Arbeitsplatzangebot weiter erhöhen wird. Nicht nur die aktuelle Entwicklung, auch ein Blick auf die Entwicklung in den anderen Industrieländern stützen diese Vermutung.

IV. Geldpolitik: Weiter auf Stabilisierungskurs

103. Die Geldpolitik bewegte sich 1985 überwiegend in einem spannungsarmen Umfeld. Das Ziel eines stabilen Preisniveaus ist annähernd erreicht. Mit der Abschwächung des Dollarkurses vom Frühjahr an gab es von der außenwirtschaftlichen Seite keine dringlichen Herausforderungen mehr. Anlagen in D-Mark haben in der Einschätzung der internationalen Kapitalmärkte beträchtlich an Attraktivität gewonnen. Die Bundesbank hat seit März den Spielraum für eine Senkung der Zinsen vorsichtig genutzt. Die Expansion der Zentralbankgeldmenge, die sich dabei ergab, fiel etwas schwächer aus als im vergangenen Jahr, als die Bundesbank den Zuwachs mit Rücksicht auf den Wechselkurs schon knapp gehalten hatte. Am Kapitalmarkt sind die Zinsen vom Frühjahr an deutlich gesunken.

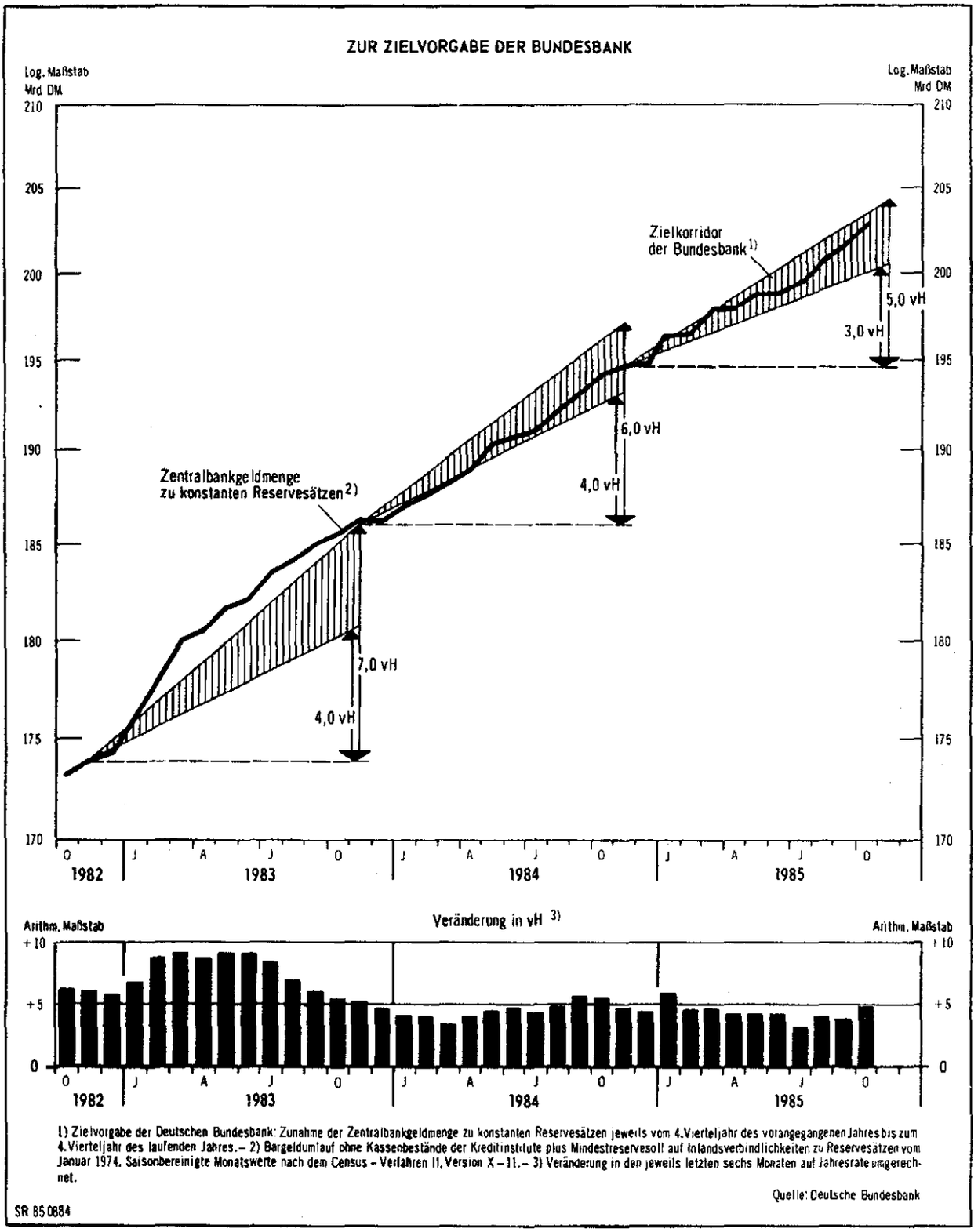
Schwächere Expansion der Zentralbankgeldmenge

104. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, die die Bundesbank als Indikator und Zwischenziel verwendet, lag im Oktober, auf Jahresrate umgerechnet, um 4,7 vH über ihrem Stand im letzten Vierteljahr 1984, also nahe dem oberen Rand des von der Bundesbank festgelegten Zielkorridors. Im vergangenen Jahr hatte die Zuwachsrate 4,6 vH betragen, sie lag damit im unteren Bereich des damaligen Zielkorridors (Schaubild 20).

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, wie sie der Sachverständigenrat berechnet, nahm 1985 mit einer niedrigeren Rate zu als die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge lag im September, wiederum auf Jahresrate umgerechnet, um 3,8 vH über dem Jahresendstand 1984, der uns als Basis dient (Schaubild 21, Tabelle 14). Im Verlauf des vergangenen Jahres war die bereinigte Zentralbankgeldmenge wegen der sehr schwachen Expansion gegen Jahresende nur um 4,1 vH angestiegen, weniger, als wir es bei der Würdigung im letzten Herbst angenommen hatten (JG 84 Ziffer 213).

68

Schaubild 20

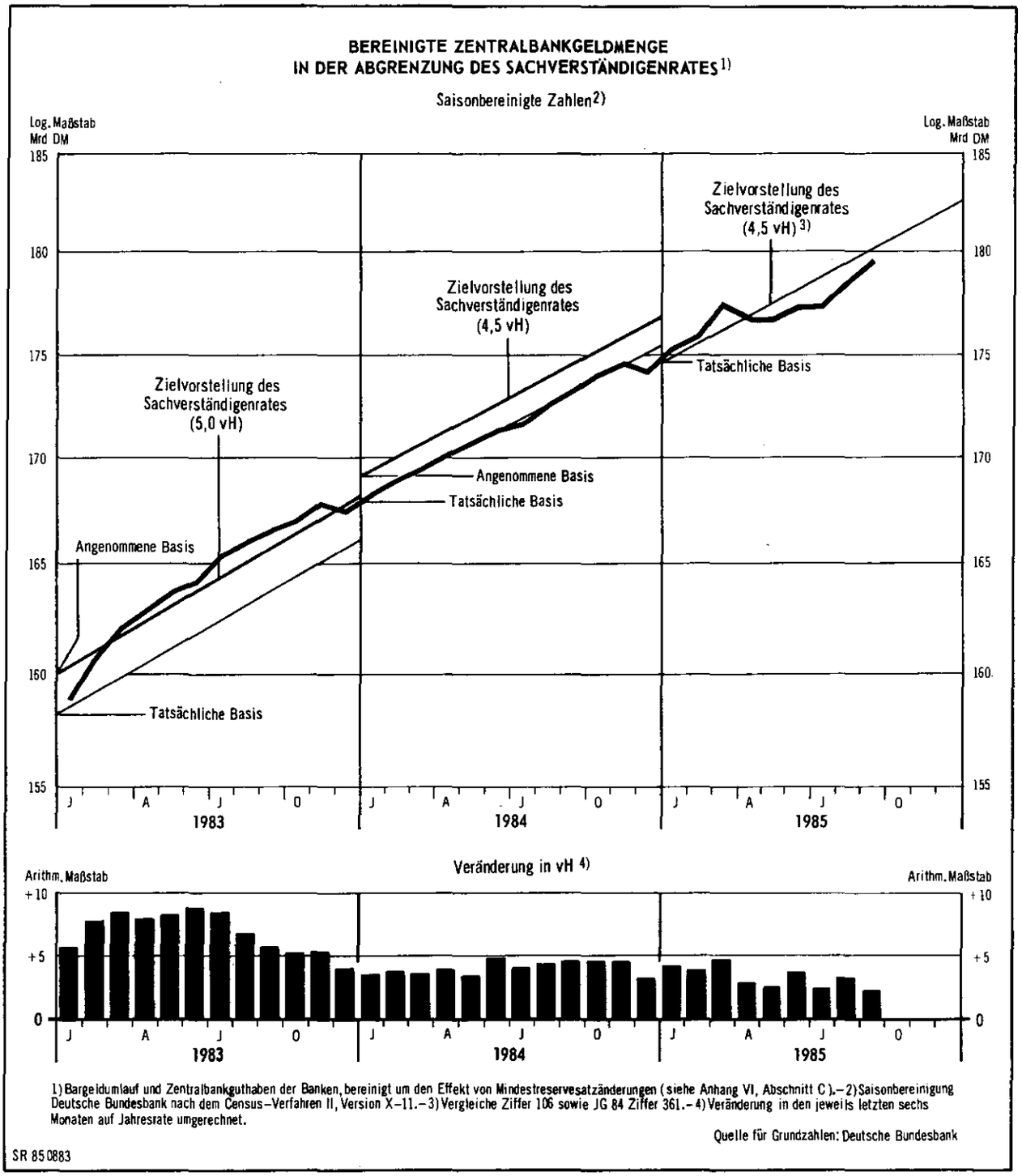


1) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. – 2) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute plus Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu Reservesätzen vom Januar 1974. Saisonbereinigte Monatswerte nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11. – 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 85 0884

Schaubild 21



1) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (siehe Anhang VI, Abschnitt C). – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Vergleiche Ziffer 106 sowie JG 84 Ziffer 361. – 4) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 850883

Tabelle 14

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge[1])

Zeitraum	Insgesamt	Entstehung: Netto-Auslandsposition[2])	Entstehung: Refinanzierungskredite an Banken	Entstehung: Liquiditätspolitische Maßnahmen der Bundesbank[3])	Entstehung: Kreditgewährung an den Staat[4])	Entstehung: sonstige Einflüsse[5])	Verwendung: Bargeldumlauf[6])	Verwendung: Reservesoll und Überschußreserve	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[7]) (Geldbasis): Ursprungswerte	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[7]) (Geldbasis): saisonbereinigt[8])
	Veränderung im jeweiligen Zeitraum in Mio DM						Durchschnittsbestände in Mrd DM			
1974	− 7 307	− 2 826	+ 4 562	− 1 466	− 2 965	− 4 612	50,8	48,0	87,7	
1975	+ 2 367	− 2 080	− 7 698	+ 16 124	− 2 754	− 1 225	55,7	41,0	95,1	
1976	+ 12 198	+ 8 277	+ 14 339	− 13 081	+ 8 126	− 5 463	60,3	44,4	104,2	
1977	+ 3 714	+ 8 361	− 5 412	− 686	+ 4 988	− 3 537	65,9	45,8	113,4	
1978	+ 15 861	+ 20 307	+ 5 200	− 3 620	− 2 139	− 3 887	70,3	49,4	125,7	
1979	+ 10 930	− 5 178	+ 16 999	+ 427	+ 3 853	− 5 171	75,9	59,4	137,0	
1980	− 4 331	− 24 644	+ 13 302	+ 15 006	+ 299	− 8 294	79,9	56,8	143,6	
1981	− 1 504	− 3 142	+ 3 828	+ 3 897	+ 1 128	− 7 215	81,6	51,2	148,7	
1982	+ 1 895	+ 1 716	+ 4 349	+ 1 700	− 4 056	− 1 814	84,1	52,4	154,1	
1983	+ 10 388	− 1 964	+ 3 594	+ 5 634	+ 1 652	+ 1 472	91,1	51,6	164,2	
1984	+ 7 555	− 3 938	+ 7 045	+ 3 866	+ 1 256	− 674	95,9	54,1	171,5	
1984 1. Vj.	− 4 398	+ 5 053	− 674	− 1 495	− 4 149	− 3 133	93,4	53,6	168,5	168,9
2. Vj.	+ 2 657	+ 1 320	+ 1 308	− 5 880	+ 1 459	+ 4 450	94,9	53,3	169,7	170,8
3. Vj.	+ 1 908	− 4 627	+ 9 723	− 2 465	− 2 081	+ 1 358	97,2	54,0	172,7	172,5
4. Vj.	+ 7 388	− 5 684	− 3 312	+ 13 706	+ 6 027	− 3 349	98,1	55,4	175,0	174,3
1985 1. Vj.	− 4 126	− 12 183	− 284	+ 11 223	+ 511	− 3 393	97,3	57,1	175,7	176,2
2. Vj.	+ 900	+ 4 817	− 3 561	+ 321	− 4 154	+ 3 477	98,2	56,3	175,9	176,9
3. Vj.	+ 1 644	+ 6 289	− 1 836	+ 1 037	− 4 627	+ 781	100,1	57,0	178,6	178,5
1984 Jan	− 2 919	− 1 117	+ 2 996	− 481	− 2 518	− 1 799	93,8	54,3	169,6	168,3
Feb	− 2 089	+ 1 838	− 2 628	− 433	− 32	− 834	92,9	53,2	167,6	169,0
Mär	+ 610	+ 4 332	− 1 042	− 581	− 1 599	− 500	93,5	53,2	168,3	169,5
Apr	+ 566	+ 1 332	+ 888	− 4 896	+ 171	+ 3 071	94,6	52,7	168,9	170,2
Mai	+ 547	− 340	+ 2 215	− 2 150	+ 422	+ 400	94,4	53,4	169,4	170,7
Jun	+ 1 544	+ 328	− 1 795	+ 1 166	+ 866	+ 979	95,6	53,8	170,9	171,4
Jul	+ 1 680	− 1 647	+ 5 687	− 1 297	− 725	− 338	97,4	53,7	172,6	171,6
Aug	+ 325	− 375	− 115	− 1 589	+ 2 478	− 74	97,3	54,1	172,9	172,6
Sep	− 97	− 2 605	+ 4 151	+ 421	− 3 834	+ 1 770	97,0	54,3	172,8	173,4
Okt	− 760	− 3 613	− 655	+ 7 501	− 2 283	− 1 710	96,1	54,4	172,0	174,1
Nov	+ 855	− 639	− 4 033	+ 937	+ 5 604	− 1 014	96,2	55,2	172,8	174,6
Dez	+ 7 293	− 1 432	+ 1 376	+ 5 268	+ 2 706	− 625	102,1	56,5	180,1	174,1
1985 Jan	− 3 259	− 988	+ 214	− 911	+ 572	− 2 146	97,6	57,8	176,7	175,3
Feb	− 2 346	− 3 104	− 2 856	+ 3 430	+ 1 566	− 1 382	96,7	56,4	174,5	175,9
Mär	+ 1 479	− 8 091	+ 2 358	+ 8 704	− 1 627	+ 135	97,6	57,0	176,0	177,4
Apr	− 813	+ 873	− 2 748	+ 1 827	− 1 674	+ 909	97,8	55,9	175,2	176,6
Mai	+ 497	+ 1 662	− 16	− 3 446	+ 1 425	+ 872	98,1	56,1	175,7	176,8
Jun	+ 1 216	+ 2 282	− 797	+ 1 940	− 3 905	+ 1 696	98,6	56,8	176,9	177,3
Jul	+ 1 411	+ 2 042	− 1 009	+ 3 750	− 2 329	− 1 043	100,0	56,9	178,3	177,4
Aug	+ 595	+ 2 410	− 1 176	− 3 601	+ 1 990	+ 972	100,4	57,1	178,9	178,6
Sep	− 362	+ 1 837	+ 349	+ 888	− 4 288	+ 852	100,0	57,1	178,5	179,4

[1]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.
[2]) Währungsreserven (einschließlich Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten. Ohne Devisenswap- und -pensionsgeschäfte.
[3]) Offenmarktoperationen, Devisenswap- und -pensionsgeschäfte, Verlagerungen von Bundesguthaben in den Geldmarkt (nach § 17 BBankG).
[4]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (nach § 17 BBankG).
[5]) Unter anderem Ertragsbuchungen der Bundesbank.
[6]) Ab März 1978 ohne Kassenbestände der Kreditinstitute.
[7]) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang VI, Abschnitt C.
[8]) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

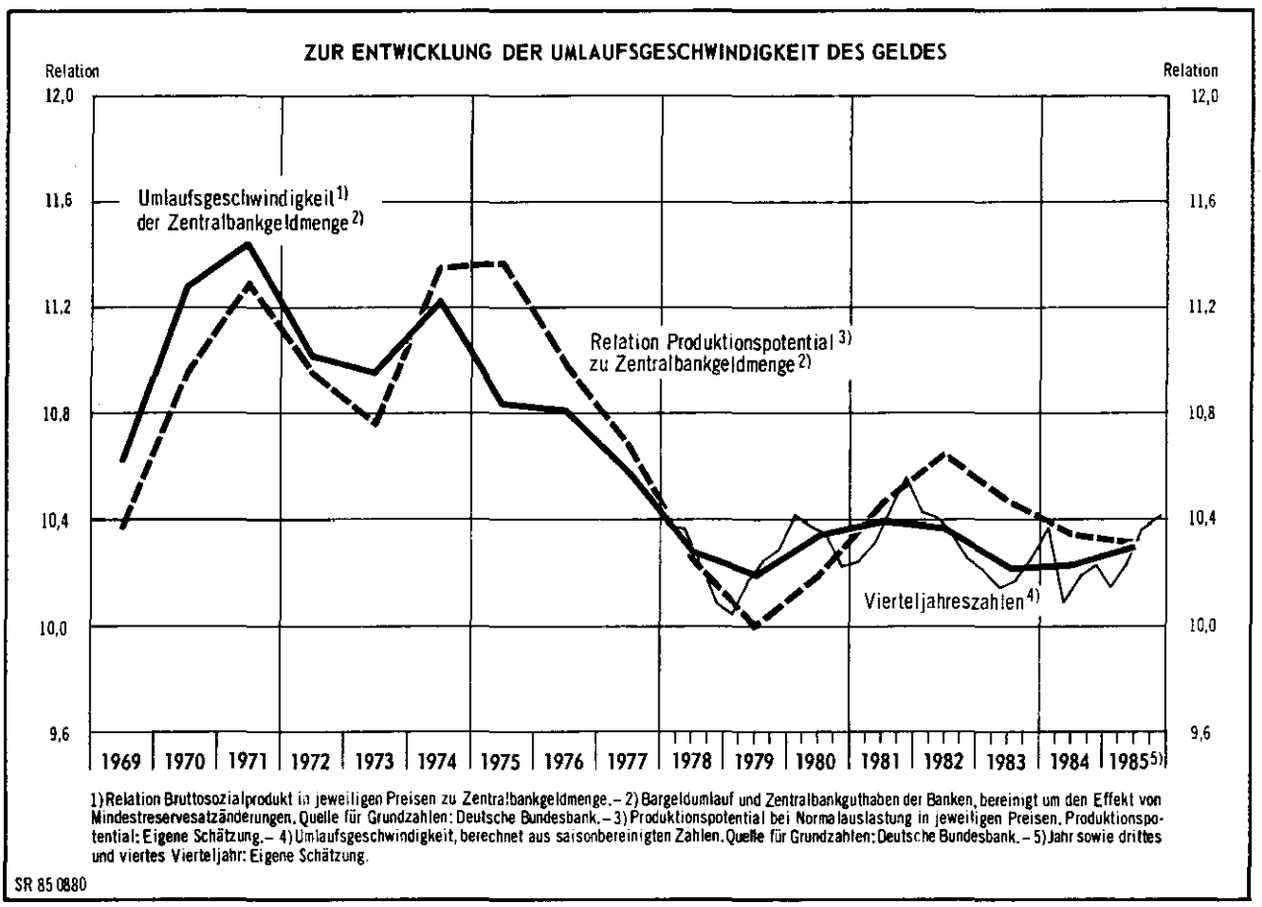
Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

In diesem Jahr haben sich vorübergehend größere Abweichungen der beiden Meßreihen für die Zentralbankgeldmenge herausgebildet. Daß der Sachverständigenrat, abweichend von der Bundesbank, die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschußreserven der Banken mit einbezieht und daß die Basiszeiträume etwas voneinander abweichen, erklärt nur einen geringen Teil der Differenz. Der größere Teil des Abstands zwischen den beiden Zuwachsraten geht auf die Unterschiede in den Verfahren zurück, mit denen die Zentralbankgeldmenge um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen bereinigt wird (Anhang VI, Abschnitt C). Das Verfahren der Bundesbank, bei dem die reservepflichtigen Inlandsverbindlichkeiten der Banken mit den wesentlich über dem heutigen Niveau liegenden Mindestreservesätzen von 1974 gewichtet werden, überzeichnet den monetären Impuls, der sich mit der Ausweitung des Geldangebots im Zusammenhang mit der Erfüllung der Mindestreservepflicht ergibt. Das gilt noch mehr, wenn — wie in diesem Jahr — die Bankreserven wegen der Zunahme der reservepflichtigen Verbindlichkeiten deutlich stärker zunehmen als die andere Hauptkomponente der Zentralbankgeldmenge, der Bargeldumlauf.

105. Die Bundesbank hatte für den Verlauf des Jahres 1985 eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen um 3 vH bis 5 vH zum Ziel erklärt. Ausgangspunkt für die Ableitung der Zielvorstellung waren ein reales Wachstum des Produktionspotentials um gut 2 vH und ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um 2 vH im Jahresdurchschnitt. Die Zentralbankgeldmenge sollte im Jahresdurchschnitt 1985 — wie das Produktionspotential in jeweiligen Preisen — um 4½ vH zunehmen. Dem entsprach ein Anstieg der Zentralbankgeldmenge im Jahresverlauf 1985 um 4 vH als Mitte des Korridors. Der Korridor lag damit um einen Prozentpunkt niedriger als im Jahr zuvor. Die erneute Herabsetzung sah die Bundesbank auch dadurch gerechtfertigt, daß die Inflationsrate im Jahre 1984 geringer gewesen war, als sie ursprünglich angenommen und in der Zielableitung für 1984 berücksichtigt hatte. Die Spanne von 3 vH bis 5 vH für 1985 erlaubte es, die Zentralbankgeldmenge mit dem gleichen Tempo wie 1984 auszudehnen. Die Bundesbank ließ auch erkennen, daß sie bei der Geldmengensteuerung an dem oberhalb von 4 vH liegenden Expansionstempo der zweiten Jahreshälfte 1984 anknüpfen wollte. Zugleich hat sie aber den Korridor in erster Linie als Unsicherheitsmarge verstanden und darauf verzichtet, das Ziel förmlich auf eine Rate im oberen Bereich des Korridors zu präzisieren oder Vorbehalte anzugeben, unter denen dies im Laufe des Jahres noch geschehen könnte.

106. Der Sachverständigenrat hat im letzten Jahresgutachten für ein anderes Vorgehen bei der Festlegung des Geldmengenziels plädiert. Er ist von der Überlegung ausgegangen, daß die Verwendung einer „unvermeidlichen" Preissteigerungsrate — die in früheren Jahresgutachten als Element einer

Schaubild 22



1) Relation Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen zu Zentralbankgeldmenge. – 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. – 3) Produktionspotential bei Normalauslastung in jeweiligen Preisen. Produktionspotential: Eigene Schätzung. – 4) Umlaufsgeschwindigkeit, berechnet aus saisonbereinigten Zahlen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. – 5) Jahr sowie drittes und viertes Vierteljahr: Eigene Schätzung.

SR 85 0880

Stabilisierungsstrategie befürwortet worden war — angesichts des erreichten niedrigen Niveaus der Geldentwertungsrate problematisch geworden ist. Aufbauend auf dem Urteil, daß für die Geldpolitik nunmehr die Bewahrung des Erreichten im Vordergrund stehen sollte gegenüber der Aufgabe, eine weitere Senkung der Geldentwertungsrate zu erzwingen, hat der Rat vorgeschlagen, das Geldmengenwachstum nicht weiter zu verlangsamen und nunmehr auf einen „mittelfristig normalen" Kurs der Geldmengenausweitung einzuschwenken. Als mittelfristig normal wurde dabei, anknüpfend an eine Vorstellung über den mittelfristig zu erwartenden Zuwachs des Produktionspotentials in nominaler Rechnung, eine Rate von 4½ vH angegeben, möglicherweise erhöht um einen Zuschlag von einem halben Prozentpunkt für die trendmäßige Abnahme der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Das Festhalten an dieser mittelfristigen Linie würde einschließen, daß im Gefolge möglicher weiterer Stabilisierungserfolge das Geldmengenziel nicht herabgesetzt, sondern eine Ausweitung der realen Geldversorgung der Wirtschaft zugelassen wird (JG 84 Ziffern 326, 359ff.).

107. Die Bundesbank hat bei der Festlegung ihres Ziels für 1985 ebenfalls auf die Angabe einer unvermeidlichen Preissteigerungsrate verzichtet. Im übrigen hat sie sich aber den Vorstellungen des Rates insoweit nicht angeschlossen, als sie am Verfahren der jährlichen Zielableitung festgehalten und das Geldmengenziel im Vergleich zum Vorjahr herabgesetzt hat.

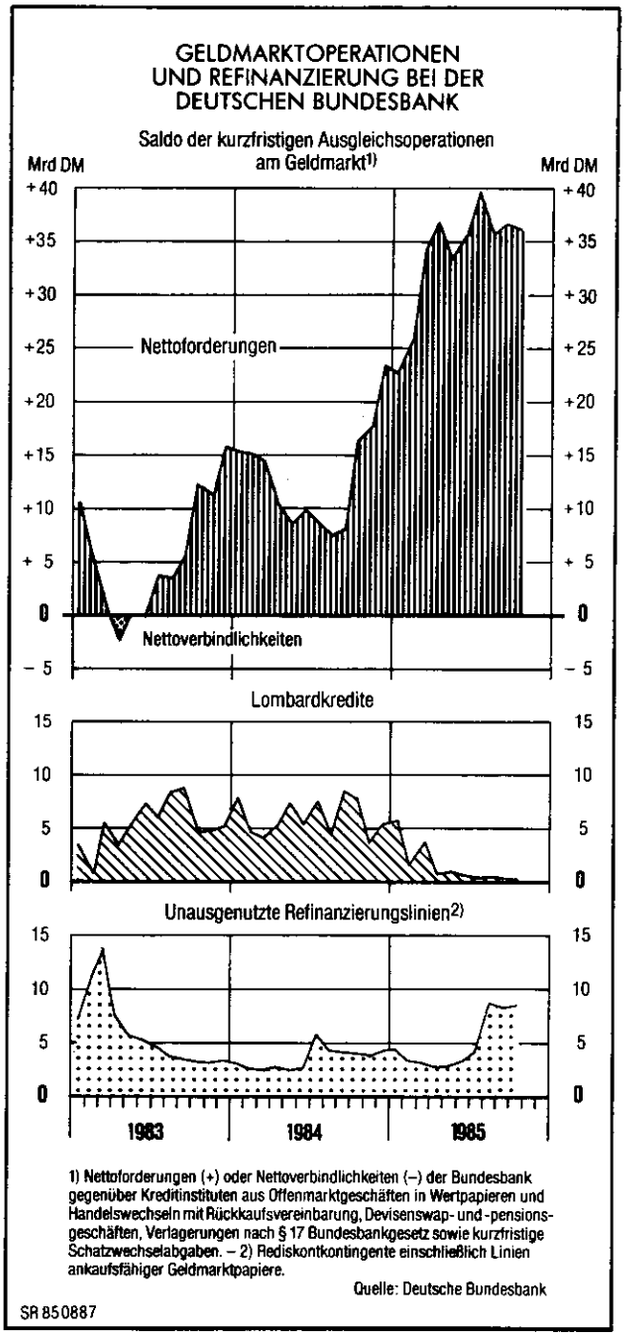
108. Die Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge in den ersten neun Monaten des Jahres — wie erwähnt um 3,8 vH — ist deutlich niedriger, als es der Rat für das Jahr und für die mittlere Frist als angemessen angesehen hat. Die Rate entspricht jedoch dem, was wir für den Fall, daß es nicht zu der stärker mittelfristigen Orientierung kommt, als Expansionsrate angegeben hatten (JG 84 Ziffer 362). Die Geldpolitik wäre also gemessen an diesem Maßstab als konjunkturneutral zu bezeichnen. Wachstumsgerecht wäre aber eine Expansion der Zentralbankgeldmenge, bei der unter der Annahme einer stabilitätskonformen Lohnpolitik und einer zurückhaltenden Ausweitung der Staatsausgaben Produktion und Beschäftigung mittelfristig stärker zunehmen können als derzeit (Ziffern 234ff.).

109. Die Relation zwischen Zentralbankgeldmenge und Produktionspotential in jeweiligen Preisen, die ein um konjunkturelle Einflüsse bereinigtes Bild von der Ausstattung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld gibt, ist in diesem Jahr nur wenig gesunken (Schaubild 22). Die Wachstumsrate des Produktionspotentials ist freilich noch niedrig. Die Umlaufsgeschwindigkeit, das ist die Relation zwischen Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen und Zentralbankgeldmenge, ist dagegen gestiegen. Insoweit ist die Zentralbankgeldausstattung knapper geworden.

Neue Feinsteuerung am Geldmarkt

110. Beim Einsatz der Instrumente zur kurzfristigen Steuerung des Geldmarktes hat die Zentralbank in diesem Jahr die Gewichte geändert. Durch die Erhöhung des Lombardsatzes am 1. Februar 1985 auf 6% bei unverändertem Diskontsatz und durch die kurzfristige Bereitstellung von Zentralbankgeld zu günstigeren Konditionen wurden die Geschäftsbanken veranlaßt, ihre Refinanzierung über Lombardkredite drastisch abzubauen. Die Banken refinanzieren sich seither in sehr viel stärkerem Maße als schon 1984 über von der Bundesbank fallweise angebotene Offenmarktgeschäfte, die nach ein bis zwei Monaten einen Rückkauf der

Schaubild 23



Wertpapiere vorsehen. Die Manövriermasse, über die die Zentralbank im Rahmen kurzfristiger Geldmarktoperationen inzwischen verfügt, hat sich dabei stark vergrößert (Schaubild 23). Die ratenweise Ausschüttung von 12,9 Mrd DM aus dem 1984 entstandenen Bundesbankgewinn wie auch die umfangreichen Devisenabflüsse im Frühjahr bereiteten so keine Schwierigkeiten für die Geldmengensteuerung. Seit dem 1. Februar macht die Bundesbank auch wieder von der Möglichkeit Gebrauch, den Banken eine sehr kurzfristige, meist dreitägige Geldanlage in Schatzwechseln des Bundes anzubieten. Der Zinssatz dieser Anlagen — anfangs 5,5%, zuletzt auf 4,3% gesenkt — bildet in aller Regel eine Untergrenze für die Geldmarktsätze.

Zur längerfristigen Bereitstellung von Zentralbankgeld diente, freilich in recht geringem Umfang, die Erhöhung der Rediskontkontingente um 3 Mrd DM zum 1. August 1985 (Tabelle 15). Diese schlug sich zunächst in einer Erhöhung der unausgenutzten Refinanzierungslinien der Banken nieder. Auch nach der Senkung von Lombardsatz und Diskontsatz um jeweils einen halben Prozentpunkt im August blieb bis Oktober ein großer Teil der Kontingente ungenutzt.

111. Durch die neue Schwerpunktsetzung der Bundesbank beim Einsatz ihres geldmarktpolitischen Instrumentariums hat sich inzwischen die Struktur der Refinanzierung des Bankensystems beträchtlich verändert. Der Anteil der Lombardkredite an der insgesamt bereitgestellten Summe an Zentralbankgeld ging von rund 10 vH im September 1984 auf fast Null im September 1985 zurück; die Bundesbank hat ihre Absicht, den Lombard auf seine eigentliche Rolle als Instrument zur Deckung sehr kurzfristigen Liquiditätsbedarfs zurückzuverweisen, erreicht. Die Refinanzierung über die Wechselrediskontierung, die vor einem Jahr einen Anteil von 66 vH hatte, macht nun nur noch 55 vH aus. Der Anteil der über revolvierende Wertpapierpensionsgeschäfte bereitgestellten Mittel stieg dagegen von 10 vH auf rund 36 vH. Das sind, jedenfalls der Form nach, kurzfristige Mittel.

112. Das Volumen der Wertpapierpensionsgeschäfte kann von der Bundesbank kurzfristig variiert werden; dies gilt auch für die Sätze, zu denen die Geschäfte angeboten und zugeteilt werden. Die Konditionen der Rediskontkredite und der Lombardkredite dagegen sind nur durch Zentralbankratsbeschluß zu ändern. Hieraus wird deutlich, daß die Bundesbank jetzt unmittelbar und wesentlich flexibler auf den Geldmarkt Einfluß nehmen kann. Diese Flexibilität wird allerdings in dem Maße wieder eingeschränkt, wie die Bundesbank die Pensionsgeschäfte zur Refinanzierung auf Dauer einsetzt und die Vorstellung der Geschäftsbanken unterstützt, sie werde sicherlich auch künftig deren Refinanzierungsbedarf entsprechen. Bisher haben die Banken bei der Weitergabe von Zinssenkungen recht vorsichtig disponiert. Erst nach der Senkung des Diskontsatzes im August, die die Bundesbank selbst als Signal bezeichnet hat, haben sie ihre Kreditkonditionen ermäßigt.

Nicht voll erfüllt haben sich die Hoffnungen, der Geldmarkt könne nun mit Instrumenten gesteuert werden, die deutlich schwächer auf die Erwartungsbildung einwirken als Änderungen der Leitzinsen. Variationen der Mindestbietungs- und Zuteilungssätze der Pensionsgeschäfte sind von den Marktteilnehmern teilweise als Indiz für Änderungen

Tabelle 15

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1984	
13. Dezember	Die Bundesbank beschließt ein Geldmengenziel für 1985. Das Wachstum der Geldmenge soll die weitgehend erreichte Stabilität des Geldwertes sichern und ein kräftiges reales Wachstum der Wirtschaft von der monetären Seite her ermöglichen. Die Zentralbankgeldmenge soll vom vierten Vierteljahr 1984 bis zum vierten Vierteljahr 1985 um 3 vH bis 5 vH zunehmen.
1985	
31. Januar	Der Zentralbankrat beschließt, den Lombardsatz mit Wirkung vom 1. Februar von 5½ % auf 6 % zu erhöhen. Um die Inanspruchnahme des Lombardkredits zu verringern, werden umfangreiche Wertpapierpensionsgeschäfte angeboten.
1. Mai	Die neuen Grundsätze über die Begebung von D-Mark-Auslandsanleihen treten in Kraft. Danach dürfen auch inländische Banken, die sich in ausländischem Besitz befinden, die Konsortialführung für D-Mark-Auslandsanleihen übernehmen. Zugleich wird der Anleihemarkt für eine Reihe neuer Anlageformen geöffnet. Dazu zählen Anleihen mit variablen Zinssätzen, Null-Kupon-Anleihen sowie Anleihen in Verbindung mit Swaps.
1. August	Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute werden um 3 Mrd DM erhöht.
15. August	Der Zentralbankrat senkt mit Wirkung vom 16. August den Diskont- und Lombardsatz um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 4 % beziehungsweise 5½ %.

geldpolitischer Intentionen interpretiert worden, und das war nur deshalb im Ergebnis unproblematisch, weil der Zinstrend eindeutig nach unten gerichtet war. Die eigentliche Bewährungsprobe für die neue Feinsteuerung steht insofern noch aus.

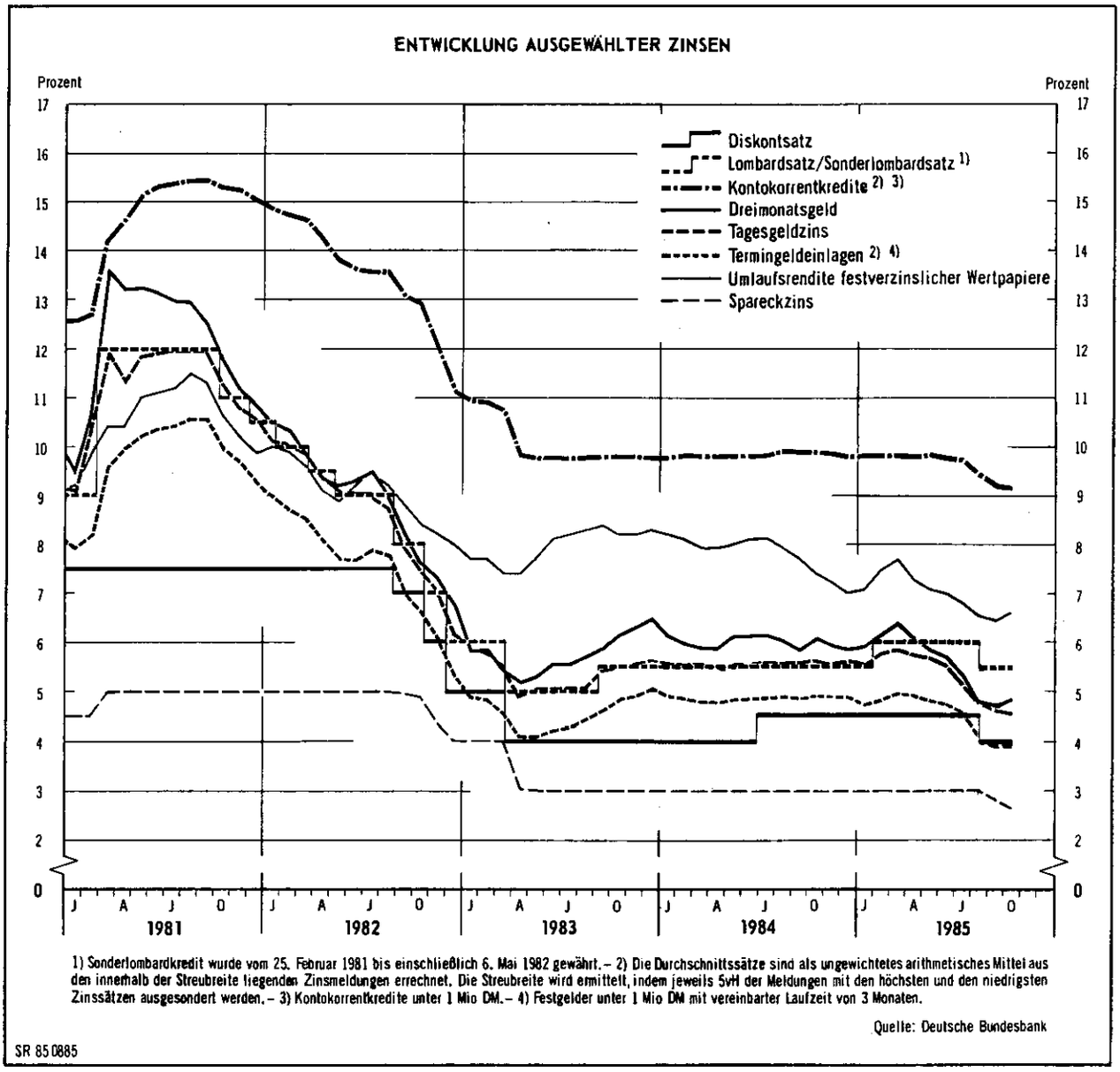
113. Als Vorteil des verstärkten Einsatzes kurzfristiger Refinanzierungsinstrumente wird genannt, daß es so möglich werde, verschiedenen Einflüssen auf die Bankenliquidität wie der Gewinnausschüttung der Bundesbank oder Devisenbewegungen besser Rechnung zu tragen. Es ist allerdings zu fragen, ob hierfür eine so große Manövriermasse, wie sie inzwischen aufgebaut worden ist, erforderlich gewesen wäre.

Die Bundesbank hat im August mit dem Diskontsatz auch den Lombardsatz gesenkt. Angesichts der gewollten und auch erreichten beträchtlichen Verringerung des Volumens an Lombardkrediten hätte sie durch einen unveränderten Lombardsatz die Rolle des Lombards als Ausnahmerefinanzierung bekräftigen können.

Zinssenkungsspielräume von der außenwirtschaftlichen Seite

114. Zu Jahresbeginn 1985, als der Dollarkurs stark anstieg und vielfach sogar ein noch höherer Kurs erwartet wurde, war die Bundesbank darauf bedacht, den Kapitalabfluß aus der Bundesrepublik in Grenzen zu halten und keine Zinssenkungssignale zu geben. Im Frühjahr bewirkte sie sogar einen Anstieg der kurzfristigen Zinsen. Die Kapitalmarktzinsen zogen vorübergehend deutlich an (Schaubild 24). Von April an gaben dann die langfristigen Zinssätze nach, die Geldmarktzinsen wurden

Schaubild 24



1) Sonderlombardkredit wurde vom 25. Februar 1981 bis einschließlich 6. Mai 1982 gewährt. – 2) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 3) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. – 4) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 850885

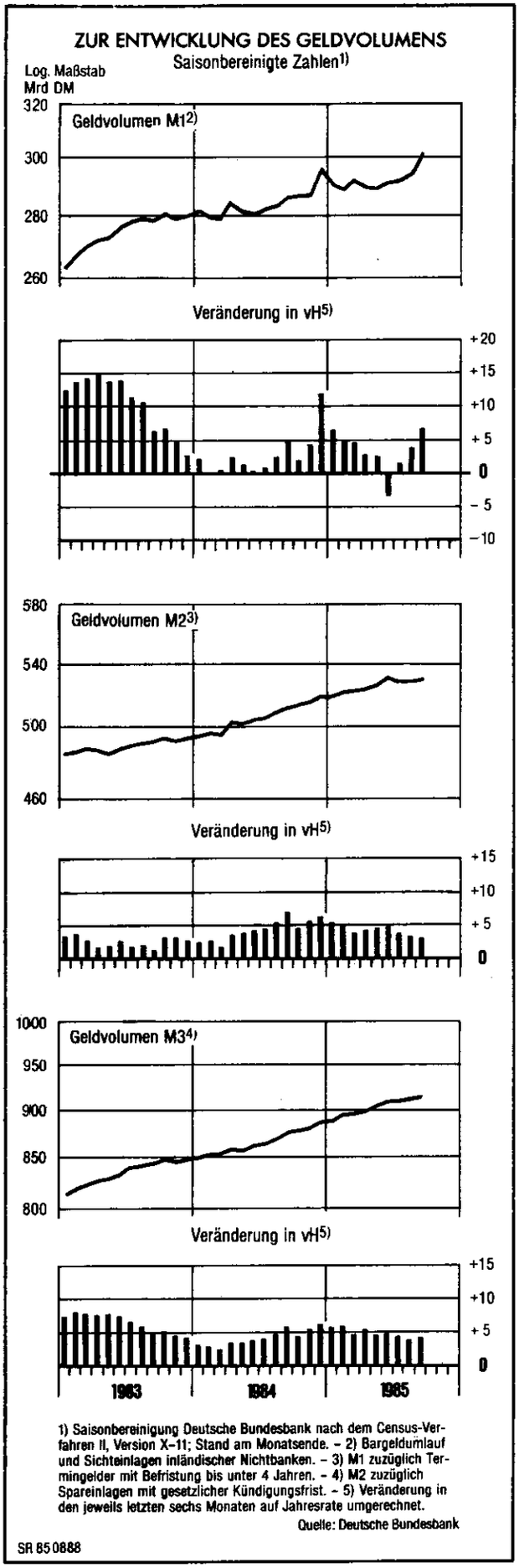
langsam gesenkt. Die Umlaufsrendite für festverzinsliche Wertpapiere unterschritt — nach dem „Zinsbuckel" im Frühjahr — im Juni wieder den Stand von 7%, auf den sie bis zum Dezember 1984 gesunken war. Danach ging sie weiter zurück, zuletzt bis auf 6,5%.

115. Mit der Zinsermäßigung seit Frühjahr 1985 ging ein Rückgang des Dollarkurses einher. Nachdem dieser im Februar fast 3,50 DM erreicht hatte, fiel er rasch, wenn auch keineswegs kontinuierlich. Eine weitgehend parallele Bewegung gab es im Währungsverhältnis der D-Mark zum Yen. Erst im Oktober wurde der Yen, anders als der Dollar, im Verhältnis zur D-Mark höher bewertet. Die D-Mark-Kurse der europäischen Währungen änderten sich demgegenüber wenig, mit Ausnahme des Pfund Sterling und auch der Lira, deren Abwertung dann durch die Leitkursänderung im Europäischen Währungssystem im Juli festgeschrieben wurde (Tabelle 4, Seite 35). Insgesamt lag der gewogene Außenwert der D-Mark gegenüber den wichtigsten Partnerwährungen zuletzt um rund 4 vH höher als zu Jahresbeginn. Im Jahresdurchschnitt dürfte es aber noch eine leichte Abwertung gegenüber dem Vorjahr gegeben haben. Der gewogene reale Außenwert der D-Mark liegt nach dem Meßkonzept des Sachverständigenrates recht deutlich unter dem Vorjahreswert: Auf Lohnstückkostenbasis gerechnet ergab sich eine reale Abwertung um rund 2 vH, da die Kosten im Ausland stärker gestiegen sind als in der Bundesrepublik (Schaubild 3, Seite 24).

116. Anlagen in D-Mark haben in der Einschätzung der internationalen Kapitalmärkte beträchtlich an Attraktivität gewonnen. Dies zeigt sich im langfristigen Kapitalverkehr. Die Nettoabflüsse langfristigen Kapitals waren angesichts des sehr hohen Leistungsbilanzüberschusses — bis September 21 Mrd DM — außerordentlich gering (Tabelle 53*, Anhang VII). Der hohe Leistungsbilanzüberschuß fand seinen Niederschlag überwiegend in Nettoabflüssen kurzfristigen Kapitals. Erwartungsgemäß gewährten die Unternehmen mehr Handelskredite. In großem Umfang wurden aber auch Finanzmittel kurzfristig im Ausland angelegt, und die Banken vergaben statt langfristiger nun mehr kurzfristige Kredite ins Ausland.

Im Bereich des langfristigen Kapitalverkehrs gab es recht umfangreiche Bewegungen in beiden Richtungen. Einerseits erwarben Inländer weiterhin in großem Umfang ausländische Wertpapiere, insbesondere festverzinsliche. Im ersten Viertel des Jahres allerdings ist der Bestand an amerikanischen Papieren abgebaut worden; beträchtliche Kursgewinne dürften so realisiert worden sein. Auf der anderen Seite erhöhten sich die langfristigen Anlagen von Ausländern in der Bundesrepublik; in den ersten neun Monaten 1985 flossen hier bereits 31 Mrd DM zu, mehr als im gesamten Vorjahr (26 Mrd DM). Gefragt waren in erster Linie Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Letztere haben in den Portefeuilles ausländischer Anleger zu Lasten von Schuldscheinen der öffentlichen Hand an Gewicht gewonnen, nachdem die Kuponsteuerpflicht entfallen ist.

Schaubild 25



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Stand am Monatsende. - 2) Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. - 3) M1 zuzüglich Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren. - 4) M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. - 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 85 0888

Der Devisenbestand der Bundesbank, der in den ersten drei Monaten des Jahres im Zusammenhang mit den Devisenmarktinterventionen um über 8 Mrd DM geschrumpft war, wurde danach kontinuierlich wieder aufgebaut. Die Netto-Auslandsposition war Ende Oktober um rund 3 Mrd DM niedriger als Ende 1984.

Schwache monetäre Expansion

117. Die Geldmenge M1, die den Bargeldumlauf und den Bestand an Sichtguthaben umfaßt, ist wesentlich schwächer gestiegen als die Zentralbankgeldmenge. Der Verlauf der Geldmenge M1 war durch starke Unregelmäßigkeiten geprägt, die vor allem von der Entwicklung der Sichteinlagen herrührten (Schaubild 25). Die Sichteinlagen hatten im Dezember 1984 sehr stark zugenommen und waren im Frühjahr, wohl auch durch die zu der Zeit eher schwache Wirtschaftstätigkeit und den Anstieg der Zinsen bedingt, wieder abgebaut worden. Zusammen mit der zeitweise geringen Zunahme des Bargeldumlaufs führte das dazu, daß die Geldmenge M1 im ersten Halbjahr etwas schrumpfte. Wegen des kräftigen Anstiegs zuvor war die Geldmenge M1 in der ersten Jahreshälfte 1985 aber um 3,4 vH höher als im gleichen Vorjahreszeitraum; um etwa die gleiche Rate lag in diesem Zeitraum das nominale Sozialprodukt höher. So blieb die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M1 nahezu unverändert. Von der Jahresmitte an ging der kräftigere Produktionsanstieg mit einer beschleunigten Zunahme der Geldmenge einher.

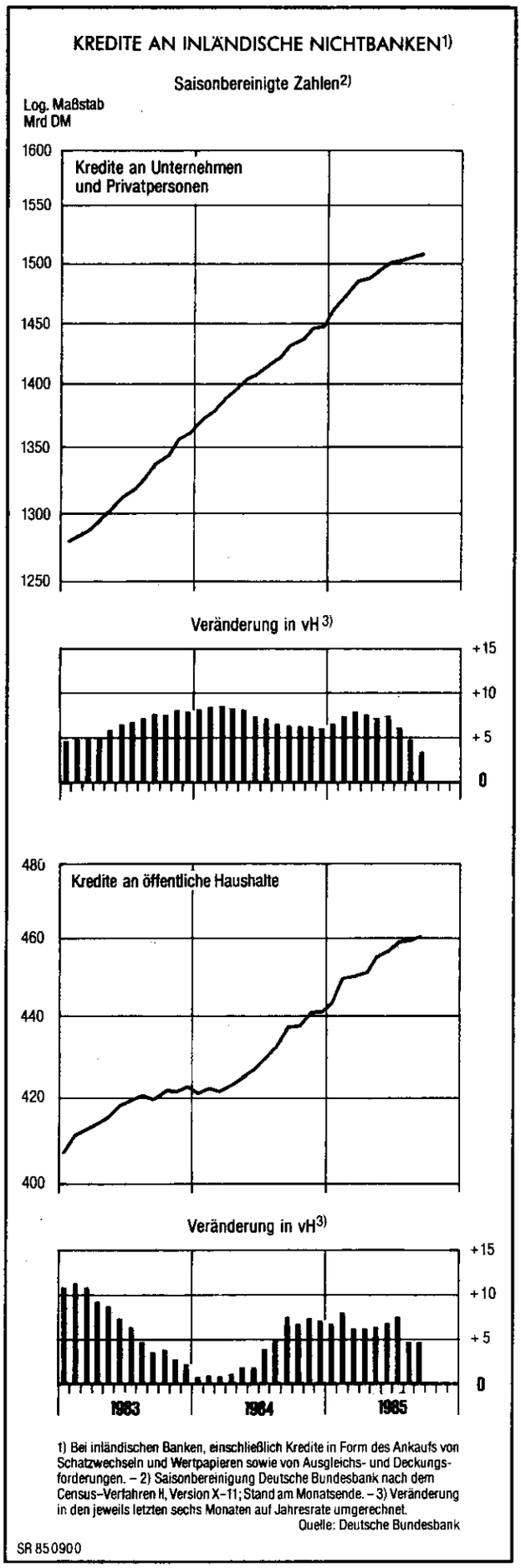
Stetiger und etwa im gleichen Tempo wie die Zentralbankgeldmenge nahm die Geldmenge M3 zu, die zusätzlich die Termineinlagen mit einer Befristung bis unter vier Jahren und die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist einschließt. Der Bestand an diesen verzinslichen Bankeinlagen wurde ausgeweitet.

Ein retardierendes Moment für die monetäre Expansion waren die kräftigen Zuwächse derjenigen Anlagen von Unternehmen und Privatpersonen bei Banken, die nicht zur Geldmenge gezählt werden. Die Unternehmen legten in noch etwas größerem Umfang als 1984 Termingeld mit längeren Laufzeiten an; die Haushalte bildeten mehr Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und damit höheren Sparzinsen.

118. Die Kreditvergabe der Banken war in diesem Jahr etwas niedriger als im vergangenen (Schaubild 26). Die Kreditnachfrage im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau war tendenziell rückläufig. Die Rückführung der Defizite in den öffentlichen Haushalten verringerte den staatlichen Kreditbedarf. Die Unternehmen brauchten wegen ihrer guten Ertragslage und der erhöhten Selbstfinanzierungskraft nicht sehr viel mehr Kredite als im Vorjahr, obwohl die Investitionen kräftig gestiegen sind.

Hinsichtlich der Kreditlaufzeiten war eine Verlagerung hin zu längerfristigen Ausleihungen zu ver-

Schaubild 26



1) Bei inländischen Banken, einschließlich Kredite in Form des Ankaufs von Schatzwechseln und Wertpapieren sowie von Ausgleichs- und Deckungsforderungen. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Stand am Monatsende. – 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 850900

Emission und Erwerb von Wertpapieren Tabelle 16

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Emission durch				Erwerb durch			Emission durch	
	inländische Stellen[1])			Ausland[4])	Inländer		Ausländer[7])	inländische Unternehmen[8])	ausländische Unternehmen[9])
	zusammen	darunter Banken[2])	darunter öffentliche Hand[3])		zusammen[5])	darunter Nichtbanken[6])			
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	– 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	– 1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	– 4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769[a])
1973	25 010	21 432	4 120	– 231	18 283	14 786	6 496[a])	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	– 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	– 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818[a])
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541[a])
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	– 2 608	6 204	74 528	57 149	– 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 475	42 879	10 795	7 271	8 313
1984	71 101	34 639	36 664	15 710	72 963	49 988	13 848	6 278	4 874
1984 1. Vj.	27 072	12 890	13 705	– 12	22 364	27 377	4 696	1 075	2 527
2. Vj.	7 709	2 988	4 942	4 490	12 609	10 623	– 411	2 842	570
3. Vj.	20 569	11 675	9 293	4 998	25 227	12 577	340	1 078	– 1 093
4. Vj.	15 751	7 086	8 724	6 234	12 763	– 589	9 223	1 283	2 870
1985 1. Vj.	28 797	16 105	12 203	6 390	29 905	28 645	5 282	2 632	– 988
2. Vj.	12 607	2 109	10 611	5 695	11 022	5 747	7 280	1 236	1 029
3. Vj.	18 283	8 881	9 471	8 271	17 469	1 669	9 085	2 192	1 829
1984 Jan	13 510	8 407	5 052	– 412	11 292	16 778	1 806	551	1 202
Feb	6 701	2 294	4 419	– 513	4 341	5 847	1 848	295	965
Mär	6 861	2 189	4 234	912	6 731	4 752	1 042	229	360
Apr	2 367	354	2 078	1 603	3 479	3 308	490	268	– 79
Mai	3 942	2 980	989	1 242	5 470	3 999	– 287	1 439	– 219
Jun	1 400	– 346	1 875	1 645	3 660	3 316	– 614	1 135	868
Jul	5 239	3 148	2 426	2 587	7 572	6 320	254	294	– 693
Aug	9 668	4 845	4 880	1 619	10 549	6 135	738	526	– 224
Sep	5 662	3 682	1 987	792	7 106	122	– 652	258	– 176
Okt	8 027	3 370	4 659	2 046	6 266	2 049	3 807	399	180
Nov	7 622	4 986	2 688	1 611	7 161	– 282	2 072	287	1 078
Dez	102	– 1 270	1 377	2 578	– 664	– 2 356	3 344	597	1 612
1985 Jan	15 155	8 729	5 881	2 396	15 208	15 484	2 343	1 305	– 235
Feb	7 381	3 590	3 796	2 253	8 072	4 803	1 562	304	– 308
Mär	6 261	3 786	2 526	1 741	6 625	8 358	1 377	1 023	– 445
Apr	– 1 096	– 4 228	3 194	1 753	– 268	19	925	93	299
Mai	9 429	3 794	5 558	1 621	8 351	4 628	2 699	853	232
Jun	4 274	2 543	1 859	2 322	2 940	1 101	3 656	290	498
Jul	10 677	5 605	5 089	3 827	11 007	4 044	3 498	1 471	478
Aug	4 516	1 677	2 883	2 805	4 305	– 441	3 016	443	908
Sep	3 090	1 599	1 499	1 639	2 157	– 1 934	2 572	278	443

[1]) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten.
[2]) Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[3]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen.
[4]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer.
[5]) In- und ausländische Rentenwerte.
[6]) Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds.
[7]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer.
[8]) Zu Kurswerten.
[9]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.
[a]) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

zeichnen. Vielfach wurden angesichts der günstigen Zinskonstellation auch kurzfristige Schulden in längerfristige umgewandelt.

119. Am Markt für festverzinsliche Wertpapiere wurden ebenfalls beträchtlich mehr Mittel angelegt als 1984 (Tabelle 16). Der gesamte Nettoabsatz belief sich bis einschließlich September auf 80 Mrd DM, gegenüber 65 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zunahme geht auf das erhöhte Volumen von öffentlichen Schuldverschreibungen und auf den verstärkten Absatz von Wertpapieren ausländischer Emittenten am deutschen Kapitalmarkt zurück.

Auf die wachsende Bedeutung ausländischer Teilnehmer und auf die damit im Zusammenhang stehenden Liberalisierungsmaßnahmen am Kapitalmarkt in der Bundesrepublik gehen wir an anderer Stelle ein (Ziffern 144 f. und Ziffern 245 ff.).

V. Öffentliche Haushalte: Gute Gesamtlage — schlechte Struktur

120. Im Jahre 1985 hat es ebensowenig wie 1984 größere Einschnitte bei den Ausgaben gegeben. Die großen Konsolidierungsschritte wurden 1982 und 1983 getan. Daß sich die Haushaltsfehlbeträge von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr um weitere 10 Mrd DM verringert haben, ist größtenteils der besseren konjunkturellen Lage zuzuschreiben. Entsprechend hat sich auch der konjunkturelle Impuls nicht mehr wesentlich vermindert. Die Defizite sind von 1981 an vor allem durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik reduziert worden. Um dies zu erreichen, hat der Bund auch bei den Sozialversicherungen eine Reihe von Ausgabenregeln geändert. In den Jahren, in denen sich die Gesamtlage der öffentlichen Haushalte gebessert hat, ist allerdings die Ausgabenstruktur in mancher Hinsicht schlechter geworden, und die Unterschiede zwischen den Einzelhaushalten der Länder und der Gemeinden haben sich verschärft.

Fortgesetzter Defizitabbau

121. Bund, Ländern und Gemeinden flossen in diesem Jahr um 5 vH höhere Einnahmen zu als 1984. Vor allem die Steuern erhöhten sich insgesamt kräftig bei unterschiedlicher Entwicklung einzelner Steuerarten (Tabelle 17). Die Steuern vom Einkommen — die veranlagte Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Körperschaftsteuer — nahmen aus konjunkturellen Gründen stärker zu als in den vergangenen Jahren. Daneben wirkte sich günstig aus, daß die Einnahmeausfälle aus der befristeten Investitionszulage zurückgingen.

Die Steuern vom Umsatz erreichten dagegen nicht ganz das Niveau des Vorjahres. Dies hängt wesentlich mit der gespaltenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Exporte und Investitionen, die die Konjunktur treiben, sind nicht umsatzsteuerpflichtig. Diejenigen Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die überwiegend der Umsatzsteuer unterliegen — der private Verbrauch und der Wohnungsbau — nehmen nur schwach zu oder sogar ab. Mindereinnahmen ergaben sich wegen der im vergangenen Jahr beschlossenen Erhöhung der Umsatzsteuerpauschale für Landwirte.

122. Im Jahre 1985 sind die öffentlichen Ausgaben um 3 vH angestiegen (Tabelle 18). Dies entspricht

Tabelle 17

Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern[1])

Steuerart	1982	1983	1984	1985[2])	1982	1983	1984	1985[2])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen	378,7	396,6	414,7	438	+ 2,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 5½
Lohnsteuer	123,4	128,9	136,3	148	+ 5,9	+ 4,4	+ 5,8	+ 8½
Veranlagte Einkommensteuer	30,6	28,3	26,4	28½	− 7,1	− 7,6	− 6,7	+ 8½
Körperschaftsteuer	21,5	23,7	26,3	32½	+ 6,4	+ 10,3	+ 11,1	+ 23½
Steuern vom Umsatz	97,7	105,9	110,5	110	− 0,1	+ 8,3	+ 4,4	− ½
Mineralölsteuer	22,8	23,3	24,0	25	+ 3,0	+ 2,2	+ 3,0	+ 3½
Tabaksteuer	12,2	13,9	14,4	14½	+ 8,5	+ 13,7	+ 4,0	+ 1½
Branntweinabgaben	4,3	4,3	4,2	4	− 4,5	− 0,1	− 0,9	+ 0
Vermögensteuer	5,0	5,0	4,5	4½	+ 6,3	+ 0,2	− 10,0	− 4½
Kraftfahrzeugsteuer	6,7	7,0	7,3	7½	+ 1,5	+ 4,4	+ 4,3	+ 0
Gewerbesteuer[3])	26,1	26,2	28,3	30	+ 0,2	+ 0,3	+ 8,2	+ 5½
Grundsteuern A und B	6,3	6,8	7,1	7½	+ 5,5	+ 7,3	+ 5,0	+ 4
Nachrichtlich:								
Steuerquote[4])	23,7	23,7	23,6	23,9	×	×	×	×

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Nach Ertrag und Kapital (einschließlich Gewerbesteuerumlage).
[4]) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

Tabelle 18

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1982	1983	1984[2])	1985[3])	1983	1984[2])	1985[3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)[4])	561,5	569,3	583,0	600½	+ 1,4	+ 2,4	+ 3
Laufende Rechnung	465,5	477,0	490,0	505½	+ 2,5	+ 2,7	+ 3
davon:							
Personalausgaben	177,2	182,3	185,3	192	+ 2,8	+ 1,7	+ 3½
Sachaufwand[5])	87,0	90,3	94,4	98	+ 3,8	+ 4,6	+ 4
Laufende Übertragungen	156,4	153,4	157,0	160	− 1,9	+ 2,3	+ 2
Zinszahlungen	44,9	51,0	53,3	55½	+ 13,7	+ 4,5	+ 4
Kapitalrechnung	95,8	92,1	93,0	95	− 3,8	+ 1,0	+ 2
davon:							
Sachinvestitionen	52,0	48,2	47,6	48	− 7,4	− 1,1	+ 1
Vermögensübertragungen	27,0	25,8	24,2	25	− 4,8	− 5,9	+ 3½
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	16,7	18,2	21,1	22	+ 8,6	+ 16,3	+ 4½
Saldo im Verrechnungsverkehr[6])	+ 0,2	+ 0,2	− 0,0	—	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)[4])	491,6	514,3	536,8	564	+ 4,6	+ 4,4	+ 5
Laufende Rechnung	473,3	495,6	518,8	546½	+ 4,7	+ 4,7	+ 5½
darunter: Steuern	378,5	396,3	414,7	438	+ 4,7	+ 4,6	+ 5½
Kapitalrechnung	18,3	18,7	18,1	17½	+ 2,1	− 3,4	− 3½
Saldo der durchlaufenden Mittel	0,0	0,0	0,0	0	x	x	x
Finanzierungssaldo	− 69,9	− 55,0	− 46,2	− 36½	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[7])	33,3	32,2	32,0	31,8	x	x	x
Steuerquote[8])	23,7	23,6	23,6	23,9	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	530,8	538,7	557,0	572½	+ 1,5	+ 3,4	+ 3
Einnahmen	470,5	496,4	523,7	549	+ 5,5	+ 5,5	+ 5
davon:							
Steuern	395,1	414,8	439,1	461	+ 5,0	+ 5,9	+ 5
Sonstige Einnahmen	75,4	81,6	84,6	88	+ 8,2	+ 3,6	+ 4
Finanzierungssaldo	− 60,3	− 42,3	− 33,3	− 23½	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[9])	31,5	30,5	30,5	30,3	x	x	x
Steuerquote[10])	24,7	24,8	25,0	25,1	x	x	x

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[5]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[6]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[7]) Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[8]) Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.
[9]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[10]) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

den Absichten des Finanzplanungsrates, den Ausgabenanstieg auf 3 vH jährlich zu begrenzen (Tabelle 25, Seiten 94 ff.). Die Entwicklung der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden zeigt jedoch ein durchaus unterschiedliches Bild (Tabelle 19). Auch zwischen den einzelnen Ländern und den einzelnen Gemeinden bestehen große Unterschiede.

123. Die Ausgaben des Bundes nahmen um gut 2 vH zu. Auch 1985 wurden — wie bereits in den vorangegangenen Jahren — die im Haushaltsplan ausgewiesenen Ausgabenansätze unterschritten, allerdings nicht mehr in dem Ausmaß wie in den Vorjahren. In den Jahren 1983 und 1984 waren die tatsächlichen Ausgaben jeweils um mehr als 5 Mrd DM hinter den bewilligten Haushaltsansätzen zurückgeblieben, 1985 dürfte die Unterschreitung etwa 2 Mrd DM betragen.

124. Stärker als beim Bund expandierten die Ausgaben der Länder, und die Unterschiede in der Ausgabenentwicklung der einzelnen Länder dürften sich 1985 weiter vergrößert haben. Schon 1984 zeigte sich in Ländern, die bei der Haushaltskonsolidierung weiter vorangekommen waren, eine Bereitschaft zu größeren Ausgabensteigerungen. In Ländern mit hohen Haushaltsfehlbeträgen nahmen die Ausgaben demgegenüber nur schwach zu. Für 1985 sehen die Haushaltspläne der einzelnen Länder Ausgabenzuwächse von 1/2 vH bis zu 10 vH vor. Für die Gesamtheit der Länder beträgt der Anstieg

Tabelle 19

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach Ebenen [1])

	1984	1981 bis 1984	1983	1984	1985
	Mrd DM	vH [2])			
Ausgaben					
Bund [3])	251,8	+ 8,1	+ 0,9	+ 2,0	+ 2
Länder, insgesamt [3])	234,9	+ 8,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 3 1/2
Gemeinden [3])	154,4	+ 1,5	− 1,1	+ 2,0	+ 4
Öffentlicher Gesamthaushalt [3])[4])	583,0	+ 7,6	+ 1,4	+ 2,4	+ 3
Nachrichtlich Bundesländer:					
Schleswig-Holstein	8,9	+ 8,9	+ 5,6	− 0,3	+ 4 1/2
Niedersachsen	25,0	+ 8,2	+ 0,5	+ 2,4	+ 6 1/2
Nordrhein-Westfalen	55,5	+ 2,6	− 1,1 [a])	+ 1,7	+ 4 1/2
Hessen	18,6	+ 9,9	+ 1,7	+ 4,5	+ 4 1/2
Rheinland-Pfalz	12,4	+ 6,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 4
Baden-Württemberg	33,0	+ 9,0	+ 2,7	+ 3,9 [b])	+ 1 [b]) [5])
Bayern	35,5	+ 7,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 4 1/2
Saarland	4,1	+ 15,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 10
Hamburg	11,9	+ 12,3	+ 4,1	+ 1,7	+ 4
Bremen	4,9	+ 5,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 1/2
Berlin	19,4	+ 12,2	+ 3,9	+ 4,1	+ 5
Einnahmen [3])					
Bund	223,1	+ 14,4	+ 3,8	+ 3,9	+ 5
Länder, insgesamt	216,6	+ 13,6	+ 4,0	+ 4,3	+ 5
Gemeinden	155,9	+ 9,7	+ 3,0	+ 3,8	+ 4 1/2
Öffentlicher Gesamthaushalt [4])	536,8	+ 15,2	+ 4,6	+ 4,4	+ 5
	Mrd DM				
Finanzierungssaldo [3])					
Bund	− 28,6	×	− 31,9	− 28,6	− 22 1/2
Länder, insgesamt	− 18,2	×	− 21,3	− 18,2	− 16
Gemeinden	+ 1,5	×	− 1,2	+ 1,5	+ 2 1/2
Öffentlicher Gesamthaushalt [4])	− 46,2	×	− 55,0	− 46,2	− 36 1/2

[1]) In der Abgrenzung der Finanzstatistik, bis 1984 Ist-Ergebnisse.
[2]) Für den Zeitraum 1981 bis 1984 durchschnittlich jährliche Veränderung, für die einzelnen Jahre Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[3]) Für 1985: Voraussichtliches Ist nach eigener Schätzung.
[4]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.
[5]) Für 1985 Sollansätze gemäß Haushaltsplänen einschließlich Nachträgen (Stand: Oktober 1985, Quelle: BMF).
[a]) Einschließlich 414 Mio DM Kriegsopferfürsorge.
[b]) Nach Absetzung von Buchungen wegen Veränderungen im Vermögensbestand ergeben sich folgende Zuwachsraten für 1984: 2,0 vH, für 1985: 2,8 vH.

Quelle: BMF

rund 4 vH. Allerdings wird der vorgegebene Ausgabenrahmen wahrscheinlich nicht ganz ausgeschöpft werden, so daß die Ausgaben der Länder zusammen nur um 3½ vH zunehmen dürften.

125. Die Ausgaben der Gemeinden, die seit 1981 vor allem infolge massiver Einschnitte in die Investitionshaushalte nur geringfügig ausgeweitet worden waren, nahmen 1985 um etwa 4 vH zu. Dabei stiegen vor allem die laufenden Ausgaben. Die Investitionen dürften insgesamt zwar das Vorjahresniveau überschritten haben, die Ausgaben für die reinen Bauleistungen wurden aber nicht erhöht. Die Steigerung der Investitionen geht überwiegend auf Grundstückskäufe zurück.

Insgesamt hat sich die Haushaltslage der Gemeinden seit 1984 deutlich verbessert. Trotzdem nahmen die Sachinvestitionen kaum zu. Es gibt Gemeinden, häufig im Umland größerer Städte, die durchaus in der Lage sind, vermehrt Sachinvestitionen zu finanzieren; da aber gerade solche Gemeinden häufig bereits über eine gute Infrastruktur verfügen, ist von ihnen kein großer Investitionsschub mehr zu erwarten. In anderen Gemeinden, insbesondere in größeren Städten mit hoher Arbeitslosigkeit, hat sich ein großer Investitionsbedarf aufgestaut, der aber wegen der immer noch knappen Haushaltsmittel nicht befriedigt werden kann. Viele Städte, deren Investitionsausgaben überdurchschnittlich zurückgegangen sind, waren bislang trotz großer Zurückhaltung bei den laufenden Ausgaben noch immer nicht in der Lage, aus eigener Kraft wieder mehr zu investieren.

Auf der Gemeindeebene werden zwar insgesamt Haushaltsüberschüsse erzielt und Schulden zurückgezahlt, im Hinblick auf die Investitionsfähigkeit sollte dies aber nicht überbewertet werden. Kommunale Investitionen erfordern nicht nur, daß eigene Mittel vorhanden sind. Sie können von den übergeordneten Landesbehörden nur genehmigt werden, wenn nachgewiesen wird, daß auch die Folgekosten sowie Zins- und Tilgungsausgaben in der Zukunft gedeckt werden können. Viele Gemeinden sehen offenbar neben den bereits absehbaren Belastungen, etwa den Einnahmeausfällen aus der für 1986 und 1988 beschlossenen Senkung der Einkommensteuer oder den zunehmenden Sozialhilfeleistungen an Arbeitslose neue Haushaltsrisiken auf sich zukommen. Befürchtet werden weitere Eingriffe in die Gewerbesteuer, ohne daß eine andere, stabilere Einnahmequelle in Aussicht steht, sowie neuerliche Kürzungen von Zuweisungen der Länder.

Unbegründet scheint das geringe Vertrauen auf einen stabilen künftigen Einnahmerahmen nicht. Zwar werden mit den Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung der Bauwirtschaft den Gemeinden beispielsweise für zwei Jahre insgesamt rund 1½ Mrd DM zusätzlich für die Städtebauförderung zur Verfügung gestellt, doch führt die ebenfalls beschlossene Halbierung der Abschreibungszeiten für neue Wirtschaftsbauten bei den Gemeinden dauerhaft zu Steuerausfällen, die bis 1988 auf jährlich rund 1 Mrd DM ansteigen werden. Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang auf künftige Steuermehreinnahmen aufgrund der Wachstumswirkungen dieser Maßnahmen; aus der Sicht der einzelnen Gemeinden sind diese jedoch erheblich unsicherer als die feststehenden Steuermindereinnahmen.

126. Das Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte ist im Jahre 1985 in der Abgrenzung der Finanzstatistik, die die kassenmäßigen Bewegungen bei den Gebietskörperschaften abbildet, um rund 10 Mrd DM auf etwa 36½ Mrd DM zurückgegangen. Dabei verkleinert sich das Defizit des Bundes um 6 Mrd DM auf 22½ Mrd DM und das der Länder um 2½ Mrd DM auf 16 Mrd DM. Die Gemeinden, die in ihrer Gesamtheit schon 1984 mehr eingenommen als ausgegeben hatten, dürften im laufenden Jahr einen Haushaltsüberschuß von 2½ Mrd DM erzielen.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bilden die Ausgaben und Einnahmen sowie den Finanzierungssaldo anders als die Finanzstatistik ab, vor allem weil hier die Kreditgewährung des Staates und Darlehensrückflüsse nicht defizitwirksam verbucht werden. Außerdem werden einige Steuervergünstigungen, etwa die Umsatzsteuersubventionen für die Landwirtschaft, brutto erfaßt, das heißt, sie erscheinen als öffentliche Ausgaben und nicht wie in der Kassenrechnung als Steuermindereinnahmen. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beträgt der Finanzierungssaldo für die Gebietskörperschaften 23½ Mrd DM.

Abnehmender konjunktureller Impuls

127. Aus den Haushaltszahlen läßt sich nicht ablesen, welchen Einfluß der Staat auf den Auslastungsgrad der Volkswirtschaft genommen hat. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts kann der konjunkturelle Impuls der Finanzpolitik gemessen werden, indem das tatsächliche Haushaltsvolumen oder der tatsächliche Finanzierungssaldo mit einem konjunkturneutralen verglichen werden. Dafür ist zum einen der Einfluß, den die Konjunktur ihrerseits auf die öffentlichen Einnahmen hatte, herauszurechnen, zum anderen ist zu berücksichtigen, daß auch bei konjunktureller Normallage regelmäßig ein Teil der öffentlichen Ausgaben durch Kredite finanziert wird, ohne daß dem besondere konjunkturelle Wirkungen zuzuschreiben wären. Als Näherungsgröße für eine solche Normalverschuldung setzt der Sachverständigenrat einen Betrag an, der dem Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren 1966 bis 1977 entspricht, bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential (potentialorientierte Kreditaufnahme).

128. Zur Berechnung des konjunkturellen Impulses wird vom Finanzierungssaldo der Gebietskör-

Tabelle 20

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

	1978	1979	1980	1981	1982	1983[2])	1984[2])	1985[3])
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme[4])	−15,8	−16,8	−18,0	−19,3	−20,2	−21,4	−22,3	−23
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen[5])	+ 1,0	+ 7,6	+ 5,6	− 1,5	−10,6	−10,5	− 5,1	− 1/2
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen[6])	+ 5,5	+ 5,3	+ 4,8	+ 1,9	+ 5,4	+ 1,3	− 2,7	+ 0
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	—	—	—	—	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 5 1/2
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo[7]) (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	− 9,3	− 3,9	− 7,7	−18,9	−20,9	−26,1	−25,6	−18
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo[8])	−29,8	−35,9	−46,9	−63,0	−60,3	−42,3	−33,3	−23 1/2
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	+20,5	+32,0	+39,3	+44,0	+39,4	+16,2	+ 7,7	+ 5 1/2

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang VI, Abschnitt D.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basiszeitraum, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.
[5]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.
[6]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen" abweichen kann.
[7]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[8]) Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

perschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgegangen. Im Jahre 1985 dürfte der Fehlbetrag, wie erwähnt, etwa bei 23½ Mrd DM liegen (Tabelle 20).

Da das Produktionspotential in diesem Jahr fast normal ausgelastet ist, entstehen dem Staat auslastungsbedingte Steuermindereinnahmen nur noch in Höhe von etwa ½ Mrd DM. Dieser Betrag ist vom tatsächlichen Defizit abzusetzen.

In der Vergangenheit wurden die Einnahmen zur Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens in fast allen Jahren noch um diejenigen Steuermehreinnahmen korrigiert, die sich daraus ergaben, daß die tatsächliche von der für unvermeidbar gehaltenen Preissteigerungsrate nach oben abwich. Inflationsbedingte Mehreinnahmen wieder auszugeben, wäre kein konjunkturneutraler Vorgang. Der Sachverständigenrat hat im Jahresgutachten 1984 in Ziffer 360 dargelegt, welche Probleme die Verwendung einer unvermeidlichen Preissteigerungsrate unter den gegenwärtigen Bedingungen aufwirft, und verzichtet im Zusammenhang mit der Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts auf den Ausweis inflationsbedingter Steuermehreinnahmen.

Mit knapp 13 Mrd DM ist die Gewinnabführung der Bundesbank auch 1985 hoch. Hiervon sind nach der Berechnungsmethode des Sachverständigenrates etwas mehr als 5½ Mrd DM als anomaler Teil abzusetzen (JG 84 Ziffer 242).

Der um auslastungsbedingte Steuermindereinnahmen und den anomalen Teil des Bundesbankgewinns bereinigte Finanzierungssaldo beträgt 28½ Mrd DM, als potentialorientierte Verschuldung im Sinne einer Normalverschuldung ergeben sich in diesem Jahr 23 Mrd DM. Die Differenz von 5½ Mrd DM steht für den konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte im Jahre 1985, das sind 2 Mrd DM weniger als im vergangenen Jahr.

Ein anderer Weg zur Ermittlung des konjunkturellen Impulses knüpft an die Abweichungen der Staatsquote, der Steuerquote und der Quote der sonstigen Einnahmen von den entsprechenden Quoten des Basiszeitraums 1966 bis 1977 an. Die Werte hierfür sind Tabelle 21 zu entnehmen.

129. Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung paßt durchaus, daß der konjunkturelle Impuls der öffentlichen Haushalte mit 5½ Mrd DM etwas kleiner ausfiel als 1984. Schon gegen Jahresende dürfte eine normale Auslastung der Sachkapazitäten erreicht werden.

Wichtig für die konjunkturelle Beurteilung ist es, daß ein und derselbe konjunkturelle Impuls größere und kleinere Wirkungen zur Folge haben kann, je nach den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen. Derzeit sind die Wirkungsbedingungen günstig: Bei sinkenden Zinsen, niedrigen Preissteigerungsraten und insgesamt mäßiger Ausweitung der Staatsausgaben ist die Gefahr gering, daß der konjunkturelle Anstoß, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht, zur Verdrängung privater Nachfrage führt.

Tabelle 21

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht[1])

Mrd DM

	1978	1979	1980	1981	1982	1983[2])	1984[2])	1985[3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen[4])	1 324,0	1 405,2	1 504,7	1 595,1	1 687,0	1 766,9	1 824,1	1 887½
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr[5])	1 302,3	1 384,5	1 485,7	1 587,4	1 664,0	1 761,5	1 835,3	1 887½
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum[6])	371,1	394,5	423,3	452,3	474,1	501,9	522,9	538
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[7])	1 266,5	1 346,4	1 444,8	1 543,8	1 618,2	1 713,0	1 784,8	1 836
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum[6])	315,3	335,2	359,7	384,3	402,9	426,5	444,4	457
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr[8])	328,5	345,8	370,8	386,1	400,3	424,0	446,9	461½
(6a) Tatsächliche Steuereinnahmen[1])	335,1	358,7	381,1	386,5	395,1	414,8	439,1	461
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ./. (5)	+ 13,2	+ 10,6	+ 11,1	+ 1,8	– 2,6	– 2,5	+ 2,6	+ 4½
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"[9])	+ 9,8	+ 11,8	+ 13,1	+ 15,8	+ 19,9	+ 23,1	+ 23,8	+ 24½
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	394,1	416,9	447,5	469,9	491,4	522,6	549,3	567
(10) Tatsächliche Staatsausgaben[1])	414,6	448,9	486,8	513,9	530,9	538,8	557,0	572½
(11) Konjunktureller Impuls[10]) (10) ./. (9)	+ 20,5	+ 32,0	+ 39,3	+ 44,0	+ 39,4	+ 16,2	+ 7,7	+ 5½
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 12,4	+ 11,5	+ 7,3	+ 4,8	– 4,6	– 23,2	– 8,4	– 2
(13) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen...[11])	+ 14,8	+ 26,6	+ 34,3	+ 42,1	+ 33,6	+ 14,8	+ 10,6	+ 5½

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang VI, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[5]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[6]) 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.
[7]) Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang VI, Abschnitt A.
[8]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.
[9]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

noch Tabelle 21

	1978	1979	1980	1981	1982	1983[2])	1984[2])	1985[3])
	vH							
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 7,6	+ 8,3	+ 8,5	+ 5,6	+ 3,3	+ 1,5	+ 3,4	+ 3
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	+ 2,3	+ 0,5	− 0,3	− 3,5	− 4,4	− 1,6	+ 2,0	+ 2
Bestimmungsfaktoren von (b)[12])								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1980	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1½
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres	− 1,7	− 0,8	− 0,1	− 2,1	− 0,9	+ 0,1	+ 1,0	+ ½
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	− 0,1	+ 0
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr	− 1,9	− 3,5	− 6,1	− 7,4	− 8,8	− 6,5	− 2,8	− 2
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	25,94	25,68	25,66	25,01	24,74	24,75	25,04	25,14
(15) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	30,26	30,11	30,12	29,60	29,53	29,67	29,93	30,03
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	31,83	32,42	32,77	32,37	31,90	30,59	30,35	30,33
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): (16) ./. (15)	+ 1,57	+ 2,31	+ 2,64	+ 2,77	+ 2,37	+ 0,92	+ 0,42	+ 0,30
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	31,31	31,94	32,35	32,22	31,47	30,49	30,54	30,33

[10]) Expansiv: +; kontraktiv: −.

[11]) Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang VI, Abschnitt D).

[12]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang VI, Abschnitt D). Im Jahr 1978 weicht (b) von dem ab, was den Komponenten (c) bis (g) entspricht, weil die in diesen Jahren als Basis zugrunde gelegten Quoten jeweils von unterschiedlichen Zeiträumen bestimmt sind.

Die Haushaltskonsolidierung im Rückblick

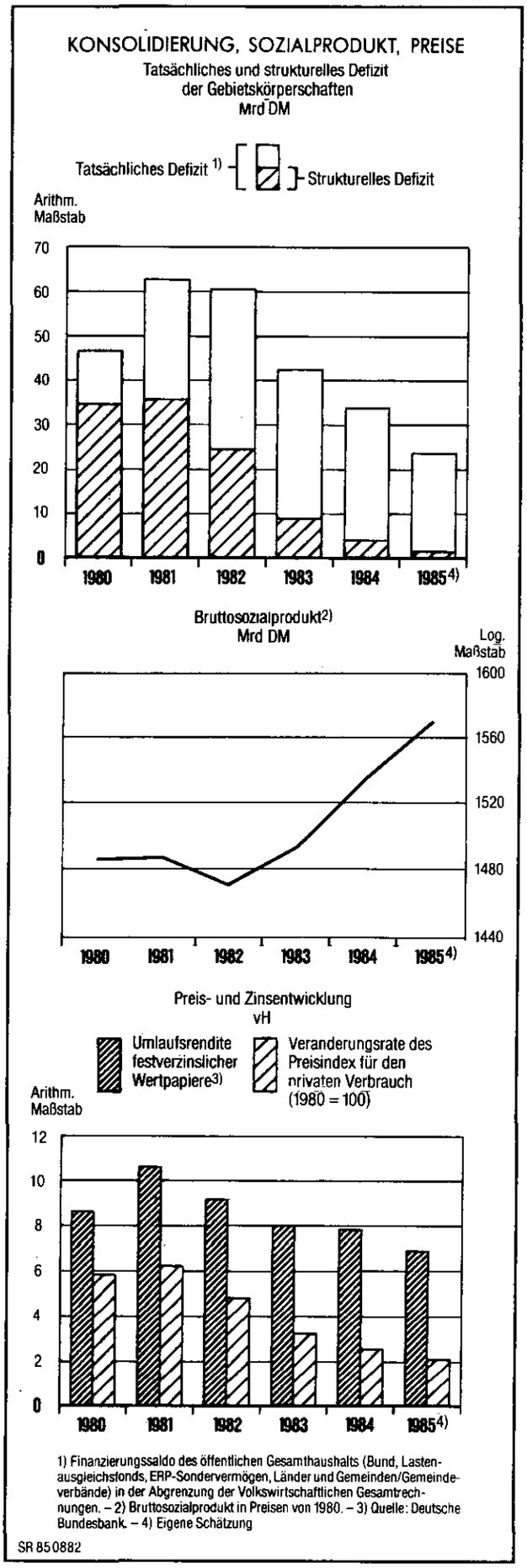
130. Im vergangenen Jahr war der Sachverständigenrat noch davon ausgegangen, daß sich für 1984 kein strukturelles Defizit der Gebietskörperschaften mehr errechnen würde. Diese Erwartung hat sich nicht ganz erfüllt. Aus heutiger Sicht steht ein Betrag von 4 Mrd DM für das strukturelle Defizit 1984, im Jahre 1985 dürfte er sich auf 1½ Mrd DM vermindern.

Als strukturelles Defizit wird der Teil des Finanzierungssaldos der Gebietskörperschaften bezeichnet, der auch in einer konjunkturellen Normallage dauerhaft die potentialorientierte Verschuldung übersteigen würde. Zur Berechnung wird das Defizit der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (23½ Mrd DM) um den anomalen Teil des Bundesbankgewinns (5½ Mrd DM) erhöht, da dieser nicht als regelmäßig zu erwartende Einnahme gelten kann. Abzusetzen sind auslastungsbedingte Steuermindereinnahmen (½ Mrd DM), auslastungsbedingte Mehrausgaben für Arbeitslosenhilfe (2 Mrd DM) sowie die restlichen Einnahmeausfälle aus der befristeten Investitionszulage (2 Mrd DM), da diese drei Posten keine dauerhafte Haushaltsbelastung darstellen. Der so bereinigte Finanzierungssaldo von 24½ Mrd DM übersteigt die potentialorientierte Verschuldung um 1½ Mrd DM, dieser Betrag bezeichnet das strukturelle Defizit des Jahres 1985.

131. Das strukturelle Defizit der Gebietskörperschaften wurde seit 1981 um 34 Mrd DM zurückgeführt und kann fast als beseitigt gelten (Schaubild 27). Das gesamte Defizit, und zwar in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das 1981 mit 63 Mrd DM seinen Höchststand erreicht hatte, wurde im gleichen Zeitraum um 40 Mrd DM verringert. Diese Politik hat trotz der mit ihr einhergehenden jährlichen Rückführung konjunktureller Impulse der öffentlichen Haushalte eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, daß ein lang anhaltender Aufschwung eingesetzt hat und das Sozialprodukt wieder stärker zugenommen hat. Die Konsolidierung hat nämlich zur Entlastung des Kapitalmarkts beigetragen. Die Haushaltsfehlbeträge von Bund, Ländern und Gemeinden wurden von 3,9 vH, gemessen am Produktionspotential, im Jahre 1981 auf 1,8 vH im Jahre 1984 vermindert. Hierdurch wurden die Voraussetzungen für niedrigere Zinsen und eine niedrigere Preissteigerungsrate verbessert. Daß der derzeitige Aufschwung anders als seine Vorgänger auf absehbare Zeit nicht durch Konsolidierungsprobleme gefährdet sein wird, kann ebenfalls als Frucht der verbesserten Haushaltslage angesehen werden. Außerdem hat der Abbau der Defizite es ermöglicht, daß nun auch eine Senkung der Steuerbelastung in Angriff genommen werden kann und dadurch die Wachstumskräfte der Wirtschaft gestärkt werden.

Die größten Konsolidierungsschritte wurden in den Jahren 1982 und 1983 getan; seither hat sich das Konsolidierungstempo verlangsamt. Im Gegensatz zum Jahre 1982, als ein kräftiger Abbau des strukturellen Defizits von einem Anstieg konjunkturbedingter Fehlbeträge überlagert wurde, verringern sich seit 1984 zwar die ausgewiesenen Defizite deutlich, dies geht aber überwiegend darauf zurück, daß

Schaubild 27



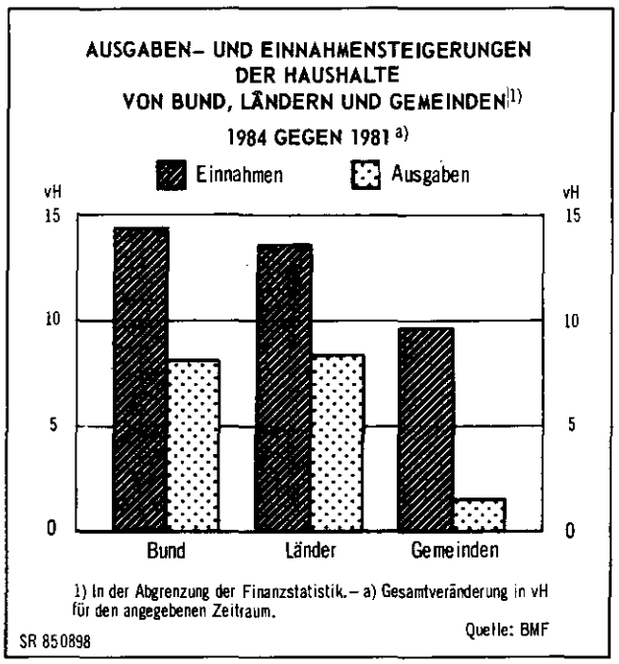
1) Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts (Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 2) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980. – 3) Quelle: Deutsche Bundesbank. – 4) Eigene Schätzung

SR 850882

konjunkturbedingte Belastungen der Haushalte entfallen.

132. Prinzipiell die gleiche Entwicklung wie das Konto der Gebietskörperschaften in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist die Finanzstatistik aus. In deren Abgrenzung läßt sich die unterschiedliche Entwicklung auf den einzelnen Haushaltsebenen, also von Bund, Ländern und Gemeinden, besser aufzeigen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts hat sich von 75,7 Mrd DM im Jahre 1981 um 39 Mrd DM auf 36½ Mrd DM im Jahre 1985 verringert. Besonders groß waren, zumindest bis 1984, die Konsolidierungsanstrengungen der Gemeinden. Hier nahmen die Ausgaben im gesamten Zeitraum zwischen 1981 und 1984 nur um 1,5 vH zu (Schaubild 28). Stärker als bei den Gemeinden, aber gleichwohl langsamer als das Produktionspotential expandierten die Ausgaben des Bundes und der Länder. Die Haushaltslage des Bundes hat sich auch deshalb verbessert, weil seit 1982 hohe Bundesbankgewinne ausgeschüttet worden sind.

Schaubild 28



133. Quantitativ — im Sinne eines Abbaus des strukturellen Defizits — kann die Konsolidierungsaufgabe heute als bewältigt gelten. In qualitativer Sicht ist jedoch festzustellen, daß sich die Struktur der öffentlichen Ausgaben zum Nachteil des Wachstums verschlechtert hat (Schaubild 29).

Die öffentlichen Investitionen sind real um ein Drittel zurückgegangen. Vor allem die Gemeinden, deren Steuereinnahmen besonders schwach zugenommen hatten und die immer mehr Sozialhilfelasten für Arbeitslose zu tragen hatten, sahen offenbar in einer Verringerung der Sachinvestitionen die einfachste Möglichkeit, ihre Fehlbeträge zu begrenzen.

Die Konsolidierung wurde nicht durch einen entschlossenen Subventionsabbau unterstützt. In den Jahren 1981 und 1982 nahmen die Subventionen zwar nur verhalten zu — je nach statistischer Abgrenzung gingen sie sogar zeitweilig zurück — aber seit 1983 gehören sie zu den am stärksten zunehmenden Haushaltsbelastungen (Tabelle 22). Neue Subventionstatbestände wurden geschaffen, und alte Subventionen, die bereits gekürzt worden waren, wurden wieder aufgestockt.

Tabelle 22

Subventionen des Staates[1])

Jahr	Mrd DM	vH[2])
1981	29,13	– *4,6*
1982	29,42	+ *1,0*
1983	31,82	+ *8,2*
1984	36,18	+ *13,7*
1985[3])	38	+ *5½*

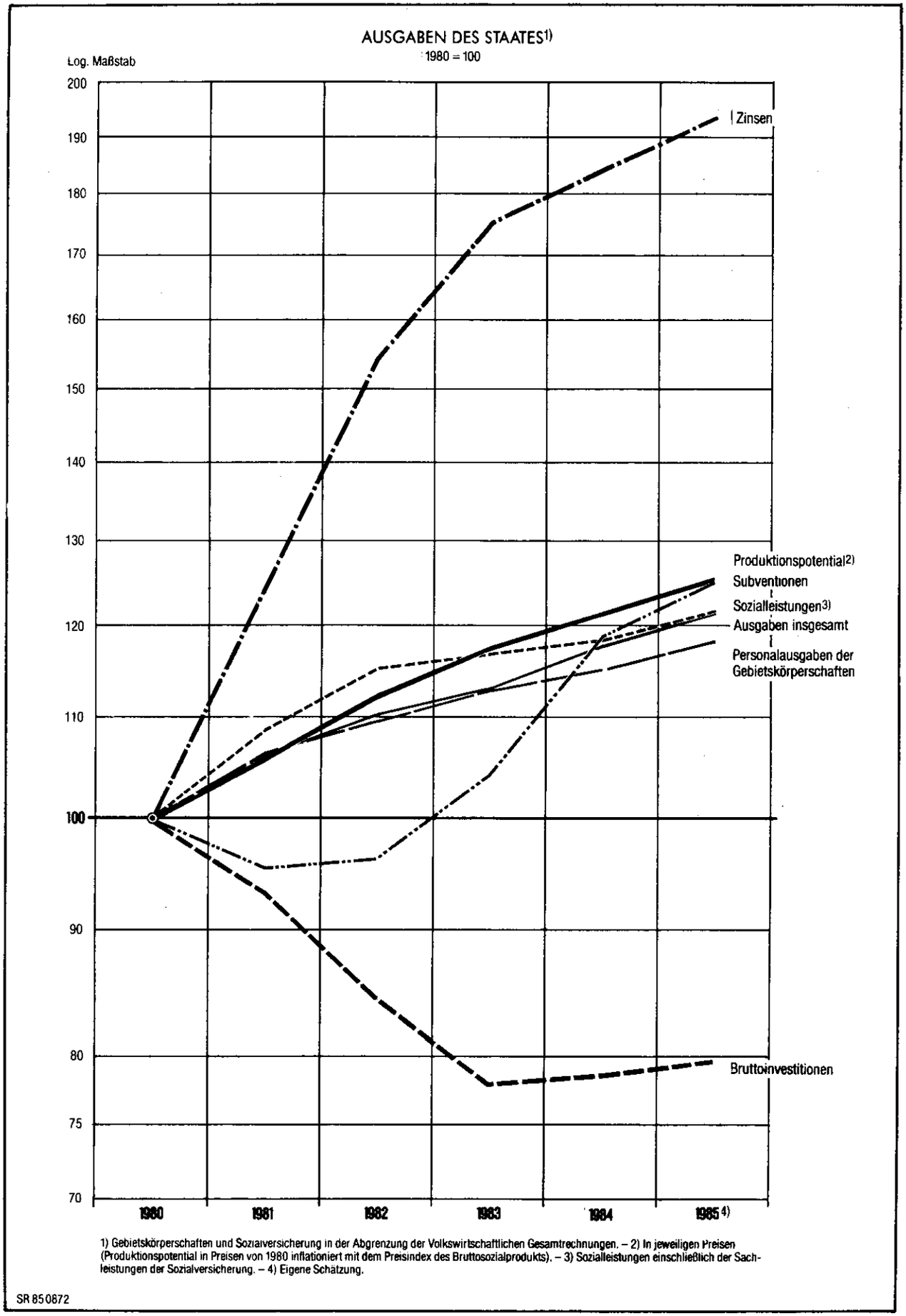
[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[3]) Eigene Schätzung.

In der amtlichen Statistik gibt es zwei Quellen, in denen Subventionen umfassend nachgewiesen werden, das Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der alle zwei Jahre von der Bundesregierung vorgelegte Subventionsbericht. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfassen unter Subventionen Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt, sei es zur Beeinflussung der Marktpreise oder zur Stützung von Produktion oder Einkommen. In der Regel werden hier nur tatsächliche Geldleistungen aufgeführt. An Steuervergünstigungen werden lediglich solche bei der Umsatzsteuer erfaßt, das sind vor allem die Vergünstigungen im Rahmen der pauschalierten Besteuerung in der Landwirtschaft. Anders als im Subventionsbericht werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die über den EG-Haushalt abgewickelten landwirtschaftlichen Marktordnungsausgaben für die Bundesrepublik (1984: 7,9 Mrd DM) sowie die Zahlungen an die Deutsche Bundesbahn (1984: 5,7 Mrd DM) als Subventionen gezählt.

Stärker auf die Subventionsziele stellt der Subventionsbericht der Bundesregierung ab, indem er zwischen Anpassungshilfen, Erhaltungshilfen, Produktivitätshilfen und „sonstigen Hilfen" unterscheidet. Die sonstigen Hilfen sollen dazu dienen, „in wichtigen Bereichen des volkswirtschaftlichen Marktprozesses für private Haushalte bestimmte Güter und Leistungen zu verbilligen und die Spartätigkeit anzuregen". Dies schließt freilich nicht aus, daß auch diese Hilfen letztlich Unternehmen zugute kommen. Ein wesentlicher Unterschied zur Subventionsabgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegt darin, daß der Subventionsbericht nur die Subventionen des Bundes ausweist. Die meisten Steuervergünstigungen — nicht aber die im letzten Jahr beschlossenen zusätzlichen Umsatzsteuervergünstigungen für die Landwirtschaft — werden als Subventionen mitberücksichtigt.

Für 1984 weist der Subventionsbericht ein Subventionsvolumen von 30 Mrd DM aus, davon 13,6 Mrd DM Finanzhilfen und 16,4 Mrd DM den Bund belastende Steuervergünstigungen. Bei den Steuervergünstigungen entfallen fast

Schaubild 29



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 2) In jeweiligen Preisen (Produktionspotential in Preisen von 1980 inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts). – 3) Sozialleistungen einschließlich der Sachleistungen der Sozialversicherung. – 4) Eigene Schätzung.

SR 850872

ein Viertel auf die Berlinförderung und jeweils etwa ein Achtel auf die erhöhte Abschreibung für Wohngebäude nach § 7b EStG sowie auf die Befreiung ärztlicher Leistungen von der Umsatzsteuer. Die andere Hälfte entfällt auf eine Reihe weiterer Steuervergünstigungen, unter anderem auf Steuersatzermäßigungen bei der Umsatzsteuer, auf Abschreibungsvergünstigungen für kleine und mittlere Betriebe sowie für Energiesparmaßnahmen oder auf die Zonenrandgebietsförderung.

Bei den ausgewiesenen Finanzhilfen bilden die für das Wohnungswesen (unter anderem sozialer Wohnungsbau, Wohngeld, Wohnungsbauprämien) mit mehr als einem Viertel des Gesamtvolumens einen Schwerpunkt. Etwa ein Drittel der Finanzhilfen fließt der gewerblichen Wirtschaft zu und davon fast die Hälfte dem Bergbau. Auf die Landwirtschaft, den am stärksten subventionierten Wirtschaftszweig, entfällt nur knapp ein Fünftel der Finanzhilfen, weil die über den EG-Haushalt abgewickelten Subventionen, wie erwähnt, im Subventionsbericht nicht berücksichtigt werden.

Mittlerweile zeichnen sich bei der Ausgabenstruktur auch günstigere Entwicklungen ab. Der zunächst sehr starke Anstieg der Zinsausgaben hat sich verlangsamt. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen dürfte 1985 der Tiefpunkt durchschritten worden sein.

134. Insgesamt wurde die Konsolidierung überwiegend durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik erreicht; die Staatsquote der Gebietskörperschaften (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) ist seit 1981 um 1,9 Prozentpunkte auf 30,3 vH zurückgegangen, für den gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung um 1,6 Prozentpunkte auf 46,4 vH.

135. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wirkte sich, soweit sie die Entwicklung der sozialen Leistungen betraf, besonders stark auf die Haushalte der Sozialversicherungen aus. Der Ausgabenzuwachs bei den sozialen Leistungen des Staates wurde durch eine Reihe von Leistungskürzungen und durch Verschärfungen der Anspruchsvoraussetzungen gedämpft. Der noch bis 1982 zu verzeichnende Anstieg der Sozialleistungen im Verhältnis zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Sozialleistungsquote) ging auf die rasch steigenden Leistungen für Arbeitslose zurück. Ohne Berücksichtigung der direkten Leistungen für Arbeitslose ist die Sozialleistungsquote schon seit 1978 rückläufig. Dieser Rückgang entspricht etwa der Hälfte des Anstiegs von 1970 bis 1977 (Schaubild 30). Seit 1983 haben die Sozialleistungen insgesamt merklich schwächer zugenommen als die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft.

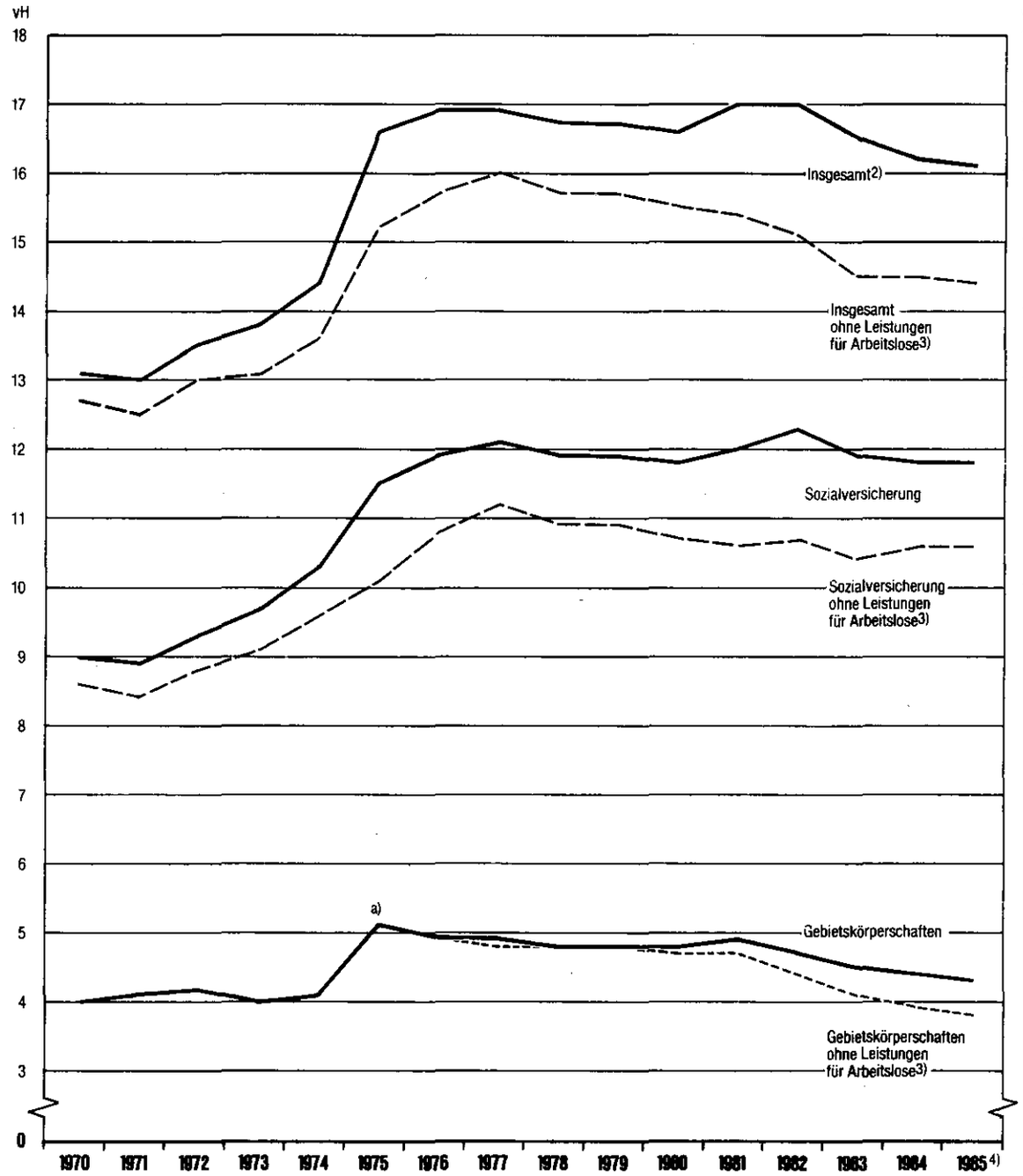
Bei den Eingriffen in die Sozialhaushalte ging es meist nicht um eine grundlegende Neuordnung des Systems der sozialen Sicherung. Oft genug wurden lediglich Belastungen von einem Sozialversicherungshaushalt auf einen anderen verlagert oder Überschüsse zugunsten defizitärer Haushalte umgelenkt. Letztlich war von dieser Verschiebepraxis in vielen Fällen der Bund begünstigt: Der Bundesanstalt für Arbeit braucht der Bund mittlerweile keine Zuschüsse mehr zu zahlen, und auch der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung wurde zweimal, 1981 und 1983, nicht voll gezahlt (Schaubild 31).

136. Zwischen 1981 und 1983 konnten die Sozialversicherungen ihre Rücklagen noch um rund 15 Mrd DM aufstocken. Im Jahre 1984 sind sie in ihrer Gesamtheit wieder ins Defizit geraten. Dies liegt zu einem erheblichen Teil an der ungünstigen Entwicklung der Beitragseinnahmen. Entscheidend dafür war der geringe Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Dies wurde auch nicht dadurch ausgeglichen, daß die Beitragssätze zwischen 1981 und 1984 insgesamt um 1,2 Prozentpunkte gestiegen und daß seit 1984 Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld oder Weihnachtsgeld beitragspflichtig sind (Tabelle 23). Die Tatsache, daß die Rentenzahlungen, insbesondere wegen der erheblich gestiegenen Anzahl der Rentenfälle, zunächst noch stärker zugenommen haben als die für das Beitragsaufkommen maßgebliche Summe der Bruttolöhne, hat ebenfalls zur Verschlechterung der Finanzsituation beigetragen.

137. Obwohl die hohe Arbeitslosigkeit die Sozialversicherung insgesamt schwer belastet, sind die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosengeld heute mit rund 14 Mrd DM kaum höher als 1981. Neben Leistungseinschränkungen wirkt sich hier vor allem aus, daß der Anteil der Langzeitarbeitslosen steigt, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr haben und statt dessen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe erhalten, die die Gebietskörperschaften zu tragen haben. Außerdem ist der Kreis derjenigen, die überhaupt Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe haben, eingeschränkt worden, mit der Folge zusätzlicher Ausgabensteigerungen bei der Sozialhilfe. Da auch die Beitragssätze der Bundesanstalt für Arbeit erhöht wurden, konnte diese 1984 erstmals wieder einen Überschuß von rund 3 Mrd DM erzielen, und 1985 dürften die Einnahmen trotz einer Senkung der Beitragssätze die Ausgaben um 2 Mrd DM übersteigen. In den Jahren 1981 und 1982 gab es demgegenüber Defizite in Höhe von 8,3 Mrd DM und 7,1 Mrd DM.

Schaubild 30

ZUR ENTWICKLUNG DER SOZIALLEISTUNGSQUOTEN DES STAATES[1)]

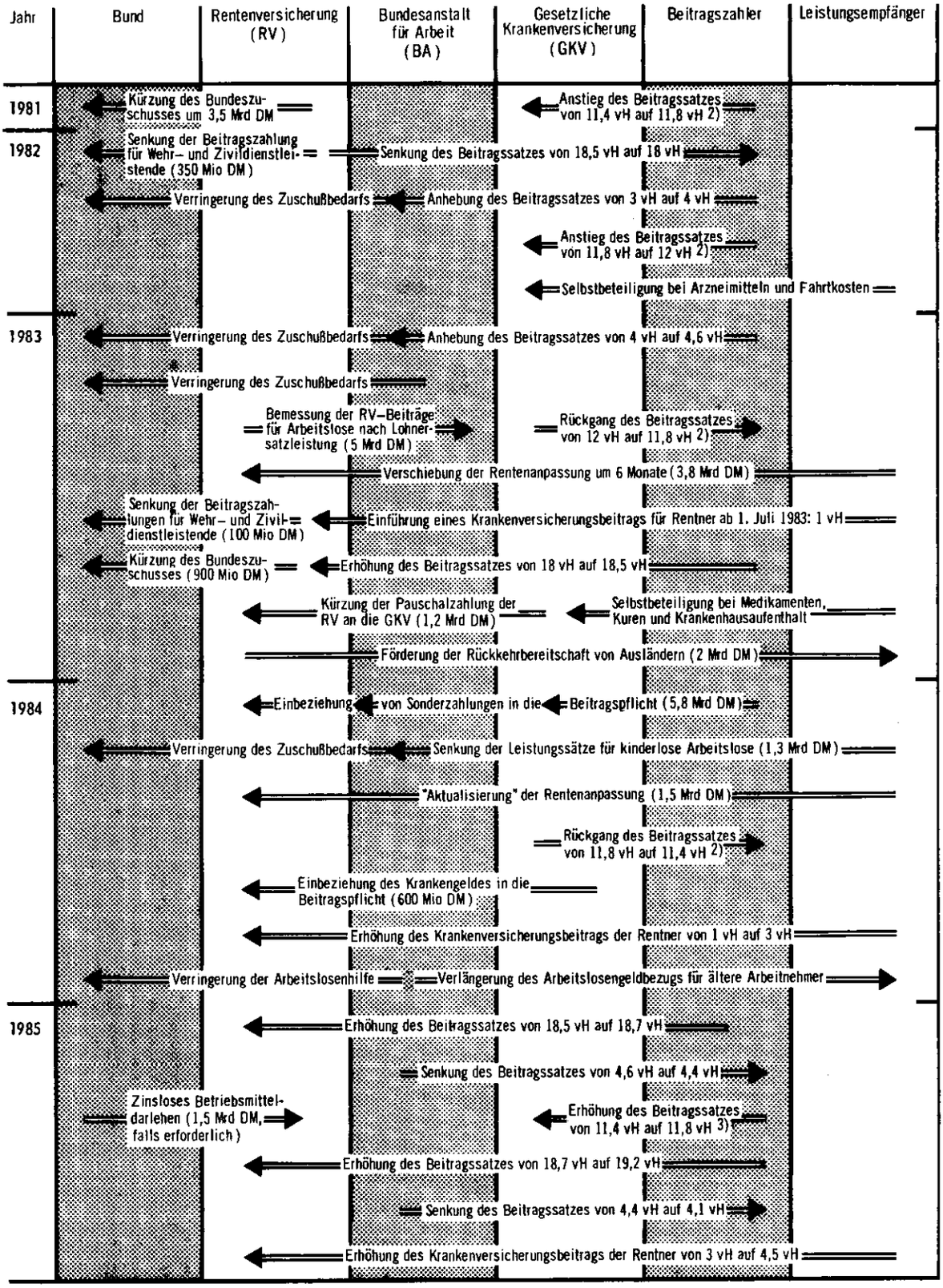


1) Soziale Leistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung im Verhältnis zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Produktionspotential in Preisen von 1980 inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts). – 2) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – 3) Arbeitslosenversicherung und Geldleistungen der Arbeitslosenhilfe. – 4) Eigene Schätzung. – a) Niveausprung bedingt durch die Ersetzung steuerlicher Kinderfreibeträge durch ein allgemeines Kindergeld.

SR 850874

Schaubild 31

BELASTUNGSVERSCHIEBUNGEN DURCH EINGRIFFE IN DIE SOZIALVERSICHERUNG 1)



1) Pfeilspitze zeigt, welchen Bereich die Maßnahme entlastet (durch Mehreinnahmen/Minderausgaben).– 2) Jahresdurchschnittlicher Beitragssatz für Pflichtversicherte mit einem Anspruch auf Entgeltfortzahlung von mindestens sechs Wochen.– 3) Stand Juli 1985.

SR 85 0902

Tabelle 23

Beitragssätze zur Sozialversicherung

Zeitraum	Rentenversicherung[1])	Arbeitslosenversicherung	Krankenversicherung[2])	Zusammen	Nachrichtlich: Beitragsbemessungsgrenze[3])	Nachrichtlich: Beitragseinnahmen[4])	Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
	vH				DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
1981 1. Januar	*18,5*	*3,0*	*11,8*[a])	*33,3*	4 400	*+ 8,1*	*+ 4,0*
1982 1. Januar	*18,0*	*4,0*	*12,0*	*34,0*	4 700	*+ 6,1*	*+ 3,4*
1983 1. Januar	*18,0*	*4,6*	*11,9*	*34,5*	5 000		
1. Juli	*18,0*	*4,6*	*11,8*	*34,4*		*+ 2,4*	*+ 4,9*
1. September	*18,5*	*4,6*	*11,8*	*34,9*			
1. Oktober	*18,5*	*4,6*	*11,7*	*34,8*			
1984 1. Januar	*18,5*	*4,6*	*11,5*	*34,6*	5 200	*+ 4,9*	*+ 4,6*
1. Mai	*18,5*	*4,6*	*11,4*	*34,5*			
1985 1. Januar	*18,7*	*4,4*	*11,7*	*34,8*	5 400		
1. April	*18,7*	*4,4*	*11,8*	*34,9*		*+ 5½*[b])	*+ 4½*[b])
1. Juli	*19,2*	*4,1*	*11,8*	*35,1*			

[1]) Der Arbeiter und Angestellten.
[2]) Durchschnittliche Beitragssätze aller Kassen. Quelle: BMA.
[3]) Für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und Arbeitslosenversicherung (Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung 75 vH der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung).
[4]) Tatsächliche Sozialbeiträge in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[a]) Jahresdurchschnitt.
[b]) Eigene Schätzung.

138. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung erfolgte zum Teil zu Lasten der Rentenversicherung. So wurde 1982 zur Kompensation der Beitragssatzerhöhung bei der Arbeitslosenversicherung der Rentenversicherungsbeitrag zunächst um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Allein dadurch, daß seit 1983 für die Höhe der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose nicht mehr das letzte Bruttoarbeitsentgelt, sondern die geringeren Lohnersatzleistungen die Bemessungsgrundlage bilden, entstehen bei der Rentenversicherung Mindereinnahmen, bei der Bundesanstalt für Arbeit, aber auch beim Bund Minderausgaben von zusammen jährlich 5 Mrd DM. Dadurch wird die Rentenversi-

cherung von der Entwicklung am Arbeitsmarkt stärker als zuvor betroffen.

Die Ausgabendynamik wurde durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen gedämpft. Die jährliche Rentenanpassung wurde 1983 für sechs Monate ausgesetzt und erfolgt nun regelmäßig zur Jahresmitte und nicht mehr zum Jahresanfang. Seit 1984 orientiert sich die Anpassung an der Steigerung der Einkommen des jeweiligen Vorjahres und nicht mehr an der durchschnittlichen Einkommensentwicklung der drei vorangegangenen Jahre. Das neue Rentenanpassungsverfahren führt bis 1987 zu niedrigeren Rentensteigerungen als das alte. Wegen der schrittweisen Einführung von Krankenversicherungsbeiträgen für Rentner von 1983 an fielen die effektiven Rentenerhöhungen 1984 und 1985 mit jeweils 1,4 vH besonders niedrig aus, obwohl 1985 der Eigenbeitrag der Rentner nicht wie ursprünglich geplant um 2 Prozentpunkte, sondern nur um 1,5 Prozentpunkte angehoben wurde. Trotz dieser Maßnahmen liegt das Netto-Rentenniveau, also das Verhältnis zwischen der Rente eines Durchschnittsverdieners mit 40 Versicherungsjahren und dem durchschnittlichen Arbeitsentgelt aller Versicherten, noch deutlich über dem Niveau vor Beginn der Konsolidierungsphase. Die Nettorenten sind also stärker gestiegen als die Nettoentgelte der Beschäftigten (Tabelle 24).

Durch zwei Beitragssatzerhöhungen im Jahre 1985, durch die Bereitstellung eines um 1,5 Mrd DM erhöhten Bundeszuschusses, durch die veränderten Regelungen für die Anpassung der Renten sowie durch die günstigere Entwicklung der Beschäftigung dürfte sich die finanzielle Lage der Rentenversicherung für die nächsten Jahre stabilisieren. Vorsorge für die aus demographischen Gründen nach 1990 zu erwartenden Belastungen wurde aber noch nicht getroffen (JG 83 Ziffer 484 ff.).

139. Die gesetzliche Krankenversicherung steht erneut vor Finanzierungsproblemen. Nach einer Phase verhaltenen Ausgabenanstiegs von 1982 bis Mitte 1983, in deren Folge sogar die Beitragssätze gesenkt werden konnten, ist nun wieder ein Kostenschub zu verzeichnen. In den letzten beiden Jahren wurden die zuvor gebildeten Reserven aufgebraucht, und viele Kassen mußten bereits die Beiträge erhöhen. Die neuerliche Beschleunigung der Ausgabenexpansion erstreckt sich auf fast alle Leistungsbereiche. Auf die mittelfristige Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung wird an anderer Stelle eingegangen (Ziffern 358 ff.).

Tabelle 24

Rentenniveau

Jahr	Monatliche Rente[1] [2]	Altersruhegeld[1] [3] gemessen am	
		Bruttoarbeitsengelt[4]	Nettoarbeitsentgelt[5]
	DM	vH	
1960	240,60	*47,3*	*56,2*
1961	253,60	*45,3*	*54,2*
1962	266,30	*43,6*	*52,5*
1963	283,90	*43,8*	*53,0*
1964	307,10	*43,5*	*52,9*
1965	335,90	*43,7*	*52,7*
1966	363,80	*44,1*	*53,9*
1967	392,90	*46,1*	*56,7*
1968	424,50	*47,0*	*57,3*
1969	459,80	*46,6*	*57,7*
1970	489,00	*44,0*	*56,8*
1971	515,90	*41,5*	*54,4*
1972	600,40	*42,2*	*57,0*
1973	668,60	*41,6*	*56,3*
1974	743,50	*41,6*	*57,0*
1975	826,00	*43,2*	*59,0*
1976	916,90	*44,8*	*62,8*
1977	1 008,10	*46,3*	*65,6*
1978	1 008,10	*46,1*	*64,6*
1979	1 053,40	*45,7*	*63,8*
1980	1 095,60	*44,6*	*63,2*
1981	1 139,40	*44,2*	*62,9*
1982	1 205,00	*44,9*	*64,6*
1983	1 272,30	*44,6*	*64,5*
1984	1 315,50	*45,3*	*65,3*
1985[6]	1 355,00	*45,2*	*64,7*

[1] Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst) und 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren.
[2] Rentenbetrag am Stichtag 1. Juli des jeweiligen Jahres.
[3] Für Bruttorentenniveau: Bruttorente; für Nettorentenniveau: Rentenzahlbetrag (nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags) im Kalenderjahr.
[4] Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten.
[5] Das Nettoarbeitsentgelt ist aus dem Bruttojahresarbeitsentgelt durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen berechnet.
[6] Schätzung des BMA.

Quelle: BMA

Tabelle 25

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1984	
23. November	Der Finanzplanungsrat berät den Vollzug der öffentlichen Haushalte 1984 sowie die Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften für 1985 vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Es wird bekräftigt, daß die jährliche Neuverschuldung weiter zurückgeführt werden soll, um die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbessern und den Anstieg der Zinsausgaben in den öffentlichen Haushalten einzudämmen. Das Wachstum der Staatsausgaben soll auch 1985 auf 3 vH begrenzt werden.
30. November	Der Bundestag beschließt in dritter Lesung den Bundeshaushalt 1985. Er weist ein Volumen von 259,3 Mrd DM und eine Nettokreditaufnahme von 25 Mrd DM auf.
1985	
11./13. März	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1985 bis 1989 vor. Unter Zugrundelegung einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts von 5 vH erwartet er 1985 Steuereinnahmen von 436,8 Mrd DM, das sind 5,3 vH mehr als 1984. Bei geltendem Steuerrecht, das heißt ohne die vorgesehene Einkommensteuerentlastung, wird mit einem Anstieg der Steuerquote von 23,8 vH im Jahre 1985 auf 24,66 vH im Jahre 1989 gerechnet.
26. März	Der Bundestag beschließt das Dritte Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes. Danach wird vom 1. April 1985 an die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um 2 Pf/Liter auf 49 Pf/Liter gesenkt und für bleihaltiges Benzin um 2 Pf/Liter auf 53 Pf/Liter erhöht.
27. März	Die Bundesregierung verabschiedet die Entwürfe eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften und eines Gesetzes zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums: — Das Unternehmensbeteiligungsgesellschaftengesetz soll einen ordnungspolitischen Rahmen für die Gründung und den Aufbau von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften schaffen. Diese sollen nicht börsennotierten Unternehmen — vor allem mittelständischen oder jungen Unternehmen — risikotragendes Kapital in verschiedenen Beteiligungsformen anbieten. — Das Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums sieht eine Abschaffung der Nutzungswertbesteuerung eigengenutzter Wohnungen, eine Verbesserung der steuerlichen Grundförderung, die dem § 7b EStG vergleichbar ist, sowie eine Erweiterung der kinderzahlabhängigen Zusatzförderung vor.
28. März	Der Finanzplanungsrat berät die Haushaltsabschlüsse 1984, die Haushaltsentwicklung 1985 sowie die vorläufigen Annahmen für die Aufstellung der Haushaltsentwürfe 1986 und für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzpläne bis 1989. Weiterhin wird die Absicht bekräftigt, den jährlichen Ausgabenanstieg der öffentlichen Haushalte auf durchschnittlich 3 vH jährlich zu begrenzen. Der Schwerpunkt der Konsolidierung müsse nach wie vor bei den konsumtiven Ausgaben, vor allem den Personalausgaben liegen. Wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen seien zu verstärken. Die öffentlichen Investitionen seien zu verstetigen und wenn möglich zu erhöhen.
19. April	Der Bundestag beschließt das Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung. Es sieht eine Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt auf 19,2 vH zum 1. Juni 1985 vor. Diese Erhöhung ist bis Ende 1986 befristet. Für den gleichen Zeitraum wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte auf 4,1 vH gesenkt. Zur Sicherung der gesetzlich vorgeschriebenen Schwankungsreserve wird ein um 1,5 Mrd DM erhöhter Sonderzuschuß des Bundes bereitgestellt. Außerdem wird der Eigenbeitrag der Rentner zur Krankenversicherung am 1. Juli 1986 von 4,5 vH auf 5,2 vH und am 1. Juli 1987 von 5,2 vH auf 5,9 vH erhöht.
22. Mai	Das Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens wird verkündet. Es sieht vor, daß ab 1. Juli 1985 für eine Übergangszeit steuerliche Vergünstigungen als Anreiz zur freiwilligen Anschaffung schadstoffarmer Personenkraftwagen gewährt werden.
24. Mai	Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/88). Es sieht Steuerentlastungen in zwei Stufen 1986 und 1988 vor. Die erste Stufe mit einem Entlastungsvolumen von knapp 10 Mrd DM kommt vor allem Beziehern kleinerer und mittlerer Einkommen sowie Familien mit Kindern zugute. Die Kinderfreibeträge werden von 432 DM auf 2484 DM erhöht. Der Grundfreibetrag wird bei Alleinstehenden um 324 DM auf 4536 DM bei Verheirateten um 648 DM auf 9072 DM angehoben. Daneben wird ein Zuschlag zum Kindergeld von monatlich bis zu 46 DM je Kind den Eltern gewährt, die wegen ihres geringen Einkommens den steuerlichen Kinderfreibetrag

Datum	
1985	
noch 24. Mai	nicht oder nicht voll nutzen können. In der zweiten Stufe wird das Entlastungsvolumen durch eine Tarifreform, die die steuerliche Grenzbelastung über den gesamten Progressionsbereich deutlich absenkt, auf rund 20 Mrd DM aufgestockt.
5. Juni	Der Bundestag verabschiedet in dritter Lesung das Rentenanpassungsgesetz 1985. Zum 1. Juli 1985 werden die Renten um effektiv 1,41 vH erhöht. Der Eigenbeitrag der Rentner zur Krankenversicherung wird nicht wie ursprünglich vorgesehen um 2 Prozentpunkte, sondern nur um 1,5 Prozentpunkte erhöht.
10./12. Juni	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft die Schätzergebnisse vom März 1985 für den mittelfristigen Zeitraum 1985 bis 1989. Die Steuerschätzung erfolgt nach geltendem Recht, das heißt ohne Berücksichtigung der sich aus dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 ergebenden Steuerausfälle. Unter Zugrundelegung einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts von jährlich rund 5 vH wird für 1985 mit Steuereinnahmen in Höhe von 437,1 Mrd DM gerechnet. Die Steuerquote erhöht sich unter diesen Annahmen zwischen 1985 und 1989 von 23,8 vH auf 24,7 vH.
19. Juni	Der Finanzplanungsrat berät die Haushaltsentwicklung 1985 sowie die Gestaltung der Haushalte 1986 und der Finanzpläne bis 1989.
1. Juli	Das Bundeskabinett beschließt den Entwurf des Bundeshaushalts 1986 und den Finanzplan 1985 bis 1989. Das Haushaltsvolumen des Bundes soll 1986 263,9 Mrd DM, die Nettokreditaufnahme 24,95 Mrd DM betragen. Für die Jahre 1987 bis 1989 sind Steigerungen der Ausgaben des Bundes von 2,9 vH je Jahr vorgesehen. Bis 1989 soll die Nettokreditaufnahme auf 23,3 Mrd DM zurückgeführt werden. Daneben werden Maßnahmen beschlossen, um die Investitionskraft der Wirtschaft zu steigern und den Anpassungsprozeß im Baubereich zu erleichtern. Unter anderem wird der steuerliche Abschreibungszeitraum für neue Wirtschaftsgebäude von 50 Jahren auf 25 Jahre gesenkt und die degressive Gebäudeabschreibung verbessert. Bei der Stadterneuerung wird der Bund seinen Verfügungsrahmen für die Jahre 1986 und 1987 auf jeweils 1 Mrd DM verdreifachen. Das ERP-Sondervermögen wird seine Planansätze neben einer bereits länger vorgesehenen Erhöhung um jährlich 200 Millionen DM 1986 und 1987 um je 800 Millionen DM aufstocken und vor allem die ERP-Umweltschutzprogramme, aber auch das Gemeindeprogramm sowie die Investitionshilfen für Betriebsverlagerungen (Standortprogramm) erweitern.
17. Juli	Die Bundesregierung beschließt die Einführung eines „Erziehungsgeldes" in Höhe von 600 DM je Monat sowie eines „Erziehungsurlaubs" mit Kündigungsschutz für zwölf Monate nach der Geburt eines Kindes. Das Erziehungsgeld wird vom 1. Januar 1986 an für zehn Monate, vom 1. Januar 1988 an für zwölf Monate gezahlt. Für die Zahlung gelten vom siebten Monat an gleitende Einkommensgrenzen.
7. August	Die Bundesregierung beschließt den: — Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Finanzausstattung der Europäischen Gemeinschaften. Die Mehrwertsteuer-Eigenmittel werden um 40 vH von 1 vH auf 1,4 vH der einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer angehoben. Die Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft führt bei voller Ausnutzung des neuen Plafonds 1986 zu zusätzlichen Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft aus dem Umsatzsteueraufkommen des Bundes von 4 Mrd DM. — Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern. Der Anteil der Länder an der Umsatzsteuer wird für 1986 und 1987 um 0,5 Prozentpunkte auf 35 vH erhöht, der des Bundes entsprechend auf 65 vH verringert.
28. August	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionszulagengesetzes. Als wesentliche Neuerung sieht der Gesetzentwurf die Aufhebung des Kumulationsverbots von regionaler Zulage (§ 1 InvZulG) und Forschungszulage (§ 4 InvZulG) vor. Hierdurch soll ein größerer Anreiz für Investitionen im Bereich von Forschung und Entwicklung in den Fördergebieten geschaffen werden.
11. September	Das Bundeskabinett verabschiedet den 10. Subventionsbericht für den Zeitraum 1983 bis 1986. Danach belaufen sich die Subventionen des Bundes (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) 1985 auf 31,9 Mrd DM gegenüber 30 Mrd DM 1984 und 28,2 Mrd DM 1983.
24. September	Die Bundesregierung beschließt einen Entwurf zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes. Danach soll ab 1. Januar 1986 der Steuersatz für bleifreies Benzin um weitere 3 Pf/Liter auf 46 Pf/Liter gesenkt werden. Bis März 1989 ist eine sukzessive Wiederanhebung auf 48 Pf/Liter vorgesehen.
11./12. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft seine Steuerschätzungen vom Juni 1985 für die Jahre 1985 und 1986. Erstmals werden die sich 1986 aufgrund des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 ergebenden Steuerausfälle berücksichtigt. Bei einer angenommenen Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von 4½ vH im Jahre 1985 und von 5½ vH 1986 werden 1985 Steuereinnahmen in Höhe von 439 Mrd DM, 1986 in Höhe von 457,3 Mrd DM erwartet.

VI. Fortschreitende Internationalisierung der deutschen Wirtschaft

140. Die deutsche Volkswirtschaft ist in besonders hohem Maße und auf vielfältige Weise mit der Weltwirtschaft verflochten. Ein weltumspannendes Netz güterwirtschaftlicher und finanzieller Beziehungen hat den Verbund der nationalen Märkte mit dem Ausland immer enger werden lassen. Die weltwirtschaftliche Integration der Märkte ist mittlerweile bei einer Reihe von Gütern so weit vorangeschritten, daß man praktisch von Weltmärkten sprechen kann. Hierin zeigt sich zugleich eine fortschreitende internationale Arbeitsteilung, an der sich die deutsche Wirtschaft während der letzten drei Jahrzehnte in wachsendem Maße beteiligt hat.

Verstärkte internationale Arbeitsteilung bringt Gutes mit sich, und zwar für alle Beteiligten. Die Unternehmen nutzen die Chance, ihre Produktionsvorteile auf einem größeren Markt auszuspielen und durch kostensenkende Massenfabrikation zu vergrößern. Den Verbrauchern kommt die Vielfalt des internationalen Güterangebots zugute; sie zahlen Preise, die der internationale Wettbewerb in Schach hält. Und schließlich schafft weltweite Arbeitsteilung hoch bezahlte Arbeitsplätze, deren Zahl zudem ansteigt, weil Arbeitsteilung immer auch Wachstum fördert und damit in allen Ländern zusätzliche Beschäftigung schafft. Exporterfolge, die Ergebnis eines freien Wettbewerbsprozesses sind, geben dem Außenhandel eines Landes weitere Impulse, die auch den Mitbewerbern neue Chancen eröffnen und den Welthandel stärken.

Die Internationalisierung der Wirtschaft birgt jedoch nicht nur Chancen und Vorteile in sich, sondern auch Risiken. Die Unternehmen haben in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen, daß die weltwirtschaftlichen Bedingungen starkem Wandel unterliegen. Ebenso muß sich die Wirtschaftspolitik auf die Gegebenheiten des Weltmarktes einstellen. Andernfalls würde ihr Handlungsspielraum bei der Verfolgung nationaler Ziele spürbar eingeengt, und sie könnte außerdem nicht mehr ihrer Verantwortung für die Weltwirtschaft gerecht werden (Ziffer 183).

Zunehmende Integration der Gütermärkte

141. Die Einbindung der deutschen Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung vollzog sich zunächst vor allem über die internationalen Märkte für Waren und Dienste. So ist der grenzüberschreitende Güteraustausch in den zurückliegenden Jahrzehnten wesentlich stärker gestiegen als die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung. Gemessen als Summe aus den jeweiligen Export- und Importquoten hat der Offenheitsgrad der Bundesrepublik ständig zugenommen, von 37½ vH im Jahre 1960 auf 64½ vH im Jahre 1984. Auch in zahlreichen anderen Industrieländern wird ein immer größerer Teil der Inlandsproduktion im Ausland abgesetzt und ein zunehmender Teil des heimischen Güterangebots von ausländischen Herstellern bereitgestellt (Tabelle 26). Ein starker positiver Trend zeigt sich unterschiedslos in kleineren Ländern, die wegen ihres engen Binnenmarktes schon immer in hohem Maße vom Außenhandel abhängig waren, wie in großen Ländern. Besonders auffallend ist, daß die Vereinigten Staaten als das größte Welthandelsland inzwischen ebenfalls einen angesichts der Größe ihres Binnenmarktes hohen Offenheitsgrad aufweisen; verglichen mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist der Außenhandelsumsatz inzwischen doppelt so groß wie 1960. In Japan dagegen hat der Offenheitsgrad nur relativ wenig zugenommen, was wegen der Exportorientierung dieses Landes überraschen mag. Eine Rolle hierbei dürfte zum einen die unzureichende Öffnung der japanischen Binnenmärkte für ausländische Erzeugnisse spielen und zum anderen die Tatsache, daß sich die großen japanischen Exporterfolge auf wenige, wichtige Produktgruppen konzentrieren.

Mit der Ausweitung des grenzüberschreitenden Güteraustausches hat sich auch das Muster der internationalen Arbeitsteilung gewandelt. Vor allem in den Handelsbeziehungen zwischen jenen Ländern, die bereits einen hohen Entwicklungsstand erreicht haben, kommt dem Austausch von Industriegütern der gleichen Branche oder Produktgruppe eine herausragende Bedeutung zu. So zeigen vor allem die Außenhandelsströme zwischen den Industrieländern eine fortgeschrittene intraindustrielle Spezialisierung an. Von dieser Form der internationalen Arbeitsteilung hat die deutsche Volkswirtschaft in besonderem Maße profitiert. Der Trend zum intraindustriellen Handel, der sich in gleichzeitig hohen sektoralen Export- und Importquoten niederschlägt, hat also die weitere Integration der deutschen Wirtschaft in den weltwirtschaftlichen Verbund begünstigt. Zusammen mit der Liberalisierung des internationalen Warenhandels und besonders des innereuropäischen Warenaustausches war das Vordringen der intraindustriellen Arbeitsteilung, an der sich auch die Entwicklungsländer seit den siebziger Jahren immer stärker beteiligen, ausschlaggebend für die Verschmelzung nationaler Gütermärkte.

142. Der Dienstleistungsverkehr hat in den siebziger Jahren etwa ebenso stark zugenommen wie der Austausch von Waren, obgleich die Bedingungen für einen ungehinderten Dienstleistungsaustausch mangels eines allgemeinen internationalen Rahmenabkommens weit weniger günstig sind als für den Warenhandel. Die deutsche Wirtschaft hat zwar innerhalb der internationalen Arbeitsteilung ihre Produktion besonders auf industrielle Erzeugnisse ausgerichtet, gleichwohl nimmt sie auch im internationalen Dienstleistungsverkehr eine führende Position ein. Ohne die Erträge aus Auslandsvermögen gerechnet, die nicht Dienstleistungen im eigentlichen Sinne darstellen, ist die Bundesrepublik größter Nachfrager nach Diensten auf den Auslandsmärkten; hierzu haben wesentlich Auslandsreisen beigetragen. Zugleich ist die Bundesrepublik nach den Vereinigten Staaten zweitgrößter Anbieter von Dienstleistungen. Das starke Wachstum des Außenhandels mit Dienstleistungen ist ohne die schnelle Entwicklung des internationalen Warenaustau-

Tabelle 26

Offenheitsgrade ausgewählter Länder[1])

vH

Land	Berechnungsart[2])	1960	1970	1980	1983	1984
Bundesrepublik Deutschland	a	37,5	43,2	57,2	60,7	64,4
	b	35,5	40,3	53,6	56,2	59,7
Frankreich	a	29,6	35,0	53,0	57,2	...
	b	27,9	32,2	46,3	48,1	50,5
Großbritannien	a	47,4	49,6	58,8	59,0	...
	b	43,5	45,8	53,0	52,4	57,6
Italien	a	29,6	37,8	56,7	56,1	...
	b	28,3	35,0	53,1	51,8	54,6
Belgien	a	.	108,4	134,8	158,6	...
	b	77,7	101,3	122,1	140,1	146,6
Niederlande	a	100,0	98,9	119,1	128,5	...
	b	94,3	91,5	105,6	113,2	121,0
Schweiz	a	64,4	74,4	86,1	81,6	88,1
	b	58,9	67,2	77,0	70,3	76,0
Österreich	a	.	66,3	87,5	89,9	...
	b	50,2	63,9	80,0	81,4	95,2
Vereinigte Staaten	a	10,7	12,9	25,6	21,3	22,4
	b	9,5	11,2	21,1	17,1	18,0
Japan	a	.	21,5	31,2	29,7	31,2
	b	21,2	20,3	28,8	26,7	28,8
Kanada	a	39,1	47,9	60,7	54,0	...
	b	36,2	44,0	55,7	48,4	54,8

[1]) Berechnet als Summe der Ausfuhr und Einfuhr (jeweils Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in vH des Bruttoinlandsprodukts.

[2]) Bei Berechnungsart a Einfuhr und Ausfuhr einschließlich, bei b ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Quelle für Grundzahlen: OECD; Bundesrepublik: Nationale Quelle

sches nicht denkbar; denn Waren und Dienstleistungen sind vielfach komplementär.

143. Ein weiteres Kennzeichen der weltwirtschaftlichen Integration ist die zunehmende Kapitalverflechtung heimischer Unternehmen mit dem Ausland. Durch den Erwerb oder Aufbau ausländischer Produktionsanlagen sowie durch die Beteiligung an ausländischen Gesellschaften konnten sich viele Anbieter eine stärkere Position auf ihren ausländischen Absatzmärkten verschaffen. Daneben haben auch die Sicherung des Zugangs zu den Beschaffungsmärkten, die Überwindung von Handelshemmnissen sowie bei einigen Branchen auch bessere Produktionsbedingungen in anderen Ländern eine Rolle gespielt. Zum Teil haben die inländischen Unternehmen aus Kostengründen nur ausgewählte Bearbeitungsstufen der Produktion in das Ausland verlagert, so daß sich innerhalb der Unternehmen ein grenzüberschreitender Austausch von Vorleistungsgütern zwischen den einzelnen Betriebsstätten im Inland und im Ausland herausgebildet hat. Der Anteil dieses Intra-Unternehmenshandels am gesamten deutschen Außenhandel wird mittlerweile auf mindestens ein Fünftel geschätzt.

An dem Prozeß der Internationalisierung der Produktion waren bislang zum einen traditionell exportorientierte Branchen beteiligt, wie vor allem die chemische Industrie und das Investitionsgütergewerbe, und zum anderen Sektoren, die sich einer starken Importkonkurrenz ausgesetzt sahen, so die Textilindustrie. Von den Dienstleistungsunternehmen zeigten insbesondere die Kreditinstitute reges Interesse, angesichts der zunehmenden Internationalisierung des Bankengeschäfts Auslandsniederlassungen zu gründen oder zu erweitern, um auf wichtigen internationalen Finanzplätzen präsent zu sein. Gemessen an den Direktinvestitionen deutscher Unternehmen waren die Kreditinstitute in den letzten zehn Jahren sogar die größte Investo-

rengruppe im Ausland. Insgesamt hat der Bestand an Direktinvestitionen im Besitz deutscher Unternehmen seit Mitte der siebziger Jahre bis Ende 1983 um das Zweieinhalbfache zugenommen. Er ist damit stärker gewachsen als das Unternehmensvermögen ausländischer Investoren in der Bundesrepublik und hat dessen Niveau mittlerweile sogar deutlich übertroffen.

Auch andere Formen der Internationalisierung der Produktion haben in der betrieblichen Praxis immer stärkere Beachtung gefunden. So werden Forschungsabkommen zwischen inländischen und ausländischen Unternehmen geschlossen, gemeinsame Marktstrategien entwickelt sowie Patente und Lizenzen vergeben. Aus alledem wird deutlich: Das Denken und Handeln in internationalen Zusammenhängen ist für viele Unternehmen mittlerweile zu einer existentiellen Notwendigkeit geworden.

Zunehmende internationale Verflechtung der Finanzmärkte

144. Besonders dynamisch entwickelte sich seit den siebziger Jahren der Prozeß der Internationalisierung der Volkswirtschaften durch die Verflechtung der Finanzmärkte. Der Verbund der einzelnen Märkte untereinander ist hier inzwischen so weit vorangeschritten und das Volumen der Finanzströme so stark gestiegen, daß trotz noch bestehender zahlreicher Kapitalverkehrskontrollen im Ausland die nationalen Finanzmärkte immer mehr zu einem einheitlichen Weltfinanzmarkt zusammenwachsen. Für das starke Wachstum der internationalen Kapitalströme kann eine Reihe von Gründen angeführt werden. Eine maßgebliche Rolle hat hierbei sicherlich die rasche Expansion des Waren- und Dienstleistungsaustausches gespielt. In den siebziger Jahren waren es vor allem die hohen Zahlungsbilanzungleichgewichte in der Welt, die den außenwirtschaftlichen Finanzierungsbedarf vieler Länder emporschnellen ließen und die Integration der Kreditmärkte verstärkten. Begünstigt wird die fortschreitende Kapitalverflechtung zudem bei ständigem Anstieg des Vermögens in der Welt von dem Bestreben der Geldvermögensbesitzer, ihre Anlagen auch international zu streuen.

145. Der deutsche Kapitalmarkt ist ein wichtiger Bestandteil des internationalen Finanzsystems. Das außenwirtschaftliche Geflecht von Forderungen und Verbindlichkeiten ist enger denn je. So konnten heimische Banken, zum Teil über ihre Auslandsfilialen, das Kreditgeschäft mit ausländischen Kunden überdurchschnittlich ausweiten, und private Haushalte sowie Unternehmen haben einen zunehmenden Teil ihrer angesammelten Ersparnisse in Form von ausländischen Aktiva angelegt. Insgesamt nahm das Auslandsvermögen der Bundesrepublik zwischen Ende 1980 und Mitte 1984 um 163 Mrd DM auf 651 Mrd DM zu, während die Auslandsverbindlichkeiten im gleichen Zeitraum um 143 Mrd DM auf 566 Mrd DM anstiegen. Im Ergebnis hat sich also das Netto-Auslandsvermögen der Bundesrepublik weiter erhöht. An der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung im Jahre 1985 war der Nettozuwachs an Auslandsforderungen zu etwa 20 vH beteiligt, finanzielles Spiegelbild des hohen Leistungsbilanzüberschusses in diesem Jahr. Aufgrund der starken Position der deutschen Wirtschaft in der Weltwirtschaft sowie der traditionellen Freizügigkeit des Kapitalverkehrs mit dem Ausland ist die D-Mark in den siebziger Jahren in die Rolle einer internationalen Anlage- und Reservewährung hineingewachsen. Für ausländische private Kapitalanleger sowie für ausländische Währungsbehörden ist die D-Mark nach dem Dollar zweitwichtigste Anlagewährung geworden. Nicht zuletzt diese Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Umsätze im Kapitalverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland weitaus stärker zugenommen haben als die Umsätze im Leistungsverkehr. Für die Wechselkursbildung der D-Mark haben damit die Kapitalströme gegenüber den Güterströmen eine dominierende Bedeutung erlangt.

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1986

I. Die Ausgangslage

146. Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiter im konjunkturellen Aufwind. Auch im dritten Aufschwungsjahr hat das Expansionstempo nicht nachgelassen, sondern es hat sich eher etwas verstärkt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im zweiten Halbjahr 1985 mit einer Rate von mehr als 3 vH gestiegen sein; diese Rate beschreibt die derzeit gute Konstitution der deutschen Wirtschaft besser, als es im Ergebnis für das ganze Jahr 1985 — knapp 2½ vH — zum Ausdruck kommt, in dem sich auch die schwache Entwicklung am Jahresbeginn spiegelt.

Bemerkenswert ist, daß der Aufschwung bislang ohne die früher üblichen Verspannungen verläuft: Die Auslastung der Sachanlagen ist gerade wieder normal, die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung stößt also nicht schon an Kapazitätsgrenzen, von ganz wenigen Bereichen abgesehen. Zudem erweitern nun auch mehr Unternehmen ihre Produktionsanlagen, der Kapitalstock wächst wieder etwas schneller. Das Kostenniveau und das Preisniveau sind weitgehend stabil. Die Gefahr einer neuen Kosten- und Preiswelle, die den Aufschwung schon bald beenden oder die Geldpolitik und die Finanzpolitik zu Bremsmanövern zwingen könnte, besteht bisher nicht.

Die Bedingungen für einen langen Aufschwung, der zunehmend auch den Arbeitsmarkt erfaßt, sind damit besser geworden, und vielerorts wächst die Bereitschaft, die sich bietenden Chancen wahrzunehmen.

147. Unsere Prognose im letzten Jahresgutachten war von der Erwartung bestimmt, daß 1985 für die deutsche Wirtschaft ein gutes Jahr würde. Nach dem augenblicklichen Informationsstand zu urteilen, hat die Entwicklung unsere Vorausschätzungen bestätigt, nicht immer im einzelnen, aber doch in der großen Linie.

— Richtig lagen wir mit unserem Urteil, daß die Dynamik von den Investitionen kommen würde, und zwar von den Ausrüstungsinvestitionen. Die von uns prognostizierte Zunahme um 10 vH — sie wurde weithin als zu optimistisch betrachtet — wird erreicht werden. Richtig haben wir auch gesehen, daß der Export eine Stütze der Konjunktur bleiben würde. Hier fällt die Zuwachsrate noch etwas größer als angenommen aus.

— Falsch war unsere Einschätzung, daß die Bautätigkeit nur wenig schwächer sein würde als 1984. Der Rückgang bei den Bauinvestitionen setzte sich im Gegenteil fort, und zwar in einem Maße, wie wir es kaum für möglich hielten. Enttäuschend war überdies die Entwicklung beim privaten Verbrauch. Die privaten Haushalte gaben erst um die Jahresmitte ihre Zurückhaltung auf, später und auch zögerlicher, als wir es vermuteten.

Im Jahresergebnis ist die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einem Zuwachs von knapp 2½ vH etwas hinter dem zurückgeblieben, was wir für wahrscheinlich hielten. Die vorausgesagte Beschleunigung des Expansionstempos trat später als erwartet ein.

Auf Skepsis traf und trifft teilweise noch immer unsere Prognose für den Arbeitsmarkt. Die Einschätzung, daß im Laufe des Jahres 1985 zwischen 250 000 und 300 000 und im Durchschnitt des Jahres 200 000 Arbeitsuchende zusätzlich einen Arbeitsplatz finden würden, war nicht zu optimistisch. Der von uns erhoffte Rückgang bei der Anzahl der Arbeitslosen blieb indes aus. Der Zustrom von jugendlichen Berufsanfängern und Frauen, die nach längerer Zeit wieder ins Berufsleben zurückkehrten, war unerwartet groß.

148. Die Verfassung, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, läßt erwarten, daß 1986 wieder ein gutes, vielleicht sogar ein noch besseres Jahr als 1985 wird. Der Aufschwung wird fortdauern, und mit ihm wird eine zunehmende Beschäftigung einhergehen. Nachdem die Produktivitätsreserven, die bei unterausgelasteten Kapazitäten bestehen, inzwischen weitgehend ausgeschöpft sind, müssen die Unternehmen, wenn sie ihre Produktion ausweiten, verstärkt Neueinstellunen vornehmen. In den Arbeitsmarkt kommt damit, dies zeichnet sich in den letzten Monaten bereits ab, zunehmend Bewegung. In unsere Prognose haben wir einen Zuwachs von 300 000 Beschäftigten eingestellt.

149. Die Aussicht, daß es 1986 weiter aufwärts geht, darf freilich nicht den Blick trüben für die Risiken, die aus den ungelösten Problemen erwachsen, mit denen die Weltwirtschaft nach wie vor befrachtet ist. Dazu gehört die Ungewißheit darüber, ob die Vereinigten Staaten mit ihren riesigen Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten fertig werden können, und ob die schwelende Verschuldungskrise in einigen großen Entwicklungsländern eingegrenzt werden kann.

Es mag durchaus sein, daß sich auch in der Bundesrepublik in nächster Zeit wieder Schatten auf das bisher von Spannungen freie Konjunkturbild legen. Nicht sicher ist insbesondere, ob die Lohnpolitik ihre zurückhaltende Linie beibehält.

Bevor wir unsere Prognose ausführlich darstellen und begründen, nennen wir die Annahmen, auf de-

nen sie beruht. Sie betreffen zum einen den Kurs der staatlichen Wirtschaftspolitik, zum anderen den Kurs der Lohnpolitik. Anschließend skizzieren wir die voraussichtliche konjunkturelle Entwicklung in anderen Ländern, die für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung sind.

II. Die Annahmen der Prognose

150. Für die Wirtschaftspolitik im Jahre 1986 nehmen wir folgendes an:

— Die Bundesbank sorgt für eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge wie in diesem Jahr. Bei einer weiteren Aufwertung der D-Mark und anhaltend geringem Preisauftrieb ergeben sich hieraus etwas niedrigere Zinsen als gegenwärtig. Zu gravierenden außenwirtschaftlichen Störungen, die diesen Kurs in Frage stellen könnten, kommt es nicht. Der Außenwert der D-Mark steigt etwas stärker, als das Kosten- und Preisgefälle gegenüber dem Ausland zunimmt.

— Die Finanzpolitik wird 1986 einen mäßig expansiven Impuls geben. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte expandieren, wie sich abzeichnet, mit 3½ vH etwas rascher als in diesem Jahr — der Staatsverbrauch und die Investitionen deutlich stärker, die Einkommensübertragungen etwa ebenso stark wie die Ausgaben insgesamt. Da die Steuereinnahmen wegen des Inkrafttretens der ersten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1986/1988 nur um 4 vH zunehmen werden, wird sich das strukturelle Defizit der Gebietskörperschaften, das 1985 nahezu abgebaut wurde, wieder auf 12 Mrd DM vergrößern. Der konjunkturelle Impuls wird um 6½ Mrd DM steigen und rund 12 Mrd DM betragen, nachdem er vier Jahre lang erst stärker, dann schwächer zurückgeführt worden war.

151. Zu den Annahmen der Prognose gehört, daß die Lohnpolitik ihre bisherige Linie weiterführt und damit die guten Voraussetzungen für mehr Beschäftigung erhält. Dies entspricht unserer Einschätzung der augenblicklichen tarifpolitischen Situation. Es kann aber auch anders kommen. Angesichts der guten Konjunkturlage in vielen Bereichen ist nicht auszuschließen, daß die Tarifparteien sich auf einen Kompromiß einigen, der kurzfristig verkraftbar erscheint, der aber über den Tag hinaus Schaden anrichtet. Die Gewerkschaften könnten sich dabei dem Druck ihrer Mitglieder ausgesetzt sehen, von denen viele 1985 wegen der Arbeitszeitverkürzung nur vergleichsweise geringe Einkommenszuwächse erzielen konnten. Auch mag bei ihnen nach wie vor der falsche Eindruck bestehen, daß sich Lohnzurückhaltung beschäftigungspolitisch nicht auszahlt. Bei den Unternehmen könnte die Meinung Oberhand gewinnen, daß es sich wegen einiger Zehntelprozentpunkte nicht lohne, eine Auseinandersetzung zu riskieren, zumal die Narben, die der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche geschlagen hat, noch nicht ganz verheilt sind. Eine solche Einstellung könnte es zumindest in solchen Bereichen geben, die, wie viele Investitionsgüterhersteller, derzeit volle Auftragsbücher und gute Gewinne melden.

Eine Lohnpolitik, die meint, jetzt aus dem Vollen schöpfen zu sollen, würde die wirtschaftliche Entwicklung möglicherweise nicht schon im Jahre 1986 beeinträchtigen, doch würde sie mit Sicherheit Signalwirkungen für die Zeit danach haben; das Vertrauen vieler Investoren in anhaltend günstige Rahmenbedingungen würde schwinden. Über das Jahr 1986 hinaus würden insbesondere die Beschäftigung und die Preisentwicklung ungünstiger ausfallen, als es anderenfalls möglich wäre (Ziffer 174).

Unsere Prognose steht unter dem Vorbehalt, daß sich die Kostenbelastung aus den Lohnabschlüssen des Jahres 1986 (Tariflöhne und Nebenleistungen aus Manteltarifverträgen) in der Nachbarschaft von dem bewegen wird, was für 1985 (einschließlich des Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzung) vereinbart wurde.

III. Die Weltkonjunktur im Jahre 1986

152. Die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern hat sich im Jahresverlauf 1985 deutlich belebt. In der ersten Jahreshälfte war das Expansionstempo in den Vereinigten Staaten und in Europa durch vorübergehend wirksame Einflüsse gedrückt. In Europa überzeichnet die kräftige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Halbjahr die Dynamik, weil die in der ersten Jahreshälfte ausgefallene Produktion nachgeholt wurde. In den Vereinigten Staaten entspricht die verstärkte Produktionsausweitung im zweiten Halbjahr etwa der Grundtendenz der Konjunktur. In Japan hat die gesamtwirtschaftliche Produktion nach einem sehr schwachen Auftakt zu Jahresbeginn wieder an Kraft gewonnen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich 1985 in Japan und in Europa weiter verbessert. Die europäischen Länder sind beim Abbau der Inflation erneut einen Schritt vorangekommen, gleichzeitig hat sich die Ertragslage der Unternehmen deutlich verbessert. Die Aufgabe, die öffentlichen Haushalte zu sanieren und Raum zu schaffen für eine Verringerung der Steuerlast, erfordert allerdings in den meisten Ländern noch große Anstrengungen, in Italien ist das Ziel sogar wieder in weite Ferne gerückt. Entlastung brachte die kräftige Dollarabwertung, nicht zuletzt, weil damit die europäischen Notenbanken eine weitere leichte Zinssenkung zulassen konnten. Die Vereinigten Staaten sind dagegen der Lösung ihrer beiden großen Probleme, des Haushaltsdefizits und des Leistungsbilanzdefizits, bislang kaum näher gekommen. Hier stehen wirtschaftspolitische Entscheidungen an, die die Konjunktur in den Vereinigten Staaten belasten könnten.

153. Ausgangspunkt für die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt im Jahre 1986 sind Annahmen über den Kurs der Wirtschaftspolitik.

Für die Vereinigten Staaten ist unterstellt, daß ein Abbau des Defizits im nächsten Haushaltsjahr auf 180 Mrd bis 190 Mrd Dollar gelingt. Mit Rücksicht auf die Konjunktur, den Wechselkurs und auf die Folgen, die höhere Zinsen für die Zahlungsfähigkeit ausländischer und inländischer Schuldner von amerikanischen Banken hätten, bleibt die Geldpolitik auf einem expansiven Kurs. Die Dollarzinsen könnten dann auf dem Niveau verharren, das sie in der zweiten Hälfte dieses Jahres erreicht haben. Eine krisenhafte Zuspitzung, ein Vertrauensschwund der Kapitalanleger in den Dollar wegen der starken Zunahme der Auslandsverschuldung der Vereinigten Staaten, gehört nicht zu den Annahmen unserer Prognose.

In Japan dürfte sich der Kurs der Wirtschaftspolitik nur wenig ändern. Zwar wurden im Oktober Maßnahmen zur Anregung der Inlandsnachfrage beschlossen, die für sich genommen im kommenden Jahr eine Steigerung der Nachfrage in Höhe von 1 vH bis 1½ vH des Sozialprodukts bewirken sollen; doch wurden gleichzeitig andere Ausgaben gekürzt. Die Finanzpolitik wird also auf Konsolidierungskurs bleiben. Die Geldpolitik wird auf keine Zinssenkung hinwirken, um den Yen nicht wieder zu schwächen.

In Europa dürften 1986 die von der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgehenden nachfragedämpfenden Effekte abklingen. Und auch die Geldpolitik wird weniger restriktiv sein. Bei einer anhaltenden Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar können die Zinsen weiter sinken. Zwischen den europäischen Währungen wird es zu einer Anpassung der Wechselkurse aufgrund der Unterschiede in den Inflationsraten kommen.

154. Im nächsten Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern mit einer Rate von 3 vH und damit etwas stärker zunehmen als in diesem Jahr (2¾ vH). Das Tempo der Expansion wird in den Vereinigten Staaten mit 3 vH dem im zweiten Halbjahr 1985 entsprechen; die Zuwachsrate des Sozialprodukts ist 1986 etwas höher als in diesem Jahr. In Japan dagegen ist mit einer deutlichen Verringerung zu rechnen, und zwar von 4½ vH auf 3½ vH. In Europa bleibt der Expansionspfad mit 2½ vH unverändert (Tabelle 27). Dabei wird die Inlandsnachfrage stärker, die Auslandsnachfrage hingegen schwächer zunehmen als bisher.

Relativ groß ist die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Der Anstieg der Inlandsnachfrage schwächt sich nochmals ab. Der private Verbrauch nimmt langsamer zu und für die Ausrüstungsinvestitionen ist ein erheblich flacherer Anstieg programmiert. Ein Gegenposten wird sein, daß sowohl die Vorratsinvestitionen als auch die Bauinvestitionen wieder etwas rascher steigen werden. Als Reaktion auf die starke Dollarabwertung gehen die außenwirtschaftlichen Belastungen merklich zurück: Der Importsog wird geringer werden, und auch bei den Exporten zeichnet sich eine leichte Besserung ab. Gleichwohl ist damit zu rechnen, daß das Defizit in der Handelsbilanz weiter zunimmt. Die Beschäftigung wird weiter steigen, die Arbeitslosigkeit aber unverändert hoch bleiben. Der Preisauftrieb dürfte vor allem wegen der Verteuerung der Importe wieder etwas stärker ausfallen.

In Japan wird der Export als Folge der kräftigen Aufwertung des Yen und eines schwächeren Wachstums der japanischen Exportmärkte an Zugkraft verlieren, die Einfuhr dürfte dagegen stärker expandieren. Der Überschuß in der Leistungsbilanz steigt aber weiter. Die Abflachung beim Exportwachstum bremst auch die Investitionen — die Zuwachsraten bei Ausrüstungen und bei Bauten werden spürbar zurückgehen. Der private Verbrauch gewinnt dagegen an Schwung. Die Realeinkommen nehmen wegen der Verlangsamung des Preisanstiegs wieder stärker zu.

155. In den europäischen OECD-Ländern insgesamt gewinnt der Aufschwung auch 1986 nur wenig an Kraft. Zwar werden einige Länder voraussichtlich höhere Wachstumsraten erzielen als 1985 — die Bundesrepublik, Frankreich, Dänemark und die neuen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, Spanien und Portugal —, dafür fallen andere etwas zurück — Großbritannien, Österreich, die Schweiz sowie Norwegen und Schweden. Die Beschäftigung wird zwar leicht zunehmen, aber das Arbeitsangebot wächst erneut stärker, die Arbeitslosigkeit steigt damit weiter. Die Verlangsamung im Preisanstieg wird sich fortsetzen; die Spreizung der Inflationsraten wird abermals kleiner.

In Frankreich faßt die Konjunktur allmählich Tritt. Die Inlandsnachfrage nimmt wieder stärker zu — das gilt für den privaten Verbrauch, der durch höhere Einkommensübertragungen und durch Steuerermäßigungen sowie durch den Rückgang der Inflationsrate gestützt wird, für die Ausrüstungsinvestitionen und für die Bauinvestitionen. Eine Verstärkung des Exportwachstums ist dagegen nicht in Sicht; es bleibt auch 1986 deutlich hinter der Zunahme des Welthandels zurück. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird deshalb nur um 2 vH expandieren, dabei setzt sich der Rückgang der Beschäftigung fort. Bei der Stabilisierung des Geldwertes sind dagegen beachtliche Fortschritte zu erwarten. Bei geringeren Lohnerhöhungen als in diesem Jahr und stabilen Einfuhrpreisen könnte es gelingen, die Inflationsrate auf 4 vH zu drücken.

In Großbritannien wird 1986 das Sozialprodukt nur noch um 2½ vH zunehmen, nach 3½ vH in diesem Jahr. Einige Sonderfaktoren, die die Produktion 1985 begünstigt haben — das Ende des Bergarbeiterstreiks im Frühjahr 1985 und das Vorziehen von Investitionen wegen der Rücknahme von Abschreibungsvergünstigungen — sind dann nicht mehr wirksam. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen werden nur sehr verhalten zunehmen. Die kräftige reale Aufwertung des Pfund Sterling in diesem Jahr bremst außerdem den Anstieg der Ausfuhr 1986. Negativ zu Buch schlägt hier auch der starke Anstieg der Lohnkosten. Zur Stütze der Kon-

Tabelle 27

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1]) der OECD-Länder	Anteil am Export der Bundesrepublik Deutschland	Bruttoinlandsprodukt (real)[2])[3])		Verbraucherpreise[3])[4])	
	1984		1985	1986	1985	1986
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland	7,5	×	+2½	+3	+2	+1½
Frankreich	6,0	12,6	+1	+2	+6	+4
Großbritannien	5,2	8,3	+3½	+2½	+5	+4½
Italien	4,2	7,7	+2½	+2	+9½	+7½
Niederlande	1,5	8,6	+2	+2	+2½	+1½
Belgien	0,9	7,0	+1½	+1½	+4½	+4
Schweiz	1,1	5,3	+3½	+2	+3	+2
Österreich	0,8	5,0	+3	+2½	+3½	+3
Schweden	1,2	2,7	+2	+ ½	+7	+5
Norwegen	0,7	1,1	+3	+2½	+5½	+5½
Dänemark	0,7	2,1	+2½	+3½	+4½	+2½
Spanien	2,0	1,8	+2	+2½	+8½	+8½
Europa[5])[6])	33,9	65,1	+2½	+2½	+6	+5
Europäische Gemeinschaft[5])	26,7	47,7	+2½	+2½	+5	+4
Vereinigte Staaten	44,5	9,6	+2½	+3	+3	+4
Japan	15,1	1,4	+4½	+3½	+2½	+2
Kanada	4,1	0,9	+4	+3	+4	+4
Alle Länder[5])	97,6	77,0	+3	+3	+4	+4

[1]) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen.
[2]) Für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan und Kanada: Bruttosozialprodukt.
[3]) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
[4]) Deflator des privaten Verbrauchs.
[5]) Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1984.
[6]) Europäische OECD-Länder.

junktur wird der private Verbrauch, der von der steigenden Beschäftigung und der niedrigeren Inflationsrate profitiert.

Auch in Italien schwächt sich 1986 die Konjunktur ab. Die riesigen Haushaltsdefizite und die vergleichsweise hohe Inflationsrate zwingen die Regierung und die Notenbank zu einer restriktiven Politik. Zudem hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auch durch die Lira-Abwertung nicht nachhaltig verbessert. Der Anstieg des Sozialprodukts wird mit 2 vH etwas schwächer ausfallen als in diesem Jahr.

Die Inflationsrate dürfte bei nachlassendem Kostendruck weiter zurückgehen; sie bleibt dennoch deutlich höher als bei den meisten Handelspartnern. Damit stellt sich einmal mehr das Problem einer kräftigen Lira-Abwertung, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückgewonnen werden soll.

Der Welthandel wird 1986 schätzungsweise um 4 vH zunehmen, kaum stärker als in diesem Jahr. Das ist auch das Verlaufsbild der Einfuhr in die Vereinigten Staaten. Die europäischen Länder steigern ihre Einfuhr nicht viel weniger als 1985. Die OPEC-Länder werden zwar noch einmal weniger importieren als 1985, der Rückgang wird aber wesentlich kleiner sein als in diesem Jahr. Die Terms of Trade der Industrieländer verbessern sich leicht, die der Entwicklungsländer, vor allem der Ölproduzenten, verschlechtern sich weiter.

IV. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

156. Anhaltend kräftige Investitionen, aufholender privater Verbrauch sowie eine deutliche Zunahme der Beschäftigung bei weitgehend stabilen Kosten und Preisen — das wird das dominierende Muster am Konjunkturbild des Jahres 1986 sein (Schaubild 32). Die Arbeitslosigkeit — und dies trübt das Bild — wird gleichwohl hoch bleiben, hauptsächlich weil das Angebot an Arbeitskräften noch immer wächst.

157. Mehr Beschäftigung muß in der gegenwärtigen Situation von mehr Investitionen kommen, denn ein großer Teil der zusätzlichen Arbeitsplätze muß erst geschaffen werden. Der kräftige Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr hat hier ein Zeichen der Hoffnung gesetzt: Der Investitionsrückstand, der sich über viele Jahre hinweg gebildet hatte, wird allmählich abgebaut. Und es sind nicht mehr überwiegend Investitionen, die dem Ersatz und der Modernisierung dienen. In Anpassung an die laufende und im Vorgriff auf die künftige Nachfrage werden auch wieder verstärkt Kapazitäten erweitert.

Wir haben in unserem letzten Jahresgutachten die wichtigsten Argumente genannt, die unserer Auffassung nach für einen langen und kräftigen Investitionsaufschwung sprechen (JG 84 Ziffern 266 ff.). Diese haben inzwischen noch an Gewicht gewonnen. Dazu rechnen wir vor allem

— die deutliche Verbesserung der Erträge aus Sachanlagen bei gleichzeitigem Rückgang der Rendite auf Finanzanlagen;

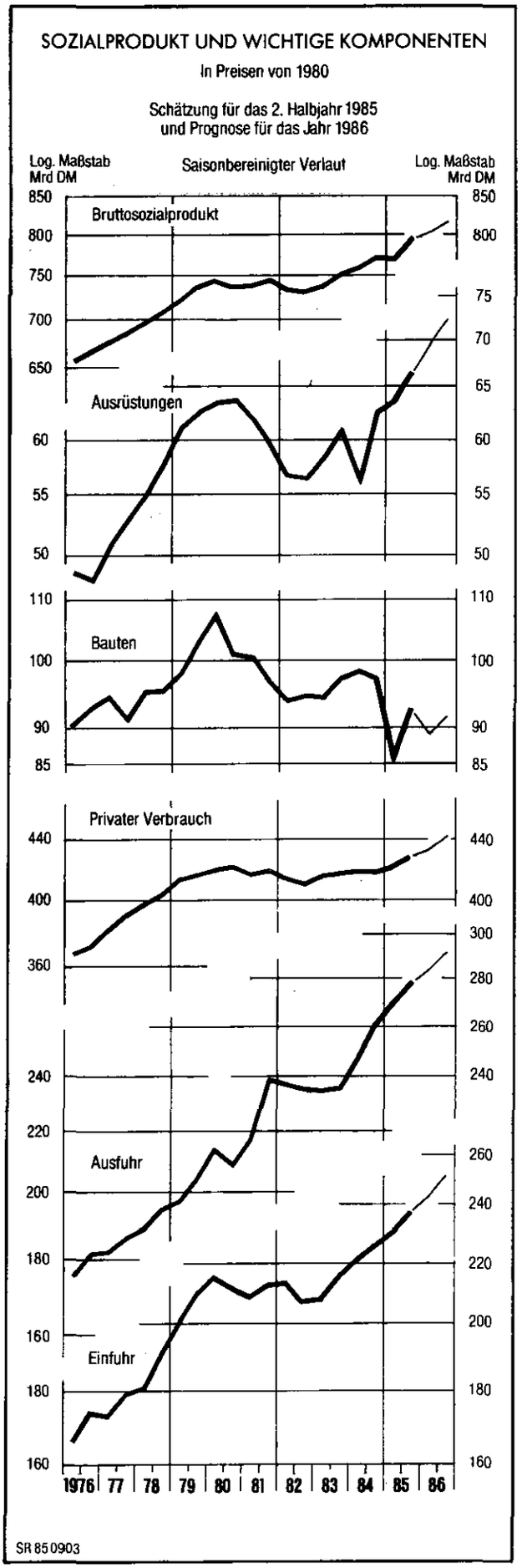
— die positiven Absatzerwartungen im Exportgeschäft und nun auch im Inlandsgeschäft;

— die höhere Kapazitätsauslastung;

— der rasche technische Wandel, der die Unternehmen zwingt, ihre Produktionsanlagen von Grund auf durchzumodernisieren.

Wir messen der Modernisierung große Bedeutung zu. Die Fabrikarbeit wie die Büroarbeit befinden sich im Umbruch. Neue Techniken führen zu einschneidenden Veränderungen in den Arbeitsabläufen, und dieser Prozeß wird weitergehen. In der Fertigung geht es dabei vor allem um die Einführung programmierbarer computergesteuerter Maschinen und Geräte, im Informations- und Kommunikationsbereich stehen weitere Umstellungen bevor. Der Nachfrageboom, dem sich die Hersteller in den Bereichen Elektrotechnik, Maschinenbau sowie Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten derzeit gegenübersehen, ist hierfür ein deutliches Zeichen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß dieser Prozeß rasch ins Stocken geraten könnte, zumal die Rahmenbedingungen für Investoren gut sind und voraussichtlich gut bleiben. Die Anpassung an technische Veränderungen läßt sich nicht aufschieben. Wer bei der Übernahme technischer Neuerungen zaudert, verliert rasch den Anschluß an die Konkurrenz.

Schaubild 32



Der derzeitige Investitionsaufschwung zeigt auffällige Parallelen zu seinem Vorgänger in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Dieser dauerte fast fünf Jahre, und er wurde nicht durch zyklische Einflüsse, sondern erst durch die Folgen der zweiten Ölpreiskrise — einen sprunghaften Anstieg der Energiekosten und der Zinsen — gestoppt. Es gibt kein überzeugendes Argument, warum sich nicht das wiederholen sollte, was in den Jahren 1975 bis 1980 — bei alles in allem weniger günstigen Rahmenbedingungen — möglich war, nämlich eine lange Phase kräftig steigender Unternehmensinvestitionen.

158. Unsere optimistische Einschätzung der Investitionstätigkeit im Jahre 1986 wird auch durch die Pläne der Unternehmen gestützt. Danach werden die Investitionsbudgets für das nächste Jahr erneut aufgestockt, teilweise sogar recht kräftig. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung veranschlagt aufgrund der ihm vorliegenden Informationen die Zuwachsrate der realen Anlageinvestitionen im Unternehmenssektor (ohne Wohnungswirtschaft) sogar etwas höher als für dieses Jahr. Während 1985 eine ganze Reihe von Bereichen ihre Investitionsbudgets nicht erhöht oder sogar gekürzt hat, wie das Baugewerbe, der Handel und Teile des Dienstleistungsgewerbes, ist für 1986 fast überall mit einer Zunahme zu rechnen. Bemerkenswert ist, daß nun auch viele der Bereiche verstärkt investieren wollen, die bisher im Konjunkturschatten lagen, nämlich das stärker binnenwirtschaftlich orientierte Dienstleistungsgewerbe, das Verkehrsgewerbe, der Handel und auch das Baugewerbe. Die Basis des Investitionsaufschwungs wird also deutlich breiter. Zu den wenigen Bereichen, die ihre Investitionen nochmals einschränken dürften, gehört die Energiewirtschaft; hier wirken der starke Verbrauchsrückgang Anfang der achtziger Jahre und der kräftige Kapazitätsausbau in den Jahren davor nach.

Im Jahr 1985 waren es die Investitionsgüterhersteller selbst, die am kräftigsten investierten, und das wird 1986 auch wieder so sein. In den meisten Investitionsgüterbranchen, im Maschinenbau, in der Elektrotechnik, im Fahrzeugbau, in der Feinmechanik und Optik und vor allem bei der Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten zeichnen sich erneut Zuwachsraten in einer Größenordnung zwischen 15 vH und 20 vH ab. Es sind dies allesamt Bereiche, die den Kapazitätsgrenzen am nächsten sind, die also erweitern müssen, um die steigende Nachfrage zu befriedigen.

In dem Maße, wie die Erweiterung der Kapazitäten als Investitionsmotiv wieder an Gewicht zunimmt, verbessern sich auch die Chancen für mehr Beschäftigung.

159. Die erkennbaren Tendenzen der Investitionsplanungen lassen erwarten, daß 1986 die Ausrüstungsinvestitionen erneut kräftig steigen (Tabelle 28). Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern wird also weiter aufwärts gerichtet bleiben; selbst wenn wider Erwarten die Auftragsentwicklung schwächer sein sollte, sichern die Auftragsbestände die Auslastung der Kapazitäten bis weit ins nächste Jahr hinein. So werden eher lange Lieferfristen als Auftragsmangel das Problem für manche Investitionsgüterhersteller sein.

Bei der Schätzung der realen Ausrüstungsinvestitionen für 1986 haben wir eine ähnliche Entwicklung unterstellt wie in diesem Jahr. Dies ergibt, für den Durchschnitt des Jahres gerechnet, eine Zuwachsrate von 9 vH.

160. Bei weitem nicht so optimistisch schätzen wir dagegen die Entwicklung bei den Bauinvestitionen ein. Für die Bauwirtschaft scheint zwar die Talfahrt zu Ende zu gehen, aber es ist fraglich, ob sie schon im nächsten Jahr den Weg aus der Krise findet. Das liegt vor allem an der schlechten Lage im Wohnungsbau. Hier dürfte der Tiefpunkt der Bautätigkeit erst im Frühjahr 1986 erreicht werden, ungeachtet der Tatsache, daß die Aufträge seit einiger Zeit wieder deutlich steigen. Die Wohnungsbauinvestitionen dürften 1986, aufs ganze Jahr gesehen, noch einmal um 4 vH schrumpfen, nachdem es in diesem Jahr bereits einen Rückgang um 14 vH gab.

Deutlich besser ist die Lage im Wirtschaftsbau, der nun auch von der wachsenden Investitionsneigung in der gewerblichen Wirtschaft profitiert, was allerdings in diesem Jahr durch Sondereinflüsse — Vorziehen von Bauinvestitionen auf Grund der Investitionszulage — weitgehend verdeckt blieb. Inzwischen konnte die Bauwirtschaft wieder deutlich höhere Aufträge verbuchen, und wir rechnen damit, daß die positive Entwicklung anhält. Dies bringt bei den gewerblichen Bauinvestitionen 1986 voraussichtlich einen beachtlichen Zuwachs, den wir auf 6 vH veranschlagen. Damit würde der Rückgang im Jahre 1985 (2½ vH) mehr als wettgemacht.

Sehr unsicher sind wir bei der Schätzung der öffentlichen Bauinvestitionen. Die Gemeinden, die zwei Drittel der Aufträge der öffentlichen Hand vergeben, erzielen zwar zusammen wieder Haushaltsüberschüsse, aber ein sicheres Indiz dafür, daß sie verstärkt Investitionsprojekte in Angriff nehmen, ist das nicht. Es gibt sehr große Unterschiede in der Haushaltslage der einzelnen Gemeinden (Ziffer 125). Außerdem kommt es darauf an, wie die Gemeinden ihre Einnahmen im Vergleich zu den Folgekosten solcher Projekte einschätzen. Da scheint bei vielen die Skepsis zu überwiegen. Wir haben daher für die öffentlichen Bauinvestitionen in unserer Prognoserechnung die Zuwachsrate vorsichtig bemessen (3½ vH). Es wäre dies der erste Anstieg seit fünf Jahren.

Nimmt man alles zusammen, so zeichnet sich eine Entwicklung ab, bei der — im Jahresergebnis — die Zunahme der Produktion im gewerblichen und im öffentlichen Bau etwas größer ausfällt als der Rückgang im Wohnungsbau. Die realen Bauinvestitionen werden also 1986 noch nicht viel höher sein als 1985; es wird aber keinen weiteren Rückgang mehr geben. Ein gewichtiger Faktor, der bislang die Konjunktur belastet hat, fällt also fort.

161. Der Export bleibt 1986 eine Stütze der Konjunktur. Die für die deutschen Unternehmen wichtigen Auslandsmärkte expandieren im ganzen weiter. Was an Absatzchancen auf dem nordamerikanischen Markt verlorengeht, kann möglicherweise auf den europäischen Märkten hinzugewonnen werden. Überdies sind die Marktanteile nicht fest vergeben. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gut. Ihre Stärken sind ein attraktives Gütersortiment und günstige Preise. Die Gewinnspannen im Exportgeschäft dürften auch bei einer weiteren realen Aufwertung der D-Mark vielerorts noch ausreichend sein, um es lohnend zu finden, Märkte zu verteidigen; sie lassen teilweise sogar Raum für Preissenkungen.

Allerdings werden die hohen Zuwachsraten der beiden letzten Jahre wohl nicht mehr erreicht. Darauf deutet schon die Entwicklung der Auftragseingänge im Auslandsgeschäft hin, die seit dem Sommer dieses Jahres nach unten tendiert. Wir rechnen aber damit, daß die Bestellungen wieder zunehmen. Im übrigen sind die Auftragsbestände zur Zeit vergleichsweise hoch.

Einen Anhaltspunkt dafür, ob unsere Ausfuhrschätzung zu der absehbaren Entwicklung der Weltwirtschaft im ganzen paßt, kann die voraussichtliche Expansionsrate des Welthandels bieten, die wir in Anlehnung an Prognosen internationaler Organisationen auf 4 vH veranschlagen. Wir meinen allerdings, daß es gute Gründe gibt, die Zuwachsrate für die deutsche Ausfuhr mit knapp 5 vH etwas höher anzusetzen. Die wichtigen Exportmärkte deutscher Unternehmen wachsen gegenwärtig rascher als der Welthandel im Durchschnitt — insbesondere die Märkte für Investitionsgüter und hochwertige Gebrauchsgüter wie Kraftfahrzeuge. Zudem spielen hier andere als preisliche Wettbewerbsfaktoren die ausschlaggebende Rolle, nämlich der Stand der Technik, die Verarbeitungsqualität oder das Design. Es ist also durchaus wahrscheinlich, daß die deutschen Unternehmen, obwohl sie auf den Auslandsmärkten ihre Preise, in Fremdwährung gerechnet, möglicherweise weiter heraufsetzen müssen, noch einmal Marktanteile hinzugewinnen.

162. Im Unterschied zur Ausfuhr wird die Einfuhr im nächsten Jahr voraussichtlich merklich stärker zunehmen als in diesem Jahr. Die Industrie wird bei steigender Produktion die Lagerbestände bei Rohstoffen und Vorprodukten aufstocken, angesichts der unter Druck stehenden Weltmarktpreise und in Erwartung weiterer Kursverluste beim Dollar zunächst aber nur zögernd. Und der Handel wird wieder mehr Fertigwaren aus dem Ausland beziehen, denn er kann damit rechnen, daß sich die Verbrauchskonjunktur deutlich belebt. Für Fertigwarenimporte sind allerdings die derzeitigen Wechselkurse der D-Mark noch immer eine hohe Hürde.

163. Obwohl die Einfuhr in realer Rechnung rascher zunehmen wird als die Ausfuhr, wird sich 1986 der Leistungsbilanzüberschuß noch einmal vergrößern. Dies hängt damit zusammen, daß sich das Verhältnis von Exportpreisen und Importpreisen (Terms of Trade) weiter verbessern wird, voraussichtlich sogar recht kräftig. Ausschlaggebend dafür sind die starken Preisrückgänge bei importierten Rohstoffen, in Dollar und erst recht in D-Mark gerechnet. Die weitere Aktivierung der Leistungsbilanz wird allerdings dadurch gebremst, daß die Bundesrepublik 1986 wesentlich höhere Zahlungen als bisher an die Europäische Gemeinschaft zu leisten hat, das Defizit in der Bilanz der laufenden Übertragungen also zunehmen wird.

Nach unserer Prognose wird der Überschuß in der Handels- und Dienstleistungsbilanz, das ist der Außenbeitrag, von 76 Mrd DM in diesem Jahr auf 83 Mrd DM im nächsten Jahr steigen; dies sind rund 4½ vH des Sozialprodukts und damit weit mehr, als die Bundesrepublik zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen benötigt. Es ist vorhersehbar, daß damit die weltweite Diskussion um eine „deutsche Absorptionslücke" Auftrieb erhält (Ziffer 201).

164. Wenn die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte bislang vergleichsweise schwach geblieben sind, so lag das nicht zuletzt am privaten Verbrauch. Für eine kräftige Verbrauchskonjunktur fehlt es noch an zusätzlichen kaufkräftigen Einkommen; und diese entstehen vor allem dadurch, daß die Beschäftigung weiter steigt. Wir sehen dafür gute Chancen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich die deutsche Wirtschaft inzwischen in einer Phase befindet, in der normalerweise eine Ausweitung der Produktion mit einer Zunahme der Beschäftigung einhergeht. Wir halten daher die oft geäußerte Sorge, der Aufschwung könne am Arbeitsmarkt vorbeigehen, für unbegründet. Es drängt sich auch hier der Vergleich mit der Entwicklung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf. Damals sind zwischen dem Tiefpunkt der Beschäftigung Mitte 1977 und dem Höhepunkt Ende 1980 fast eine Million Arbeitsplätze zusätzlich besetzt worden. Wir sehen keinen überzeugenden Grund, warum eine solche Entwicklung sich nicht wiederholen sollte. Auch den Einwand, der Wachstumspfad sei diesmal flacher, lassen wir nicht gelten. Es gibt kein einfaches Schema, das die Zunahme der Beschäftigung fest mit der Zunahme der Produktion verknüpft.

Unsere Einschätzung, daß es im nächsten Jahr erneut zu umfangreichen Einstellungen kommt, wird durch Erhebungen gestützt. Die Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages bei 14000 Unternehmen hat ergeben, daß die Zahl der Unternehmen, die ihren Personalstand erhöhen, im Vergleich zu denen, die ihr Personal verringern wollen, lange nicht mehr so günstig gewesen ist. Die Zahl der Unternehmen, die einen Personalabbau planen, hat sich gegenüber 1983 halbiert. Zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften besteht danach nicht nur in vielen Zweigen der Investitionsgüterindustrie, sondern auch in der Grundstoffindustrie, namentlich in der chemischen Industrie, und selbst in einzelnen Zweigen der Konsumgüterindustrie.

Mit der Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte wird nicht zuletzt der Personalbe-

Tabelle 28

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1985

Absolute Werte

	Einheit	1984	1985	1986	1985		1986	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	987,5	1 020,0	1 068,5	490,9	529,0	512,5	556,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	350,2	364,5	380,5	168,4	196,0	176,0	204,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	354,6	356,5	378,5	159,5	197,0	172,0	206,5
Ausrüstungen	Mrd DM	137,6	155,0	172,5	68,6	86,5	77,0	96,0
Bauten	Mrd DM	217,0	201,0	205,5	90,8	110,5	95,0	110,5
Vorratsveränderung	Mrd DM	+11,3	+17,0	+20,5	+24,1	− 7,0	+24,5	− 4,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+50,1	+75,5	+82,5	+30,7	+45,0	+39,0	+43,5
Ausfuhr	Mrd DM	587,5	652,5	696,0	317,6	335,0	339,5	356,5
Einfuhr	Mrd DM	537,3	577,0	613,0	286,9	290,0	300,5	312,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 753,7	1 833,5	1 930,5	873,6	960,0	924,0	1 006,5
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	839,6	849,5	875,5	409,2	440,5	421,5	454,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	308,8	315,0	320,5	152,6	162,0	155,5	165,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	314,9	310,5	324,0	139,5	171,0	148,0	176,0
Ausrüstungen	Mrd DM	119,4	131,0	143,0	58,4	73,0	64,0	79,0
Bauten	Mrd DM	195,5	179,5	181,0	81,1	98,5	84,0	97,0
Ausfuhr	Mrd DM	508,6	549,0	575,5	268,4	281,0	282,5	293,0
Einfuhr	Mrd DM	446,3	467,5	495,0	230,0	237,5	242,5	252,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 534,8	1 570,0	1 617,5	758,3	811,5	784,0	833,5
Realwert des Bruttosozialprodukts[1])	Mrd DM	1 515,8	1 552,0	1 605,5	746,1	806,0	777,0	828,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1980 = 100	117,6	120,0	122,0	120,0	120,0	121,5	122,5
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	114,3	117,0	119,5	115,2	118,5	118,0	120,5
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	115,7	118,0	120,0	117,1	119,0	119,0	121,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	25 286	25 475	25 770	25 265	25 685	25 555	25 985
Arbeitszeit[2])	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 527,8	1 564,0	1 611,5	756,3	807,5	781,5	829,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	951,1	992,0	1 040,0	462,9	529,0	484,5	555,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	392,0	418,5	448,0	203,7	215,0	222,5	225,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 343,1	1 410,5	1 488,5	666,6	744,0	707,0	781,5
Reales Volkseinkommen[1])	Mrd DM	1 160,9	1 194,0	1 238,0	569,3	624,5	594,5	643,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[3])	Mrd DM	522,0	536,5	565,5	253,2	283,0	266,5	299,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	325,4	345,5	370,5	168,6	176,5	185,0	185,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4])	Mrd DM	1 116,9	1 158,5	1 215,5	557,9	600,5	584,5	631,0

[1]) Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).

[2]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle 28

schaftlichen Gesamtrechnungen
und Vorausschau auf das Jahr 1986

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1984	1985	1986	1985		1986	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 3,1	+ 3½	+ 4½	+ 2,6	+ 4	+ 4½	+ 5
Staatsverbrauch	+ 4,1	+ 4	+ 4½	+ 4,1	+ 4	+ 4½	+ 4½
Anlageinvestitionen	+ 3,0	+ ½	+ 6	− 1,0	+ 1½	+ 7½	+ 5
Ausrüstungen	+ 1,5	+ 13	+ 11½	+ 16,6	+ 10	+ 12	+ 11
Bauten	+ 4,1	− 7½	+ 2	− 11,2	− 4	+ 4½	+ ½
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+ 11,6	+ 11	+ 6½	+ 12,6	+ 9½	+ 7	+ 6½
Einfuhr	+ 10,3	+ 7½	+ 6½	+ 9,2	+ 5½	+ 4½	+ 8
Bruttosozialprodukt	+ 4,6	+ 4½	+ 5½	+ 3,6	+ 5½	+ 6	+ 5
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 0,6	+ 1	+ 3	+ 0,4	+ 2	+ 3	+ 3
Staatsverbrauch	+ 2,4	+ 2	+ 2	+ 1,4	+ 2½	+ 2	+ 1½
Anlageinvestitionen	+ 0,8	− 1½	+ 4½	− 3,0	− 0	+ 6	+ 3
Ausrüstungen	− 0,5	+ 10	+ 9	+ 13,5	+ 7	+ 10	+ 8½
Bauten	+ 1,6	− 8½	+ 1	− 12,2	− 4½	+ 3½	− 1
Ausfuhr	+ 8,0	+ 8	+ 4½	+ 9,0	+ 7	+ 5	+ 4½
Einfuhr	+ 5,5	+ 4½	+ 6	+ 4,5	+ 5	+ 5½	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 2,7	+ 2½	+ 3	+ 1,7	+ 3	+ 3½	+ 2½
Realwert des Bruttosozialprodukts [1])	+ 2,4	+ 2½	+ 3½	+ 1,3	+ 3½	+ 4	+ 3
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 2,5	+ 2	+ 1½	+ 2,2	+ 2	+ 1½	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 1,9	+ 2	+ 2	+ 1,9	+ 2½	+ 2½	+ 2
Letzte inländische Verwendung	+ 2,2	+ 2	+ 2	+ 2,2	+ 2	+ 1½	+ 2
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	+ 0,1	+ ½	+ 1	+ 0,6	+ 1	+ 1	+ 1
Arbeitszeit [2])	− 0,3	− 1	− ½	− 1,8	− 0	− ½	− ½
Arbeitsvolumen	− 0,3	− ½	+ ½	− 1,2	+ ½	+ ½	+ ½
Produktivität	+ 2,8	+ 2½	+ 2½	+ 3,0	+ 2	+ 2½	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 2,6	+ 2½	+ 3	+ 1,8	+ 3	+ 3½	+ 2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,2	+ 4½	+ 5	+ 3,4	+ 5	+ 4½	+ 5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,6	+ 7	+ 7	+ 4,9	+ 8½	+ 9	+ 5
Volkseinkommen	+ 4,7	+ 5	+ 5½	+ 3,9	+ 6	+ 6	+ 5
Reales Volkseinkommen [1])	+ 2,5	+ 3	+ 3½	+ 1,6	+ 4	+ 4½	+ 3
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit [3])	+ 1,7	+ 2½	+ 5½	+ 2,0	+ 3½	+ 5½	+ 5½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,6	+ 6	+ 7½	+ 3,9	+ 8½	+ 9½	+ 5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [4])	+ 3,6	+ 3½	+ 5	+ 3,2	+ 4	+ 5	+ 5

[3]) Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

darf im Dienstleistungsgewerbe weiter steigen, das schon in diesem Jahr die meisten zusätzlichen Arbeitskräfte eingestellt hat. Das wird dazu führen, daß der gesamte Beschäftigungszuwachs im nächsten Jahr noch etwas höher ausfallen wird. In der Prognose rechnen wir mit einem Plus von 300 000 Erwerbstätigen.

165. Im Jahre 1986 wird die Kaufkraft der privaten Haushalte nicht nur durch die größere Beschäftigung, sondern auch durch die Entlastung bei der Einkommensteuer gestärkt, die vor allem Familien mit Kindern zugute kommt. Sie schlägt mit rund 10 Mrd DM zu Buch. Überdies fallen im nächsten Jahr die staatlichen Einkommensübertragungen wieder etwas höher aus, vor allem wegen der stärkeren Anhebung der Sozialrenten.

Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach unseren Schätzungen 1986 um 5 vH zunehmen. Nimmt man die anhaltend niedrige Teuerungsrate mit ins Bild, so bedeutet das einen Zuwachs an realer Kaufkraft, wie es ihn in den achtziger Jahren bisher nicht annähernd gegeben hat. Für eine kräftige Verbrauchskonjunktur gibt es somit — von den Einkommen her — erstmals eine breite Basis.

166. Höhere Einkommen bringen nicht notwendig schon höhere Nachfrage. Dazu bedarf es ausgabefreudiger Verbraucher. Seit der Jahresmitte zeichnet sich auch eine deutliche Verbesserung des Konsumklimas ab. Die privaten Haushalte kaufen, nachdem das Hin und Her um die steuerliche Förderung schadstoffarmer Abgastechniken beendet ist, wieder verstärkt Autos. Auch elektrische Haushaltsgeräte, Schuhe und Bekleidung sowie andere Güter des täglichen Bedarfs werden wieder mehr abgesetzt. In den Jahren mit stagnierenden oder schrumpfenden Realeinkommen hat sich vielerorts ein großer Nachholbedarf aufgestaut, der gedeckt werden soll. Auch das Interesse an Urlaubsreisen ist wieder größer geworden. Es ist allerdings kaum damit zu rechnen, daß die privaten Haushalte ihre Verbrauchsausgaben schon 1986 im gleichen Maße erhöhen, wie ihre verfügbaren Einkommen steigen. Dies widerspricht den Erfahrungen, namentlich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, wonach die Sparquote bei wieder wachsendem Realeinkommen zunächst leicht steigt. Eine ähnliche Entwicklung wie damals halten wir auch diesmal für wahrscheinlich. Wir haben deshalb in unserer Rechnung eine im Vergleich zu 1985 leicht erhöhte Sparquote eingesetzt.

167. Bemerkenswert ist, daß sich die Belebung der Verbrauchskonjunktur bei einem weitgehend stabilen Preisniveau vollzieht, die sonst übliche zyklische Verstärkung des Preisanstiegs diesmal also fehlt. Auch für das nächste Jahr zeichnet sich so etwas nicht ab: Das Kostenniveau erhöht sich nur wenig, und der Wettbewerb bleibt nicht zuletzt wegen des Preisdrucks von seiten ausländischer Anbieter rege. Von der Gesamtkonstellation wird 1986 ein Jahr sein, in dem die Unternehmen vermutlich eher auf die Ausweitung des Absatzes setzen werden statt auf die Anhebung der Preise.

Bei den Verbraucherpreisen, deren Entwicklung als Maßstab für das Tempo der Geldentwertung gilt, rechnen wir für 1986 mit einer ähnlich günstigen Entwicklung wie in diesem Jahr, das bedeutet einen Anstieg in der Größenordnung von 1½ vH bis 2 vH. Bei Nahrungsmitteln dürften die Preise aufgrund der Brüsseler Agrarpreisbeschlüsse und wegen einer reichlichen Versorgungslage bei wichtigen Erzeugnissen nahezu stabil bleiben. Auch bei Industriewaren sind angesichts der ruhigen Preisentwicklung auf der Erzeugerstufe und bei den Importen keine größeren Preisanhebungen zu erwarten. Lediglich Dienstleistungen dürften sich wiederum etwas stärker verteuern — der Anstieg der Lohnkosten läßt sich dort häufig nicht durch entsprechende Produktivitätszuwächse kompensieren.

Dem Ziel der Stabilität des Preisniveaus kommt die Bundesrepublik auch 1986 voraussichtlich sehr nahe. Erreichen könnte sie es nur, wenn in Bereichen mit überdurchschnittlich hohen Produktivitätsfortschritten, wie in der Landwirtschaft oder in der Industrie, die Preise nicht nur stabil bleiben, sondern sogar sinken — als Ausgleich für Preiserhöhungen, die in produktivitätsschwachen Bereichen, vor allem bei Dienstleistungen, eintreten werden.

168. Von den öffentlichen Haushalten werden 1986 wieder expansive Wirkungen ausgehen. Anfang des Jahres tritt die erste Stufe der Senkung der Einkommensteuer mit einem Volumen von rund 10 Mrd DM in Kraft. Die gesamten Einnahmen der Gebietskörperschaften werden sich daher nur um etwa 3½ vH erhöhen, die Ausgaben werden mit der gleichen Rate zunehmen (Tabelle 29). Etwas stärker dürfte der Staatsverbrauch expandieren, insbesondere im Personalbereich, wo die Phase der restriktiven Einstellungspolitik zu Ende zu gehen scheint. Bei den öffentlichen Investitionen ist wieder mit einer Erhöhung zu rechnen. Bei einem Teil der Gemeinden wird sich die finanzielle Lage weiter verbessern und, so nehmen wir jedenfalls an, die Bereitschaft wachsen, mehr auszugeben für Sachinvestitionen. Schließlich werden die sozialen Leistungen der Gebietskörperschaften, die über mehrere Jahre hinweg kaum zugenommen haben, ebenfalls wieder steigen, wenn auch langsamer als die Gesamtausgaben.

Das Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden, das seit 1981 Jahr für Jahr weiter verringert worden ist, wird — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — 1986 mit 23½ Mrd DM unverändert bleiben. In der Abgrenzung der Finanzstatitik beträgt der Finanzierungssaldo 36½ Mrd DM. Der konjunkturelle Impuls, der von den Haushalten der Gebietskörperschaften ausgeht, wird sich um 6½ Mrd DM auf 12 Mrd DM erhöhen.

169. Bei den Sozialversicherungen wird sich die finanzielle Lage 1986 weiter entspannen, vor allem weil die Einnahmen mit 5 vH stärker zunehmen werden als die Ausgaben (4 vH). Drei Gründe gibt es für die günstigere Einnahmeentwicklung: Die steigende Anzahl der Beschäftigten, die Zunahme

Tabelle 29

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

Schätzung für das Jahr 1985 und Prognose für das Jahr 1986

	1984	1985	1986	1985	1986
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	815,4	856	892	+ 5	+ 4
Steuern	439,1	461	478½	+ 5	+ 4
Sozialbeiträge	305,5	321	338½	+ 5	+ 5½
Sonstige laufende Einnahmen	52,3	55	55	+ 5	+ ½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	18,5	19	20	+ 2½	+ 5
Ausgaben insgesamt	849,3	876½	908	+ 3	+ 3½
Staatsverbrauch	350,2	364½	380½	+ 4	+ 4½
Einkommensübertragungen	369,6	382	395½	+ 3½	+ 3½
Private Haushalte	299,0	307	317½	+ 2½	+ 3½
Unternehmen und übrige Welt	70,6	75	78	+ 6	+ 4½
Zinsen	52,7	55	58	+ 5	+ 4½
Vermögensübertragungen	34,8	32	29½	− 7½	− 8
Investitionen	42,1	42½	44½	+ 1½	+ 4½
Finanzierungssaldo[2])	−33,8	−21	−16½	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	*46,6*	*46,4*	*46,4*	x	x
Abgabenquote[4])	*42,5*	*42,7*	*42,3*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	523,7	549	568½	+ 5	+ 3½
Steuern	439,1	461	478½	+ 5	+ 4
Sonstige Einnahmen	84,6	88	89½	+ 4	+ 2
Ausgaben	557,0	572½	592	+ 3	+ 3½
Finanzierungssaldo[2])	−33,3	−23½	−23½	x	x
	vH				
Staatsquote[5])	*30,5*	*30,3*	*30,3*	x	x
Steuerquote[6])	*25,0*	*25,1*	*24,8*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Nachrichtlich: Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	536,8	564	584½	+ 5	+ 3½
Steuern	414,7	438	457½	+ 5½	+ 4½
Sonstige Einnahmen	122,1	126	127	+ 3	+ 1
Ausgaben	583,0	600½	621	+ 3	+ 3½
Finanzierungssaldo[2])	−46,2	−36½	−36½	x	x
	vH				
Staatsquote[7])	*32,0*	*31,8*	*31,8*	x	x
Steuerquote[8])	*23,6*	*23,9*	*23,7*	x	x

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Überschuß: +; Defizit: −.
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.
[7]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[8]) Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

der Monatsverdienste — die ohne einen erneuten Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit höher ausfallen wird als 1985 — und die bereits in Kraft getretene Anhebung der Beitragssätze.

Relativ gut stehen 1986 voraussichtlich die Rentenversicherungen da. Zwar wird die Erhöhung der Renten wieder etwas größer ausfallen, weil der Eigenbeitrag der Rentner zur Krankenversicherung nur um 0,7 Prozentpunkte angehoben wird. Dennoch werden die Einnahmen, nicht zuletzt weil Mitte 1985 die Beitragssätze erhöht wurden, die Ausgaben deutlich übersteigen, und es werden wieder beträchtliche Reserven gebildet.

Die Bundesanstalt für Arbeit dürfte dagegen keine Überschüsse mehr erzielen, zum einen, weil Anfang 1986 der Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte gesenkt wird, zum anderen, weil ältere Arbeitslose länger als bisher Arbeitslosengeld erhalten und mehr Mittel für die berufliche Fortbildung bereitgestellt werden.

Größere Risiken liegen in der Ausgabenentwicklung bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen hat sich in diesem Jahr etwas abgeflacht. Voraussichtlich wird es dabei bis in das nächste Jahr hinein bleiben.

170. Werden unsere Annahmen und Einschätzungen im ganzen bestätigt, dann kommt die deutsche Wirtschaft 1986 wieder einen Schritt voran. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird um 3 vH und damit erneut stärker expandieren als das Produktionspotential, die Auslastung der Sachkapazitäten wird also weiter steigen. Da die Erneuerung und Erweiterung der Produktionsanlagen fortschreiten, verbessern sich auch die Chancen, daß ein solches Expansionstempo über einen längeren Zeitraum durchgehalten werden kann.

171. Stärker noch als die gesamtwirtschaftliche Produktion, nämlich um 3½ vH, wird 1986 das gesamtwirtschaftliche Realeinkommen — der Realwert des Sozialprodukts — zunehmen. Dies hängt damit zusammen, daß das Austauschverhältnis mit dem Ausland deutlich günstiger sein wird als in diesem Jahr — für eine bestimmte Menge an Gütern, die die deutsche Wirtschaft exportiert, kann sie eine größere Menge an Gütern importieren.

Unter der Annahme, daß es auch 1986 bei einer zurückhaltenden Lohnpolitik bleibt, wird die Ertragslage der Unternehmen erneut etwas verbessern. Dies darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es neben Branchen, in denen wieder sehr gut verdient wird, solche gibt, die nach wie vor ertragsmäßig schlecht dastehen. Die Spaltung der Konjunktur spiegelt sich auch in der unterschiedlichen Ertragslage, und das wird 1986 nicht viel anders sein.

172. Die entscheidende Frage ist und bleibt, ob es bei der von uns erwarteten Entwicklung 1986 zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit kommt. Die Antwort darauf fällt nicht leicht. Wir können mit Sicherheit sagen, daß die Beschäftigung steigt; wie sich dies in der Arbeitslosenstatistik niederschlagen wird, läßt sich jedoch nicht angeben. Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und den verschiedenen Formen der Erwerbslosigkeit — die Arbeitslosigkeit ist nur eine davon — sind sehr komplex. In jedem Jahr werden viele Millionen Arbeitsplätze neu besetzt, teils mit Kräften, die nur den Arbeitsplatz wechseln, teils mit Berufsanfängern oder mit solchen Personen, die ihre Beruftätigkeit einige Zeit unterbrochen hatten, teils auch mit Arbeitslosen. Jährlich finden etwa 2½ Millionen Arbeitslose wieder einen Arbeitsplatz, die meisten davon schon nach relativ kurzer Zeit.

In diesem Jahr hat sich gezeigt, daß eine Situation eintreten kann, in der sowohl die Anzahl der Beschäftigten als auch die Anzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen steigt: Die Anzahl der Berufsanfänger erhöhte sich überaus kräftig, und es erhöhte sich offensichtlich auch wieder die Anzahl der Arbeitsuchenden, die sich vordem vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten, die also aus der sogenannten Stillen Reserve kamen. In der Prognose haben wir angenommen, daß im nächsten Jahr rund 300 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt werden.

Jede Arbeitskraft, die eingestellt wird, entlastet den Arbeitsmarkt, ganz gleich, ob sie voher als arbeitslos gemeldet war oder nicht. Der gleichzeitige Anstieg der Beschäftigtenzahlen und der Arbeitslosenzahlen irritiert manchen Beobachter. Beides paßt in dieser Phase zueinander. Weil mehr Arbeitsplätze angeboten werden, steigt auch die Anzahl der Arbeitsuchende. Viele davon melden sich bei den Arbeitsämtern, um vermittelt zu werden; das hat dazu geführt, daß sich die Zahl der arbeitslos gemeldeten gleichzeitig mit dem Beschäftigungsanstieg vergrößert hat. In einer sachlichen Diskussion sollten deshalb beide Größen im Blickpunkt stehen, die Entwicklung der Beschäftigung und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Als grobe Orientierungsgröße haben wir in unsere Rechnung eingesetzt, daß per saldo etwa jeder vierte zusätzliche Arbeitsplatz mit einer Person besetzt wird, die beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet ist. Die Arbeitslosenzahl würde dann im Verlauf des Jahres um 80 000 sinken. Dies ist eine Größenordnung, die sich aus der Entwicklung der letzten Monate ableitet. Es ist durchaus möglich, daß der Rückgang etwas stärker oder etwas schwächer ausfallen wird, je nachdem wie stark der Zustrom von Berufseinsteigern und Wiedereinsteigern ausfällt.

173. Wichtiger als die zahlenmäßige Bilanz für das Prognosejahr ist die Perspektive für die Zeit danach. Nach unserer Einschätzung sind in den Marktentwicklungen keine Verspannungen angelegt, die dem Aufschwung schon bald ein Ende setzen könnten. Damit rückt die Möglichkeit, daß die deutsche Wirtschaft über das Jahr 1986 hinaus auf Wachstumskurs bleibt und die Beschäftigung weiter steigt, in den Bereich des Wahrscheinlichen.

174. Unsere Prognose steht, wohlbemerkt, unter einem Vorbehalt. Wir können nicht ausschließen, daß die effektive Kostenbelastung aus den Tarifabschlüssen des nächsten Jahres höher ausfallen wird, als wir es angenommen haben. Auch wenn sich im einzelnen nicht abschätzen läßt, was in einem solchen Falle geschehen würde, so hätte dies doch Auswirkungen auf den weiteren Konjunkturverlauf, nicht so sehr im nächsten Jahr, sicher aber für die Zeit danach:

— Der Aufschwung würde bei Lohnabschlüssen, die deutlich höher wären als angenommen, an Schubkraft einbüßen, sich im Jahre 1986 aber noch nicht stark verlangsamen. Der größte Teil der für 1986 in Angriff genommenen Investitionen würde wohl durchgezogen. Vorübergehend könnte es auch zu einer stärkeren Zunahme der Verbrauchsausgaben kommen. Die Kaufkraft der Verbraucher würde mit stärker steigenden Preisen aber wieder beeinträchtigt.

— Deutlich schwächer als bei moderater Lohnpolitik würde die wirtschaftliche Entwicklung in den folgenden Jahren verlaufen. Höhere Arbeitskosten könnten — insbesondere aus außenwirtschaftlichen Gründen und bei stabilitätsorientierter Geldpolitik — nicht voll in die Preise überwälzt werden; die Erlös-Kosten-Relationen würden sich wieder verschlechtern. Gleichzeitig wäre mit einer Beeinträchtigung der mittelfristigen Erwartungen vieler Investoren zu rechnen. Mit einer Ertragsverschlechterung wäre auch deshalb zu rechnen, weil Tendenzen zu Zinssteigerungen mit ihrem Einfluß auf die Kapitalkosten ausgelöst werden. Das alles würde sich negativ auf die Investitionstätigkeit auswirken und auch die Dynamik des Außenhandels beeinträchtigen. Die Perspektive für die Beschäftigung würde schlechter; die Hoffnung würde zerschlagen, die Arbeitslosigkeit entscheidend verringern zu können. Das Begonnene würde nicht fortgesetzt; die Chancen für einen langen Aufschwung wären vertan.

DRITTES KAPITEL
Wirtschaftspolitik für 1986 und danach

TEIL A
Aufgaben und Möglichkeiten

I. Ziele und Wirklichkeit

175. Die Gesundung der deutschen Wirtschaft hat 1985 weitere Fortschritte gemacht. Die Auslastung der vorhandenen Produktionsanlagen ist deutlich gestiegen. Was wichtiger ist: Mit dem Anspringen der Unternehmensinvestitionen werden nun auch die Kapazitäten kräftiger erweitert. Das erhöht die Chancen für einen lang anhaltenden Aufschwung und verbessert die Aussicht, daß sich der Anstieg der Beschäftigung beschleunigt fortsetzt. Das gilt um so mehr, als die kräftige Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen nicht staatlichen Programmen, sondern der wachsenden Zuversicht der Unternehmen zu verdanken ist, daß sich das Investieren wieder lohnt. Der Exportschub hat sicherlich dazu beigetragen. Entscheidend ist jedoch, daß die Unternehmen bei weitgehend stabilen Preisen von den Kosten her mit Gewinnen rechnen können, die der Höhe der Investitionsrisiken besser entsprechen. Das treibt sie, ihre Anlagen zu erneuern, zu verbessern und zu erweitern und sich so für künftige Produktion zu rüsten. In der neu erwachten Investitionsbereitschaft und in der höheren Bewertung deutscher Finanzanlagen durch inländische wie ausländische Kapitalgeber kommt zum Ausdruck, wie stark sich das Urteil des Marktes über die Konstitution der deutschen Wirtschaft gebessert hat. Die Chance, daß sich Produktion, Einkommen und Nachfrage wechselseitig verstärken, ist nach alledem gut begründet.

Die deutsche Wirtschaft ist der Geldwertstabilität sehr nahegekommen. Zu den vordringlichen Aufgaben der Wirtschaftspolitik muß es deshalb jetzt nicht mehr gehören, die Inflationsrate zu drücken. Nun geht es darum, den Erfolg zu sichern und die Früchte der Stabilisierung — mehr Wachstum und mehr Beschäftigung — reifen zu lassen. Der Aufschwung bei Stabilität kann den Umfang der neu entstehenden Arbeitsplätze im kommenden Jahr und danach durchaus kräftig steigern, freilich noch immer nicht in einem Maße, wie es für einen großen Schritt beim Abbau der hohen Arbeitslosigkeit notwendig ist. Dazu bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, der Wirtschaftspolitik ebenso wie der Tarifpolitik. Im Auge zu behalten ist dabei, daß die krasse Verfehlung des Beschäftigungsziels ganz überwiegend nicht konjunkturell verursacht ist, daß es also um Anstrengungen gehen muß, die nicht nur kurzfristigen, sondern dauerhaften Erfolg versprechen. Was für die Beschäftigung not tut, deckt sich weitgehend mit dem, was der besseren Erfüllung des Zieles eines stetigen und angemessenen wirtschaftlichen Wachstums dient. Denn die Verfehlung dieser beiden Ziele geht weithin auf die gleichen Gründe zurück. Die im Kern gleiche Therapie entspricht auch außenwirtschaftlichen Erfordernissen.

176. Die Wirtschaftspolitik hat in diesem Jahr den Geldwert der Stabilität noch näher gebracht. Dieser Erfolg ist hoch anzusetzen, weil er trotz der Belastung durch die kräftige reale Abwertung der D-Mark bis zum Frühjahr und bei fortschreitender konjunktureller Erholung erzielt werden konnte. In keinem Land sonst ist der Geldwert stabiler. Nun muß sich die Erwartung festigen, daß Inflation auch in den kommenden Jahren gebannt bleibt. Die neue Erfahrung mit sehr niedrigen Preissteigerungsraten hat die alte Erfahrung mit der anhaltenden Geldentwertung noch nicht verdrängen können. Das wird erst eintreten, wenn die Wirtschaftspolitik im ganzen auf Stabilitätskurs bleibt.

Am Stabilitätsziel muß festgehalten werden, denn Inflation beeinträchtigt erfahrungsgemäß das wirtschaftliche Wachstum und damit auch die Beschäftigung, und dies aus dreifachem Grund:

— Inflation führt zu ungeplanter Umverteilung von Vermögen und Einkommen; sie verleitet die Tarifparteien, das Verteilungsziel statt des Beschäftigungszieles in den Mittelpunkt zu rücken.

— Inflation führt zu Verspannungen auf den Gütermärkten und auf den Faktormärkten; sie täuscht über die Rentabilitätsverhältnisse und verhindert so, daß Arbeit und Kapital quer über die Volkswirtschaft den Einsatz finden, der den größten Nutzen stiftet.

— Inflation macht über kurz oder lang eine restriktive Geldpolitik und Finanzpolitik notwendig; sie ist also letztlich auch unmittelbar mit Produktionseinbußen und Einkommensausfällen sowie mit nachfolgender Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

Geldwertstabilität ist ein Ziel der mittleren Frist. Konjunkturelle Schwankungen des Preisniveaus lassen sich nicht vermeiden. Vollständige Stabilität des Geldwertes kann nicht in jeder Phase der konjunkturellen Entwicklung erzielt werden, insbesondere dann nicht, wenn eine steigende gesamtwirtschaftliche Produktion an die Kapazitätsgrenze stößt. Die zur Zeit gegebene Preissteigerungsrate von knapp 2 vH läßt sich, weil sie im fortgeschritte-

nen Aufschwung besteht, durchaus mit Stabilität auf mittlere Sicht vereinbaren. So gesehen, gibt der erzielte Stabilisierungserfolg in der gegenwärtigen Phase der Konjunkturentwicklung kaum noch Raum für ein zusätzliches preisdämpfendes Handeln der Geldpolitik, das die reale Expansion nicht gefährdete. Indem sich die Geldpolitik in dieser Situation stärker mittelfristig orientiert, schafft sie die monetäre Voraussetzung für ein Wachstum des Produktionspotentials, ohne einem weiteren allmählichen Rückgang der Preissteigerung im Wege zu stehen.

177. Mit der Ausweitung der Produktion konnte in diesem Jahr die Beschäftigung stärker als im Vorjahr gesteigert werden. Das konjunkturelle Verlaufsmuster der Beschäftigung entspricht damit im ganzen dem üblichen Verlauf einer wirtschaftlichen Erholung, die sich am Arbeitsmarkt zunächst in einem Rückgang der Kurzarbeit äußert und erst, wenn die innerbetrieblichen Personalreserven für eine Produktionssteigerung kleiner werden, in einer Erhöhung der Beschäftigung. Dem Umfange nach ist der Beschäftigungszuwachs, mißt man ihn an den zu Beginn dieses Jahres vorherrschenden Erwartungen, sogar überraschend groß zu nennen. So erfreulich dies für sich genommen ist, so wenig ändert es jedoch daran, daß die Arbeitslosigkeit unverändert hoch und das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes weiterhin stark verfehlt sind.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote kann diese Zielverfehlung nur unvollkommen zum Ausdruck bringen. Zur Beurteilung des Arbeitslosenproblems gehört auch

— daß die Anzahl der Berufsanfänger noch für einige Jahre wächst und deshalb um so mehr Neueinstellungen notwendig sind, soll die Anzahl der Arbeitslosen spürbar sinken;

— daß für einen Großteil der Arbeitsuchenden die Arbeitsplätze erst geschaffen werden müssen, selbst wenn die vorhandenen Arbeitsplätze besser genutzt werden;

— daß Arbeitsamtsbezirken mit recht niedrigen Arbeitslosenquoten andere gegenüberstehen, in denen jede siebente oder achte Erwerbsperson arbeitslos gemeldet ist, daß von der konjunkturellen Belebung nicht alle Branchen in gleicher Weise profitieren und daß Personen mit geringer Qualifikation überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, während bestimmte Facharbeiter und Ingenieure vielfach auch in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr für die Vermittlung über Arbeitsämter zur Verfügung stehen;

— daß es für den, der keinen Arbeitsplatz hat, zunehmend länger dauert, bis er eine Stelle findet.

Den Abbau der Arbeitslosigkeit voranzubringen, bleibt die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe. Der hohe Rang der Aufgabe wird vor allem von den Verlusten bestimmt, die Arbeitslosigkeit für die Betroffenen an Einkommen, an sozialem Ansehen und nicht zuletzt an Selbstwertgefühl mit sich bringt. Hinzu kommen die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit für die Volkswirtschaft und für die Gesellschaft im ganzen. Die volkswirtschaftlichen Kosten bemessen sich nicht nur nach den Mitteln, die Sozialversicherungen und Gebietskörperschaften für Arbeitslose aufwenden, sondern auch nach dem Ausfall an Produktion und Einkommen, der gesamtwirtschaftlich dadurch entsteht, daß Menschen, die arbeiten wollen, unbeschäftigt bleiben und daß wertvolles Humankapital verfällt, was dann auch die künftigen Wachstumschancen einengt. Gesellschaftliche Kosten verursacht die Arbeitslosigkeit, indem sie das soziale Klima belastet, Kosten, die lange nachwirken können, wenn viele Jugendliche am Beginn ihres Berufslebens den Eindruck gewinnen, daß diese Gesellschaft sie nicht braucht.

Die Tatsache, daß bei einer höheren Auslastung des Kapitalstocks nur einem mäßig großen Teil von Arbeitslosen Arbeit verschafft werden kann, und die starke Streuung der Beschäftigungsprobleme nach Regionen, Branchen und beruflicher Qualifikation stützen die These, daß die Arbeitslosigkeit in ihrem Kern nicht konjunktureller Art ist, sondern auf strukturelle Verwerfungen und Anpassungshemmnisse zurückgeht. Bedeutsam ist das nicht so sehr, weil es das Urteil, daß das Beschäftigungsziel krass verletzt ist, entscheidend ändert, sondern weil sich daraus wesentliche Anhaltspunkte ergeben für die Aufgaben der Wirtschaftspolitik, für die geeignete Therapie und für die Zeit, die eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert. Einen raschen Erfolg, der zugleich dauerhaft ist, kann keine Therapie versprechen (JG 84 Ziffer 288).

178. Die Antwort auf die Frage, ob das Wirtschaftswachstum angesichts einer Zunahme des Sozialprodukts um $2^1/_2$ vH im Jahre 1985 als angemessen beurteilt werden kann, läßt sich nicht aus einem historischen Vergleich oder einem Vergleich mit anderen Ländern gewinnen. Die Tatsache, daß die Wachstumsraten in der Bundesrepublik anhaltend zurückgegangen sind, rechtfertigt ebenso wenig ein Urteil über die Angemessenheit des Wachstums wie die Tatsache, daß die Bundesrepublik im Wachstum, verglichen mit anderen Industrieländern, auf ein Mittelmaß zurückgefallen ist. In unserem letzten Jahresgutachten haben wir einmal mehr auf den engen Zusammenhang hingewiesen, der heute und wohl noch auf längere Sicht zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung besteht. Die Frage der Angemessenheit des wirtschaftlichen Wachstums ist noch auf Jahre hinaus von der Einsicht her zu beantworten, daß sich die Erfüllung der Erwerbswünsche der Arbeitslosen wie der nachwachsenden Generation und kräftiges Wirtschaftswachstum wechselseitig bedingen (JG 84 Ziffer 285). Vom Angebot an Arbeitsplätzen her gesehen — viel zu wenige, um die Erwerbswünsche der Arbeitslosen und der neu ins Berufsleben Eintretenden zu befriedigen — muß auch die für 1985 erreichte Wachstumsrate als unangemessen bezeichnet werden.

Letztlich kann über die Angemessenheit des wirtschaftlichen Wachstums nur befunden werden,

wenn man diese an den Präferenzen der Bürger mißt. Es geht dabei zum einen um die Erwerbswünsche derer, die Arbeit haben, ebenso wie der Arbeitslosen und der heranwachsenden Generation; es geht auch um die Sorge für die Alten in der Gesellschaft, um eine intakte Infrastruktur und sicherlich auch um einen spürbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ärmeren Ländern der Welt; all dies ist, zumindest für eine lange Zeit noch, auf eine mächtige Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten und auf ein höheres Produktionsniveau, also mehr Wachstum im konventionellen quantitativen Sinne, gerichtet. Zum anderen sind die Wünsche nach einer möglichst ungeschädigten Natur, nach humanen Arbeitsbedingungen und nach nicht allein im materiellen Wohlstand wurzelnder Bereicherung des Lebens zu bedenken. Die Angemessenheit des Wirtschaftswachstums wird damit auch zu einer Frage seiner qualitativen Ausgestaltung.

Qualitatives und quantitatives Wachstum müssen nicht in Widerspruch zueinander stehen. Im Gegenteil, sie können sich gegenseitig ergänzen, wenn der Wunsch und die Notwendigkeit, mit knappen Ressourcen sparsamer umzugehen und die Umwelt weniger zu belasten, als Herausforderung zum Strukturwandel begriffen wird. Voraussetzung ist, daß verläßliche Knappheitssignale die Suche nach ressourcensparenden und umweltschonenden Fertigungsverfahren und Produkten vorantreiben. Was gerade Marktsignale bewirken können, zeigt der Anpassungsprozeß, den die beiden Ölpreisschübe ausgelöst haben. Von entsprechenden Knappheitssignalen für die Nutzung der Umwelt können nicht minder starke Wirkungen erwartet werden. Zu der Frage, wie diese Knappheitssignale im Falle des öffentlichen Gutes Umwelt zu gestalten wären, damit die Vermeidung oder die Beseitigung von Umweltschäden die Volkswirtschaft im ganzen weniger kosten, als sie wert sind, hat sich der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten geäußert (JG 84 Ziffern 400 ff.). Letztlich sind stärkere Präferenzen für mehr Umweltschutz und für andere die Lebensqualität steigernde immaterielle Güter nicht anders zu sehen als stärkere Präferenzen für bestimmte materielle Güter. Es verlagern sich nicht nur die rentablen Produktionsmöglichkeiten, sondern sie erweitern sich im ganzen, weil neue Güter nicht nur Nachfrage von alten abziehen, sondern auch zusätzliche Nachfrage wecken, immer vorausgesetzt, daß das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau dadurch nicht steigt, daß also dem Aufwand zum Schutz der Umwelt entsprechend geringere Entgeltforderungen bei der übrigen Produktion gegenüberstehen (JG 84 Ziffer 403).

179. Der Überschuß in der Leistungsbilanz hat sich 1985 erheblich vergrößert, und er ist weiter im Steigen begriffen. Er geht zunehmend über das hinaus, was mittelfristigen Vorstellungen entsprechend von der Bundesrepublik als Beitrag zur gedeihlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa wie in der übrigen Welt, namentlich in den ärmeren Ländern, zu leisten ist und insoweit mit außenwirtschaftlichem Gleichgewicht in Einklang steht.

Der hohe Überschuß der deutschen Leistungsbilanz geht zu einem erheblichen Teil auf die Verzerrung der Wechselkursrelationen zurück. Großen Einfluß hatte und hat dabei die Überbewertung des Dollar. Dessen Außenwert hatte sich im Laufe der letzten Jahre immer weiter von dem Wert entfernt, der seiner Kaufkraft im Innern verglichen mit der Kaufkraft anderer Währungen oder auch Veränderungen im Produktivitätsgefälle zwischen der Wirtschaft der Vereinigten Staaten und der anderer Länder entsprochen hätte. Die Interventionen der Zentralbanken Ende September 1985 bewirkten eine markante Niedrigerbewertung des Dollar, die dann auch von den Märkten bestätigt wurde. Überhöht sind auch die Wechselkurse der EG-Länder, die den Kampf gegen die Inflation erst spät aufgenommen haben, viel später als die Bundesrepublik. Als Spiegelbild der Überbewertung ausländischer Währungen stellte sich eine niedrige reale Bewertung der D-Mark ein, durch die der Export stark begünstigt und die Importe erschwert wurden.

Daß die D-Mark trotz zunehmender Aktivierung der deutschen Leistungsbilanz real nicht höher bewertet worden ist, kann indessen nicht allein wirtschaftspolitischer Fehlsteuerung im Ausland angelastet werden. Hierfür war vielmehr auch maßgebend, daß die Attraktivität von Kapitalanlagen in der Bundesrepublik durch ausländische und inländische Investoren bis in das Jahr 1985 hinein eher zurückhaltend beurteilt wurde, ungünstiger vielfach als die von Kapitalanlagen im Ausland. Es kam daher nicht zu einer höheren Nachfrage nach D-Mark, die deren Kurs hochgetrieben hätte. Die Folge war nicht nur ein geringeres Kapitalangebot, als es sonst zu erwarten gewesen wäre, sondern auch ein geringeres Güterangebot, weil mehr Güter aus der inländischen Produktion ins Ausland gingen und weniger Güter aus ausländischer Produktion auf die Inlandsmärkte kamen. Mit einer weniger auf Konsolidierung, das heißt Solidität der Staatsfinanzen bedachten Finanzpolitik, wie im übrigen auch mit einer weniger stabilitätsorientierten Geldpolitik, die einer Höherbewertung der D-Mark entgegengewirkt hatten, wäre letztlich niemandem gedient gewesen, auch nicht den ausländischen Produzenten. Anders gewendet: Eine stetige, verläßliche und investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik, die für Inländer und Ausländer die Attraktivität von Anlagen in der Bundsrepublik steigert, indem sie die Wachstumskräfte stärkt und den Geldwert stabil hält, leistet über eine Höherbewertung der D-Mark einen wichtigen Beitrag zur Korrektur der Wechselkursrelationen. Das wird sich in der Höhe des Leistungsbilanzüberschusses erst mit Verzögerung auswirken und nach und nach das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht verringern. Es ist dies keine andere Therapie als jene, die auch den anderen gesamtwirtschaftlichen Zielen dient — dem Stabilitätsziel ebenso wie dem Wachstumsziel und vor allem dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes.

II. Den Anstieg der Beschäftigung sichern

Mehr Arbeitsplätze durch mehr Investitionen

180. Vom Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist die Bundesrepublik noch immer weit entfernt. Daraus den resignierenden Schluß zu ziehen, das wirtschaftliche Wachstum gehe heute, anders als früher, am Arbeitsmarkt vorbei, läßt sich gleichwohl mit der Entwicklung in den letzten beiden Jahren nicht begründen. Die Anzahl der Beschäftigten steigt seit 1984 wieder. Im laufenden Jahr haben die Neueinstellungen verstärkt zugenommen, und diese Entwicklung wird sich 1986 aller Voraussicht nach fortsetzen.

So wenig angesichts dieser Erfolge Anlaß zur Resignation und zu Zweifeln am eingeschlagenen Weg besteht, so wenig ist Grund zur Zufriedenheit mit dem Erreichten gegeben. Dazu bleibt die Arbeitslosenzahl zu hoch. Dies gilt mit Blick auf die Belastungen, die Arbeitslosigkeit den Betroffenen im Einzelfall aufbürdet, ebenso wie mit Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die aus dem Brachliegen von Arbeitskraft und der Gefährdung des sozialen Konsens erwachsen.

181. Die hohe Arbeitslosigkeit kann — mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg — nur durch eine noch kräftigere Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen bekämpft werden, und zwar an rentablen Arbeitsplätzen. Mit einer intensiveren Nutzung der vorhandenen Produktionsanlagen ist es nicht getan, auch wenn der Umfang der auf diese Weise zu erreichenden Beschäftigung nicht gering zu veranschlagen ist. Erforderlich ist, daß unter den Bedingungen des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels — zu dem Änderungen in den Nachfragegewohnheiten, der internationale Wettbewerb, der ständige Fluß technischer Neuerungen und die Notwendigkeit, mit Energie und Rohstoffen sparsamer umzugehen sowie die Umwelt weniger zu belasten, unablässig zwingen — erheblich mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden, als bestehende aufgegeben werden müssen. Von der Stärke der unternehmerischen Investitionstätigkeit hängt es also ganz entscheidend ab, wie rasch und wie nachhaltig die Beschäftigungschancen der Arbeitsuchenden, der arbeitslos gemeldeten wie der noch immer in großer Zahl neu auf den Arbeitsmarkt drängenden, gesteigert werden können.

182. Investieren heißt für rentabel gehaltene künftige Produktion vorbereiten. Der Umfang der unternehmerischen Investitionen ist daher nicht nur, und in Phasen gravierender Strukturprobleme schon gar nicht, in Abhängigkeit von exogenen Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu sehen, etwa der Nachfrage des Staates; ausschlaggebend ist vielmehr die Erwartung der einzelnen Produzenten darüber, welche Absatzchancen sie sich mit einem Güterangebot verschaffen oder erhalten können, das vom Ertrag her Aufwand und Risiken lohnt. Mit welchen Löhnen, Zinsen und staatlichen Abgaben zu rechnen ist, spielt dabei ebenso eine Rolle wie das Ausmaß, in dem der Staat den Marktzugang und Anpassungen an Veränderungen der Marktgegebenheiten erschwert oder erleichtert. All diese Bedingungen gilt es weiter zu verbessern.

Stärkung der Wachstumskräfte in diesem Sinne und Steigerung der Flexibilität der Volkswirtschaft: das ist der Weg, über den mehr Investitionen zu mehr Beschäftigung führen, von daher mehr Einkommen entstehen lassen und über dieses wiederum, und damit endogen, mehr Nachfrage.

183. Entscheidend für den nachhaltigen Erfolg einer auf mehr Beschäftigung gerichteten Politik ist es, daß sie den Bedingungen Rechnung trägt, die sich aus der Einbindung der Wirtschaft in die internationalen Gütermärkte und Finanzmärkte ergeben. Es ist daran zu erinnern:

— Angesichts der Verschärfung des internationalen Preis- und Innovationswettbewerbs können wirtschaftspolitische Maßnahmen, gleich welchem Ziel sie dienen, in den meisten Fällen nur dann mit Aussicht auf Erfolg ergriffen werden, wenn sie nicht zu einer Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen.

— Weil internationale Kapitalanleger sensibel und vielfach massiv auf wirtschaftliche Ereignisse und auf wirtschaftspolitische Entscheidungen reagieren, muß die Wirtschaftspolitik sich auf solche Kapitalbewegungen einstellen.

— Die komparativen Vorteile eines Landes im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung hängen auch davon ab, wie sehr es Investitionskapital und neues technologisches Wissen anzieht und bindet. Deshalb kommen wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht in Betracht, welche die Anziehungskraft der Bundesrepublik für diese international beweglichen Produktionsfaktoren schwächen.

Für eine Wirtschaftspolitik, die auf eine Stärkung der Wachstumskräfte und eine Steigerung der Flexibilität hinwirkt, ergeben sich aus diesen Bedingungen keine Restriktionen für erfolgreiches Handeln. Im Gegenteil, diese Wirtschaftspolitik kann darauf vertrauen, daß ihr Erfolg durch die Einbindung in die internationalen Güter- und Finanzmärkte noch gesteigert wird.

184. Auf dem Weg zu besseren Bedingungen für Produktion und Investitionen — besser auch im Urteil der internationalen Märkte — ist die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Der Erfolg sollte Mut machen, Mut, jetzt auch die noch verbliebenen Aufgaben mit Zuversicht und Entschlossenheit anzugehen. Hierzu gehören weitere deutliche Verbesserungen bei den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierzu gehört außerdem eine Wirtschaftspolitik, die mehr Anreize zu höherer Leistung und Risikobereitschaft setzt.

Über all dem steht die Forderung nach Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik in ihren Teilbereichen wie im ganzen. Pla-

nen, ob von Unternehmen oder von privaten Haushalten, ist immer mit Unsicherheit verbunden. Während die Unsicherheit über das künftige Marktgeschehen im letzten nicht weggeräumt werden kann, läßt sich die Unsicherheit über das Verhalten der Wirtschaftspolitik wirksam begrenzen. Eine stetige, voraussehbare und glaubwürdige Wirtschaftspolitik trägt ganz entscheidend dazu bei, das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken und die Orientierung auf den Finanzmärkten zu verbessern. Im Investitionskalkül und im Marktzins wirkt sich geringere Unsicherheit der Erwartungen in niedrigeren Risikozuschlägen aus.

Eine stetige, voraussehbare und glaubwürdige Geldpolitik, Finanzpolitik und Lohnpolitik schaffen Voraussetzungen für sichere Erwartungen auch bei ausländischen Handelspartnern und Kapitalgebern. Das ist der wichtigste Beitrag, den die Bundesrepublik als einzelnes großes Industrieland zur Stabilisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen leisten kann.

185. Die Diagnose der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik zeigt, wie eng die Investitionstätigkeit der Unternehmen mit dem Verhältnis von Erlösen und Kosten zusammenhängt (Ziffer 51). Hierbei hat es seit mehreren Jahren eine deutliche Verbesserung gegeben. Entscheidend ist nun, die Erwartungen zu fundieren, daß die eingetretene Verbesserung von Dauer ist.

186. Eine innovationsfördernde Wirtschaftspolitik, eine dem Investitionsrisiko angemessen Rechnung tragende Besteuerung der Investitionen, eine Lohnpolitik, die stabile Lohnstückkosten erwarten läßt, und die wirtschaftspolitische Öffnung bisher versperrter Märkte: Sie alle tragen dazu bei, mehr künftige Produktion rentabel zu machen, also die erwartete Rendite von weiteren Investitionen zu erhöhen und so die Investitionstätigkeit der Unternehmen und das Angebot an zusätzlichen Arbeitsplätzen zu steigern.

Im Vergleich von erwarteter Anlagenrendite und Marktzins entscheidet sich die Vorteilhaftigkeit von Sachinvestitionen gegenüber Finanzanlagen. Die Geldpolitik verfügt nur über begrenzte Möglichkeiten, den Zinssenkungsprozeß zu forcieren, ohne die Geldwertstabilität zu gefährden. Sie kann nicht verordnen, was inländische und ausländische Anleger für das Herleihen ihres Geldes verlangen dürfen. Auf dem Kapitalmarkt und auf den Devisenmärkten stehen die Ertragskraft und die Bonität der deutschen Unternehmen, aber auch die Solidität der öffentlichen Kapitalnachfrager auf dem Prüfstand. Mitgeprüft werden dabei die Geldpolitik und die Finanzpolitik sowie alle anderen Politikbereiche, soweit sie die Rentabilität und Sicherheit von Anlagen mit beeinflussen. Je besser das Urteil der Anleger, der inländischen wie der ausländischen, ausfällt, um so weiter können die Zinsen im Inland vom internationalen Zinsniveau abgekoppelt werden. Die Vorteilhaftigkeit von Sachanlagen wird dann von beiden Seiten her vergrößert: durch die höhere Ertragsrate und durch niedrigere Marktzinsen.

Inflationäre Wirtschaftspolitik vermöchte es nicht, den Zins dauerhaft zu senken. Sobald die Kapitalanleger im Falle einer stärkeren Expansion der Geldmenge eine Beschleunigung der Geldentwertung erwarten, werden sie dies in ihre Zinsforderung einstellen. Eine Wirtschaftspolitik, die eine beschleunigte Geldentwertung zuläßt, wird zudem immer wieder gezwungen sein, zeitweilig auf Restriktionskurs umzuschalten.

Geldpolitik: Raum geben für stabilitätsgerechtes Wachstum

187. In der Nähe des Zieles eines stabilen Geldwertes ist es nicht mehr nötig, durch monetäre Restriktion, also durch abnehmende Expansionsraten der Zentralbankgeldmenge, nachdrücklich auf einen weiteren Rückgang der Preissteigerungsrate hinzuwirken. Wenn der Stabilitätsfortschritt wie gegenwärtig vom Wechselkurs her unterstützt wird und wenn ferner unterstellt werden darf, daß die Finanzpolitik und die Lohnpolitik einen Kurs steuern, der wenig gesamtwirtschaftliche Spannungen entstehen läßt, kann die Geldpolitik mehr Raum für das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials geben.

188. Raum für ein kräftigeres Wachstum des Produktionspotentials ohne Gefährdung der Geldwertstabilität würde gegeben, wenn die Bundesbank bereit wäre, für das Jahr 1986 und danach eine Ausdehnung der Zentralbankgeldmenge mit einer etwas höheren Rate als in diesem Jahr anzustreben. Diese Rate sollte für mehrere Jahre vorgegeben werden. Eine stärker mittelfristige Orientierung der Geldpolitik gibt einem solchen Kurs Glaubwürdigkeit. Gleichzeitig ist dies auch in sich selbst ein Beitrag zu einer kräftigeren Entwicklung der Wirtschaft, da die Ankündigung zugleich die Bereitschaft einschließen würde, bei einem weiteren Rückgang der Preissteigerungsrate die Geldmengenexpansion nicht weiter zu verlangsamen.

Befürchtungen, eine etwas großzügiger als bisher bemessene Versorgung mit Zentralbankgeld könnte früher oder später eine erneute Beschleunigung des Preisauftriebs auslösen, sind nie mit völliger Sicherheit von der Hand zu weisen. Mit einer angekündigten mittelfristigen Orientierung signalisiert die Geldpolitik jedoch unmißverständlich, daß sie bei stabilitätswidrigem Verhalten, gehe es von den Tarifparteien, den Unternehmen oder dem Staat aus, die Geldmenge nicht erhöhen wird, um so Einbußen bei Produktion und Beschäftigung zu vermeiden.

Höher anzusetzen ist das Risiko einer zu knappen Versorgung mit Zentralbankgeld. Größere Fortschritte im Hinblick auf das Beschäftigungsziel erfordern eine Fortsetzung, ja eine Beschleunigung der Aufwärtsentwicklung. Diese würde durch zu knapp bemessene Geldversorgung gefährdet werden.

Finanzpolitik: Wachstumshemmnisse abbauen

189. Zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer auf Stärkung der Wachstumskräfte gerichteten Strategie gehört eine wachstumsfreundliche Finanzpolitik. Ein Element dieser Finanzpolitik ist die weitere Absenkung der Ausgabenquote, was nicht Minderausgaben an allen Stellen heißt, sondern Kürzertreten dort, wo Ausgaben den Strukturwandel hemmen, und nach Möglichkeit Zulegen bei den Ausgaben, die das Entstehen neuer rentabler Arbeitsplätze voranbringen. Eine zurückhaltende Ausgabenpolitik ist die Voraussetzung für eine weitere Senkung der Steuerquote. Sinkende Steuerlasten fördern die Leistungsbereitschaft der Bürger, sie fördern insbesondere die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

190. Die Staatsausgabenquote abzusenken, bedeutet mehr als öffentlich finanzierte durch marktfinanzierte Arbeitsplätze zu ersetzen.

— Die Bürger, die weniger an Steuern zahlen müssen, wenn der Staat seine Ausgaben verringert, erlangen mehr Vorteile, als es an den Steuerersparnissen abzulesen ist. Beispielsweise passen sich private Haushalte und Unternehmen an hohe marginale Steuersätze bei der Einkommensbesteuerung mit ihrer Leistungs- und Risikobereitschaft, mit dem Arbeitsangebot und der Ersparnisbildung und mit ihrer Investitions- und Innovationstätigkeit so an, daß das Sozialprodukt geringer als bei niedrigeren Steuersätzen ist. Dies sind gesamtwirtschaftliche Zusatzkosten hoher staatlicher Ausgaben und Steuern. Bei einer Senkung der Ausgabenquote und der Abgabenquote fallen diese Kosten geringer aus. Der private Sektor kann sich also bei einem Rückzug des Staates mehr ausdehnen, als es den Steuerersparnissen und der so bewirkten Mehrnachfrage nach privaten Gütern entspricht. Deshalb wird die Zahl der im privaten Sektor neu geschaffenen Arbeitsplätze größer sein können als die Zahl der Arbeitsplätze, die im staatlichen Sektor aufgegeben werden.

  Die Größenordnung der Effizienzverluste ist zweifellos bedeutend, wenngleich eine exakte Quantifizierung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Der Council of Economic Advisors des amerikanischen Präsidenten schätzt die Größenordnung dieser Effizienzverluste für die Vereinigten Staaten bei einem marginalen Einkommensteuersatz von 46 vH auf rund 50 cts je Dollar Staatsausgaben.

— Die Staatsausgabenquote senken und im Gleichschritt die für Investitionen besonders schädlichen direkten Steuern senken (Option 3, JG 84 Ziffern 439 ff.): Diesen Weg halten wir in der gegenwärtigen Lage für besser als eine parallele Senkung der staatlichen Kreditaufnahme (Option 2). Marginale Abgabenbelastungen durch Einkommensteuer und Sozialabgaben sind in hohem Maße leistungsfeindlich.

— Eine Senkung der Staatsausgaben erweitert den Bereich, in dem die Schaffung neuer Arbeitsplätze einer harten Überprüfung unterworfen ist: dem Prüftest des Marktes. Neue Arbeitsplätze werden nur dort eingerichtet, wo die Erträge nach der Einschätzung der Unternehmen die Kosten übersteigen. Auch die vorhandenen Arbeitsplätze sind ständig dem Test durch Markt und Wettbewerb unterworfen. Derart strenge Tests der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit gibt es im öffentlichen Bereich nicht.

191. Noch einmal sei zur Absenkung der Ausgabenquote betont: Wenn der Anstieg der Staatsausgaben hinter dem des Bruttosozialprodukts zurückbleibt, bedeutet das nicht, daß die Gebietskörperschaften auf die Erfüllung dringlicher Aufgaben verzichten müssen. Notwendige Maßnahmen des Umweltschutzes beispielsweise, soweit sie nur nach dem Gemeinlastprinzip finanziert werden können — vor allem die Beseitigung bestimmter Altschäden —, der Stadtsanierung und dergleichen können in Angriff genommen werden, wenn die öffentlichen Finanzhilfen energisch abgebaut werden. Die entschlossene Rückführung von Erhaltungssubventionen und Steuervergünstigungen ist ohnehin im Interesse einer Wachstumsförderung dringlich; denn diese Hilfen konservieren überholte Strukturen und behindern Innovationen durch Wettbewerbsverzerrungen und durch eine überhöhte Steuerbelastung der gesunden Unternehmen.

Auch durch eine Änderung der Steuerstruktur bei gegebener Steuerquote kann die Wachstumsdynamik gefördert werden. Notwendig ist eine Senkung des Anstiegs und auch der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommens- und Körperschaftsbesteuerung. Zur Finanzierung dieser Steuerermäßigung kommt nicht nur eine Erhöhung der sogenannten indirekten Steuern in Betracht; zu denken ist auch und vor allem an die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlagen durch einen Abbau von Steuervergünstigungen. Da bei einer Änderung der Steuerstruktur keine Haushaltsbelastungen entstehen, gefährden diese Maßnahmen den Konsolidierungsfortgang nicht. Für sie muß, anders als für eine Senkung der Steuerquote, nicht erst Raum geschaffen werden. Eine Änderung der Steuerstruktur erscheint auch insofern wünschenswert, als steigende Sozialversicherungsbeiträge, namentlich der Beiträge zu der gesetzlichen Krankenversicherung, tendenziell die Abgabenquote erhöhen und damit der für 1986 beschlossenen Einkommensteuerentlastung entgegenwirken.

Lohnpolitik: Stabile Lohnstückkosten — verstärkte Lohndifferenzierung

192. Das Umfeld der Tarifpolitik hat sich stark gewandelt. Der Geldwertschwund ist gering, der Anstieg der Beschäftigung ist in Gang gekommen, aber der weitaus größere Teil der Beschäftigungsaufgabe ist noch unerledigt. Zurückhaltende Lohnpolitik ist daher weiterhin unverzichtbar, solange Arbeitslosigkeit noch verbreitet ist und schwer drückt. Es sollte möglich sein, bei den Vereinbarungen über Tariflöhne und Arbeitsbedingungen einen Kurs zu steuern, der die Lohnstückkosten auf mitt-

lere Sicht stabil hält. Ein solcher Kurs trägt dazu bei, günstige mittelfristige Erwartungen der Unternehmen zu festigen. Er verringert das Investitionsrisiko und erhöht so die Investitionsneigung.

Mit der Lohnpolitik die Stabilität der Lohnstückkosten ansteuern heißt, die Steigerung der Tariflöhne am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auszurichten. Das bedeutet, im Tariflohnanstieg keinen Inflationszuschlag einzurechnen. Damit ist gegenwärtig nicht notwendigerweise ein Opfer für die Arbeitnehmer verbunden; denn ein Preisanstieg, der unabhängig von den Tarifabschlüssen unvermeidbar eintritt, ist zur Zeit — da die Importpreise sinken und die Kapitalkosten nicht steigen — keineswegs vorgezeichnet; im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1986 und 1985 schlägt nur noch ein geringer Inflationsüberhang zu Buch. Mittelfristig hängt es maßgeblich von der Lohnpolitik selbst ab, daß es nicht zu einem neuen Kostenauftrieb kommt, der zu höheren Preissteigerungen oder, ist der Weg dazu von der Geldpolitik versperrt, zu weniger Beschäftigung führen müßte. Beim Übergang zu einem mittelfristig angelegten, die Erwartungen stabilisierenden Kurs der Lohnpolitik mag allerdings das Vertrauen auf Geldwertstabilität noch nicht hinreichend groß sein, so daß bei der Steigerung der Tariflöhne außer dem Zuwachs der Produktivität noch ein Inflationszuschlag berücksichtigt wird. Dieser sollte jedoch in jedem Fall geringer sein als die jeweils aktuelle Preissteigerungsrate.

193. Zurückhaltende Lohnpolitik heißt nicht, daß die Arbeitnehmer damit bei der Einkommensverteilung dauerhaft ins Hintertreffen geraten müssen. In einer Konjunkturphase wie gegenwärtig, in der die Arbeitskraftreserven bei den meisten Unternehmen ausgeschöpft sind, bestehen gute Chancen, daß die Beschäftigung bei maßvollen Tarifabschlüssen kräftig wächst und die Lohnsumme stärker zunimmt als bei einer Lohnpolitik mit höheren Tariflohnsteigerungen. Über die Höhe der Gewinne wird im Wettbewerb entschieden, und die Intensität des Wettbewerbs wird mit der Festigung des Außenwertes der D-Mark noch zunehmen.

194. Das globale Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt überdeckt die recht unterschiedlichen Marktlagen auf den regionalen, sektoralen und tätigkeitsbezogenen Arbeitsmärkten. Auch dem muß die Lohnpolitik Rechnung tragen. Eine stärkere Differenzierung der Löhne könnte helfen, die Beschäftigungsbedingungen und die Investitionsbedingungen in altindustriellen Problemregionen zu verbessern (JG 84 Ziffer 426). In altindustriellen Problemsektoren, die staatlichen Schutz und Subventionen in Anspruch nehmen, läßt es sich ohnehin kaum rechtfertigen, gleiche Lohnsteigerungen wie in prosperierenden Branchen zu vereinbaren. Eine Differenzierung der Löhne nach der besonderen Marktlage für die verschiedenen Qualifikationen könnte ebenfalls helfen, bestehende Beschäftigungsprobleme zu verringern. Denen, die neu ins Berufsleben eintreten wollen, wird mehr geholfen, wenn niedrigere Eingangsstufen der Bezahlung den Berufseintritt erleichtern, als wenn Löhne, die der zunächst noch geringeren Qualifikation nicht entsprechen, festgeschrieben und deshalb weniger Stellen angeboten werden.

Tariflöhne sind Mindestlöhne. Maßvolle Abschlüsse können so gesehen Raum für eine marktgerechte Anpassung und für eine größere Differenzierung der Effektivlöhne geben. Manche Verspannungen auf den Arbeitsmärkten ließen sich dann lösen. Vergleichsweise niedrige Tariflöhne stehen einer höheren Bezahlung knapper Arbeitsleistung nicht im Wege. Wo der Effektivlohn den Tariflohn nicht übersteigt — beispielsweise bei Unternehmen, die um ihre Existenz kämpfen, oder bei der Beschäftigung von gering Qualifizierten —, eröffnet ein niedriger Lohn die Chance, den Arbeitsplatz zu behalten oder einen Arbeitsplatz zu finden. Der Weg, allein über eine globale Lohnzurückhaltung Spielraum zu geben für mehr Differenzierung bei den Effektivlöhnen, mag, obgleich viel für ihn spricht, bei den Tarifparteien nicht den notwendigen Konsens finden. Dann bleibt es Aufgabe der Tarifparteien, durch stärker differenzierte Tariflohnvereinbarungen, die sich an den unterschiedlichen Marktlagen beziehungsweise Knappheiten ausrichten, für die Lohndifferenzierung zu sorgen, die eine Entspannung in den besonders kritischen Beschäftigungsbereichen erfordert.

195. Zurückhaltung in der Lohnpolitik setzt, soll sie sich für die Arbeitnehmer auszahlen, eine konsequent auf Geldwertstabilität gerichtete Wirtschaftspolitik voraus. Käme es erneut zu einem Anstieg der Inflationsrate, würde der erforderliche Konsens für den hier zur Diskussion gestellten lohnpolitischen Kurs schwer zu erreichen sein, wenn überhaupt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß eine zurückhaltende Lohnpolitik es der Zentralbank erleichtert, ihrer Stabilisierungsaufgabe gerecht zu werden. Geldwertstabilität ohne Restriktionsdruck der Zentralbank ist nur im Zusammenwirken mit der Lohnpolitik erreichbar.

Für bessere Rahmenbedingungen und mehr dynamischen Wettbewerb

196. Eine Wirtschaftspolitik, die sich durch Stetigkeit und Voraussehbarkeit glaubwürdig macht, ein stabiler Geldwert, eine für nachhaltiges Wachstum Raum gebende Geldversorgung, eine erträgliche Steuerlast und eine Struktur der staatlichen Ausgaben, die dem Wachstum förderlich ist, schließlich maßvolle Lohnsteigerungen und ein zur Ertragsrate aus Sachanlagen besser passender Zins: das sind die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer beschäftigungswirksamen Wirtschaftspolitik, die zugleich auch den übrigen gesamtwirtschaftlichen Zielen dient. Auf jede einzelne Bedingung kommt es an, nur alle zusammen schaffen die Grundlage für den Erfolg.

Bessere Rahmenbedingungen geben den Kräften des Marktes Raum, vermitteln Orientierung. Aber auch die beste Wirtschaftspolitik kann nicht das Entscheidende bewirken: Daß sich die Wachstums-

kräfte regen, daß es mehr Schub gibt, hängt nicht allein an den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern vor allem an den Energien, die die Wettbewerber am Markt selbst entwickeln. Schubkraft kann nur der dynamische Wettbewerb hervorbringen (JG 84 Ziffern 314ff.).

Der dynamische Wettbewerb ist Dreh- und Angelpunkt einer Wirtschaftspolitik, die durch Stärkung der Wachstumskräfte das Angebot an rentablen Arbeitsplätzen erhöhen will. Abzubauen, was ihm an unnötigen Hemmnissen im Wege steht, ist eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Eine Politik der Marktöffnung muß an den überkommenen Wust von Wettbewerbshemmnissen auf regulierten Märkten Hand anlegen und für eine wettbewerbsorientierte neue Regelung sorgen, soweit dies nötig erscheint. Daß der dynamische Wettbewerb zu höherem Sucherfolg beim Vordringen in neue Märkte gelangt, dazu kann die Innovationspolitik beitragen. Beides, eine wettbewerbsorientierte Politik der Marktöffnung und eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik, ist erforderlich, damit der dynamische Wettbewerb größeren Spielraum erhält und noch mehr zur Belebung der Wirtschaft beitragen kann.

Wettbewerbsorientierte Innovationspolitik

197. Die Innovationspolitik, so wie sie heute gestaltet ist, steht nicht mehr im Kreuzfeuer der ordnungspolitischen Kritik, die sich vor allem am Umfang und der Art direkter Projektförderung entzündet hatte. Dennoch fehlt es nach wie vor an der ordnungspolitischen Orientierung.

Der Glaube, daß diesem Zweck große staatliche Programme besonders dienlich sein können, hat viele Anhänger. Weithin wird für möglich gehalten, daß Erfolge wie die des amerikanischen Programms der Monderoberung auch von anderen ebenso kühnen Programmen zu erbringen seien und daß auch davon wieder Neuerungsimpulse auf die Wirtschaft ausgehen werden. Niemand wird Impulse, die große Projekte bewirken können, gering schätzen. Fragt man aber, wie solche Innovationsanstöße an den Märkten zum Erfolg geführt werden können, so zeigt sich, daß zwischen Vorstoß in technisches Neuland und Markterfolg kein strenger Zusammenhang besteht. Auch aus der Geschichte der Innovationen ist bekannt, daß der Erfinder den Markterfolg nicht notwendig selbst einfährt.

Daß sich Erfindungen und Ideen nicht nur im Labor, sondern am Markt bewähren, daß Marktsignale zu innovatorischen Reaktionen führen, das ist letztlich die Grundlage des Innovationserfolges eines Unternehmens. Solchem Erfolg den Weg zu ebnen, ist die Aufgabe wettbewerbsorientierter Innovationspolitik.

198. Der dynamische Wettbewerb liefert der Innovationspolitik die ordnungspolitische Orientierung (Ziffern 314ff.). Bei einer solchen Orientierung vermeidet es die Innovationspolitik, falsche Hoffnungen zu wecken. Merkantilistische Strategien im modernen Gewande der Innovationsförderung — darum kann es nicht gehen, davon ist kein dauerhafter Erfolg zu erwarten. Es wäre ordnungspolitisch der falsche Weg; eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verlangt eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik.

Die Wirtschaftspolitik kann zwar die Wege zur Innovation ebnen, doch nur innovatorische Unternehmer kommen auf dem Weg voran. Doch auch für Arbeitnehmer gibt es bei der Innovation genug zu unternehmen. Diese Quelle der Innovation zu erschließen, wird sich jede kluge Unternehmensführung gerade unter den heutigen Bedingungen des Innovationsprozesses angelegen sein lassen. Der Markterfolg hängt von vielfältigem Wissen ab. Daraus fließen in den Unternehmen wie in der Volkswirtschaft im ganzen Vorteile, wie sie auch aus Arbeitsteilung erwachsen. Daran mitzuwirken, ist auch für die Gewerkschaften eine neue Herausforderung.

Marktöffnung

199. Der Zugang zu vielen Märkten und Tätigkeitsfeldern ist heute mannigfach erschwert, teilweise sogar versperrt. Für die Einführung solcher Barrieren mag es beachtenswerte Gründe gegeben haben — so beispielsweise beim Ladenschluß im Einzelhandel, beim umfassenden Monopol der Post für die Nachrichtenübermittlung, bei der restriktiven Zugangsregelung für einzelne Berufe, bei der Aussperrung privater Unternehmen von Tätigkeiten, die der „kommunalen Daseinsvorsorge" zugerechnet werden. Doch haben diese Barrieren meistens auch zur Folge gehabt, daß die Märkte in ihrer Entfaltung behindert wurden. Produktion und Beschäftigung, die aus solchen Gründen unterbleiben, sind die eigentlichen Kosten solcher Regulierung; sie sind angesichts der Dichte des Netzes von Regulierungen hoch zu veranschlagen.

Die Öffnung überregulierter und fehlregulierter Märkte für mehr Wettbewerb fördert das Wachstum. In manchen Fällen — etwa bei der in diesem Gutachten behandelten Deregulierung im Telekommunikationsbereich (Ziffern 337ff.) — erschließt die Marktöffnung zusätzliche Möglichkeiten für Investitionen und Beschäftigung in den bisher regulierten Bereichen selbst und in den mit diesen verbundenen Märkten. Wo die Deregulierung hingegen primär Ineffizienzen in der Form überhöhter Kosten beseitigt, die Erschließung neuer Märkte und neuer Tätigkeitsbereiche also nicht im Vordergrund steht, kann es zu Freisetzungen von Arbeitskräften kommen, wohlgemerkt: zum Abbau von unrentabler Beschäftigung. Das ist jedoch nur die eine Seite. An den Kostensenkungen partizipieren — wenn Wettbewerb dafür sorgt, daß diese in niedrigeren Preisen weitergegeben werden — alle Käufer dieser Güter und Dienste. Das bedeutet, daß sich bei Unternehmen die rentablen Produktionsmöglichkeiten erweitern und daß bei Haushalten Kaufkraft für den Erwerb anderer Güter verfügbar wird. Der so ermöglichte Zuwachs an Beschäftigung kann die unmittelbaren Einbußen an — ineffizienter — Be-

schäftigung übersteigen. Die Dringlichkeit der Öffnung eines Marktes, den die bestehende Regulierung mit Wettbewerbsverzerrungen überzieht, deren Beseitigung mehr Effizienz bringt und so zumindest an anderer Stelle auch mehr Beschäftigung auslösen kann, wird in diesem Gutachten am Beispiel des Straßengüterverkehrs verdeutlicht (Ziffern 325ff.).

200. Ständig zugenommen haben auch Umfang und Dichte des wirtschaftspolitischen Schutzes zugunsten einzelner Branchen. Der Wirtschaftspolitik fehlt es an Mut und an Kraft, Krisenbranchen, in denen Großbetriebe vorherrschen, Hilfen zu verweigern. Statt der wirksamen, aber schmerzhaften Therapie der Strukturerneuerung und gegebenenfalls der Schrumpfung, die der Markt erzwungen hätte, wurden schmerzlindernde Mittel verordnet. Die Last der Protektion und der Subvention wird vom gesunden Teil der Wirtschaft und von den Verbrauchern getragen; sie zahlen überhöhte Preise und höhere Steuern. Die Last tragen auch ausländische Produzenten und Konsumenten mit, soweit ihre Absatzmöglichkeiten und ihre Einkommen durch die Protektion gemindert werden, und dies fällt wiederum aufs Inland zurück; die Nachfrage aus diesen Ländern ist geringer, als sie es bei freiem Handel auf offenen Märkten sein könnte.

Zu den schwer auszurottenden Irrtümern gehört die Vorstellung, durch Subventionen und andere Protektionsmaßnahmen könnten Arbeitsplätze auch mittelfristig gesichert und die Beschäftigung insgesamt erhöht werden. In den geschützten Bereichen werden unrentable Arbeitsplätze erhalten. Man darf bei einer Beurteilung der Beschäftigungswirkungen darüber hinaus nicht, wie es immer geschieht, diese Bereiche allein sehen. Dagegenzurechnen ist der Verlust an rentabler Beschäftigung, der sich aus der höheren Preisbelastung und höheren Steuerbelastung der anderen Bereiche beziehungsweise der privaten Haushalte ergibt. Auf mittlere Sicht ist der Beschäftigungssaldo bei Protektion immer negativ. Die Chance, alten Ballast abzuwerfen und sich im Strukturwandel Neuem zuzuwenden, wird immer wieder verspielt, wenn die Wirtschaftspolitik allein das auf die Branche beschränkte Beschäftigungsproblem auf kurze Sicht im Auge hat.

Wachstum bei Stabilität: auch Vorteile für die Partnerländer

201. Eine auf die Stärkung der Wachstumskräfte abzielende Wirtschaftspolitik mag in Verdacht geraten, daß sie zu einer Spielart des Neo-Merkantilismus entarten könnte. Das würde sie in der Tat, wenn sie sich Anforderungen einer sich wandelnden Weltwirtschaft zu entziehen trachtete und die Anpassungslasten dem Ausland aufbürdete. Davon kann jedoch bei der Wirtschaftspolitik, für die der Sachverständigenrat wirbt, keine Rede sein. Sie hat nichts mit einer „Beggar my Neighbour"-Politik zu tun, im Gegenteil, sie ist, um im Bilde zu bleiben, eine „Favour my Neighbour"-Politik:

— Eine stetige, verläßliche und glaubwürdige Wirtschaftspolitik im ganzen und in ihren Teilbereichen macht deutsche Wirtschaftspolitik auch für die Partnerländer kalkulierbar. Das trägt zu stabileren Wechselkursen bei und gibt dem Handel wie dem Kapitalverkehr eine bessere, weil zuverlässigere, Orientierung.

— Der Import von deutschen Gütern zu stabilen D-Mark-Preisen erleichtert es den Partnerländern im Europäischen Währungssystem, bei der Inflationsbekämpfung schneller voranzukommen.

— Die Öffnung der heimischen Märkte und ihr Offenhalten, Elemente des dynamischen Wettbewerbs und damit Bestandteil einer auf Stärkung der Wachstumskräfte zielenden Wirtschaftspolitik, verschaffen auch ausländischen Produzenten mehr Chancen auf lohnenden Absatz.

— Für eine wettbewerbsorientierte Innovationspolitik gilt das gleiche. Vorstoßende inländische Wettbewerber öffnen inländischen wie ausländischen Anbietern den Raum für nachstoßenden Wettbewerb; das vergrößert die Gütervielfalt und drückt die Preise, und dies nicht nur auf den Inlandsmärkten, sondern auch im Export. Die Käufer, auch im Ausland, gehören damit allemal zu den Gewinnern.

— Und vor allem: Eine Stärkung der Wachstumskräfte im Inland fördert das Wachstum auch in den Partnerländern. Die Importnachfrage der Bundesrepublik steigt wachstumsbedingt. Ein kräftigeres Wachstum bei Stabilität führt zugleich zu einer Höherbewertung der D-Mark und erweitert auch dadurch die Absatzchancen für ausländische Anbieter.

Mit einer Wirtschaftspolitik, die über eine großzügigere Ausweitung der Geldmenge und über eine verstärkte Steigerung der Staatsausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vergrößern und so auch für einen stärkeren Importsog sorgen wollte, wäre dem Ausland keineswegs mehr geholfen. Das Gegenteil wäre mit großer Wahrscheinlichkeit die Folge, und dies gleich aus mehreren Gründen: Zum ersten würde eine solche Politik, selbst wenn sie kurzfristig Erfolg hätte, wegen ihrer die Preise und die Zinsen steigernden Wirkung über kurz oder lang an Grenzen stoßen, also nicht von Dauer sein können. Zum zweiten würde der Druck auf den Wechselkurs der D-Mark die Wettbewerbsposition ausländischer Produzenten verschlechtern, und zwar nicht nur auf den deutschen, sondern auch auf ihren heimischen Märkten. Zum dritten schließlich würde weniger Stabilitätsexport der Bundesrepublik die ohnehin meist noch schwierige Stabilisierungsaufgabe in den Partnerländern erschweren, das heißt, dort um so mehr Restriktionsdruck nötig machen. Statt geholfen wäre allen letzlich nur geschadet.

202. Wirtschaftspolitik vermag viel. Indem sie für günstige Rahmenbedingungen und für dynamischen Wettbewerb sorgt, schafft sie die Voraussetzungen dafür, daß sich die marktwirtschaftlichen Kräfte entfalten und das zu einem hohen Beschäfti-

gungsstand passende Wirtschaftswachstum hervorbringen können.

Entscheidend ist letzten Endes jedoch die Einstellung der Menschen zu wirtschaftlicher Leistung. Auf Verbesserung der Angebotsbedingungen setzen, heißt, auf die Bereitschaft des einzelnen setzen, sich anzustrengen und etwas zu wagen. In einer Gesellschaft, die Wohlstand in einem früher kaum vorstellbaren Maße erreicht hat, mag nicht wenigen das Bewahren des erreichten Wohlstandes vor dessen weiterer Steigerung gehen. Das besagt jedoch nicht, daß es um die Bereitschaft, der besseren Chance willen Risiken und Mühen auf sich zu nehmen, allgemein nicht mehr gut bestellt ist, und nicht besser bestellt wäre, wenn es weniger Leistungshemmnisse gäbe — hohe Abgabenlasten und hohe Subventionen, versperrte Märkte und versperrte Tätigkeitsfelder.

Auf beides kommt es an: Auf den Abbau all solcher Leistungshemmnisse ebenso wie auf das Bewußtsein der Menschen, daß es in der Wirtschaft ein Festhalten am Erreichten nicht geben kann, sondern daß Wohlstand und soziale Sicherheit immer aufs neue erarbeitet werden müssen, durch Bereitschaft zu wirtschaftlicher Leistung und durch die Bereitschaft, Neues zu wagen.

III. Brauchen wir eine andere Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

203. Weil die Anzahl der Arbeitslosen seit vielen Jahren außerordentlich hoch ist und trotz deutlicher Konjunkturbelebung auch in jüngster Zeit nicht zurückgegangen ist, hat sich die Suche nach neuen Wegen zur Lösung des Problems verstärkt. Dabei hat auch die Kritik an der heutigen Wirtschaftspolitik zugenommen. In der Vorstellung, daß mit gezielten Maßnahmen die Beschäftigung gesteigert werden könne, sind von wissenschaftlicher, politischer und gewerkschaftlicher Seite Vorschläge für eine andere Wirtschaftspolitik gemacht worden. Vom Staat werden — bei prinzipieller Einhaltung einer marktwirtschaftlichen Linie — direkt beschäftigungssteigernde Maßnahmen und solche Aktivitäten erwartet, die starke Beschäftigungswirkungen in ihrem Gefolge haben.

204. Viele arbeitslose Mitbürger und ihre Angehörigen bedrücken wirtschaftliche Not und große Sorge um ihre Zukunft. Die verbreitete Arbeitslosigkeit ist auch eine schwere Bürde für die Volkswirtschaft und die Gesellschaft im ganzen. Wir teilen deshalb die Motive all jener, die in der Arbeitslosigkeit ein mit aller Energie zu bekämpfendes soziales Übel sehen. Doch Übereinstimmung in den Motiven heißt nicht zugleich weitgehende Übereinstimmung mit den Vorschlägen zur Lösung dieser gewaltigen wirtschaftspolitischen Aufgabe.

205. Die Vorschläge sind zahlreich und vielfältig; auch weichen sie in mannigfacher Weise voneinander ab. Hinzu kommt, daß sie zum Teil erst in Ansätzen formuliert sind und manches im Ungewissen lassen. Deshalb kann es hier nur darum gehen, wichtige Kennzeichen der Programme darzustellen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Dies fällt schwer, weil nicht jedes der im folgenden genannten Kennzeichen für alle Vorschläge und Programme in gleicher Weise prägend ist.

Wichtige Kennzeichen der anderen Vorstellungen

206. Die Befürworter anderer Vorschläge und Programme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind davon überzeugt, daß der Staat es in der Hand habe, die künftige Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik weitgehend zu steuern. Der Staat ist direkt in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einbezogen, deshalb könne er diesen unmittelbar anregen. Indem er mit seinen Ausgaben für einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sorge, könne er auch verhindern, daß private Investitionen wegen mangelnder Absatzerwartungen unterbleiben; und indem er durch eigene Investitionen die Infrastruktur verbessere und für eine bessere Umwelt sorge, schaffe er notwendige Voraussetzungen für das Wachstum der privaten Wirtschaft. Darüber hinaus könne der Staat mit mannigfachen Anstoßmaßnahmen — beispielsweise mit steuerlichen Erleichterungen, Subventionen und gesetzlichen Auflagen — vermehrte private Nachfrage nach Konsumgütern und nach Investitionsgütern bewirken, die sich auf den Märkten von allein nicht einstellen würde. Diese weitreichenden Möglichkeiten der Globalsteuerung und der unmittelbaren Gestaltung des Wachstumsprozesses solle der Staat nun zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit energisch nutzen.

207. Die Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik teilen die Überzeugung, daß gegenwärtig allen Bereichen der Wirtschaftspolitik eine besondere beschäftigungspolitische Verantwortung zukomme. Zielgerichtetes und kooperatives Handeln sei von jedem Bereich zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu fordern.

— Die Finanzpolitik solle für zusätzliche Staatsausgaben sorgen und insbesondere mehr Investitionen in den Kommunen und im Umweltbereich auslösen.

— Die Geldpolitik solle vermehrt den Wachstumserfordernissen Rechnung tragen und sicherstellen, daß ein Beschäftigungsanstieg nicht an Geldmangel scheitert. Das damit verbundene Inflationsrisiko sei klein und in Kauf zu nehmen.

— Die Lohnpolitik — so die meisten, aber nicht alle Vertreter anderer Vorstellungen — solle wie in den letzten Jahren von ihrer Seite die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Kosten und Preise nur wenig steigen. Besonders im öffentlichen Dienst solle Lohnzurückhaltung geübt werden; dann könne dort die Beschäftigung ohne Belastung der Haushalte ausgeweitet werden.

— Die Arbeitsmarktpolitik solle ihre Anstrengungen verstärkt auf die Qualifizierung von Arbeitslosen richten und verhindern, daß diese ihre Fer-

tigkeiten verlieren; Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seien merklich auszudehnen.

— Innovationspolitische Maßnahmen sollten auf die Modernisierung des Produktionsapparates und auf die Einführung neuer Produkte höherer Qualität ausgerichtet werden.

Die Einbeziehung der Innovationspolitik in die Programme zur Steigerung der Beschäftigung zeigt beispielhaft, daß diese nicht allein nachfrageorientiert, sondern auch angebotsorientiert sind. Die angebotspolitische Komponente wird jedoch — abgesehen von wenigen Einzelbeispielen — nicht näher konkretisiert. Es heißt recht allgemein, daß die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum verbessert werden sollen, daß das Wachstum letztlich von wirtschaftlich lohnenden Aktivitäten getragen werden müsse, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken sei und daß protektionistische Tendenzen nicht befürwortet werden. Demgegenüber wird sehr klar betont, daß die Programme mittel- bis langfristig durchzuführen seien und die Stetigkeit der Wirtschaftspolitik nicht in Frage stellen dürften.

208. Es geht den Befürwortern der hier diskutierten Vorschläge nicht nur darum, daß alle wirtschaftspolitischen Instanzen ihrer Verantwortung für das Ziel der Vollbeschäftigung in verstärkter Weise nachkommen. Sie verlangen darüber hinaus, daß die Instanzen sich im einzelnen abstimmen und ihre Maßnahmen zu einem breiten Programm bündeln. In dieser Bündelung wird ein besonderer Vorteil erblickt. Es wird erwartet, daß sich selbst verstärkende Kräfte im Wirtschaftsprozeß um so mehr in Gang gebracht werden können, je besser die Anstöße in den verschiedenen Bereichen koordiniert sind und zusammenwirken. Ein weiterer Vorteil wird darin erblickt, daß — wegen des Umfangs des Bündels — die Einzelmaßnahmen vorsichtig dosiert werden können. Dadurch könne vermieden werden, daß Engpässe auftreten oder daß die Steuerungsmaßnahmen Größenordnungen erreichen, bei denen die Abschätzung der Wirkungen und Nebenwirkungen allzu unsicher erscheint. Auch die Gefahr, daß die Gesamtstrategie wegen politischer Hindernisse oder wegen mangelnder Akzeptanz von seiten einzelner Interessengruppen nicht durchsetzbar ist, soll auf diese Weise verringert werden.

209. Diejenigen Maßnahmen aus dem umfangreichen Bündel, die der Staat zu ergreifen habe, sollen geballt eingesetzt werden und der Erschließung von Tätigkeitsfeldern dienen, die als gesellschaftlich vorrangig bezeichnet werden. In diesen Schwerpunktbereichen soll der Staat für einen Investitionsschub sorgen; er soll mit eigenen Investitionen und durch gezielte Förderung privater Investitionen das Wachstum beschleunigen. Dabei wird besonders an den Umweltbereich gedacht, aber auch an die Städtebauförderung und den Energiesektor. Die Heraushebung des Umweltschutzes wird mit den hohen volkswirtschaftlichen Kosten von Umweltschäden und mit hoher Arbeitsintensität von Projekten zur Beseitigung von Altlasten oder zur Vermeidung neuer Schäden begründet. Hinzugefügt wird, eine mittels innovationspolitischer Maßnahmen beschleunigte Entwicklung von Umwelttechnologien könne der deutschen Wirtschaft auf diesem Gebiet einen internationalen Konkurrenzvorteil verschaffen.

210. Zur Finanzierung der Programme werden verschiedene Vorschläge gemacht:

— In Verfolgung des Verursacherprinzips im Umweltbereich sollen vom Staat einmal Mengenbegrenzungen, insbesondere strenge Emissionshöchstwerte festgelegt werden; die daraufhin notwendig werdenden Investitionen müssen private Unternehmen und Haushalte selbst finanzieren. Zum anderen sollen Schadstoffabgaben und ähnliche Abgaben erhoben werden; die entsprechenden Staatseinnahmen sollen der Finanzierung von Umweltprojekten dienen.

— Die Finanzierung der Beseitigung von Altlasten soll nach dem Gemeinlastprinzip aus allgemeinen Steuermitteln oder mit Hilfe eines Fonds vorgenommen werden; dieser Fonds soll durch Umlagen innerhalb der Industrie aufgefüllt werden.

— Bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau soll ein Sondervermögen eingerichtet werden. Daraus sollen privaten und öffentlichen Investoren zinsgünstige Kredite für besonders wichtige Umweltinvestitionen gewährt werden. Für die Finanzierung soll eine besondere Abgabe, ein „Umweltpfennig", auf den Verbrauch von Strom, Mineralölprodukten und Erdgas sorgen.

— Zur Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist eine Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen vorgesehen.

— Die Finanzkraft der Gemeinden soll im Rahmen einer Finanzreform gestärkt werden, damit sie vermehrt Investitionen im Umwelt- und im Infrastrukturbereich und zur Altstadtsanierung vornehmen können.

— Gezielte Steuererleichterungen für private Investoren sollen unter anderem dadurch ermöglicht werden, daß Steuervergünstigungen, wie sie gegenwärtig bestehen, zum großen Teil wegfallen und die Hinterziehung und Vermeidung von Steuern erschwert werden; das Quellenabzugsverfahren bei Zinseinkommen soll eingeführt werden.

— Bei den Staatsausgaben, besonders bei den Subventionen, sollen Einsparungen verwirklicht werden.

— Eine Reihe von Maßnahmen ist mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren; ein vorübergehender Anstieg der Nettoneuverschuldung des Staates wird in Kauf genommen.

211. Den Überlegungen, wie der Staat die Möglichkeiten der Globalsteuerung und der unmittelbaren Gestaltung des Wachstumsprozesses nutzen und wie er die ihm zugeordneten Aufgaben finanzieren solle, entsprechen die Vorstellungen über die wei-

tere Entwicklung von Staatsausgabenquote, Abgabenquote und Kreditfinanzierungsquote.

— Die Staatsausgabenquote solle nicht weiter gesenkt werden; die Finanzpolitik der letzten Jahre habe ohnehin der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu lange Vorrang eingeräumt.

— Auch die Steuerquote solle nicht weiter zurückgeführt werden. Dies wird nicht nur mit dem Finanzbedarf des Staates begründet, sondern auch mit dem Hinweis, die von der Bundesregierung geplanten Steuerentlastungen im Rahmen späterer Steuerreformen kämen vorwiegend Beziehern hoher Einkommen zugute, und sie wirkten sich auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf weniger expansiv aus, als es zum Ausgleich der kontraktiven Wirkungen gleichzeitig vorgenommener Ausgabenkürzungen notwendig sei.

— In der Startphase der Programme sei eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung des Staates nicht zu umgehen. Doch wird darauf hingewiesen, daß zusätzliche, vom Staat vorgenommene oder induzierte Investitionen die Wachstumskräfte anregen. Dies erhöhe die Steuereinnahmen und vermindere die Soziallasten in den öffentlichen Haushalten. Zusätzliche Staatsausgaben würden sich deshalb schätzungsweise zur Hälfte selbst finanzieren; hierbei sind die Folgekosten der zusätzlichen öffentlichen Investitionen und deren Kreislaufwirkungen in Rechnung gestellt worden. Mittelfristig würde die Kreditfinanzierungsquote nicht höher als gegenwärtig sein.

212. Von der Durchführung der Programme werden große, aber keine durchschlagenden Beschäftigungserfolge erhofft. Deshalb werden verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung als Ergänzung der Maßnahmen gefordert. Insgesamt erwartet man dann eine Verringerung der gegenwärtig hohen Arbeitslosenzahl bis 1990 auf etwa die Hälfte. Dem liegt die Schätzung zugrunde, daß die Anzahl der Beschäftigten 1990 um rund 1½ Millionen höher sein werde, als wenn den gemachten Vorschlägen nicht gefolgt werde und es bei dem gegenwärtigen und angekündigten Kurs der Wirtschaftspolitik bleibe.

Worin wir mit den Befürwortern einer anderen Wirtschaftspolitik übereinstimmen

213. Die Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik tragen auch Argumente vor und unterbreiten Einzelvorschläge, die weitgehend unserem angebotspolitisch orientierten Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsprechen (Ziffern 180ff.).

Um die nachfolgende kritische Auseinandersetzung mit den Vorschlägen für eine andere Wirtschaftspolitik nicht dem Verdacht auszusetzen, der Sachverständigenrat lehne die Vorschläge pauschal ab, werden diejenigen Aspekte, bei denen Übereinstimmung herrscht, hier kurz angegeben. Das heißt nicht, daß der Sachverständigenrat und die Vertreter anderer Vorstellungen jedem Aspekt im Rahmen einer Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das gleiche Gewicht zumessen. Die Gewichte sind schon innerhalb der Gruppe der Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik verschieden, erst recht ergeben sich vielfach Unterschiede zwischen ihnen und dem Sachverständigenrat. Unter diesem Vorbehalt können folgende Feststellungen als unstrittig angesehen werden:

— Eine dauerhafte Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ohne zusätzliche rentable Arbeitsplätze ist nicht möglich. Deshalb sind die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu verbessern, die Wachstumskräfte zu stärken und die Investitionen zu erhöhen.

— Wirtschaftspolitik muß verstetigt werden und sich an mittel- oder langfristigen Zielen orientieren. Dazu passen keine kurzfristigen staatlichen Beschäftigungsprogramme.

— Die zunehmende internationale Verflechtung der Güter- und Finanzmärkte hat den Handlungsspielraum der nationalen Wirtschaftspolitik eingeengt. Eine Mißachtung dieser Grenzen wie auch der Versuch, den Handlungsspielraum durch protektionistische Maßnahmen wieder zu erweitern, würde zu Lasten von Wachstum und Gesamtbeschäftigung gehen.

— Arbeitsplätze zu sichern und zusätzlich zu schaffen, setzt voraus, daß die Wirtschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhält, ja verbessert. Die Innovationsneigung ist auch aus diesem Grund zu stärken.

— Solange hohe Arbeitslosigkeit herrscht, sollten die Tarifparteien mit einer moderaten Lohnpolitik dazu beitragen, daß Kosten und Preise nur wenig steigen.

— Eine Strukturverlagerung bei den öffentlichen Ausgaben zugunsten der Investitionen und zu Lasten der Subventionen ist vorzunehmen.

— Eine Steuerreform, die den Gemeinden eine stabile Steuerbasis und möglichst auch eine Verbesserung der eigenen Steuereinnahmen verschafft und ihnen dadurch eine Erhöhung der Investitionsausgaben ermöglicht, sollte durchgeführt werden.

Worin wir mit den Befürwortern einer anderen Wirtschaftspolitik nicht übereinstimmen

214. Die Frage nach der Steuerbarkeit der Volkswirtschaft ist die Frage nach den Grenzen der Wirtschaftspolitik. Diese Grenzen sieht der Sachverständigenrat weit enger gezogen, als es die Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik tun. Dies gilt sowohl für diejenige Politik, die auf die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgerichtet ist und auf diesem Wege die im Stabilitätsgesetz genannten Ziele erreichen will, als auch und vor allem für eine Wirtschaftspolitik, die

eine Veränderung der einzelwirtschaftlichen Entscheidungsgrundlagen herbeiführen will und in die Märkte eingreift.

215. Nach den Erfahrungen, die in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten in der Bundesrepublik und im Ausland gemacht worden sind, sollte der Einsatz der Nachfragepolitik auf den Ausnahmefall beschränkt bleiben, in dem eine Rezession mit kumulativem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage droht. Hiervon kann gegenwärtig keine Rede sein. Würden dennoch expansive Maßnahmen zur Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ergriffen werden, würde sich die Nachfragepolitik schnell den ihr gesetzten Grenzen nähern. Diese werden sichtbar, wenn die staatlichen Maßnahmen

— Tarifparteien und Kapitalgeber veranlassen, sich auf einen stärkeren Preisanstieg einzustellen;

— mit steigenden Finanzierungsdefiziten einhergehen, welche die Furcht vor Steuererhöhungen auslösen, tendenziell zinssteigernd wirken und die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigen;

— zu Abwertungserwartungen führen und entsprechende internationale Kapitalbewegungen auslösen;

— bei Unternehmen, Tarifparteien, aber auch Gemeinden eine Veränderung der Verhaltensweisen bewirken, weil diese annehmen, der Staat garantiere dauerhaft hohe Nachfrage.

Es treten dann schnell Konflikte zwischen den Stabilitätszielen sowie Beeinträchtigungen des Wachstums und Störungen im Steuerungsprozeß der Wirtschaft auf.

216. Die Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik schätzen die Gefahren, daß aus diesen Gründen eine expansive Nachfragepolitik gegenwärtig schnell an Grenzen stößt, gering ein. Weil inzwischen wieder Preisstabilität annähernd erreicht ist, die Defizite in den öffentlichen Haushalten stark zurückgeführt worden sind und die Leistungsbilanz kein Defizit mehr aufweist — alles Erfolge einer angebotsorientierten Politik, deren konsequente Fortführung nun in Frage gestellt wird —, sehen sie den Handlungsspielraum für eine expansivere Nachfragepolitik nun wieder als größer an. Der Sachverständigenrat kann sich diesem Urteil nicht anschließen. Im Gegenteil, er sieht die Grenzen der Nachfragepolitik auch zur Zeit eng gezogen und hält die vorgeschlagenen Maßnahmen für die erneute Hinwendung zu einer Politik, die zu einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führt. Die Erfahrungen der Bürger in den siebziger und frühen achtziger Jahren sind noch nicht durch Erfahrungen mit Stabilität und geordneten staatlichen Finanzen verdrängt worden. Von guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung läßt sich erst seit kurzem — und das auch nur mit Abstrichen — sprechen; und der größte Teil der nun möglich gewordenen Erfolge muß erst noch realisiert werden. So sind der Pessimismus der Bürger hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und die Skepsis gegenüber dem Verhalten des Staates nicht verflogen. Staatlicher Aktivismus in dieser Situation würde neue Unsicherheit schaffen und in der Wirtschaft gerade die Verhaltensweisen neu beleben, die noch vor wenigen Jahren der Nachfragepolitik deutliche und für jeden sichtbare Grenzen gezogen haben.

217. Angesichts dieses Sachverhalts überzeugen auch nicht die Hinweise einiger Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik auf die Beschäftigungswirkungen des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) von 1977. Es ist nicht vergessen, daß dieses Programm Element einer Finanzpolitik war, die mit ihren preis- und zinssteigernden Wirkungen und mit dem starken Anstieg der Staatsschuld eine Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bewirkte und zu Wachstumsschwäche sowie hoher Arbeitslosigkeit in der Folge beigetragen hat. Es ist auch nicht vergessen, daß das Zukunftsinvestitionsprogramm die Beschäftigung nur vorübergehend positiv beeinflußt, nicht aber zu dauerhaft rentablen Arbeitsplätzen verholfen hat. Gleichwohl scheint dieses Programm für viele Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik zum Vorbild geworden zu sein. Was mit ihm verfolgt worden ist, gelte auch heute, nämlich die Bewältigung wirtschaftlicher Zukunftsaufgaben durch Investitionen auf Tätigkeitsfeldern, die als gesellschaftlich vorrangig zu gelten hätten, vorzubereiten und dadurch schon in der Gegenwart Arbeitsplätze zu schaffen. Das Programm von 1977 sei im wesentlichen nur deshalb zu bemängeln, weil es überraschend eingeführt und zeitlich beschränkt worden sei; es hätte dauerhaft sein sollen. Beide Argumente, das der Dauerhaftigkeit staatlicher Programme und das der Ausrichtung auf „gesellschaftlich vorrangige Zwecke", sind im folgenden zu erörtern, allerdings nur mit Bezug auf die Frage, ob gegenwärtig dauerhafte, zukunftsorientierte staatliche Programme für mehr Wachstum und mehr rentable und sichere Arbeitsplätze in der Weise durchgeführt werden sollen, wie sie vorgeschlagen worden sind.

218. Neue staatliche Programme bringen dauerhaft hohe Staatsausgaben mit sich. Eine hohe Staatsquote steht einer Wirtschaftspolitik direkt entgegen, die — indem sie der Wachstumsdynamik Raum öffnet — den Zuwachs an rentablen Arbeitsplätzen fördert. Der Sachverständigenrat hat mehrfach dargelegt, warum er eine Rückführung der hohen Staatsquote für unverzichtbar hält. Auch in diesem Gutachten hat er sich dazu ausführlich geäußert (Ziffer 190). Eine Wiederholung aller Argumente an dieser Stelle ist entbehrlich. Es mag der Hinweis darauf genügen, daß es offensichtlich große Unterschiede in der Einstellung zu einer hohen Staatsquote gibt. Um welche grundsätzlichen Fragen es im einzelnen geht, läßt sich an zwei Beispielen verdeutlichen.

219. Wer sich gegen eine Verringerung der hohen Staatsquote entscheidet, entscheidet sich für ein höheres Maß an staatlicher Lenkung. Dieses ist das erste Argument. Wirtschaftliches Wachstum setzt die Fähigkeit der Volkswirtschaft voraus, sich schnell an wirtschaftlichen und technologischen Wandel anpassen zu können. Der Staatssektor besitzt diese Fähigkeit nur in eingeschränktem Maße; er wird durch ein System bürokratischer Anordnungen mit ihrer Tendenz zur Vereinheitlichung und zur Beharrung gesteuert. So unentbehrlich und entscheidend wichtig der Staat für das Funktionieren der Wirtschaft auch ist, er ist den im privaten Sektor Handelnden eindeutig unterlegen beim Auffinden neuer Wachstumschancen und bei der Bewältigung des Strukturwandels, der untrennbar mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß verbunden ist. Wenn der private Sektor der Volkswirtschaft, in dem dynamischer Wettbewerb auf offenen Märkten und sich ändernde Preisrelationen zu schneller Anpassung an wirtschaftlichen Wandel zwingen und weiteren Wandel hervorrufen, aufgrund eines ausgedehnten, relativ unbeweglichen staatlichen Sektors eingeengt bleibt, können sich die zur Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit erforderlichen Wachstumskräfte schwerlich entfalten.

220. Zweitens darf nicht übersehen werden, daß der Verzicht auf eine Verringerung der hohen Ausgabenquote die Hoffnungen auf eine geringere Abgabenquote und eine größere Steuerreform zunichte macht, die zur Verminderung der hohen, durch Abgaben bewirkten Effizienzverluste und zur Stärkung der Wachstumskräfte erforderlich ist (Ziffer 190 und Ziffern 265 ff.). Die negativen Wirkungen hoher Steuersätze auf die Leistungs- und Risikobereitschaft der Menschen und auf die Investitions- und Innovationsneigung der Unternehmen könnten dann kaum vermindert werden. Im Gegenteil, die teilweise in Aussicht genommene Ergänzungsabgabe zur Finanzierung zusätzlicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen würde sogar zu einer Verschärfung der Progression führen.

Die Verwirklichung der Vorschläge zur Finanzierung der Programme bringt weitere Gefahren mit sich. Mit dem „Umweltpfennig" würde ein weiterer Fonds geschaffen, der von den jährlichen Haushaltszwängen befreien soll und der der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden kann. Der bewährte Budgetgrundsatz der Non-Affektation, der die Gleichwertigkeit der Staatszwecke durch Verhinderung einer speziellen Einnahmebindung für einzelne Staatsaufgaben sichern soll, würde ebenso verletzt wie der Grundsatz der Einheit, der verhindern soll, daß eine Ausweitung der Staatstätigkeit verschleiert wird.

221. Ein weiterer, das Wachstum dämpfender und dadurch für die Beschäftigungsentwicklung negativer Effekt ist deshalb zu erwarten, weil in der Anfangsphase eine höhere als bisher zu erwartende Nettoneuverschuldung des Staates notwendig ist, um die zusätzlichen Dauerausgaben finanzieren zu können. Dann müßte der Staat den Kapitalmarkt mehr belasten, als es sonst der Fall sein wird; das Zinsniveau würde deshalb vergleichsweise hoch sein. Dadurch und wegen der beschleunigten Zunahme der Gesamtschuld würde die Zinsbelastung des Staates höher sein und seinen Handlungsspielraum für die Erfüllung neuer Aufgaben einengen. Es ist zudem zu befürchten, daß die Neuverschuldung nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft ansteigen würde. Es ist schwer vorstellbar, daß Ausgabendisziplin üben kann, wer in Jahren guter Konjunktur zusätzliche Ausgaben leistet und sich zusätzlich verschuldet. Bei einer Erhöhung der Nettoneuverschuldung, die aufgrund von Steuersenkungen entsteht, ist Ausgabendisziplin eher zu erwarten. Insgesamt ist somit zu befürchten, daß die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung sich wieder verschlechtern würden.

222. Die zur Entwicklung der Ausgabenquote und der Abgabenquote geäußerten Bedenken sind dann gegenstandslos, wenn die Ausdehnung der Staatstätigkeit den Wünschen der Bürger entspricht, ihnen Handlungsräume nicht verstellt, wenn deshalb die Bürger zu einem entsprechenden Verzicht auf andere Güter, das heißt zur Steuerzahlung bereit sind und wenn zugleich sichergestellt werden kann, daß der Staat die neuen Aufgaben effizient und ohne vermeidbare negative Wirkungen auf den privaten Bereich durchführt. Mit der Überprüfung dieser Bedingungen wird zugleich die Frage nach den gegenwärtigen Grenzen einer Wirtschaftspolitik gestellt, die in die Märkte eingreift. Diese Grenzen werden — ganz allgemein — durch die Reaktionen gezogen, die auf wirtschaftspolitische Eingriffe sowohl im Marktprozeß als auch im politischen Raum erfolgen und an denen sich schließlich erweist, ob staatliches Handeln an Stelle privaten Handelns vorteilhaft ist. Es kann zu Ausweichreaktionen kommen, um dem staatlichen Zugriff zu entgehen, oder zu Mitnahmereaktionen, um Sondervorteile vom Staat zu erhalten. Solche Folgereaktionen, die auch von Politikern nicht zureichend vorauszusehen sind, beschränken den Handlungsraum der Wirtschaftspolitik. Erst unter Einschluß der Kosten der Folgereaktionen ist das Ergebnis staatlichen Handelns für alle Bürger voll erfaßt, ergibt sich, was die Bürger vom staatlichen Handeln an Vorteilen oder Nachteilen haben.

223. Auch der Sachverständigenrat kann die Reaktionen auf Maßnahmen, die von den Befürwortern einer anderen Wirtschaftspolitik vorgeschlagen worden sind, nicht im einzelnen vorhersehen und quantifizieren. Doch hat er Anlaß zu einer Reihe von Befürchtungen.

Der Umweltschutz — auf den sich die folgende Argumentation beispielhaft beschränkt — ist und bleibt eine äußerst wichtige staatliche Aufgabe; der Umweltbereich stellt zudem einen wichtigen Wachstumssektor dar, der vielen Menschen Arbeitsmöglichkeiten bietet. Dies ist unstrittig. Strittig ist dagegen, auf welchem Wege der Umweltschutz herbeigeführt, wie weit er ausgedehnt und ob er mit dem Beschäftigungsziel verknüpft werden

soll. Das große Gewicht, das den Umweltgefahren in der aktuellen Diskussion zugemessen worden ist, hat zu einer Emotionalisierung des Umweltschutzes geführt. Emotionen sind ein schlechter Ratgeber für die Wirtschaftspolitik. Sie erschweren die Durchsetzung rationaler ökonomischer Ansätze in der Umweltpolitik; und sie stehen einem effizienzorientierten Vorgehen im staatlichen Sektor bei der Planung und Durchführung von Umweltprojekten — aber auch von Projekten im Energiesektor und in der Stadtsanierung — entgegen. Nicht alles, was das Etikett „Umweltschutz" trägt, ist deshalb wirtschafts- oder gesellschaftspolitisch bereits gerechtfertigt. Die politische Vorgabe genau beschriebener Tätigkeitsfelder darf nicht zum Verzicht auf ein unbedingt notwendiges ökonomisches Kalkül führen. In jedem Einzelfall ist, wo möglich, der Nachweis zu erbringen, daß die Inanspruchnahme zusätzlicher Ressourcen im staatlichen Sektor den Wünschen und der Zahlungsbereitschaft der Bürger eher entspricht als im privaten Teil der Wirtschaft. Das ist auch im Haushaltsgrundsätzegesetz (§ 6 Abs. 2) und in der Bundeshaushaltsordnung (§ 7 Abs. 2) vorgeschrieben. Das gleiche gilt im Hinblick auf Mittel, die zur Förderung (sonst wohl unterbliebener) privater Aktivitäten vergeben werden.

Es ist keineswegs davon auszugehen, daß alle Nutzen-Kosten-Untersuchungen der vorgeschlagenen Maßnahmen zu einem positiven Ergebnis gelangen. Es sei beispielsweise daran erinnert, daß energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich (z. B. Wärmedämmung), die in dem Vorschlagskatalog einiger Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik enthalten sind, bisher vielfach unterblieben sind, weil die rechtlich mögliche Überwälzung der Kosten auf die Mieter am Markt nicht erreicht werden konnte.

224. Auf Nutzen-Kosten-Untersuchungen kann auch dann nicht verzichtet werden, wenn Umweltschutzmaßnahmen zusätzliche Arbeitsplätze mit sich bringen. Zusätzliche Arbeitsplätze sind kein Rechtfertigungsgrund für sich. Wenn bestimmte Umweltschutzmaßnahmen den Bürgern weniger Nutzen bringen, als sie kosten, müssen sie unterbleiben, auch wenn sie positive Beschäftigungswirkungen haben. Umgekehrt wäre es verhängnisvoll, Maßnahmen, mit denen die Umwelt verbessert und der gesellschaftliche Nutzen erhöht werden können, nicht zu ergreifen, nur weil sie nicht zugleich die Beschäftigungslage verbessern. Wenn mit Umweltschutzmaßnahmen positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt verbunden sind, ist das höchst willkommen; doch sollten von solchen Effekten Umweltschutz und Umweltverbesserung nicht abhängig gemacht werden.

225. Hinzu kommt, daß solche Beschäftigungseffekte keineswegs immer den staatlichen Maßnahmen zugerechnet werden dürfen. Einige Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik streben eine schnelle und konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips an; sie befürchten aber, daß dies vielfach zu untragbaren Kostenbelastungen und negativen Beschäftigungswirkungen führt. Um diese Effekte auszuschließen, sehen sie Zinssubventionen und Zuschüsse vor und übernehmen damit faktisch Elemente des Gemeinlastprinzips. Es ist zu erwarten, daß Fördermittel an Unternehmen oder Kommunen vergeben werden, die ihre Vorhaben auch ohne Hilfen durchgeführt hätten. Besonders hoch ist diese Gefahr von Mitnahmeeffekten bei der Förderung innovativer Umwelttechnologien einzuschätzen.

Auch dort, wo nach den Vorschlägen der Befürworter einer anderen Wirtschaftspolitik das Gemeinlastprinzip unmittelbar zur Leitlinie der Umweltpolitik gemacht werden soll, sind Mitnahmeeffekte in nennenswertem Umfang zu erwarten. Einige der genannten Programmschwerpunkte (zum Beispiel Sanierung alter Feuerungsanlagen, Wärmedämmung) sind nämlich so definiert, daß sie Maßnahmen einschließen, die im Interesse einzelner liegen und von diesen auch ohne Förderung ergriffen würden.

226. Die Möglichkeit von Mitnahmeeffekten größeren Ausmaßes deutet auf eine weitere Gefahr hin. Die Förderung von Projekten, auf die das Verursacherprinzip angewendet werden kann, muß letztlich zur Ausbreitung einer Subventionsmentalität führen, die im direkten Widerspruch zu dem Ziel eines Subventionsabbaus steht und die zudem der Verwirklichung des Verursacherprinzips abträglich ist. Es ist nicht gutzuheißen, daß der Staat, der aus guten Gründen Gebote und Verbote im Umweltbereich erlassen hat, die Einhaltung der Normen durch Subventionen belohnt. In dem Maße, wie der Staat an Stelle der Verursacher den Umweltschutz finanziert, werden umweltbelastende Güter auf dem Markt zu billig angeboten. Das bedeutet letztlich eine Fehllenkung knapper volkswirtschaftlicher Ressourcen, die nicht nur eine Mehrbelastung der Umwelt, sondern auch eine Beeinträchtigung des Wachstums mit sich bringt.

227. Ähnlich negative Einflüsse dürften sich aus anderen Gründen ergeben. Die geplante forcierte Umsetzung von Umweltschutzvorhaben begünstigt die bestehenden umweltspezifischen Techniken und läuft dadurch Gefahr, die technische Entwicklung auf diesem Gebiet zu verlangsamen. Außerdem ist zu befürchten, daß der Anteil der integrierten Umweltschutzanlagen an den gesamten Umweltschutzinvestitionen zurückgeht. Vorliegende Untersuchungen zeigen, daß dies in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik im zurückliegenden Jahrzehnt immer dann der Fall war, wenn die Umweltschutzinvestitionen überdurchschnittlich schnell stiegen; eine rasche Steigerung der Quantität führte zu einer relativen Verringerung der Qualität des Umweltschutzes.

Einigen Vorschlägen gemäß sollen staatliche Hilfen nur gewährt werden, wenn die Umweltschutzinvestitionen über die Qualitätsanforderungen der Umweltbehörden hinausgehen: durch Subventionen soll eine Verbesserung des Standes der Technik bewirkt werden. Da jedoch anzunehmen ist, daß jede Verbesserung den Umweltbehörden zur Verschärfung ihrer Anforderungen dient, muß mit einem

„Sperrklinkeneffekt" gerechnet werden. Unternehmen werden sich scheuen, technische Verbesserungen vorzunehmen, weil sie befürchten müssen, daß die Behörden den Sanierungsdruck für ähnliche Produktionsanlagen erhöhen werden. Erfahrungen mit dem Altanlagensanierungsprogramm der Bundesregierung und dem Luftreinhalteprogramm von Nordrhein-Westfalen zeigen, daß solche Befürchtungen begründet sind.

228. Die Argumente, die bisher erörtert worden sind, zeigen beispielhaft, daß mit der vorgeschlagenen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf „gesellschaftlich vorrangige Zwecke" und mit den in Aussicht genommenen staatlichen Interventionen und Regulierungen große Nachteile verbunden sind. Diese Nachteile lassen sich vermeiden, wenn man auf die enge Verknüpfung des Beschäftigungsziels mit dem Umweltziel verzichtet, in der Umweltpolitik marktwirtschaftlichen Grundlinien folgt, so wie sie der Sachverständigenrat erörtert hat (JG 83 Ziffern 504 ff., JG 84 Ziffern 400 ff.), und wenn man der Umweltpolitik durch Umschichtungen in den Haushalten der Gebietskörperschaften und durch eine Gemeindefinanzreform mehr Raum schafft (SG 85 Ziffer 30). Wenn zudem der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit auf dem in diesem Gutachten gewiesenen Wege vorangetrieben würde, könnte mit weiteren günstigen Einflüssen auf die Umwelt gerechnet werden. Je stärker die Gesamtinvestitionen zunehmen, desto schneller erfolgt eine umweltfreundliche Modernisierung des Anlagenkapitals, und um so rascher dringen integrierte Umweltschutzanlagen vor.

229. Der Sachverständigenrat unterscheidet sich von den Befürwortern einer anderen Wirtschaftspolitik nicht nur in der Beantwortung der Frage nach den gegenwärtigen Grenzen der Wirtschaftspolitik, sondern auch hinsichtlich der Vorstellungen, wie die einzelnen Teilbereiche der Wirtschaftspolitik aufeinander bezogen werden sollen. Der Ansicht, daß alle wirtschaftspolitischen Instanzen sich der gemeinsamen Verantwortung für das Beschäftigungsziel in besonderer Weise bewußt sein, kooperativ handeln und ihre Maßnahmen zu einem zielgerichteten Bündel zusammenfassen sollen, kann er sich nicht anschließen. Er hält demgegenüber an einer eindeutigen Rollenverteilung in der Wirtschaftspolitik fest. Jeder Teilbereich vermag einzelne Ziele besser zu erreichen, als es andere Bereiche vermögen. Es ist deshalb richtig, wenn jeder Bereich das Ziel, das er vergleichsweise erfolgversprechend ansteuern kann, in besonderer Verantwortung übernimmt. Es wäre verhängnisvoll, etwa die Geldpolitik von ihrer besonderen Verantwortung für die Preisstabilität oder die Lohnpolitik von ihrer besonderen Verantwortung für das Beschäftigungsziel zu entbinden. Das bedeutet keineswegs den Verzicht auf abgestimmtes Handeln aller Instanzen und schließt nicht aus, daß alle Bereiche bei der Verfolgung der ihnen jeweils zugeordneten Ziele auch dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. So entspricht auch dem oben erörterten Konzept einer Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung eine Aufgabenteilung, bei der die einzelnen Politikbereiche nicht in Konflikt miteinander geraten. Im Gegenteil, sie unterstützen sich gegenseitig, und nirgendwo muß befürchtet werden, die Aktion des anderen zerstöre die Erfolgserwartung, die sich mit dem eigenen Handeln verbindet (JG 84 Ziffer 337). Nur, ein kooperatives, weitgehend auf nur ein Ziel ausgerichtetes Handeln aller wirtschaftspolitischen Instanzen ist das nicht.

230. Ein besonderer Vorteil der Bündelung zahlreicher und vielfältiger Maßnahmen wird darin erblickt, dadurch Einzelmaßnahmen geringer dosieren und so das mit ihnen verbundene Risiko unerwünschter Nebenwirkungen klein halten zu können. Dem ist entgegenzuhalten, daß es gar nicht auf das mit Einzelmaßnahmen verbundene Risiko ankommt, sondern auf das Gesamtrisiko aller zusammengefaßten Maßnahmen, deren finanzielle Auswirkungen ohnehin das Staatsbudget in ihrer Summe belasten. Dieses Gesamtrisiko schätzt der Sachverständigenrat hoch ein; mit den geforderten Maßnahmen werden die der Wirtschaftspolitik sowohl im gesamtwirtschaftlichen als auch im einzelwirtschaftlichen Bereich gesetzten Grenzen überschritten. Ein gleiches Risiko ist mit dem vom Sachverständigenrat entworfenen Konzept zur Bekämpfung hoher Arbeitslosigkeit nicht verbunden.

231. Eine Bündelung könnte mit Synergieeffekten begründet werden, also damit, daß gleichzeitig ergriffene, aufeinander abgestimmte Maßnahmen eine größere Wirkung erzielen, als es den zusammengefaßten Einzelwirkungen aller dieser Maßnahmen bei isolierter Durchführung entspricht. Für eine solche Annahme lassen sich überzeugende Belege nicht finden, zumal einige Maßnahmen — wie dargelegt — negative Wirkungen haben. Auch das gelegentlich geäußerte Argument, bei einer Bündelung vielfältiger Maßnahmen würde der Staat verdeutlichen, mit welcher Energie er das Vollbeschäftigungsziel verfolge, und dadurch in der privaten Wirtschaft die Erwartung eines langanhaltenden Aufschwungs stärken, überzeugt nicht. Staatlicher Aktivismus dürfte, wie oben begründet, eher zu neuer Unsicherheit führen.

232. Mit der Frage, in welcher Weise Arbeitszeitverkürzung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beitragen kann, hat sich der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1983 ausführlich befaßt (JG 83 Ziffer 365, Ziffern 432 ff.). An dem Ergebnis der damaligen Überlegungen hält er fest: Der Preis der Arbeitszeitverkürzung ist hoch. Entweder werden die Kosten erhöht, oder es muß auf Einkommen und Nachfrage verzichtet werden. Bei allen Arten der Arbeitszeitverkürzung ist unter der Bedingung, daß die Kosten der Unternehmen nicht steigen, wohl mit einer Zunahme der Beschäftigung zu rechnen, jedoch nicht mit einer Zunahme, die der Verkürzung der Arbeitszeit entspricht. Käme es zugleich zu einer zusätzlichen Kostenbelastung der Unternehmen, was bei einer fortgesetzten Verkürzung der Arbeitszeit wohl nicht vermieden werden kann, wäre der Beschäftigungseffekt geringer oder auch negativ.

Der Sachverständigenrat beurteilt Arbeitszeitverkürzungen als Mittel zur Überwindung von Arbeitslosigkeit skeptischer als die Vertreter der neuen Wirtschaftspolitik. Außerdem unterscheidet er sich von ihnen dadurch, daß er kollektive Arbeitszeitregelungen ablehnt, die nicht den individuellen Wünschen der Betroffenen entsprechen (JG 83 Ziffer 365).

233. Die Vertreter einer anderen Wirtschaftspolitik erwarten, daß die Anzahl der Beschäftigten 1990 um 1½ Millionen höher liegen werde, wenn man ihre Vorschläge verwirkliche und nicht an dem gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Kurs festhalte. Gegen diese Schätzung sind zwei Einwände zu erheben. Davon ist der erste, daß die Entwicklung unter Status-quo-Bedingungen zu pessimistisch eingeschätzt wird. Es wird übersehen, daß wesentliche Gründe für die Wachstumsschwäche der letzten Jahre teils nicht mehr bestehen, teils an Bedeutung verlieren werden. Diese strukturellen Veränderungen können in den verwendeten Simulationsmodellen ebenso wenig erfaßt werden wie der Wandel, der in den Erwartungen der Menschen und in ihrem Handeln schon eingetreten ist und weiterhin eintreten wird.

Der zweite Mangel der Schätzung beruht darauf, daß die negativen Wirkungen der eigenen Maßnahmen auf die Verhaltensweisen der wirtschaftlich Handelnden, auf die Effizienz des Einsatzes knapper Ressourcen und auf die Erwartungsbildung an den internationalen Finanzmärkten nur unzulänglich erfaßt werden. Ob die Bürger ihr Verhalten ändern und andere Erwartungen bilden, wenn der Staat mit zusätzlichen Ausgaben gegen Arbeitslosigkeit anzugehen versucht und dabei die Hoffnungen auf einen Rückgang der Ausgaben- und der Abgabenquote enttäuscht, oder ob sie sich dann wie bisher verhalten — das kann mit den verwendeten Schätzmodellen nicht geklärt werden.

Eine Änderung der Erwartungen und Verhaltensweisen aufgrund einer Politik, die gute gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen schafft und die individuellem Handeln Raum gibt, läßt sich nicht exakt vorherberechnen — weder mit Modellen noch anderswie. So lassen sich auch nicht die Beschäftigungswirkungen und auch nicht der Gesamterfolg einer Politik modellmäßig errechnen, die dem Konzept des Sachverständigenrates folgt. Diese Beschäftigungswirkungen schätzen wir hoch ein, höher und vor allem dauerhafter als jene, die von der erörterten anderen Wirtschaftspolitik zu erwarten wären. Daran lassen wir keinen Zweifel.

TEIL B

Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Geld- und Währungspolitik

234. Die Bundesbank hat im Jahre 1985 das Expansionstempo der Zentralbankgeldmenge weiter verringert. Als die Spekulationswelle am Devisenmarkt den Dollarkurs Ende Februar auf fast 3,50 DM trieb, wurde die Geldpolitik von der Sorge geleitet, der Schub bei den Einfuhrpreisen könnte die Erfolge bei der Stabilisierung des Preisniveaus wieder gefährden. Vom Anstieg des Dollarkurses ausgehende inflatorische Impulse haben jedoch die Entwicklung des Preisniveaus nicht geprägt. Der Dollarkurs begann schon bald wieder zu sinken und verharrte dann für einige Monate auf einem Niveau von etwa 3,10 DM, ehe er im Sommer die Talfahrt fortsetzte. Nachdem die Bundesbank Anfang des Jahres mit einer Erhöhung des Lombardsatzes und der Zinssätze für Wertpapierpensionsgeschäfte auf den Anstieg des Dollarkurses reagiert hatte, nutzte sie den Spielraum für eine Senkung ihrer Zinssätze zunächst sehr vorsichtig, erst Mitte August entschloß sie sich zu einer Senkung der Leitzinsen. Die Zinserhöhung zu Jahresbeginn und die verzögerte Ermäßigung der Geldbeschaffungskosten danach waren maßgeblich dafür, daß sich der Anstieg der Zentralbankgeldmenge verlangsamte. Es wäre wohl möglich gewesen, die Geldpolitik mit weniger Rücksicht auf den Wechselkurs zu führen, da der Preisauftrieb nur noch gering war und auf den internationalen Finanzmärkten langfristige Anlagen in der Bundesrepublik mehr und mehr als attraktiv betrachtet wurden.

235. Für 1986 und danach bekräftigen wir den Vorschlag, den wir im Jahresgutachten 1984 gemacht haben: Die Geldpolitik sollte konsequent verstetigt werden, indem für mehrere Jahre im voraus die Ausweitung des Geldangebots festgelegt und auf eine weitere Verlangsamung im Anstieg verzichtet wird. Dabei sollte die Zuwachsrate für die bereinigte Zentralbankgeldmenge so bestimmt werden, daß dem Wachstum des Produktionspotentials Raum gegeben wird und einem erneuten Anstieg der Inflation kein Vorschub geleistet wird. Unter den gegenwärtigen Bedingungen beträgt diese Rate 4½ vH, allenfalls 5 vH, wenn man sich der Vorstellung einer im Trend leicht sinkenden Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes anschließt (JG 84 Ziffern 359 ff.).

236. Der Vorschlag, ein Geldmengenziel für mehrere Jahre anzukündigen und konsequent zu verfolgen, gründet sich auf drei Überlegungen, die eng miteinander verbunden sind.

— Das Ziel eines stabilen Preisniveaus ist annähernd erreicht. Worum es jetzt vorrangig gehen sollte, ist die verläßliche Bewahrung des Erreichten. Mit der mittelfristigen Zielvorgabe soll die Entschlossenheit der Geldpolitik zum Ausdruck gebracht werden, daß sie sich einem möglicherweise wieder stärkeren Preisauftrieb in der Zukunft nicht anpassen werde. Die Wahrscheinlichkeit eines Wiederanstiegs der Inflation wird damit verringert. Auf eine weitere Rückführung des Preisanstiegs braucht deshalb nicht verzichtet zu werden, sie sollte aber im Zusammenspiel der Politikbereiche und durch Intensivierung des Wettbewerbs bewirkt werden.

— Indem die Geldpolitik ihr Geldmengenziel gleich für mehrere Jahre aufstellt und ihre Entschlossenheit bekundet, dieses Ziel zu erreichen, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wachstumskräfte und zur Wiedererreichung der Vollbeschäftigung. Die Wirtschaft und der Staat müßten sich an dieser mittelfristigen Zielvorgabe orientieren. Die Gefahr stabilitätswidriger Lohnerhöhungen und eines stabilitätswidrigen Verhaltens der Finanzpolitik ist um so geringer, je sicherer die Bundesbank es ausschließt, daß sie dadurch in Gang gesetzte Preissteigerungen durch eine nachfolgende Ausweitung der Geldmenge akkommodieren wird. Wenn dadurch ein Wiederanstieg der Inflationsrate verhindert werden kann, indem Staat und Tarifparteien von stabilitätswidrigem Verhalten abgehalten werden, wird eine für die Investitionstätigkeit wesentliche Unsicherheit dauerhaft beseitigt sein.

— Indem die Bundesbank ihre Politik in der dargelegten Weise konsequent verstetigt, trägt sie zur Stabilisierung der Erwartungen der internationalen Kapitalanleger und damit zu einer besseren Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems bei. Erratische Wechselkursschwankungen und Abweichungen der Wechselkurse für längere Zeit von ihren den fundamentalen Faktoren der Wirtschaftskraft der Länder entsprechenden Werten haben in den vergangenen Jahren die Unternehmensplanung erschwert, den internationalen Kapitalverkehr und Handel verunsichert, zu Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur geführt und dadurch die Wachstumskräfte tendenziell geschwächt. Diese nachteilige Entwicklung der Wechselkurse ist im wesentlichen den internationalen Kapitalbewegungen zuzuschreiben; hier ist es wiederholt zu sich selbst verstärkenden Wechselkursbewegungen gekommen, weil es an stabilen Erwartungen fehlte. Unruhe in den Kapitalbewegungen läßt sich häufig aber auch damit erklären, daß internationale Kapitalanleger das Investitionsumfeld nicht recht einschätzen können und verunsichert auf einzelne wirtschaftspolitische Entscheidungen oder besondere wirtschaftliche Ereignisse reagieren.

237. Solange es vorrangig darum ging, die Inflation zu bekämpfen, konnte die Verstetigungsaufgabe nicht durch Festlegung eines mehrjährigen Ziels für die Ausweitung des Geldangebots konsequent verfolgt werden. Zu unsicher war, wie schnell die Inflationsrate gesenkt werden könnte und ob eine gleich für mehrere Jahre festgelegte Verringerung des Expansionstempos der Zentralbankgeldmenge nicht unzumutbare Beschäftigungseffekte mit sich bringen würde. Auf verläßliche Erfahrungen konnte die Geldpolitik nicht zurückgreifen. Verstetigung konnte in der damaligen Situation deshalb nur heißen, die Rate für den Zuwachs der Geldmenge für ein Jahr im voraus anzugeben und sich vorzunehmen, diese allmählich zu senken.

Die Phase, in der es vorrangig um die Senkung hoher Inflationsraten ging, ist abgeschlossen. Die Stabilisierungsaufgabe steht nicht mehr im Vordergrund, die Verstetigungsaufgabe kann in den Mittelpunkt der Geldpolitik gerückt werden. Dies gelingt mit der Ankündigung und der konsequenten Einhaltung eines Geldmengenziels für mehrere Jahre.

Das Geldmengenziel sollte jährlich überprüft werden. Solange keine Ausnahmebedingungen vorliegen, wäre hierbei der bisherige mittelfristige Kurs zu bekräftigen. Im anderen Falle müßte begründet werden, warum eine Kursänderung notwendig ist und worin diese besteht.

238. Eine konsequente Politik der Verstetigung heißt nicht, auf eine weitere Verlangsamung des Preisauftriebs zu verzichten. Eine Ankündigung der Notenbank, sie werde die Zentralbankgeldmenge während der nächsten Jahre mit einer konstanten Rate erhöhen und eine etwas stärkere Ausweitung des Geldangebots als 1985 zulassen, wird von den Gewerkschaften wohl nicht als Erweiterung des monetären Spielraumes für höhere Lohnforderungen mißverstanden werden, sondern vielmehr als eine Chance, durch stabilitätsbewußte Lohnpolitik einen wichtigen Beitrag für mehr Beschäftigung zu leisten. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die Lohnpolitik in den letzten Jahren durch maßvolle Tarifabschlüsse wesentlich zum Stabilisierungserfolg beigetragen und dadurch die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen dauerhaften Abbau der hohen Arbeitslosigkeit mitgeschaffen hat. Der Anreiz, in dieser Politik fortzufahren, würde gemindert, wenn die Notenbank eine weitere Lohnzurückhaltung zum Anlaß nähme, die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge weiter zu senken, um die allgemeine Preissteigerung weiter zu drücken. Das Risiko, daß die Ausweitung der Produktion und der Beschäftigung dann nicht vorankommen, wäre zu groß. Andererseits schließt die Rate von $4^1/_2$ vH, die der Rat für die mittelfristige Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge unter den gegenwärtigen Bedingungen für angemessen hält, keineswegs aus, daß das reale Sozialprodukt schneller als zur Zeit zunimmt.

239. Gegen den Vorschlag, die Geldpolitik durch Vorgabe einer für mehrere Jahre gültigen Zielgröße für die Ausweitung des Geldangebots zu verstetigen, kann nicht eingewendet werden, dadurch würden der Bundesbank Handlungsmöglichkeiten ge-

nommen, die ihr zur Vermeidung negativer Entwicklungen offenstehen müßten.

Orientierungsgröße jeder mittelfristigen Konzeption für die Geldpolitik ist das Produktionspotential; dessen Wachstum unter Berücksichtigung des noch gegebenen geringen Anstiegs des Preisniveaus bestimmt das Expansionstempo der Zentralbankgeldmenge, das als konjunkturneutral und stabilitätsgerecht gelten kann. Wenn das Produktionspotential deutlich schneller als gegenwärtig wächst, ist eine Änderung der Zielgröße für die Ausweitung des Geldangebots selbstverständlich, sie gehört zum Konzept. Eine Änderung des Wachstumstempos des Produktionspotentials, die eine Reaktion der Geldpolitik erfordert, ist innerhalb eines Zeitraums, für den das Geldmengenziel gilt, aller Erfahrung nach wenig wahrscheinlich. Träte dies gleichwohl ein, entspräche eine Anpassung der Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge dem Konzept einer potentialorientierten Geldpolitik.

Im übrigen gilt, wie unter den Bedingungen einjähriger Vorgaben, daß es in Ausnahmefällen zur Sicherung des Geldwertes und zur Vermeidung gravierender gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte geboten sein kann, von einem zunächst wohlbegründeten Geldmengenziel abzuweichen. Was das im Einzelfall heißt, ist zu erläutern.

Zunächst bedeutet eine Selbstbindung der Geldpolitik auf mittlere Frist keineswegs, daß sie von Monat zu Monat den Expansionspfad genau einhalten müßte, der durch die angekündigte Rate vorgezeichnet ist. Irreguläre Schwankungen des Geldbedarfs können Abweichungen von einem mittelfristigen Pfad für kurze Zeit begründen. Das Expansionstempo über einen längeren Zeitraum, etwa ein Jahr, brauchen solche Störungen nicht zu beeinflussen. Je klarer der Kurs der Notenbank auf mittlere Sicht erkennbar ist, um so eher kann sie, ohne Irritationen hinsichtlich ihrer Politik auszulösen, vorübergehende Abweichungen von dem vorgezeichneten Pfad zulassen, und um so gelassener kann sie eine Rückbildung der Störeinflüsse abwarten beziehungsweise eine Korrektur einleiten. Eine mehrjährige Zielvorgabe fördert solche Klarheit.

Weiterhin können Vorgänge auf den Devisenmärkten eine vorübergehende oder dauerhafte Abweichung von einem Geldmengenziel erforderlich machen. Die Bundesbank hat hierbei, selbst bei einem mit anderen Notenbanken abgestimmten Verhalten, freilich nur begrenzte Möglichkeiten. Auch sind die Möglichkeiten, die inflatorischen Gefahren aus einer starken Abwertung abzuwehren, anders zu sehen als die, sich gegen eine massive reale Aufwertung der D-Mark zu stemmen. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre in der Bundesrepublik haben dies gelehrt. Eindeutig ist die Antwort lediglich für den Fall einer dauerhaften oder vorübergehenden Änderung in der internationalen Neigung zur Kassenhaltung in D-Mark. Solchen Änderungen kann die Notenbank nachgeben, ohne daß die entsprechende Abweichung vom mittelfristigen Pfad mit einem inflatorischen Impuls oder mit Deflationsdruck verbunden wäre. Wohlgemerkt: Es kann nicht darum gehen, jeder Veränderung des realen Wechselkurses geldpolitisch entgegenzuwirken. Und es kann erst recht nicht Aufgabe der Geldpolitik sein, dem Auf und Ab am Devisenmarkt in ihrer Politik zu folgen. Starke und abrupte Veränderungen des realen Wechselkurses sind es, die eine Antwort der Geldpolitik notwendig machen können. Im übrigen ist die Notenbank bei einem Geldmengenziel für einen mittelfristigen Zeitraum ebensowenig wie bei einem Ziel für ein Jahr gehindert, spekulativen Übersteigerungen am Devisenmarkt mit begrenzten Interventionen hin und wieder entgegenzutreten. Denn solche Interventionen müssen überhaupt nicht auf die Zentralbankgeldmenge durchschlagen und, soweit dies geschieht, brauchen die Abweichungen vom Pfad nur vorübergehend zu sein, so daß die Einhaltung der Zielvorstellung über einen längeren Zeitraum nicht gefährdet ist. Hinzu kommt, daß die Verstetigung der Geldpolitik über eine Stabilisierung der Erwartungen selbst zu stabileren Wechselkursen beiträgt. Soweit die Schwankungen der Wechselkurse nämlich Unsicherheit über den zukünftigen Kurs der Wirtschaftspolitik spiegeln, ist eine für mehrere Jahre gültige Ankündigung der Geldpolitik einer einjährigen Vorgabe überlegen, sie ist besser geeignet, die stabilitätspolitischen Absichten der Geldpolitik zu verdeutlichen.

Schließlich ist die Geldpolitik nicht geeignet, eine konjunkturpolitische Feinsteuerung vorzunehmen. Gefordert wäre die Bundesbank dagegen, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrageexpansion sehr unbefriedigend ist oder zu werden droht und zugleich deshalb oder aus anderen Gründen eine Gefährdung des Ziels der Geldwertstabilität ausgeschlossen werden kann. In einem solchen Fall einer schwerwiegenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts — nicht etwa bei jedweder konjunkturellen Bewegung — sollte sich die Geldpolitik an eine Zielvorgabe, gleich ob für ein Jahr oder für mehrere Jahre, nicht gebunden fühlen. Auch hier gilt wieder: Die Gefahr, daß es dazu kommt, ist bei einer konsequent verstetigten Geldpolitik geringer.

Soweit zu unserem Vorschlag, die Geldpolitik zu verstetigen.

240. Für 1986 erwartet der Sachverständigenrat eine weitere mäßige Abwertung des Dollar. Diese Entwicklung sollte die Bundesbank nicht zum Anlaß nehmen, die Zinsen am Geldmarkt stärker zu senken, als es für eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 4½ vH erforderlich ist. Bei forcierter Zinssenkung nämlich würde die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar schwächer ausfallen; eine Korrektur des massiven außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in den Vereinigten Staaten erfordert aber eine niedrigere Bewertung des Dollar beziehungsweise eine höhere Bewertung der Währungen der Partnerländer. Gewiß würde eine stärkere Zinssenkung in der Bundesrepublik die Investitionstätigkeit stimulieren. Schwerer wiegt aber, daß die Korrektur der Verzerrungen im Wechselkursgefüge dann schwächer ausfiele. Es bliebe dann bei den großen Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen, und von daher drohen der deutschen Wirtschaft mittelfristig grö-

ßere Gefahren als von einem Verzicht auf forcierte Zinssenkungen. Wenn die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht abgebaut werden, könnten Protektionismus und eine harte Landung des Dollar den Aufschwung der deutschen Wirtschaft jäh stoppen.

241. Der erwartete Kursverlust des Dollar wird die Stellung der D-Mark im Europäischen Währungssystem stärken. Die D-Mark ist nach dem Dollar die zweitwichtigste Anlage- und Reservewährung. Sinkt die Attraktivität des Dollar, werden Ausländer verstärkt D-Mark-Anlagen nachfragen. Das führt zu einer Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und gegenüber den anderen europäischen Währungen. Eine Neufestsetzung der Wechselkurse im Rahmen des Europäischen Währungssystems wird dann früher oder später notwendig.

242. Mit einer Änderung der Wechselkurse im EWS ist auch aus einem anderen Grund zu rechnen. Seit dem letzten allgemeinen Realignment der Wechselkurse im März 1983 sind die Verbraucherpreise in den Mitgliedsländern recht unterschiedlich gestiegen. Ihre Erhöhung war zum Beispiel in der Bundesrepublik deutlich geringer als in Frankreich oder in Italien. Auch die Abwertung der Lira im Juli 1985 hat den Unterschied zwischen der italienischen und der deutschen Inflationsrate seit März 1983 nicht auszugleichen vermocht. Die zu erwartende Aufwertung der D-Mark wird aller Erfahrung nach nur den unterschiedlichen Inflationsraten Rechnung tragen. Bei festen Wechselkursen und einer höheren Inflationsrate im Ausland entstehen inländischen Anbietern Preisvorteile im Außenhandel; deren Korrektur über eine entsprechende Anpassung der Wechselkurse kann nicht als Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gedeutet werden.

243. Daß nicht schon früher ein Realignment der Wechselkurse vorgenommen werden mußte, ist auch darauf zurückzuführen, daß es zu mehr Übereinstimmung in den wichtigen Leitlinien der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer gekommen ist. Das Wechselkurssystem hat hierzu beigetragen.

Das Europäische Währungssystem ist aber noch keineswegs ausgereift. Von seiten der EG-Kommission ist vorgeschlagen worden, das EWS zu einem festen Bestandteil der Gemeinschaft zu machen, indem seine Grundsätze in die Römischen Verträge aufgenommen werden. Andere Vorschläge zur Fortentwicklung des Systems beziehen sich insbesondere auf den ECU, dessen Rolle als Zahlungsmittel im Verkehr der Zentralbanken untereinander in diesem Jahr ausgeweitet wurde. Darüber hinaus wird angeregt, dem ECU weitere Funktionen zuzuerkennen: die eines Zahlungsmittels auch im privaten Geschäftsverkehr, das nach und nach die nationalen Währungen verdrängt, und die einer allgemein anerkannten Reservewährung. Dies würde jedoch die Schaffung einer notenbankähnlichen, europäischen Währungsinstitution voraussetzen, wie sie jüngst als ein in den Gemeinschaftsverträgen zu verankerndes Ziel vorgeschlagen wurde. Ihr müßten die nationalen Notenbanken einige ihrer Befugnisse übertragen. Das würde die Aufgabe von nationaler Autonomie in der Geldpolitik erfordern und könnte nur verantwortet werden, wenn sich alle Beteiligten über eine auf Stabilität ausgerichtete Linie in der Währungspolitik und darüber hinaus in der Finanzpolitik einig wären. Hiervon kann jedoch keine Rede sein, wie beispielsweise die unterschiedlich hohen Inflationsraten in den EWS-Mitgliedsländern und die von einigen Ländern immer noch praktizierten Kapitalverkehrskontrollen beweisen. Es sind vornehmlich die „Schwachwährungsländer", die eine zunehmende private Verwendung des ECU befürworten; und es sind die „Hartwährungsländer", die sich dem widersetzen mit dem Argument, eine stabile Währung sei wichtiger als eine gemeinsame europäische Währung.

244. Der Weg zu einer dauerhaften Währungs- und Wirtschaftsunion muß über eine gemeinsame, abgestimmte, verläßliche Wirtschaftspolitik führen. Diese erst ermöglicht es, eine gemeinsame Währung einzuführen. Umgekehrt sichert die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung nicht, daß jedes Mitgliedsland wirtschaftspolitische Leitlinien befolgt, die von den anderen Ländern anerkannt werden.

245. Dringlicher als eine Entscheidung über die private Verwendung des ECU war im Jahre 1985 eine Reaktion der Bundesbank auf die starken Veränderungen, die in der Struktur der über die internationalen Finanzmärkte laufenden Finanzierungen seit etwa drei Jahren eingetreten sind. Der Anteil der Bankkredite ist merklich zurückgegangen, während internationale Kapitalmarktemissionen beträchtlich ausgeweitet worden sind. Diese Strukturverschiebung war von einer zunehmenden Verwendung neuer Finanzierungsinstrumente begleitet.

246. Die Finanzinnovationen sind als Reaktion vor allem auf die folgenden Sachverhalte zu verstehen:

— Die fortschreitende weltweite Integration der Finanzmärkte, die zunehmende Internationalisierung des Bankgeschäfts und wohl auch die rückläufige Bedeutung der Entwicklungsländer als Kreditnachfrager haben den Wettbewerb um gute Adressen verschärft und dadurch die Margen zwischen Soll- und Habenzinsen auf den Euro-Märkten ständig verringert. Die abnehmenden Ertragsmöglichkeiten gaben Anlaß zu Finanzierungsinnovationen, mit denen die Geldbeschaffungskosten gesenkt werden können. Insbesondere haben sie das Angebot bilanzneutraler, das Eigenkapital nicht bindender Provisionsgeschäfte gefördert.

— Große Kreditnehmer wenden sich in zunehmendem Maße direkt an Kapitalgeber, um ihre Finanzierungskosten zu senken; gleichzeitig ziehen es viele Kapitalgeber vor, Wertpapiere zu erwerben, statt niedriger verzinsliche Bankeinlagen zu halten. Finanzinnovationen sind Ausdruck dieses Wandels und haben ihn erleichtert. Dieser Wandel bringt es mit sich, daß Finanzierungsinstitute, deren Funktion bisher haupt-

sächlich die Vermittlung indirekter Kreditbeziehungen zwischen Nichtbanken war, mehr zur Vermittlung direkter Kreditbeziehungen übergehen. Die Banken erhalten für diese Geschäfte, die sich nicht in den Bilanzen niederschlagen, Provisionen. Vielfach erklären sich die Banken dazu bereit, die Papiere auf eigene Rechnung zu übernehmen, wenn sie sich nicht zu den vereinbarten Konditionen unterbringen lassen. Das bedeutet, daß sich die Grenzen zwischen Kreditmärkten und Anleihemärkten immer mehr verwischen.

— Starke Wechselkurs- und Zinsfluktuationen und die mit ihnen verbundenen Preisschwankungen bei den Finanzaktiva haben das Risiko finanzieller Transaktionen erhöht. Einige neue Finanzierungsinstrumente sind zum Schutz gegen dieses Risiko geschaffen worden. Man muß aber sehen, daß das Gesamtrisiko durch solche Innovationen nicht verringert werden kann; es kann nur anders verteilt werden.

— In vielen Ländern sind die Finanzmärkte reguliert. Beispielsweise bestehen administrative Zinsbindungen für bestimmte Bankgeschäfte. In den Vereinigten Staaten sind die Finanzmärkte regional segmentiert und — anders als im deutschen Universalbankensystem — bestimmte Bank- und Finanzgeschäfte nur eigens darauf spezialisierten Geldinstituten gestattet. Um auf dem wachsenden Weltfinanzmarkt als Anbieter oder Nachfrager auftreten zu können, mußten sie vielfach die administrativen Marktregelungen unterlaufen. Das gelang ihnen mit Hilfe von Finanzinnovationen.

247. Die neuen Finanzierungsinstrumente zeichnen sich gegenüber herkömmlichen festverzinslichen Wertpapieren dadurch aus, daß bei ihnen variabel sein kann, was bei jenen fixiert ist. Das gilt sowohl für den Zins und die Laufzeit als auch für die zugrunde liegende Währung. Selbst die eigentlichen Schuldner sind nicht immer definitiv festgelegt. Zu den Innovationen auf den internationalen Finanzmärkten werden variabel verzinsliche Anleihen („floating rate notes") sowie Null-Kupon-Anleihen („zero bonds") gerechnet, obwohl ihre Konstruktionsmerkmale auf dem deutschen Markt längst bekannt sind. Doppelwährungsanleihen sind dagegen auch für deutsche Banken ein neues Finanzierungsinstrument. Hierbei erfolgen Kauf und Zinszahlungen in einer anderen Währung als die Rückzahlung. Der Käufer solcher Papiere trägt das Risiko der Abwertung der Fremdwährung; dafür erhält er in der Regel eine höhere Verzinsung. Neu sind auch Zins- und Währungsswaps; es werden Anleihen mit dem vorrangigen Ziel begeben, die Zinszahlungsverpflichtungen oder die Währungsverbindlichkeiten, die sich daraus ergeben, mit anderen Emittenten zu tauschen. Diese Tauschgeschäfte ermöglichen den Partnern die Überwindung von Marktunvollkommenheiten, die sich darin zeigen, daß Banken auf den verschiedenen finanziellen Teilmärkten ein unterschiedliches Ansehen als Schuldner („Anleihe-Standing") genießen. Die Käufer solcher Papiere werden von den Tauschgeschäften nicht berührt. Im Jahre 1984 waren auf dem Euro-Anleihemarkt nahezu zwei Drittel aller Neuemissionen mit Swap-Arrangements verbunden.

Zu den Innovationen auf den internationalen Finanzmärkten werden auch Einlagenzertifikate (certificates of deposit, CDs) gerechnet, obwohl sie aus den Vereinigten Staaten seit längerem bekannt sind. Dabei handelt es sich um handelbare Quittungen für kurz- oder mittelfristige Bankeinlagen; solche Schuldverschreibungen können jederzeit liquidisiert werden. Dies ist bei Termineinlagen, ihrem engen Substitut in der Bundesrepublik, nicht möglich.

248. Geldpolitik und Bankenaufsicht in der Bundesrepublik müssen aus zwei Gründen auf das starke Vordringen neuer Finanzierungsinstrumente auf den internationalen Finanzmärkten reagieren.

— Für die Banken sind neuartige Risiken entstanden, weil sie sich vielfach bereit erklären, von Kunden emittierte Papiere dann auf eigene Rechnung zu übernehmen, wenn sich dafür keine Käufer finden lassen. Einem großen Teil dieser Kunden geht es dabei um eine langfristige Finanzierung mittels Revolvierung kurzfristiger Titel. Zwar waren Banken bisher kaum gezwungen, für die Übernahmegarantien einzustehen, aber es ist nicht auszuschließen, daß die Märkte einmal verstopft sein werden und im Zuge der Revolvierung Papiere nicht mehr abgesetzt werden können. Ein solcher Fall wäre deshalb bedrohlich, weil die Provisionsgeschäfte der Banken nicht bilanzwirksam sind und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Eigenkapital nicht berühren. Insofern haben die neuen Finanzierungsinstrumente das Risiko, daß es zu Schwierigkeiten und Funktionsstörungen im Bankgewerbe kommt, erhöht. Es ist deshalb notwendig, daß die Bankenaufsichtsbehörden, deren Aufgabe in der Gewährleistung von Stabilität im Geld- und Finanzwesen besteht, mit einer Änderung ihrer Grundsätze auf die durch Finanzinnovationen geprägte Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten reagieren. Dabei sollten sich die Länder abstimmen; angesichts der Internationalisierung der Bankengeschäfte ist eine Vereinheitlichung der Aufsichtsgrundsätze wünschenswert.

— Die neuen Finanzierungs- und Vertragstechniken erhöhen — wenn man von dem mit ihnen verbundenen Risiko absieht — die Effizienz der internationalen Finanzmärkte. Insofern sollten ihrem Einsatz in der Bundesrepublik keine Hindernisse entgegenstehen. Die Finanzpolitik sollte deshalb prüfen, ob die Börsenumsatzsteuer abgeschafft werden kann. Der Handel mit den neuartigen Papieren wird zur Zeit nahezu ausschließlich an ausländischen Bankplätzen abgewickelt, wo eine solche Steuer nicht zu entrichten ist. Die Bundesbank müßte ihrerseits

den deutschen Kapitalmarkt für alle Finanzinnovationen öffnen.

249. Mit der „Erklärung zur Begebung von DM-Auslandsanleihen" der Bundesbank vom 12. April 1985 ist dieser Schritt für die meisten neuen Finanzierungsinstrumente tatsächlich vollzogen worden. Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen, Doppelwährungsanleihen sowie Anleihen in Verbindung mit Swaps sind sowohl für ausländische Schuldner als auch für inländische Emittenten erlaubt. Lediglich handelbare Einlagen-Zertifikate (DM-CDs) sind von der Zulassung ausgenommen. Die Bundesbank nennt hierfür zwei Gründe.

— Einlagenzertifikate sind wie alle Bankschuldverschreibungen nicht der Mindestreservepflicht unterworfen. Für das engste Substitut der CDs dagegen, die Termineinlagen, ist Mindestreserve zu halten. Deshalb geht die Bundesbank davon aus, daß Termineinlagen vollständig durch Einlagen-Zertifikate verdrängt, die Mindestreservepolitik deshalb zu einer stumpfen Waffe werde und die Geldmengenpolitik erschwert werde.

— Die Bundesbank befürchtet ferner, daß bei weiter Verbreitung von Einlagenzertifikaten ausländische Notenbanken DM-CDs kaufen, dadurch das Gewicht der D-Mark als Anlage- und Reservewährung in der Welt zunehmen und damit die Gefahr von binnenwirtschaftlich unerwünschten Schwankungen der Bankenliquidität und der Zinsen bei Umschichtungen, Auflösungen und Käufen steigen werde.

250. Diese Sorgen wären weitgehend unbegründet, wenn die Mindestreserveregelungen an die veränderte Situation angepaßt, das heißt auf Einlagenzertifikate ausgedehnt oder aber ganz abgeschafft würden. Wenn Zertifikate erlaubt werden, würde dies den Handlungsspielraum der inländischen Kreditinstitute vergrößern und die Attraktivität von D-Mark-Anlagen für Ausländer und damit die Bedeutung der Bundesrepublik als internationaler Finanzplatz erhöhen.

Diesem Ziel wäre es auch dienlich, wenn die Bundesbank ihre Zurückhaltung gegenüber der Einrichtung einer Banken-Freizone (Off-shore-Platz) in der Bundesrepublik aufgäbe. Die Geschäfte auf diesem Markt, durchweg Drittlandsgeschäfte mit Transitgeldern, wären von den inländischen Regulierungen in dem Maße ausgenommen, wie dies jetzt schon für den Euro-DM-Markt der Fall ist. Im Vergleich zum Status quo würden sich keine neuen Probleme für die Geldpolitik ergeben. Jedoch wäre damit zu rechnen, daß ein Teil dieser Transaktionen in Zukunft in dieser Banken-Freizone und nicht mehr im Ausland abgewickelt würde. Die Zulassung eines Off-shore-Platzes böte somit den deutschen Finanzinstituten die Möglichkeit, ihre Position im internationalen Wettbewerb zu verbessern. Auf mittlere Sicht wären davon auch positive Auswirkungen auf die übrige Wirtschaft zu erwarten.

II. Finanzpolitik

251. Die Finanzpolitik steht in den letzten Jahren dieses Jahrzehnts vor großen Aufgaben. In der Rentenversicherung werden zu Beginn der neunziger Jahre die Probleme aktuell, die sich aus der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung ergeben. Bislang ist nicht in Sicht, wie dann eine ständige Erhöhung der Beiträge oder ein Zurückbleiben der Renten hinter der Einkommensentwicklung vermieden werden kann. Die Belastung durch die gesetzliche Krankenversicherung — für die wir in diesem Gutachten Wege zu einer Reform erörtern (Ziffern 358ff.) — wird schon heute als zu hoch empfunden.

Nicht nur die Höhe, sondern auch die Struktur der Steuerbelastungen wirkt sich ungünstig auf das Wirtschaftswachstum aus. Deshalb ist die große Steuerreform vordringlich. Im Rahmen einer solchen Neuordnung muß insbesondere die Einkommensbesteuerung (einschließlich der Körperschaftsteuer) umgestaltet werden. Hier gilt es vor allem, Anstieg und absolute Höhe der Grenzsteuersätze zu senken und dafür die vielfältigen Steuervergünstigungen abzuschaffen, um die Steuerbemessungsgrundlage auszuweiten.

Um weiterhin Spielraum für die notwendigen Steuersenkungen zu gewinnen, ist auch künftig Ausgabendisziplin erforderlich. Ausgabendisziplin zu wahren, wird freilich um so schwieriger, je weiter die Konsolidierung fortschreitet. Viele Menschen sehen nicht ein, daß es bei der augenblicklich hohen Arbeitslosigkeit überhaupt erstrebenswert ist, die Staatsquote — in der die öffentlichen Ausgaben auf das Produktionspotential bezogen werden — zu senken. Mit der Vorstellung, daß der Staat aufgerufen sei, für mehr Beschäftigung zu sorgen, setzen wir uns an anderer Stelle auseinander (Ziffern 203ff.).

Zu einer Strategie der Kräftigung wirtschaftlichen Wachstums gehört, daß der Subventionsabbau endlich entschlossen in Angriff genommen wird. Zum einen geht es darum, die Steuerzahler von den Subventionslasten zu befreien, zum anderen darum, Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Subventionsabbau ist auch notwendig, weil damit die finanzielle Möglichkeit geschaffen wird, dringende Aufgaben anzupacken, etwa auf den Gebieten des Umweltschutzes oder der Stadtsanierung.

252. Tatsächlich mußte sich die Finanzpolitik schon in den Jahren 1984 und 1985 wieder verstärkt mit neuen Ansprüchen auseinandersetzen. Bedeutende Haushaltsbelastungen ergaben sich insbesondere aus der Umsatzsteuervergünstigung für die Landwirtschaft sowie aus der Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Europäischen Gemeinschaften. Zwar konnten die Defizite weiter abgebaut werden; das Tempo der Konsolidierung hat sich jedoch im Vergleich zu den Jahren 1982 und 1983 deutlich verlangsamt. Die Erfolge wurden überwiegend durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik erreicht.

Allerdings ist im Zeitraum von 1982 bis 1985 auch das Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttoso-

zialprodukt, die volkswirtschaftliche Steuerquote, gestiegen. Mit der für 1986 beschlossenen Steuersenkung wird die Steuerquote annähernd wieder auf den Stand von 1982 zurückgeführt und damit die Mehrbelastung der Bürger abgebaut. Daß sich bei dieser Steuerentlastung in Höhe von 10 Mrd DM das strukturelle Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts erhöhen wird, ist dann nicht bedenklich, wenn es in den folgenden Jahren durch Zurückhaltung bei den Ausgaben wieder abgetragen wird. Dafür muß die Finanzpolitik sorgen. Da es von den Ausgaben her im kommenden Jahr keinen nennenswerten Beitrag mehr zur weiteren Haushaltskonsolidierung geben wird, ist es um so dringlicher, in den folgenden Jahren Ausgabendisziplin zu wahren.

Konsolidierungspause 1986

253. Am 1. Januar 1986 treten die Regelungen für die erste Stufe der Einkommensteuerentlastung in Kraft, die das Steuersenkungsgesetz 1986/1988 vorsieht. Durch die Erhöhung der Kinderfreibeträge und der Grundfreibeträge, auch durch eine Senkung der Grenzsteuersätze im direkt progressiven Tarifbereich sowie einige weitere Änderungen des Einkommensteuerrechts werden sich Steuerausfälle in Höhe von etwa 10 Mrd DM ergeben.

Kein Ausgleich kommt von der Ausgabenseite: Die Empfehlung des Finanzplanungsrates, den Ausgabenzuwachs bei Bund, Ländern und Gemeinden im Durchschnitt auf 3 vH zu beschränken, wird 1986 voraussichtlich nicht eingehalten werden. Wir rechnen mit einem Zuwachs der Ausgaben von 3½ vH. Die Staatsquote wird mit 30,3 vH etwa denselben Wert wie im Jahre 1985 erreichen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei noch einmal daran erinnert, daß wir die Staatsquote berechnen, indem wir die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vom Hundert des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen ausdrücken. Vielfach werden die Ausgaben aber auch auf das Bruttosozialprodukt bezogen. Bei dieser Berechnungsmethode würde sich für 1986 noch eine Rückführung der Staatsquote ergeben. Das unterschiedliche Ergebnis beider Methoden beruht darauf, daß das Bruttosozialprodukt im Aufschwung schneller wächst als das Produktionspotential. Die auf der Basis des Bruttosozialprodukts errechnete Staatsquote ist durch konjunkturelle Einflüsse stärker verzerrt und eignet sich daher nicht zur Beurteilung von Konsolidierungserfolgen.

Wir erwarten für das Jahr 1986 für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — ein Defizit, das mit der Größenordnung von 23½ Mrd DM etwa dem Haushaltsergebnis für 1985 entspricht. Damit scheint sich ein günstiges Bild abzuzeichnen; denn trotz der Steuerausfälle, die sich aus der für 1986 beschlossenen Steuersenkung ergeben, wird der Fehlbetrag nicht zunehmen. Das Defizit bedarf jedoch einer Erörterung in konjunktureller und in struktureller Hinsicht.

254. Einen Anhaltspunkt dafür, ob die sich abzeichnende Haushaltsentwicklung konjunkturpolitisch vertretbar ist, bietet der konjunkturelle Impuls, den der Sachverständigenrat durch einen Vergleich des tatsächlichen Defizits mit dem konjunkturneutralen Finanzierungssaldo ermittelt. Eine Komponente dieses Saldos ist die Normalverschuldung. Sie wird vom Sachverständigenrat nach dem Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren 1966 bis 1977 auf etwa 1 vH des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials geschätzt. Diese potentialorientierte Kreditaufnahme ist für 1986 mit 23½ Mrd DM anzusetzen und zufällig größengleich mit dem tatsächlichen Defizit. Sie ist als Näherungswert für die Nettoneuverschuldung des Staates aufzufassen, an die die Wirtschaft „gewöhnt" ist. Erstmals seit 1980 werden 1986 wieder auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen anfallen, und zwar in einer Höhe von etwa 7 Mrd DM, weil der Auslastungsgrad des Produktionspotentials im kommenden Jahr oberhalb seines langjährigen Durchschnittswertes liegen wird. Diese Mehreinnahmen sind nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts von der potentialorientierten Kreditaufnahme abzusetzen. Dasselbe gilt für 5 Mrd DM, die als anomal hoher Teil aus der Gewinnabführung der Bundesbank anzusehen sind. Damit ergibt sich für den konjunkturneutralen Finanzierungssaldo ein Betrag von 11½ Mrd DM, der mit dem tatsächlichen Finanzierungssaldo in Höhe von 23½ Mrd DM zu vergleichen ist. Die Differenz beziffert den konjunkturellen Impuls (12 Mrd DM). Er ist um 6½ Mrd DM höher als 1985. Ein solcher expansiver Impuls ist nicht unproblematisch, wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1986 die Beanspruchung des Produktionspotentials über der Normalauslastung liegen wird.

Es stellt sich deshalb die Frage, ob eine Steuersenkung mit einem Volumen von 10 Mrd DM in der sich abzeichnenden konjunkturellen Situation angebracht erscheint. Nach traditionellen Maßstäben ist sie das nicht. Es muß jedoch auch bedacht werden, daß ein und derselbe Impuls je nach den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen größere oder kleinere Wirkungen entfalten kann. Sinkende Zinsen und niedrige Preissteigerungsraten im vierten Jahr eines Aufschwungs lassen die Gefahr gering erscheinen, daß ein von den öffentlichen Haushalten ausgehender konjunktureller Anstoß im Jahre 1986 Verdrängungseffekte oder inflatorische Effekte auslöst.

Bei der Abschätzung der Wirkungen des konjunkturellen Impulses ist außerdem zu berücksichtigen, daß er nicht auf Ausgabensteigerungen, sondern auf eine Steuerentlastung zurückzuführen ist. Diese Steuersenkung folgt der mittelfristigen Konzeption der Bundesregierung. Infolge der Progressivität des Steuersystems, namentlich der Einkommensbesteuerung, nehmen die Steuereinnahmen des Staates stärker als das Sozialprodukt zu. Um eine Erhöhung der Steuerquote zu vermeiden, ist es deshalb notwendig, die Steuern durch die Änderung der Einnahmenregelungen von Zeit zu Zeit zu senken. Der Konsolidierungspfad wird damit nicht verlassen; denn er soll durch eine Absenkung der Staatsquote, also durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik gesichert werden und nicht durch eine

ständig steigende Steuerquote. Deshalb ist auch nicht damit zu rechnen, daß die Steuerentlastung als Signal eines Kurswechsels, das heißt einer expansiven Haushaltsführung, mißverstanden wird.

Wie wir in unserer Prognose dargelegt haben, ist unter Berücksichtigung der Steuerentlastungen für 1986 mit einer Fortsetzung des Aufschwungs zu rechnen. Auch in seinem vierten Jahr wird dieser Aufschwung spannungsfrei bleiben (Ziffern 156ff.). Das setzt freilich voraus, daß andere, die für die wirtschaftliche Entwicklung Verantwortung tragen, einen Kurs halten, der ein kräftigeres Wachstum bei Stabilität möglich macht. So wäre es bedenklich, wenn die Tarifparteien ihre bisherige Linie verlassen würden und sich unter dem Eindruck der besseren Konjunktur auf wesentlich höhere Lohnsteigerungen einigen würden: Die Chancen für einen langen Aufschwung könnten damit verspielt werden.

Die Haushaltsentwicklung ist aber weiterhin nicht in erster Linie unter konjunkturellen Gesichtspunkten zu würdigen. Die Steuersenkung ist unter Wachstumsgesichtspunkten und damit im Interesse einer Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung erforderlich, und zwar nicht nur, weil von der Entlastung günstige Einflüsse auf die Leistungsfreude, insbesondere die Investitionsbereitschaft, erwartet werden dürfen, sondern vor allem auch deshalb, weil es das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik gefährdete, wenn diese seit langem angekündigte Maßnahme verschoben würde.

255. Das strukturelle Defizit, das 1985 bis auf 1½ Mrd DM abgebaut ist, wird sich im nächsten Jahr wieder erhöhen. Es wird ermittelt, indem der tatsächliche Haushaltsfehlbetrag um die Beträge korrigiert wird, die eindeutig konjunkturell bedingt oder aus anderen Gründen nicht als dauerhaft anzusehen sind. Der so bereinigte Haushaltssaldo muß dann mit der Normalverschuldung verglichen werden. Das tatsächliche Defizit von 23½ Mrd DM ist also um 7 Mrd DM für auslastungsbedingte Mehreinnahmen sowie um 5 Mrd DM für den anomalen Teil des Bundesbankgewinns zu erhöhen und die Summe (35½ Mrd DM) der potentialorientierten Kreditaufnahme (23½ Mrd DM) gegenüberzustellen. Der Saldo in Höhe von 12 Mrd DM ist als strukturelles Defizit anzusehen. Diese Größe ist um 10½ Mrd DM höher als 1985.

Dieser Mehrbetrag kann im wesentlichen mit den Steuerausfällen erklärt werden, die sich aus der ersten Stufe der für 1986 und 1988 beschlossenen Steuersenkungen ergeben. Insoweit bietet der neuerliche Anstieg des strukturellen Defizits keinen Anlaß zur Besorgnis: Eine Steuerentlastungspolitik, die darauf gerichtet ist, die Erhöhung der Steuerquote zu vermeiden, muß sich an einer mittelfristigen Konzeption orientieren, bei deren Umsetzung ein zeitweiliger Anstieg der Haushaltsfehlbeträge kaum vermieden werden kann. Das ist unbedenklich, wenn die Neuverschuldung in den folgenden Jahren rasch wieder abgebaut wird. Gelingt es, den Ausgabenzuwachs bei Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt auf jährlich höchstens 3 vH zu begrenzen, wie es in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist, ist ein solcher Abbau auch zu erwarten.

256. Wenn die Zuwachsrate der Staatsausgaben aber 3½ vH beträgt, wie es unserer Einschätzung für 1986 entspricht, läßt sich an der nahezu unveränderten Staatsquote ablesen, daß von der Ausgabenpolitik kein Konsolidierungsbeitrag mehr zu erwarten ist. Hinter diesem Bild, das wir für den Gesamthaushalt skizziert haben, verbirgt sich eine sehr unterschiedliche Situation bei den einzelnen staatlichen Ebenen (Ziffern 122ff.).

Mit fortschreitender Konsolidierung wird es schwerer, Ausgabendisziplin zu wahren. Deshalb muß bei Gebietskörperschaften, die ihre Haushaltsfehlbeträge in den letzten Jahren weitgehend abbauen konnten, damit gerechnet werden, daß sie unter dem Druck vielfältiger Wünsche ihre Ausgaben verhältnismäßig stark ausweiten werden. Auch dort, wo die Defizite noch hoch sind, wirken oft unabweisbare — oder für unabweisbar gehaltene — Aufgaben ausgabensteigernd. Man muß deshalb mit dem Risiko rechnen, daß die Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf 3 vH auch nach 1986 nicht eingehalten werden wird.

257. Im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen wird sich im Jahre 1986 das Defizit um 4½ Mrd DM auf 16½ Mrd DM vermindern. Daß der Fehlbetrag hier um 7 Mrd DM niedriger ausfällt als im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften, ist im wesentlichen auf die Haushaltsüberschüsse zurückzuführen, die bei den Rentenversicherungen anfallen werden.

Obwohl das Defizit des gemeinsamen Haushalts im nächsten Jahr etwas geringer sein wird als 1985, vermittelt die Analyse der Entwicklung kein günstigeres Bild, als wir es für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften skizziert haben. Berechnet man die Staatsquote auf der Grundlage von Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vom Hundert des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen, so ergibt sich ebenfalls, daß sie für 1986 mit 46,4 vH denselben Wert wie für 1985 ausweist. Die Abgabenquote, das heißt Steuern und Sozialbeiträge nach der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vom Hundert des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen, wird um knapp einen halben Prozentpunkt auf 42,3 vH sinken. Sie erreicht damit etwa wieder das Niveau des Jahres 1983 (42,2 vH).

Subventionsabbau nicht noch weiter vertagen

258. Bei der qualitativen Haushaltskonsolidierung ist die Finanzpolitik weiter zurückgefallen. Das gilt insbesondere für den Abbau der Subventionen. Nach Angaben im Zehnten Subventionsbericht der Bundesregierung sind Finanzhilfen und Steuervergünstigungen aller Gebietskörperschaften einschließlich der Marktordnungsausgaben der Europäischen Gemeinschaften und des Einkommensausgleichs für die Landwirtschaft durch die Erhö-

hung der Mehrwertsteuerpauschale von 69,4 Mrd DM im Jahre 1982 auf rund 81 Mrd DM im Jahre 1985 gestiegen. Der finanzpolitische Spielraum wird so nicht nur durch Mehrausgaben und Steuerausfälle geschmälert, sondern auch durch den Verzicht auf Steuereinnahmen, den der Staat dadurch erleidet, daß wegen der Steuermehrbelastung der nichtsubventionierten Aktivitäten, und wegen der damit zusammenhängenden Wettbewerbsverfälschungen Einkommen und Arbeitsplätze nicht entstehen.

259. Die Bundesregierung weist darauf hin, daß die Zunahme der Subventionen überwiegend auf befristete, teilweise konjunkturpolitisch motivierte Maßnahmen zurückgeht. Sie plante für 1986 schon einen Rückgang des Volumens der vom Bund zu finanzierenden Finanzhilfen und Steuervergünstigungen um eine Milliarde D-Mark. Inzwischen zeigt sich jedoch, daß der Bedarf für die Kokskohlenbeihilfe um mehrere hundert Millionen D-Mark zu niedrig angesetzt ist. Mit der Kokskohlenbeihilfe schützt der Staat den Absatz deutscher Kokskohle vor der billigeren Auslandskonkurrenz, indem er den größten Teil der Differenz zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis ausgleicht. Wenn der Wechselkurs des Dollar, wie wir erwarten, weiter sinkt, muß der Staat eine entsprechend höhere Beihilfe zahlen.

Die Bundesregierung betont, daß sie an vielen Stellen den Subventionsabbau schon begonnen habe, die fiskalischen Entlastungen aber erst später oder außerhalb des Subventionsetats sichtbar würden. So sollen zwar bei der Reform der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums die Möglichkeiten zum Werbungskostenabzug bei der selbstgenutzten Wohnung in Zweifamilien- oder Mehrfamilienhäusern abgeschafft werden, gleichzeitig sollen aber die bisherigen Sonderabschreibungen nach § 7b EStG als steuermindernde Sonderausgaben nicht nur erhalten, sondern sogar ausgeweitet werden. Im sozialen Mietwohnungsbau will sich der Bund aus der Förderung zurückziehen, jedoch nicht die Wohnungsbauförderung ganz auslaufen lassen; offen ist, inwieweit die Bundesländer sich im sozialen Wohnungsbau weiter engagieren werden. Angesichts der weitgehenden Marktsättigung mit Wohnungen ist eine Fortsetzung der Bauförderung — in welcher Form und durch wen auch immer — höchst problematisch, weil sie künftige Marktungleichgewichte verschärft oder neue schafft. Schließlich ist bei der Bewertung der Förderung der Wohnungswirtschaft zu berücksichtigen, daß diese für den Staat besonders teuer ist, da — anders als bei gewerblichen Investitionen — in Zukunft keine oder nur geringe Steuereinnahmen aus dem Ertrag des subventionierten Kapitals anfallen.

260. Im Kampf gegen die Subventionen scheint sich vielfach Resignation breitzumachen. Dabei ist in vielen Bereichen, so in der Landwirtschaft, schon längst die Situation eingetreten, daß mit neuen Subventionsforderungen nicht ein Versagen des Marktes, sondern die Schäden der staatlichen Eingriffe in einer Kette ohne Ende kuriert werden sollen. Vielfach wird verkannt, daß sich hinter den zur Rechtfertigung der Subventionen vorgetragenen Argumenten handfeste Eigeninteressen verbergen.

Als Begründung für die Forderung nach Staatshilfen werden oft die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Sicherung der nationalen Versorgung, der Umweltschutz und die Förderung der Innovationen nur vorgegeben. So hat der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften zwar im Prinzip das Auslaufen der Anpassungssubventionen im Stahlbereich beschlossen, jedoch besondere staatliche Hilfen für die Forschung und für Umweltschutzmaßnahmen zugelassen (Ziffern 354ff.). Wo das Verursacherprinzip angewandt werden kann, darf nicht subventioniert werden. Wer die Natur schädigt, muß für die Kosten der Schadensbeseitigung aufkommen, das heißt, den entsprechend höheren Preis für die umweltschädigende Produktion zahlen (JG 84 Ziffer 406). Ein Beschluß des Ministerrats sollte sich auch nicht über ordnungspolitische Gebote der Innovationspolitik hinwegsetzen (Ziffern 314ff.). Es kann nicht in Frage kommen, die direkte Forschungsförderung, die im nationalen Rahmen endlich reduziert worden ist, nun im Stahlbereich wieder aufleben zu lassen. Generell sollte zudem unstrittig sein, daß auch umwelt- und technologiepolitische Gesichtspunkte eine auf bestimmte Branchen beschränkte Begünstigung von Innovationen nicht rechtfertigen können.

Unter den Agrarpolitikern werden Pläne diskutiert, den Zusammenbruch des Protektions- und Subventionssystems auch dadurch aufzuhalten, daß man unter dem Schlagwort „nachwachsende Rohstoffe" neue Absatzmärkte für landwirtschaftliche Produkte schafft. Insbesondere soll für die Überschußproduktion von Getreide durch den Einsatz in der Biotechnik und in der Treibstoffgewinnung ein Ventil geöffnet werden, was angeblich auch der Versorgungssicherheit und dem Umweltschutz förderlich sei. Man muß hier den Anfängen wehren, wenn man nicht eine neue Subventionsrunde in Gang setzen will, die dem Staat dringend benötigte Mittel, den Konsumenten Kaufkraft und der übrigen Wirtschaft Ressourcen entzieht.

261. Für Subventionen kann es gute Gründe geben. Solche guten Gründe waren aber in der Praxis nur in wenigen Fällen für die Gewährung von Subventionen gegeben; und selbst in diesen wenigen Fällen sind sie inzwischen meist entfallen. Auch ohne Begründung besteht die Masse der Subventionen fort. Den Ankündigungen, ihren Abbau energisch in Angriff zu nehmen, sind zu selten Taten gefolgt. Der eklatante Mißerfolg beim Subventionsabbau kann heute nicht mehr an Unkenntnis der Subventionsfolgen liegen. Es mangelt an politischer Durchsetzungskraft.

Mittelfristige Perspektiven

262. Die für 1985 und 1986 absehbare Haushaltsentwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden ist der Ausgangspunkt für unseren Versuch, den quantitativen Handlungsspielraum auf mittlere Sicht ab-

zustecken (Tabelle 30). Wir nehmen für die Rechnung an, daß der Ausgabenzuwachs vom Jahre 1987 an nicht über 3 vH hinausgeht. Das ist auch die Obergrenze, die der Finanzplanungsrat zur Grundlage seiner Empfehlungen gemacht hat.

Die Basis für die Einnahmenschätzung ist die mittelfristige Zunahme des nominalen Sozialprodukts. Wie im vergangenen Jahr raten wir dazu, hier von einer Größenordnung auszugehen, die nicht oberhalb einer Zuwachsrate von 4½ vH liegt (JG 84 Ziffern 353ff.). Dies stünde auch im Einklang mit dem, woran sich die Geldpolitik orientieren sollte. Die für 1986 und 1988 versprochenen Steuersenkungen sind mittlerweile festgelegt. Aus der Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen" vom Frühjahr 1985 ergibt sich, daß die Steuerquote 1989 etwas höher sein wird als im Jahre 1986. Insgesamt werden sich die Einnahmen der Gebietskörperschaften im mittelfristigen Zeitraum um nicht mehr als durchschnittlich 4 vH erhöhen. Dabei ist berücksichtigt, daß die hohe Gewinnabführung der Bundesbank an den Bund Jahr für Jahr etwas zurückgehen wird.

263. Unter diesen Bedingungen würden sich wegen des im Verhältnis zu den Einnahmen niedrigeren Ausgabenzuwachses weitere Konsolidierungsbeiträge ergeben. Das Finanzierungsdefizit beträgt im Jahre 1988 unter Berücksichtigung der Steuersenkung noch 14½ Mrd DM und 1989 noch 2½ Mrd DM. Das wären 11½ Mrd DM beziehungsweise 24½ Mrd DM weniger, als dem Verschuldungsverhalten im Jahre 1985 unter Berücksichtigung der bis zum Jahre 1989 möglichen Zunahme des nominalen Sozialprodukts entspräche (potentialorientierte Neuverschuldung in Höhe von rund 1 vH des Produktionspotentials). Mit anderen Worten, die Steuern könnten 1988 um zusätzliche 11½ Mrd DM und 1989 um weitere 13 Mrd DM gesenkt werden, wenn man den Konsolidierungsbeitrag von der Ausgabenseite statt für eine Senkung der Kreditfinanzierungsquote für eine Senkung der Steuerlast nutzen wollte.

Zu beachten ist allerdings, daß unsere Projektion Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials nicht berücksichtigt. Das wäre auf mittlere Sicht kaum sinnvoll. Für die finanzpolitische Praxis ist es jedoch wesentlich, daß die Differenz zwischen dem tatsächlichen Defizit und der Normalverschuldung mittelfristig nur insoweit als Indiz für Handlungsspielraum genommen werden kann, wie sie nicht durch konjunkturbedingte Einflüsse verzerrt ist. Die hohe Auslastung, die wir für 1986 und die Zeit danach erwarten, bringt dem Staat hohe Einnahmen. Die dadurch bewirkte Senkung des Defizits ist ein Gegenposten zu den hohen Deckungslücken in der Rezession. Deshalb sollte die Differenz zwischen tatsächlichem Defizit und Normalverschuldung nicht in vollem Umfang als Handlungsspielraum interpretiert werden.

Bei unseren Projektionen stützen wir uns auf das für die ökonomische Beurteilung aufschlußreichere Konto der Gebietskörperschaften der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und nicht auf die finanzstatistischen Kassenzahlen (Ziffer 126). Aufgrund methodischer Unterschiede wird in der Finanzstatistik ein höherer Finanzierungssaldo ausgewiesen. An der Defizitentwicklung und an der quantitativen Einschätzung des Handlungsspielraums ändert sich dadurch nichts.

264. Ob die Empfehlung des Finanzplanungsrates, den Ausgabenzuwachs des öffentlichen Gesamthaushaltes auf jährlich höchstens 3 vH zu begrenzen, eingehalten wird, ist allerdings nicht sicher. Schon im nächsten Jahr dürfte diese Rate etwas überschritten werden. Gefährdet würde der Kurs jedenfalls, wenn die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst höher ausfielen als in diesem Jahr;

Tabelle 30

Zur mittelfristigen Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften [1])

	Einheit	1985	1986	1987	1988	1989
Ausgaben	Mrd DM	572½	592	610	628	647
	vH [2])	*3*	*3½*	*3*	*3*	*3*
Einnahmen	Mrd DM	549	568½	592½	614	644½
	vH [2])	*5*	*3½*	*4*	*3½*	*5*
Darunter: Steuern	Mrd DM	461	478½	501½	521½	548
	vH [2])	*5*	*4*	*4½*	*4*	*5*
Finanzierungssaldo	Mrd DM	– 23½	– 23½	– 17½	– 14½	– 2½
Nachrichtlich: Potentialorientierte Verschuldung [3])	Mrd DM	– 23	– 23½	– 25	– 26	– 27
Staatsquote [4])	vH	*30,3*	*30,3*	*29,9*	*29,4*	*28,9*
Steuerquote [5])	vH	*25,1*	*24,8*	*24,9*	*24,7*	*24,9*

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[3]) Rund 1 vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[5]) Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

denn die Personalausgaben einschließlich der Ausgaben für die Altersversorgung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten machen rund ein Drittel der Gesamtausgaben aus. Man muß klar sehen: Bei einem Ausgabenzuwachs von 3½ vH halbiert sich der Spielraum für Steuersenkungen, bei einem Ausgabenzuwachs von 4 vH geht er nahezu verloren.

Handlungsspielraum richtig nutzen

265. In unserem vorigen Jahresgutachten haben wir den Handlungsspielraum der Finanzpolitik anhand von drei Optionen ausführlich erörtert (JG 84 Ziffern 439ff.). Die erste dieser drei Optionen, bei der die Staatsquote konstant gehalten wird, entspricht in etwa den finanzpolitischen Implikationen einer anderen Wirtschaftspolitik, mit der wir uns in diesem Gutachten auseinandersetzen (Ziffern 203ff.). Da wir es bei einer Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung als notwendig erachten, die Staatsquote zu senken, brauchen wir diese Möglichkeit einer Nutzung des Handlungsspielraums hier nicht weiter zu diskutieren.

266. Bei der zweiten und bei der dritten Option wird die Staatsquote gesenkt. Bei der zweiten wird der Spielraum für einen weiteren Abbau der Nettoneuverschuldung genutzt; die Möglichkeiten für Steuersenkungen sind dann begrenzt. Dafür sinkt die Kreditfinanzierungsquote, während die Steuerquote im Durchschnitt der Jahre mittelfristig konstant gehalten wird.

Die zweite Option hat eine Reihe von Vorzügen (JG 84 Ziffer 441). Wachstumspolitisch ist wesentlich, daß bei einem weitgehenden Verzicht auf die Kreditfinanzierung zugunsten der Steuerfinanzierung die Sachkapitalbildung in der Volkswirtschaft begünstigt wird. Tendenziell ist auch das Zinsniveau niedriger, weil der Staat nicht mit den Privaten auf dem Kapitalmarkt um die Ersparnisse konkurriert. Haushaltspolitisch schlägt zu Buch, daß bei einer geringen Nettoneuverschuldung die Zinsbelastung des Staates in den späteren Jahren niedriger ist als bei anderen Optionen, so daß mittelfristig von daher Spielraum für Steuersenkungen gewonnen wird.

267. Im Fall der dritten Option wird der Rahmen ausgeschöpft, den die Normalverschuldung für die Finanzierung der Staatsausgaben bietet; der Handlungsspielraum durch die Senkung der Staatsquote wird vollständig für die Steuerentlastung von privaten Haushalten und Unternehmen genutzt. Die Kreditfinanzierungsquote bleibt konstant. Die Gesamtbelastung der Investitionen mit Steuern ist heute sehr hoch, und hohe Grenzsteuersätze lähmen die Leistungsbereitschaft im offiziellen Bereich der Wirtschaft. Eine gleichzeitige Senkung der Staatsquote und der Steuerquote dürfte dazu beitragen, ein kraftvolleres Wachstum anzuregen und auf diese Weise die hohe Arbeitslosigkeit spürbar zurückzuführen (JG 84 Ziffer 442).

Es ist schließlich möglich, einen Mittelweg zu beschreiten und einen Teil des Handlungsspielraums für die Rückführung der Kreditfinanzierungsquote und den anderen Teil für die Senkung der Steuerquote einzusetzen; dabei können die Schwergewichte unterschiedlich gesetzt werden. Im vergangenen Jahr haben wir die Meinung vertreten, daß bei entsprechender Ausgestaltung und jeweils unterschiedlicher Ergänzung die Strategiealternativen der Optionen zwei und drei gleichwertig sein können (JG 84 Ziffer 487).

268. Die Ausgabenentwicklung, die wir für 1986 erwarten, läßt jedoch auch eine andere Feststellung aus unserem vorjährigen Gutachten aktuell erscheinen. Die Erinnerung an die Bedeutung leerer Kassen für staatliche Ausgabendisziplin mahnt hingegen, mit Steuersenkungsplänen nicht auf die Zeit voller Kassen zu warten (JG 84 Ziffer 487). Im Sommer dieses Jahres haben wir diese Warnung erneuert (SG 85 Ziffern 22ff.).

Wir lassen uns aber nicht in erster Linie von den Zweifeln leiten, ob eine zurückhaltende Ausgabenpolitik bei einem weiteren Abbau der Haushaltsfehlbeträge durchgesetzt werden kann, wenn wir heute der Überzeugung sind, daß sich die finanzpolitische Strategie der dritten Option am besten in die Konzeption einer Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung einfügt. Unsere Überlegungen werden auch durch das zunehmende Gewicht bestimmt, das der immer stärkeren Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft zukommt. Bei den Anlagechancen, die der Weltkapitalmarkt deutschen Investoren bietet, ist es bei niedrigem Stand der Neuverschuldung nicht leicht zu begründen, daß die Sachkapitalbildung in der Bundesrepublik durch eine noch zurückhaltendere Verschuldungspolitik des Staates gefördert wird. Unter diesen Umständen ist es aussichtsreicher, das Wirtschaftswachstum durch eine Senkung der Steuerquote als durch eine Rückführung der Kreditfinanzierungsquote zu unterstützen.

Das gilt um so mehr, als auch andere Industrieländer ihr Steuersystem durch Reformen leistungsfreundlicher gestaltet haben oder solche Maßnahmen planen. Ein Wettbewerb der Steuersysteme zeichnet sich ab. Eine Herausforderung bilden namentlich die Pläne, die seit einiger Zeit in den Vereinigten Staaten für eine grundlegende Neuordnung der Einkommensbesteuerung erörtert werden.

Steuerreform vorbereiten

269. Durch eine große Steuerreform können die Rahmenbedingungen für das Wirtschaftswachstum und die Erfolgsaussichten einer Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung verbessert werden. Diese Zielsetzungen lassen es wünschenswert erscheinen, die Neuordnung der Besteuerung rasch zu verwirklichen. Das ist schwierig; denn eine umfassende Novellierung des Steuerrechts muß sorgfältig vorbereitet werden, und zwar nicht nur gesetzestechnisch, sondern vor allem auch politisch, weil gegen die erforderlichen Maßnahmen mit vielfältigen Widerständen zu rechnen ist. Diese wurzeln teilweise

in Vorurteilen, erklären sich überwiegend jedoch aus Interessengegensätzen.

Solche Konflikte sind zunächst in der Verteilungspolitik angesiedelt: Die Konkurrenz zwischen den Zielsetzungen der Wachstumspolitik und der Verteilungspolitik stellt sich wohlfahrtstheoretisch so dar, daß der soziale Nutzen von mehr Wirtschaftswachstum, besonders für die Arbeitslosen, gegen die Nutzeneinbußen von weniger Verteilungsgerechtigkeit politisch abzuwägen ist; und umgekehrt (JG 84 Ziffer 453).

Interessengegensätze bestehen auch zwischen den Gebietskörperschaften. Wird die Struktur des Steuersystems verändert, so können sich die Anteile verschieben, die Bund, Ländern und Gemeinden am Steueraufkommen zustehen, und bei Steuersenkungen ist bedeutsam, wie sich die Mindereinnahmen auf die Haushaltsebenen verteilen. Es ist deshalb zu erwarten, daß eine große Steuerreform Fragen des Finanzausgleichs aufwirft, die nicht leicht zu lösen sind. Namentlich diejenigen Gebietskörperschaften, die bislang nur geringe Konsolidierungserfolge vorweisen können, werden versuchen, sich gegen die sie treffenden „Einnahmenverschlechterungen" zu wehren.

Wenn eine grundlegende Neuordnung der Besteuerung schon bald verwirklicht wird, setzt dies ein Signal. Die Chance wäre dann groß, daß das Wirtschaftswachstum einen kräftigen Schub bekommt. Läßt sich — wie anzunehmen ist — die Steuerreform nicht in einem Schritt realisieren, könnte sie auch in mehreren Etappen verwirklicht werden. In jedem Falle muß die gesamte Konzeption bereits jetzt geplant und der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Welche Möglichkeiten für einen weiteren Schritt in naher Zukunft nach unserem Dafürhalten bestehen, haben wir im Sommer dieses Jahres dargelegt. Wir haben dabei auch den Weg für eine Umstrukturierung der Steuern gewiesen, bei dem ein neuerliches Anwachsen der Haushaltsdefizite und damit zugleich eine Erhöhung des konjunkturellen Impulses vermieden werden kann (SG 85 Ziffern 26ff.). Dieser Weg, die Grenzsteuersätze zügig weiter abzubauen, kommt deshalb auch im Aufschwung in Betracht, ohne daß dadurch prozyklische Effekte in einem nennenswerten Umfang befürchtet werden müßten.

270. Wir halten es für sinnvoll, den finanzpolitischen Handlungsspielraum für eine Steuerentlastung zu nutzen. Bei der großen Steuerreform geht es nicht allein um eine Steuersenkung; nicht minder wichtig ist es, die Steuerstruktur zu ändern. Strukturelle Schwächen weist die deutsche Besteuerung in zweifacher Hinsicht auf: Zum einen befriedigt die Gewichtsverteilung unter den einzelnen Abgaben des Steuersystems aus dem Blickwinkel der wachstumspolitischen Zielsetzungen nicht; zum anderen ist die Ausgestaltung der Einkommensbesteuerung (einschließlich der Körperschaftsteuer) reformbedürftig.

Die Besteuerung wird wachstumsfreundlicher gestaltet, indem die Verbrauchsteuerbelastung erhöht und die Einkommensteuerbelastung vermindert werden. Außerdem läßt sich der durch die Konsolidierung gewonnene Handlungsspielraum für die im Interesse einer leistungsfreundlichen Gestaltung des Steuerrechts erwünschten Entlastungen verbreitern, wenn Steuervergünstigungen abgebaut werden.

271. Im vorigen Jahr haben wir betont, daß es in erster Linie darauf ankommt, den Anstieg und die absolute Höhe der Grenzsteuersätze deutlich zu senken und die auf den Investitionen lastenden Steuern zu verringern (JG 84 Ziffer 482). In welchem Umfang das eine, in welchem das andere geschehen soll, blieb im vergangenen Jahr offen. Die Senkung des Anstiegs sowie der absoluten Höhe der marginalen Einkommensbelastung sehen wir heute als die wichtigere Aufgabe an. Es sollte jedoch auch durch eine Umstrukturierung des Steuersystems das Gewicht der Einkommensbesteuerung gesenkt und das der Verbrauchsbesteuerung erhöht werden; denn bei einer solchen Umschichtung der Belastungen werden zugleich die auf den Investitionen liegenden Steuern vermindert.

Eine gezielte Investitionsförderung hat den Nachteil, daß die Entlastung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche in der Regel ein sehr unterschiedliches Gewicht hat; Branchen mit einer hohen Kapitalintensität profitieren davon stärker als die arbeitsintensiveren Sektoren, etwa die Dienstleistungen, von denen viele in der modernen Wohlstandsgesellschaft eine zunehmende Bedeutung erlangen, während die besonders kapitalintensiven Bereiche stagnieren. Außerdem werden die Investitionen bei einer undifferenzierten Steuerentlastung sehr unterschiedlich gefördert, weil die Belastungsminderung von bestimmten Merkmalen abhängt, unter denen vor allem die Laufzeit, daneben in der Regel auch der relevante Steuersatz, besonders wesentlich sind. Regelungen, durch die vermieden werden soll, daß gerade die risikoreichen langfristigen Kapitalbindungen diskriminiert werden, sind kompliziert (JG 84 Ziffern 466f.). Infolgedessen ergeben sich normalerweise Wettbewerbsverzerrungen und Verwerfungen im Wirtschaftswachstum aus einer Entlastung der Investitionen von Steuern, aber auch aus Investitionszulagen. Jedenfalls ermutigen die in den Vereinigten Staaten mit beschleunigten Abschreibungen und Tax Credits nach dem Accelerated Cost Recovery System gesammelten Erfahrungen nicht dazu, diese oder ähnlich wirkende Instrumente für eine globale Förderung der Investitionen im deutschen Steuerrecht einzusetzen. Schließlich verdient die Neuorientierung beachtet zu werden, die im vergangenen Jahr durch die Ankündigung einer Steuerreform in den Vereinigten Staaten zu einer lebhaften Diskussion geführt hat und in den Vorschlägen des Präsidenten für eine „Tax Reform for Fairness, Simplicity and Economic Growth" ihren Niederschlag gefunden hat. Diese Neuordnung zielt darauf ab, die globale Förderung der Investitionen bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer abzubauen, die Steuerbemessungsgrundlage bei diesen Abgaben vor allem durch den Abbau von Steuervergünstigungen sowie durch die Einbeziehung bisher nicht besteuerter

Tatbestände zu verbreitern und dafür die (Grenz-) Steuersätze zu senken und nur noch drei Stufen in Höhe von 15 vH, 25 vH und 35 vH vorzusehen.

Der Sachverständigenrat hat schon in seinem Jahresgutachten 1983 für eine gleichartige Konzeption geworben: Bei einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Einkommensbesteuerung sollten die Grenzsteuersätze gleichmäßig bis zu einem Höchstsatz der Grenzbelastung von 40 vH ansteigen. Alternativ wurde ein Tarif zur Diskussion gestellt, der nur aus drei Grenzsteuersätzen, etwa 20 vH, 30 vH und 40 vH, bestehen sollte (JG 83 Ziffern 411 ff.). An die damaligen Überlegungen knüpfen wir an, wenn wir heute die Senkung der Grenzsteuersätze für die beste finanzpolitische Strategie zur Unterstützung einer Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung halten.

272. Wenn die Einkommensbesteuerung diesem Anliegen entsprechend gestaltet werden soll, so ist zunächst zu bedenken, daß sich eine hohe marginale Belastung von Einkommenszuwächsen nicht nur aus der Steuererhebung, sondern auch aus den für die Transferausgaben geltenden Regelungen ergeben kann. Das hat zwei Gründe: Die meisten Sozialleistungen — eine wichtige Ausnahme bilden allerdings die Renten — sind gemäß § 3 EStG einkommensteuerfrei, und bei vielen dieser Hilfen sind in den Bestimmungen der Sozialgesetzgebung Einkommensgrenzen festgelegt, bei deren Überschreitung der Anspruch auf die Transferzahlung erlischt oder sich zumindest — wie etwa beim Kindergeld — vermindert. Beides kann den Leistungswillen der Bürger mindern. Die Bereitschaft, sich um ein Arbeitseinkommen zu bemühen, kann kaum erwartet werden, wenn vom Lohn nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsabgaben kaum mehr übrig bleibt, als beim Fortbezug der steuerfreien Bezüge. Demotivierend muß es ebenfalls wirken, wenn bei der Überschreitung einer Einkommensgrenze eine oder gar mehrere Sozialleistungen entfallen und wenn dadurch bei mittleren Einkommen Grenzbelastungen auftreten, die nicht selten höher sind als der Spitzensatz der gegenwärtigen Einkommensteuer. Zum Abbau leistungslähmender marginaler Einkommensbelastungen ist es also neben der Tarifreform bei der Einkommensbesteuerung erforderlich, das Steuerrecht und das Sozialrecht besser aufeinander abzustimmen als bisher.

Für die Gestaltung des Einkommensteuertarifs haben die Wechselbeziehungen zwischen Steuerrecht und Sozialrecht für die Festlegung der Höhe des Grundfreibetrages Bedeutung (§ 32a Abs. 1 Nr. 1 EStG). Die sich anschließende Eingangszone dieses Tarifs sollte durch die Festlegung eines konstanten Grenzsteuersatzes wie bisher indirekt progressiv gestaltet werden. Dafür sprechen nach wie vor Praktikabilitätserwägungen. Für den Bereich der direkten Progression scheint uns ein linearer Anstieg der Grenzsteuersätze vernünftig, wie ihn der Sachverständigenrat früher vorgeschlagen hat (JG 83 Ziffer 412) und wie er offenbar auch von der Bundesregierung langfristig anvisiert wird. Die Zone der direkten Progression sollte mit einem Grenzsteuersatz enden, der unter 50 vH liegt.

Ein solcher Tarif ist nicht unsozial. Wenn man ihn beurteilen will, muß man bedenken, daß er auf eine verbreiterte Steuerbemessungsgrundlage angewandt wird und daß insbesondere vielfältige Steuervergünstigungen aufgehoben werden sollen. Da diese vorzugsweise von den Beziehern höherer Einkommen ausgenutzt werden, führt die Senkung der Grenzsteuersätze bei diesem Personenkreis nicht notwendig zu einer Verminderung der Gesamtsteuerlast. Mäßige Grenzsteuersätze mit wenigen Ausnahmen sind besser als hohe Grenzsteuersätze mit vielen Ausnahmen (JG 83 Ziffer 411).

273. Seit der Körperschaftsteuerreform 1977 ist der Normalsatz der Körperschaftsteuer auf einbehaltene Gewinne von Kapitalgesellschaften dem höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer angeglichen. Das ist sinnvoll. Deshalb muß bei einer Tarifreform für die Einkommensbesteuerung dieser Körperschaftsteuersatz ebenfalls gesenkt werden.

Dafür sprechen nicht nur binnenwirtschaftliche Gründe. Im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung der Unternehmensgewinne in der Bundesrepublik hoch. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auf den Gewinnen von gewerblichen Unternehmen nicht nur die Einkommensteuer oder die Körperschaftsteuer lasten, sondern daß auch die Gewerbesteuer in den letzten Jahren immer mehr zu einer Sondersteuer auf Gewinne und auf Eigenkapital abgewandelt worden ist. Bei der immer enger werdenden Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft ist davon auszugehen, daß bei wichtigen unternehmenspolitischen Entscheidungen — etwa über den Standort neuer Produktionsanlagen — neben vielen anderen Gesichtspunkten auch der unterschiedliche Umfang der Gewinnsteuerbelastung eine wesentliche Rolle spielt.

Aus der Befürchtung heraus, eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 vH könne bei einer Tarifreform an politischen Schwierigkeiten scheitern, ist gefordert worden, wenigstens den Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne auf unter 50 vH zu senken, ihn also vom höchsten Grenzsteuersatz der Einkommensteuer abzukoppeln. Diese Anregung wird mit der Begründung zu rechtfertigen gesucht, daß die Durchschnittsbelastung einbehaltener Gewinne körperschaftsteuerpflichtiger Unternehmungen dem Grenzsteuersatz von zur Zeit 56 vH entspreche, während die einbehaltenen Gewinne bei Personenunternehmungen nur mit einer durchschnittlichen Einkommensteuer belastet seien, die deutlich unter dem Grenzsteuersatz liegt. Deshalb sei die Durchschnittsbelastung großer Personenunternehmungen im großen und ganzen auch dann nicht höher als die der Kapitalgesellschaften, wenn der höchste Grenzsteuersatz der Einkommensteuer höher als der relevante Körperschaftsteuersatz sei.

Diese Argumentation ist aus zwei Gründen nicht überzeugend. Für die Unternehmensentscheidungen über die Einrichtung neuer Arbeitsplätze kommt es nicht auf die durchschnittliche Steuerbelastung des Unternehmers, sondern auf die zusätzli-

che Steuerbelastung im Fall höherer Gewinne an. Unter dem Blickwinkel der Zielsetzungen der Steuerreform geht deshalb ein Vergleich fehl, der auf die Durchschnittsbelastung verschiedener Unternehmenstypen abhebt. Außerdem berücksichtigt die Gegenüberstellung nicht, daß die einbehaltenen Gewinne bei einer Personengesellschaft in aller Regel nicht nur durch die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer, sondern zusätzlich auch durch die Kirchensteuer belastet werden, die bei der Gewinnthesaurierung durch Kapitalgesellschaften nicht anfällt. Aus diesem Grund sind schon heute bei großen Unternehmungen die körperschaftsteuerpflichtigen Rechtsformen im allgemeinen in bezug auf die Gewinnbesteuerung günstiger gestellt als die Personengesellschaften. Es besteht wirtschaftspolitisch wenig Anlaß, diese Anreize zu verstärken.

Man darf vor allen Dingen nicht übersehen, daß es zu den wichtigen Zielen der Körperschaftsteuerreform 1977 gehörte, die Neutralität in der Steuerbelastung verschiedener Rechtsformen und Finanzierungswege — soweit wie möglich — herzustellen und insbesondere die Eigenkapitalzuführung bei den Kapitalgesellschaften attraktiver zu machen, indem die steuerliche Diskriminierung der Ausschüttung gegenüber der Thesaurierung von Gewinnen abgeschafft wurde. Diese würde bei einer Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf einbehaltene Gewinne unter den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wieder eingeführt. Es wäre deshalb bedenklich, wenn die ökonomische Bedeutung der Reform von 1977 verkannt und durch eine Festsetzung des Körperschaftsteuersatzes unterhalb des höchsten Grenzsteuersatzes der Einkommensteuer die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung weiter verzerrt würden. Auch aus diesem Grunde muß es das Ziel einer großen Steuerreform bleiben, die absolute Höhe der marginalen Steuerbelastung gleichermaßen bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer auf weniger als 50 vH zu senken.

274. Die Steuerreform kann sich nicht auf einen Abbau der Grenzsteuersätze beschränken, sondern sie muß mit einer Umstrukturierung der Steuerlasten verbunden werden. Auch dabei geht es teilweise um weitere Steuerentlastung. So sollten insbesondere die die Finanzierungsströme belastenden Steuern auf den Kapitalverkehr aller Art, allen voran jedoch unbedingt die die Eigenkapitalzuführung bei den Kapitalgesellschaften diskriminierende Gesellschaftsteuer, aufgehoben werden. Im folgenden werden jedoch ausschließlich Hinweise auf solche Maßnahmen gegeben, die geeignet sind, die im Rahmen einer Reform entstehenden Steuerausfälle auszugleichen; denn eine Tarifreform bei der Einkommensbesteuerung in dem von uns vorgestellten Umfang ist nicht billig.

Zunächst ist daran zu erinnern, daß die Reform zu keiner Steuerentlastung führen soll, die über das durch die Rückführung der Staatsquote ermöglichte Maß hinausgeht. Den Einnahmeausfällen infolge der weitergehenden Senkung der Grenzsteuersätze, wie wir sie uns vorstellen, sollten Mehreinnahmen aus einer Erweiterung der Bemessungsgrundlage der Einkommensbesteuerung gegenüberstehen. Diese Ausdehnung der Besteuerungsgrundlagen ist in vielen Fällen auch unter dem Blickwinkel der Steuerlastverteilung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip angemessen. Das gilt nicht nur für viele der zur Zeit steuerfreien Einkünfte, sondern vor allem für jene Steuervergünstigungen, die angesichts der überhöhten Steuersätze die Finanzierung bestimmter Formen der Einkommensverwendung erleichtern sollen. Dazu zählen unter anderem die Begünstigungen von selbstgenutztem Wohneigentum, die bisher als Werbungskosten nach § 7b EStG und künftig als Sonderausgaben nach § 10e EStG gewährt werden, außerdem gewisse Vorsorgeaufwendungen aus dem Sonderausgabenkatalog, die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns (§ 10a EStG) sowie schließlich alle Regelungen bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns, die auf eine Erlaubnis zur Bildung stiller Reserven hinauslaufen, wie etwa die Erlaubnis zu Sonderabschreibungen aller Art, zur Bildung steuerfreier Rücklagen, aber auch zu Absetzungen für Abnutzung, die das betriebswirtschaftlich angemessene Maß übersteigen.

Entbehrlich erscheinen bei einer deutlichen Tarifkorrektur die Freibeträge, die inzwischen bei den meisten Einkunftsarten gewährt werden, sowie bestimmte Sonderfreibeträge. Schlupflöcher wie die Steuerbefreiung der Zinsen aus bestimmten Lebensversicherungsverträgen (§ 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG) könnten geschlossen werden. Auch die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen bei bestimmten Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft (§ 13a EStG) könnte bei einer Tarifreform endgültig aufgehoben werden. Schließlich bleibt zu überprüfen, ob die Steuerermäßigungen bei außerordentlichen Einkünften (§§ 34 und 34b EStG) bei einer allgemeinen Steuersenkung nicht entbehrlich werden oder wenigstens in ihrem Umfang reduziert werden können. Diese Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie zeigen aber, daß der Umfang, in dem der Handlungsspielraum für eine Steuerreform aus einer Überprüfung problematischer Regelungen des Einkommensteuerrechts selbst erweitert werden könnte, beträchtlich ist. Je vollständiger diese und ähnliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um so größer wird der Rahmen der für die notwendigen Tarifkorrekturen zur Verfügung steht. Eine solche Reform würde übrigens unser Einkommensteuerrecht nicht nur wachstumsfreundlicher gestalten, sondern auch dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit wieder eine stärkere Geltung verschaffen.

275. Die Änderung der Steuerstruktur brauchte sich indessen nicht ausschließlich auf die Einkommensbesteuerung selbst zu beschränken. Zur Finanzierung der gebotenen Entlastungen könnten Steuervergünstigungen bei anderen Abgaben ebenfalls abgebaut werden, wie beispielsweise die Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen, die Steuerbefreiung von Schwerölen als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschiffahrt, die Umsatzsteuerbefreiung der Ärzte und für bestimmte Gesundheitsleistungen, die Um-

satzsteuerermäßigung für Kleinunternehmer, der ermäßigte Umsatzsteuersatz für die Personenbeförderung im Nahverkehr sowie nicht zuletzt die Umsatzsteuervergünstigungen für die Landwirtschaft.

Aus dem Subventionsabbau sollen zwar vornehmlich Mittel für die Finanzierung von Aufgabenfeldern gewonnen werden, deren Bedeutung in jüngster Zeit wichtig geworden ist (beispielsweise Beseitigung von Altlasten im Umweltschutz), doch kann ein Teil dieser Ausgabensenkung auch für die Steuerentlastung eingesetzt werden. Zu denken ist dabei auch an Subventionen wie die Investitionszulagen, von denen einige durchaus entbehrlich erscheinen (zum Beispiel die für betriebliche Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und die für bestimmte Investitionen im Energiebereich). Die Öffentlichkeit erkennt diese Subventionen gar nicht als solche, da sie in den Haushaltsplänen nicht nachgewiesen sind, sondern mit den Steuerschulden von Unternehmen verrechnet werden und beim Staat als Einnahmeausfälle zu Buch schlagen.

276. Die Entlastung der Investitionen könnte dadurch gefördert werden, daß die wachstumsschädlichen Tendenzen der Vergangenheit umgekehrt werden, die Einkommensteuer also wieder etwas gesenkt wird und die Verbrauchsteuern erhöht werden. Die Realisierung dieses Ziels ist allerdings nur in verhältnismäßig engen Grenzen unproblematisch. Die Möglichkeiten einer erhöhten Besteuerung bestimmter Genußmittel — an die in erster Linie zu denken ist — sind weitgehend ausgeschöpft. Durch eine Tabaksteuererhöhung ließen sich allerdings Mittel beschaffen. Die Alkoholbesteuerung bedürfte einer grundlegenden Strukturreform; denn die bisher unkoordinierte Besteuerung alkoholischer Getränke führt zu Wettbewerbsverzerrungen. Anzustreben wäre eine Belastung dieser Getränke, die sich an deren Alkoholgehalt orientiert und insbesondere die Weine einbezieht. Bei einer solchen Reform könnte das Aufkommen aus der Besteuerung des Alkohols noch erhöht werden, wahrscheinlich nicht einmal unbeträchtlich. Trotzdem ist das Volumen für eine Umschichtung der Steuerbelastung, das durch eine Tariferhöhung bei speziellen Verbrauchsteuern gewonnen werden kann, kurzfristig sehr begrenzt. Längerfristig ist zu berücksichtigen, daß die Aufkommenselastizität dieser überwiegend mengenabhängigen Abgaben gering ist, so daß ihr relatives Gewicht bei konstanten Sätzen im Zuge des Wirtschaftswachstums beständig abnimmt. Deshalb erscheint eine Umschichtung von der Einkommensteuer auf diese Abgaben auch unter dem Blickwinkel eines Ausgleichs der unterschiedlichen Aufkommenselastizitäten nötig (JG 84 Ziffer 461).

In Erwägung zu ziehen ist schließlich eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die als allgemeine Verbrauchsteuer besonders ergiebig ist und es deshalb erlaubte, die Verbrauchsbelastung zugunsten der Einkommensentlastung besonders stark auszudehnen. Dieses Vorgehen ist allerdings nicht unbedenklich; denn im Gegensatz zu den meisten anderen indirekten Steuern hat sich das Gewicht des Umsatzsteueraufkommens — unbeschadet der Entwicklung in diesem Jahr — über die Jahre gesehen nicht vermindert, sondern leicht erhöht (JG 84 Ziffer 236). Die Umsatzsteuer ist ohnehin nach der Einkommensteuer die ergiebigste Abgabe; ihre oft gerügte Regressionswirkung ist zwar umstritten, jedoch für die höheren Einkommen kaum zu bezweifeln. Hinzu kommt, daß die deutsche Verhandlungsposition bei der Steuerharmonisierungsdebatte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften geschwächt wird; denn wichtige Mitgliedsländer haben wesentlich höhere Umsatzsteuersätze, denen Deutschland sich um so stärker annähern müßte, je höher der deutsche Umsatzsteuertarif im Zeitpunkt der Harmonisierungsverhandlungen ist. Vor allem hat die Mehrwertsteuer die Abwanderung in die Schattenwirtschaft nicht weniger begünstigt als die Einkommensteuer, so daß andere Formen der Umstrukturierung des Steuersystems einer Gewichtsverlagerung zwischen diesen beiden Abgaben überlegen sind. Trotz aller Bedenken kann eine solche Gewichtsverlagerung angesichts des begrenzten Spielraums, den die speziellen Verbrauchsteuern für eine Umschichtung des Steueraufkommens zur Entlastung der Investitionen bieten, in einem bescheidenen Ausmaß in Betracht gezogen werden.

277. Wir können am Problem der Gewerbesteuerreform nicht vorbeigehen, wenn wir die Steuerpolitik für die nächsten Jahre erörtern. Aus dem Blickwinkel einer wachstumsfreundlichen Politik ist zu beanstanden, daß sich die Gewerbesteuer — wie erwähnt — zu einer Sondersteuer auf bestimmte Unternehmensgewinne entwickelt hat. Die Abgabe wirkt deshalb wettbewerbsverfälschend und diskriminiert den Eigenkapitaleinsatz, was im Hinblick auf die Eigenkapitalschwäche in vielen Branchen besonders bedenklich ist.

Auch kommunalpolitisch ist der Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Finanzierungsquelle, die dem Gemeindefinanzbedarf besser angepaßt ist, geboten. Wir führen die zurückhaltende Investitionspolitik der Gemeinden auf deren Unsicherheit über die künftige Finanzausstattung zurück. Wir bekräftigen unser Bedauern, daß die vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen und wiederholt vom Sachverständigenrat vorgebrachten Argumente zugunsten einer Wertschöpfungsteuer bislang nicht aufgegriffen wurden (zuletzt SG 85 Ziffer 30).

Die Gesichtspunkte, die zugunsten der Wertschöpfungsteuer sprechen, brauchen wir nicht zu wiederholen; sie sind oft vorgetragen worden. Deshalb genügt es festzustellen, daß die Vorschläge, die auf andere Lösungen abzielen, den Gemeinden das Hebesatzrecht nähmen, gegen die Umsatzsteuerrichtlinien der Europäischen Gemeinschaften verstießen, die Wohngemeinden begünstigten oder unpraktikabel wären. Wir sehen keine Alternative zur Wertschöpfungsteuer.

278. Obwohl eine große Steuerreform notwendig geworden ist, weil sich Höhe und Struktur der Steuerbelastungen ungünstig auf das Wirtschaftswachstum auswirken, darf bei einer umfassenden Neuordnung nicht übersehen werden, daß zahlreiche

weitere Probleme des Steuerrechts gelöst werden müssen.

Ein Beispiel dafür bietet die Besteuerung der schwer abzugrenzenden Alterseinkünfte, die schon wegen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts demnächst reformiert werden muß. In die Lösung dieses Komplexes müssen auch die steuerrechtlichen Regelungen für die Behandlung der Aufwendungen für die Alterssicherung einbezogen werden. Außerdem bestehen Überschneidungen zu Fragen des Beamtenrechts sowie des Sozialrechts. Hinsichtlich der steuerlichen Behandlung der Renten ist namentlich zu berücksichtigen, daß die Rentenversicherung wegen der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung von den neunziger Jahren an vor großen Schwierigkeiten stehen wird. Das sollte jedoch Lösungen nicht verhindern, die auch unter dem Blickwinkel der steuerlichen Lastenverteilung akzeptabel erscheinen.

III. Tarifpolitik

279. Die Tarifparteien haben bis zu diesem Jahr dazu beigetragen, daß der Aufschwung frei von Spannungen blieb. Die Arbeitszeitverkürzung und der Streit darum haben sich weniger ungünstig ausgewirkt als befürchtet. Die Erträge sind in mehrfacher Hinsicht greifbar: Die Beschäftigung steigt, die Preissteigerungsrate ist niedrig, und es gibt wieder reale Einkommenssteigerungen. Es kann noch besser kommen, wenn die Tarifparteien ihren Kurs, die Lohnstückkosten stabil zu halten, im nächsten Jahr nicht verlassen. Nach wie vor gibt es aber keine Antwort darauf, wie den sehr unterschiedlichen Beschäftigungsbedingungen zwischen einzelnen Regionen und Branchen sowie zwischen Arbeitskräften mit hoher und niedriger Qualifikation Rechnung getragen werden könnte. Hieraus erwächst eine immer größere Belastung für die Lohnpolitik.

280. Die Tarifrunde 1985 verlief wie erwartet ohne große Auseinandersetzungen. In einigen Wirtschaftsbereichen gab es keine neuen Verhandlungen, weil in den Vereinbarungen des Jahres 1984 zusammen mit der für 1985 beschlossenen Arbeitszeitverkürzung bereits die diesjährige Lohnerhöhung festgelegt worden war. In den anderen Wirtschaftsbereichen kam die Einigung zügig zustande. Die Grundlinie moderater Steigerungen der tariflichen Stundenlöhne wurde im großen und ganzen beibehalten.

281. Mit 3½ vH fiel die jahresdurchschnittliche Erhöhung des Tariflohnniveaus je Stunde 1985 zwar etwas größer aus als 1984 (+2,7 vH). Das war jedoch im letztjährigen Kompromiß in der Metallindustrie und in der Druckindustrie bereits angelegt: Die für 1984 und 1985 zusammen vorgesehenen Verdienststerhöhungen waren so auf die beiden Jahre verteilt worden, daß die Arbeitnehmer 1985 nicht nur einen Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung erhielten, sondern auch noch eine Einkommenssteigerung. Obwohl diese kleiner war als im letzten Jahr (2 vH statt 3,3 vH), ergab sich zusammen mit dem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung (3,9 vH) eine deutlich höhere Steigerung der tariflichen Stundenlöhne als 1984.

Die Lohnstückkosten waren 1985 in der Gesamtwirtschaft um 2 vH höher als im Vorjahr. Einem stärkeren Anstieg scheint unter anderem die Mobilisierung von Produktivitätsreserven durch eine flexible Regelung bei den Arbeitszeiten, wo diese möglich war und genutzt wurde, entgegengewirkt zu haben. In den letzten drei Jahren sind die Lohnstückkosten um durchschnittlich 1 vH gestiegen.

Die ersten Erfahrungen in der Metallindustrie und in der Druckindustrie mit der Umsetzung der neuen Manteltarifverträge, die mehr Möglichkeiten bei der Gestaltung der betrieblichen Arbeitszeiten eröffnen, lassen durchaus eine große Vielfalt bei den Regelungen der Arbeitszeiten wie auch der Produktionsabläufe erkennen; Ausloten und Erproben, was machbar ist, kennzeichnet vorerst noch vielerorts den Stand der Dinge (Ziffern 291 ff.).

282. In diesem Jahr sind außerdem in einer Reihe von Wirtschaftsbereichen tarifvertragliche Vereinbarungen über den vorgezogenen Ruhestand von älteren Arbeitnehmern in Kraft getreten, zu denen der Gesetzgeber im letzten Jahr den Rahmen abgesteckt hatte. Die tariflichen Regelungen stellen ein Angebot dar, das durch Einzelvereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber genutzt werden kann, aber nicht genutzt werden muß. Bislang sind die Möglichkeiten nicht in dem erwarteten Maße in Anspruch genommen worden. Vielen Arbeitnehmern fällt es schwer, vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuscheiden. Außerdem scheinen die Einkommenseinbußen häufig zu groß und vielen Arbeitgebern die Kosten zu hoch, selbst wenn sie den Zuschuß in Rechnung stellen, den ihnen die Bundesanstalt für Arbeit zum Vorruhestandsgeld in dem Falle zahlt, daß sie anstelle des ausscheidenden Arbeitnehmers einen arbeitslos gemeldeten anderen Arbeitnehmer einstellen oder einen Jugendlichen, der nach Abschluß der Ausbildung keinen Arbeitsplatz gefunden hat. Für einen 58jährigen Arbeitnehmer, der vorzeitig in den Ruhestand tritt, sind für zwei Jahre durchschnittlich 80 000 DM an Vorruhestandsgeld und an darauf zu entrichtenden Arbeitgeberbeiträgen aufzubringen. Vor allem für Kleinbetriebe sind daher andere Wege, älteren Arbeitnehmern einen vorzeitigen Ruhestand zu ermöglichen, kostengünstiger.

Lediglich in der Bauwirtschaft, in der die Kosten der Lebensarbeitszeitverkürzung nicht von den einzelnen Unternehmen, sondern von einem gemeinsamen Fonds der Tarifparteien getragen werden, wurde die Vorruhestandsregelung in großem Umfang genutzt. Dazu dürfte auch die weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage in diesem Bereich beigetragen haben.

Die Rolle der Lohnpolitik im Aufschwung

283. Den tarifpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre mit Verweis auf die immer noch hohe

Arbeitslosigkeit Erfolg abzusprechen und sie zudem als Grund für verteilungspolitische Nachteile der Arbeitnehmer anzuführen, hieße die gesamtwirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge falsch sehen. Zu beobachten ist, daß der noch immer kräftige Zustrom von zusätzlichen Arbeitslosen mittlerweile mit einem Anstieg der Beschäftigung einhergeht und das trotz des Inflationsimports, den der niedrige Wechselkurs der D-Mark bis in die ersten Monate dieses Jahres hinein mit sich brachte, das Stabilitätsziel inzwischen nahezu erreicht ist und niemand mehr beim Einkommen wie bei den Ersparnissen große Kaufkraftverluste erleidet. Mehr Investitionen, mehr Beschäftigung und stabile Preise zugleich hätte es ohne eine moderate Lohnpolitik nicht geben können, jedenfalls hätte die Wirtschaftspolitik das unter den gegebenen außenwirtschaftlichen Umständen allein nicht zuwege bringen können, und gegen die Lohnpolitik hätte sie es schon gar nicht vermocht.

Die wirtschaftliche Entwicklung wäre bei höheren Lohnsteigerungen wesentlich spannungsreicher verlaufen. Man mag kritisieren, daß die realen Bruttolöhne und -gehälter im Jahre 1985 trotz des deutlichen Anstiegs in diesem Jahr lediglich 1 vH höher waren als vor Beginn des Aufschwungs 1982. Höhere Tariflohnsteigerungen hätten daran kaum viel ändern können. Der nur geringe Anstieg der Realeinkommen spiegelt unter anderem die Einkommensverluste im Zusammenhang mit der abwertungsbedingten Verschlechterung des Verhältnisses der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen seit Anfang der achtziger Jahre. Der Versuch, sich dagegen zu wehren, hätte die Kosten in die Höhe getrieben und den Wechselkurs weiter gedrückt und so den inflatorischen Prozeß in Gang gehalten. Was noch schlimmer gewesen wäre: Die Beschäftigungssituation wäre heute schlechter und die Aussicht auf eine Besserung geringer, weil nämlich eine Beschleunigung des Preisauftriebs neuerlichen Stabilisierungsdruck herausgefordert hätte, weil ferner die Verbesserung der Erlös-Kosten-Verhältnisse schwächer ausgefallen oder gar ausgeblieben wäre; die Investitionsschwäche hätte nicht so bald überwunden werden können. Das Argument, die bessere Beschäftigungssituation sei im wesentlichen dem expansiv wirkenden Exportsog in die Vereinigten Staaten zu verdanken, ist nicht stichhaltig. Dagegen spricht das Beispiel jener Länder in Europa, in denen die Stabilisierungsfortschritte gering waren und die deswegen weit weniger von der Belebung ihrer Exportmärkte profitiert haben als die Bundesrepublik.

284. Als mittelfristige Grundlinie der Lohnpolitik haben wir vorgeschlagen, die Steigerung der Tariflöhne am Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auszurichten (Ziffern 192 ff.). Es sollte möglich sein, bei den Vereinbarungen über Tariflöhne und Arbeitsbedingungen einen Kurs zu steuern, der die Lohnstückkosten auf mittlere Sicht stabil hält. Die Vorteile einer solchen Linie fallen für die Arbeitnehmer mit zunehmender Annäherung an einen stabilen Geldwert immer stärker ins Gewicht, und dies in zweifacher Hinsicht:

— Zum einen werden die positiven Beschäftigungswirkungen größer, weil trotz des niedrigeren und noch weiter abnehmenden Preisanstiegs die Gewinnmargen nicht eingeengt werden, was eine wichtige Voraussetzung für höhere Investitionen und mehr Beschäftigung ist. Die Investitionen bilden ihrerseits die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Arbeitsproduktivität und so schließlich auch der Löhne. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kommt hinzu, daß die Geldpolitik stärker auf die mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten ausgerichtet werden kann, anstatt mit einer Verminderung der Geldmengenexpansion auf weitere Stabilisierungsfortschritte zu drängen; mit höherem realen Geldangebot können so die Kapitalkosten weiter sinken.

— Zum anderen wird die Kaufkraft der erhöhten Nominallöhne je Beschäftigten größer. Zusammen mit der steigenden Anzahl der Beschäftigten führt dies in der Summe zu einem verstärkten gesamtwirtschaftlichen Realeinkommenszuwachs, so daß aus dem Marktprozeß heraus auch nachfrageseitig für bessere Absatzmöglichkeiten und damit für mehr Produktion und Beschäftigung gesorgt ist.

285. Für die konkrete tarifpolitische Situation im Jahre 1986 können solche mittelfristigen Überlegungen Führung geben. Hinzu kommen situationsbezogene Erwägungen. Preisstabilität ist zwar noch nicht erreicht, aber der Preisauftrieb ist mit weniger als 2 vH am Jahresende 1985 sehr niedrig. Die Tarifparteien entscheiden mit darüber, ob er sich noch weiter ermäßigen wird oder nicht. Jedenfalls sollte die aktuelle Rate nicht einfach als vorgegeben angesehen werden. Der schärfer werdende Wettbewerb von außen hält den Preisauftrieb und die Gewinne in Schach. Der Rückgang der Importpreise kommt sowohl den Arbeitnehmern als auch den Unternehmen zugute. Dies ist ein Einkommensgeschenk, welches die Tarifrunde von dem Druck freihält, der in den Jahren mit starker Verschlechterung der Terms of Trade herrschte. Gänzlich auf einen Zuschlag wegen einer unterstellten Erhöhung des Preisniveaus im nächsten Jahr zu verzichten, ist nach Jahren der Gewöhnung an einen Inflationsausgleich wenig wahrscheinlich. Das Risiko, daß es zu weiterer Geldentwertung kommt, wird als zu groß, die Chance, mit dem Verzicht auf den Inflationsausgleich Preisstabilität geradezu herbeiführen zu können, als zu klein angesehen. Insoweit mag nicht eine niedrigere, sondern eine Steigerung der tariflichen Stundenlöhne wie in den zurückliegenden drei Jahren im nächsten Jahr als vertretbar angesehen werden.

286. Stünde die nächste Lohnrunde im Zeichen eines „Nachholens" wegen des als unzureichend angesehenen Anstiegs der Realeinkommen der Arbeitnehmer in den Jahren zuvor und wegen der guten Gewinnlage in wichtigen Branchen der Wirtschaft, würden sich die Tarifparteien um einen Großteil des Erfolges bringen, den sie in den letzten Jahren im Zusammenwirken mit der Geldpolitik und der Finanzpolitik möglich gemacht haben.

Viele Unternehmen befinden sich heute wieder in einer guten Verfassung und geben an, Produktion und Beschäftigung künftig kräftig ausweiten zu wollen. Sie stehen jedoch nicht für die gesamte Wirtschaft. Es gibt ganze Branchen und große Regionen, in denen Mehrproduktion und Mehrbeschäftigung bisher nicht rentabel ist, ja die nicht einmal ihr derzeitiges Produktionsniveau halten können. Hier wäre ein Umschwung erst zu erwarten, wenn sich die allgemeine Besserung der Ertragslage fortsetzte oder wenn die ungünstige Lage dieser Branchen und Regionen in den Lohnabschlüssen stärker Beachtung fände.

Unzureichende Lohndifferenzierung

287. Was als gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnsteigerung erscheint, kann nicht ohne weiteres als Leitlinie für jede einzelne Region oder Branche gelten. Sie kann es um so weniger, je größer die Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind. Der daraus abgeleiteten Forderung nach stärkerer Lohndifferenzierung wird entgegengehalten, es gäbe in der Bundesrepublik schon ein hohes Maß an Differenzierung der Löhne von Branche zu Branche und von Region zu Region. Zutreffend ist, daß die Tarifparteien sich gedrängt sahen, den großen Unterschieden in der Marktsituation, wie sie in der Anfangsphase des gegenwärtigen Aufschwungs zwischen den einzelnen Branchen herrschten, in gewissem Umfang Rechnung zu tragen. So ergab sich nach über zehn Jahren nahezu gleichbleibend kleiner Abstände zwischen der höchsten und der niedrigsten Tariflohnsteigerung seit 1983 eine stärkere Spreizung zwischen den Abschlußraten. Dieser Befund erlaubt freilich keine Antwort auf die Frage, ob die Verschlechterung der Wettbewerbsposition einer Branche oder einer Region, die es im Strukturwandel schwerer als andere hat, in der Lohnhierarchie ihren angemessenen Niederschlag findet. Die Frage ist aufs Ganze gesehen wohl zu verneinen; denn die Korrekturen in der relativen Lohnposition hielten sich in engen Grenzen. Insbesondere in Branchen, die vom Staat subventioniert werden, zum Teil sogar ganz beträchtlich, hat sich das Lohnniveau im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kaum ermäßigt, zum Teil ist es sogar noch gestiegen.

288. Auch die starken regionalen Unterschiede der Beschäftigungssituation legen es nahe, die Lohnabschlüsse stärker als in den letzten Jahren zu differenzieren (Tabelle 31). Es kann zwar nicht um eine durchgehende Abstufung der tariflichen Arbeitsentgelte nach Maßgabe der regionalen Arbeitslosigkeit gehen, wohl aber darum, den notwendigen Anpassungsprozeß in den Krisenregionen auch von der Lohnpolitik her zu erleichtern. Zumindest sollte diese den Anpassungsprozeß nicht erschweren, den die Regionalpolitik mit vielfältigen Mitteln zu fördern und mit direkten Erhaltungssubventionen für die betroffenen Unternehmen sowie mit Lohnsubventionen zu strecken versucht, um dadurch den Beschäftigungsabbau zu verlangsamen und den Unternehmen Zeit für eine Umstellung zu geben.

In vielen Krisenregionen mischen sich sektorale und raumspezifische Fehlentwicklungen. In einigen dominieren die sektoralen Probleme; besonders deutlich ist dies in den Montanrevieren. Zu wünschen ist, daß dort die Unternehmen selbst die Kraft finden, mit neuen Produkten im Weiterverarbeitungsbereich auf neue Märkte vorzudringen. Kommt es nicht dazu, müssen mehr neue Arbeitsplätze außerhalb dieser Unternehmen entstehen. Dies fällt nicht leicht, wenn in Großunternehmen der Montanindustrie trotz der staatlichen Hilfen bis heute Löhne und Lohnnebenleistungen gezahlt werden, mit denen andere Unternehmen nicht mithalten können. Es gibt in den Problemregionen nebeneinander große Unternehmen, die mit Verlusten arbeiten und deren Beschäftigte nach wie vor hohe übertarifliche Arbeitsentgelte und Nebenleistungen erhalten, und Unternehmen, meist kleinere, die wegen der bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten übertarifliche Leistungen abbauen mußten. In diesen Fällen kann nur noch von niedrigen Tariflohnsteigerungen eine wesentliche Hilfe kommen, Arbeitsplätze im Umstellungsprozeß zu erhalten und womöglich neue zu schaffen. Diese Chance würde vergeben, wenn die Tarifparteien sich gegen niedrige Lohnsteigerungen in Tarifgebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit mit dem Argument stellten, bei den großen Unternehmen gebe es noch Spielraum beim Abbau übertariflicher Leistungen. Gegen unterschiedliche Lohnsteigerungen nach Regionen wird von Arbeitgeberseite oft vorgebracht, daß dies nicht wettbewerbsneutral sei. Die Wettbewerbsposition von Unternehmen kann aber nicht allein am Tariflohnniveau gemessen werden. Sie ist vielmehr bestimmt durch das gesamte Bündel regionaler Produktionsbedingungen. Diese können sich in der Zeit spürbar ändern und den Unternehmen Anpassungsprobleme aufbürden, deren Lösung durch die Tarifpolitik erleichtert werden kann.

289. Daß eine solche tarifpolitische Flankierung des Anpassungsprozesses in Krisenregionen über das damit größer werdende Lohngefälle Abwanderungen von Arbeitskräften auslösen könnte, ist kein stichhaltiger Einwand gegen eine stärkere regionale Differenzierung der Tariflohnsteigerungen. Unbedenklich wäre die Abwanderung aus Krisenregionen, wenn diese wegen ihrer Wirtschaftsstruktur oder auch aus anderen Gründen wenig Chancen zur Entwicklung oder Umstellung hätten. Nur auf wenige dürfte dies indessen zutreffen, zumal sich die Standortnachteile einer Region im Zuge des Vordringens neuer Technologien ändern können und gerade viele neue Wirtschaftsaktivitäten weniger standortgebunden sind als die alten, so daß auch Krisenregionen diese anziehen können (JG 84 Ziffer 412). Die Anstrengungen der Regionalpolitik zielen ja nicht zuletzt in diese Richtung. Problematisch wäre es, wenn den zur Umstellung und Entwicklung fähigen Krisenregionen dann die notwendigen Fachkräfte fehlten. Zu deren Abwanderung muß es aber nicht kommen. Mit dem Minderanstieg des Tariflohnniveaus im Vergleich zu Regionen mit besserer Wirtschaftslage kann eine Aufstockung der übertariflichen Leistungen für Arbeitskräfte

Tabelle 31

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH[1])

	Einheit[2])	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985[3])
Schleswig-Holstein — Hamburg	I	2,5	4,6	4,6	4,8	4,6	4,0	3,6	5,8	8,4	10,3	10,9	11,7
	II	1,5	3,7	3,9	4,1	3,4	2,9	2,6	4,0	6,5	8,0	8,3	9,2
	III	5,1	6,4	5,9	6,2	5,6	5,5	5,7	8,9	13,1	14,5	14,9	16,4
Niedersachsen-Bremen	I	3,1	5,4	5,4	5,5	5,2	4,7	4,7	6,8	9,5	11,4	12,1	12,6
	II	2,0	4,0	3,9	4,1	3,9	3,6	3,6	5,6	7,4	9,4	10,4	11,3
	III	7,1	9,8	9,5	9,5	8,8	8,2	7,5	12,6	17,8	20,9	23,1	23,5
Nordrhein-Westfalen	I	2,9	4,8	4,9	5,0	5,0	4,6	4,6	6,4	8,6	10,6	10,7	11,1
	II	1,7	3,2	3,3	3,1	2,9	2,6	2,9	4,1	5,7	6,9	7,2	7,8
	III	4,6	6,5	6,8	7,1	7,8	7,3	6,6	8,5	11,9	15,0	16,3	16,1
Hessen	I	2,4	4,5	4,4	4,0	3,6	2,9	2,8	4,3	6,2	7,6	7,4	7,3
	II	1,4	3,1	3,1	2,9	2,3	2,2	2,3	3,5	4,9	6,3	6,2	6,2
	III	3,5	6,1	5,8	5,5	5,0	4,2	4,1	6,4	9,7	12,2	12,3	12,6
Rheinland-Pfalz-Saarland	I	3,1	5,3	5,2	5,2	5,1	4,3	4,4	6,0	7,7	9,2	9,3	9,8
	II	1,6	3,7	3,6	3,7	3,4	2,9	3,0	4,8	6,5	8,3	8,2	8,3
	III	6,0	7,6	7,7	8,4	8,6	7,6	7,5	9,3	11,6	14,6	15,9	16,3
Baden-Württemberg	I	1,4	3,5	3,4	2,9	2,6	2,1	2,3	3,3	4,8	5,9	5,6	5,4
	II	0,9	2,6	2,1	1,8	1,7	1,4	1,4	2,1	3,6	4,6	4,0	3,5
	III	2,1	5,7	4,6	3,9	4,0	3,4	3,4	4,6	6,3	7,9	7,7	7,8
Nordbayern[4])	I	2,7	5,6	5,7	5,2	4,8	4,1	4,0	6,0	8,2	9,4	8,9	9,0
	II	1,6	4,0	4,2	3,7	3,5	2,7	2,7	4,9	7,3	8,7	7,8	7,5
	III	6,0	9,7	10,1	9,6	9,5	8,0	7,4	10,4	13,5	15,5	15,1	15,5
Südbayern[4])	I	2,8	4,8	4,5	4,1	3,7	3,2	3,1	4,4	5,9	7,1	6,9	7,2
	II	1,9	3,6	3,1	3,0	2,8	2,2	2,4	3,3	4,8	6,1	6,2	6,2
	III	7,8	10,5	10,5	9,6	9,1	7,9	8,3	11,4	14,6	15,7	14,3	15,3
Berlin	I	2,0	3,7	3,9	4,5	4,6	4,0	4,3	5,8	8,7	10,4	10,2	9,9
Bundesgebiet	I	2,6	4,7	4,6	4,5	4,3	3,8	3,8	5,5	7,5	9,1	9,1	9,4
Mittlere Abweichung[5])		0,88	1,00	1,08	1,19	1,25	1,21	1,16	1,53	2,02	2,32	2,59	2,92

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.
Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.
Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

[3]) Januar bis September.

[4]) Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke sind die Ergebnisse ab 1977 mit denen für frühere Jahre nur bedingt vergleichbar.

[5]) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: BA

einhergehen, die auch in der Problemregion knapp sind. Eine stärkere Differenzierung der effektiven Arbeitsentgelte nach der Qualifikation als in anderen Regionen wäre das Ergebnis. Damit wäre zugleich den weniger qualifizierten Arbeitskräften die Chance eröffnet, am angestammten Ort zu arbeiten und wohnen zu bleiben, wenn ihnen dies den geringeren Einkommenszuwachs wert ist. Angesichts der Alternative, arbeitslos zu sein und im Unterschied zu den höherqualifizierten Facharbeitern in anderen Regionen nicht so leicht Arbeit zu finden, dürfte das wohl für die meisten gelten.

290. Eine stärkere Spreizung der Lohnrelationen muß also nicht über die Tariflöhne, sie kann auch über die Effektivlöhne bewirkt werden, genauer: über eine von den unterschiedlichen Knappheiten an Arbeitskräften bestimmte Lohndrift, die sich oberhalb der tariflich fixierten Mindestlöhne je nach den Marktgegebenheiten herausbildet. Dazu müßten die Tariflohnsteigerungen freilich niedriger ausfallen, als es aus gesamtwirtschaftlichen Gründen sonst vertretbar wäre. In Branchen und Regionen mit ungünstiger Wirtschaftslage und für Arbeitskräfte, die weniger gesucht sind, bliebe es bei

dieser Steigerung; wo die Beschäftigungssituation besser ist, könnten und würden die Effektivlöhne stärker, teilweise sogar wesentlich stärker steigen. Das muß in diesen Bereichen nicht zu einem dauerhaften Auseinanderklaffen von Tariflöhnen und Effektivlöhnen führen. Die Tarifparteien könnten später inzwischen eingetretene größere marktbestimmte Änderungen der Lohnrelationen tariflich einholen, indem sie im Vorlauf zu neuen Tarifabschlüssen kostenneutrale Tarifkorrekturen vereinbaren.

Die Tarifparteien tun sich schwer, diesen über stärkere Zurückhaltung bei den Tariferhöhungen im ganzen und über eine zumindest zeitweilig größere marktbestimmte Lohndrift im einzelnen führenden Weg zu beschreiten: die Gewerkschaften aus verteilungspolitischen und wohl auch aus organisationspolitischen Gründen, und die Arbeitgeber, weil sie befürchten, bei einer späteren Anpassung der tariflichen an die effektiven Arbeitsentgelte mehr an Handlungsspielraum zu verlieren, als sie vorher gewinnen. Beide müssen sie jedoch auch sehen, daß kein Weg an der Aufgabe vorbeiführt, den besonderen Beschäftigungsproblemen einzelner Branchen und Regionen auch in der Lohnpolitik Rechnung zu tragen. Das aus gesamtwirtschaftlicher Sicht häufig vorgetragene Argument, daß eine Lohndifferenzierung den Strukturwandel verlangsamt, weil sie Arbeitskräfte in wenig wettbewerbsfähigen Bereichen hält, kann in diesem Zusammenhang nicht überzeugen. Für einzelne Branchen und Regionen mag es durchaus angemessen sein, auf Strukturveränderungen defensiv zu reagieren, solange der Sog in den wachstumsträchtigen Bereichen nicht stark genug ist, für einen hohen Beschäftigungsstand im ganzen zu sorgen. Die Freisetzung von Arbeitskräften durch geringere Lohnsteigerungen in den Problembereichen zu verlangsamen, ist ohnehin nur die eine Seite. Eine solche Tarifpolitik ist über dies hinaus vorwärts gerichtet, wenn sie die Kräfte zur Umstellung stärkt.

Erste Erfahrungen mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit

291. Mit der im Jahre 1984 in verschiedenen Tarifbereichen beschlossenen Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit ist tarifpolitisches Neuland betreten worden. Der Sachverständigenrat hatte in seinem letztjährigen Gutachten dafür geworben, dem erst einmal eine hinreichend lange Phase der Erprobung folgen zu lassen, bevor an weitere Schritte gedacht wird (JG 84 Ziffer 367). Erste Ergebnisse liegen mittlerweile für die Metallindustrie vor.

292. Der gewerkschaftlichen Forderung nach einer schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche hatten die Arbeitgeber eine Kombination von Vorschlägen zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten, zu vermehrter Teilzeitarbeit und zu Vorruhestandsregelungen für ältere Arbeitnehmer entgegengesetzt. Am Ende stand eine Vereinbarung, mit der erstmals im Rahmen einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung mehr Raum für betriebliche Flexibilität geschaffen werden sollte, nicht zuletzt, um auf diese Weise die Kostenbelastung aus der Arbeitszeitverkürzung möglichst gering zu halten (JG 84 Ziffern 126 ff.). Neu war auch, daß es betrieblichen Vereinbarungen überlassen wurde, den Arbeitszeitrahmen auszufüllen. Unsicherheit bestand darüber, ob die Rahmenvereinbarung den Erfordernissen in den Betrieben gerecht würde. Die Erwartungen darüber, in welcher Weise und in welchem Ausmaß Unternehmen und Belegschaften sie nutzen würden, gingen auseinander.

293. Die Tarifvereinbarung für die Metallindustrie machte verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung möglich:

— Eine einheitliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Arbeitnehmer auf 38,5 Stunden. Die einheitlich verkürzte Wochenarbeitszeit war die Lösung, die von der Industriegewerkschaft Metall von Anfang an als Ziel angestrebt war, weil sie befürchtete, daß sonst der Unterschied zwischen der geforderten Wochenarbeitszeitverkürzung und einer Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit durch mehr Urlaub unscharf würde.

— Eine Differenzierung der Wochenarbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden nach Gruppen von Arbeitnehmern, wobei sich im Durchschnitt des Betriebs eine wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden ergeben muß. Diese Lösung war von den Arbeitgebern favorisiert worden, weil sie darin die Möglichkeit sahen, schwer ersetzbare Arbeitskräfte — insbesondere Spezialisten und Facharbeiter — weiterhin 40 Wochenstunden, andere Arbeitnehmer — etwa Bandarbeiter oder Kantinenangestellte — nur 37 Stunden in der Woche zu beschäftigen.

— Eine produktionsbezogene Flexibilisierung der Arbeitszeit im Betrieb in Anpassung an Schwankungen der Auftragslage über das Jahr, wobei allerdings im Durchschnitt von jeweils zwei Monaten die Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden einzuhalten ist.

— Eine Bündelung zu Freischichten, indem weiterhin 40 Stunden in der Woche gearbeitet wird, wobei die Arbeitnehmer für die 1,5 Stunden Mehrarbeit pro Woche einen Ausgleich erhalten, entweder in Form individuell nutzbarer Urlaubstage oder in Form betrieblicher Ruhetage, die zwischen arbeitsfreie Tage gelegt werden. In der Metallindustrie gilt auch in diesem Fall, daß der Zeitausgleich jeweils über einen Zeitraum von zwei Monaten erreicht werden muß; es wird aber damit gerechnet, daß diese Ausgleichsfrist in der Praxis einvernehmlich verlängert wird. Der Tarifvertrag des Volkswagenwerks sieht eine Ausgleichsfrist von einem Jahr vor.

294. Wie erwartet verlagerte sich nach Beendigung des Tarifkonflikts die Auseinandersetzung in die Betriebe, begleitet von Versuchen beider Tarifverbände, die betriebliche Ausgestaltung der Rahmenvereinbarungen jeweils in ihrem Sinne zu beeinflussen. Für beide Seiten ging es darum, Macht und Einfluß der eigenen Organisation zu stärken,

um eine günstige Startposition für die nächste Verhandlungsrunde zu gewinnen. Auf beiden Seiten wurde die Gefahr gesehen, daß die Mitglieder die Verbandslinie nicht voll mittrugen. Viele Arbeitnehmer zogen es beispielsweise vor, ihre neu gewonnene Freizeit von 1½ Stunden pro Woche in Übereinstimmung mit den Unternehmen zu freien Tagen zu bündeln, und umgekehrt waren viele Unternehmen nicht von den Vorteilen des Differenzierungskonzepts ihres Verbandes überzeugt.

Inzwischen ist es deutlich, daß beide Tarifparteien Abstriche von ihren Zielvorstellungen machen müssen. Die einheitliche 38,5-Stunden-Woche ist zwar in weit mehr Betrieben Wirklichkeit geworden, als es die Arbeitgeberverbände wollten, auf der anderen Seite aber in weit weniger Betrieben, als es die Gewerkschaften angestrebt hatten.

295. Im ganzen zeigt die Verteilung der betriebsindividuellen Lösungen auf die verschiedenen oben dargestellten Möglichkeiten nach Unternehmensbefragungen folgendes Bild:

— Eine generelle Wochenarbeitszeitverkürzung gilt für rund ein Drittel aller Arbeitnehmer in der Metallindustrie. Etwas weniger als die Hälfte dieser Arbeitnehmer ist in Betrieben beschäftigt, die überhaupt keine flexiblen Lösungen eingeführt haben, in denen also die gesamte Belegschaft 18 Minuten am Tag oder anderthalb Stunden in der Woche weniger arbeitet.

— Eine Differenzierung der Wochenarbeitszeit nach Arbeitnehmern wurde nur selten vereinbart. Gegen diese Ausgestaltungsmöglichkeit gab es nicht nur Widerstand von seiten der Gewerkschaften, auch die meisten Unternehmensleitungen sahen darin keinen Vorteil. Vor allem in kleineren und mittleren Unternehmen wurde befürchtet, eine solche Auffächerung der Arbeitszeiten würde zunächst einmal die Kosten erhöhen; denn Arbeitskräften, die zum Ausleich dafür, daß Teile der Belegschaft 40 Stunden arbeiten, nur 37 Stunden arbeiten können, ist in der ersten Übergangsphase der Lohnausgleich für die vollen 3 Stunden, und nicht nur für 1½ Stunden zu zahlen. Außerdem wurde befürchtet, daß durch die Einteilung der Belegschaft in verschiedene Arbeitszeitklassen Konflikte entstehen würden. Es zeigte sich häufig, daß individuelle Wünsche und betriebliche Notwendigkeiten innerhalb dieses Rahmens nur schwer in Einklang zu bringen waren. Belegschaftsbefragungen haben ergeben, daß gerade die Höherqualifizierten, die nach den Wünschen der Betriebsleitung weiterhin 40 Stunden arbeiten sollten, an einer Verminderung ihrer Arbeitsstunden interessiert waren. Dagegen zogen die Minderqualifizierten — viele davon sollten in Zukunft nur 37 Stunden arbeiten — längere Arbeitszeiten mit entsprechend höherem Einkommen vor. Einige Unternehmen versuchten deshalb schon von Anfang 1985 an, bei Neueinstellungen 37-Stunden-Verträge zu vereinbaren, um sich so einen Flexibilisierungsspielraum zu verschaffen. Andere zogen vornehmlich ältere Arbeiter für den Zeitausgleich heran, der benötigt wurde, um Führungskräfte, qualifizierte Angestellte und Meister weiterhin 40 Stunden arbeiten zu lassen. Insgesamt ist seit dem 1. April 1985 nur für rund 8 vH der Beschäftigten in der Metallindustrie diese Form der Arbeitszeitdifferenzierung eingeführt worden. Die meisten Beobachter sind der Überzeugung, daß dieses Konzept auch weiterhin nur wenig Chancen hat.

— Weniger Konflikte gab es in den Unternehmen, die eine größere produktionsbezogene Flexibilisierung anstrebten. Nach Ansicht von Betriebsleitungen bringt dieser Weg weit mehr betriebswirtschaftliche Vorteile als andere. Je variabler die Wochenarbeitszeit ist, desto rascher kann sich der Betrieb an Schwankungen der Auftragslage anpassen. Die Lagerkosten können niedriger gehalten werden, und aktuelle Marktchancen lassen sich besser nutzen. Zugleich stößt diese Form bei den Arbeitnehmern auf großes Interesse. Als besonders leicht hat sich der Übergang zu dieser Form der Arbeitszeitverkürzung in Betrieben erwiesen, die schon zuvor Gleitzeitregelungen praktizierten; denn ob bei einer wöchentlichen Pflichtanwesenheit von beispielsweise 32,5 Stunden der variable Rest sechs oder wie zuvor siebeneinhalb Stunden beträgt, bedeutet arbeitsorganisatorisch keinen prinzipiellen Unterschied. Verschiedene Unternehmen entdeckten zudem in überraschend großem Ausmaß zusätzliche Flexibilisierungsmöglichkeiten in der Gleitzeit. Die Gleitzeit wurde in einer Reihe von Betrieben so erweitert, daß an besonders teuren Maschinen länger gearbeitet werden kann. Von der produktionsbezogenen Flexibilisierung machten rund 15 vH der Betriebe Gebrauch; in ihnen sind etwa 11 vH der Arbeitnehmer beschäftigt. Dabei sind größere Variationen der Arbeitszeit durchaus die Regel. In mehr als 40 vH der Fälle schwankt die wöchentliche Arbeitszeit um 10 Stunden und mehr.

— In den Fertigungsbetrieben des Volkswagenwerkes wird — wie in dem betrieblichen Tarifvertrag vereinbart — weiterhin 40 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Differenz zur 38,5-Stunden-Woche wird zu Freischichten gebündelt. Zehn zusätzliche Freischichten im Jahr kommen so zu dem Urlaubsanspruch von 30 Tagen hinzu.

  Die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche und die Bündelung zu Freischichten erfreuen sich auch in anderen Unternehmen der Metallindustrie großer Beliebtheit. Sie gelten für knapp 50 vH der Arbeitnehmer im Metallbereich. In den meisten Betrieben hat man sich darauf geeinigt, die Freischichten, soweit möglich, auf die „Brückentage" zwischen arbeitsfreie Tage zu legen.

296. Bei vielen Unternehmen gibt es kein einheitliches Konzept, sondern eine Fülle unterschiedlicher Lösungen, die von der Differenzierung über die Flexibilisierung mit gleitender Arbeitszeit bis zur 40-Stunden-Woche mit Freischichtausgleich reichen.

Das ganze Spektrum betrieblicher Flexibilisierungsmöglichkeiten läßt sich durch die vier Standardregelungen nur unvollständig abbilden. Es hat sich auch herausgestellt, daß die Unternehmen durch die neuen Möglichkeiten dazu angeregt wurden, den Einsatz teurer Maschinen kostengünstiger zu gestalten. Bislang einheitliche Pausen wurden so verlegt, daß die Maschinen jetzt ohne Unterbrechung laufen. Zusätzliche Schichten sollen überdies in manchen Betrieben künftig für eine bessere Auslastung des Maschinenparks sorgen.

297. Es spricht vieles dafür, daß der eingeschlagene Weg der Flexibilisierung der Arbeitszeit dazu beigetragen hat, die Kosten der Arbeitszeitverkürzung zu verringern. Die Möglichkeit, sich besser auf Produktionsschwankungen einstellen zu können, der Wegfall wenig produktiver Arbeitszeiten und geänderte Pausenregelungen dürften einen zusätzlichen Anstieg des Produktionsergebnisses je bezahlter Arbeitsstunde bewirkt und somit für sich genommen die Lohnkosten gesenkt haben.

Wo infolge der Verkürzung der Arbeitszeit auch die Betriebszeit eingeschränkt werden mußte, ist es zu einem Anstieg der Kapitalkosten gekommen, die den Lohnkosten der Arbeitszeitverkürzung hinzuzurechnen sind. In fast zwei Dritteln aller Betriebe ist es nach einer Erhebung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall jedoch gelungen, die Laufzeit der betrieblichen Anlagen beizubehalten, in 6 vH der Betriebe konnte sie sogar verlängert werden. Von den Großbetrieben konnten 88 vH die Nutzungszeit der Anlagen aufrechterhalten, von den Kleinbetrieben immerhin noch rund die Hälfte. Der tatsächliche Anteil dürfte nach Schätzungen des Verbandes sogar noch größer sein, da ein Teil der Unternehmen gleichzeitig mit der Arbeitszeitverkürzung aus anderen Gründen die Kapazitäten weniger auslasten konnte. In den Betrieben allerdings, die lediglich die Arbeitszeit generell auf 38,5 Stunden verkürzt und keine der Möglichkeiten zur Flexibilisierung genutzt haben, ist es in der Mehrzahl der Fälle zu Einschränkungen der Anlagenlaufzeit gekommen.

298. In welchem Maße die Verkürzung der Arbeitszeit und die damit verbundene Flexibilisierung mehr Einstellungen bewirkt und zu weniger Entlassungen geführt haben, läßt sich nicht zahlenmäßig belegen. Die Angaben der unmittelbar Betroffenen gehen weit auseinander: Während beispielsweise die Arbeitgeber von 20 000 zusätzlich Beschäftigten in der Metallindustrie sprechen, nennt die Industriegewerkschaft Metall Zahlen in der Größenordnung von rund 100 000. Aber die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Beschäftigung lassen sich nicht einmal in den unmittelbar betroffenen Wirtschaftsbereichen von den Einflüssen trennen, die von Veränderungen der allgemeinen Konjunkturlage, in der sich Änderungen der Ausgabeneigung, der Finanzierungsbedingungen und der außenwirtschaftlichen Bedingungen spiegeln, auf die Beschäftigung ausgehen. Daß die Einkommen wegen der Arbeitszeitverkürzung weniger als die Kosten stiegen, darf nicht außer Betracht bleiben, weil dies an anderer Stelle der Volkswirtschaft weniger Nachfrage bedeutete und für Staat wie Sozialversicherungen weniger Einnahmen. Reich rechnen sollte man sich in bezug auf den Beschäftigungseffekt jedenfalls nicht.

299. Positiv zu werten ist es, daß die Kompromißlösung des Arbeitskampfes 1984 doch immerhin Wege zu größerer Flexibilität bei den Arbeitszeitregelungen geöffnet hat, die bisher nicht oder zumindest wesentlich schwerer gangbar waren, auch wenn sich nicht alle Erwartungen bislang erfüllt haben.

Über weitere Schritte wird nachgedacht. Den Zeitraum von zwei Monaten, innerhalb dessen sich die wöchentliche Durchschnittsarbeitszeit von 38,5 Stunden ergeben soll, halten viele für zu kurz. Auch über den Samstag als Arbeitstag in Ausnahmefällen wird weiter diskutiert. Manchem Arbeitnehmer ist ein anderer Wochentag als arbeitsfreier Tag wichtiger. Die Phase des Nachdenkens und Experimentierens ist noch nicht zu Ende. Das zeigt sich auch daran, daß sich vorsorglich viele Unternehmen in den Betriebsvereinbarungen Revisionsmöglichkeiten offengehalten haben.

300. Bei flexibleren Arbeitszeitregelungen könnten die Unternehmen ihre Produktion und die Anzahl ihrer Beschäftigten auch durch eine Ausdehnung ihrer Betriebszeit erhöhen, wenn sie ihre betriebliche Organisation anpassen. Sie müßten also nicht in jedem Fall ihre Anlagen ausbauen. Eine Erhebung, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zusammen mit dem Ifo-Institut hierzu durchgeführt hat, kam im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

— Zwei Drittel aller Betriebe im verarbeitenden Gewerbe würden bei einer möglichen Produktionsausweitung anstreben, ihre Betriebszeit unter Beibehaltung ihrer Schichtregelung zu verlängern.

— Bei diesen Betrieben könnte es im Durchschnitt zu einer Verlängerung der Betriebszeit um 15 Stunden pro Woche kommen, und zwar teils durch mehr Betriebsstunden pro Tag, teils durch mehr Arbeitstage pro Woche, teils in Kombination beider Möglichkeiten.

— Solche Regelungen könnten für rund zwei Drittel der im Produktionsbereich Beschäftigten eingeführt werden.

— Auf das verarbeitende Gewerbe insgesamt umgerechnet könnte die Betriebszeit der Produktionsanlagen um 10 vH auf 67 Stunden verlängert werden.

— Im Groß- und Einzelhandel, in dem Betriebsöffnung und individuelle Arbeitszeit schon jetzt häufig entkoppelt sind, wird von den Betrieben zwar noch ein Spielraum für eine weitere Flexibilisierung gesehen, Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahl werden davon jedoch nicht erwartet. Im Einzelhandel spielt dabei auch die gesetzlich vorgeschriebene Ladenschlußzeit eine Rolle.

Wie rasch solche Möglichkeiten einer längeren Nutzung des vorhandenen Kapitalstocks tatsächlich ausgeschöpft werden, ist nicht allein eine Frage der Auftragslage; in vielen Fällen dürften auch institutionelle und zur Gewohnheit gewordene Regelungen die Nutzung vorhandener Arbeitsplatzreserven behindern. Die Betriebe und die Tarifparteien sollten sich bemühen, solche Hindernisse für mehr Beschäftigung abzubauen. Auch dann steht freilich die Aufgabe, neue Arbeitsplätze durch Investitionen zu schaffen, im ersten Rang.

IV. Arbeitsmarktpolitik

301. Bei der Rückgewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes kommt der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne, deren Rahmen das Arbeitsförderungsgesetz absteckt, anders als etwa der Lohnpolitik, im wesentlichen eine flankierende Rolle zu. Zu ihren Kernaufgaben gehört es mitzuhelfen, die friktionelle Arbeitslosigkeit zu verkürzen und den notwendigen Strukturwandel in der Beschäftigung, das heißt die Umstellung auf neue Arbeitsinhalte und neue Tätigkeitsfelder, zu erleichtern. Diesem Zweck dient das Instrumentarium, mit dem die Bundesanstalt für Arbeit die regionale und berufliche Mobilität fördert, namentlich Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose. Außerdem soll insbesondere jenen geholfen werden, denen der Arbeitsmarkt sonst auf Dauer wenig Beschäftigungschancen bietet. Hierfür steht nicht zuletzt das Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung. Alle diese Instrumente werden seit 1983 wieder verstärkt genutzt.

302. Gefordert ist die Arbeitsmarktpolitik gegenwärtig und auf absehbare Zeit zum einen im Hinblick auf die Langfristarbeitslosigkeit, insbesondere bei älteren Arbeitnehmern, zum anderen im Hinblick auf die vielfach nicht den augenblicklichen und voraussehbaren Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Ausbildung, die viele jüngere Arbeitnehmer auf der Suche nach einem Arbeitsplatz mitbringen, und zwar sowohl die betrieblich als auch die akademisch ausgebildeten.

Die Aufgabe, diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, kann freilich nicht in erster Linie der Bundesanstalt für Arbeit zugewiesen werden; sie geht vor allem andere an — die Tarifparteien in der Lohnpolitik wie bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Ausbildungsordnungen, den Gesetzgeber bei der Gestaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften und die Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

303. Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsentwurf der 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz zu sehen. Der Entwurf verfolgt zwei Hauptziele, denen — gemessen am jeweils vorgesehenen finanziellen Mittelaufwand — ungefähr gleiches Gewicht gegeben wird, nämlich

— die Verbesserung der Situation älterer Arbeitsloser

— die Erweiterung der Möglichkeiten für die berufliche Qualifikation jüngerer Arbeitsloser.

Hinzu kommt das Anliegen, Anreize für die Verbesserung des Ausbildungsstandes Arbeitsloser allgemein zu geben und es Arbeitslosen zu erleichtern, sich selbständig zu machen.

304. Ältere Arbeitslose müssen häufig erfahren, daß ihre in einem langen Berufsleben erworbenen Kenntnisse auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt sind. Die Fähigkeit und die Bereitschaft, sich auf einem neuen Arbeitsplatz einzuarbeiten, wird ihnen in vielen Fällen nicht zugetraut. Ihre Chancen, schnell wieder eingestellt zu werden, sind deshalb sehr gering; allenfalls nach langer Suche finden sie wieder Beschäftigung. So waren im September 1984 die 45- bis 50jährigen Arbeitslosen im Durchschnitt schon 15 Monate lang arbeitslos, die 50- bis 55jährigen 17 Monate lang und die mehr als 55 Jahre alten Arbeitslosen gar seit nahezu zwei Jahren. Bei jüngeren Arbeitslosen betrug die Zeit des Suchens und Wartens im Durchschnitt nur neun Monate. Zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer sieht die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes vor, daß

— die mit besonderen Zuschüssen an den Arbeitgeber verbundenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Ältere, die bisher nur für die Beschäftigung von über 55jährigen Arbeitslosen galten, nun für die Beschäftigung von Arbeitslosen ab 50 Jahren genutzt werden können,

— Eingliederungsbeihilfen, die an Arbeitgeber gezahlt werden, wenn sie einen Arbeitslosen einstellen, im Falle älterer und anderer schwer vermittelbarer Arbeitsloser für zwei Jahre statt bisher nur für ein Jahr gewährt werden können.

Da es sich aber gezeigt hat, daß es bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage über Lohnsubventionen gleich welcher Art kaum gelingt, ältere Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben einzugliedern, ist es insofern verständlich, daß die Gesetzesänderung nicht auf die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser, sondern vorrangig auf die soziale Sicherung dieser Personengruppe abzielt, im wesentlichen durch die Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld.

Vom 1. Januar 1986 an und befristet bis Ende 1989 verlängert sich die Höchstdauer für den Bezug von Arbeitslosengeld für Arbeitslose ab 45 Jahren um 4 auf 16 Monate, für 50jährige und ältere auf 20 Monate. Über 55 Jahre alten Arbeitslosen kann bis zu zwei Jahre lang Arbeitslosengeld gezahlt werden, sofern sie innerhalb der letzten sieben Jahre mindestens sechs Jahre lang beschäftigt waren. Die Arbeitslosenhilfe für Arbeitslose, die über 45 Jahre alt sind, soll sich künftig nicht mehr nach dem Einkommen richten, das der Arbeitslose mit seinen beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten bei der gegebenen Arbeitsmarktlage erzielen könnte; wenn diese Kenntnisse und Fähigkeiten am Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt sind, so soll der Arbeitslose, anders als bisher, bei der Bemessung der Arbeitslosenhilfe nicht mehr herabgestuft werden.

Für eine Besserstellung der Älteren sprechen nach Meinung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch Gesichtspunkte der Beitragsäquivalenz. Ältere Arbeitslose haben in der Regel jahrzehntelang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet. Von daher wäre es auch gerechtfertigt, daß sie länger Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten als Arbeitnehmer, die nur wenige Jahre Beiträge gezahlt haben.

305. Im zweiten Schwerpunkt zielt die Gesetzesänderung — unter der Bezeichnung „Qualifikationsoffensive" — darauf ab, mehr für die berufliche Qualifizierung jüngerer Arbeitsloser zu tun. Mehr und mehr wird nämlich deutlich, daß die Aufgabe, die Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen in das Erwerbsleben einzugliedern, noch nicht gelöst ist, wenn diese eine berufliche Ausbildung erhalten haben. So sehr die Bereitschaft vieler Unternehmen, mehr Jugendliche auszubilden, als es ihrem eigenen Bedarf an Personalnachwuchs entspricht, in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, den Lehrstellenmangel in Grenzen zu halten, so sehr gilt es nun zu verhindern, daß die berufliche Eingliederung der Jugendlichen an der „zweiten Schwelle" — das heißt nach der beruflichen Ausbildung — scheitert. In der betrieblichen Praxis bieten sich dazu, bis die ärgsten Probleme am Arbeitsmarkt überwunden sind, durchaus Wege an, die bislang zu wenig genutzt werden. Teilzeitverträge, befristete Arbeitsverträge, weiterführende Ausbildung im Unternehmen oder im Unternehmensverbund sind Beispiele dafür.

Mit der geplanten Novelle erhält die Bundesanstalt für Arbeit größere Möglichkeiten als bisher, Jugendlichen, die im erlernten Beruf nicht unterkommen können, zu helfen, zusätzliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben. Dies dürfte einen Beitrag zur Minderung der Probleme an der „zweiten Schwelle" leisten.

Ganz allgemein erzwingt der technische Fortschritt, ob er sich in neuen Fertigungsverfahren und neuen Produkten oder ob er sich in neuen Informationssystemen äußert, eine stärkere betriebliche sowie auch außerbetriebliche Weiterbildung, nötigenfalls auch Umschulung. Die Anforderungen, die Arbeitsplätze heute an die Beschäftigten stellen, gehen nicht nur häufiger über die im beruflichen Werdegang erworbene Qualifikation hinaus, sie verändern sich auch rascher als früher. Kenntnisse und Fertigkeiten veralten schneller. Weiterbildung muß in erster Linie im Interesse der Arbeitnehmer selbst liegen; sie zu fördern, ist ebenso ureigene Aufgabe der Unternehmen. Die Arbeitsmarktpolitik kann ihnen diese Aufgabe zwar erleichtern, aber nicht abnehmen. Verfehlt wäre es auch, von der Bundesanstalt für Arbeit zu erwarten, sie könne mit ihren Fortbildungsmaßnahmen Versäumnisse in der beruflichen Bildung wettmachen, die darin wurzeln, daß die Anforderungen des technischen Fortschritts in den Ausbildungsordnungen zu wenig berücksichtigt werden.

306. Während die Leistungsverbesserungen für ältere Arbeitslose und die Erweiterung der Möglichkeiten, die berufliche Qualifikation jüngerer Arbeitsloser zu fördern, wohl die von der Bundesregierung gewünschten Wirkungen haben dürften, ist dies bei anderen Neuregelungen im Rahmen der Gesetzesinitiative eher zweifelhaft.

— Fraglich erscheint, ob die Erhöhung des Unterhaltsgelds von 63 vH auf 65 vH des früheren Nettogehalts für Arbeitslose, die auf Kosten der Bundesanstalt angelernt, fortgebildet oder umgeschult werden, den Anreiz zur Weiterqualifikation spürbar erhöht.

— Fraglich erscheint auch, ob es eine wirksame Hilfe für einen Arbeitslosen ist, der sich selbständig macht, wenn ihm ein Geldbetrag ausgezahlt wird, der einem Arbeitslosengeld in Höhe von drei Monatsbezügen entspricht.

307. Für das Urteil über die anstehende Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz sind noch weitere Gesichtspunkte ins Blickfeld zu rücken. Die Gesetzesänderung stellt einen Kompromiß dar. Ihr war eine längere Diskussion über die Frage vorausgegangen, ob die Überschüsse im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, in diesem Jahr rund 2 Mrd DM, für eine Senkung des Beitragssatzes oder für Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik zu verwenden wären. Im Ergebnis wurde das zur Disposition stehende Finanzvolumen so aufgeteilt, daß zwei Drittel für die genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verwandt werden und ein Drittel genutzt wird, den Beitragssatz vorübergehend um 0,1 Prozentpunkte zu senken. Als Argument für eine stärkere Ermäßigung der Beitragssätze wurden die hohe Belastung der Arbeitnehmer und die hohen Personalnebenkosten angeführt. Eine dritte Möglichkeit fand keine Berücksichtigung, nämlich zuzulassen, daß die Bundesanstalt für Arbeit wieder finanzielle Rücklagen für den Fall künftiger Belastungen bildet, um so die Voraussetzungen für stabile Beitragssätze auf lange Sicht und wieder mehr Vertrauen in die Sicherheit des Sozialversicherungssystems zu schaffen. Dieses Argument gilt um so mehr, als zum 1. Januar 1987 der Beitragssatz für die Bundesanstalt für Arbeit wieder um 0,3 Prozentpunkte erhöht und der Beitragssatz zur Rentenversicherung im gleichen Umfang gesenkt werden sollen. Die Beitragszahler mußten in den vergangenen Jahren immer wieder die Erfahrung machen, daß die Defizite im Haushalt eines Sozialversicherungsträgers mittels kurzfristiger Änderungen in den Einnahmenregelungen durch Überschüsse bei einem anderen Sozialversicherungsträger gedeckt wurden (Ziffer 135). Eine verläßliche längerfristige Planung von Einnahmen und Ausgaben, die vor allem in der Rentenversicherung angesichts der künftigen großen Belastungen dringlich wäre, war so nicht möglich; dem Vertrauen in die Solidität der Sozialversicherungen dient das nicht.

TEIL C
Wettbewerb und Marktöffnung

I. Dynamischer Wettbewerb, Innovation, Marktöffnung

308. Der Sachverständigenrat sieht im dynamischen Wettbewerb das Leitbild einer nach vorne gerichteten Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung. Dieses Leitbild fängt jenen Ausschnitt des marktwirtschaftlichen Geschehens ein, der für mehr Dynamik unentbehrlich ist, ja diese Dynamik selbst ausmacht.

Dynamischer Wettbewerb ist das Lebenselixier der Wirtschaft. Dem Wettbewerbsprozeß zweckdienliche Regeln zu geben und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten, ist die Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Sie hat einmal für wettbewerbsgerechte und verläßliche Rahmenbedingungen zu sorgen; sie muß aber auch darauf bedacht sein, diesem Prozeß den Weg zu ebnen oder ihn zu stimulieren, wo dies erforderlich und möglich ist.

Im Jahresgutachten 1984 hat der Sachverständigenrat die Rolle des dynamischen Wettbewerbs in einer voranschreitenden Wirtschaft umrissen und wirtschaftspolitische Aufgaben gekennzeichnet, deren Lösung den dynamischen Wettbewerb befördert (JG 84 Ziffern 314 ff.). Die vorrangige Aufgabe besteht darin, Wettbewerbsvorsprung zu gewinnen. Die Forschungs- und Technologiepolitik kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Wie sie ordnungspolitisch auszurichten ist, wird in diesem Gutachten näher erläutert (Ziffern 314 ff.).

Die Hindernisse wegzuräumen, die dem dynamischen Wettbewerb durch überkommene Marktregulierung im Wege stehen, ist eine weitere wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Am Beispiel des Straßengüterverkehrs und der Telekommunikation wird in diesem Gutachten gezeigt, wie vordringlich hier eine Politik der Marktöffnung (Deregulierung) ist (Ziffern 320 ff.).

Dem Sachverständigenrat ist auch daran gelegen, die Rolle des einzelnen im Prozeß des dynamischen Wettbewerbs herauszustellen. Das individuelle Handeln steht ja überhaupt im Zentrum seiner wirtschaftspolitischen Überlegungen. In unserer fortschreitenden Wirtschaft, die sich auf der Suche nach Neuem befindet, kommt es entscheidend auf das individuelle Handeln an. Hier zahlt sich individuelle Freiheit zu wirtschaftlicher Betätigung, auch und gerade bei sozialer Einbindung des einzelnen, für die Gesellschaft insgesamt aus. Wie dies geschieht, ist am Konzept des dynamischen Wettbewerbs darzustellen.

Individuelles Handeln im Wettbewerbsprozeß

309. Dynamischer Wettbewerb ist ein Such- und Entdeckungsverfahren. Er basiert auf der Erfahrung, daß die Gesellschaft insgesamt Vorteil davon hat, wenn sich einzelne vorwagen, weil sie findiger oder risikofreudiger als andere sind. Es leuchtet auch unmittelbar ein, daß die Suche nach Neuem besser gelingt, wenn nicht alle dasselbe tun, und daß ein vielfältiges Vorgehen, bei dem jeder seine individuellen Fähigkeiten ausspielt, einen reichen Sucherfolg erwarten läßt.

Die Geschichte der wirtschaftlichen Innovationen lehrt, daß sich der Sucherfolg aus vielen und häufig auch kleinen Schritten zusammensetzt. Zur Entdekkung und Entwicklung eines Produktionsverfahrens haben oft Hunderte von verschiedenen Patenten beigetragen. Sie wurden nicht nur von den Herstellern der neuen Produktionsmittel, sondern häufig auch von Anwendern oder Außenseitern angemeldet. Die Entdeckung neuer Produktionsmöglichkeiten und ihre Entwicklung zur vollen Reife geschieht in aller Regel über Marktkontakte zwischen Herstellern und Anwendern. Der Markt liefert die Informationen über die Nachfragewünsche und entlohnt den Hersteller, der darauf am schnellsten reagiert.

Was bei Prozeßinnovationen zutrifft, gilt genauso für Produktinnovationen. Auch hier kommt es für die Anbieter darauf an, die Marktsignale zu erkennen und richtig zu deuten, mitunter auch im voraus zu ahnen, wie die Märkte auf Neues ansprechen werden.

Der Wettbewerbsprozeß als Verfahren der Suche nach Innovationen bindet die individuell handelnden Akteure über Märkte zusammen. So entsteht ein dezentral organisiertes und deshalb ein ebenso vielfältiges wie erfolgversprechendes Suchfeld für eine fortschreitende Wirtschaft.

In einer Volkswirtschaft handeln auf der Angebotsseite Unternehmungen als selbständige Wirtschaftseinheiten. Bei den Unternehmen liegen Chance und Risiko von Innovationen. Das individuelle Handeln kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Suche nach Neuem zeichnet sich häufig durch Kreativität und Flexibilität aus. Großunternehmen haben den Vorteil, daß sie über eine größere materielle Ausstattung verfügen, ohne die in bestimmten Fällen der für Innovationen erforderliche Aufwand für Forschung und Entwicklung gar nicht zu erbringen ist. Daß Großunternehmen insgesamt den Innovationsprozeß erfolgreicher voranzubringen vermögen, wurde lange Zeit vermutet.

Empirische Untersuchungen stützen diese Hypothese jedoch nicht.

Für den Sucherfolg einer Volkswirtschaft kommt es darauf an, daß sich möglichst viele Unternehmen selbständig handelnd am Wettbewerbsprozeß beteiligen. Die Motive solchen Handelns sind vielfältig. Entscheidend ist jedoch der wirtschaftliche Anreiz, Anstrengung und Risiko des Suchens zu übernehmen.

Nach Innovationen zu suchen und innovative Anstrengungen zu unternehmen, führt nicht immer zu Erfolg; Suchprojekte können scheitern. Das Risiko des Verlustes liegt bei den Unternehmen und sollte nicht sozialisiert werden. Es ist ein großer organisatorischer Vorteil der Gesellschaft insgesamt, daß die Folgen von Fehlversuchen von den handelnden Unternehmen getragen werden müssen. Sie verhalten sich entsprechend, versuchen Risiken zu vermeiden, sie brechen Fehlversuche früher ab als Unternehmen, denen der Staat das Risiko abnimmt. Die klare Regelung der Verantwortung des individuellen Handelns schafft, gerade weil das Ergebnis unsicher ist, eine wichtige Vorbedingung für den Erfolg des dezentral gesteuerten wettbewerblichen Suchprozesses insgesamt.

310. Der wirtschaftliche Lohn der erfolgreichen Suchanstrengung wird während der Phase des Wettbewerbsvorsprungs eingebracht. Vorsprungsgewinne treiben die innovatorischen Wettbewerber an. Aber sie rufen auch die nachziehenden Wettbewerber auf den Plan, und deren Erfolg ebnet mit dem Wettbewerbsvorsprung auch die Vorsprungsgewinne wieder ein.

Der Prozeß des dynamischen Wettbewerbs umfaßt zwei voneinander unterscheidbare Wettbewerbsaktivitäten: die Innovation und die Imitation. Die Innovation erschließt neue Gewinnpotentiale, und die Imitation baut sie ab. Beides geschieht zum Vorteil der Gesellschaft insgesamt. Es liegt in ihrem Interesse, daß immer wieder neue Gewinnpotentiale von den Innovatoren entdeckt werden, aber ferner auch, daß diese Potentiale durch den verfolgenden Wettbewerb abgebaut werden. Das neue und zunächst teure Produkt oder Verfahren findet so schließlich einen breiten Markt bei niedrigem Preis.

Auch der Verfolgungswettbewerb lebt vom individuellen Handeln. Auch damit ist ein Wagnis verbunden. Da die Verfolgungschancen nicht vorausberechenbar sind, wird auch hier Risikobereitschaft der einzelnen Wettbewerber verlangt.

Die beiden Aktivitäten der Innovation und Imitation sind im grundsätzlichen unterscheidbar. Im tatsächlichen Handeln der einzelnen Wettbewerber können sich beide jedoch in verschiedenster Abstufung miteinander mischen. Man kann sagen, daß jeder Wettbewerber im dynamischen Wettbewerb den eigenen Weg geht.

311. Nirgends zeigt sich überzeugender, wie wichtig individuelles Handeln auch und gerade für die Gesellschaft insgesamt ist, als in einer fortschreitenden Wirtschaft. Der Vorteil des wettbewerblichen Suchprozesses gegenüber einer zentralen Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung liegt in der Nutzung individuellen Wissens begründet. Die Gesellschaft insgesamt kann für den Sucherfolg nichts besseres tun, als unter den individuell Handelnden Wissensteilung sich entfalten zu lassen. So wie Arbeitsteilung eine Grundlage der Arbeitsproduktivität darstellt, so liefert Wissensteilung die Grundlage der Fortentwicklung des Wissens und den daraus zu ziehenden Ertrag für die Gesamtheit. Aus der dezentralen Verarbeitung vorhandenen Wissens und der dezentralen Suche nach neuem Wissen entspringt der Synergieeffekt der Wissensteilung.

Für eine auf individuelles Handeln gegründete Wettbewerbswirtschaft sprechen die für die Gesellschaft und die einzelnen sich aus der Nutzung hoher Flexibilität und des Synergieeffekts der Wissensteilung ergebenden materiellen Vorteile. Individuelles Handeln zahlt sich für alle aus, und die Freiheit des Handelns trägt einen zusätzlichen Wert in sich.

312. Zur sozialen Marktwirtschaft gehört auch der Staat. Er fördert den wettbewerblichen Suchprozeß durch das in seiner Verantwortung stehende Bildungssystem und die dort betriebene Grundlagenforschung. Er leistet auch einen spezifischen Beitrag durch die Innovationspolitik. Sache des Staates ist es nicht zuletzt, Allgemeinbildung und Grundwissen zu pflegen und weiterzuentwickeln, auch zur Nutzung im wettbewerblichen Suchprozeß. All dies ist ein wichtiger Beitrag zum Erfolg dieses Prozesses. Wo nun aber die Trennlinie zwischen staatlichem und individuellem Handeln verlaufen soll, ist nicht im voraus festgelegt. Durch Vorteilsvergleich kann im Prinzip festgestellt werden, ob es zweckmäßig ist, eine bestimmte Aufgabe der Wissensentfaltung staatlichem oder individuellem Handeln anheimzugeben.

Heute wird gelegentlich die Auffassung vertreten, der Aktionsradius des staatlichen Handelns in der Technologie- und Innovationspolitik müsse weiter gezogen werden. Dieser Auffassung neigen auch diejenigen zu, die der Wirtschaftspolitik direkt beschäftigungswirksame Maßnahmen anempfehlen und dem Staat neue Aktivitätsfelder bei der Förderung von Forschung und Technologie zuweisen wollen (Ziffern 206 f.).

Der Sachverständigenrat vertritt dagegen die Auffassung, daß die Tätigkeitsfelder des Staates bei der Bereitstellung von Allgemein- und Grundlagenwissen wie bei der Forschungs- und Technologiepolitik derzeit weit genug gezogen sind und daß sie wohl eher einzuengen wären. Dies wäre allerdings im einzelnen danach zu beurteilen, was das staatliche Handeln jeweils zum Synergieeffekt der Wissensteilung beiträgt. Einheitlichkeit des Hochschulbereichs, wie sie in jüngerer Zeit angestrebt und auch erreicht worden ist, trägt jedenfalls weniger dazu bei als Vielfalt. Zur Diskussion steht somit, was der Staat, ohne mehr Geld ausgeben zu müssen, Besseres tun kann, um mit seinem Beitrag dem gesellschaftlichen Suchprozeß zu mehr Erfolg zu verhelfen.

Am vordringlichsten wäre eine Neuorientierung an den Schnittstellen staatlicher und wettbewerblicher Forschung. Die Grundlagenforschung im staatlichen Sektor hat zu wenig Kontakt mit der Forschung in der Wirtschaft. In beiden Richtungen wäre eine vielfältige und lebendige Verzahnung, zum Vorteil beider Forschungsbereiche und der Gesellschaft insgesamt, in hohem Maße wünschenswert. Hier kann es noch Fortschritte der Wissensteilung geben.

313. Der Sachverständigenrat tritt für eine konsequente Reduktion der Staatsquote ein (Ziffer 190). Dies bedeutet, daß staatliches Handeln, jetzt bezogen auf den gesamten Tätigkeitsbereich und nicht nur auf die Bildungs- und Forschungspolitik, einzuschränken ist. Dies gilt ganz besonders, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung geht, wenn das Handeln sich auf Innovationen richtet, die Produktionstechnik und die individuellen Präferenzen nicht vorgegeben, sondern erst herauszufinden und weiterzuentwickeln sind. Dann zieht das folgende dynamische Argument: Staatliches Handeln kann dem Erfolg der dezentralen Wissensteilung nichts Vergleichbares entgegensetzen. Den Synergieeffekt wettbewerblich abgestimmten individuellen Verhaltens kann staatliches Handeln in Grenzen wohl fördern. Im übrigen aber zieht staatliches Handeln Suchenergien aus dem effizienteren dezentralen Suchraum ab. Mehr Staat wird den Sucherfolg vermindern, weniger Staat ihn voranbringen.

Dynamischer Wettbewerb und Innovationspolitik

314. Qualitatives Wachstum wird von Innovationen gespeist. Wo diese Quelle schwächer fließt, verlangsamt sich das Wachstum, stockt der Strukturwandel, geraten Arbeitsplätze in Gefahr.

Innovationen sind wirtschaftlich ertragreiche Neuerungen. Nicht jede technische Erfindung ist eine Innovation. Es gibt durchaus erfolgreiche Innovationen, die nur Altbekanntes, allerdings in neuer Kombination, an den Markt bringen. Wissenschaftliche und technische Erfindungen sind gleichwohl häufig die Ausgangsbasis für wirtschaftliche Innovationen. Doch nicht die sogenannte Erfindungshöhe, sondern der Markterfolg zeichnet eine Innovation aus.

Dynamischer Wettbewerb bringt Innovationen hervor. Will die Wirtschaftspolitik die Innovationen fördern, so muß sie dem Wettbewerb Entfaltungschancen einräumen. Der dynamische Wettbewerb liefert der Innovationspolitik die ordnungspolitische Orientierung.

Die Innovationen fördern, heißt den Innovatoren hinreichenden Anreiz zu geben, Wettbewerbsvorsprung zu gewinnen. Ordnungspolitisch vertretbar ist dies nur in der Weise, daß allen Wettbewerbern die gleiche Chance zum Wettbewerbsvorsprung eröffnet wird. Von vornherein bestimmten Wettbewerbern einen Vorsprung verschaffen zu wollen, wäre Wettbewerbsverzerrung. Sie bedarf in jedem Fall einer besonderen Begründung.

315. Ein erfolgreicher Innovator setzt allgemein verfügbares Wissen und individuelles, nur ihm aus seiner eigenen Erfahrung bekanntes Wissen in ein neues Produkt oder Verfahren um. Man kann demgemäß „Allgemeinwissen" und „Individualwissen" unterscheiden. Mit einer solchen Unterscheidung läßt sich angeben, wie die Innovationspolitik die Instrumente des Wissenstransfers und der Forschungsförderung einsetzen kann und soll.

Individualwissen, wie es hier verstanden wird, entsteht aus der Erfahrung vor Ort, bei der Produktion und am Markt, insbesondere im Kontakt mit Kunden. Es ist individuell angeeignetes Erfahrungswissen, das gar nicht Gegenstand eines institutionalisierten Wissenstransfers in innovationspolitischer Absicht sein kann. Dieses Individualwissen darf und soll einer Unternehmung, und nur ihr, Wettbewerbsvorsprung verschaffen. Es von vornherein allgemein zugänglich zu machen — einmal angenommen, das wäre überhaupt möglich — würde jeden Anreiz, Wettbewerbsvorsprung zu gewinnen, von vornherein uninteressant machen.

Es ist Aufgabe des Patentwesens, dem individuellen Wissensvorsprung des Erfinders eine hinreichende Verwertungschance einzuräumen. Sie soll einerseits dem Erfinder für seine weitere Suche genug Anreiz bieten, andererseits aber zur Verbreitung des in der bereits vorliegenden Erfindung steckenden Wissens beitragen, damit es auch von anderen zu nutzen ist.

Das Patent regelt Wissenstransfers. Das Verwertungsinteresse des Erfinders und das Interesse der Gesellschaft an der Erhaltung der Anreizfunktion und an der breiten Anwendung der Erfindung sind gegeneinander abzuwägen. Nach Ablauf des Patentschutzes geht das mit dem Patent geschützte Wissen in das allgemein verfügbare Wissen ein.

Der Innovator ist nicht immer mit dem Erfinder gleichzusetzen. Eine wirtschaftliche Innovation basiert nicht notwendig auf einer technischen Erfindung. Dem Erfinder und dem Innovator gemeinsam ist jedoch das Streben nach der Verwertung eines Wissensvorsprungs. Er ist in einem Fall patentrechtlich geschützt, im anderen Fall jederzeit dem Imitationswettbewerb ausgesetzt.

316. Ordnungspolitisch bestehen gegen einen von der Innovationspolitik organisierten Wissenstransfer, der Chancengleichheit für Innovatoren verwirklicht, keine Vorbehalte. Innovationspolitische Maßnahmen können auch dazu dienen, gegebene Wettbewerbsnachteile kleinerer und mittlerer Unternehmen auszugleichen. Deren Chancen, Wettbewerbsvorsprung durch Innovationen zu gewinnen, steigen hiermit.

Es sollte allerdings nicht übersehen werden, daß kleine und mittlere Unternehmen gegenüber großen häufig den Vorteil schnellerer Anpassungs- und Umstellungsfähigkeit haben. Auch gibt es in kleinen und mittleren Unternehmen vielfach höheren Wettbewerbsdruck und weniger Subventionierungschancen, so daß die Motivation, durch Innovationen das Überleben zu sichern, höher ist.

Die sogenannte Gemeinschaftsforschung, bei der öffentliche Zuschüsse an kleine und mittlere Unternehmen, die sich an der Finanzierung mit einem Eigenbeitrag beteiligen, fließen, zielt darauf ab, durch Forschung vor Ort die Innovationsleistung solcher Unternehmen zu steigern. Gegenstand der Förderung ist hier ein praxisbezogenes Forschungsprojekt. Das Ergebnis wird, obwohl es mit betrieblicher Unterstützung zustande kommt, veröffentlicht. In dem Maße, in dem neue Wettbewerbschancen nicht nur für das beteiligte Unternehmen, sondern auch für die Mitbewerber zur Verfügung stehen, wirkt diese Form der Forschungsförderung nicht wettbewerbsverzerrend.

Gleichwohl ist hier auch der Fall denkbar, daß ein solches Projekt nur dem durchführenden Unternehmen Vorteile am Markt verschafft. Dann ist es in jedem Fall geboten, daß die Kosten voll von dem betreffenden Unternehmen getragen werden.

317. Der ordnungspolitisch bedenkliche Teil der Innovationspolitik ist die direkte Projektförderung. Ihr Erfolg verschafft einzelnen beteiligten Unternehmen Wettbewerbsvorsprung durch Subventionen. Die direkte Projektförderung ist in den vergangenen Jahren schrittweise auf bestimmte Forschungsfelder beschränkt worden: Basistechnologien, Großprojekte, staatliche Zukunftsvorsorge auf dem Gebiet der Sicherheits-, Umwelt-, Klima- und Gesundheitsforschung. Lange Zeit war die umfangreicher betriebene direkte Projektförderung — und zwar zu Recht — der Stein ordnungspolitischen Anstoßes.

Gegen eine solche Orientierung der Innovationspolitik bestehen zwei Haupteinwände. Einmal ist der Staat bei der Auswahl solcher Projekte nie klüger als der Markt. Er blickt auch nicht weiter voraus. Der zweite Einwand besteht darin, daß staatliche Innovationspolitik mittels direkter Projektförderung häufig Großprojekte begünstigt. Nichts wäre jedoch dem Sucherfolg abträglicher, als ihn von Großprojekten und somit auch Großunternehmen abhängig zu begreifen.

Indes ist es richtig, daß es Innovationsfelder gibt, die marktwirtschaftlich nicht zu erschließen sind. Solche Ausnahmebereiche, in denen die Innovationspolitik nicht dem Leitbild des dynamischen Wettbewerbs folgt, sind unvermeidlich. Als Beispiele können gelten: die Raumfahrt oder neue Wege der Energiegewinnung. Aus dem letzteren Bereich gibt es eine Reihe von Großprojekten, die notleidend geworden sind und schließlich abgebrochen wurden oder vor dem Abbruch stehen. Die Suche nach Neuem ist nun einmal mit Risiken verbunden, die auch Großprojekten anhaften. Das noch vergleichsweise kleine Großprojekt „Großwindanlage" (GROWIAN) ist gescheitert, in Dänemark und anderen Ländern hatte man auf kleine Einheiten gesetzt und erzielt heute damit große Exporterfolge.

318. Die Innovationspolitik richtet sich auch auf den Schutz der Umwelt. Es geht nicht allein darum, marktwirtschaftliche Regelungen zur effizienteren Nutzung der Ressource Umwelt zu nutzen, sondern auch darum, Innovationen hervorzubringen, die eine bessere Entsorgung und eine langfristig geringere Belastung der Umwelt ergeben. Die Form direkter Projektförderung durch den Staat mag dabei unverzichtbar sein. Wichtig ist es daneben jedoch, den wettbewerblichen Prozeß der Suche nach Umweltinnovationen zur Entfaltung zu bringen.

Generell bietet der Schutz unserer natürlichen Umwelt ein bedeutendes Feld für Wachstum und Innovation (JG 1984 Ziffer 407). Bei der Erhaltung der Naturqualität und beim Abbau bereits eingetretener Schäden schneller voranzukommen, kann jedoch nur dann gelingen, wenn die Schubkräfte des Marktes direkt in den Dienst der Umweltschutzaufgabe gestellt werden. Dies erfordert zum einen das geeignete rechtliche Rahmenwerk, daß es ermöglicht, die Knappheit der Umweltgüter in entsprechend hohen Preisen anzuzeigen. Zum anderen dienen Innovation und qualitatives Wachstum auch auf mittelbare Weise der Erfüllung der Umweltaufgaben.

Eine stagnierende Volkswirtschaft mit erstarrten Märkten vollbringt wenig für den Schutz ihrer natürlichen Umwelt. Bei ihr fehlt es am Antrieb, den Stand der Technik auch im Umweltschutz zu verbessern. In einer wachsenden Volkswirtschaft mit entwicklungsfähigen Märkten und knappheitsgerechten Preisen für die Umweltbeanspruchung wird viel mehr für den Umweltschutz getan. Es wird mehr investiert, weil verstärkte Anreize bestehen, technisch verbesserte Anlagen mit integriertem Umweltschutz zu installieren. Es werden verstärkt neue, überlegene Lösungen für den Umweltschutz angeboten. Der dynamische Wettbewerb treibt hier die Unternehmen an, ständig über bessere Lösungen nachzudenken.

319. Dynamischer Wettbewerb ist heute wesentlich internationaler Wettbewerb. An vielen Orten in der Welt läuft das Suchen nach Innovationen in die gleiche Richtung. Der Forschungsaufwand ist oft hoch und kann nur über den Absatz am Weltmarkt wieder eingespielt werden. Der Wettbewerb am Weltmarkt ist besonders intensiv; es gilt ihn zu nutzen. Deswegen brauchen wir offene Märkte. Aber es kommt auch darauf an, daß wir auf hinreichend vielen Märkten Wettbewerbsvorsprung halten, und dringend wäre es vor allem: daß wir Wettbewerbsvorsprung hinzugewinnen.

Der Innovation kann auch die internationale Kooperation förderlich sein. Hier gibt es jedoch ordnungspolitische Gefährdungen. Wenn die abgebaute direkte Projektforschung in internationaler Kooperation eine neue Belebung erfährt, wie sich dies im Rahmen von EUREKA abzeichnet, sind die gleichen ordnungspolitischen Vorbehalte wie gegenüber der nationalen direkten Projektförderung angebracht. Die besten Absichten dieser europäischen Gemeinschaftsforschung, die Wettbewerbsfähigkeit mit Förderung von Großprojekten der Hochtechnologie stärken zu wollen, nützen nichts, wenn diese Forschung ohne Markt- und Wettbewerbskontakt bleibt. Dann ist es bestenfalls Grundlagenforschung, die nur auf indirektem Wege den wirtschaftlichen Innovationsprozeß beeinflußt.

Mehr dynamischer Wettbewerb durch die Politik der Marktöffnung (Deregulierung)

320. In vielen Bereichen wirtschaftlicher Betätigung ist der Wettbewerb durch Regulierungen eingeschränkt. Im Post- und Fernmeldewesen herrscht — von wenigen Ausnahmefällen abgesehen — ein Staatsmonopol. Der deutsche Beitrag zum zivilen Luftverkehr wird weitgehend einem Paradeunternehmen im öffentlichen Eigentum überlassen. Im Güterverkehr steht die Bundesbahn mit dem Straßengüterverkehr und der Binnenschiffahrt in einem regulierungsverzerrten Wettbewerb. Im Einzelhandel herrscht das wettbewerbs- und kundenfeindliche Ladenschlußgesetz. Dem Bauen steht manche Bestimmung des Baurechts im Wege. Die leitungsgebundene Energieversorgung ist voll durchreguliert. Das Gesundheitswesen krankt an zuviel Regulierung.

321. Unter Regulierungen sind spezifische Eingriffe in den Wettbewerb zu verstehen. In einem allgemeineren Sinne kann man unter Regulierungen auch solche Regelungen verstehen, die den Wettbewerb erleichtern. Beispielsweise fördert das Vertragsrecht den Wettbewerb, weil es mehr Marktteilnehmern erlaubt, miteinander in Beziehung zu treten. Daß Spielregeln gelten, dient dem Wettbewerb. Es ist zweckmäßig, allgemeine Regulierungen zur Erleichterung des Wettbewerbs von spezifischen Regulierungen, die in den Wettbewerb eingreifen, zu unterscheiden. Wenn hier von Deregulierung die Rede ist, geht es um die Rückführung oder Abschaffung von Eingriffen in den Wettbewerb.

Spezifische Regulierungen können dem Schutz von Marktteilnehmern dienen. So bewahren Qualitätsvorschriften und deren Überprüfung weniger sachkundige Nachfrager vor unnötigen Risiken. Die staatliche Kontrolle des Arzneimittelwesens oder der Verbraucherschutz haben deshalb ihren guten Sinn. Regulierungen des Innungswesens tragen zur handwerklichen Qualität bei, sie können aber auch den Wettbewerb dämpfen. Gleiches gilt für die Standesregeln der freien Berufe.

Regulierungen sind erforderlich, wenn aufgrund besonderer Bedingungen der Wettbewerb nicht zum Zuge kommen kann oder zu einem volkswirtschaftlich nachteiligen Ergebnis führen würde. Eine Eisenbahnstrecke zweimal zu bauen, damit Konkurrenz unter zwei Eisenbahngesellschaften möglich ist, wird sich im allgemeinen nicht lohnen. Sind auf einem bestimmten Markt Überkapazitäten vorhanden, auf denen hohe Fixkosten lasten, handelt es sich ferner um Produktionsanlagen beträchtlicher Größe, die entweder voll ausgelastet oder stillgelegt werden müssen, dann ist ruinöse Konkurrenz vorprogrammiert. Monopolistische Ausbeutung und ruinöse Konkurrenz zu vermeiden, ist die Absicht von Regulierungen in solchen Fällen. Sie sollen die gesamtwirtschaftliche Effizienz steigern. Dies kann etwa beim Betrieb eines städtischen Schienenverkehrsnetzes in der Weise geschehen, daß die Stadtgemeinde das Verkehrsnetz errichtet und pflegt, den Verkehrsbetrieb selbst jedoch einer selbständigen Gesellschaft überträgt und über damit verbundene Auflagen regulierend eingreift, insbesondere um das Verkehrsangebot sicherzustellen und Monopolpreise zu verhindern.

Es gibt genug und auch gute Gründe für Regulierungen; ohne Regulierungen wird nicht auszukommen sein. Auf einem anderen Blatt steht, ob im konkreten Fall die Regulierung zu weit geht, ob sie überhaupt richtig ansetzt, ob sie die weitere wirtschaftliche Entwicklung behindert oder ob sie nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung bereits überholt worden ist. Es ist eine ständige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den regulierten Bereich der Wirtschaft so klein wie möglich zu halten. Dazu trägt die Politik der Marktöffnung (Deregulierung) bei.

322. Positive Erfahrungen mit der Deregulierung in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien geben wertvolle Hinweise auf Gestaltungsmöglichkeiten einer Neuregulierung und deren Auswirkungen. Die dort zuvor herrschende Regulierungspraxis war restriktiver als hier, insofern ist der Vergleich erschwert. Anlaß zur Deregulierung besteht:

— wenn gegen bestehende Bestimmungen häufig verstoßen wird oder Ausnahmen immer zahlreicher werden. Beispiele dafür sind der Einzelhandel mit immer mehr Anträgen auf Befreiung vom Ladenschlußgesetz sowie der Straßengüterverkehr mit Sondertarifen und einer Umgehung der bestehenden Regulierung durch die Unternehmen, die verstärkt nichtregulierte Leistungen in ihr Transportangebot aufnehmen. Der Straßengüterverkehr liefert ein Beispiel für diesen Anlaß zu einer Regulierungsreform, auf das gesondert eingegangen wird;

— wenn der technisch-wirtschaftliche Fortschritt neue Entwicklungschancen eröffnet, deren wirtschaftliche Nutzung durch die stehende Regulierung behindert wird. Dies trifft bei der Telekommunikation zu, wie nachfolgend erläutert wird.

323. Die Deregulierung soll dem dynamischen Wettbewerb mehr Spielraum verschaffen. Unter diesem Gesichtspunkt kommt es darauf an, die handelnden Unternehmen und nicht so sehr einen vorgegebenen Markt als Handlungsbereich in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen. Es sollen Handlungsbeschränkungen der Unternehmen abgebaut werden, damit unternehmerisches Handeln freier auf die Suche nach Marktchancen gehen kann. Die Deregulierung muß es dann ermöglichen, daß die Unternehmen neu am Markt erworbenes Wissen in neuen Produkten und Leistungen anwenden können. Nur so ist eine kontinuierliche Entwicklung durch dynamischen Wettbewerb möglich.

324. Mit der Entfaltung der Märkte durch Deregulierung entstehen neue Arbeitsplätze. Wo hingegen Deregulierung Ineffizienzen beseitigt, werden Arbeitsplätze unrentabel. Wie beim technischen Fortschritt allgemein gilt auch hier, daß neue Arbeitsplätze geschaffen und unrentable Arbeitsplätze beseitigt werden. Es kommt für die Beschäftigungswirkung insgesamt auf den Saldo an. Sie im voraus abzuschätzen ist nicht möglich. Dennoch darf man

darauf setzen, daß effizienteres Wirtschaften und ein sich freier entfaltender dynamischer Wettbewerb in der Summe mehr und bessere Beschäftigung erbringen als ein in Überregulierung erstarrter Wirtschaftsbereich. Erfahrungen mit der Deregulierung des Luftverkehrs in den Vereinigten Staaten deuten in diese Richtung.

Marktöffnung beim Straßengüterverkehr

325. Der Straßengüterverkehr in der Bundesrepublik gehört zu den weitgehend regulierten Bereichen. Die Regulierung sollte von Beginn an dem Schutz des Güterverkehrs über die Schiene dienen. Der Straßengüterverkehr liefert ein gutes Beispiel dafür, wie sehr Regulierung die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten einengt. Das Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) unterscheidet drei große Verkehrsbereiche, die mit unterschiedlicher Strenge reguliert sind.

— *Güternahverkehr:* Darunter fallen Transporte an Zielorte, die bis zu 50 km vom Standort des Unternehmens entfernt sind. Hier ist der Ausbau des Fuhrparks keinen Beschränkungen unterworfen, die Preisgestaltung im vorgegebenen Rahmen flexibel und der Marktzutritt relativ frei.

— *Güterfernverkehr:* Er umfaßt alle Transporte über die 50-km-Grenze hinaus; Frachtfahrten zwischen 50 km und 150 km vom Standort gelten als Bezirksgüterfernverkehr. Die Regulierungen betreffen den Marktzutritt und die Tarife. Der Güterfernverkehr ist der am stärksten regulierte Verkehrsbereich.

— *Werkverkehr:* Es darf nur unternehmenseigenes Transportgut befördert werden; die Gegenfahrt erfolgt deswegen häufig ohne Ladung. Beschränkungen der Kapazitäten liegen in diesem Verkehrsbereich nicht vor. Der Werkverkehr hat trotz des Leerfahrtennachteils in der Vergangenheit stark zugenommen.

Der Straßengüterfernverkehr erbringt nahezu die Hälfte der registrierten Leistungen im Güterverkehr in der Bundesrepublik. Nach vorliegenden Schätzungen sind die Tarife hier wegen der einschneidenden Regulierung um etwa 30 vH bis 40 vH überhöht. Eine Entregulierung dieses Verkehrsbereichs erscheint am dringendsten geboten. Wir befassen uns daher im folgenden überwiegend mit dem Straßengüterfernverkehr.

326. Die Tarife im Straßengüterfernverkehr werden von einer 18-köpfigen Tarifkommission gemäß „den wirtschaftlichen Verhältnissen der Unternehmen des Güterkraftverkehrsgewerbes" festgesetzt, wobei nach dem Gesetz eine Benachteiligung von Landwirtschaft, Mittelstand und Problemregionen vermieden werden soll. Der Kommission gehören nur Vertreter der Transportunternehmen an, Kunden (Verlader) bekommen lediglich eine „Gelegenheit zur Stellungnahme". Das Preissystem besteht aus sogenannten Margentarifen, mit Preisobergrenzen und Preisuntergrenzen. Etwa 80 vH des Güterfernverkehrs werden heute mit größten erlaubten Abschlägen vom Tarif abgewickelt.

Die Einhaltung der Tarife wird streng überwacht. Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, die staatliche Aufsichtsbehörde für das gesetzlich errichtete Zwangskartell im Güterkraftverkehr, hat umfangreiche Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte. Sie treibt den Unterschiedsbetrag ein, wenn der in Rechnung gestellte Tarif unter dem genehmigten Tarif liegt. Falls ein Transportunternehmer oder Verlader nicht nachdrücklich auf der Bezahlung des genehmigten Tarifs besteht, geht die Forderung auf den ausstehenden Betrag automatisch an die Bundesanstalt über.

Zur Regulierung der Preise tritt die Kontingentierung der Transportkapazität hinzu. Wer ein Unternehmen gründen oder ein bestehendes erweitern will, braucht Transportlizenzen. Diese werden auf Zeit vergeben und nur verlängert, wenn eine hinreichende Nutzung nachgewiesen werden kann. Die staatlich festgesetzten Kontingente für Lizenzen sind zwar seit 1960 um etwa ein Viertel erhöht worden, doch bestand jederzeit eine darüber hinausgehende Nachfrage. Es ergaben sich Wartezeiten von bis zu 20 Jahren. Kapazitätenerweiterung ist häufig nur durch Kauf ganzer Fuhrunternehmen oder von Unternehmensteilen möglich. So ist Unternehmenswachstum oft nur in entsprechend großen Sprüngen zu erreichen.

Das Mieten von Fuhrkapazitäten ist durch das Gesetz untersagt. Kraftfahrzeuge müssen auf den Namen des Unternehmers zugelassen sein, ihm gehören oder auf Abzahlung gekauft sein. Damit wird der Fahrzeugbetrieb auf dem Wege des Leasing ausgeschlossen und so den Unternehmen Flexibilität genommen.

327. Mit der bestehenden Preisregulierung wird der Wettbewerb nicht beseitigt. Häufig sind vor allem große Transportunternehmen dazu übergegangen, die reine Transportleistung mit der Lagerhaltung zu verbinden und so Dienstleistungen für bewegte und für ruhende Güter anzubieten. Durch Kombination beider Leistungen zu einem Logistikangebot lassen sich beträchliche Kostenvorteile erreichen. Logistik umfaßt nicht allein Transport und Lagerung. Zu ihr kann auch gehören, daß der Spediteur Vormaterial anliefert, Zwischenprodukte zwischen einzelnen Standorten des Herstellers transportiert und den Versand der Endprodukte übernimmt, alles in termingerechter Abstimmung mit der Produktion des Kunden. Da nur ein Teil dieses Leistungspakets, der Transport, der Regulierung unterworfen ist, entstehen so Handlungsmöglichkeiten, die vor allem von den Spediteuren genutzt werden. Der Preis für das Leistungsbündel wird frei verhandelt. Er darf allerdings nicht unter dem Tarif für die Transportleistungen alleine liegen, weil sonst die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr eingreifen würde. Die bestehende Preisregulierung wird durch diese Bündelung umgangen. Es entstehen Wettbewerbsverzerrungen, weil die Umgehungsmöglichkeit nicht allen Unternehmen in gleicher Weise offensteht. Dies ist ein Grund für die Dringlichkeit einer Reform.

328. Für eine Reform sprechen noch andere Gründe. Die Tariffestsetzung erfolgt, indem die Verkehrstarife an die Kostenentwicklung angepaßt werden. Praktisch werden die Kosten als gegeben hingenommen und auf die Nachfrager überwälzt. Diese Form der Preisbildung beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Anbieter und hat deshalb zu Ausnahmen von der Regulierung durch Sondertarife geführt, die Schule machen. Auslöser waren die Sondertarife für den Transport zu und von den deutschen Seehäfen. Verglichen mit den Konkurrenzhäfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen war der Massengutumschlag über die deutschen Schiffslandeplätze benachteiligt, was im wesentlichen auf natürliche Standortnachteile zurückzuführen ist.

Nachteile bei Stückgutumschlag bestanden vornehmlich, weil die Zulieferung und der Abtransport über Schiene und Straße, der Hinterlandverkehr, teurer war und es heute teilweise noch ist. In den Niederlanden gibt es im inländischen Straßengüterverkehr nur Höchsttarife, in Belgien bilden sich die Preise frei.

Für den grenzüberschreitenden Verkehr hatte sich der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften 1977 nur auf Margentarife, also auf die Übernahme der Grundidee des deutschen und teilweise auch des französischen Tarifsystems, einigen können. Die Einhaltung der Margentarife wird bei einigen europäischen Nachbarn nicht wirksam überprüft, da sie nicht in gleicher Weise wie die Bundesrepublik bereit waren, aufwendige Kontrollinstanzen einzurichten.

Die im Ausland bestehenden Möglichkeiten, Transportpreise frei zu vereinbaren, haben deutsche Kunden genutzt, vermehrt Verkehrsleistungen über ausländische Häfen bezogen und sich der deutschen Seehäfen spärlicher bedient. Sie haben ihren Stückgutverkehr seit Ende der siebziger Jahre in zunehmendem Maß über die belgischen und niederländischen Häfen abgewickelt.

Bundesbahn und Straßengüterverkehr haben auf die Herausforderung mit Sondertarifen für den Hinterlandverkehr der deutschen Seehäfen reagiert. Unter Bezugnahme auf dieses Beispiel sind mittlerweile auf anderen Gebieten und von Unternehmen anderer Branchen Ausnahmen beantragt worden. Durch die hohen inländischen Transportpreise werden nicht nur Seehäfen, sondern allgemein inländische Hersteller transportkostenintensiver Güter auf dem inländischen Markt gegenüber ausländischen Mitbewerbern benachteiligt.

329. Die im Verkehrsbericht der Bundesregierung vom Dezember 1984 angekündigten Änderungen des Regelwerks im Straßengüterverkehr betreffen Elemente, wie sie auch in der Entregulierungsdiskussion vorgetragen werden. Die mittlerweile großenteils schon verwirklichten Änderungen lassen jedoch die Grundstruktur der Regulierung noch unberührt und versuchen nur, bestimmte Verzerrungen zu korrigieren.

— Gegen das Vordringen des Werkverkehrs gerichtet ist die Befreiung der Fahrzeuge bis vier Tonnen Nutzlast von der Genehmigungspflicht. Die Steigerung des Werkverkehrs trotz des Kostennachteils der Leerfahrten ist ein Indikator für die Wachstumsmöglichkeiten des Straßengüterverkehrs, die dem konzessionierten gewerblichen Verkehr verschlossen sind.

— Die Genehmigungskontingente im Bezirksgüterfernverkehr werden um ein Drittel aufgestockt. Damit wird nicht von der Genehmigungspflicht abgerückt, vielmehr sollte auch hier einem weiteren Vordringen des Werkverkehrs Einhalt geboten werden. Für die gut 2 100 zusätzlichen Konzessionen waren bis Mai dieses Jahres mehr als 9 000 Anträge gestellt worden. Das ist ein Zeichen dafür, wie sehr die Unternehmen daran interessiert sind, ihre Kapazität zu steigern.

— Für den Werkfernverkehr mit mehr als vier Tonnen Nutzlast entfällt die Ausstellung der Beförderungsbescheinigungen. Bisher war bei einem solchen Antrag nachzuweisen, daß von der Eisenbahn binnen zwei Monaten kein annehmbares Ausweichangebot unterbreitet worden war. Die langwierigen und umständlichen Verfahren haben weder die Bahn noch den gewerblichen Güterstraßenverkehr begünstigen können, dagegen aber die Kontrollbehörde außerordentlich belastet. Deshalb sind die Bescheinigungen jetzt aufgegeben worden.

330. Die Liberalisierung des Straßengüterverkehrs kann und sollte weitergehen. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat Vorschläge für eine Entregulierung unterbreitet. Qualifikationsprüfungen und Lizenzvergabe ohne Kontingente sollen bestehen bleiben; auch hinsichtlich der Freigabe der Preise hält sich die Kommission zurück. Die Vorschläge werden dennoch als Grundlage für eine Vereinheitlichung der Regelungen im Straßengüterverkehr angesehen. Der raschen Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes ist mit dem Untätigkeitsurteil des Europäischen Gerichtshofes vom April 1985 besonderer Nachdruck verliehen worden.

Harmonisierungsbestrebungen, die auf eine weitgehende Liberalisierung des Straßengüterverkehrs bei Preisen, Kapazitätsentscheidungen und Marktzutritt zielen, setzen eine Harmonisierung der Belastungen mit Mineralölsteuer und mit Kraftfahrzeugsteuer sowie des zulässigen Gesamtgewichts und der Fahrzeuglänge nicht voraus. Die dadurch hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen belaufen sich nach Schätzungen insgesamt auf etwa 20 vH des bestehenden Preisgefälles zwischen der Bundesrepublik und einigen europäischen Nachbarländern. Müssen für eine Übergangszeit die nationalen Vorschriften beim Verkehr im jeweiligen Land berücksichtigt werden, das heißt, können in der Bundesrepublik nur Lastkraftwagen, die den deutschen Normen entsprechen, eingesetzt werden, so sind die Nachteile der heimischen Fuhrunternehmen im Inland und im grenzüberschreitenden Verkehr gemildert.

331. Zu ruinösem Wettbewerb könnte es bei einer Deregulierung nur kommen, wenn — wie in den bisher bekanntgewordenen Entregulierungsabsichten der Kommission — zunächst hohe Mindestpreise erhalten blieben und lediglich der Ausbau der Kapazitäten und der Marktzutritt liberalisiert würden. Dann wären Überkapazitäten die Folge, deren Bereinigung, wenn schließlich auch die Preise freigegeben würden, zu sogenannter ruinöser Konkurrenz führen könnte. Dies ist ein denkbarer Fall. Im Straßengüterverkehr ist heute jedoch keine Tendenz zu Überkapazitäten und ruinöser Konkurrenz erkennbar. Erfahrungen mit Liberalisierung in Großbritannien und in Schweden belegen, daß diese Befürchtungen unbegründet sind. In beiden Ländern wurden bei freier Preisbildung straffe Kontigentierungen durch Befähigungsnachweise ersetzt. Auch das Beispiel der Vereinigten Staaten spricht gegen diese Gefahr, doch ist die Spanne seit dem zweiten Schritt der Deregulierung 1984 zu kurz, um gesicherte Aussagen zu ermöglichen. Schließlich spricht auch die Erfahrung beim Güternahverkehr in der Bundesrepublik, wo bei freier Wahl der Kapazitäten innerhalb der durch den Tarif vorgegebenen Marge von 30 vH die Preise frei vereinbart werden können, dagegen, daß die Bedingungen für das Entstehen ruinöser Konkurrenz vorliegen. Die am Markt vereinbarten Preise liegen in der Regel über dem Mindesttarif und zeigen im Zeitablauf keine fallende Tendenz.

332. Als wichtiges Argument für die Aufrechterhaltung der Regulierung im Straßengüterverkehr war und ist in der politischen Diskussion immer der Schutz der Bahn angeführt worden. Ihr Schutz in der Weltwirtschaftskrise war der eigentliche Anlaß der Regulierung des Gütertransports auf der Straße im Jahre 1931. An der Unterlegenheit der Bundesbahn beim Versand mancher Güter, insbesondere bei Stückgütern, die in kleinen Chargen transportiert werden, hat die Regulierung aber nichts ändern können. Die Bundesbahn verfolgt deshalb seit einigen Jahren das Ziel, ihre Vorteile beim Versand von Massengütern auszubauen und mögliche partielle Vorteile beim Stückgutverkehr konsequent zu nutzen. Das Intercargo-Angebot der Bundesbahn ist ein Beispiel dafür. In neun Regionalnetzen werden Waggons, die jeweils für einen Abnehmer oder einen Spediteur bestimmt sind, im Mittelpunkt eines jeden Netzes zu Zügen zusammengefaßt, die über Nacht zwischen den Kernpunkten der Regionalnetze verkehren und dort wieder in die einzelnen Netzstränge verteilt werden. Damit können die Kosten je Waggon gegenüber dem üblichen Ort-zu-Ort-Verkehr gesenkt und der Versand beschleunigt werden. Der Anteil des Intercargo-Verkehrs am gesamten Güterverkehr der Bundesbahn wird nach deren eigener Einschätzung 1985, dem zweiten Jahr seit der Einführung Anfang 1984, auf etwa 7 vH steigen. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß sich das Intercargo-Angebot vom nächsten Jahr an selbst trägt und der Anteil am gesamten Transportvolumen weiter steigt. Die neue Politik der Bahn erleichtert es, bei der Liberalisierung des Straßengüterverkehrs schneller voranzukommen.

333. Bei einer Neuregulierung des Straßengüterverkehrs ist außer der Bahn auch die Binnenschiffahrt zu berücksichtigen. Dieser Bereich wäre in gleicher Weise wie der Straßengüterverkehr und parallel zu diesem zu entregulieren. Die Wirkungen der Entregulierung auf die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Anbieter sind wie beim Straßengüterverkehr, doch können die Verlader zum Beispiel in der Rheinschiffahrt, in der Schiffahrt auf Nebenflüssen und im Kanalnetz bis zur Linie Dortmund/Hamm auf ausländische Schiffsspediteure ausweichen. Am Oberrhein beispielsweise wird deutscher Kies in Frankreich verladen, um rheinabwärts versandt zu werden, da die französischen Frachtkähne den Transport für etwa ein Drittel des Tarifs der deutschen ausführen. Ein Abbau der Kapazitäten der deutschen Binnenschiffahrt in den letzten Jahren war die Folge. Der Weg zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kann nur in einer Angleichung an liberalere Regelungen in den europäischen Nachbarländern gesucht werden.

334. Rücksichtnahme auf die Bahn und die Notwendigkeit, die Binnenschiffahrt einzubeziehen, können nichts am Endziel der Liberalisierung ändern, wohl aber das Vorgehen prägen. Eine schrittweise Liberalisierung erleichtert die Anpassung, auch bei der Bahn. Sie könnte in jährlichen Erweiterungen der Tarifmarge bestehen und von einer Erweiterung der Kontingente begleitet sein. Die in anderen Entregulierungsplänen vorgesehenen Zwischenschritte einer Umstrukturierung des bestehenden Tarifgefüges drohen den Neuordnungsprozeß zu verlängern und bergen die Gefahr in sich, daß die Reformbemühungen schließlich versanden. Die in den sechziger Jahren unternommenen, am Ende erfolglosen Bemühungen, die „kleine Verkehrsordnungsreform" weiterzuführen, belegen dies.

335. Der Sachverständigenrat verspricht sich von einer Neuregulierung ein leistungsfähigeres und preisgünstigeres Transportangebot. Mit der günstigeren Transportleistung erhalten die verladenden Unternehmen ihrerseits Preissenkungsspielräume, oder es entstehen Überschüsse, die zur Investition in Sachanlagen und zur Beschäftigung weiterer Arbeitskräfte verwandt werden können. Die mit der Deregulierung sinkenden Transporttarife würden dem Werkverkehr beträchtliche Konkurrenz machen. Es würde sich für die produzierende Wirtschaft vielfach lohnen, auf den eigenen Werkverkehr zu verzichten und die preiswerten Verkehrsleistungen des Transportgewerbes nachzufragen, selbst wenn der Werkverkehr fremde Rückfracht, wie es unter dem Gesichtspunkt der Entregulierung zu fordern ist, aufnehmen darf. Darauf deuten die Erfahrungen in Großbritannien hin.

336. Im Verkehrsgewerbe selbst würde durch eine solche Verlagerung die Zahl der Unternehmen wieder steigen, der zu beobachtenden Konzentrationstendenz würde somit entgegengewirkt. Durch eine Entregulierung, die einen kontinuierlichen Aufbau der Fuhrkapazitäten zuläßt, werden auch für kleinere Unternehmen, die im Gegensatz zu den Gro-

ßen der Branche nicht durch Unternehmenskauf wachsen können, die Chancen zur Expansion verbessert. Auch das spricht gegen einen Fortgang der Konzentration. Die mit einer Deregulierung regelmäßig einsetzende Differenzierung des Angebots bietet kleineren Anbietern gegenüber der augenblicklichen Situation außerdem verstärkt die Chance, sich beispielsweise auf Spezialtransporte zu konzentrieren oder — wenn die Arbeitsteilung weiter fortschreitet — Frachtführer für Logistikanbieter zu werden.

Marktöffnung bei der Telekommunikation

337. Im Bereich der elektronischen Übertragung von Sprache, Daten und Bildern (Telekommunikation) konnte die Bundespost lange ihr Fernmeldemonopol durch extensive Auslegung bestehender Vorschriften im Kontakt mit der technischen Entwicklung halten. In jüngerer Zeit ist sie immer weniger in der Lage, die Vielfalt der technischen Möglichkeiten in ein marktgängiges Angebot umzusetzen. Die Anforderungen sind beträchtlich gestiegen: Neue Leitungsnetze müssen verlegt werden — Netze, welche die bisher bestehenden Spezialnetze für Telefon, Telegraphie, Datenübertragung und Bildübertragung unter Ausnutzung der Vorteile der Digitalisierung technisch integrieren können. Die Digitalisierung, auf der auch die automatische Datenverarbeitung aufbaut, hat die Endgeräte revolutioniert. Diese Geräte stellen heute Kombinationen aus Schreibmaschine, Telefon und Computer dar und machen es außerdem möglich, neue Dienstleistungen für die Benutzer des ganzen Telekommunikationsnetzes bereitzustellen.

Ein Beispiel sind die sogenannten elektronischen Briefkästen. Jeder Teilnehmer kann eine Art Schließfach betreiben, das er allein mit einem jederzeit variierbaren elektronischen Schlüssel entleeren kann und in das alle anderen Teilnehmer Nachrichten einspeichern können. Sie brauchen dazu einen Computer, von dem aus Briefe über das Telefon- und das Datenübertragungsnetz zum elektronischen Briefkasten gesandt werden. Ein Programm im Computer des Briefkastenbesitzers entschlüsselt die eingespeicherte Information und gestattet es, den elektronischen Brief auszudrucken. Dieser Dienst konkurriert derzeit mit dem traditionellen Telexverkehr der Bundespost und zunehmend mit dem Briefverkehr.

Weil die Bundespost noch zu viel selbst machen will, schreitet sie am Markt nur langsam voran. Sie läßt private Anbieter nicht zum Zuge kommen. In der Direktrufverordnung wird es den eine Datenverarbeitungsanlage im Kundenverkehr betreibenden Unternehmen untersagt, von einem Netzteilnehmer eingegangene Nachrichten an einen anderen Netzteilnehmer weiterzusenden. Ebensowenig dürfen Computer installiert werden, die den Nachrichtenaustausch unter den Kunden des Betreibers ermöglichen. So verhindert die Direktrufverordnung, daß eine rasch wachsende Palette von Netzzusatzdiensten, die von der Verbesserung der Übertragungsqualität bis zur Übermittlung von Herztönen zur Ferndiagnose nicht transportfähiger Patienten reichen kann, zügig erschlossen wird. Die Post verlangsamt mit dieser Haltung nicht nur die Entwicklung und Verbreitung neuer Dienste, sondern unterdrückt beim Netz und bei den Endgeräten Entwicklung und Erprobung von Alternativen am Markt.

338. Nicht nur in der Bundesrepublik hat der staatliche Alleinanbieter der Telekommunikation große Mühe, der rasch wachsenden Vielfalt der Nutzungsmöglichkeiten gerecht zu werden. In anderen Ländern sind angesichts der Tatsache, daß die Telekommunikation die Grundlage für die Entwicklung der Informationstechnologie ist, die wiederum direkt und indirekt die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes mitbestimmt, schon die Konsequenzen gezogen worden. Der Bereich der Telekommunikation wurde und wird liberalisiert, private Unternehmen werden an den Chancen und Risiken der Suche nach dem tatsächlichen Bedarf an Kommunikationsleistungen beteiligt. Erfahrungen über durchgreifende Neuregulierungen liegen für Großbritannien und für die Vereinigten Staaten vor.

339. Großbritannien hat den Bereich der Telekommunikation aus dem British Post Office herausgenommen, als British Telecom (BT) verselbständigt und mittlerweile zur Hälfte privatisiert. Der Telecommunications Act von 1981 sah neben einem Monopol für den Hauptanschluß durch BT die Lizenzierung von weiteren Netzträgern und von Netzdiensten sowie eine Liberalisierung bei Endgeräten vor. Dadurch sollte das vergleichsweise veraltete britische Telefonsystem auf internationalen Standard gebracht werden.

Das erste Gerät einer Anschlußstelle muß von BT bezogen werden, die auch als einziges Unternehmen die Geräte warten darf. Im übrigen ist der Endgerätemarkt frei, die Zulassung obliegt einer unabhängigen Stelle. British Telecom selbst ist neu in den Markt für Nebenstellenanlagen eingetreten und hatte ein Jahr nach dem Marktzutritt im Jahre 1982 bereits die Hälfte des Marktes gewonnen, was durch ihr Wartungsmonopol für Nebenstellenanlagen begünstigt worden ist.

Bei Netzzusatzdiensten, Leistungen also, die über die reine Vermittlungstätigkeit hinausgehen, hat der freie Marktzutritt seit 1981 ein neues Angebot von mehr als 700 Diensten hervorgerufen. Beispielsweise gibt es heute spezialisierte Dienste zur Bestellung und Bezahlung von Waren, zur Anrufbeantwortung, für Platzreservierungen und anderes mehr.

Bei den Netzträgern wurde 1982 mit Mercury ein neuer Konkurrent für Fernübertragungen zugelassen. Die Netzträger werden von einer neu geschaffenen Behörde, dem Office of Telecommunications, überwacht. Nach der Ankündigung der Lizenz sind die Preise für Ferntelefonate um durchschnittlich 15 vH gesenkt worden. Die Warteliste für Neuanschlüsse ist von etwa 260 000 im Jahre 1980 auf einen unbedeutenden Rest zurückgegangen. Bei

Funktelefonen haben BT und ein in diesem Bereich zugelassener Konkurrent in nicht einmal zwei Jahren das dafür notwendige Zellenfunksystem für London errichtet, so daß Anfang 1985 der Betrieb in diesem rasch wachsenden Markt aufgenommen werden konnte.

Die britischen Erfahrungen zeigen — auch wenn der kurze Beobachtungszeitraum keine endgültige Beurteilung zuläßt —, wie sehr selbst wirtschaftlich wenig bedeutende Wettbewerber wie Mercury die Verbreitung von Neuerungen beschleunigen können. Dazu hat die Privatisierung beigetragen.

340. In den Vereinigten Staaten fand während der vergangenen 25 Jahre im zwischenstaatlichen Telekommunikationsverkehr eine umfassende Deregulierung statt, in deren Verlauf Zutrittsschranken sowohl im Netzbereich als auch bei den Endgeräten sehr weitgehend beseitigt worden sind.

Die schrittweise Einführung von Wettbewerb im Netzbereich durch die Regulierungsbehörde Federal Communications Commission (FCC) beschränkte sich bis Ende der siebziger Jahre auf einen relativ kleinen Teilbereich, die Standleitungen. Sie wurden traditionell von Unternehmen mit hohem Kommunikationsbedarf benutzt. Durch die Liberalisierung in diesem Bereich wurden diesen Kunden neue Dienstleistungen zugänglich gemacht, die bis dahin vom dominierenden Netzträgerunternehmen American Telephone & Telegraph Co (AT&T) nicht angeboten worden waren. Verschiedene Marktneulinge hatten Programme entwickelt, mit denen die Übertragung beschleunigt und die Übertragungsfehler verringert werden konnten. Insbesondere Banken, Versicherungen, Reisebüros und Kliniken machten hiervon rasch Gebrauch. Der Wettbewerb bei Standleitungen sorgte aber nicht nur für eine Erweiterung des Spektrums an Zusatzdiensten, sondern auch für tendenziell sinkende Tarife für Standleitungen.

Das öffentliche Wählnetz, bis 1980 im Monopol von AT&T, wurde dem Wettbewerb geöffnet. Aufgrund der technischen Entwicklung, insbesondere im Bereich der mikroprozessorgesteuerten Nebenstellenanlagen, war eine Abgrenzung zwischen Wählnetz und Standleitung nicht mehr für sinnvoll gehalten worden. Fernleitungsgesellschaften und Anbieter von Standleitungen wurden mit dieser Entscheidung gleichgestellt. Seither sind die Tarife im zwischenstaatlichen Wählverkehr stark gefallen. Dies hatte zur Folge, daß die Subventionierung der Ortsnetze durch den zwischenstaatlichen Wählverkehr nicht aufrechtzuerhalten war und die Ortstarife verteuert werden mußten.

Im Endgerätebereich ist mit der Carterfone-Entscheidung im Jahre 1968 das Endgerätemonopol der Netzträger gebrochen worden. Davor erlaubten die Tarifregeln von AT&T und anderen Netzgesellschaften den Anschluß von Telefongeräten an das Netz nur, wenn diese Geräte von den jeweiligen Netzträgern geliefert und von deren vertikal integrierten Geräteherstellern auch produziert wurden. Unabhängigen Geräteherstellern war der Marktzugang damit weitgehend versperrt. Zwischen der Carterfone-Entscheidung und dem Registrierungsprogramm der FCC, das die endgültige Liberalisierung in diesem Bereich vollzogen hat, verging etwa ein Jahrzehnt. In der Zwischenzeit war den Telekommunikationskunden zwar auch freigestellt, bei wem sie ihre Endgeräte beschaffen wollten, doch mußten Netzschutzgeräte der Netzträger dazwischengeschaltet werden, was den Marktzutritt ebenfalls erschwert hat.

Zahlreiche Unternehmen aus dem In- und Ausland sind seit der Carterfone-Entscheidung in den neuen Markt eingetreten. Folge dieses neuen Wettbewerbs ist die abnehmende Bedeutung der vormals dominierenden AT&T-Endgerätegesellschaft Western Electric, deren Marktanteil sich trotz zahlreicher Geräteverbesserungen und Innovationen von etwa 80 vH im Jahre 1970 bis heute halbiert hat.

341. Außer in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien sind nunmehr auch in anderen Ländern Maßnahmen zur Deregulierung der Telekommunikation in die Wege geleitet worden. In Japan wurde in diesem Jahr damit begonnen, Netze, Netzzusatzdienste und Endgeräte für den Wettbewerb zu öffnen. In den Niederlanden und in der Schweiz geht man in vorsichtigen Schritten auf die Liberalisierung des Endgerätebereichs zu.

342. Auch in der Bundesrepublik steht jetzt die Regulierung im Bereich der Telekommunikation zur Diskussion. Bei der Einführung schnurloser Telefone war beabsichtigt, der Bundespost ein ausschließliches Vertriebsrecht zu gewähren. Dagegen hat die EG-Kommission Bedenken wegen Nichtvereinbarkeit mit dem EG-Vertrag vorgebracht. Dies hat zu einer entsprechenden Änderung der Verordnung geführt, die nunmehr auch für private Anbieter einen direkten Kundenzugang vorsieht.

343. Eine „Regierungskommission für das Fernmeldewesen" untersucht derzeit vor allem die Möglichkeiten, den Endgerätebereich „weitgehend liberal zu gestalten". Bisher ist das Angebot an Endgeräten großenteils dem Wettbewerb entzogen, wenn auch nicht so weitgehend wie in den Vereinigten Staaten vor der Carterfone-Entscheidung oder wie in anderen Ländern.

Die Bundespost hat keine eigene Geräteherstellung. Sie beauftragt private Hersteller. Der Produktwettbewerb wird dabei über Kompatibilitätserfordernisse und Sicherheitsanforderungen zur Vermeidung von Netzstörungen hinaus durch unterschiedlich eng definierte Standards der sogenannten Einheitstechnik beschränkt. Geräte müssen danach nicht nur die gleichen Funktionen erfüllen. Es kann auch sein, daß eine einheitliche Technik im Gerät verwendet werden muß oder daß sogar die Geräte überhaupt identisch sein müssen. Die Bundespost, vertreten durch das Zentralamt für Zulassungen im Fernmeldewesen in Saarbrücken, übernimmt es damit, selbst die Anwenderwünsche zu formulieren. Mit ihrem technischen Wissen und ihren Erfahrungen bei der Gerätewartung beansprucht sie die Rolle eines aufgeklärten Kunden. Dieses Verhalten begünstigt stärker die ingenieur-

technische Leistung als eine Orientierung am Kundenwunsch. Man muß indessen anerkennen, daß dies den guten technischen Ruf des deutschen Fernmeldewesens mit begründet hat.

Direkter Kundenkontakt und Wettbewerb mit möglichst bedarfsgerechten Geräten um die Gunst des Endverbrauchers ist den herstellenden Unternehmen häufig nicht gestattet. Bei Erstgeräten am Hauptanschluß und bei Zusatzeinrichtungen für die Übertragungen von Daten (Modems) hat sich die Bundespost den Alleinvertrieb der nach Einheitstechnik gebauten Geräte vorbehalten, der zu Einheitspreisen erfolgt und die liefernden Unternehmen nicht zum Wettbewerb mit Preis und Qualität zwingt. Fernschreiber werden von der Bundespost lediglich gewartet, doch darf jeder der beiden zugelassenen Hersteller nur jeweils ein Gerät am Markt haben.

Bei privaten Nebenstellenanlagen, schnurlosen Telefonen und Fernkopierern ist die Bundespost Mitanbieter. Von der Wartung sind Unternehmen häufig ausgeschlossen, so daß auch diese Informationsquelle über Kundenwünsche nur in seltenen Fällen genutzt werden kann und eine direkte Marktorientierung nicht möglich ist.

Als Anbieter von Wartungsleistungen genießt die Bundespost Wettbewerbsvorteile, da sie die Funktionstüchtigkeit der Geräte vom Netz aus kontrollieren und im Zweifelsfall auch Reparaturen an Gerät und Netzanschluß vornehmen kann. Beschränkungen der Typenvielfalt durch Einheitstechnik stützen diesen Vorteil.

344. Von der Netzträgerschaft und von den Netzzusatzdiensten sind private Unternehmen bei der heute praktizierten Politik der Bundespost nahezu ausgeschlossen. Nachrichtenvermittlung — darunter lassen sich bei weiter Auslegung alle Netzzusatzdienste erfassen — ist nur innerhalb eines einzelnen Unternehmens möglich, nicht jedoch zwischen verschiedenen Unternehmen.

Netze können zwar nach § 2 Fernmeldeanlagengesetz auch von anderen Unternehmen als der Bundespost errichtet und betrieben werden; die Genehmigung erteilt de facto aber die Bundespost selbst. Auch hier führt die Verbindung zwischen Unternehmen und Exekutive dazu, daß das Gesetz tatsächlich restriktiver gehandhabt wird, als es vom Gesetzestext her notwendig wäre.

345. Eine Neuregulierung im Bereich der Telekommunikation kann zum einen zusätzlichen Netzbetreibern den Weg ebnen. Zum anderen können nur Dienste, Endgeräte und Wartung liberalisiert werden, während die Bundespost Alleinanbieter des Netzes bleibt.

346. Der Sachverständigenrat hat früher bereits die Empfehlungen der Monopolkommission, privaten Nutzern den Zugang zu den Kommunikationsnetzen mittels Zulassung von Parallelnetzen zu erleichtern, unterstützt (JG 81 Ziffer 432). Inzwischen hat sich die Technik der Übermittlung weiter entwickelt. Bei deren Umsetzung stößt die Bundespost an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, so daß eine weitergehende Marktöffnung unausweichlich ist. Breitbandkommunikationsnetze müssen verlegt werden, ergänzend dazu können Netze für schnelle Datenübertragungen notwendig werden. Die Nutzung des Zellenfunktelefons — ein in anderen Ländern schon rasch wachsender Markt — sollte vorangebracht werden. Die erforderliche Netzausweitung ließe sich schneller durch private Netzgesellschaften erschließen. Die Zulassung von Mitanbietern scheint um so mehr geboten, als die Bundespost bei der Verlegung von Koaxialkabeln für Kabelfernsehen in größerem Umfang Mittel gebunden hat.

Die Zulassung von Wettbewerb im Netz legt eine Trennung der Bundespost als Unternehmen vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen nahe. Zweckmäßig erscheint auch die Verselbständigung des Zentralamtes für Zulassungen im Fernmeldewesen und des Fernmeldetechnischen Zentralamtes, das heute für die technischen Standards bei der Beschaffung für den posteigenen Bedarf zuständig ist. Die Beteiligung der Netzgesellschaften wie der Hersteller von Telekommunikationsanlagen an der Suche nach den zweckmäßigen Standards und Normen wäre wünschenswert. Dabei wäre auf internationale Abstimmung großer Wert zu legen. Die darauf zielenden Bestrebungen fänden auch durch den verstärkten Marktzutritt ausländischer Endgeräteanbieter Unterstützung.

347. Bei einer Zulassung weiterer Netzgesellschaften wäre es auch zweckmäßig, den Fernmeldebereich der Bundespost von der gelben Post zu trennen. Damit würde die Entwicklung der Postämter zu öffentlichen Kommunikationszentren nicht behindert. Im Gegenteil, die Postämter sollten die gelbe Post gerade um solche Dienstleistungen der Telekommunikation erweitern, für die sie besondere Vorteile besitzen. Allerdings sollte auch anderen Dienstleistungsunternehmen mit Publikumsverkehr der Markt für solche Telekommunikationsleistungen offenstehen.

348. Die Öffnung der Märkte für Endgeräte und Netzzusatzdienste kann auch unternommen werden, ohne daß zusätzliche Netzbetreiber zugelassen werden. Außer Frage steht es dabei, daß die Bundespost als Mitbewerber bei Dienstleistungen und in der Gerätewartung auftreten kann. Beide Leistungen können zusammen mit dem Netzbetrieb kostengünstiger erbracht werden, als wenn sie unabhängig voneinander angeboten werden. Mietleitungen für Dienste können zunächst zu einem Preis abgegeben werden, der den Kostenvorteil durch die größere Nutzungsintensität dieser Mietleitungen berücksichtigt.

Strittig ist die Teilnahme der Post beim Vertrieb von Endgeräten. Für eine Beteiligung spricht insbesondere, daß es keine klare Trennung zwischen Netz und Endgeräten gibt und künftig wohl verstärkt komplexe Problemlösungen für Endgeräte und dazugehörige Netzzusatzdienste angeboten werden. An deren Einführung hat die Bundespost als Netzbetreiber wegen der dann höheren Gebüh-

reneinnahmen ein besonderes Interesse. Wenn die Bundespost als Mitanbieter bei Netzdiensten zugelassen ist, wäre es unzweckmäßig, sie bei Endgeräten auszuschließen. Außerdem wird angeführt, daß die Post als Netzbetreiber Informationen benötigt, die sie am besten durch eigene Beteiligung am Endgerätemarkt erhalten kann. Schließlich sei es auch im Interesse vieler Kunden, Übertragungsleistung, Endgeräte und Wartung aus einer Hand zu erhalten. Gegen eine Beteiligung der Post spricht vor allem, daß sie, solange sie Alleinanbieter im Netz bleibt, durch den Ertrag aus dem Monopolbereich über Mittel zur Preisstrategie verfügt, die sie gegen die Mitbewerber am Endgerätemarkt einsetzen könnte.

349. Die Deregulierung der Telekommunikation soll mehr Wettbewerb im Netz, bei den Endgeräten und unter den Dienstleistungen einer neuen Telekommunikation bringen. Die Reorganisation des Postwesens, auch seiner Zentralämter, die sicher viel Zeit erfordert, erscheint hierbei unumgänglich. Folgenden Gesichtspunkten sollte die in Angriff zu nehmende Deregulierung der Telekommunikation Rechnung tragen:

— Im Endgerätebereich gilt es, eine strikte Liberalisierung zu erreichen, die auch ausländischen Herstellern eine Wettbewerbschance einräumt. Ein faktisches Kartell von zugelassenen Endgeräteherstellern darf es nicht weiter geben.

— Eine Internationalisierung der Herstellerangebote ist auch deswegen erforderlich, weil sie hilft, über eine damit dringlicher werdende Vereinheitlichung der Normen ein europa- und weltweit benutzbares Netz der Telekommunikation zu schaffen. Zur Effizienz eines Kommunikationssystems gehört eine möglichst große Verbreitung und eine hohe Teilnahmefrequenz.

— Die Entfernungsstaffel der Gebühren ist zur Zeit nicht kostengerecht. Die Kosten sind mehr von der Nutzungsintensität als von der Entfernung abhängig, die Tarife wären entsprechend anzupassen. Die Zulassung von Netzzusatzdiensten wird dadurch erleichtert. Die derzeitige Benachteiligung der Ferngespräche gegenüber den Ortsgesprächen ist wirtschaftlich nicht gerechtfertigt und steht der eigentlichen Absicht der Telekommunikation im Wege: Geographisch weit entfernte wirtschaftliche Aktivitäten durch die Informationsstränge einander anzunähern, um so die Wettbewerbsgrenzen der Märkte räumlich auszuweiten.

II. Stahlpolitik: Kein Schritt voran

350. Am 30. Oktober 1985 hat der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften neue Beschlüsse zur Stahlpolitik gefaßt. Sie schließen an frühere Entscheidungen an, die zur Überwindung der Strukturkrise des europäischen Stahlmarktes getroffen worden waren. Die Würdigung der neuen Beschlüsse ist deshalb ohne Rückblick auf die alten nicht möglich.

351. Seit gut einem Jahrzehnt befindet sich die Stahlindustrie im strukturellen Umbruch. Es galt, hohe Überkapazitäten abzubauen und neue kostensenkende Technologien einzuführen. Diesen Prozeß wollte man nicht den Marktkräften überlassen. Wegen der hohen Kapitalintensität der Stahlindustrie und wegen des dadurch bedingten hohen Fixkostenanteils befürchtete man einen ruinösen Wettbewerb; einige Länder sahen eine Gefährdung ihrer nationalen Stahlindustrie. Deshalb sollte die Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine Übergangszeit den Anpassungsprozeß koordinieren. Die Maßnahmen, die dazu ergriffen wurden, bestanden aus einem Bündel mehr oder weniger aufeinander abgestimmter Eingriffe: Produktionsquoten, Außenprotektion, Subventionen. Produktionsbeschränkungen für Stahlerzeugnisse sollten den Wettbewerb der europäischen Produzenten über eine Ausweitung der Mengen verhindern und den Fortbestand der Stahlunternehmen in den einzelnen Ländern sichern. Abmachungen mit Drittländern sollten vereiteln, daß die Quotenregelungen aufgrund steigender Importe ihren Sinn verlieren. Stahlimporte aus solchen Ländern, die nicht zu vertraglichen Regelungen bereit sein würden, sollten durch hohe Zölle ferngehalten werden. Subventionen sollten vor allem die Modernisierung der langfristig rentablen Anlagen und den Abbau unrentabler Anlagen beschleunigen, um rasch ein angemessenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen, bei dem die nationalen Interessen gewahrt blieben.

352. Eine Politik, die durch Produktionsquoten, Außenprotektion und Subventionen den Anpassungsprozeß voranbringen will, ist bereits in ihrem Ansatz verfehlt. Darauf hat der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1983 ausdrücklich hingewiesen (JG 83 Ziffern 515 ff.). Sie verlängert die Krise mit der Folge, daß der Beistand weiter aufgestockt werden muß.

— Eine starre Gestaltung des Quotensystems erschwert einen sinnvollen Kapazitätsabbau. Sie verhindert, daß effiziente Unternehmen mit Standortvorteilen ihren Marktanteil erhöhen können und ermöglicht es Produzenten mit hohen Kosten und an falschen Standorten zu überleben. Da sich insbesondere Standortnachteile nicht durch Modernisierung der Produktionsanlagen dauerhaft beseitigen lassen, weil diese Möglichkeit auch den Konkurrenten offensteht, werden mit einem starren Quotensystem im Wettbewerb entstandene Vorteile und Nachteile mehr oder weniger festgeschrieben. Dies erschwert eine Liberalisierung des Stahlmarktes, insbesondere die Aufgabe des Quotensystems. Unternehmen, die mit hohen Kosten produzieren, und Regierungen widersetzen sich dem. Ein Quotenhandel, der die Starrheiten des Quotensystems hätte mildern können, kam nicht zum Zuge (JG 83 Ziffern 531 f.). Unsere Befürchtung hat sich bestätigt, daß es den nationalen Regierungen letztlich um die Festschreibung der bestehenden Struktur im Hinblick auf Produktion, Unternehmen und Standorte geht, also um die Wahrung der Besitzstände.

— Mit einem Quotensystem ist ein weiterer Nachteil verbunden. Die Quotenbemessung ist eine politische Entscheidung. Regierungen werden einer Regelung widerstreben, die einen schnellen und zugleich großen Kapazitätsabbau erzwingt; Warmbreitbandstraßen zu schließen, würde die Aufgabe einzelner Produktionsstandorte bedeuten. Dagegen bestehen erhebliche Widerstände in den betroffenen Regionen. Die Quoten werden deshalb meistens hoch angesetzt, um auch den gefährdeten Unternehmen eine hinreichende Produktion zu garantieren. Daraus folgt, daß der Abbau von Überkapazitäten zu langsam und auch nicht in ausreichendem Maße vorankommt.

— Subventionen lassen gleich aus mehreren Gründen erwarten, daß der Anpassungsprozeß fehlgesteuert wird und daß früher oder später neue Subventionsforderungen angemeldet werden. Subventionen zur Modernisierung fließen vornehmlich an Unternehmen mit hohen Verlusten, und diese beruhen vielfach auf Standortnachteilen. Der erste Beihilfekodex von 1980 sah beispielsweise die Zulässigkeit von Subventionen für Investitionen in strukturschwachen Regionen ausdrücklich vor. Standortnachteile, zu denen insbesondere hohe Transportkosten, aber auch hohe Lohnkosten und Energiekosten in einer Region gehören, lassen sich durch eine Modernisierung der Anlagen kaum ausgleichen, es sei denn, man hinderte die kostengünstig produzierenden Konkurrenten daran, Gleiches zu tun. Überdies wird der Kapazitätsabbau erschwert. Bei modernisierten Anlagen läßt sich eine Stillegung schwer rechtfertigen, schwerer jedenfalls als bei veralteten. Deshalb wird es später schwierig sein, ohne Quotenregelungen und Subventionszahlungen auszukommen. Damit ist die Beibehaltung des heutigen Systems vorprogrammiert. Subventionen, die leicht zu erhalten sind und nicht strikt an einen Kapazitätsabbau gebunden sind, erzeugen außerdem bei den Begünstigten Subventionsmentalität. Ihre Anstrengungen werden nicht notwendig auf die Verbesserung der eigenen Marktchancen, sondern auf die Erzielung weiterer Subventionen gerichtet. Auch dies führt zu Verzögerungen im Anpassungsprozeß. Eine Konsequenz von Subventionen kann schließlich sein, daß sie anderen Ländern Anlaß zu Vergeltungsaktionen, etwa zu Importbeschränkungen, geben. Durch den Verlust von Exportmärkten entstehen neue Überkapazitäten.

— Produktionsquoten und Subventionen verfehlen ihren Zweck, wenn sie nicht von Außenprotektion begleitet werden. Alles dies führt zu höheren Stahlpreisen. Hieran sind die Stahlerzeuger interessiert; sie werden deshalb schwerlich auf eine Beendigung der „Übergangszeit" für die Anpassung drängen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Preise so hoch festgesetzt sind, daß sie auch den Herstellern mit vergleichsweise ungünstigen Kostenverhältnissen Überlebenschancen bieten, was zugleich heißt, daß sie andere Hersteller in die Lage versetzen, höhere Gewinne zu erzielen. Für die Grenzproduzenten (und nicht weniger für die Regierungen der Regionen, in denen die Betriebsstätten liegen) ist es geradezu ein existentielles Problem, den Zeitpunkt, der für eine Verringerung der Außenprotektion und eine Lockerung der Quotenregelung ins Auge gefaßt wird, hinauszuschieben.

353. Tatsächlich zeigte sich schon vor den Beschlüssen des Ministerrates Ende 1985, daß die Strukturkrise in der Stahlindustrie einer befriedigenden Lösung nicht nähergekommen war:

— Die Kapazitäten sind nach wie vor zu groß. Zwar wurde die vorgesehene Verringerung von rund 27 Mio Tonnen Warmwalzkapazität erreicht, und es sind sogar 2 Mio Tonnen darüber hinaus abgebaut worden. Doch werden inzwischen die längerfristigen Absatzchancen aufgrund der strukturellen Veränderungen auf dem Weltstahlmarkt zurückhaltender als bisher eingeschätzt. Auch die Kommission hat ihre Prognosen nach unten korrigiert. Die von ihr angepeilte 80prozentige Auslastung der Kapazitäten läßt sich vermutlich nur bei einer weit kräftigeren Verringerung der Kapazitäten, als es geplant ist, erreichen. Darüber darf auch nicht die augenblicklich wieder etwas günstigere Absatzlage hinwegtäuschen. Mit der konjunkturellen Belebung ist zwar der Stahlverbrauch in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft gewachsen. Die Rohstahlerzeugung wird 1985 reichlich 120 Mio Tonnen betragen und damit etwa 10 vH über ihrem Tiefststand von 1983 liegen. Die derzeitige Rohstahlkapazität dürfte aber immer noch knapp 170 Mio Tonnen betragen. Es kommt hinzu, daß der Kapazitätsabbau alle Unternehmen mehr oder weniger gleichmäßig betroffen hat, unabhängig von ihrer relativen Kostensituation. Teilweise sind modernere Anlagen verschrottet worden, während weniger moderne weiter produzieren, manche rentablen Anlagen sind weniger stark ausgelastet als solche, die mit hohen Verlusten betrieben werden. Das Problem unterschiedlicher Standortbedingungen bleibt also bestehen.

— Trotz riesiger Subventionssummen — allein die von 1980 bis 1985 genehmigten Subventionen belaufen sich auf rund 77 Mrd DM, von denen 10 Mrd DM auf die deutsche Stahlindustrie entfallen — ist die „Modernisierung" nicht abgeschlossen. In Wirklichkeit dienten viele Subventionen nur dem Ausgleich von Betriebsverlusten; sie überstiegen deutlich den ursprünglich dafür genehmigten Rahmen. Die meisten Länder scheinen zu einer weiteren massiven Subventionierung bereit zu sein.

— Die Vereinigten Staaten begründen eigene Protektionsmaßnahmen mit der Subventionierung der europäischen Stahlindustrie. Sie sehen hierin eine Wettbewerbsverfälschung und haben ihre Stahleinfuhr aus Europa mittels eines „Selbstbeschränkungsabkommens" begrenzt.

Alles zusammengenommen ergibt, daß die gesamtwirtschaftlichen Kosten des gegenwärtigen Stahl-

krisenmanagements in Europa sehr hoch sind. Damit stellt sich die Frage, ob es noch verantwortet werden kann, weiterhin an einer Konzeption festzuhalten, die schon im Ansatz verfehlt ist und die daher scheitern muß.

354. Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften hat sich dafür entschieden, wesentliche Elemente des Stahlkrisenmanagements für weitere zwei Jahre (Erzeugungsquoten) oder für drei beziehungsweise fünf Jahre (Erzeugersubventionen) beizubehalten. Der europäische Stahlmarkt wird damit entgegen den früheren Beschlüssen zum 1. Januar 1986 nicht in eine marktwirtschaftliche Ordnung zurückgeführt, sondern weiter von der Kommission verwaltet werden. Im einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

— Das Produktionsquotensystem bleibt mindestens bis Ende 1987 bestehen. Ausgenommen davon sind fortan Betonstahl und beschichtete Bleche. Außerdem wird es möglich, die Quoten für die verschiedenen Walzstahlsorten innerhalb eines Unternehmens in bestimmten Grenzen gegeneinander aufzurechnen.

— Die Subventionen werden auf die Finanzierung von Vorhaben in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Umweltschutz begrenzt. Sie sind bis Ende 1990 befristet. Wenn Unternehmen die Stahlproduktion ganz einstellen, können die Stillegungskosten übernommen werden; außerdem dürfen bis zu 50 vH der Sozialplanaufwendungen vom Staat getragen werden. Hier ist eine Befristung bis Ende 1988 vorgesehen.

— Die Außenprotektion wird in der bisherigen Form zunächst bis Ende 1987 beibehalten; ob es danach zu einem Abbau kommt, werden Kommission und Ministerrat aufgrund der Marktlage entscheiden.

— Die Mindestpreise werden aufgehoben, die Orientierungspreise bleiben aber bestehen.

Die neue Übergangsperiode soll es der Stahlindustrie erlauben, die weiterhin notwendige Umstrukturierung in einem „geordneten Markt" fortzusetzen. Zugleich wird das Korsett aus Mengen- und Preisfixierung ein wenig gelockert, um die Unternehmen auf normale Marktbedingungen vorzubereiten.

355. Wir halten es für ausgeschlossen, daß nach Ablauf der neuerlichen Übergangsfrist Ende der achtziger Jahre die Probleme der europäischen Stahlindustrie gelöst sein werden. Mit dem Festhalten an den alten untauglichen Rezepten hat sich der Ministerrat selbst den Weg verbaut, einen erfolgversprechenden Weg aus der Krise zu finden.

— Es wird weiterhin subventioniert. Zwar dürfen keine neuen Modernisierungssubventionen mehr gewährt werden. Die erlaubten Subventionstatbestände, Forschung und Entwicklung sowie Umweltschutz, bieten jedoch ein weites Feld für verkappte Modernisierungshilfen. Die deutsche Stahlindustrie beziffert beispielsweise ihren Umweltschutzaufwand auf 10 vH der Erlöse. Außerdem muß aufgrund der früheren Erfahrung damit gerechnet werden, daß im Falle von Betriebsverlusten, bei denen eine Schließung von ganzen Unternehmen oder von Betriebsteilen droht, die nationalen Regierungen auch unter Umgehung der Beihilfevorschriften nachsubventionieren. Die Möglichkeiten zu einer verdeckten Verlustabdeckung, etwa über die Vergabe zinsverbilligter Beteiligungsdarlehen oder die Umwandlung von Schulden in Kapital, sind groß.

— Wie der weiterhin notwendige Kapazitätsabbau vorankommen soll und wie er vor allem sinnvoller gestaltet werden kann als bisher, ist ungeklärt. Die Kommission hat zuletzt die noch bestehende Überkapazität auf 20 Mio bis 25 Mio Tonnen veranschlagt.

— Das Quotensystem ist trotz der vorgesehenen Flexibilisierung noch zu starr.

— Der Preisdruck von außen wird weiter abgefangen. Zwar wird das Instrument der Mindestpreise abgeschafft, aber es läßt sich bei Bedarf rasch reaktivieren.

356. Die Bundesregierung hat die Entscheidung des Ministerrates mitgetragen. Es gilt jetzt eine Brücke zu schlagen zwischen ihrem Ja zu den Beschlüssen und ihrem Nein zu einer Fortsetzung der bisherigen Stahlmarktpolitik. Sie sollte mit allen verfügbaren Mitteln darauf hinwirken, daß der europäische Stahlmarkt nach Ablauf der neuen Übergangsfrist in den freien Wettbewerb überführt wird. Sie sollte auf einer strikten Einhaltung der Beschlüsse innerhalb dieser Frist bestehen, insbesondere dort, wo sie eine Lockerung der Krisenmaßnahmen vorsehen.

Gegenüber den Partnerländern müßte die Bundesregierung unmißverständlich klarmachen, daß sie einer nochmaligen Verlängerung des Stahlkrisenmanagements nicht zustimmen wird. Überdies sollte sie die Spielräume konsequent nutzen, die bei der augenblicklichen Beschlußlage bestehen. Dazu gehörte einmal das Drängen auf eine fortschreitende Lockerung der Krisenmaßnahmen in der Übergangsperiode. Der Beschluß gibt die Möglichkeit, ab 1987 weitere Produktgruppen aus dem Quotensystem herauszunehmen; ergänzend dazu wäre der Quotenhandel zu liberalisieren. Dazu gehört auch, daß an die Genehmigung der erlaubten staatlichen Beihilfen strenge Kriterien angelegt werden.

357. Die Bundesregierung kann ihre Position nach außen nur glaubhaft vertreten, wenn sie sich zugleich den Forderungen der heimischen Produzenten widersetzt. Das gilt auch für die „Ausgleichsforderungen" der deutschen Stahlindustrie. Zwar ist nicht zu bestreiten, daß die weniger stark subventionierten deutschen Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den ausländischen Konkurrenten beeinträchtigt werden. Genau zu beziffern ist dieser „Subventionsnachteil" aber nicht. Doch selbst wenn die Schlechterstellung errechnet

werden könnte, wäre der Politik nicht anzuraten, hierfür einen Ausgleich zu gewähren.

Kein Wirtschaftszweig kann in einer marktwirtschaftlichen Ordnung „Ausgleichsleistungen" — in welcher Form auch immer — beanspruchen, wenn ausländische Regierungen ihren Unternehmen Vorteile dieser oder jeder Art zuwenden. Den heimischen Unternehmen würde de facto ein Recht auf Erhaltung ihrer Kapazität eingeräumt, und was dem einen Wirtschaftszweig recht ist, wäre dem anderen billig. Es gäbe dann keine Schranken mehr für Ausgleichsleistungen jeglicher Art. Der Protektionismus gehört zu den Risiken unternehmerischen Handelns, die der Staat zwar kleinhalten sollte, indem er beispielsweise auf eine Beendigung des internationalen Subventionswettlaufs drängt, für dessen Folgen er aber nicht eintreten kann.

Auch wäre die deutsche Stahlindustrie ohne Subventionen keinesfalls in einer ausweglosen Position. Sie hat gute Möglichkeiten, die Erzeugungspalette umzustrukturieren; und es stehen ihr weitere Möglichkeiten zur Kostensenkung offen. Auch eine verstärkte Diversifizierung in Richtung auf die Weiterverarbeitung führt die Unternehmen aus der Strukturkrise beim Stahl heraus und macht sie so von politischen Entscheidungen in Brüssel unabhängiger. Ausgleichszahlungen würden diesen Prozeß nur verlangsamen.

III. Gesundheitspolitik: Wege zu einer Reform

358. Das System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist erneut in die politische Diskussion geraten. Anlaß waren auch diesmal beträchtliche Ausgabensteigerungen in diesem Zweig der sozialen Sicherung; sie führten dazu, daß zahlreiche Kassen ihre Beitragssätze erhöht haben und weitere Kassen in gleicher Weise reagieren müssen. Schon Mitte der siebziger Jahre hatte die vorangegangene „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen zu stark steigenden Beitragssätzen geführt; der Gesetzgeber reagierte darauf mit Kostendämpfungsmaßnahmen. Gleichwohl war es zu Beginn der achtziger Jahre nochmals zu einem, wenn auch wesentlich geringeren, Ausgabenschub und höheren Beitragssätzen gekommen. Höhere Beitragssätze bedeuten eine höhere Belastung der Lohneinkommen; eine steigende Abgabenlast wiederum hemmt die Leistungsbereitschaft und beeinträchtigt die Beschäftigungschancen. Es erstaunt deshalb nicht, daß die politisch Verantwortlichen gewillt sind, die „Beitragsstabilität" zu sichern; und man mag es begreiflich finden, daß versucht wird, dies über eine administrative Ausgabenbegrenzung zu erreichen.

Dennoch ist es irrig anzunehmen, das Problem sei auf Dauer durch eine administrative Begrenzung des Ausgabenanstiegs angemessen zu lösen. Woher weiß man denn, daß eine Versorgung mit Gesundheitsleistungen gerade dann richtig ist, wenn die Ausgaben dafür einen gleichbleibenden Teil der Einkommen ausmachen? Wenn die Menschen eine bessere Versorgung mit bestimmten Gütern wollen, sind sie auch bereit, mehr von ihrem Einkommen dafür herzugeben; steigende Ausgaben für diese Güter sind dann nur Reflex des Wunsches nach einer besseren Versorgung. Viel spricht dafür, daß dies bei Gesundheitsleistungen so ist. Das Gesundheitswesen ist ein Wachstumssektor; die Palette der angebotenen diagnostischen und therapeutischen Mittel erweitert sich ständig, und die besseren Möglichkeiten der medizinischen Versorgung werden von den meisten Bürgern gerne genutzt. Viel spricht allerdings auch dafür, daß sich Anbieter und Nachfrager von Gesundheitsleistungen unwirtschaftlich verhalten; denn ihr Interesse, kostengünstig anzubieten und preisbewußt nachzufragen, aber auch die Möglichkeiten dazu sind durch zahlreiche institutionelle Regelungen vermindert, ja teilweise sogar beseitigt. Eine administrative Begrenzung des Ausgabenanstiegs trifft, wenn sie wirksam wird, die Wachstumsdynamik — was unerwünscht ist; sie ist aber grundsätzlich nicht geeignet, unwirtschaftliches Verhalten und die damit verbundenen Fehlsteuerungen der Produktion zu beseitigen — was erwünscht wäre.

Will man die Ausgaben für Gesundheitsleistungen danach bemessen, was die Bürger für ihre medizinische Versorgung zu zahlen bereit sind, will man zugleich erreichen, daß diese Versorgung möglichst kostengünstig erfolgt, dann darf man nicht an Symptomen kurieren, sondern muß an Ursachen ansetzen.

Ausgabenexpansion und Kostendämpfungspolitik

359. Die Ausgaben für Gesundheit haben sich seit 1970 mehr als verdreifacht; sie sind damit deutlich schneller gestiegen als das Bruttosozialprodukt (Tabelle 32). Von den gesamten Ausgaben, die sich 1983 auf 214 Mrd DM beliefen, entfiel mit 101 Mrd DM fast die Hälfte auf die gesetzliche Krankenversicherung. Die andere Hälfte wird von den Gebietskörperschaften, anderen Sozialversicherungsträgern, privaten Krankenversicherungen, privaten sowie öffentlichen Arbeitgebern und von den privaten Haushalten selbst verausgabt. Der Anteil der auf die GKV entfallenden Ausgaben ist deutlich gestiegen; er lag 1970 noch bei gut einem Drittel.

Der überproportionale Anstieg der Ausgaben der GKV hat sich vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre vollzogen. Zwischen 1970 und 1975 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen fast auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Danach wichen sie bis 1984 nur noch geringfügig vom Pfad der allgemeinen Einkommensexpansion nach oben ab.

In der globalen Ausgabenexpansion laufen sehr verschiedene Entwicklungen der Ausgaben für einzelne Versichertengruppen und für einzelne Leistungsarten zusammen. So haben die Ausgaben für Rentner im Zeitraum 1973 bis 1984 wesentlich rascher zugenommen als die Ausgaben für andere Kassenmitglieder; die Krankenkassen müssen heute fast zwei Fünftel ihrer Budgets für Rentner aufwenden, 1973 lag dieser Anteil noch deutlich unter einem Drittel. Darin äußern sich zwei wichtige

Sachverhalte: Zum einen nimmt der Anteil älterer Menschen an allen Versicherten zu; zum andern expandieren die Ausgaben je Rentner wesentlich stärker als die Ausgaben je Kassenmitglied. Im Zusammenhang damit ist zu sehen, daß es zwischen den einzelnen Leistungsarten der GKV zu teilweise starken Strukturverschiebungen gekommen ist. Auf die Krankenhauspflege entfielen 1970 noch rund 24 vH aller Ausgaben, im Jahre 1984 aber schon rund 31 vH. Der Anteil der Leistungen für Zahnersatz hat sich von 3,3 vH auf 6,8 vH mehr als verdoppelt. Rückläufig war dagegen der Ausgabenanteil, der auf die Behandlung durch Ärzte entfiel; 1970 lag er bei knapp 22 vH, 1984 bei rund 17 vH.

360. Der durchschnittliche Beitragssatz in der GKV folgte den Änderungen in der Relation von Kassenausgaben zu Arbeitsentgelten.

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen bestehen zu rund 95 vH aus Beitragseinnahmen; etwa fünf Sechstel davon sind Beiträge von versicherten Erwerbstätigen, der Rest Beiträge für Rentner. Sonstige Einnahmen, im wesentlichen Erstattungen von öffentlichen Stellen und Vermögenserträge, spielen also kaum eine Rolle. Reserven in

Tabelle 32

Zur finanziellen Situation im Gesundheitswesen

Ausgaben und Einnahmen	Einheit	1970	1973	1975	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Ausgaben für Gesundheit[1]) insgesamt	Mrd DM	69,9	106,6	134,5	166,0	178,0	194,7	206,5	208,1	214,3	...
	1973 = 100	66	100	126	156	167	183	194	195	201	...
im Verhältnis zum Sozialprodukt	vH	*10,3*	*11,6*	*13,1*	*12,9*	*12,7*	*13,1*	*13,4*	*13,0*	*12,8*[a])	...
Gesetzliche Krankenversicherung[2])											
Einnahmen insgesamt	Mrd DM	26,1	44,5	60,7	76,4	80,8	88,5	96,5	101,7	103,5	105,8
Ausgaben											
— insgesamt[3])	Mrd DM	25,2	43,4	61,0	74,8	81,1	89,8	96,4	97,2	100,7	108,7
	1973 = 100	58	100	141	172	187	207	222	224	232	251
darunter Ausgaben für Rentner[4])	Mrd DM	·	12,4	18,5	24,2	26,4	29,5	32,6	34,0	36,8	40,4
	1973 = 100	·	100	149	195	212	237	262	273	296	325
— im Verhältnis zu den Ausgaben für Gesundheit	vH	*36,0*	*40,7*	*45,4*	*45,1*	*45,5*	*46,1*	*46,7*	*46,7*	*47,0*	...
darunter für:											
— ärztliche Behandlung	1973 = 100	63	100	131	153	164	179	192	197	207	220
— zahnärztliche Behandlung	1973 = 100	64	100	155	186	196	207	222	227	235	246
— Zahnersatz	1973 = 100	45	100	225	309	348	395	436	376	358	394
— Arzneien, Hilfs- und Heilmittel aus Apotheken	1973 = 100	63	100	132	158	168	186	202	204	214	230
— stationäre Behandlung	1973 = 100	51	100	150	187	199	218	234	253	265	284
Ausgaben je Mitglied[4])[5])	1973 = 100	·	100	141	165	175	190	198	195	197	210
Ausgaben je Rentner[4])	1973 = 100	·	100	140	173	188	208	230	238	256	278
Nachrichtlich											
Beitragssatz[6])	vH	*8,2*	*9,2*	*10,4*	*11,4*	*11,3*	*11,4*	*11,8*	*12,0*	*11,8*	*11,4*
Beitragsbemessungsgrenze	DM	1 200	1 725	2 100	2 775	3 000	3 150	3 300	3 525	3 750	3 900
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	1973 = 100	74	100	112	141	152	162	168	174	182[a])	191[a])

[1]) Nach Ausgabenträgern: Öffentliche Haushalte (ohne Arbeitgeberleistungen, abzüglich Pflegesatzeinnahmen), gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung (Angestellten-, Arbeiter- und knappschaftliche Rentenversicherung, landwirtschaftliche Alterskassen, Zusatzversorgungssysteme), gesetzliche Unfallversicherung, private Krankenversicherung, öffentliche und private Arbeitgeber, private Haushalte. (Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 9/1985, S. 772 ff.)

[2]) Quelle für Grundzahlen: BMA.

[3]) Leistungsausgaben und Verwaltungskosten.

[4]) Leistungsausgaben, einschließlich der Ausgaben für die Familienangehörigen.

[5]) Ohne Rentner.

[6]) Durchschnittlicher Beitragssatz bei Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens 6 Wochen (Quelle: BMA).

[a]) Vorläufige Ergebnisse.

nennenswertem Umfang gibt es nicht; die Kassen sind lediglich gehalten, zur Bestreitung des laufenden Bedarfs Betriebsmittel bereitzuhalten, die im Jahresdurchschnitt das Eineinhalbfache einer Monatsausgabe nicht überschreiten sollen, und daneben eine allgemeine Rücklage von mindestens einer halben und höchstens einer Monatsausgabe zu bilden. Die Finanzierung der Ausgaben erfolgt in der GKV deshalb fast ausschließlich nach dem Umlageverfahren: Die heutigen Ausgaben werden mit den heutigen Beitragseinnahmen finanziert. Das hat zur Folge, daß die Kassen ihre Beitragssätze recht schnell ändern müssen, wenn ihre Ausgaben sich nicht in etwa parallel zu den von den Versicherten bezogenen Bruttoarbeitsentgelten entwickeln.

Die explosive Ausweitung der Leistungsausgaben in der ersten Hälfte der siebziger Jahre — zu einem Teil aufgrund der Ausweitung des Leistungskatalogs — zwang die Kassen, ihre Beitragssätze zu erhöhen. Der durchschnittliche Beitragssatz stieg in den Jahren 1970 bis 1976 um 3,1 Prozentpunkte von 8,2 vH auf 11,3 vH. Die nachfolgende Phase stabiler Beitragssätze endete Anfang der achtziger Jahre, als ein neuerlicher Ausgabenschub den durchschnittlichen Beitragssatz auf den bisherigen Höchstwert von 12,0 vH hochtrieb. Danach bildete er sich bis 1984 zwar wieder auf 11,4 vH zurück; die seit Mitte 1983 wieder beschleunigte Ausgabenexpansion hat aber die Finanzlage der GKV mittlerweile so verschlechtert, daß zahlreiche Krankenkassen ihre Beitragssätze zum Jahresbeginn 1985 wieder erhöht haben. Andere Kassen werden folgen müssen. Für Anfang 1986 wird vielfach mit einem durchschnittlichen Beitragssatz von über 12 vH gerechnet. Hält die gegenwärtige Ausgabenentwicklung an, werden 13 vH nicht für unwahrscheinlich gehalten. Bei dieser düsteren Prognose dürfte allerdings unberücksichtigt geblieben sein, daß sich die Haushaltssituation der Krankenkassen insofern etwas entspannen könnte, als sich ihre Einnahmen im Jahre 1986 wegen der sich abzeichnenden Beschäftigungszunahme erhöhen werden.

Höhere Beitragssätze bedeuten für viele versicherte Arbeitnehmer höhere Abgabenlasten; von einer Mark Mehrverdienst bleibt netto weniger übrig als vorher, und das mindert zumindest tendenziell die Bereitschaft, mehr zu leisten, um mehr zu verdienen. Für die Arbeitgeber bedeuten höhere Beitragssätze höhere Personalnebenkosten; der Arbeitseinsatz verteuert sich, und das mindert die Bereitschaft zur Arbeitsnachfrage. Beides schwächt die Beschäftigungs- und Wachstumschancen.

361. Die Gesundheitspolitik versucht seit 1977, diese Entwicklung durch kostendämpfende Maßnahmen zu stoppen (Tabelle 33, Seiten 175 ff.). Das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz brachte, unter anderem, die Einrichtung einer „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen", in der neben dem zuständigen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Spitzenverbände der Krankenkassen, der Ärzte und anderer Gruppen des Gesundheitswesens vertreten sind. Das Gremium soll medizinische und wirtschaftliche Orientierungsdaten erarbeiten und auf dieser Grundlage Empfehlungen für die Begrenzung der Ausgabensteigerung in den einzelnen Gesundheitsbereichen formulieren mit dem Ziel, den durchschnittlichen Beitragssatz in der GKV konstant zu halten. Die Empfehlungen waren bis 1982 von unterschiedlicher Strenge; im Ergebnis haben sie den Ausgabenschub zu Beginn der achtziger Jahre nicht verhindert. In den Jahren danach wurde auf zentrale Empfehlungen für die höchste zulässige Ausgabenexpansion in einzelnen Leistungsbereichen verzichtet und den Selbstverwaltungsorganen anempfohlen, selbst Orientierungsdaten zu formulieren. Parallel dazu wurden die bisherigen Ansätze verstärkt, über eine Beteiligung der Versicherten an ihren Krankheitskosten und ein größeres Mitspracherecht der Kassen insbesondere bei der Festlegung der Krankenhaus-Pflegesätze mehr dezentrale Steuerungselemente in das System einzubauen. In die gleiche Richtung zielen Maßnahmen, die mit dem Krankenhaus-Neuordnungsgesetz vom Dezember 1984 beschlossen wurden.

Möglicherweise führt die neuerliche Ausgabenwelle dazu, daß die Konzertierte Aktion und mit ihr das Element zentraler Steuerung wieder an Gewicht gewinnen. Es scheint deshalb angebracht, auf die Grenzen einer Gesundheitspolitik zu verweisen, die die Ausgaben für Gesundheit längerfristig gleichsam „von oben" steuern will.

Ausgabenbegrenzung im Konflikt mit der Wachstumsdynamik

362. In einer hoch entwickelten Industriegesellschaft ist das Wirtschaftswachstum verbunden mit und abhängig von der überproportionalen Entwicklung verschiedener Dienstleistungsbereiche. Zu diesen Bereichen zählt auch das Gesundheitswesen. Nach allen Erfahrungen nimmt mit steigendem Wohlstand der Anteil der Gesundheitsleistungen an dem „Warenkorb" zu, den die Menschen wünschen. Das läßt sich an vielen Indizien erkennen. So wird beispielsweise über den Leistungsbereich der Krankenkassen hinaus viel Geld für Vitamine, Stärkungsmittel, Gesundheitsdiät und ähnliche Waren ausgegeben, die in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern angeboten werden. Nicht anders liegt es beim Zubehör für gesundheitsfördernde — oder jedenfalls für gesundheitsförderlich gehaltene — Betätigungen. Schließlich werden Massagen, Kuren und dergleichen nicht selten vom Bürger selbst bezahlt. Bemerkenswert ist endlich der Zulauf, den die von dem Patienten selbst zu entlohnenden Heilpraktiker finden, deren Anzahl sich in den Jahren 1970 bis 1983 von 2700 auf 8400 erhöht hat.

Das Gesundheitswesen ist ein Wachstumssektor. Es ist zudem ein Bereich, in dem arbeitsintensiv produziert wird und der deshalb immer mehr Menschen Chancen der Beschäftigung bietet. Im Jahre 1980 waren nach Schätzungen des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen (WIdO) mehr als zwei Millionen Bürger im Gesundheitswesen — einschließlich der Verwaltung, Vermittlung, Versicherung sowie der Produktion von Vorleistungen — tätig, davon mehr als drei Viertel Millionen im stationären Bereich; der Personalbestand dieses Bereichs ist allein in den Jahren 1977 bis 1980 um mehr als 60 000 Personen (9 vH) gestiegen. Die An-

zahl der Personen, die in den eigentlichen Gesundheitsdienstberufen beschäftigt sind, nahm in den Jahren 1977 bis 1980 um etwa 100 000 auf eine Million Personen zu; im Jahre 1984 übten bereits rund 1,2 Milionen Menschen einen solchen Beruf aus.

Die medizinischen Berufe haben sich zunehmend spezialisiert, nicht nur bei den Ärzten, sondern auch beim Pflegepersonal. In kurzer Zeit sind völlig neue Berufe entstanden, etwa Nuklearmediziner, Intensivmediziner, Hygieneschwester. In einem immer größer werdenden Umfang haben auch Naturwissenschaftler und Psychologen Betätigungsfelder im medizinischen Bereich gefunden. Eine weitere Entwicklung in dieser Richtung ist vorgezeichnet. Es gibt Bereiche, in denen die medizinische Versorgung mit den geäußerten Wünschen der Bevölkerung nicht Schritt hält. So bestehen etwa Engpässe auf dem Gebiet der Gefäßchirurgie, aber auch bei den Humangenetikern; beispielsweise wurden die Untersuchungen, die bei allen über 35 Jahre alten Schwangeren indiziert sind, um Chromosomenabweichungen festzustellen, 1984 nur in rund zwei Fünftel aller Fälle durchgeführt.

363. Die Wachstumsdynamik im Gesundheitswesen äußert sich auf der Angebotsseite in Therapie, Diagnose und Forschung.

Die Produktpalette ist durch Fortschritte sowohl der medizinischen als auch der pharmazeutischen Forschung beträchtlich erweitert worden. Heute sind Krankheiten heilbar, an denen die Menschen früher starben. Zu denken ist etwa an die Niereninsuffizienz oder bestimmte Leukämien im Kindesalter, um nur zwei Beispiele zu nennen. Die Lebensverlängerung ist allerdings in der Regel sehr aufwendig.

Bei den Fortschritten der modernen Medizin ist nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie an die lebensverlängernden Maßnahmen zu denken. Durch Heilung und Rehabilitation kann die Lebensqualität gesteigert werden. Das gilt zum Beispiel für die Einsetzung von Gelenk-Endoprothesen (etwa für ein Hüftgelenk) sowie die Fortschritte in der Gefäßchirurgie. Diese und ähnliche Eingriffe gehören heute zum Routineprogramm vieler Krankenhäuser, und die Breitenwirkung derartiger Hilfen, die einer ständig wachsenden Anzahl von Menschen zuteil werden können, hat zweifellos die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen der letzten Jahrzehnte mitbestimmt.

Schließlich ist es heute möglich geworden, Schmerzen zu lindern, gegen die es früher keine Hilfe gab. Das ist im wesentlichen der Entwicklung neuer Analgetika und Narkotika zu verdanken. Auch diese Hilfen sind teuer.

In der Diagnose stehen heute Verfahren zur Verfügung, die wesentlich sicherer und in der Regel schonender als die früher angewandten Methoden sind. Nicht ohne Grund hat die Sonographie in der medizinischen Alltagspraxis eine überragende Bedeutung erlangt; denn dieses Verfahren erlaubt es in vielen Fällen, in denen früher die Röntgendiagnostik eingesetzt werden mußte, auf eine Strahlenbelastung des Patienten zu verzichten. Freilich ist auch dieser Fortschritt aufwendig.

Die medizinische und die pharmazeutische Forschung werden in den kommenden Jahren die lebenserhaltenden, heilenden und leidenlindernden Hilfen weiter entwickeln. Allerdings: Die zusätzlichen Kosten der Forschung wie die der Anwendung im medizinischen Alltag werden steigen, die zusätzlichen Nutzen dagegen tendenziell fallen. Es gibt aber auch kostensparende Fortschritte. Beispielsweise erlauben es die diagnostischen Innovationen — insbesondere durch Sonographie und Endoskopie — heute häufig, die Operationsindikation exakter zu stellen und so mitunter auf einen operativen Eingriff zu verzichten, der früher durchgeführt worden wäre. Zu erheblichen Einsparungen führt auch oft die Möglichkeit, Nierensteine durch Stoßwellen zu zertrümmern, weil dadurch wesentlich aufwendigere Operationen unterbleiben können. Insgesamt wird der weitere medizinische Fortschritt auf absehbare Zeit einen zur Einkommensentwicklung überproportionalen Zuwachs an Aufwendungen auslösen.

364. Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen ist in wechselseitigem Zusammenhang mit den diagnostischen und therapeutischen Fortschritten deutlich gestiegen. Mit wachsendem Wohlstand nimmt die Präferenz für Leistungen des Gesundheitswesens zu. Vor allem darf nicht übersehen werden, daß mit der Erweiterung der Angebotspalette Wünsche befriedigt werden können, die vorher nur latent vorhanden waren. Der Traum, ewig gesund zu bleiben, läßt sich mit fast jeder medizinischen oder pharmazeutischen Neuerung in einem bestimmten kleinen Bereich und für einen begrenzten Zeitraum ein wenig verwirklichen.

Mit den Fortschritten der modernen Medizin hat sich das Spektrum der feststellbaren und behandelbaren Krankheiten und im Gefolge auch das Krankheitsspektrum wesentlich verschoben. Hinzu kommt, daß die Menschen heute im allgemeinen weit besser informiert sind, als es ihre Vorfahren waren. Sie verlangen eine umfassende Unterrichtung über die Diagnose, Möglichkeiten der Therapie und deren Risiken; auch die Beratung durch den Arzt ist damit aufwendiger geworden. Manche auf den ersten Blick überzogen erscheinende diagnostische Maßnahme ist durch die moderne Rechtsentwicklung legitimiert.

Besonders bedeutsam ist die gestiegene Lebenserwartung der Bevölkerung. Sie hat das Spektrum der Gesundheitsleistungen geändert und den Bedarf insgesamt nicht unerheblich erhöht — eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Fortschritte der Medizin zurückzuführen ist. Das Gewicht der Alterserkrankungen, insbesondere der Arteriosklerose und der aus ihr folgenden Organkrankheiten sowie der bösartigen Neubildungen, nimmt ständig zu. Ein erheblicher Teil des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen ist diesem Umstand zuzuschreiben. Schon heute leben in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,9 Millionen Menschen, die über 80 Jahre alt sind, und es ist zu erwarten, daß es bis

1990 fast $2^1/_2$ Millionen sein werden. Diese Entwicklung wird Niveau und Struktur des künftigen Bedarfs an Gesundheitsleistungen wesentlich prägen.

365. Eine Gesundheitspolitik, die den Ausgabenzuwachs in der GKV auf den Einkommenszuwachs der Versicherten begrenzen will, mag wichtige und richtige Motive haben: zum einen die Begrenzung der Abgabenlast für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zum anderen die Verminderung von unwirtschaftlichem Handeln. Sie steht jedoch, wenn sie mehr sein will als eine kurzfristige Notlösung, vor einem unlösbaren Dilemma.

Wird die Ausgabenbegrenzung durchgesetzt, gerät sie in Konflikt mit der Wachstumsdynamik. Das gilt einmal hinsichtlich des Niveaus der gesundheitlichen Versorgung, denn ihr Marktwert wird im Prinzip auf einen konstanten Anteil am Sozialprodukt begrenzt. Das damit verbundene Leistungsangebot wird aller Erfahrung nach den Wünschen der Bürger nicht gerecht. Das gilt zum anderen hinsichtlich der Struktur des Leistungsangebots; denn eine Politik der globalen Ausgabenbegrenzung muß, wenn sie wirksam sein soll, bis zu den Entscheidungen der einzelnen Anbieter durchgreifen. Beispielsweise muß sie sich bei der bestehenden Einzelleistungshonorierung der Ärzte bis auf Art und Umfang der abgerechneten Leistungen erstrecken. Anders ist keine Gewähr dafür gegeben, daß die abgerechneten Leistungsmengen eine Honorarsumme ergeben, die der vereinbarten Gesamtvergütung entspricht. Eine Steuerung dieser „Mengenkomponente", etwa über Quotenregelungen, wäre dann zwar eine wirksame Ausgabenbegrenzung, aber zugleich eine Tendenz zur Erstarrung der überkommenen Leistungsstruktur, die dem steten Wandel in den Angebotsbedingungen und den Patientenwünschen nicht gerecht wird. Eine wirksame Politik der Ausgabenbegrenzung trifft also das, was sie nicht treffen soll — die Wachstumsdynamik; sie trifft dagegen kaum das, was sie treffen will — die Fehlsteuerung der Produktion, also gleichsam die „unnötigen" Ausgaben, die durch unwirtschaftliches Verhalten bei Anbietern und Nachfragern entstehen.

Zur Sanierung des Gesundheitswesens

366. Der Ausweg aus dem Dilemma ist nur über eine Reform des Gesundheitswesens zu finden, die darauf abzielt, allen Beteiligten am Gesundheitswesen mehr Anreize und Möglichkeiten zu bieten, aus eigenem Interesse möglichst wirtschaftlich zu handeln. Als Orientierungshilfe für die Wahl der Schritte, die zu diesem Ziel hinführen, kann die Analogie zur marktwirtschaftlichen Versorgung hilfreich sein. Man überläßt es normalerweise der Entscheidung des mündigen Bürgers, ob er einen konstanten, sinkenden oder steigenden Teil seines Einkommens für bestimmte Güter und Dienstleistungen ausgeben will; die Ausrichtung der Produktion auf den vom Konsumenten geäußerten Bedarf überläßt man dem Wettbewerb der Anbieter oder, allgemeiner gesprochen, dem „Markt". Wie vielfältige Erfahrungen lehren, kann man darauf vertrauen, daß diese dezentrale Steuerung weit besser zu einer bedarfsgerechten und kostengünstigen Versorgung der Verbraucher führt als zentrale Steuerungen. Die dezentrale Steuerung fußt auf marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, zu denen der sehr einfache Grundsatz gehört, daß jeder Beteiligte für die Folgen seines Handelns einzustehen hat; gerade deshalb ist er daran interessiert, Nutzen und Kosten seines Verhaltens sorgsam abzuwägen. Sicherlich sind diese Prinzipien nicht immer in reiner Form zu verwirklichen; die Probleme auf regulierten Märkten zeigen jedoch, daß man das Ziel einer bedarfsgerechten und kostengünstigen Versorgung gerade dort besonders verfehlt, wo man die Prinzipien besonders mißachtet. Im Gesundheitswesen ist das Interesse der Beteiligten an einer sorgfältigen Abwägung der Nutzen und Kosten durch zahlreiche institutionelle Regelungen vermindert und teilweise sogar beseitigt. Die Reformdiskussion der letzten Jahre hat sich deshalb zu Recht auf die Bedingungen konzentriert, unter denen Anbieter und Nachfrager von Gesundheitsleistungen ihre Entscheidungen treffen. Diese Bedingungen sind verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig.

Es kann nicht Aufgabe des Sachverständigenrates sein, eine geschlossene Reformkonzeption vorzulegen. Er hält es aber für geboten, erneut auf eine Reihe von Steuerungsmängeln hinzuweisen und mögliche Reformschritte zur Diskussion zu stellen.

367. Was auf der Nachfrageseite des Gesundheitswesens unmittelbar ins Auge fällt, ist die Regelung in der GKV, nach der fast alle Leistungen umsonst zu haben sind, und die Finanzierung dann anonym über Zwangsbeiträge erfolgt. Das einzelne Versicherungsmitglied ist sich der Tatsache kaum bewußt, daß die Höhe seiner Beitragszahllast vom Umfang der gesamten Nachfrage der Solidargemeinschaft und damit auch vom Umfang seiner eigenen Nachfrage nach Gesundheitsleistungen abhängt. Selbst wenn dem einzelnen dieser Zusammenhang geläufig ist, geht er in der Regel — und aus seiner Sicht durchaus mit Recht — davon aus, daß seine eigene Beitragslast nicht gemindert wird, wenn nur er allein die angebotenen Leistungen und damit die Gemeinschaftskasse Versicherung sparsam beansprucht. Es entsteht eine Umlagementalität: Weil die Zahlungsverpflichtung des Versicherten nicht erkennbar und unmittelbar vom Umfang seiner eigenen Nachfrage abhängt, beansprucht er mehr Gesundheitsleistungen, als er nachfragen würde, wenn er dafür speziell zu zahlen hätte. Denn er ist jetzt nicht gezwungen, das, was ihm die Leistung voraussichtlich nützt, abzuwägen gegen das, was sie ihn kostet. Insoweit sind die Ausgaben der Versicherung höher als bei einer direkten finanziellen Beteiligung der Versicherten an den Kosten der Leistung.

Hinzu kommt, daß die Kassen für die beanspruchten Leistungen vermutlich überhöhte Preise zahlen müssen. Für diese Vermutung sprechen zwei Gründe. Zum einen fehlt bei einer reinen Umlagefinanzierung jeder Anreiz, sich nach einer möglichst kostengünstigen Behandlung umzutun; zum andern fehlt dem Versicherten in der GKV bei der praktizierten Behandlung auf Krankenschein jede Infor-

mation darüber, was die beanspruchten Leistungen kosten. Beides führt dazu, daß es von der Nachfrageseite her nicht zu der sonst üblichen Auswahl des kostengünstigsten Leistungsangebots kommt.

Gegen die Umlagementalität beziehungsweise „Null-Tarif-Mentalität" sind zwar auch Privatversicherungen nicht völlig gefeit, es gibt dort aber Techniken, die die Tendenz zur Übernachfrage begrenzen. Zu ihnen gehört die unmittelbare Beteiligung der Versicherten an den von ihnen verursachten Kosten. Diese Selbstbeteiligung läßt sich grundsätzlich auch in der GKV anwenden. Man kann bestimmte Leistungen ganz aus der Erstattungspflicht herausnehmen, also beispielsweise nur „Großrisiken" in der Zwangsversicherung belassen und die Mitglieder im übrigen auf freiwillige private Sicherungen verweisen; das entspräche immer noch dem ursprünglichen Gedanken der GKV, die breiten Einkommensschichten gegen unabwendbare und individuell nicht tragbare Krankheitskosten zu schützen.

368. Will man administrative Entscheidungen über wichtige und unwichtige Risiken vermeiden, kann man die Gesundheitsleistungen über einen Selbstbehalt der Versicherten teilweise aus der Erstattungspflicht herausnehmen. Dem sozialen Gedanken der GKV entspräche es, wenn der Selbstbehalt nach einem bestimmten Prozentsatz des Einkommens bemessen wird, soweit es eine bestimmte Mindesthöhe überschreitet. Die Kasse tritt hier erst dann ein, wenn der Versicherte Aufwendungen hat, die über seinem einkommensabhängigen Selbstbehalt liegen. Bis zu dieser Grenze besteht ein Anreiz, Kosten und Nutzen der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen gegeneinander abzuwägen.

Die technische Abwicklung einer einkommensabhängigen Selbstbeteiligung könnte nach dem Kostenerstattungsprinzip erfolgen. Der Übergang zu dieser Form der Abrechnung bringt den Vorteil mit sich, daß der Versicherte dadurch erfährt, für welche Leistungen und Kosten er mit seinen Beiträgen aufzukommen hat (JG 83 Ziffer 499). Unter bestimmten Voraussetzungen könnte es den Versicherten gestattet werden, ihre Erstattungsforderungen unmittelbar an den Arzt abzutreten, um ihnen insbesondere bei aufwendigen Erkrankungen zu ersparen, sich um eine Zwischenfinanzierung zu bemühen.

Über die Wirksamkeit der Selbstbeteiligung gehen die Meinungen auseinander. Allgemein gilt, daß die Belastung spürbar sein muß, damit das Interesse an einer sorgfältigen Kosten-Nutzen-Abwägung geweckt wird; andernfalls kommt es nur zu einer anderen Verteilung der Finanzierungslasten von insgesamt unveränderten Leistungen, nicht zu den erwünschten Mengenreaktionen. Die Frage nach der Fühlbarkeitsschwelle läßt sich vermutlich nicht generell für alle Leistungen des Gesundheitswesens und für alle Versicherten beantworten. Die bisher in der Bundesrepublik erprobten Formen lassen kaum verläßliche Schlüsse zu. Immerhin zeigt etwa das Ausweichverhalten nach Einführung der Rezeptgebühr, daß die Versicherten und mit ihnen auch die Ärzte schon bei geringen direkten Belastungen sensibel reagieren — in diesem Fall freilich in die falsche Richtung, nämlich hin zu größeren Leistungsmengen pro Rezept. Das zeigt zugleich, daß spezielle Selbstbeteiligungen, die darauf hinauslaufen, daß nur ganz bestimmte Leistungen den Versicherten etwas kosten, zu Ausweichreaktionen veranlassen; sie sind schon deshalb einer generellen Selbstbeteiligung der oben beschriebenen Art unterlegen.

Angesichts fehlender Erfahrungen mit einer Selbstbeteiligung in der GKV wäre es hilfreich, die gesetzlichen Krankenkassen auf ähnliche Weise mit Selbstbeteiligungstarifen experimentieren zu lassen, wie das die privaten Krankenversicherungen tun. Der einzelne hätte dann die Möglichkeit, den seinen Neigungen entsprechenden Tarif auszusuchen: Wer keine Selbstbeteiligung wünscht, wird durch hohe Beiträge belastet, wer dagegen bereit ist, Bagatellerkrankungen selbst zu finanzieren und Krankheitsaufwendungen nur insoweit zu versichern, wie sie ihn wirtschaftlich hart ankommen würden, könnte die wirklich gravierenden Risiken preiswert abdecken.

369. Weitere Reformschritte im Bereich der Krankenkassen sind möglich und nötig. Soll dem Wirtschaftlichkeitsprinzip im Gesundheitswesen zur Geltung verholfen werden, müssen Schritt für Schritt die Chancen für eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den Versicherungsträgern eröffnet werden.

Die Möglichkeiten der Pflichtversicherten, zwischen verschiedenen Kassen zu wählen, sind heute eingeschränkt oder fehlen ganz. Arbeiter und Angestellte können zwar zwischen ihrer Ortskrankenkasse und einer Ersatzkasse wählen, wenn es in dem für sie zuständigen Gebiet eine Ersatzkasse gibt; doch haben in der Regel nur Angestellte die Möglichkeit, auf eine Ersatzkasse auszuweichen. Dagegen sind die Arbeiter ganz überwiegend auf die für sie zuständige Ortskrankenkasse verwiesen, weil das Tätigkeitsfeld der Arbeiter-Ersatzkassen auf einzelne Berufe und mitunter außerdem regional beschränkt ist.

Wahlmöglichkeiten fehlen auch für Mitglieder berufsständischer Kassen. Derartige Regelungen sind, wie vieles andere auch, nur aus der historischen Entwicklung der GKV zu erklären. Sie sind heute überholt und sollten zugunsten einer allgemeinen freien Kassenwahl aufgehoben werden. Wenn die Arbeitnehmer zwischen den verschiedenen Kassen wählen können, werden die Kassen mit attraktiven Angeboten um Kunden werben müssen; der Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung würde erhöht. Auch der Wettbewerb zwischen gesetzlichen Kassen und privaten Krankenversicherern könnte verstärkt werden, wenn die Zugangsbarrieren zunächst für einen größeren Personenkreis und später allgemein beseitigt würden.

Wenn den Kassen die Möglichkeit eingeräumt wird, Verträge mit einzelnen Ärzten und Gruppen von

Ärzten zu schließen, ergeben sich weitergehende Möglichkeiten des Wettbewerbs. Beispielsweise könnten die Kassen über Verträge mit Krankenhäusern und Ärzten ein Gesundheitsangebot in eigener Verantwortung entwickeln; sie könnten Krankenhäuser betreiben, Ärzte beschäftigen sowie Arzneimittel selbst beschaffen und auf diese Weise Einsparungen erzielen, die sie in Form günstiger Tarife an jene Versicherten weitergeben können, die die Vertragsärzte oder andere Vertragspartner ihrer Versicherungsgesellschaft in Anspruch nehmen.

Zwischen den privaten Versicherern wird der Wettbewerb heute dadurch behindert, daß die Beitragssätze nach dem Eintrittsalter gestaffelt werden. Das schließt einen Wechsel der Versicherung für ältere Versicherungsnehmer in der Regel aus. Man könnte dem dadurch entgegenwirken, daß die Versicherungsträger verpflichtet werden, die geschäftsplanmäßigen Altersrückstellungen im Falle des Versicherungswechsels eines Mitglieds auf den Konkurrenten zu übertragen.

370. Eine zentrale Stellung auf der Anbieterseite haben die Ärzte. Es entspricht ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Patienten, daß sie einen besonders großen Spielraum haben, Art und Menge der von ihnen erbrachten Leistungen selbst zu bestimmen (JG 83 Ziffer 495). Bemängelt wird häufig, daß dieser Spielraum oft zur Verbesserung des eigenen Einkommens genutzt wird; so ist beispielsweise der Vorwurf zu hören, in der ambulanten Versorgung setzten Ärzte die „Apparatemedizin" in einem überzogenen Ausmaß ein, um die teueren Geräte möglichst rasch zu amortisieren. Der Versuch, diese Entwicklung durch Honorarkürzungen zu bremsen, wenn die Leistungen des einzelnen Arztes in einem bestimmten Umfang über dem Durchschnitt der Abrechnungen seiner Kollegen liegen, kann daran nur wenig ändern. Da die Interessenlage der meisten Angehörigen des Berufsstandes gleichgerichtet ist, dürfte schon der Leistungsdurchschnitt vergleichsweise hoch sein.

Ähnlich unwirksam wäre auch der Versuch, im Rahmen der Konzertierten Aktion dadurch zu einer wirksamen Plafonierung der Honorarsummen zu kommen, daß man von der Honorierung der Einzelleistungen zu festen Preisen abgeht, die vorgegebene Gesamtvergütung gemäß der Struktur der abgerechneten Leistungen auf die Ärzte aufteilt und auf diese Weise die tatsächlichen Preise je Leistung flexibel macht; die Ärzte könnten dann in ihrer Gesamtheit zwar nicht mehr durch „Mengenexpansion" ihre Einkommen mitbestimmen, eine vorhandene Tendenz zur Mengenexpansion beim einzelnen würde dadurch aber eher noch verstärkt, solange es nicht zu — unerwünschten — kartellähnlichen Quotenregelungen kommt. Gegen beide Versuche, auf dem Wege der zentralen Steuerung die Ausgabenentwicklung in den Griff zu bekommen, gilt der Einwand, daß sie vorhandene Steuerungsmängel nicht beseitigen, aber die Wachstumsdynamik treffen. Im übrigen widersprechen derartige Formen der zentralen Steuerung eindeutig den — notwendigen — Entscheidungsrechten der Beteiligten.

371. Reformen müssen anders ansetzen. Die Entfaltung einer wirtschaftlichen Deckung des Bedarfs an ärztlichen Leistungen wird durch vielfältige Regulierungen behindert, die in der Reichsversicherungsordnung, im ärztlichen Standesrecht und in sonstigen Regelungen verankert sind. So ist es den einzelnen Ärzten oder Gruppen von Ärzten und den einzelnen Krankenkassen untersagt, Verträge miteinander zu schließen, und die Gründung von Gruppenpraxen ist nur unter restriktiven Voraussetzungen zulässig — um nur zwei Beispiele zu nennen. Eine Neuordnung des Standesrechts erscheint unerläßlich; so wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn die Gründung von Gemeinschaftspraxen aus Ärzten mehrerer Fachrichtungen erleichtert und wenn die Errichtung privater Ambulatorien zugelassen würde. Insbesondere sollten alle Normen aufgehoben werden, die einem Preiswettbewerb entgegenstehen. Würde es den Kassen erlaubt, mit einzelnen Ärzten oder Gruppen von Ärzten Honorarvereinbarungen abzuschließen, so könnte dies den Wettbewerb in der Ärzteschaft beleben; solche Verträge brauchten die freie Arztwahl für die Versicherten nicht notwendigerweise zu beschränken.

Eine Neuordnung des Gesundheitswesens in dieser Richtung könnte auch dazu beitragen, die gegenwärtige strenge Trennung zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich des Gesundheitswesens zu lockern, den Wettbewerb zwischen den beiden Bereichen zu intensivieren und weitere Zwischenformen entstehen zu lassen. Wenn die Kassen eine derartige Entwicklung durch eine sinnvolle Differenzierung ihrer Systeme der Honorierung begleiten, könnte das ein wichtiger Schritt sein, um auch mehr Preiswettbewerb im Gesundheitswesen herbeizuführen. Es wäre durchaus vorstellbar, daß eine kassenärztliche Versorgung dann nur von Ärzten angeboten wird, die die Preise der Krankenkassen akzeptieren; diejenigen, denen diese Preise zu niedrig sind, wären auf den Markt außerhalb der Kassen verwiesen (JG 83 Ziffer 497). Derartige Reformschritte wären auch ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Ärzteschwemme, weil so zusätzliche und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Ärzte geschaffen würden. Beschränkungen des Berufszugangs wären in jedem Fall der falsche Weg.

Im übrigen muß bei alledem der Zusammenhang gesehen werden, der zwischen den Wirkungen einer mehr wettbewerblichen Organisation im Ärztebereich und dem Interesse der Versicherten an kostengünstigen Gesundheitsleistungen besteht. Man wird hier darauf setzen können, daß eine stärkere Selbstbeteiligung der Versicherten dazu führt, daß auch die Ärzte in Diagnose und Therapie die wirtschaftlichen Folgen für den Patienten bedenken, die Selbstbeteiligung also in der gewünschten Weise auf das ärztliche Verhalten durchschlägt.

372. Steuerungsmängel gibt es auch im Krankenhausbereich. Gerade hier zeigt sich, daß Anbieter in

der Regel ein Interesse daran haben, den Umfang ihrer Leistungen solange auszudehnen, wie deren zusätzliche Kosten unter den zusätzlichen Erlösen liegen. Wenn die zusätzlichen Erlöse für zusätzliche Leistungen konstant sind, weil sie den administrativ fixierten Preisen — hier den Pflegesätzen — entsprechen, und wenn die Kosten überwiegend Fixkosten sind, die zusätzlichen Kosten also relativ niedrig, dann besteht ein starker ökonomischer Anreiz, die vorhandenen Kapazitäten möglichst voll auszulasten. Diesem Interesse an einer Vollauslastung kommt das Desinteresse der Kassenmitglieder an den Kosten ihrer Behandlung entgegen. Denn dieses Desinteresse erleichtert es den Anbietern, mehr Leistungen zu erbringen und abzurechnen, als nach den Maßstäben einer wirtschaftlichen Gesundheitsversorgung nötig wäre.

Für den angesprochenen Sachverhalt gibt es viele praktische Beispiele. So regt die Notwendigkeit, hohe fixe Kosten abzudecken, zur vollen Auslastung der Bettenkapazität an. Bei der stationären Versorgung erfolgt die Abrechnung in der Regel nach einheitlichen Tagessätzen. Zwischen den ersten Tagen eines Krankenhausaufenthalts, in denen hohe Kosten durch Operationen, umfangreiche Diagnostik oder intensive Pflege anfallen, und den späteren Tagen, in denen ähnlich hohe Kosten nicht mehr entstehen, wird nicht differenziert. Klinikverwaltungen haben deshalb ein Interesse daran, die Verweildauer im Krankenhaus zu verlängern. Derartige Fehlsteuerungen ließen sich verringern, wenn die Pflegesätze nach der Dauer des Krankenhausaufenthalts und nach anderen geeigneten Kriterien gestaffelt würden.

Allerdings ergeben sich lange Liegezeiten auch häufig aus den Wünschen der Patienten oder deren Angehörigen. Das gilt besonders für Senioren, die altersbedingt pflegebedürftig sind. Das wirtschaftlich erhebliche Risiko der Alterspflege selbst ist im Gegensatz zu den kaum drückenden Lasten aus Bagatellerkrankungen durch die Sozialversicherung nicht abgedeckt. Alterspflege ist allerdings gegenüber vielfältigen Alterserkrankungen nicht immer eindeutig abzugrenzen.

373. Im Bereich der Krankenhausfinanzierung hat das Krankenhaus-Neuordnungsgesetz vom Dezember 1984 einen Schritt in Richtung auf mehr Eigenwirtschaftlichkeit der Krankenhäuser gebracht.

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 hatte die Verantwortlichkeiten für die Investitionskosten und die Betriebskosten in doppelter Weise getrennt. Die Investitionsfinanzierung war dem Staat, die Betriebskostenfinanzierung — über die Pflegesätze — den Krankenkassen übertragen worden (duales Finanzierungssystem); für die Investitionsfinanzierung waren wiederum Bund und Länder zuständig (Mischfinanzierung). Diese Trennung von Verantwortlichkeiten hat das materielle Interesse an einem „sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhaus" — so die Forderung des Gesetzes — geschwächt. Hinzu kam, daß die Betreiber eines Krankenhauses nicht nur damit rechnen konnten, daß ihnen die Betriebskosten über die pauschalierten Pflegesätze von den Kassen ersetzt, sondern auch damit, daß entstehende Verluste vom jeweiligen Träger übernommen wurden. Mit dem Krankenhaus-Neuordnungsgesetz wird die Mischfinanzierung aufgelöst; die Länder sind jetzt allein für das Bereitstellen ausreichender Investitionsmittel verantwortlich. Bei der Betriebskostenfinanzierung werden die Elemente eigenwirtschaftlicher Betriebsführung dadurch gestärkt, daß Pflegesatzvereinbarungen zwischen Krankenhausträger und zuständigen Sozialleistungsträgern nur für künftige Zeiträume getroffen werden und der bisherige Gewinn- und Verlustausgleich durch das Zulassen von Gewinnchancen und Verlustrisiken ersetzt wird; erwirtschaftet das Krankenhaus Überschüsse, kann es sie behalten, erwirtschaftet es Verluste, muß es diese selbst tragen.

Ungelöst ist jedoch das Problem, wie angesichts des weiterhin geltenden Kostendeckungsprinzips die Krankenhausleitungen am Erzielen von Gewinnen und am Vermeiden von Verlusten interessiert werden können. Außerdem bleibt die duale Finanzierung im Grundsatz erhalten. Das Gesetz räumt lediglich die Möglichkeit ein, daß zwischen Krankenhäusern und zuständigen Sozialleistungsträgern — hauptsächlich Krankenkassen — vereinbart werden kann, notwendige Investitionen ganz oder teilweise durch einen Zuschlag auf den Pflegesatz zu finanzieren. Im wesentlichen wird es wohl bei getrennten Verantwortlichkeiten für Investitionskosten und Betriebskosten bleiben. Damit erhöhen sich die Chancen für eine insgesamt wirtschaftliche Betriebsführung im Krankenhausbereich nicht. Ebenfalls erhalten bleiben die Wettbewerbsverzerrungen zwischen Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft einerseits und freigemeinnützigen sowie privaten Krankenhäusern andererseits; denn diese müssen in aller Regel ihre gesamten Kosten über die Erlöse erwirtschaften.

374. Wenn auf allen Stufen des Gesundheitswesens ein stärkeres Interesse geweckt wird, daß sich ein kostengünstiges und bedarfsgerechtes Angebot sowie eine preisbewußte Nachfrage entfalten, ist eine entscheidende Voraussetzung dafür erfüllt, daß auf dem Markt für Arzneimittel der Preiswettbewerb aktiviert wird. Wegen des mangelnden Interesses der Ärzte wie der Patienten an der Belastung der GKV durch die verordneten Medikamente versuchen die meisten Unternehmen der pharmazeutischen Industrie bis heute nicht, ihre Marktanteile durch niedrige Preise zu vergrößern; vielmehr sind sie bestrebt, die Ärzte durch intensiven Werbemitteleinsatz von den Vorzügen der eigenen Präparate zu überzeugen. Dieses Verhalten dürfte sich ändern. Inwieweit das durch ergänzende wettbewerbspolitische Maßnahmen, etwa eine Einschränkung des Reimportverbots von Medikamenten, unterstützt werden kann, bedürfte gesonderter Überlegungen.

375. Wenn die Wahlfreiheiten der Versicherten erweitert und die Wettbewerbsmöglichkeiten der Versicherer vergrößert werden, wird es zu einem allmählichen Übergang von den bisherigen einkommensproportionalen Einkommenslasten zu risikoorientierten Beiträgen kommen. Es ist möglich, daß sich dabei eine Differenzierung der Kassen nach guten und schlechten Risiken ergibt.

Ein Problem stellt in diesem Zusammenhang die Krankenversicherung der Rentner dar. Was die Kassen je Rent-

ner ausgeben, liegt deutlich über den Ausgaben je sonstiges Mitglied; bei den Heil- und Hilfsmitteln und bei der besonders kostenintensiven Krankenhauspflege sind die Ausgaben je Rentner sogar mehr als doppelt so hoch. Der steigende Anteil alter Personen wird die Gesundheitspolitik künftig mehr noch als bisher vor schwierige Aufgaben stellen. Dies gilt freilich auch — und verstärkt —, wenn es nicht zu Reformen kommt. Man wird deshalb gar nicht umhinkönnen, den Weg zu einer größeren eigenen Beitragsleistung weiterzugehen, den man, wenn auch mit anderer Zielrichtung, bei der Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner eingeschlagen hat. Im übrigen läßt sich nicht nur das Kostenproblem entschärfen, wenn es gelingt, über eine verstärkte Einschaltung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und andere Formen dezentraler Hilfen alle Möglichkeiten auszuschöpfen, alternde Menschen in ihrem vertrauten sozialen Umfeld zu belassen und die notwendigen medizinischen Hilfen ambulant zu erbringen.

Den Gefahren einer Ansammlung schlechter Risiken bei wenigen Kassen läßt sich begegnen, wenn ein bestimmtes Maß an Risikoausgleich zwischen Versicherungsträgern geschaffen wird. Eine gewisse Form von Risikoausgleich gibt es bereits heute im Rahmen des sogenannten Rentnerausgleichsverfahrens.

376. Die bisherigen Formen der Einkommensumverteilung in der gesetzlichen Krankenversicherung sind mit einem Übergang zu einer stärkeren Beachtung des Prinzips nicht zu vereinbaren, daß auch in der Krankenversicherung die Leistung des Versicherten, nämlich sein Beitrag, der empfangenen Gegenleistung, das heißt dem Versicherungsschutz, gleichwertig sein soll. Mit dieser Feststellung wird nicht prinzipiell gegen den Gedanken der Umverteilung Stellung bezogen, unter dem die Solidargemeinschaft der GKV bislang gestanden hat. Umverteilung sollte jedoch durch progressive Einkommensbesteuerung und ergänzende Abgaben einerseits, Transferausgaben für hilfsbedürftige Bürger, einschließlich des übrigen Familienlastenausgleichs, andererseits geregelt werden. Das unkoordinierte Nebeneinander mehrerer Umverteilungssysteme führt zu Kumulationseffekten und extrem hohen Grenzbelastungen. Hinzu kommen die besonderen Schwächen der Verteilungswirkungen im System der GKV selbst.

Die Belastung der Pflichtversicherten richtet sich nach der Höhe ihrer Lohneinkommen; allerdings ist die Höhe dieser Zahllast nach oben durch die Beitragsbemessungsgrenze absolut begrenzt. Bei den Pflichtversicherten erstrecken sich die Leistungen der GKV nicht nur auf das Mitglied, sondern auch auf bestimmte Familienangehörige: Ehefrau und minderjährige oder in der Berufsausbildung stehende Kinder werden beitragsfrei mitversichert, sofern sie keine versicherungspflichtige Tätigkeit ausüben; auch bei anderweitiger Berufstätigkeit des Ehegatten ist die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder ausgeschlossen.

In das System der GKV ist deshalb ein vertikal und horizontal wirkender Umverteilungsmechanismus eingebaut, der inkonsistent ist; denn er hat selbst innerhalb der Solidargemeinschaft als Folge der unterschiedlichen Behandlung der Pflichtversicherten und der freiwillig Versicherten, des Nebeneinanders von beitragsfrei und beitragspflichtig versicherten Familienmitgliedern sowie der Auswirkungen der Beitragsbemessungsgrenze geradezu widersinnige Redistributionseffekte. Es gilt deshalb, die gewünschte Einkommensumverteilung transparenter und schlüssiger zu gestalten. Das ginge am besten, indem man diese Aufgabe ausschließlich durch den Einsatz von Steuern und Transferausgaben bei den Gebietskörperschaften löst und die gesetzliche Krankenversicherung nach versicherungswirtschaftlichen Grundsätzen organisiert.

Bleibt man dagegen im bisherigen System der gesetzlichen Krankenversicherung und führt man einen Selbstbehalt ein, bei dem der Umfang der Eigenleistung prozentual vom Einkommen des Versicherten abhängt, könnte die Einkommensumverteilung auch transparenter und schlüssiger gestaltet werden. An die Stelle der beitragsfreien Versicherung von Familienmitgliedern könnte bei Zwangsversicherten die Verpflichtung treten, die Krankheitsrisiken der Angehörigen zum Tarif der freiwillig Versicherten bei seiner GKV oder auch einer privaten Krankenversicherung abzudecken, sofern sie nicht anderweitig abgesichert sind. Die aus dieser Umstellung resultierenden Mehrbelastungen der Familien müßten durch eine Verbesserung des allgemeinen Familienlastenausgleichs aufgefangen werden. Dafür kommen eine Aufstockung des Kindergeldes und eine Anhebung der Kinderfreibeträge bei der Einkommensbesteuerung in Betracht.

377. Auch die Behauptung, Krankheiten könnten verschleppt werden, wenn die Bürger die gesundheitliche Versorgung ganz oder teilweise aus ihrem Einkommen finanzieren müssen, ist wenig überzeugend. Wie früh oder wie spät sich jemand um die Erhaltung seiner Gesundheit sorgt, ist individuell und nach Art der Beschwerden verschieden. Tatsächlich geht es bei der medizinischen Versorgung im Alltag meist nicht um Tod oder Leben der Patienten, sondern um Heilung oder Linderung und oft nur um Wohlbefinden. Ein erheblicher Teil der Aufwendungen in der GKV entfällt auf Bagatellen.

378. Entlang den hier skizzierten Leitlinien könnte die medizinische Versorgung im Laufe der Zeit Schritt für Schritt reformiert und die Bedarfsdeckung im Gesundheitswesen mehr und mehr dem Markt überlassen werden. Der gegen diese Vorstellung häufig vorgetragene Einwand, der Preismechanismus funktioniere bei den Gesundheitsleistungen nicht, weil dem Patienten die notwendige Übersicht fehle, ist nicht stichhaltig: Transparenzmängel bestehen auch auf anderen Märkten. Der mündige Bürger wird sich bei einer Individualisierung der Bedarfsdeckung auf dem Gesundheitsmarkt sachkundig machen, wie er es auch sonst tut, insbesondere wenn es um weitreichende Entscheidungen geht. Wie für andere hochtechnisierte Bereiche wird ein Markt für Gesundheitsinformationen mit Tests von Medikamenten, Ärzten und Krankenhäusern entstehen, der dem interessierten Patienten wenigstens eine gewisse Übersicht vermittelt und ihm damit die anstehenden Entscheidungen erleichtert.

Tabelle 33

Wichtige gesundheitspolitische Maßnahmen

Datum	
1977	
1. Juli	Mit dem **Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz** wird die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" ins Leben gerufen. An ihr sind die Krankenversicherung, die Leistungserbringer, die Sozialpartner und die Gebietskörperschaften beteiligt. Die Konzertierte Aktion hat die Aufgabe, aufgrund medizinischer und wirtschaftlicher Orientierungsdaten Empfehlungen für die Veränderung der Vergütung abzugeben und Vorschläge zur Veränderung des Gesundheitswesens zu unterbreiten. Außerdem werden mit diesem Gesetz folgende Punkte geregelt: — Die bisherige Rezeptgebühr von 20 vH der Kosten (max. bis zu 2,50 DM) wird durch eine Gebühr von 1 DM pro verordnetes Mittel abgelöst. — Für Zahnersatz werden nur noch höchstens 80 vH der Kosten übernommen. — Den Krankenkassen wird die Möglichkeit eingeräumt, bei rieferorthopädischen Behandlungen die Versicherten an den Kosten zu beteiligen. — Häusliche Krankenpflege wird unter bestimmten Voraussetzungen als Pflichtleistung eingeführt, um so die Krankenhauspflege zu vermindern. — Für Haushaltshilfen, die nahe Verwandte sind, wird die Kostenerstattung gestrichen. — Familienmitglieder, die eigenes Einkommen haben, das eine bestimmte Grenze überschreitet, werden nicht mehr beitragsfrei mitversichert. — Rentner werden nur noch dann in die (beitragsfreie) Krankenversicherung aufgenommen, wenn sie zuvor schon lange in der gesetzlichen Krankenversicherung Mitglied waren.
1982	
1. Juli	Durch das **Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz** sollen die Weichen gestellt werden „für eine finanzierbare, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhauspflege": — Durch Anpassungszuschüsse und Strukturhilfen soll der Bettenabbau beschleunigt werden. Durch unbürokratisches Vorgehen bei kleineren Baumaßnahmen (bis zu einer Summe von 50 000 DM) soll der wirtschaftliche Einsatz öffentlicher Fördermittel ebenso verbessert werden wie durch ein unter den Krankenhäusern abzustimmendes Beschaffungsprogramm für große und entsprechend teure medizinische Geräte. — Die Krankenkassen sollen stärker bei der Bedarfsplanung der Länder mitwirken. — Die Krankenkassen erhalten bei der Festsetzung der Pflegesätze ein größeres Mitspracherecht; die endgültige Entscheidung bleibt jedoch den Ländern vorbehalten. — Die stationäre Behandlung wird in die Konzertierte Aktion einbezogen. Mit dem **Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz** wird erneut versucht, die Ausgaben der GKV zu begrenzen: — Die Vergütungen für zahntechnische Leistungen werden — für ein Jahr — um 5 vH gesenkt. — Die Zuschüsse der GKV für Zahnersatz werden umgestaltet, die Kasse zahlt künftig statt bis zu 80 vH zu den Gesamtkosten für Zahnersatz das Honorar für den Zahnarzt zu 100 vH und einen Zuschuß bis zu 60 vH zu den Kosten für die zahntechnische Leistung. — Für zahntechnische Leistungen, Heil- und Hilfsmittel werden Höchstpreise statt Festpreise vereinbart. — Für Heil-, Hilfsmittel und Brillen dürfen die mit den Krankenkassen vereinbarten Preise bis zum 31. Dezember 1983 nicht erhöht werden. — Die Rezeptgebühr bei Arzneimitteln wird auf 1,50 DM für jedes verordnete Medikament und auf 4 DM für Heilmittel sowie Brillen erhöht. — Eine Brille wird bei unveränderter Sehfähigkeit höchstens alle drei Jahre von der Krankenkasse bezahlt. — Kuren werden nur noch gewährt, wenn sie medizinisch notwendig sind und dann auch nur alle drei Jahre. — Schwerbehinderte können der GKV nur noch dann freiwillig beitreten, wenn sie selbst, ein Elternteil oder ihr Ehegatte in den letzten fünf Jahren mindestens drei Jahre in der GKV versichert waren. — Der Krankenhausaufenthalt bei Entbindungen wird auf sechs (bisher zehn) Tage nach der Entbindung begrenzt, soweit nicht ein längerer Aufenthalt medizinisch geboten ist. — Bei Fahrtkosten wird eine Selbstbeteiligung von 5 DM eingeführt.

Datum	
1983	
1. Januar	Mit dem **Haushaltsbegleitgesetz 1983** wurden folgende Regelungen für die GKV beschlossen: — Versicherte müssen bei Krankenhausaufenthalten pro Tag 5 DM zahlen (max. 14 Tage). — Die Rezeptgebühr bei Arzneimitteln wird auf 2 DM für jedes verordnete Medikament erhöht. — Krankenkassen können Aufwendungen für Haushaltshilfen auch dann übernehmen, wenn dadurch ein Krankenhausaufenthalt verkürzt oder vermieden wird. — Arzneimittel für sogenannte Bagatellfälle werden ab 1. April 1983 nicht mehr von den Krankenkassen gezahlt. Die neue **Gebührenordnung für Ärzte** (GOÄ) tritt in Kraft; bei ihr wurde der einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen, der zwischen Kassenärzten und Krankenkassen vereinbart worden ist, als Grundlage genommen. Dadurch werden vor allem die persönlichen gegenüber den überwiegend medizinisch-technischen Leistungen aufgewertet.
1984	
1. Januar	Mit dem **Haushaltsbegleitgesetz 1984** waren folgende gesundheitspolitische Maßnahmen verbunden: — Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt soll in der Krankenversicherung stärker zur Beitragsleistung herangezogen werden. — Auch Krankengeldempfänger sollen Beiträge zur Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung zahlen. Die Beiträge werden je zur Hälfte vom Leistungsempfänger und der Krankenkasse erbracht.
1985	
1. Januar	Das **Gesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung** tritt am 1. Januar 1985 in Kraft. Es umfaßt folgende Eckpunkte: — Die bisherige Mischfinanzierung durch Bund und Länder wird abgeschafft. Die Mittel für die öffentliche Förderung der Krankenhäuser werden von da an allein von den Ländern aufgebracht. Die Länder erhalten größeren Gestaltungsfreiraum bei der Krankenhausplanung. — Das duale System der Krankenhausfinanzierung, wonach die Investitionskosten durch laufende öffentliche Fördermittel und die laufenden Betriebs- und Behandlungskosten von den Patienten beziehungsweise den Krankenversicherungen über die Pflegesätze zu tragen sind, wird im Prinzip beibehalten, aber aufgelockert. Es wird die Möglichkeit geschaffen, daß Krankenkassen und Krankenhäuser Investitionsverträge abschließen, mit denen Rationalisierungsinvestitionen über den Pflegesatz finanziert werden können.
Juli	Vom 1. Juli 1985 bis 30. Juni 1986 haben Ärzte und Krankenkassen vereinbart, die Ausgaben für ambulante ärztliche Behandlung nicht stärker als die Löhne und Gehälter der Versicherten steigen zu lassen. Für die zweite Jahreshälfte haben die Krankenkassen und Kassenzahnärzteschaft vereinbart, die derzeit gültigen Vergütungssätze bis zum 31. Dezember 1985 weiterlaufen zu lassen. Der gemeinsame Bewertungsausschuß der Zahnärzte und Krankenkassen hat eine Neubewertung der zahnärztlichen Einzelleistungen vorgenommen, um die bestehende Vererrung des Bewertungsmaßstabes zu beheben. Dabei wurden — Leistungen für Zahnersatz um rund 13 vH gesenkt, — Leistungen für Kieferorthopädie um rund 15 vH gesenkt, — Leistungen für zahnerhaltende Maßnahmen um rund 5 vH aufgewertet.
November	Der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie hat seine Mitglieder aufgefordert, den Anstieg der Preise ihrer Präparate auf die Dauer von zwei Jahren auf die Hälfte des Anstiegs der Löhne und Gehälter der Versicherten zu beschränken.
1986	
1. Januar	Die neue **Verordnung zur Regelung der Krankenhauspflegesätze** soll am 1. Januar 1986 in Kraft treten. Sie sieht im wesentlichen folgende Neuordnung vor: — Die Vergütung der stationären Krankenhausleistungen wird nicht mehr nachträglich, sondern im voraus in einem von Krankenkassen und Krankenhäusern vereinbarten Budget festgelegt. Der bisherige nachträgliche Gewinn- und Verlustausgleich entfällt. Erzielt das Krankenhaus Überschüsse, so kann es sie behalten. Umgekehrt muß das Krankenhaus von ihm zu vertretende Verluste selbst tragen. — Das Budget wird grundsätzlich zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern ausgehandelt. Können sich diese nicht einigen, entscheidet eine Schiedsstelle. — Es ist die Möglichkeit geschaffen worden, vertraglich besondere Abteilungspflegesätze und Sonderentgelte für besonders teure Leistungen, wie beispielsweise Herzoperationen, zu vereinbaren. — Eine vertragliche Öffnungsklausel ermöglicht den Vertragsparteien die Regelvorgaben weiterzuentwickeln. — Die Patienten erhalten eine detaillierte Aufstellung über die erbrachten Leistungen.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 179

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 181

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 182

IV. Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985" 184

V. Brief des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes vom 6. November 1985: „Zu Deflationierungsmethoden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen" 192

VI. Methodische Erläuterungen 194

VII. Statistischer Anhang 203

Sachregister 313

I.
Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das

Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Das Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985" ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart–Mainz erschienen.

IV.

Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985

Sondergutachten vom 23. Juni 1985

I. Anlaß der Stellungnahme

1. In der Öffentlichkeit wird intensiv und strittig darüber diskutiert, was gegenwärtig zur Festigung des konjunkturellen Aufschwungs und zur Verminderung der hohen Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitisch geboten ist. Von vielen Seiten werden Vorschläge gemacht und Maßnahmen gefordert, die zum Teil stark voneinander abweichen und die oft auf ebensoviel Zustimmung wie Ablehnung stoßen. Unsicherheit hat sich eingestellt.

— Die Erwartung, der seit zweieinhalb Jahren anhaltende Aufschwung werde zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen, ist bisher enttäuscht worden. Dadurch haben Forderungen, mit öffentlichen Ausgabenprogrammen und anderen Maßnahmen, insbesondere Steuersenkungen, auf den Abbau der Arbeitslosigkeit hinzuwirken, neue Nahrung erhalten.

— Immer wieder wird die Sorge geäußert, daß der Konjunkturmotor Export schon bald ins Stottern geraten könne, weil mit dem Fortdauern des massiven Ungleichgewichts in der amerikanischen Leistungsbilanz die Gefahr einer abrupten Korrektur des Dollarkurses und dadurch ausgelöster Beeinträchtigungen des Welthandels sowie das Risiko von Störungen auf den internationalen Finanzmärkten zunehmen.

2. Es ist zu befürchten, daß die Wirtschaftspolitik unter starkem Handlungsdruck Entscheidungen trifft, die schnelle Ergebnisse am Arbeitsmarkt bezwecken, die sich aber schon bald als nachteilig für die wirtschaftliche Entwicklung herausstellen. Die Bemühungen um einen dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit würden dadurch erschwert. Es besteht ohnehin nicht der Eindruck, als verfolge die Wirtschaftspolitik in Bund und Ländern gegenwärtig unbeirrt ein konsistentes und glaubwürdiges Konzept zur Kräftigung des Wachstums und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Vielmehr scheint sich eine Neigung zu Ad-hoc-Maßnahmen, mit denen auf Einzelentwicklungen und besondere Ereignisse reagiert wird, und zu sektorspezifischen Maßnahmen auszubreiten, die sich einem klaren, eindeutigen Kurs schwerlich zurechnen lassen. Die Haushaltsdisziplin droht verlorenzugehen: Seit 1983 sind dauerhafte Mehrausgaben in Höhe von vielen Milliarden Mark für Transferleistungen, insbesondere Subventionen, beschlossen worden. Mit ihrem Veto gegenüber einer Getreidepreissenkung in der Europäischen Gemeinschaft hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft bekundet, die Subventionen für die Landwirtschaft erneut aufzustocken.

3. Die Sorge, daß es zu Fehlentwicklungen kommen wird, hat den Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veranlaßt, zum gegenwärtigen Handlungsbedarf aus der Sicht einer Wirtschafts- und Finanzpolitik Stellung zu nehmen, die der Dauerhaftigkeit des Erfolgs bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit höchsten Rang einräumt.

II. Perspektiven der Entwicklung

Lage und Entwicklung der Gesamtwirtschaft

4. Nach unserem Urteil sind die Auftriebskräfte nicht schwächer geworden, und wir gehen davon aus, daß sich der Aufschwung auch im Jahre 1986 fortsetzen wird.

Die Störungen zu Jahresbeginn 1985 haben nicht lange angehalten; die deutsche Volkswirtschaft dürfte im weiteren Verlauf dieses Jahres kräftig wachsen. Aufs Jahr gesehen wird das Sozialprodukt in realer Rechnung um $2\frac{1}{2}$ vH bis 3 vH höher ausfallen als im Vorjahr. Damit bestätigt sich unsere Einschätzung im Ganzen.

Die bisherige Entwicklung entspricht auch unserer Einschätzung hinsichtlich des Grundmusters dieses Aufschwungs: Die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen treiben die Konjunktur, ja, unsere zuversichtlichen Prognosen werden hier noch übertroffen. Hingegen müssen wir unsere ohnehin gedämpften Erwartungen für die Bauinvestitionen noch weiter herabsetzen, und der private Verbrauch wird bislang von der Expansion nicht mitgezogen, wie wir gehofft hatten. Die Anzahl der Arbeitslosen wird im Jahr 1985 entgegen unseren Schätzungen nicht niedriger ausfallen als im Vorjahr.

5. Die Unternehmen werden ihre Ausrüstungsinvestitionen im Jahre 1985 um mehr als 10 vH steigern. Aufträge, Inlandsumsätze und Einfuhren von Investitionsgütern sind in den letzten Monaten kräftig gestiegen, und die Investitionspläne sind weiter nach oben korrigiert worden. Die Ausfuhren konnten unerwartet stark ausgeweitet werden. Von einer zweistelligen Rate dürfte der Zuwachs in diesem Jahr nicht weit entfernt sein.

6. Die Bautätigkeit wird 1985 um über 5 vH niedriger ausfallen als im Vorjahr. Die Erwartung, daß die Bauwirtschaft der angelaufenen Konjunktur folgt, hat sich nicht bestätigt. Der Wohnungsbau ist tief abgesackt, und an den Aufträgen wird noch keine Belebung sichtbar. Die wichtigsten Gründe dafür sind nach wie vor: unverkaufte Neubauten, unvermietete Neubauwohnungen, zu hohe Zinsen, zu hohe Baukosten. Aber auch im Wirtschaftsbau nehmen die Aufträge nur schwach zu. Die öffentlichen Stellen erhöhen ihre Aufträge seit einem halben Jahr nicht mehr. Der tiefe Einbruch der Bautätigkeit zu Jahresbeginn dürfte im Laufe des Jahres nur teilweise wieder aufgeholt werden.

7. Die Verbraucher, die in den ersten drei Monaten des Jahres 1985 nominal kaum mehr ausgegeben haben als im gleichen Vorjahreszeitraum, werden ihre Ausgaben in den nächsten Monaten spürbar ausweiten. Die Ausgabenschwäche zu Jahresbeginn wurzelte zu einem guten Teil in der Verunsicherung beim Autokauf. Eine Rolle hat auch die schwache Entwicklung der Beschäftigung gespielt. In den nächsten Monaten dürfte sich beides jedoch zum Positiven hin ändern. Außerdem wird die Kaufkraft der Verbraucher in der zweiten Jahreshälfte in geringerem Umfang durch Preissteigerungen geschmälert werden als in den ersten Monaten dieses Jahres. Im Jahre 1985 werden die privaten Haushalte real nur um 1 vH mehr für Waren und Dienste aufwenden als im Vorjahr.

8. Zu den günstigen Faktoren gehört, daß insbesondere die von der Abwertung der D-Mark ausgehenden preissteigernden Impulse entfallen. Wir erwarten, daß sich nun wieder eine ruhigere Grundtendenz durchsetzt. Mit einer allmählichen Aufwertung der D-Mark wird der Wettbewerb aus dem Ausland wieder schärfer. Auch die Lohnstückkosten werden nur geringfügig steigen. Wir erwarten, daß sich der Preisauftrieb abschwächt, ohne die Gewinnmargen zu beeinträchtigen. Zum Jahresende dürften die Verbraucherpreise nicht viel mehr als 2 vH über dem Niveau des Vorjahres liegen.

9. Auch für das Jahr 1986 erwartet der Sachverständigenrat eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Eine Abschwächung des Wachstums halten wir nach unseren Berechnungen nicht für wahrscheinlich.

Dieser Einschätzung liegen insbesondere die folgenden Annahmen zugrunde:

— Der Welthandel dürfte 1986 wie im laufenden Jahr mit einer Rate von 5 vH wachsen. Die Korrektur des finanzpolitischen Kurses in den Vereinigten Staaten wird sich in kleinen Schritten vollziehen. Damit werden aber auch die Belastungen nur allmählich kleiner, die in der übrigen Welt infolge der scharfen Expansionspolitik der Vereinigten Staaten spürbar sind. Mit einem Zusammenbruch des Vertrauens der internationalen Kapitalanleger in den amerikanischen Dollar und einem rapiden Verfall des Dollarkurses rechnen wir nicht.

— Wir erwarten, daß es im Europäischen Währungssystem zu einer Aufwertung der D-Mark kommt. In Europa haben sich jetzt schon bedenkliche Ungleichgewichte im Außenhandel herausgebildet. Frankreich und mehr noch Italien weisen hohe Defizite in der Leistungsbilanz auf, während die Bundesrepublik schon 1985 einen außerordentlich hohen Überschuß verzeichnen dürfte, der gemessen am Bruttosozialprodukt in der Größenordnung von 1½ vH liegt. Dies ist zum Teil das Ergebnis der Unterschiede in den Inflationsraten bei festen Wechselkursen.

  Die D-Mark dürfte gegenüber dem Dollar und den europäischen Währungen zusammengenommen etwas stärker aufgewertet werden, als es dem Unterschied zwischen den niedrigeren Preissteigerungsraten in der Bundesrepublik und den höheren im Ausland entspricht.

10. Bei unseren Einschätzungen für 1986 sind wir von folgenden wirtschaftspolitisch bedeutsamen Entscheidungen in der Bundesrepublik ausgegangen:

— Die erste Stufe der Steuersenkung im Umfang von 10 Mrd DM wird 1986 vollzogen; das Steuersenkungsgesetz ist verabschiedet und gehört zu den Bedingungen der Status-Quo-Prognose. Der Ausgabenanstieg von Bund, Ländern und Gemeinden wird sich im Rahmen von 3 vH halten. Nicht in unsere Prognose eingestellt sind konjunkturpolitische Maßnahmen.

— Die Bundesbank wird auf eine etwas stärkere Expansion der Zentralbankgeldmenge hinwirken und die von den internationalen Kapitalmärkten ausgehenden Zinssenkungstendenzen unterstützen. Der Sachverständigenrat hatte im Herbst vergangenen Jahres eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge für 1985 und danach mit einer Rate von 4½ vH bis 5 vH für angemessen gehalten. Bis zum Mai dieses Jahres expandierte die bereinigte Zentralbankgeldmenge nur mit einer Jahresrate von 3,2 vH.

— Die Tariflöhne je Stunde werden 1986 nicht stärker angehoben als in diesem Jahr.

11. Die Verbraucher dürften ihre Ausgaben stärker steigern als 1985, weil die Nettoeinkommen insbesondere durch die Steuersenkung kräftiger zunehmen werden. Ob höhere Einkommen auch zu entsprechend höheren Konsumausgaben führen, ist zwar ungewiß, der Nettoeinkommensanstieg wird aber — trotz höherer Sozialbeiträge — noch so beträchtlich sein, daß selbst mit einer mäßigen Erhöhung der Sparquote noch ein höherer Anstieg der Konsumausgaben als 1985 einherginge. Da sich der Anstieg der Verbraucherpreise wegen der von den Einfuhrpreisen ausgehenden preisdämpfenden Einflüsse aus dem Ausland und wegen des weiterhin geringen Kostenauftriebs nicht beschleunigen dürfte, werden die Verbraucherausgaben voraussichtlich auch in realer Rechnung kräftiger expandieren als in diesem Jahr.

In der Bauwirtschaft dürfte der Tiefpunkt kaum vor Anfang 1986 erreicht werden. Die schwache Erho-

lung, die auf niedrigem Niveau dann einsetzen könnte, dürfte im wesentlichen von den Aufträgen für Wirtschaftsbauten und von den Aufträgen der öffentlichen Hand getragen sein. Im Wohnungsbau ist eine höhere Nachfrage nach Neubauten nicht zu erwarten. Sie könnte sogar noch weiter zurückgehen, während die Modernisierung und die Pflege des Bestandes an Gewicht zunehmen.

Gleichbleibend optimistisch beurteilen wir die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Wir schätzen für das nächste Jahr, daß die Wettbewerbsbedingungen, die günstige Ertragslage und die weiterhin aufwärts gerichteten Absatzerwartungen gute Voraussetzungen dafür sind, daß der Investitionsschub anhält. Der Anstieg dürfte ähnlich steil sein wie 1985.

Die Ausfuhr wird im kommenden Jahr nicht mehr ganz so stark zunehmen wie in diesem Jahr. Im ersten Halbjahr 1985 war die Ausfuhr in realer Rechnung schätzungsweise um 10 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Hier gehört eine Annäherung an das Wachstumstempo des Welthandels zu den plausiblen Schätzurteilen für die Entwicklung im Jahre 1986.

Binnenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Tendenzen werden also im nächsten Jahr voraussichtlich nicht mehr weiter auseinanderlaufen.

Insgesamt wird sich das reale Bruttosozialprodukt 1986 in ähnlichem Ausmaß erhöhen wie in diesem Jahr.

12. Unter solchen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen wird die Anzahl der Beschäftigten weiter ansteigen. Das bedeutet freilich nicht, daß die Arbeitslosigkeit im gleichen Ausmaß zurückgehen wird. Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nimmt nämlich auch im nächsten Jahr noch weiter zu. Zu einer Verringerung des Arbeitsangebotes dadurch, daß ausländische Arbeitnehmer abwandern, wird es wohl per saldo nicht mehr kommen. Schließlich ist zu erwarten, daß die Erwerbsbeteiligung weiter ansteigt, nicht zuletzt auch deshalb, weil mehr Arbeitnehmer wieder Arbeit suchen, die zeitweise jegliche Suche aufgegeben hatten.

Trotz allem dürfte die Anzahl der Arbeitslosen im Jahre 1986 zurückgehen, möglicherweise aber nur geringfügig.

Lage und Entwicklung der öffentlichen Haushalte

13. Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte hat sich als weniger günstig herausgestellt, als dies Ende 1984 zu erwarten war. Das Bild ist allerdings sehr differenziert, denn die Entwicklung ist bei den Sozialversicherungen ungünstiger als bei Bund, Ländern und Gemeinden; und die Fehlentwicklungen konzentrieren sich auf einzelne Bereiche, wie das Gesundheitswesen, die Subventionen und die öffentlichen Investitionen.

14. Die Haushaltslage bei der Krankenversicherung und bei der Rentenversicherung hat sich verschlechtert. Für beide zusammen ergab sich im Jahre 1984 ein Fehlbetrag von 7,3 Mrd DM. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind beunruhigend angestiegen, und die zuständigen Instanzen haben lediglich mit Ad-hoc-Maßnahmen reagiert und noch kein stimmiges Konzept zur Lösung der Probleme vorgelegt. Im vergangenen Jahr hat die Krankenversicherung Rücklagen abgebaut, die einer Größenordnung von mehr als 0,3 Prozentpunkten Beitragssatz entsprechen. In diesem Jahr werden die Beiträge um 0,3 Prozentpunkte erhöht, und dennoch dürften die Rücklagen weiter abgebaut werden. Es ist absehbar, daß die Beiträge der Krankenversicherungen weiter erhöht werden müssen, wenn Reformen ausbleiben.

15. Bei Bund, Ländern und Gemeinden hat sich die Haushaltslage 1984 und 1985 weiter verbessert; die Fortschritte waren aber kleiner als im Herbst erwartet. Zu den damaligen Erwartungen gehörte, daß das strukturelle Defizit 1984 vollständig abgebaut würde und die Haushaltspolitik durch eine fortgesetzte Rückführung der Defizite bereits 1985 für die weitere Zukunft neuen Handlungsspielraum eröffnete, und zwar in der Größenordnung von 6 Mrd DM. In der Jahresabrechnung belief sich das strukturelle Defizit 1984 dann doch noch auf etwa 4 Mrd DM.

Der gesamte Fehlbetrag der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden wird 1985 schätzungsweise 36 Mrd DM betragen; im vergangenen Jahr waren es noch 46 Mrd DM gewesen. (In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dürfte der Finanzierungssaldo 26 Mrd DM, nach 37,5 Mrd DM im Vorjahr, betragen.) Dieser Rückgang spiegelt aber nur eine kleine Veränderung des strukturellen Defizits der Haushalte, er ist ganz überwiegend Reflex automatischer Haushaltsentlastungen: Mehrausgaben und Mindereinnahmen, die auf die Unterauslastung des Produktionspotentials zurückgehen, entfallen. Außerdem vermindert sich die Haushaltsbelastung, weil die befristete Investitionszulage an die Unternehmen ausläuft; diese Zahlungen betrugen 1984 noch mehr als 4 Mrd DM. Schon im vergangenen Jahr ist das strukturelle Defizit nur noch geringfügig abgebaut worden. Die großen Schritte hatte es 1982 und 1983 gegeben. Das strukturelle Defizit dürfte 1985 noch 2 Mrd DM betragen.

Wenn im Jahre 1986 nur die erste Stufe der Steuersenkung vollzogen wird und die Ausgaben um nicht mehr als 3 vH steigen werden, errechnet sich für die Gebietskörperschaften ein Fehlbetrag, der nur wenig niedriger ist als das für 1985 erwartete Defizit. Aus konjunkturellen Gründen müßte das Defizit zwar weiter sinken. Weil aber die Steuerquote im nächsten Jahr stärker zurückgehen wird als die Staatsquote, kommt es zu einem Wiederanstieg des strukturellen Defizits, das wir für 1986 auf etwa 9 Mrd DM veranschlagen.

16. Die Struktur der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich ungünstig entwickelt. Die öffentlichen Investitionen werden in diesem Jahr nur wenig erhöht, und für das nächste Jahr sind

nach dem derzeitigen Stand nur geringfügig höhere Haushaltsansätze zu erwarten. Die Subventionen sind auf allen Ebenen stark ausgeweitet worden, ein großer Teil davon begünstigt die Landwirtschaft. Die Tatsache, daß die Bundesregierung sich bei den Agrarverhandlungen in Brüssel gegen notwendige Preissenkungen gestellt hat, zeigt die Bereitschaft, künftig noch mehr Subventionen zu zahlen. Ohnedies ist zu erwarten, daß die Ausgaben zur Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften stark zunehmen werden. Der programmierte Anstieg der Subventionen im nächsten Jahr dürfte durch die absehbare Verminderung einiger Subventionen nicht aufgefangen werden. Bei den Sozialleistungen, die bis zuletzt mäßig ausgeweitet wurden, gibt es ebenfalls eine Reihe neuer Ausgabenbeschlüsse, die alsbald haushaltswirksam werden.

Nimmt man alles zusammen, dann muß befürchtet werden, daß die Gesamtausgaben in den nächsten Jahren stärker steigen als bisher geplant.

III. Aufgaben der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Zur wirtschaftspolitischen Orientierung

17. Aus der Analyse der Lage der deutschen Wirtschaft und der absehbaren Entwicklung für das nächste Jahr läßt sich keine Sorge vor einer baldigen Konjunkturabschwächung herleiten. Es besteht kein Anlaß für konjunkturpolitisches Handeln. Auch einen weltwirtschaftlichen Schock, der Krisenmanagement erfordern könnte, erwarten wir für die nächste Zeit nicht.

Dagegen besteht Bedarf an einer entschlossenen Wachstumspolitik. Das Vertrauen der Öffentlichkeit kann die Wirtschaftspolitik nur durch eine überzeugende Konzeption und durch Kurstreue gewinnen. Die Konzeption muß mittelfristig angelegt sein, und sie muß mit allen Maßnahmen darauf abzielen, die Wachstumskräfte zu stärken und Friktionen zu vermindern, die der Nutzung von Wachstumschancen entgegenstehen.

Ad-hoc-Maßnahmen haben darin keinen Platz. Wirtschaftspolitisches Handeln sollte stets in mittelfristige Vorstellungen eingebunden sein.

18. Die hohe Arbeitslosigkeit ist bedrückend. Es gibt keine Therapie, die zugleich schnell, durchgreifend und dauerhaft Abhilfe schaffen könnte (JG 84 Ziffern 288 ff.). Dies hat seinen Grund darin, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit nicht mit einer niedrigen Auslastung der Sachkapazitäten einhergeht; sie ist in ihrem Kern nicht konjunkturbedingt. Vielmehr ist die Wachstumsdynamik zu schwach, als daß für das gestiegene und weiter steigende Arbeitskräfteangebot genügend produktive Arbeitsplätze entstehen könnten. Die Überlegungen, wie die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu beseitigen ist, müssen von dieser Erkenntnis ausgehen.

19. Dies gilt auch, wenn einzelne Branchen in eine Krise geraten. Es besteht dann eine starke Neigung, hier gezielt einzugreifen. Dabei muß man aber sehen: Sektorale Wirtschaftspolitik hat die strukturellen Verwerfungen, die heute das Wachstum unserer Wirtschaft beeinträchtigen, mitverschuldet. Sektorale Investitionsförderung und sektorale Beschäftigungsprogramme verzerren nicht nur den Wettbewerb, sondern sie verlängern auch die Anpassungskrise des Sektors, verschärfen sie oft sogar. Die Bauwirtschaft liefert ein anschauliches Beispiel. Die jahrzehntelange Förderung des Wohnungsbaus hat zunächst ein übersteigertes Wachstum der Baukapazitäten begünstigt und diese später, obwohl sich eine längerfristige Schrumpfung der Nachfrage anbahnte, auf zu hohem Niveau konserviert. Durch befristete Hilfen wurde die Unstetigkeit von Nachfrage und Produktion in der Bauwirtschaft nicht behoben, sondern, im Gegenteil, zuweilen noch verstärkt. Der jüngste Fall: Soweit die Stützung des Wohnungsbaus durch die Maßnahmen vom Herbst 1982 dazu beigetragen hat, daß Bauaufträge früher als ursprünglich geplant vergeben wurden, fällt diese Nachfrage heute aus, so daß die ohnehin schwierige Situation im Baugewerbe jetzt noch verschlimmert worden ist.

Sektorspezifische Probleme sollten also die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik nicht länger bestimmen; die Wirtschaftspolitik sollte sich vielmehr stets an dauerhaft wichtigen Aufgaben orientieren (Ziffer 32). So muß man beispielsweise den Umweltschutz um dieser Aufgabe willen verbessern, nicht aber um der Bauwirtschaft willen.

Finanzpolitischer Handlungsbedarf

20. Die Finanzpolitik muß die Konsolidierung konsequent fortsetzen und die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte (qualitative Konsolidierung) entschlossen in Angriff nehmen.

Der Sachverständigenrat hat in seinen früheren Gutachten wiederholt darauf hingewiesen, daß das Wirtschaftswachstum gestärkt werden muß und daß es hierzu erforderlich ist, die Staatsquote zu senken; anderenfalls könnte der fortgesetzte Abbau der Haushaltsdefizite nur dadurch erkauft werden, daß die Abgabenquote erhöht wird. Hohe sowie steigende Steuern und Sozialabgaben bremsen die Wachstumsdynamik nicht weniger als ein Zinsauftrieb, der von der Staatsverschuldung ausgelöst wird. Die Konsolidierungspolitik darf sich deshalb nicht nur darauf beschränken, die Haushaltsfehlbeträge abzubauen, um das Zinsniveau zu drücken, sondern sie muß darüber hinaus auch die Belastung durch Abgaben aller Art senken, damit die Wachstumskräfte nachhaltig gestärkt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, genügt es nicht, den Ausgabenanstieg auf allenfalls 3 vH zu begrenzen, wie es die mittelfristige Finanzplanung vorsieht. Dies senkt zwar die Staatsquote, nicht weniger dringlich ist es aber, die Struktur der Ausgaben und Ausgabenregelungen sowie die Struktur der Einnahmenregelungen zu verändern. Leistungsbereitschaft und Investitionsneigung lassen sich erhöhen, wenn — insoweit aufkommensneutral — das Steuersystem umstrukturiert und Steuervergünstigungen abgebaut werden, beides mit dem Ziel, den An-

stieg sowie die absolute Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommensbesteuerung zu senken und die auf Investitionen lastenden Steuern zu verringern. Der notwendige strukturelle Wandel kann gefördert werden, indem die Staatsausgaben umgeschichtet, insbesondere die Subventionen zügig abgebaut und wieder mehr Mittel für öffentliche Infrastrukturinvestitionen eingesetzt werden.

21. Die Haushaltsfehlbeträge sind namentlich in den Jahren 1982 und 1983 rasch abgebaut worden. Die Finanzpolitik hat dadurch wieder Handlungsspielraum gewonnen; wie er genutzt werden kann, hat der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten in drei Optionen verdeutlicht (JG 84 Ziffern 439 ff.). Die erste Option geht von einer konstanten Staatsquote aus und entspricht nicht den Zielen, die in den mittelfristigen Finanzplanungen der meisten Gebietskörperschaften anvisiert werden. Sie ist nicht darauf gerichtet, das Wirtschaftswachstum zu beleben.

Bei der zweiten und bei der dritten Option wurde unterstellt, daß die Staatsquote gesenkt wird, wie es dem erklärten politischen Willen entspricht. Bei der zweiten Option wird die Steuerquote konstant gehalten und die (konjunkturbereinigte) Kreditfinanzierungsquote vermindert. Diese bleibt dagegen bei der dritten Option konstant. Dafür sinkt die Steuerquote. Der Sachverständigenrat schätzt diese beiden Wege zur Belebung der Wirtschaftsdynamik — und alle Wege zwischen ihnen — gleichwertig ein, soweit sie jeweils angemessen durch die Umstrukturierung der Haushalte ergänzt werden (JG 84 Ziffer 487).

22. Tatsächlich ist die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte verschlechtert worden. Entgegen allen Absichtserklärungen haben die Subventionen im Jahre 1984 erheblich zugenommen, stärker noch, als es in der Haushaltsplanung ohnehin vorgesehen war. Diesem Umstand ist es auch im wesentlichen zuzuschreiben, daß das strukturelle Defizit bei den Gebietskörperschaften noch nicht vollständig abgebaut wurde, wie es der Sachverständigenrat im letzten Jahresgutachten erwartet hatte. Zusammen mit der defizitären Entwicklung bei den Sozialversicherungsträgern war der Fehlbetrag im gemeinsamen Haushalt um 10 Mrd DM größer, als es der Sachverständigenrat für 1984 eingeschätzt hatte (Ziffer 15).

Die gestiegene Ausgabenbelastung der gesetzlichen Krankenversicherungen hat auch eine weitere negative Konsequenz: Im Jahre 1985 sind die Beitragssätze der Sozialversicherungen erhöht worden; für 1986 muß mit weiteren Anhebungen gerechnet werden. Die Beitragslast wird also steigen und die belebende Wirkung der für 1986 vorgesehenen Steuersenkung abschwächen. Bei der Würdigung der Stärke dieses Effektes muß auch berücksichtigt werden, daß die für 1986 vorgesehene Steueränderung die Lohnsteuerlast ohnehin nur um rund 9 Mrd DM vermindern wird, während die Einnahmen aus der Lohnsteuer allein seit der letzten Tarifermäßigung im Jahre 1981 um schätzungsweise 21 Mrd DM stärker zugenommen haben, als es bei Parallelentwicklung von Lohnsteueraufkommen und Lohneinkommen der Fall gewesen wäre. Die erhöhte Steuerbelastung ist im wesentlichen der Geldentwertung und nicht einem erheblichen Anstieg der Realeinkommen zuzuschreiben.

23. Um die Leistungsbereitschaft zu erhöhen, ist es wünschenswert, den finanzpolitischen Handlungsspielraum für Steuersenkungen auszuschöpfen. Eine Möglichkeit bestünde darin, daß die Steuersenkung statt — wie beschlossen — in zwei Etappen in einem Schritt bereits 1986 erfolgt. Wenn wir die in den Ziffern (9 ff.) beschriebenen Annahmen zugrunde legen, wäre der Finanzierungssaldo bei der einstufigen Entlastung im Jahre 1988 und danach annähernd so hoch wie bei der zweistufigen Steuersenkung. Für die Jahre 1986 und 1987 ergäbe sich dagegen bei der einstufigen Lösung jeweils ein um schätzungsweise 6 Mrd DM höheres Defizit als bei der zweistufigen, gleiches Ausgabenverhalten vorausgesetzt. Der Anstieg der Haushaltsfehlbeträge wäre also nicht dauerhaft, sondern auf zwei Jahre begrenzt.

Unsere Schätzung berücksichtigt, daß die Aufkommenselastizität der Einkommensteuer nach einer Tarifermäßigung erfahrungsgemäß ansteigt. Die Mindereinnahmen aus einer Tarifsenkung bei der Einkommensbesteuerung schlagen in den ersten Haushaltsjahren kassenmäßig noch nicht voll zu Buche. Das Defizit im Haushaltsjahr 1988 wird bei der einstufigen Lösung aus diesen Gründen etwas höher sein als bei der zweistufigen. Der Unterschied im Defizit wird jedoch schon 1987 geringer ausfallen, als wir geschätzt haben, weil nach unserer Auffassung die Steuerentlastung die Wachstumskräfte, möglicherweise sogar rasch, anregen wird; das Defizit könnte 1988 aus dieser Sicht sogar kleiner sein als bei der zweistufigen Entlastung.

24. Bei der einstufigen Steuerentlastung dürfte die Schuldensumme für die Gebietskörperschaften vom Jahre 1988 an etwas höher sein als bei der zweistufigen, mit entsprechenden Konsequenzen für die Zinsbelastung des Staates. Ob sich das Zinsniveau bei einer steigenden Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand in den beiden Jahren des größeren Kreditbedarfs der Gebietskörperschaften erhöhen wird, erscheint zweifelhaft. Das wiederhergestellte Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen dürfte durch einen vorübergehenden Anstieg der Defizite, der in einer Steuersenkung wurzelt, nicht erneut beeinträchtigt werden. Das Risiko eines Vertrauenseinbruches ist eher dann gegeben, wenn sich die Anzeichen dafür verstärken sollten, daß der Zuwachs der öffentlichen Ausgaben nicht in den vorgesehenen Grenzen gehalten werden kann. Im Rahmen einer Politik, die das Wirtschaftswachstum fördern will, darf die Konsolidierung nicht mit steigenden Steuerlasten erkauft werden; es gilt vielmehr die Staatsquote zu senken. Gelänge es, die dafür erforderliche Ausgabendisziplin zu wahren, könnte die für 1986 beschlossene Senkung der Steuern gegenüber einer weitergehenden Steuerentlastung insofern der bessere Weg sein, als auf ihm ein stärkerer (Wieder-)Anstieg der Haushaltsdefizite vermieden werden könnte.

25. Gleichwohl ist es erstrebenswert, daß die Abgabenbelastung und insbesondere der Einkommensteuertarif schon im kommenden Jahr energischer gesenkt werden, als es bislang vorgesehen ist. Ordnungspolitisch und wachstumspolitisch ist es gleichermaßen dringlich, daß die Leistungsbereitschaft durch einen wirklich spürbaren Abbau des Anstiegs der Grenzsteuersätze wieder belebt wird. Die Entlastung der Einkommen durch eine solche Steuersenkung käme auch den Vorstellungen derjenigen entgegen, die stärker auf Nachfragepolitik setzen, als es hier geschieht. Schließlich scheint sich in der finanzpolitischen Praxis erneut zu bestätigen, daß sich Ausgabendisziplin überhaupt nur bei einer „Politik der leeren Kassen" — oder sachlich zutreffender formuliert: bei höheren Haushaltsdefiziten — wahren läßt. Zu dieser Befürchtung gibt die bereits erwähnte Tatsache Anlaß, daß sich der Fortschritt in der Konsolidierung im Jahre 1984 im Vergleich zu den Erfolgen der Jahre 1982 und 1983 deutlich verlangsamt hat. Seit dem Ende des Jahres 1982 sind überdies vielfach Transferzahlungen aufgestockt oder zumindest Erhöhungen vorbereitet worden, die als Korrektur von Konsolidierungsmaßnahmen im Sozialbereich zu bewerten sind und großenteils erst in den kommenden Haushaltsjahren ausgabenwirksam werden. Auf weitere künftige Belastungen des Bundeshaushalts ist bereits hingewiesen worden (Ziffer 16).

Sollten diese Indizien nicht trügen, wären die zweite und die dritte Option unter dem Einfluß der „politischen Sachzwänge" nicht mehr als gleichwertig anzusehen: Es wäre dann angezeigt, den finanzpolitischen Handlungsspielraum für Steuersenkungen schon im Jahre 1986 weitergehend auszuschöpfen, als es derzeit vorgesehen ist, um durch sinkende Einnahmen einen Druck auf die Rückführung der Staatsquote auszuüben.

26. Eine stärkere Senkung der Grenzsteuersätze ließe sich allerdings auch ohne ein neuerliches Anwachsen der Haushaltsdefizite erreichen, indem die Steuerbelastung umstrukturiert wird. Für den neuerdings in den Vereinigten Staaten beschrittenen Weg, die Steuerbemessungsgrundlage zu verbreitern und entsprechend die Steuersätze drastisch zu senken, hat der Sachverständigenrat bereits seit 1983 geworben (JG 83 Ziffern 406 ff. und JG 84 Ziffern 450 ff., insbesondere 459). Eine große Steuerreform dieses Stils bedarf gründlicher Vorbereitung und ist deshalb kurzfristig nicht zu realisieren. Das schließt aber nicht aus, daß die Bundesregierung schon jetzt die Schwerpunkte ihrer künftigen Steuerpolitik formuliert, um das Vertrauen der Bürger in die längerfristige Entwicklung zu stärken und um vor allem die eigenen Entscheidungen an den längerfristigen Zielen zu orientieren. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß der Sachverständigenrat nicht nur für eine Senkung des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze, sondern auch für die steuerliche Entlastung der Investitionen plädiert hat. Er hat auf diesen zweiten Aspekt einer wachstumsfreundlichen Steuerpolitik in den letzten Jahren mehrfach hingewiesen und die entsprechenden Möglichkeiten zusammenfassend jüngst noch einmal dargestellt (JG 84 Ziffern 462 ff.).

27. Auf eine solche längerfristige Konzeption sollte schon die Einkommensteuersenkung des Jahres 1986 ausgerichtet werden. Auch ohne eine Erhöhung des Defizits ist es nämlich möglich, schon im nächsten Jahr die Grenzsteuersätze der Einkommensteuer stärker zu ermäßigen, als dies bislang vorgesehen ist, indem die Steuerbelastung umstrukturiert wird. Man braucht nur die „Vorschläge zur Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer, steuerlichen Entlastung der Familien und für Umschichtungen im Steuersystem" aufzugreifen, die der Bundesminister der Finanzen im März 1984 unterbreitet hat. Einige dieser Vorschläge müßten sich noch 1985 im Gesetzgebungsverfahren verabschieden lassen, so daß sie im kommenden Jahr in Kraft treten könnten. Das gilt insbesondere für die zur Diskussion gestellte Anhebung indirekter Steuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungsteuer und Branntweinsteuer), aber auch für die Abschaffung einiger der dort genannten Steuervergünstigungen. Schon die Realisierung eines Teils der in den Vorschlägen erörterten Möglichkeiten würde es erlauben — bei allen Unsicherheiten, die unvermeidbar in solchen Rechnungen stecken —, die gesamte vorgesehene Einkommensteuersenkung 1986 zu verwirklichen, ohne daß sich das von uns für die einstufige Steuerentlastung auf 6 Mrd DM geschätzte zusätzliche Defizit ergäbe. Da eine Dekkung dieses zusätzlichen Fehlbetrages nur in den Haushaltsjahren 1986 und 1987 notwendig wird, könnten die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der indirekten Steuern und dem Abbau von Steuervergünstigungen vom Jahre 1988 an für einen weiteren Abbau der Grenzsteuersätze bei der Einkommensbesteuerung oder für die steuerliche Entlastung der Investitionen genutzt werden.

Der Konsolidierungserfolg hängt allerdings bei dieser Lösung davon ab, daß Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern Ausgabendisziplin wahren und den Ausgabenanstieg auf allenfalls 3 vH jährlich begrenzen. Gelingt dies, so ist die Kombination von Konsolidierung und stärkerem Abbau der Grenzsteuersätze als bislang vorgesehen nach unserer Überzeugung der beste Weg zu dem Ziel, die Wachstumsdynamik zu fördern und damit die Chancen zu verbessern, daß die dringend benötigten zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden.

28. Nachdem der Bundesrat der zweistufigen Steuersenkung 1986 und 1988 zugestimmt hat, ergäbe sich bei der einstufigen Einkommensteuersenkung nur kurzfristig ein zusätzliches Finanzausgleichsproblem in den Jahren 1986 und 1987, das eventuell durch Bundeszuschüsse nach Artikel 106 Absatz 4 Grundgesetz gelöst werden könnte.

29. Die Umstrukturierung der Staatsausgaben ist in die falsche Richtung gelaufen. Das gilt insbesondere für die Entwicklung der (offenen und verdeckten) Subventionen, die aus mehreren Gründen nicht hingenommen werden sollte. Betont sei nochmals, daß der Subventionsabbau nicht nur aus haushalts-

wirtschaftlichen, sondern auch aus wettbewerbspolitischen und vor allem aus wachstumspolitischen Gründen entschlossen in Angriff genommen werden muß. Würden diese problematischen Ausgaben konsequent zurückgeführt, ließen sich nicht nur dringend benötigte Mittel für die Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben, sondern auch zusätzlicher Spielraum für den weiteren Abbau der Grenzsteuersätze und für die steuerliche Entlastung von Investitionen gewinnen.

30. Unbestritten ist, daß zumindest bei den Kommunen ein beträchtlicher Investitionsbedarf in verschiedenen Bereichen besteht. Wichtige Aufgaben der Stadterneuerung und der Stadtentwicklung sind in den letzten Jahren wegen der Haushaltssituation der Gemeinden immer wieder zurückgestellt worden. So sind beispielsweise die Sanierung der Altdeponien, die Modernisierung der Abfallbeseitigung und die Sanierung der Abwassersysteme nicht in dem Maße vorangekommen, wie es aus Umweltschutzgründen erforderlich gewesen wäre.

Die Haushaltssituation der einzelnen Gemeinden ist zwar sehr unterschiedlich, insgesamt gesehen aber inzwischen weit besser als die von Bund und Ländern. Trotzdem ist die Investitionsneigung der Gemeinden gering. Dies ist auch auf deren Unsicherheit über die weitere Einnahmenentwicklung zurückzuführen. Die beschlossene Senkung der Einkommensteuer mindert die Einnahmen der Kommunen; offen ist, inwieweit dies durch die Beteiligung an dem erhöhten Länderanteil der Umsatzsteuer ausgeglichen wird. Einige Länder haben sich vorbehalten, zur Konsolidierung ihrer Haushalte die Regelungen für den kommunalen Finanzausgleich erneut zu ändern. Schließlich muß damit gerechnet werden, daß die Gewerbesteuer im Rahmen einer Steuerreform abgeschafft wird. Es ist deshalb bedauerlich, daß der vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen und wiederholt vom Sachverständigenrat unterbreitete Vorschlag, die Gewerbesteuer durch eine Wertschöpfungsteuer zu ersetzen und das Aufkommen dieser Abgabe den Gemeinden zuzuweisen, vom Gesetzgeber bislang nicht aufgegriffen wurde (SG 82 Ziffern 79 ff., JG 82 Ziffer 240, JG 83 Ziffern 399 ff. und JG 84 Ziffer 470).

Eine baldige Einigung über eine solche Reform würde die Unsicherheit der Gemeinden, wie sie den Kapitaldienst für neu aufzunehmende Kredite mittelfristig und gegebenenfalls langfristig überhaupt leisten können, weitgehend abbauen. Wenn die Kommunen fest mit einer stabilen Basis und möglichst auch mit einer Verbesserung der eigenen Steuereinnahmen rechnen können, sind auch befristete Finanzierungshilfen für eine Erhöhung der Investitionsausgaben — gewissermaßen im Vorgriff auf das später ohnehin Vorgesehene — vertretbar. Die Kommunen werden dann Kosten und Nutzen ihrer Maßnahmen bewerten, das heißt Effizienzkriterien anlegen.

Allerdings ist sowohl in diesem Falle als auch bei allen anderen investiven Vorhaben zu beachten, daß eine Ausweitung dieser Ausgaben ebenfalls nur in einem Rahmen möglich ist, der die Konsolidierungsbemühungen nicht durchkreuzt. Das bedeutet, daß der Zuwachs der Investitionsausgaben im wesentlichen aus Einsparungen bei anderen Etatpositionen, namentlich bei den Subventionen, finanziert werden muß, damit der Pfad eines allenfalls dreiprozentigen Ausgabenzuwachses nicht verlassen wird.

Gegen konjunkturpolitische Bauprogramme

31. Die auf schnelle Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten wirtschaftspolitischen Aktionen und Vorschläge konzentrieren sich gegenwärtig auf die private Bauförderung sowie auf öffentliche Investitionen mit hohem Anteil der Bauleistungen. Nach dem gegenwärtigen Informationsstand wird in der Bundesregierung folgendes erwogen:

— Die Stadterneuerung soll gefördert werden, indem der Bund seine Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 1986 und 1987 verdreifacht. Zusammen mit der Verpflichtung von Ländern und Gemeinden, ihre Mittel zu verdoppeln, sollen damit pro Jahr rund 2½ Mrd DM zur Verfügung gestellt werden.

— Für Gemeindeinvestitionen, insbesondere im Umweltschutz, in der Grundwasserversorgung, Abwasserreinigung und Abfallbeseitigung, sollen in den Jahren 1986 und 1987 zusätzliche zinsgünstige ERP-Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau von jeweils rund 800 Mio DM gewährt werden.

— Die Modernisierung des Wohneigentums soll durch erweiterte Anwendung des § 82a EStDV auf Umweltschutz und Bestandspflege begünstigt werden.

— Die Abschreibungsfrist für Wirtschaftsbauten soll von 50 Jahren auf 25 Jahre herabgesetzt werden. Der lineare Abschreibungssatz würde damit auf 4 vH pro Jahr steigen, in der degressiven Abschreibungsstaffel sollen höhere Abschreibungen in den Anfangsjahren vorgenommen werden können. Die Steuerausfälle werden auf zunächst 600 Mio DM, danach auf 1 Mrd DM geschätzt.

Weiter noch als die gegenwärtigen Planungen der Bundesregierung gehen die von verschiedenen Seiten gestellten Forderungen, auch den Neubau von Wohnungen zu fördern, und umfangreiche Sonderprogramme, insbesondere für den Umweltschutz und das Energiesparen, aufzulegen.

32. Stadterneuerung und Umweltschutz, Wasserversorgung und Entsorgungssysteme bilden Schwerpunkte künftiger kommunaler Investitionstätigkeit. Insoweit setzen die von der Bundesregierung geplanten Förderungsmaßnahmen einen Akzent, der den Aufgaben in den Gemeinden entspricht. Die Planung der Investitionen aufgrund der besonderen Gegebenheiten und der Prioritäten der einzelnen Gemeinden sowie die Durchführung dieser Investitionen erfordern nicht nur eine langfristig gesicherte Finanzierung, sondern auch Finan-

zierungsformen, bei denen die Nutzen und die Kosten der einzelnen Maßnahmen unverzerrt bewertet werden. Bei den von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen steht die schnelle Hilfe zugunsten der Bauwirtschaft im Vordergrund, nicht die bestmögliche Erfüllung der alten und neuen Aufgaben gemeindlicher Entwicklung und Erneuerung. Die geplanten Maßnahmen bieten nicht die Perspektive einer langfristig sicheren Finanzierung. Soweit Formen der Mischfinanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden angewandt werden, führen sie außerdem zu einer verzerrten Bewertung der Investitionsvorhaben durch die Gemeinden.

Mit der Ankündigung, das Gemeindefinanzsystem auf eine dauerhafte, stabile Grundlage zu stellen, wäre eine entschieden bessere Basis für die Planung der Gemeindeinvestitionen geschaffen worden. Auch kurzfristig könnte sich dies als wirksamer erweisen als die jetzt vorgesehenen Maßnahmen.

33. Im Aktionsprogramm der Bundesregierung ist eine verstärkte Förderung des Neubaus von Wohnungen nicht vorgesehen. Das ist gut so. Mit solchen Maßnahmen würden die bestehenden Marktungleichgewichte nur noch verschärft, den schon vorhandenen Leerständen würden weitere hinzugefügt, die Relation der erzielbaren Mieten zu den Kosten des Wohnens würde noch weiter verschlechtert werden. Zwangsläufige Folge wäre ein noch tieferer Einbruch der Wohnungsneubautätigkeit in den folgenden Jahren.

Die von der Bundesregierung geplante Modernisierungsförderung für Wohneigentum steht im Widerspruch zu der beschlossenen Privatgutlösung. Die Steuerbefreiung für das selbstgenutzte Wohneigentum läßt es steuersystematisch nicht zu, Sonderabschreibungen für die Bestandspflege und den Umweltschutz zu gewähren. Die Modernisierungsförderung würde vermutlich beträchtliche Mitnahmeeffekte auslösen, weil die Pflege des Wohnungsbestands ohnehin mit den Wünschen und dem Interesse der Wohnungseigentümer im Einklang steht. Wo es nicht zu Mitnahmeeffekten kommt, würden mit der Förderung der Wohnungsmodernisierung Investitionen angeregt, die sonst unterblieben wären, weil die Eigentümer die Kosten höher einschätzen als den Nutzen.

In der öffentlichen Diskussion ist vorgeschlagen worden, den Zeitpunkt für die neue steuerliche Regelung des selbstgenutzten Wohneigentums zeitlich vorzuverlegen, um dadurch den Wohnungsneubau anzuregen. Die Bundesregierung hat sich diesen Vorschlag nicht zu eigen gemacht. Ob die angestrebte Zunahme des Wohnungsneubaus tatsächlich auf diesem Wege erreicht werden kann, scheint zweifelhaft. So wird nach dem noch geltenden Recht der Bau eines zum Teil selbstgenutzten Zweifamilienhauses steuerlich stärker gefördert, als dies nach der vorgesehenen Rechtsänderung der Fall sein wird. Für den Bauherren eines selbstgenutzten Einfamilienhauses hängt es von der Anzahl der Kinder, der Höhe der Herstellungskosten und anderem mehr ab, ob die neue Regelung für ihn steuerlich vorteilhafter ist. Zur Zeit kann er die Möglichkeit eines erweiterten Schuldzinsenabzuges noch für solche Bauvorhaben nutzen, die bis Ende 1986 fertiggestellt werden. Dies bedeutet eine hohe Anfangsentlastung für viele Bauherren.

34. Die geplante Verkürzung des Abschreibungszeitraums für Wirtschaftsbauten wird offenkundig allein von dem Ziel bestimmt, die Bautätigkeit anzuregen. Eine Verkürzung der Abschreibungsfristen läßt sich nur dann vertreten, wenn sie mit der voraussehbaren tatsächlichen Nutzungsdauer korrespondiert. Bei der geplanten pauschalen Verkürzung der Abschreibungsdauer findet dieser Aspekt offenbar keine Berücksichtigung. Eine differenzierte Regelung, die den wirtschaftlichen Verwendungsbedingungen der verschiedenen Gebäudetypen Rechnung trägt, ist einer pauschalen Kürzung der Nutzungsdauer entschieden vorzuziehen.

Es ist in Erinnerung zu rufen, daß die Staffel der degressiven Abschreibung seit Mitte der siebziger Jahre mehrmals geändert worden ist. Zuletzt wurde der Eingangssatz von 3,5 vH auf 5 vH erhöht, jetzt soll er weiter auf 10 vH gesteigert werden, ohne daß dies mit Argumenten zum zeitlichen Verlauf der Gebäudewerte während der Nutzung begründet worden ist.

Eine Kürzung der Abschreibungszeiten nur für neue Gebäude würde außerdem die steuerliche Gleichbehandlung von Neubauten und Bestandserneuerungen in Frage stellen. Heute können umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Betriebsgebäuden oft nicht mehr als Erhaltungsaufwand geltend gemacht werden. Sie stellen somit nachträglichen Herstellungsaufwand dar. Dieser kann in vielen Fällen nur noch linear abgeschrieben werden. Dadurch werden durchgreifende Sanierungsmaßnahmen schlechter gestellt als Neubauten.

35. Die Beschäftigungswirkung der geplanten Förderungsmaßnahmen zugunsten der Bauwirtschaft ist ungewiß. Temporär, solange die Maßnahmen wirken, wird es sicherlich zu einer Mehrbeschäftigung im Hochbau und im Tiefbau kommen; ob das ausreicht, die Beschäftigungsentwicklung in der Bauwirtschaft mehr als zeitweise umzukehren, erscheint zweifelhaft. Der kurzfristige Beschäftigungserfolg muß nach allen Erfahrungen mit früheren Bauprogrammen auf mittlere und längere Sicht durch erneute Beschäftigungseinbrüche erkauft werden.

V.

Zu Deflationierungsmethoden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Brief des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes an den Sachverständigenrat

Statistisches Bundesamt
Der Präsident

6200 Wiesbaden, 6. November 1985

Herrn Prof. Dr. Hans Karl Schneider
Vorsitzender des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Betr.: Deflationierungsmethoden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Bezug: Jahresgutachten 1984/85, Ziffer 246 ff.

Sehr geehrter Herr Professor Schneider!

In seinem Gutachten 1984/85 schlägt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ziffer 252 vor, „daß die amtliche Statistik auch für die Wertschöpfung der Wirtschaftszweige neben den Angaben zu jeweiligen Preisen und zu konstanten Preisen den inflationsbereinigten Realwert ausweist." Ihrer Bitte, zu diesem Vorschlag Stellung zu beziehen, kommt das Statistische Bundesamt gerne nach.

Wir haben den Vorschlag des Sachverständigenrates sorgfältig geprüft und halten es für notwendig, die damit zusammenhängenden Fragen zunächst mit einem breiteren Kreis von Benutzern der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu erörtern, bevor an eine Veröffentlichung zweier verschiedener Ergebnisse für den (scheinbar) gleichen Tatbestand: „reale" Entwicklung des Sozialprodukts bzw. der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, gedacht werden kann. Dabei sind die Vor- und Nachteile der beiden Deflationierungsmethoden aus theoretischer und praxisorientierter Sicht abzuwägen. Es muß auch bedacht werden, daß möglicherweise dem „Mehr" an bereitgestellter Information die erhöhte Gefahr der Mißinterpretation und Verwechslung der Ergebnisse und damit der Verwirrung weniger erfahrener Benutzer gegenübersteht.

Das Statistische Bundesamt hatte beabsichtigt, noch in diesem Jahr interessierte Stellen zu einer Erörterung dieser Fragen einzuladen. Wegen anderer Arbeiten mit höherer Priorität (u. a. Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit Übergang auf die neue Preisbasis 1980) ist es aus Termingründen jedoch nicht möglich gewesen, die für eine solche Besprechung notwendigen Vorarbeiten zu leisten. Wir hoffen, im nächsten Jahr dazu in der Lage zu sein.

Zu den Ausführungen des Sachverständigenrates im Jahresgutachten 1984/85 Ziffer 246 bis 253 (Abschnitt XII: „Was ist das reale Sozialprodukt?") sei in diesem Schreiben deshalb nur kurz Stellung bezogen. Bei dem Vorschlag, auch „inflationsbereinigte" Größen zu berechnen, spielt u. a. die Wahl eines zutreffenden Preisindex eine große Rolle. Hierfür gibt es zur Zeit weder theoretisch begründete Auswahlkriterien noch allgemein akzeptierte Kompromißvorschläge. Andererseits hängen die Ergebnisse der „Inflationsbereinigung" in hohem Maße von der getroffenen Indexwahl ab. Der Sachverständigenrat schlägt zwar einen Preisindex vor, doch kommen aufgrund ähnlicher Überlegungen eine ganze Reihe anderer Preisindizes ebenfalls in Betracht. Das Statistische Bundesamt hält es nicht für richtig, durch eine mehr oder minder willkürlich getroffene Wahl quasi „per Amt" zu verkünden, welches der angemessene Indikator für den allgemeinen Geldwertschwund ist. Vielmehr sollte die Wahl eines Preisindex primär zweckorientiert erfolgen.

Die grundsätzlichen Überlegungen des Rates zur Berechnung „inflationsbereinigter" Größen treffen zu, wenn es primär darum geht, die allgemeine Kaufkraftentwicklung des Geldes oder des Einkommens zu messen. Es geht dabei um die Frage: Welche Gütermenge kann man für das Einkommen kaufen? Unter dieser Fragestellung ist eine Deflationierung mit einem allgemeinen (generellen) Preisindex oder mit sektorspezifischen Preisindizes, die die Nachfrage der Einkommensempfänger nach Gütern repräsentieren, die angemessene Deflationierungsmethode. Allerdings betont der Sach-

verständigenrat in dem o. g. Abschnitt XII einseitig die Einkommensseite des Sozialprodukts und der sektoralen Wertschöpfung, obwohl das Sozialprodukt auch als Gütergesamtheit zu verstehen ist.

Das Statistische Bundesamt stellt in seinen Berechnungen „in konstanten Preisen" primär auf die reale (volumenmäßige) Entwicklung des Güteraufkommens und seiner Verwendung ab. Es beabsichtigt ausdrücklich nicht, die Realentwicklung von Einkommen darzustellen, was bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten ist. Für die vom Statistischen Bundesamt angestrebte volumenorientierte Darstellung ist die Deflationierung mit speziellen Preisindizes zweifellos die richtige Preisbereinigungsmethode; sie sollte auch unverändert beibehalten werden.

Während eindeutig gesagt werden kann, daß für eine realwert- bzw. kaufkraftorientierte Deflationierung die Verwendung genereller Preisindizes (wie vom Sachverständigenrat vorgeschlagen) und für eine mengen- bzw. volumenorientierte Deflationierung ein Einsatz spezieller Preisindizes (wie vom Statistischen Bundesamt praktiziert) die angemessene und korrekte Methode der „Preisbereinigung" ist, ist diese Frage bezogen auf die Wertschöpfung als Maß für die wirtschaftliche Leistung der einzelnen Unternehmen oder Wirtschaftsbereiche nicht ganz so klar beantwortbar. Das liegt vor allem daran, daß es für die „wirtschaftliche Leistung", berechnet als Überschuß des Produktionswertes über die Vorleistungen, keine statistisch meßbare Mengeneinheit — und damit auch keine Preiskomponente — gibt. Dieses Problem wird seit langem national und international diskutiert, viele Lösungsvorschläge wurden erwogen und verworfen. Die vom Statistischen Bundesamt angewandte Methode der doppelten Deflationierung, d. h. getrennte Preisbereinigung von Produktionswert und Vorleistungen mit für diese Güter typischen (speziellen) Preisindizes und Ermittlung der Wertschöpfung in konstanten Preisen als Differenz, ist die in den internationalen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen allgemein empfohlene Methode, die, soweit uns bekannt ist, auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aller Länder angewandt wird, soweit es das dort verfügbare statistische Basismaterial erlaubt. Von seltenen, extremen Ausnahmen abgesehen, führt die Methode der doppelten Deflationierung auch zu sehr plausiblen und gut interpretierbaren Ergebnissen für die „reale" wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite betrachtet, so daß diese Methode durchaus als die bestmögliche bezeichnet werden kann. Betrachtet man dagegen die Wertschöpfung von der Einkommensseite und fragt, wieviel Güter für die entstandenen Einkommen gekauft werden können, so ist die vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Methode grundsätzlich angebracht. Beide Methoden beantworten jedoch unterschiedliche Fragen.

Gegen Berechnungen in konstanten Preisen kann generell eingewandt werden, daß die Vorgänge zwar unter Ausschaltung von Preisveränderungen dargestellt werden, daß jedoch das gesamte Wirtschaftsgeschehen anders abgelaufen wäre, wenn sich die Preise nicht verändert hätten. Dieser im Grund richtige Einwand gilt gegen alle Formen der Deflationierung (also auch gegen die realwertorientierte). Insofern ist jede Darstellung in konstanten Preisen eine Fiktion. Besonders ausgeprägt ist der fiktive Charakter bei der Darstellung der „realen" Wertschöpfung, wiederum unabhängig von der gewählten Methode (zum Beispiel herkömmliche Methode oder Realwertmethode). Denn wird etwa der „Realwert" der Wertschöpfung mit Hilfe eines generellen Deflators ermittelt, so wird implizit unterstellt, daß für die entstandenen Einkommen die im Preisindex jeweils repräsentierten Güter gekauft werden, was gesamtwirtschaftlich u. U. noch vertreten werden kann, in der Betrachtung nach Bereichen jedoch mit Sicherheit nicht zutrifft.

Mit diesen knappen Hinweisen konnten nur ausgewählte, wichtige Aspekte der Gesamtproblematik angesprochen werden. Wir hoffen, daß die Vorschläge im Abschnitt XII des Gutachtens auf der geplanten Besprechung, zu der selbstverständlich auch Vertreter des Sachverständigenrates eingeladen werden, ausführlicher und umfassender erörtert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Egon Hölder

VI.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:
   - t Zeitindex (Jahre)
   - K_t durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
   - Y_t reales Bruttoinlandsprodukt
   - Y_t^* gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
   - P_t^* Produktionspotential des Sektors Unternehmen
   - k_t empirisch gemessene Kapitalproduktivität
   - $\hat{k}_t$ trendmäßige Kapitalproduktivität
   - k_t^* trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
   - λ_t Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden für die Jahre 1960 bis 1970 trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivitäten dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird der Zeitraum von 1960 bis 1974 verwendet.

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1971 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Es werden jedoch gleitende Zehnjahres-Stützbereiche verwendet. Für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972, 1973 usw. werden also die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971, 1963 bis 1972, usw. genommen.

   Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß jeweils der Wert des vorangegangenen Jahres nach Maßgabe der Abnahmerate des Trends im zugehörigen Stützbereich fortgeschrieben wird; k_t^* ergibt sich demnach als Produkt aus k_{t-1}^* und der Abnahmerate der Trendlinie mit dem Stützbereich [t–10 bis t–1].

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1985 um 5½ vH und 1986 um 8 vH zunehmen.
   - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97¼ vH zugrunde gelegt.

B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition sollen ein Urteil darüber ermöglichen, ob dem Anstieg der Nominallöhne eine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist. „Zurechnen" heißt nicht notwendigerweise auf eine aktive Rolle der Lohnpolitik, ver-

stärkten Lohndruck etwa, abheben. Eine Änderung der Reallohnposition würde sich auch ergeben, wenn etwa wegen Nachfrageschwäche die Preise sinken, während die Lohnkosten je Produkteinheit konstant bleiben. Aufgrund der Schwierigkeiten, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für den privaten Sektor nur auf dessen Kostenniveau ankommt, bleibt der Staat als Produktionsbereich in den Rechnungen zur Reallohnposition außer Betracht.

Die Reallohnposition bleibt nach unserer Definition unverändert, wenn die Löhne mit einer Rate steigen, bei der sich die Löhne je Produkteinheit im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen je Produkteinheit, diese vermindert um die übrigen Kosten je Produkteinheit, nicht verändern.

2. Einer Lohnerhöhung gleichzusetzen ist, wenn die Beiträge angehoben werden, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu entrichten haben.

3. Die wichtigste Einflußgröße für die Betrachtung von Veränderungen der Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen ist die Veränderung des Realwerts des Sozialprodukts je Erwerbstätigen im privaten Sektor der Volkswirtschaft. Im Realwert des Sozialprodukts schlagen sich Änderungen in den Austauschbedingungen mit dem Ausland nieder: Er steigt, wenn unter sonst gleichen Bedingungen die im Exportgeschäft erzielten Preise stärker steigen als die Preise für die im Inland verwendeten Güter; er sinkt, wenn die für Importe zu zahlenden Preise stärker steigen als das Preisniveau der letzten inländischen Verwendung.

   Die Zuwachsrate des Realwerts des Sozialprodukts je Erwerbstätigen spalten wir auf den in Produktivitätseffekt im engeren Sinn, das ist die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen je Erwerbstätigen im privaten Sektor, und in den Terms-of-Trade-Effekt, der für den isolierten Einfluß geänderter Austauschrelationen auf die Reallohnposition steht.

4. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmen die Preise für die an die privaten Haushalte und an den Staat abgesetzten Güter verändern; die Preisänderungen für ausgeführte Güter sind bereits im Realwert des Sozialprodukts berücksichtigt. Allerdings ist zu beachten, daß ein Teil der Preisveränderungen ohne Einfluß auf die Reallohnposition ist; werden nämlich die indirekten Steuern erhöht (oder die Subventionen des Staates an die Unternehmen gesenkt) und umgekehrt, dann führen entsprechende Preisveränderungen nicht zu einer Veränderung im Kalkül der Unternehmen. Wohlgemerkt, in beiden Fällen kommt es darauf an, wie sich die Größe (Aufkommen an indirekten Steuern, gezahlte Subventionen) im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen verändert hat. In den Rechnungen zur Reallohnposition wird das Kosten-Äquivalent der Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen gesondert ausgewiesen.

5. Schließlich ist bedeutsam, daß die Kapitalkosten, die die Unternehmen zu tragen haben, dauerhaften Änderungen unterliegen können, die wie Veränderungen der Arbeitsproduktivität die Reallohnposition verändern. Die Kapitalkosten setzen sich zusammen aus den Abschreibungen auf das Anlagevermögen und der Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

   Die Abschreibung vom Anlagevermögen setzen wir in jedem Jahr in der Höhe an, wie sie bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Unternehmenssektors angefallen wären. Wir nehmen also insofern eine Konjunkturbereinigung vor. Denn eine Lohnpolitik, die wir kostenniveauneutral nennen, würde Schwankungen der Kapitalkosten, die über konjunkturelle Bewegungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials zustandekommen, nicht in Rechnung stellen.

   Die Rechnungen zur Abschätzung der Zinskosten trennen wir aus methodischen Gründen vorerst ab von den übrigen Bestimmungsfaktoren der Reallohnposition (JG 84 Ziffern 185 ff. sowie Anhang IV, Abschnitt B).

6. Die Reallohnposition ohne Zinskosten ist danach definiert als

$$RLP_t^{oZ} = \frac{\dfrac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}}}{\left(\dfrac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \dfrac{RSP_t}{BIP_t^r} - \dfrac{AK_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}}\right) P_t^{oTS}}$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
BIP^r	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980
RSP	Realwert des Sozialprodukts in Preisen von 1980
oSt	Gesamtwirtschaft ohne Staat
t	jeweiliges Beobachtungsjahr
AK^r	Abschreibungskosten in Preisen von 1980. Sie sind definiert als $AK^r = D^{r,oSt} \cdot \frac{BIP^{r,oSt}}{PP^{r,oSt} \cdot 0{,}97}$
D^r	Abschreibungen des Anlagevermögens in Preisen von 1980
PP^r	Produktionspotential in Preisen von 1980
P^{oTS}	Preisindex für privaten Verbrauch und staatliche Käufe ohne indirekte Steuern und Subventionen

7. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie sie in Tabelle 6 ausgewiesen ist, gilt

$$q_{RLP^{oZ}} - 1 = \frac{\dfrac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}} \cdot \dfrac{1 + \dfrac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \dfrac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}}{\dfrac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} \cdot \dfrac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} \cdot \dfrac{1 - \dfrac{AK_t^{r,oSt}}{BIP^{r,oSt} \cdot \dfrac{RSP_t}{BIP_t^r}}}{1 - \dfrac{AK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt} \cdot \dfrac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}^r}}} \cdot q_{P^{oTS}}} - 1$$

Dabei bedeutet q das Verhältnis des Wertes der jeweiligen durch das Suffix bezeichneten Größe im Jahr t zu dem Wert im Jahr t-1, zum Beispiel:

$$q_{BLGS^{oSt}} = \frac{BLGS_t^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}$$

Die Werte in den Spalten der Tabelle 6 im Textteil errechnen sich wie folgt. (Die Zahlen in Klammern entsprechen den Spaltenbezeichnungen.)

(1) $\dfrac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}} - 1$ — die Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer im privaten Sektor

(2) $\dfrac{1 + \dfrac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \dfrac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}} - 1$ — der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber im privaten Sektor

(3) $\dfrac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} - 1$ — die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes in konstanten Preisen je Erwerbstätigen im privaten Sektor

(4) $\dfrac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} - 1$ — der Terms-of-Trade-Effekt

(5) $\dfrac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} \cdot \dfrac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} - 1$ — die Zuwachsrate des Realwerts des Sozialprodukts je Erwerbstätigen im privaten Sektor

$q_{P^{oTS}} - 1$ — die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe (ohne indirekte Steuern abzüglich Subventionen). Es gilt

$$q_{P^{oTS}} = \frac{1 - \dfrac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \dfrac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} \cdot q_P$$

Im einzelnen ist dabei:

(6) $\dfrac{1 - \dfrac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \dfrac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} - 1$ — die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe, soweit sie rechnerisch auf Veränderungen von indirekten Steuern und Subventionen zurückgeführt werden kann.

Die Symbole bedeuten:

P	Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe
T	Indirekte Steuern
S	Subventionen
PV	Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen
SK	Staatliche Käufe (Anlageinvestitionen des Staates und Staatsverbrauch abzüglich Bruttowertschöpfung des Staates)

(7) $q_P - 1$ — die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

(8) $$\frac{1 - \dfrac{AK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt} \cdot \dfrac{RSP_t}{BIP_t^r}}}{1 - \dfrac{AK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt} \cdot \dfrac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}^r}}} - 1$$ der Abschreibungseffekt

8. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu konstanten Preisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Beim Geldvermögen nehmen wir die Entwicklung des Geldvermögens im Sektor Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen als Maßstab für die Entwicklung des gesamten im Unternehmenssektor gebundenen Geldvermögens; der Geldwertschwund wird entsprechend dem Anstieg der Verbraucherpreise berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zinskosten ist außerdem noch ein Realzins zu bestimmen. Diesen haben wir aus der Umlaufsrendite für festverzinsliche Wertpapiere sowie der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch abgeleitet; diese beiden Größen bilden am ehesten ab, welchen Nutzen ein Investor aus seinem Kapital hätte ziehen können, wenn er es nicht im Unternehmen eingesetzt hätte.

Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Reallohnposition nicht berühren sollten, müssen diese nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ein Trend im Realzins verändert aber durchaus den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen. Wir versuchen, dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr einen geglätteten Wert des Realzinssatzes ansetzen. In diesen Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Realzinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Realzinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein.

Nicht nur über die kurzfristigen Einflüsse auf die Zinsen, sondern auch über die konjunkturellen Bewegungen im Auslastungsgrad des Kapitalstocks kommt es zu Schwankungen in den Kapitalkosten je Produkteinheit und damit zu Schwankungen der Reallohnposition. Wir nehmen daher bei den Zinskosten – in gleicher Weise wie bei den Abschreibungskosten – eine Konjunkturbereinigung vor.

Es sind demzufolge

ZK^r die Zinskosten in Preisen von 1980. Sie sind definiert als

$$ZK_t^{r,oSt} = (ALV_t^{r,oSt} + VV_t^{r,oSt} + GV_t^{oSt} \cdot \left.\frac{P_{1980}^{PV}}{P_t^{PV}}\right] \cdot i_t \cdot \frac{BIP_t^{r,oSt}}{PP_t^{r,oSt} \cdot 0{,}97}$$

ALV Anlagevermögen in Preisen von 1980 im Jahresdurchschnitt

VV Vorratsvermögen in Preisen von 1980 im Jahresdurchschnitt

GV Geldvermögen der Unternehmen einschließlich Wohnungsvermietung im Jahresdurchschnitt, ohne Aktien

i Mittelfristiger Realzins, ermittelt als gewogenes arithmetisches Mittel aus den Realzinsen im laufenden und den jeweils vorhergehenden elf Jahren. Das jeweils laufende Jahr geht mit einem Gewicht von 20 vH ein; die Gewichte verringern sich von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934. Der Realzins wird für jedes Jahr errechnet, indem die Umlaufsrendite für festverzinsliche Wertpapiere mit dem Anstieg des Preisindex für den privaten Verbrauch deflationiert wird.

P^{PV} Preisindex für den privaten Verbrauch (1980 = 100)

Der in Schaubild 11 im Textteil ausgewiesene Zinskosteneffekt ist also

$$\frac{1 - \dfrac{ZK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt} \cdot \dfrac{RSP_t}{BIP_t^r}}}{\dfrac{ZK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt} \cdot \dfrac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}^r}} - 1} - 1$$

9. Im vergangenen Jahr haben wir verschiedene Änderungen an der Berechnungsweise der Reallohnposition vorgenommen. Der Übergang zu der Größe „Realwert des Sozialprodukts", der auch eine Neuformulierung des Terms-of-Trade-Effekts mit sich brachte, ist im JG 84 in Ziffer 182 sowie im Anhang IV, Abschnitt B, Ziffer 3 erläutert. Die Gründe dafür, daß wir die Berechnungen zum Zinskosteneffekt vorläufig getrennt weiterführen, werden in JG 84, Ziffern 185 ff. angeführt; Anhang IV, Abschnitt B erläutert die Folgerungen für die Berechnungsweise der Reallohnposition und enthält eine Tabelle, in der die Ergebnisse der alten und der neuen Rechnung gegenübergestellt sind. Die Änderung des Berechnungsverfahrens für den geglätteten Realzinssatz wird dort ebenfalls erläutert.

Wie im JG 80 Ziffer 145 erläutert, wurden die Rechnungen zur Reallohnposition schon einmal im Jahre 1980 verändert. Der frühere Rechengang ist in JG 79, Anhang V, Abschnitt B, dargestellt. Die Unterschiede betreffen vor allem den Ansatz von Kapitalkosten und die Verwendung eines geeigneten Preisindex. Der früher verwendete Preisindex für die Lebenshaltung, korrigiert um die Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern, wurde ersetzt durch den Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe sowie durch den Kosteneffekt einer Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen. Tabelle 23 im JG 80 sowie die Tabelle im JG 82, Anhang V, Abschnitt B, zeigen die Unterschiede beider Rechnungen bei einer Analyse von Jahr zu Jahr.

C. Zum Konzept der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

   (1) $Z_t = BG_{oK_t} + MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + ÜR_t + KP_t$

   Die Symbole haben folgende Bedeutung:

   Z bereinigte Zentralbankgeldmenge

   BG_{oK} Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute

   MRS_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten

   MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten

   ÜR Überschußreserven

   KP Korrekturposten

   t Zeitindex

   Zugleich gilt

   (1') $Z_t = BG_t + BR_t + KP_t$

   mit

   (2) $BR_t = MRS_{I_t} + MRS_{A_t} - K_t + ÜR_t$

   Dabei bedeuten:

   BR Bankreserven, Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute

   K Kassenbestände der Kreditinstitute

2. Der Korrekturposten ist eine Möglichkeit zur Bereinigung der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Die Idee ist, den expansiven oder kontraktiven Impuls, den eine Mindestreservesatzänderung darstellt, in der Zentralbankgeldmenge explizit zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Der freigesetzte Betrag, die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz multipliziert mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode, wird der Zentralbankgeldmenge hinzuaddiert. Um eine Bestandsgröße zu erhalten, werden die durch Mindestreservesatzänderungen freigesetzten oder gebundenen Beträge von einem beliebigen Basiszeitraum aus aufsummiert und der Zentralbankgeldmenge hinzugefügt.

   Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten und die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Die Veränderung des Korrekturpostens ist dann ungleich Null, wenn die Bundesbank einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert. Ein von Null verschiedener Wert ergibt sich aber auch, wenn Inländer Einlagen von Banken mit großem Einlagevolumen zu solchen mit kleinem Einlagevolumen verlagern oder umgekehrt. Für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen sind die Reservesätze nicht nur nach Einlagearten, sondern auch nach Größenklassen der Banken, den sogenannten Progressionsstufen, gestaffelt. Die durchschnittlichen Reservesätze für Sichtverbindlichkeiten, Termineinlagen und Spareinlagen, mit denen wir rechnen, können also selbst dann variieren, wenn die einzelnen Reservesätze unverändert bleiben. Für Auslandseinlagen gilt dies nicht, hier ändert sich der Korrekturposten nur dann, wenn die Bundesbank mindestens einen Reservesatz ändert.

   Es ist

   (3) $KP_t = \sum_{i=1}^{n} KP_{i,t} = \sum_{i=1}^{n} \sum_{\tau=t_o}^{n} \Delta KP_{i,\tau}$

   mit

   (4) $\Delta KP_{i,t} = (r_{i,\tau-1} - r_{i,\tau})\, E_{i,\tau-1}$

   Dabei bedeuten:

   i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

   τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens

   t_o Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird (Januar 1960)

   r Reservesatz

   E reservepflichtige Einlagen

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet, ist wie folgt definiert:

   (5) $Z_t^* = BG_{oK_t} + \overline{MRS}_{I_t}$

   Dabei ist:

   Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

   $\overline{MRS}_I$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

   Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie legt auf die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten konstante historische Mindestreservesätze an, bislang die vom Januar 1974.

4. Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank sind zum einen Unterschiede in der Abgrenzung und zum anderen Unterschiede im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen enthält, anders als die bereinigte Zentralbankmenge, nicht die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschußreserven der Banken, also jenen Teil der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, der das Mindestreservesoll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände übersteigt. Beide Größen haben ein geringes Gewicht (das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 1984 nur 2,7 Mrd DM, die

Überschußreserven beliefen sich auf 0,2 Mrd DM), Veränderungen schlagen daher kaum auf die Zentralbankgeldmenge durch.

5. Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschußreserven) anders zu sehen als die erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage; das gilt für Banken und Nichtbanken.

   Der Geldpolitik ist ein expansiver Impuls — bestehend in der Wirkung auf Vermögen und Liquidität der Banken und Nichtbanken — also auch dann zu attestieren, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt (kredithalber oder durch Bezahlung von Einfuhren) und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

6. Größere Bedeutung kommt den Unterschieden in den Verfahren zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen zu. Sie können auch zu stärkeren Abweichungen in den gemessenen Zuwachsraten und damit im Ausweis der Stärke des monetären Impulses führen.

   Schließt man sich der Vorstellung an, die der Berechnung des Korrekturpostens in der bereinigten Zentralbankgeldmenge zugrunde liegt, daß jener und nur jener Teil des in einer Periode zusätzlich zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als monetärer Impuls gelten kann, der nicht zu Beginn der Periode durch eine erhöhte Mindestreserve auf den vorhandenen Einlagenbestand gebunden wird, umgekehrt aber auch jener Teil, der auf entsprechendem Wege freigesetzt wird, dann verzerrt das Verfahren der Bundesbank. Das Ausmaß dieses verzerrenden Einflusses hängt unter anderem davon ab, wie stark die konstanten Basisreservesätze von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie sich die Struktur der Reservesätze wandelt, wie sich im Expansionsprozeß die Relation Bargeld zu Einlagen verschiebt und wie stark sich die Einlagenstruktur selbst ändert. Zugunsten des Verfahrens der Bundesbank könnte angeführt werden, daß der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes von der Höhe der Mindestreservesätze abhängt. Allerdings sind die Reservesätze hier nur ein Faktor unter mehreren, der Bargeldkoeffizient und die Einlagenkoeffizienten haben eine ähnliche Bedeutung: Sie variieren im Konjunkturverlauf und mit ihnen der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes.

7. Besondere Probleme ergeben sich, wenn die zugrundegelegten Reservesätze sehr stark von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie es zur Zeit der Fall ist. So hatten die durchschnittlichen Mindestreservesätze für Sichteinlagen, für Termineinlagen und für Spareinlagen im Januar 1974 bei $16^1/_2$ vH beziehungsweise $12^1/_2$ vH und 8 vH gelegen gegenüber dem Stand vom Oktober 1985 mit etwa 9 vH für Sichteinlagen, $6^1/_2$ vH für Termineinlagen und $4^1/_2$ vH für Spareinlagen. Eine große positive Differenz zwischen historischen und aktuellen Reservesätzen führt dazu, daß die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen eine höhere Zunahme ausweist als die bereinigte Zentralbankgeldmenge, und dies um so mehr, je stärker die Expansion der Geldbasis von einem Einlagenzuwachs getragen wird. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen überzeichnet so gesehen den Expansionsgrad der Geldpolitik, ihre Eignung als Indikator der Geldpolitik ist insoweit beeinträchtigt.

   Eine Umstellung auf aktuelle Reservesätze hätte zweifellos zur Folge, daß sich Niveau und Struktur der Zentralbankgeldmenge verschieben. Sie hätte ein um fast ein Viertel (46 Mrd DM) niedrigeres Niveau, der Bargeldumlauf erhielte ein größeres Gewicht. Dies muß als ein unerwünschtes Ergebnis gelten, wenn die Zentralbankgeldmenge wie in der Interpretation der Bundesbank stellvertretend für die Geldmenge M3 steht.

   Das Element der Willkür, das in der Festlegung bestimmter Basisreservesätze liegt, gibt es im Prinzip auch beim Vorgehen des Sachverständigenrates, hier in der Wahl der Basisperiode für die Kumulation des Korrekturpostens. Das Niveau der Zentralbankgeldmenge wird davon mitbestimmt, mithin auch die ausgewiesene Zuwachsrate, die der — korrekt, also unverzerrt — gemessenen absoluten Veränderung entspricht. Diesem Nachteil kann man aber Rechnung tragen; die im Vergleich zu der von der Bundesbank für ihre Zentralbankgeldmenge errechneten niedrigere Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge hängt jedenfalls nicht daran.

D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabili-

tätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahmen) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote, Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen und – davon abhängig – konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der durchschnittlichen Staatsquote eines Basiszeitraums und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau; das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t – 1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, setzen wir keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende „konjunkturneutrale" Preissteigerungsrate an. Das konjunkturelle Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Einnahmenpolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat. Für die Steuern wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basiszeitraums und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t; für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen) wird diese Änderung ermittelt als Abweichung der sonstigen Einnahmen im Jahr t vom Produkt aus dem Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen im Basiszeitraum und dem Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau im Jahr t. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls. Genauer: Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben eines Jahres bei den jeweils gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^r Produktionspotential in Preisen von 1980 im Jahr t

p_t „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t (in vH)

P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im Vorjahr (t – 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t

l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

$g_{o,t}$ Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential wie im Basiszeitraum für das Jahr t: $\frac{(g_{o,t} \cdot P_t^n)}{100}$

Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t

Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

$t_{o,t}$ volkswirtschaftliche Steuerquote (Verhältnis der tatsächlichen Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

T_t^i tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t

T_t^v Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

T_t^n Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum für das Jahr t: $\frac{(t_{o,t} \cdot Y_t^v)}{100}$

H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

s_t Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Dekkungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Jahr t (in vH)

$s_{o,t}$ Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Dekkungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

S_t^i tatsächliche sonstige Einnahmen im Jahr t

K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

F_t^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Jahr t

$k_{o,t}$ Verhältnis des auslastungsbereinigten Finanzierungssaldos zum Produktionspotential (Kreditfinanzierungsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

5. Definition der finanzwirtschaftlichen Quoten im Basiszeitraum

Für die Jahre bis einschließlich 1973 werden die finanzwirtschaftlichen Quoten des Jahres 1966 als Quoten des Basiszeitraums verwendet.

Für die Jahre 1974 bis 1978 sind die Quoten des Basiszeitraums definiert als arithmetisches Mittel der finanzwirtschaftlichen Quoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren.

Für die Jahre ab 1978 gelten die Quoten des Basiszeitraums für das Jahr 1978 als neue konstante Quoten.

$$g_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{G_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$t_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{T_{t-j}^i}{Y_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$s_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{S_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$k_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{F_{t-j}^i + \frac{t_{t-j}}{100} \cdot (P_{t-j}^i \cdot \frac{l_v}{100} - Y_{t-j}^i)}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

6. Sonstige Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_{o,t} \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_{o,t} \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_{o,t})\, Y_t^v}{100} + S_t^i - \frac{s_{o,t} \cdot P_t^n}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basiszeitraums ($t_{o,t}$) – als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems – gewichten wir mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

7. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left[\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$\left[\frac{\frac{H_t^n}{G_t^i} \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n} \cdot \frac{P_{t+1}^r}{P_t^r} \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t)\, P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t)\, P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 21 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{100 + (c)}{100} \cdot \frac{100 + (d)}{100}}{\frac{100 - (g)}{100}} + \frac{(e)}{100} + \frac{(f)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Für die Jahre 1974 bis 1978 ergeben sich dadurch Abweichungen von dieser Rechenvorschrift, daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten, die wir unseren Rechnungen zugrunde legen, wegen des wechselnden Basiszeitraums von Jahr zu Jahr ändern.

8. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = \frac{k_{o,t}}{100} \cdot P_t^n$$

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^v)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^n)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (c).

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht[1])

Mrd DM

Jahr	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[2])	Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr[3])	Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum[4])	Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[5])	Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum[4])	Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr[6])	Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ./. (5)	Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Dekkungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"[7])	Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	Konjunktureller Impuls[8])
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
1962	367,4	368,4	96,4	358,2	84,4	87,3	+ 2,9	+ 0,2	99,5	− 4,1
1963	397,0	396,2	103,7	385,3	90,8	94,1	+ 3,2	− 0,1	106,8	− 4,1
1964	428,9	428,9	112,2	417,1	98,3	101,3	+ 3,0	+ 0,2	115,4	− 1,8
1965	467,2	466,0	122,0	453,2	106,8	106,7	− 0,2	+ 0,1	121,9	+ 4,2
1966	503,6	505,9	132,4	492,0	116,0	116,0	± 0,0	− 0,1	132,4	− 0,6
1967	527,4	530,7	138,9	516,1	121,7	122,7	+ 1,1	+ 0,1	140,0	− 3,3
1968	555,2	554,6	145,1	539,3	127,1	131,2	+ 4,0	+ 1,9	151,1	− 1,4
1969	600,2	589,7	154,3	573,5	135,3	146,0	+10,8	+ 3,4	168,5	− 3,5
1970	675,1	649,5	170,0	631,6	148,9	151,3	+ 2,4	+ 4,9	177,3	+11,0
1971	762,8	730,6	191,2	710,5	167,5	173,6	+ 6,1	+ 5,7	203,0	+13,4
1972	839,6	821,4	215,0	798,8	188,3	194,8	+ 6,5	+ 4,5	226,0	+13,5
1973	928,5	908,0	237,6	883,0	208,2	227,6	+19,5	+ 6,2	263,3	+ 5,3
1974	1 023,8	1 004,0	272,4	976,4	237,8	251,0	+13,2	+ 4,5	290,2	+13,1
1975	1 111,4	1 101,4	302,2	1 071,1	262,1	264,4	+ 2,3	+ 2,5	307,0	+36,6
1976	1 177,2	1 181,0	328,3	1 148,5	282,1	291,4	+ 9,3	+ 3,9	341,5	+21,8
1977	1 245,6	1 242,3	349,9	1 208,1	297,8	319,5	+21,7	+ 5,6	377,1	+ 8,1
1978	1 324,0	1 302,3	371,1	1 266,5	315,3	328,5	+13,2	+ 9,8	394,1	+20,5
1979	1 405,2	1 384,5	394,5	1 346,4	335,2	345,8	+10,6	+11,8	416,9	+32,0
1980	1 504,7	1 485,7	423,3	1 444,8	359,7	370,8	+11,1	+13,1	447,5	+39,3
1981	1 595,1	1 587,4	452,3	1 543,8	384,3	386,1	+ 1,8	+15,8	469,9	+44,0
1982	1 687,0	1 664,0	474,1	1 618,2	402,9	400,3	− 2,6	+19,9	491,4	+39,4
1983[9])	1 766,9	1 761,5	501,9	1 713,0	426,5	424,0	− 2,5	+23,1	522,6	+16,2
1984[9])	1 824,1	1 835,3	522,9	1 784,8	444,4	446,9	+ 2,6	+23,8	549,3	+ 7,7

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

[2]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

[3]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

[4]) 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.

[5]) Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang VI, Abschnitt A.

[6]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.

[7]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

[8]) Expansiv: +; Kontraktiv: −. — Tatsächliche Staatsausgaben (siehe Tabelle 34*, Seite 260) abzüglich konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (Spalte (9)).

[9]) Vorläufige Ergebnisse.

VII.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland .... Seite 205

Tabellenteil ..... Seite 209

A. Internationale Tabellen ..... Tabellen 1* bis 17*

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Tabellen 18* bis 73*

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	209
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	210
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	211
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	212
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	213
6*	Zur Entwicklung der Lohnkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern	214
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	215
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	216
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	217
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	218
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	220
12*	Wechselkurse	221
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	222
14*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	224
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	226
16*	Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	227
17*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	228
18*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	230
19*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	231
20*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	232
21*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	234
22*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	238
23*	Verteilung des Volkseinkommens	240
24*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	241
25*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	242
26*	Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	243

		Seite
27*	Verwendung des Sozialprodukts	244
28*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	248
29*	Bruttoinvestitionen	250
30*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	252
31*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	254
32*	Käufe der privaten Haushalte im Inland	256
33*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	257
34*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	258
35*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	262
36*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	264
37*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	265
38*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	266
39*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	268
40*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	270
41*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	271
42*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	274
43*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	277
44*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	278
45*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	280
46*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	281
47*	Baugenehmigungen	282
48*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	283
49*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	285
50*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	286
51*	Einzelhandelsumsatz	287
52*	Zahlungsbilanz	288
53*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	290
54*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	292
55*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	293
56*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	294
57*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	295
58*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	296
59*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	297
60*	Index der Grundstoffpreise	298
61*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	299
62*	Index der Ausfuhrpreise	300
63*	Index der Einfuhrpreise	301
64*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	302
65*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	303
66*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen	304
67*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen	305
68*	Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	306
69*	Löhne und Gehälter	307
70*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	308
71*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	309
72*	Energieverbrauch nach Bereichen	310
73*	Entwicklung im Mineralölbereich	311

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt.** Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt

bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen;** nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.** Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1980) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
− Vorleistungen

= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
− Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
− Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
− Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
± Sonstige Zu- und Absetzungen

= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
− Unterstellte Sozialbeiträge

= Bruttolohn- und -gehaltssumme
− Lohnsteuer
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer

= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen, das heißt, nach der in diesem Jahr veröffentlichten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1984 (Wirtschaft und Statistik August 1985), in Preisen von 1980 berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1980. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1980; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabelle 1*

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

1000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Gesamtbevölkerung					
1960	55433	9153	45684	52373	48967	11486	7048	5429	93260	180671
1961	56185	9184	46163	52807	49156	11639	7087	5434	94100	183691
1962	56837	9221	46998	53292	49563	11806	7130	5574	94980	186538
1963	57389	9290	47816	53625	49936	11966	7176	5694	95900	189242
1964	57971	9378	48310	53991	50439	12127	7224	5789	96890	191889
1965	58619	9464	48758	54350	50840	12295	7271	5857	97950	194303
1966	59148	9528	49164	54643	51227	12456	7322	5918	98860	196560
1967	59286	9581	49548	54959	51664	12598	7377	5992	99920	198712
1968	59500	9619	49915	55214	52042	12730	7415	6068	101070	200706
1969	60067	9646	50315	55461	52376	12878	7441	6137	102320	202677
1970	60651	9651	50772	55632	52771	13039	7467	6270	103720	205052
1971	61284	9673	51251	55907	53124	13194	7500	6232	104740	207661
1972	61672	9709	51701	56079	53548	13329	7544	6281	106180	209896
1973	61976	9739	52118	56210	53981	13439	7586	6328	108660	211909
1974	62054	9768	52460	56224	54541	13545	7599	6359	110160	213854
1975	61829	9795	52699	56215	54967	13666	7579	6349	111520	215973
1976	61531	9811	52909	56206	55325	13774	7566	6309	112770	218035
1977	61400	9822	53145	56179	55576	13856	7568	6289	113880	220239
1978	61327	9830	53376	56167	55806	13942	7562	6291	114920	222585
1979	61359	9837	53606	56227	56016	14038	7549	6303	115880	225056
1980	61566	9847	53880	56314	56121	14150	7549	6327	116800	227738
1981	61682	9853	54182	56379	56292	14247	7564	6363	117650	230019
1982	61638	9856	54480	56335	56448	14313	7574	6404	118450	232309
1983	61423	9856	54729	56377	56577	14367	7552	6430	119260	234496
					Erwerbstätige					
1960	25954	3447	18595	23660	20269	4182	3239	2701	44360	65778
1961	26238	3481	18608	23978	20366	4243	3249	2828	44980	65746
1962	26291	3534	18737	24185	20270	4328	3245	2938	45560	66702
1963	26319	3560	19065	24230	19982	4387	3237	2983	45950	67762
1964	26297	3609	19395	24522	19904	4464	3238	3030	46550	69305
1965	26418	3621	19540	24776	19432	4502	3235	3009	47300	71088
1966	26320	3635	19689	24934	19095	4537	3227	2997	48270	72895
1967	25461	3618	19763	24570	19315	4523	3182	3013	49200	74372
1968	25491	3615	19730	24436	19294	4565	3070	3031	50020	75920
1969	25871	3683	20041	24478	19112	4641	2976	3082	50400	77902
1970	26169	3658	20328	24381	19218	4696	2971	3124	50940	78678
1971	26317	3695	20441	24143	19176	4724	2973	3167	51210	79367
1972	26214	3689	20573	24115	18875	4683	2993	3189	51260	82153
1973	26411	3738	20865	24694	19057	4685	3010	3203	52590	85064
1974	26038	3792	21062	24786	19470	4687	3010	3187	52370	86794
1975	25285	3737	20885	24703	19594	4640	2942	3017	52230	85846
1976	25059	3708	21027	24491	19742	4654	2947	2918	52710	88752
1977	25014	3702	21202	24522	19948	4710	2989	2923	53420	92017
1978	25169	3701	21285	24680	20044	4757	3015	2940	54080	96048
1979	25507	3744	21317	25061	20266	4821	3051	2962	54790	98824
1980	25771	3743	21347	24983	20313	4973	3070	3016	55360	99303
1981	25566	3664	21226	23989	20361	5005	3090	3054	55810	100397
1982	25100	3615	21254	23663	20297	4984	3186	3033	56380	99526
1983	24649	3577	21154	23470	20350	4929	3159	2994	57330	100834

Quelle: OECD

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

1000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Beschäftigte Arbeitnehmer					
1960	20038	2545	12886	21894	11694	3296	.	.	23700	55179
1961	20377	2594	13047	22228	12032	3369	.	.	24780	55229
1962	20631	2655	13317	22447	12396	3465	.	.	25930	56524
1963	20836	2705	13774	22505	12639	3536	.	.	26720	57952
1964	21028	2782	14220	22812	12519	3623	.	.	27630	59496
1965	21289	2816	14471	23080	12144	3676	.	.	28760	61418
1966	21284	2838	14720	23253	11997	3722	.	.	29940	63627
1967	20565	2823	14893	22808	12245	3718	.	.	30710	66149
1968	20706	2823	15001	22650	12378	3775	2186	.	31480	67798
1969	21267	2897	15496	22625	12568	3865	2150	.	31990	69706
1970	21747	2965	15941	22479	12811	3933	2160	.	33060	70645
1971	22106	3026	16201	22122	12959	3972	2195	.	34120	71286
1972	22103	3038	16480	22121	12973	3942	2244	.	34650	74010
1973	22395	3096	16882	22664	13231	3958	2271	.	36150	76847
1974	22113	3158	17168	22789	13614	3972	2409	.	36370	78460
1975	21489	3107	17082	22710	13815	4033	2368	.	36460	77551
1976	21407	3085	17287	22543	13987	4064	2380	.	37120	80519
1977	21496	3081	17505	22619	14246	4130	2420	.	37690	83481
1978	21734	3080	17623	22777	14248	4175	2470	.	37990	87205
1979	22127	3118	17686	23158	14500	4229	2524	.	38760	89674
1980	22455	3119	17752	22972	14499	4362	2545	.	39710	89950
1981	22311	3042	17672	21870	14495	4374	2575	.	40370	91007
1982	21863	2993	17755	21473	14472	4333	2677	.	40980	89967
1983	21424	2951	17722	21210	14360	4325	2654	.	42080	91075
					Registrierte Arbeitslose					
1960	271	117	239	326	1215	30	.	1,2	750	3852
1961	181	89	203	287	1108	22	.	0,7	660	4714
1962	155	75	230	406	969	23	.	0,6	590	3911
1963	186	62	273	496	807	25	.	0,8	590	4070
1964	169	55	216	349	904	22	.	0,3	540	3786
1965	147	63	269	299	1110	27	.	0,3	570	3366
1966	161	67	280	281	1192	37	.	0,3	650	2875
1967	459	92	365	503	1106	79	.	0,3	630	2975
1968	323	110	427	542	1172	72	49	0,3	590	2817
1969	179	88	477	518	1160	53	62	0,3	570	2831
1970	149	71	510	555	1111	46	42	0,1	590	4093
1971	185	69	569	696	1109	62	38	0,1	640	5016
1972	246	88	595	778	1297	108	35	0,1	730	4882
1973	273	92	577	557	1305	110	33	0,1	680	4365
1974	582	97	618	528	1113	135	41	0,2	730	5156
1975	1074	175	911	838	1230	260	53	10	1000	7929
1976	1060	233	991	1265	1426	278	54	21	1080	7406
1977	1030	266	1122	1359	1545	271	49	12	1100	6991
1978	993	290	1206	1343	1571	273	64	11	1240	6202
1979	876	304	1371	1234	1698	280	65	10	1170	6137
1980	889	322	1471	1513	1684	326	58	6	1140	7637
1981	1272	416	1729	2395	1895	480	80	6	1260	8273
1982	1833	490	1920	2770	2052	655	116	13	1360	10678
1983	2258	545	1961	2984	2264	801	135	26	1560	10717

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	302,71	557,02	296,51	25,73	23,21	44,00	162,87	37,37	15,84	505,37
1961	331,71	592,44	323,46	27,46	25,81	46,46	180,34	42,04	19,58	523,44
1962	360,78	633,71	361,16	28,76	29,00	50,01	191,90	46,62	21,72	563,65
1963	382,37	681,30	404,88	30,56	33,22	54,26	206,84	51,27	25,08	594,95
1964	420,18	762,53	449,16	33,33	36,36	63,85	226,60	56,83	29,65	635,80
1965	459,17	829,96	483,49	35,80	39,12	71,31	246,32	60,86	32,75	688,98
1966	488,23	892,11	523,42	38,14	42,39	77,65	268,53	65,36	38,03	754,24
1967	494,35	955,35	565,39	40,36	46,70	85,19	285,59	70,35	44,57	797,89
1968	533,28	1022,34	614,52	43,79	50,61	94,46	306,82	75,12	52,85	871,03
1969	596,95	1134,17	700,69	46,78	55,88	106,98	334,99	81,40	62,18	941,37
1970	675,30	1262,11	782,56	51,31	62,88	120,50	375,88	90,67	73,28	989,51
1971	750,56	1382,02	872,43	57,64	68,51	136,36	419,62	103,00	80,63	1074,19
1972	823,74	1545,39	981,12	63,83	75,12	154,32	479,54	116,71	92,31	1181,26
1973	917,27	1755,02	1114,20	73,78	89,75	176,80	543,46	130,06	112,42	1317,11
1974	984,58	2056,81	1278,30	83,90	110,72	200,13	618,56	141,10	134,17	1423,38
1975	1026,51	2271,14	1452,32	105,96	125,38	220,25	656,13	140,16	148,03	1542,18
1976	1119,69	2571,55	1677,97	126,45	156,66	252,59	724,75	141,96	165,85	1709,90
1977	1196,11	2774,14	1884,59	145,43	190,08	274,93	796,18	145,79	184,46	1907,53
1978	1285,14	2979,20	2141,08	167,49	222,25	297,01	842,33	151,68	202,64	2145,70
1979	1392,46	3180,15	2442,31	195,92	270,20	315,96	918,54	158,55	218,62	2388,40
1980	1481,36	3419,57	2769,32	229,56	338,74	336,74	994,71	170,33	235,91	2606,63
1981	1544,12	3554,38	3111,39	253,45	401,58	352,85	1056,25	184,76	252,55	2934,91
1982	1600,32	3849,49	3569,33	276,42	471,39	367,75	1138,09	195,98	264,71	3045,28
1983	1667,48	4095,01	3957,04	300,23	535,90	376,72	1205,82	203,86	274,57	3275,73
					in Preisen von 1980					
1960	717,81	1552,50	1127,81	143,74	142,90	152,80	434,46	94,88	53,30	1336,76
1961	754,36	1629,79	1189,92	148,46	154,63	153,26	458,58	102,57	61,06	1371,43
1962	787,87	1714,73	1269,31	150,02	164,22	163,75	470,59	107,48	65,37	1449,32
1963	812,39	1789,35	1337,18	156,30	173,43	169,68	490,14	112,73	72,24	1507,44
1964	867,14	1913,83	1424,34	164,44	178,28	183,72	520,46	118,65	81,78	1583,46
1965	915,24	1981,97	1492,40	168,14	184,11	193,36	535,61	122,43	85,98	1682,29
1966	939,14	2044,65	1570,22	171,33	195,13	198,66	565,84	125,44	95,09	1779,69
1967	938,27	2123,89	1643,83	176,07	209,14	209,15	582,86	129,28	105,33	1829,90
1968	993,80	2213,13	1713,84	183,44	222,83	222,57	608,93	133,92	118,78	1903,37
1969	1067,95	2360,09	1833,64	185,87	236,41	236,88	647,14	141,46	133,35	1957,77
1970	1122,88	2510,24	1938,73	190,00	248,97	252,76	693,25	150,48	146,44	1953,54
1971	1157,60	2602,50	2043,58	195,04	253,06	263,56	728,67	156,61	153,18	2014,26
1972	1205,68	2739,81	2164,15	199,49	261,16	272,56	773,93	161,63	166,68	2122,11
1973	1260,57	2901,51	2280,28	215,25	279,53	288,11	811,75	166,55	181,35	2242,24
1974	1267,36	3020,97	2353,99	212,98	291,10	298,31	843,76	168,98	179,47	2222,47
1975	1245,93	2976,18	2358,37	211,44	280,52	295,23	840,69	156,67	183,68	2205,74
1976	1314,31	3131,81	2480,31	219,56	296,99	310,94	879,18	154,47	193,42	2309,89
1977	1354,56	3144,60	2556,06	221,69	302,62	318,31	917,50	158,23	203,58	2436,81
1978	1396,29	3238,94	2652,80	229,73	310,75	326,13	922,25	158,88	213,82	2552,01
1979	1454,56	3304,84	2740,50	234,63	325,99	333,86	965,66	162,84	224,80	2618,12
1980	1481,36	3419,57	2769,32	229,56	338,74	336,74	994,71	170,33	235,91	2606,63
1981	1481,79	3376,40	2775,66	226,94	339,33	334,46	993,33	172,80	245,91	2695,47
1982	1467,31	3414,71	2831,20	231,18	337,86	328,67	1003,42	170,85	253,32	2615,24
1983	1481,68	3428,57	2858,55	238,84	333,87	330,48	1024,70	172,06	261,03	2692,15

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 221.

[2]) Stand vor Revision 1985.

Quelle: OECD

Tabelle 4*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					Volkseinkommen					
1960	239,82	447,30	223,46	20,89	18,81	36,58	122,97	31,05	12,85	406,45
1961	261,06	471,89	244,43	22,31	20,89	38,37	135,84	34,81	15,22	421,24
1962	282,39	505,25	273,92	23,20	23,58	41,21	144,49	38,70	17,42	456,32
1963	298,07	543,02	305,81	24,69	27,04	44,67	155,26	42,59	19,99	482,39
1964	327,83	608,75	338,25	26,86	29,54	52,95	169,38	47,08	22,92	516,79
1965	359,42	667,22	365,15	28,47	31,83	59,10	183,43	50,49	25,72	562,59
1966	380,61	710,61	395,01	30,12	34,64	64,02	198,38	54,11	29,98	620,55
1967	381,39	756,19	428,90	31,83	38,05	70,19	210,95	58,34	35,50	652,99
1968	417,67	812,94	473,83	34,30	41,55	77,57	224,93	62,20	41,77	710,53
1969	462,09	904,11	538,26	35,94	46,05	88,96	246,86	67,06	49,01	764,13
1970	530,00	1006,93	598,34	39,37	51,66	99,44	276,87	74,28	59,11	794,99
1971	586,95	1107,29	675,21	44,73	56,64	111,39	307,66	84,74	64,51	859,95
1972	643,98	1254,60	759,18	49,83	62,88	125,83	348,74	95,61	74,36	949,69
1973	720,26	1441,60	865,04	58,04	75,01	145,58	393,06	107,27	91,50	1062,65
1974	771,94	1682,13	986,41	66,56	91,41	165,30	453,08	117,48	108,95	1134,75
1975	800,67	1870,75	1118,56	84,22	104,47	179,97	486,14	117,48	120,52	1216,82
1976	875,92	2122,60	1272,35	99,82	129,33	207,58	543,50	119,44	135,93	1356,31
1977	935,79	2278,32	1453,16	112,39	155,43	223,96	593,01	121,78	148,59	1518,93
1978	1004,45	2445,59	1641,99	129,03	182,91	241,04	631,97	126,66	163,49	1714,12
1979	1084,10	2614,99	1859,10	147,51	224,92	256,87	690,00	132,96	175,41	1905,46
1980	1145,04	2817,91	2095,07	170,95	279,79	272,23	745,82	142,71	190,85	2057,51
1981	1186,80	2923,72	2349,42	186,06	331,36	284,33	785,39	154,70	201,71	2308,33
1982	1227,39	3152,50	2682,06	201,55	388,52	297,16	846,83	164,86	209,74	2383,84
1983	1273,35	3358,37	2982,19	221,22	432,53	303,26	893,74	171,80	217,82	2579,41
					Einkommen aus unselbständiger Arbeit					
1960	143,16	256,69	130,64	15,21	9,86	20,53	73,03	19,35	6,37	295,93
1961	161,64	269,58	146,12	16,44	10,95	22,54	81,63	21,93	7,55	304,70
1962	178,84	296,17	165,14	17,35	12,75	24,76	89,17	24,60	9,01	326,32
1963	191,86	325,89	188,15	18,24	15,51	27,62	96,25	27,46	10,60	344,28
1964	209,93	367,39	210,09	19,78	17,35	32,97	105,91	30,52	12,26	369,57
1965	232,96	406,58	226,51	21,36	18,31	37,35	116,63	33,13	14,23	398,40
1966	250,83	445,61	244,28	22,90	19,59	42,02	128,35	35,30	16,28	441,60
1967	250,35	476,89	263,66	23,85	21,66	45,86	138,95	38,34	18,73	474,06
1968	268,84	506,84	294,75	25,52	23,56	50,58	147,31	40,93	22,08	522,90
1969	302,62	562,04	337,11	27,30	25,95	58,59	160,64	44,09	25,59	576,29
1970	359,29	630,65	382,29	30,63	30,35	67,15	175,82	49,61	31,23	615,87
1971	407,77	718,91	432,11	33,58	34,73	76,93	203,19	57,68	37,10	656,79
1972	449,12	823,49	483,79	37,98	38,75	86,20	230,88	65,56	43,04	723,39
1973	509,87	948,73	558,12	44,01	47,08	99,60	270,38	74,74	54,08	807,77
1974	562,05	1144,35	665,70	52,60	58,61	115,75	315,03	83,09	68,41	885,64
1975	585,85	1313,75	783,73	68,80	71,20	130,61	353,60	85,15	79,65	941,58
1976	630,05	1515,97	909,69	78,40	86,95	145,14	389,47	85,68	90,29	1048,04
1977	674,41	1645,69	1036,36	86,96	106,50	158,17	431,45	87,69	100,87	1165,07
1978	719,71	1770,70	1173,51	99,30	124,32	171,26	472,42	92,19	108,82	1315,84
1979	775,64	1893,54	1329,99	115,94	148,90	184,43	504,52	97,10	117,68	1475,01
1980	840,71	2060,34	1529,63	137,11	184,15	196,04	545,63	104,65	128,22	1620,22
1981	879,28	2164,84	1735,35	148,33	225,54	199,89	589,48	114,12	138,79	1789,20
1982	898,59	2299,40	1985,42	158,38	263,91	205,68	617,66	122,70	147,07	1890,57
1983	913,46	2419,21	2192,99	170,30	303,76	207,95	643,94	128,12	155,46	2012,78

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 221.

[2]) Stand vor Revision 1985.

Quelle: OECD

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität)									
1960	48,1	49,3	46,8	66,1	42,3	54,0	41,4	62,2	28,2	77,4
1961	50,0	51,2	49,3	67,4	45,5	53,3	43,6	64,2	31,9	79,5
1962	52,1	53,1	52,2	67,5	48,6	55,9	44,8	64,8	33,7	82,8
1963	53,7	55,0	54,1	70,2	52,0	57,1	46,7	66,9	36,9	84,7
1964	57,4	58,0	56,6	73,0	53,7	60,8	49,6	69,3	41,2	87,0
1965	60,3	59,9	58,9	73,9	56,8	63,4	51,1	72,0	42,7	90,2
1966	62,1	61,6	61,5	74,8	61,3	64,7	54,1	74,1	46,2	93,0
1967	64,1	64,3	64,1	78,0	64,9	68,3	56,5	76,0	50,2	93,7
1968	67,8	67,0	67,0	81,7	69,3	72,0	61,2	78,2	55,7	95,5
1969	71,8	70,1	70,5	82,6	74,2	75,4	67,1	81,3	62,1	95,7
1970	74,6	75,1	73,5	84,8	77,7	79,5	72,0	85,3	67,5	94,6
1971	76,5	77,1	77,1	87,9	79,1	82,4	75,6	87,6	70,2	96,7
1972	80,0	81,3	81,1	90,0	83,0	86,0	79,8	89,7	76,3	98,4
1973	83,0	85,0	84,2	94,9	88,0	90,8	83,2	92,1	80,9	100,4
1974	84,7	87,2	86,2	93,5	89,7	94,0	86,5	93,9	80,4	97,6
1975	85,7	87,2	87,0	93,2	85,9	94,0	88,2	91,9	82,5	97,9
1976	91,2	92,4	90,9	97,6	90,2	98,7	92,1	93,7	86,1	99,2
1977	94,2	93,0	92,9	98,4	91,0	99,8	94,7	95,9	89,4	100,9
1978	96,5	95,8	96,1	101,3	93,0	101,2	94,4	95,7	92,8	101,2
1979	99,2	96,6	99,1	101,9	96,5	102,3	97,7	97,3	96,3	100,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	100,8	100,9	100,8	103,0	99,9	98,7	99,2	100,2	103,4	102,3
1982	101,7	103,4	102,7	106,3	99,8	97,4	97,2	99,7	105,4	100,1
1983	104,6	104,9	104,2	110,7	98,4	99,0	100,1	101,8	106,8	101,7
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[2])									
1960	19,1	15,3	11,8	11,6	6,6	13,9	.	20,6	8,3	29,8
1961	21,2	15,7	13,0	12,4	7,2	14,9	.	22,3	9,4	30,6
1962	23,2	16,9	14,4	13,0	8,1	15,9	.	24,1	10,8	32,1
1963	24,6	18,2	15,9	13,6	9,7	17,4	.	26,5	12,3	33,0
1964	26,7	20,0	17,1	14,5	10,9	20,2	.	29,0	13,7	34,5
1965	29,2	21,9	18,2	15,5	11,9	22,6	.	31,7	15,3	36,0
1966	31,5	23,8	19,3	16,5	12,9	25,1	.	33,9	16,8	38,5
1967	32,5	25,6	20,5	17,5	13,9	27,4	.	36,7	18,9	39,8
1968	34,7	27,2	22,8	18,9	15,0	29,8	31,4	38,9	21,7	42,8
1969	38,0	29,4	25,2	20,2	16,3	33,7	34,9	41,2	24,8	45,9
1970	44,1	32,2	27,8	22,8	18,7	38,0	38,0	45,8	29,3	48,4
1971	49,3	36,0	31,0	25,4	21,1	43,1	43,2	52,5	33,7	51,2
1972	54,3	41,0	34,1	28,8	23,5	48,7	48,0	59,2	38,5	54,3
1973	60,8	46,4	38,4	32,5	28,0	56,0	55,5	67,2	46,3	58,4
1974	67,9	54,9	45,0	38,7	33,9	64,8	61,0	75,1	58,3	62,7
1975	72,8	64,0	53,2	50,8	40,6	72,1	69,6	81,3	67,7	67,4
1976	78,6	74,4	61,1	58,3	48,9	79,5	76,3	84,6	75,3	72,3
1977	83,8	80,9	68,7	64,4	58,9	85,2	83,2	86,5	82,9	77,5
1978	88,4	87,0	77,3	73,0	68,7	91,3	89,2	90,4	88,7	83,8
1979	93,6	91,9	87,3	83,9	80,9	97,0	93,2	94,5	94,0	91,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,3	107,7	114,0	113,6	122,5	101,7	106,8	107,7	106,5	109,1
1982	109,8	116,3	129,8	123,6	143,6	105,6	107,6	116,6	111,1	116,7
1983	113,9	124,1	143,6	134,5	166,5	107,0	113,2	123,3	114,4	122,7

[1]) Stand vor Revision 1985.
[2]) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quelle für Grundzahlen: OECD

Tabelle 6*

Zur Entwicklung der Lohnkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Lohnkosten je Produkteinheit[2])									
1960	35,1	27,4	21,0	17,7	12,7	23,1	30,6	33,2	22,0	35,6
1961	37,8	27,5	22,2	18,5	13,0	25,3	32,5	34,8	22,7	35,7
1962	40,0	28,7	23,6	19,4	14,3	26,0	34,5	37,3	25,4	36,2
1963	41,6	30,2	25,5	19,5	16,5	28,0	35,8	39,6	27,0	36,7
1964	42,7	31,9	26,7	20,1	17,9	30,8	37,1	41,9	27,6	37,5
1965	44,8	34,0	27,5	21,3	18,3	33,2	39,7	44,0	30,5	38,1
1966	47,1	36,2	28,2	22,4	18,5	36,3	41,4	45,8	31,5	39,9
1967	47,0	37,3	29,0	22,7	19,1	37,7	43,5	48,3	32,7	41,7
1968	47,7	38,0	31,1	23,3	19,4	39,0	44,1	49,7	34,2	44,2
1969	49,9	39,5	33,3	24,6	20,2	42,5	45,3	50,7	35,3	47,4
1970	56,4	41,7	35,7	27,0	22,4	45,6	46,2	53,7	39,2	50,7
1971	62,1	45,8	38,3	28,8	25,2	50,1	50,8	59,9	44,6	52,5
1972	65,6	49,9	40,5	31,9	27,3	54,3	54,4	66,0	47,5	54,8
1973	71,3	54,3	44,3	34,2	31,0	59,4	60,7	73,0	54,9	58,0
1974	78,1	62,9	51,2	41,3	37,0	66,7	68,1	80,0	70,1	64,1
1975	82,9	73,3	60,2	54,5	46,7	76,0	76,7	88,5	79,8	68,7
1976	84,5	80,3	66,4	59,8	53,9	80,2	80,8	90,3	85,9	73,0
1977	87,7	86,9	73,4	65,7	64,7	85,4	85,7	90,2	91,2	76,9
1978	90,8	90,7	80,1	72,4	73,6	90,2	93,4	94,4	93,6	83,0
1979	94,0	95,1	87,9	82,7	84,0	94,9	95,2	97,1	96,3	90,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,6	106,4	113,2	109,4	122,3	102,7	108,2	107,5	103,8	106,8
1982	107,9	111,8	127,0	114,7	143,7	107,5	112,2	116,9	106,8	116,3
1983	108,6	117,1	138,9	119,4	167,4	108,1	114,6	121,2	109,6	120,3
	Reallohnposition[3])									
1960	84,3	80,6	94,1	91,4	87,4	.	84,7	82,5	111,0	95,7
1961	87,0	78,0	95,4	92,4	86,0	.	86,0	83,8	105,2	94,8
1962	88,5	79,7	95,0	92,6	86,4	.	87,6	85,0	106,8	93,8
1963	89,0	80,8	94,6	92,1	89,9	.	88,3	87,3	103,9	92,7
1964	88,2	80,2	93,5	91,4	93,7	.	88,2	87,9	99,1	93,1
1965	89,2	80,7	92,5	91,7	93,2	.	90,3	88,8	99,7	91,9
1966	90,0	82,1	91,1	92,4	91,1	.	92,2	87,7	96,3	92,9
1967	88,3	82,4	90,3	91,5	90,1	.	93,5	88,0	94,4	93,0
1968	87,6	81,7	91,3	90,3	89,7	.	92,3	87,9	92,7	94,3
1969	88,6	81,2	89,8	90,6	88,2	.	93,7	87,7	90,5	96,4
1970	95,0	82,4	90,7	93,9	91,6	.	92,1	90,1	91,4	98,3
1971	97,6	85,7	91,1	92,6	96,8	.	96,5	93,5	94,8	97,1
1972	97,4	87,5	89,7	95,7	96,8	.	95,1	94,8	94,2	97,5
1973	98,6	88,9	91,0	96,7	98,3	.	99,4	96,8	97,9	97,1
1974	102,4	91,9	94,5	102,7	99,1	.	98,0	97,8	104,0	98,5
1975	101,8	95,8	98,9	107,6	103,8	101,6	103,3	99,6	106,7	97,9
1976	99,4	97,5	99,1	102,2	101,5	97,7	102,7	98,0	105,3	98,2
1977	99,1	98,1	100,4	97,1	102,1	97,3	102,8	97,9	104,0	98,1
1978	98,5	98,3	99,5	96,8	102,3	98,4	104,9	99,4	101,2	98,5
1979	98,2	99,0	98,7	96,8	101,2	100,4	100,6	99,4	101,5	99,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	99,6	100,7	101,1	99,2	104,1	97,1	100,7	100,5	98,3	97,1
1982	101,3	98,4	100,8	97,0	103,5	95,8	91,8	102,0	97,6	99,3
1983	94,4	96,7	100,4	96,3	105,0	95,1	89,9	102,3	97,2	98,6
1984	92,8	95,3	98,6	96,8	103,9	90,7	87,5	100,4	93,9	97,3

[1]) Stand vor Revision 1985.

[2]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts, aus Angaben in Landeswährung. Quelle für Grundzahlen: OECD.

[3]) Veränderung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs abzüglich der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, einschließlich des Einkommenseffekts aus der Veränderung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel der Gesamtwirtschaft (Terms of Trade). Quelle: OECD. Nicht ohne weiteres vergleichbar mit den Angaben in Tabelle 6 Seite 47.

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	171,84	385,27	183,43	17,06	14,56	25,62	95,52	23,33	9,32	322,54
1961	188,33	402,04	200,84	17,94	15,92	27,60	104,32	25,62	10,68	332,93
1962	204,79	422,31	224,39	19,01	17,97	30,05	114,30	28,60	12,41	353,59
1963	216,79	457,38	253,46	20,21	21,02	33,38	124,26	31,06	14,55	372,83
1964	233,50	488,89	276,90	21,58	22,78	37,75	133,05	33,90	16,95	398,98
1965	257,62	533,30	295,39	22,97	24,37	42,18	145,79	36,48	19,12	428,80
1966	275,06	570,13	319,47	24,30	26,87	45,89	155,66	39,33	22,00	463,45
1967	282,63	601,22	345,87	25,53	29,77	49,82	167,36	42,25	25,24	489,00
1968	300,74	651,58	377,45	27,45	31,76	54,46	178,37	45,02	28,85	536,64
1969	330,90	705,98	428,52	29,12	34,84	62,32	189,70	48,79	33,25	581,43
1970	368,85	755,20	469,34	31,66	39,37	70,06	205,29	53,46	38,27	621,74
1971	409,44	833,08	527,87	35,46	42,77	78,18	230,00	59,89	43,16	674,34
1972	452,10	930,16	592,24	40,10	47,06	87,82	259,81	67,96	49,81	739,90
1973	495,36	1063,35	668,98	45,67	56,06	99,65	291,78	76,14	60,23	815,24
1974	533,74	1230,32	781,33	52,74	69,57	112,64	330,61	83,35	72,84	891,43
1975	585,54	1390,43	898,75	64,75	80,57	128,95	368,26	86,27	84,57	979,83
1976	633,50	1567,65	1041,90	75,14	98,43	148,41	410,18	89,15	95,15	1090,48
1977	680,94	1717,19	1171,46	85,87	117,98	164,31	456,86	92,90	105,79	1210,91
1978	725,34	1833,95	1327,83	98,75	136,82	179,17	468,85	95,54	115,91	1349,84
1979	779,25	1990,92	1517,87	117,17	165,23	192,43	511,72	101,00	127,07	1510,05
1980	834,03	2171,88	1743,32	135,89	208,23	205,78	552,53	108,34	137,46	1675,38
1981	879,20	2327,47	2008,53	151,11	250,22	213,23	595,62	116,02	145,12	1864,03
1982	910,30	2518,44	2305,47	165,26	293,54	221,83	642,87	122,44	155,36	1998,86
1983	947,24	2669,26	2541,00	181,02	335,18	227,89	696,39	127,73	163,01	2167,43
					in Preisen von 1980					
1960	373,07	1038,95	681,00	87,43	82,83	80,73	246,37	56,55	37,05	813,79
1961	395,31	1055,99	721,49	89,34	89,02	80,63	259,01	60,40	40,18	830,91
1962	416,92	1097,47	772,45	91,32	95,38	90,14	272,93	64,26	44,00	868,06
1963	428,56	1146,29	825,72	95,49	104,23	96,49	287,55	67,37	48,23	900,79
1964	451,12	1176,22	872,22	98,37	107,68	102,18	299,11	70,54	53,83	950,36
1965	482,12	1226,41	907,19	99,80	111,20	109,82	314,29	72,99	56,85	1004,00
1966	496,87	1258,95	951,04	101,52	119,16	113,31	327,55	75,17	62,39	1055,48
1967	502,35	1294,72	999,48	103,92	127,96	119,47	339,14	77,37	68,30	1087,80
1968	526,10	1363,78	1039,24	106,80	134,57	127,35	352,32	80,37	73,97	1146,89
1969	566,97	1436,78	1101,96	107,40	143,45	137,40	362,55	84,75	81,43	1189,20
1970	610,04	1499,53	1148,93	110,24	154,36	147,93	377,62	89,31	87,07	1216,95
1971	641,91	1570,78	1224,83	113,64	158,88	152,36	402,99	93,56	92,18	1262,19
1972	671,16	1664,33	1299,22	120,59	164,29	157,29	427,49	98,65	100,97	1334,57
1973	687,31	1793,11	1374,02	126,78	173,94	163,36	450,46	101,37	110,40	1388,29
1974	690,34	1840,28	1414,01	124,97	178,52	167,76	463,93	100,88	109,64	1378,32
1975	714,30	1852,19	1462,00	124,04	175,73	173,43	479,00	97,93	114,08	1407,00
1976	741,64	1936,59	1543,88	124,43	181,77	183,39	500,77	98,97	117,91	1485,72
1977	769,40	1981,33	1592,39	123,79	184,32	191,52	529,32	101,97	122,37	1557,19
1978	797,25	2033,03	1659,85	130,57	189,34	199,81	520,69	104,23	128,14	1623,18
1979	822,29	2122,75	1718,24	136,43	198,68	205,76	544,47	105,56	135,75	1666,21
1980	834,03	2171,88	1743,32	135,89	208,23	205,78	552,53	108,34	137,46	1675,38
1981	829,01	2144,79	1780,12	135,84	209,95	200,61	554,17	108,83	138,49	1709,40
1982	817,42	2158,73	1837,41	137,18	210,42	197,96	562,21	108,83	144,30	1730,53
1983	826,62	2138,34	1850,73	142,98	209,15	197,55	590,40	110,51	149,12	1808,20

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 221.

[2]) Stand vor Revision 1985.

Quelle: OECD

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	40,45	69,31	38,55	4,23	2,96	5,65	20,84	3,31	1,26	85,56
1961	45,78	70,68	42,51	4,56	3,27	6,20	22,61	4,06	1,47	93,24
1962	52,83	77,88	47,95	4,89	3,79	6,95	24,59	4,72	1,70	101,23
1963	59,39	88,56	54,38	5,15	4,61	7,96	27,46	5,40	2,01	105,70
1964	62,10	95,47	59,63	5,47	5,21	9,48	30,18	5,94	2,33	111,40
1965	69,65	106,23	63,48	6,00	5,92	10,55	32,93	6,39	2,69	117,75
1966	75,45	117,10	67,98	6,53	6,30	11,77	36,68	6,81	3,05	136,65
1967	80,05	128,77	73,26	7,22	6,73	13,22	41,57	7,24	3,41	154,51
1968	82,73	139,01	83,07	7,67	7,33	14,33	45,25	7,80	3,93	167,48
1969	93,12	154,50	93,52	8,01	7,95	16,34	50,48	8,56	4,56	177,94
1970	106,47	169,41	105,14	9,02	8,66	18,80	55,22	9,51	5,46	190,18
1971	126,82	194,66	117,33	10,29	10,61	21,78	61,98	11,24	6,42	198,87
1972	141,13	224,28	129,09	11,73	12,08	24,58	70,10	12,71	7,54	217,88
1973	163,16	255,26	146,71	13,45	13,91	27,59	81,91	14,62	9,34	234,19
1974	190,21	302,34	173,91	16,72	16,71	32,60	97,43	16,42	12,24	263,19
1975	210,53	373,59	209,14	23,11	19,36	38,38	113,05	17,69	14,89	294,61
1976	222,27	423,39	245,02	27,04	23,13	43,55	127,79	18,69	16,42	320,32
1977	234,67	467,28	277,71	29,46	28,99	47,85	138,74	18,90	18,24	347,78
1978	252,54	520,14	320,29	33,38	35,26	52,61	154,14	19,51	19,75	380,48
1979	273,50	561,06	363,46	38,83	43,89	57,17	165,96	20,52	21,49	420,98
1980	297,90	613,89	420,90	48,89	55,64	60,26	178,70	21,69	23,59	478,13
1981	317,84	669,94	491,78	55,41	73,30	62,75	195,19	23,55	25,62	534,89
1982	325,33	708,00	576,99	60,31	87,69	65,10	214,30	25,56	26,89	584,88
1983	334,15	725,51	643,27	65,97	104,37	66,73	226,03	27,47	28,00	619,68
					in Preisen von 1980					
1960	137,36	242,13	208,06	31,18	27,98	34,34	90,60	10,10	8,21	276,62
1961	145,91	246,74	218,04	32,28	29,20	35,31	92,11	11,84	8,71	293,41
1962	159,70	267,96	228,33	33,27	30,34	36,49	94,42	12,82	9,45	309,05
1963	169,37	298,92	236,05	33,87	31,64	38,21	98,57	13,93	10,27	313,67
1964	172,22	311,47	245,86	34,42	32,98	38,87	103,61	14,31	10,88	321,57
1965	180,71	328,74	253,77	35,32	34,28	39,47	104,37	14,96	11,57	330,51
1966	186,37	344,29	260,65	36,26	35,64	40,16	109,21	15,25	12,24	364,08
1967	193,10	363,84	271,74	38,33	37,20	41,11	113,57	15,50	12,82	393,23
1968	193,94	376,50	286,98	38,48	39,13	42,02	117,14	16,09	13,56	405,22
1969	202,55	400,14	298,81	37,76	40,23	43,90	119,79	16,88	14,25	407,38
1970	211,53	412,53	311,31	38,37	41,26	46,53	123,73	17,69	15,05	402,30
1971	222,45	435,35	322,09	39,54	43,59	48,08	127,79	18,73	15,86	394,03
1972	231,81	460,99	330,65	41,21	45,91	48,95	133,05	19,27	16,69	403,78
1973	243,39	485,60	341,21	43,21	47,02	49,29	137,01	19,73	17,52	406,21
1974	253,34	502,16	345,13	43,88	48,34	50,28	144,83	20,07	18,13	419,57
1975	263,28	524,77	361,45	46,30	49,90	52,25	150,59	20,20	19,35	428,81
1976	267,41	544,10	383,92	46,89	50,99	54,34	157,00	20,75	20,15	437,14
1977	269,95	556,48	389,35	46,12	52,42	56,08	162,67	20,84	20,93	445,45
1978	280,56	590,09	406,12	47,18	53,63	58,26	168,90	21,26	21,99	454,76
1979	290,41	604,73	413,46	48,17	54,49	59,92	174,38	21,48	22,93	466,06
1980	297,90	613,89	420,90	48,89	55,64	60,26	178,70	21,69	23,59	478,13
1981	302,32	621,36	430,58	48,90	57,50	61,46	182,18	22,22	24,81	489,42
1982	299,16	613,83	441,42	49,32	58,80	61,60	186,37	22,41	25,39	503,21
1983	299,15	615,79	449,73	50,63	60,39	62,23	190,07	23,39	26,01	506,40

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 221.

[2]) Stand vor Revision 1985.

Quelle: OECD

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	73,58	107,74	59,49	4,23	5,24	10,61	40,66	9,27	4,68	90,28
1961	83,46	122,34	68,54	4,75	6,00	11,53	47,35	11,51	6,38	91,14
1962	92,88	134,78	77,14	4,90	6,86	12,23	49,57	13,44	7,15	98,94
1963	97,71	140,77	89,52	5,14	7,98	12,90	53,91	15,39	7,90	106,67
1964	111,70	170,48	102,87	6,12	8,08	16,28	59,92	17,45	9,41	114,78
1965	119,90	185,51	112,65	6,62	7,54	17,93	67,40	17,47	9,78	129,12
1966	124,17	204,33	124,04	7,05	7,97	20,37	74,76	17,91	11,56	139,85
1967	114,18	218,85	134,72	7,70	9,10	22,44	76,03	18,33	14,29	142,43
1968	119,39	219,67	143,45	8,51	10,28	25,36	78,86	19,20	17,57	157,57
1969	138,90	241,30	164,27	8,83	11,75	26,27	83,95	21,00	21,44	171,63
1970	172,05	286,18	183,04	9,74	13,43	31,08	97,18	24,96	26,04	174,02
1971	196,11	304,81	205,93	10,89	13,95	35,25	116,90	30,13	27,64	194,37
1972	209,17	329,75	232,05	11,95	14,84	36,64	144,91	34,64	31,52	221,04
1973	219,26	375,58	264,98	14,84	18,65	40,86	154,97	38,21	40,94	251,31
1974	212,71	467,37	310,90	17,31	24,78	43,73	175,72	38,89	46,70	261,69
1975	209,41	511,15	337,89	21,31	25,78	45,99	174,92	33,66	48,02	261,58
1976	226,04	568,73	390,67	24,72	31,40	48,78	188,71	29,23	51,88	292,61
1977	243,01	602,96	419,90	27,02	37,20	57,89	212,77	30,24	56,18	349,12
1978	266,79	647,53	458,88	31,14	41,49	63,30	215,26	32,49	62,38	418,07
1979	304,82	661,10	524,52	36,88	50,93	66,49	230,90	34,59	70,25	472,12
1980	337,98	728,20	606,37	41,63	67,02	70,79	254,08	40,50	75,42	481,46
1981	338,22	642,37	665,51	41,79	81,15	67,58	266,54	44,56	78,40	523,15
1982	330,64	675,20	732,60	45,99	89,56	67,15	262,81	45,30	79,17	503,64
1983	346,54	660,17	776,09	49,56	96,27	68,50	267,21	47,50	78,00	549,15
					in Preisen von 1980					
1960	184,12	333,20	214,79	24,18	36,58	35,02	100,04	21,69	11,92	254,94
1961	196,71	374,39	238,13	26,54	40,81	37,13	112,60	25,10	15,24	258,93
1962	204,88	396,40	258,35	26,72	44,80	38,39	115,68	27,67	16,96	278,03
1963	207,61	396,99	281,06	27,10	48,42	38,83	119,67	29,69	18,73	298,50
1964	230,87	455,21	310,50	31,58	45,60	46,26	131,14	32,12	21,86	318,35
1965	241,95	473,98	332,20	33,10	41,77	48,72	137,92	31,32	22,57	351,13
1966	244,74	506,34	356,30	33,91	43,57	52,63	150,14	31,06	25,60	368,84
1967	227,83	521,05	377,79	36,90	48,69	57,08	150,24	31,11	30,26	363,96
1968	236,17	514,50	398,67	39,19	53,94	63,46	154,54	32,06	36,32	385,98
1969	261,11	541,94	435,21	38,93	58,12	62,03	162,12	33,97	43,19	395,14
1970	286,95	587,61	455,32	39,93	59,89	67,92	178,05	37,00	50,50	380,78
1971	304,66	576,44	487,70	40,70	57,96	70,23	202,59	40,65	52,65	401,20
1972	312,36	596,01	522,97	40,59	58,49	68,28	227,17	42,67	58,13	435,49
1973	311,70	637,87	555,03	43,54	63,01	71,36	227,97	43,91	66,09	467,23
1974	281,86	682,13	560,20	41,73	65,12	68,67	237,01	42,04	60,08	435,25
1975	268,10	669,39	542,22	41,81	56,82	65,31	225,28	36,33	59,42	386,58
1976	280,45	696,12	562,47	42,43	58,15	63,50	233,88	32,52	61,18	410,97
1977	291,22	696,42	557,98	41,32	57,94	70,92	245,99	33,04	64,14	454,29
1978	305,40	715,67	566,23	42,94	57,89	72,71	236,74	35,06	70,19	497,44
1979	327,56	696,19	587,44	43,93	61,26	71,46	245,28	36,85	74,61	512,79
1980	337,98	728,20	606,37	41,63	67,02	70,79	254,08	40,50	75,42	481,46
1981	323,90	609,22	596,42	38,08	67,45	63,35	248,89	41,47	78,12	486,61
1982	308,75	603,68	593,04	40,65	63,94	60,70	232,04	40,37	79,51	454,64
1983	318,19	565,28	584,90	42,35	60,57	60,96	227,68	42,09	79,69	491,37

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 221.

[2]) Stand vor Revision 1985.

Quelle: OECD

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	57,49	213,90	44,44	5,42	3,26	21,15	40,99	10,96	1,71	25,78
1961	59,84	234,80	46,87	5,66	3,71	21,28	44,98	12,07	1,79	26,24
1962	62,66	261,20	48,25	5,81	4,13	22,58	48,64	13,22	2,07	27,55
1963	68,25	288,70	53,09	6,13	4,54	24,55	52,56	14,41	2,27	29,44
1964	75,86	329,20	59,09	6,51	5,24	28,00	57,44	15,94	2,80	33,16
1965	82,88	353,98	66,58	6,96	6,29	30,80	63,18	17,49	3,45	35,09
1966	93,54	395,30	72,41	7,45	7,01	32,63	69,47	19,21	4,03	38,72
1967	101,01	414,20	77,37	7,75	7,60	34,78	74,51	20,50	4,31	41,12
1968	113,89	465,50	84,28	9,41	8,68	39,02	82,08	23,17	5,35	45,31
1969	129,46	561,60	102,20	10,52	9,96	45,83	99,22	26,63	6,56	48,98
1970	143,00	654,50	127,89	12,00	11,18	54,09	121,89	29,71	7,93	56,39
1971	157,99	698,70	148,81	13,45	12,47	61,87	133,76	32,06	9,45	59,39
1972	172,57	789,10	169,14	14,13	14,18	69,40	150,87	35,77	9,78	66,91
1973	203,02	975,80	203,22	17,73	16,87	83,40	176,04	40,23	11,29	90,30
1974	262,48	1260,20	275,08	23,68	24,69	107,54	218,33	45,91	18,26	120,10
1975	257,01	1220,10	283,85	27,75	28,53	109,48	220,94	44,03	18,98	131,43
1976	294,47	1466,90	338,24	36,09	38,61	128,47	251,20	47,70	22,58	141,58
1977	311,79	1550,30	401,90	44,24	49,94	130,74	274,46	53,45	24,31	150,37
1978	327,70	1608,30	455,20	48,37	59,54	133,34	295,19	53,23	22,73	175,91
1979	358,23	1892,10	535,62	55,89	75,32	155,06	344,93	56,02	25,63	217,00
1980	402,10	2151,80	616,10	63,90	84,96	176,81	388,25	62,58	32,89	264,99
1981	461,36	2433,40	735,56	68,60	107,07	204,62	434,02	69,10	37,98	284,11
1982	500,32	2837,70	825,07	73,70	125,15	211,51	463,26	69,55	39,39	262,49
1983	500,85	3047,90	928,55	80,36	140,55	220,35	495,38	71,44	38,48	252,27
					in Preisen von 1980					
1960	111,19	528,26	125,52	26,28	15,29	46,92	83,50	20,76	2,84	74,77
1961	115,48	576,67	131,94	27,09	17,54	48,02	87,72	22,42	3,04	75,24
1962	120,29	635,04	134,27	27,57	19,36	51,02	95,41	23,81	3,54	79,25
1963	129,86	687,36	143,75	28,82	20,61	54,07	101,42	25,05	3,80	84,58
1964	140,72	752,17	153,32	29,92	22,84	60,18	108,05	26,66	4,60	94,81
1965	149,89	797,86	170,97	31,28	27,40	64,73	115,65	28,66	5,64	97,06
1966	165,07	859,15	182,26	32,53	30,47	68,11	124,92	30,15	6,52	104,07
1967	177,71	895,85	195,55	33,05	32,65	72,62	133,34	31,19	6,89	108,55
1968	200,57	1005,18	213,96	37,02	37,18	81,90	144,66	34,30	8,48	117,00
1969	218,81	1159,20	247,62	40,35	41,55	94,14	170,36	38,88	10,14	122,68
1970	231,66	1277,70	287,54	42,32	43,97	105,72	198,37	41,54	11,85	134,37
1971	245,51	1335,70	319,20	45,15	47,04	117,30	210,13	43,15	13,84	135,63
1972	262,71	1483,40	360,44	45,46	52,03	129,95	229,46	45,90	14,56	148,37
1973	290,57	1693,40	403,10	50,69	53,75	146,08	249,99	49,51	15,61	177,27
1974	326,03	1757,00	444,86	54,14	58,30	149,72	277,60	50,02	19,14	193,12
1975	306,19	1612,60	438,39	52,67	60,52	145,19	268,01	46,73	19,91	190,62
1976	339,06	1832,70	484,70	57,22	68,04	159,85	299,22	51,08	23,73	198,13
1977	352,61	1868,30	528,20	60,69	73,85	156,99	314,43	56,04	26,65	202,20
1978	364,45	1916,20	562,85	61,71	81,35	162,17	328,28	58,13	26,65	221,25
1979	381,46	2067,20	601,82	64,07	89,04	174,18	364,18	59,56	27,73	240,61
1980	402,10	2151,80	616,10	63,90	84,96	176,81	388,25	62,58	32,89	264,99
1981	435,22	2222,20	647,31	62,67	88,44	179,53	407,98	65,49	37,72	262,08
1982	452,91	2291,70	636,26	63,30	89,83	179,10	416,64	63,54	38,18	239,02
1983	447,32	2292,10	657,91	63,86	93,42	187,72	442,48	64,12	40,00	226,53

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 221.

[2]) Stand vor Revision 1985.

Quelle: OECD

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	49,85	218,80	38,18	5,77	3,31	20,34	40,71	11,06	1,64	22,19
1961	52,40	240,60	40,89	5,74	3,68	21,23	42,50	13,33	2,10	22,05
1962	58,08	262,40	44,83	5,85	4,25	22,40	45,67	14,89	2,03	24,20
1963	62,37	296,60	51,71	6,23	5,28	24,93	50,80	16,05	2,47	25,26
1964	69,38	333,20	60,04	7,05	5,13	29,32	57,42	17,80	2,86	27,21
1965	81,58	355,70	62,28	7,21	5,26	31,28	64,60	18,01	2,99	30,54
1966	85,29	403,40	71,04	7,48	6,11	33,72	73,30	19,16	3,43	35,96
1967	83,02	411,90	75,90	8,13	6,99	35,55	76,76	20,13	4,21	38,70
1968	94,57	462,70	84,74	9,70	7,45	39,03	82,87	21,98	4,76	45,24
1969	112,73	551,20	106,25	10,24	9,01	46,04	95,21	25,61	5,57	49,08
1970	129,27	623,70	123,91	11,48	10,84	56,17	118,21	31,25	6,99	54,32
1971	144,30	668,30	140,28	12,55	11,71	62,28	130,78	33,65	7,25	60,90
1972	156,03	735,30	159,79	14,10	13,50	65,15	148,14	36,82	7,65	72,58
1973	176,03	937,20	196,57	19,43	18,77	77,76	174,03	41,67	11,26	89,29
1974	219,56	1248,10	293,46	27,84	29,68	102,07	220,41	48,65	19,26	124,67
1975	229,48	1211,00	273,67	29,43	28,51	102,10	216,72	40,03	18,92	119,75
1976	268,79	1459,20	357,60	37,33	40,58	119,93	262,25	43,01	21,25	147,91
1977	283,20	1572,10	407,20	42,95	47,51	127,40	295,92	49,69	21,27	177,61
1978	295,13	1635,70	434,25	45,84	53,79	133,23	294,86	49,53	19,17	206,39
1979	349,94	1947,30	532,17	54,97	71,71	156,69	348,83	56,83	27,63	245,90
1980	409,55	2245,00	664,88	57,85	94,75	178,62	407,66	68,59	35,04	285,60
1981	447,60	2517,50	784,63	60,32	114,68	192,24	447,98	70,92	35,93	305,69
1982	460,97	2874,40	909,62	67,41	129,89	196,08	444,46	68,66	37,34	290,82
1983	466,20	2992,20	952,03	76,94	137,23	206,14	485,81	71,87	33,17	308,63
					in Preisen von 1980					
1960	97,31	572,74	113,94	28,08	18,62	46,85	87,35	18,97	5,28	89,79
1961	104,96	613,96	121,84	27,89	21,18	49,85	89,07	22,75	6,71	89,99
1962	116,61	664,34	130,02	28,49	24,34	53,06	95,16	25,13	6,67	100,94
1963	122,35	721,81	148,33	29,65	29,82	58,27	104,89	26,34	7,87	103,88
1964	133,70	785,72	170,76	32,71	27,99	66,93	116,54	28,62	8,98	109,57
1965	152,96	837,35	174,60	32,96	28,55	71,02	128,63	28,64	9,61	121,70
1966	156,97	920,42	193,03	33,64	32,56	76,03	143,50	29,64	10,80	140,31
1967	155,09	935,00	209,03	36,14	36,95	80,85	148,15	30,84	13,45	150,17
1968	176,05	1044,51	235,99	38,77	39,12	91,38	158,98	33,41	14,89	173,34
1969	204,96	1206,27	282,06	39,78	46,67	104,30	174,13	37,73	16,79	183,55
1970	235,83	1298,50	299,74	41,66	54,14	119,46	203,52	42,96	20,47	190,61
1971	258,96	1345,60	327,09	43,85	55,53	126,77	215,35	45,64	21,43	202,79
1972	275,42	1474,80	379,32	47,94	61,62	133,34	239,28	48,96	23,55	225,21
1973	286,82	1747,80	436,84	53,57	67,94	147,90	270,15	52,14	29,18	235,74
1974	288,42	1825,30	459,38	54,07	68,78	146,31	290,29	51,63	30,66	228,38
1975	295,96	1660,60	429,24	50,26	62,10	140,32	274,18	43,71	27,74	200,25
1976	328,65	1881,70	516,41	52,33	71,24	154,75	322,59	49,41	29,54	240,57
1977	339,50	1966,70	531,30	52,79	71,21	159,20	349,40	53,98	31,02	261,32
1978	360,01	2023,70	559,75	54,72	77,00	169,21	341,20	59,88	33,27	290,26
1979	394,07	2212,50	621,71	60,43	87,42	179,41	381,55	63,98	37,61	295,05
1980	409,55	2245,00	664,88	57,85	94,75	178,62	407,66	68,59	35,04	285,60
1981	406,15	2212,50	677,12	55,80	89,90	168,07	406,54	67,72	35,55	302,95
1982	409,43	2235,80	716,31	58,02	91,78	169,31	395,93	65,95	35,94	307,71
1983	417,20	2171,10	705,60	61,18	92,54	177,50	435,12	69,04	33,71	341,90

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12 * auf Seite 221.

[2]) Stand vor Revision 1985.

Quelle: OECD

Tabelle 11*

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern
Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Salden der Handelsbilanz[1])					
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	− 0,73	+ 0,65	− 0,60	− 0,47	− 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	− 0,30	+ 0,33	− 0,71	− 0,59	− 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	− 1,64	− 0,02	− 0,58	− 0,47	− 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	− 1,70	+ 1,05	− 0,34	− 0,45	− 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,53	− 0,83	− 0,50	+ 0,54	− 0,42	− 0,34	− 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,71	+ 0,75	+ 0,33	− 0,08	− 0,38	− 0,90	− 0,60	− 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,76	+ 0,67	+ 1,10	+ 0,46	+ 0,12	− 0,62	− 0,89	− 1,01	+ 7,79	− 2,26
1972	+ 8,37	+ 1,20	+ 1,27	− 1,87	+ 0,06	+ 0,44	− 1,17	− 1,05	+ 8,97	− 6,42
1973	+15,19	+ 1,41	+ 0,50	− 6,34	− 3,98	+ 1,00	− 1,50	− 1,40	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,20	+ 0,74	− 4,40	−12,52	− 8,49	+ 0,59	− 1,42	− 1,75	+ 1,44	− 5,51
1975	+17,61	+ 0,01	+ 1,45	− 7,38	− 1,17	+ 0,90	− 1,46	+ 0,43	+ 5,03	+ 8,90
1976	+16,66	− 0,21	− 4,67	− 7,06	− 4,24	+ 1,34	− 2,56	+ 0,80	+ 9,89	− 9,48
1977	+19,79	− 1,21	− 2,84	− 3,98	− 0,13	− 0,24	− 3,86	+ 0,25	+17,31	− 31,09
1978	+25,49	− 1,05	+ 0,75	− 2,96	+ 2,90	− 1,47	− 2,98	+ 0,72	+24,60	− 33,97
1979	+17,47	− 2,51	− 2,10	− 7,31	− 0,95	− 1,41	− 3,75	− 1,54	+ 1,85	− 27,56
1980	+10,39	− 3,71	−13,03	+ 3,52	−16,34	− 1,41	− 5,98	− 4,80	+ 2,13	− 25,51
1981	+17,97	− 2,94	−10,12	+ 7,34	−10,59	+ 3,93	− 4,16	− 2,60	+19,97	− 28,00
1982	+26,66	− 1,85	−15,54	+ 3,60	− 8,00	+ 4,70	− 3,04	− 1,80	+18,08	− 36,10
1983	+23,30	− 0,10	− 8,20	− 1,30	− 3,10	+ 4,40	− 3,30	− 2,20	+31,50	− 62,00
1984	+23,30	+ 0,40	− 4,10	− 5,50	− 6,10	+ 5,40	− 3,10	− 2,30	+44,30	−108,30
					Salden der Leistungsbilanz					
1965	− 1,56	+ 0,40	+ 0,35	− 0,08	+ 2,21	+ 0,05	− 0,04	− 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	− 0,26	+ 0,36	+ 2,12	− 0,21	− 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	− 0,74	+ 1,60	− 0,08	− 0,12	+ 0,24	− 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	− 0,86	− 0,58	+ 2,63	+ 0,07	− 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	− 1,48	+ 1,21	+ 2,34	+ 0,06	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 2,02	+ 0,77	− 0,49	− 0,07	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,80	+ 0,67	+ 0,53	+ 2,75	+ 1,58	− 0,12	− 0,08	+ 0,08	+ 5,80	− 1,43
1972	+ 0,86	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,56	+ 2,04	+ 1,35	− 0,15	+ 0,22	+ 6,62	− 5,80
1973	+ 4,62	+ 1,33	+ 1,47	− 2,54	− 2,53	+ 2,42	− 0,27	+ 0,28	− 0,14	+ 7,14
1974	+10,28	+ 0,76	− 3,91	− 7,84	− 8,02	+ 2,22	− 0,47	+ 0,17	− 4,69	+ 1,96
1975	+ 4,04	+ 0,16	+ 2,67	− 3,35	− 0,58	+ 1,99	− 0,19	+ 2,59	− 0,68	+ 18,14
1976	+ 3,94	+ 0,39	− 3,42	− 1,52	− 2,82	+ 2,71	− 1,05	+ 3,50	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,09	− 0,56	− 0,43	− 0,09	+ 2,47	+ 0,61	− 2,14	+ 3,44	+10,92	− 14,51
1978	+ 9,02	− 0,84	+ 7,00	+ 2,23	+ 6,20	− 1,47	− 0,63	+ 4,40	+16,53	− 15,45
1979	− 6,05	− 3,05	+ 5,19	− 1,11	+ 5,48	− 2,05	− 1,05	+ 2,44	− 8,75	− 0,96
1980	−15,75	− 4,94	− 4,17	+ 8,44	− 9,68	− 2,94	− 1,65	− 0,54	−10,75	+ 1,90
1981	− 5,82	− 4,19	− 4,74	+14,51	− 8,12	+ 2,91	− 1,34	+ 2,76	+ 4,77	+ 6,29
1982	+ 3,40	− 2,48	−12,06	+ 8,60	− 5,70	+ 3,70	+ 0,50	+ 1,30	+ 6,85	− 18,00
1983	+ 4,10	− 0,30	− 4,40	+ 4,80	+ 0,80	+ 3,90	+ 0,20	+ 3,80	+20,80	− 40,80
1984	+ 6,30	− 0,20	− 0,80	+ 1,20	− 3,00	+ 4,90	− 0,50	+ 3,80	+35,00	−101,50

[1]) Ausfuhr: fob; Einfuhr: fob.

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Wechselkurse

Europäische Währungseinheit (ECU) und Kaufkraftstandard (KKS)[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					1 ECU =					
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,685	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,47	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,54	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,165	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1006,78	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,165	5,829	0,6464	1138,50	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1189,20	2,760	18,014	2,333	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1263,18	2,775	17,782	2,193	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1323,78	2,614	16,713	1,989	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1349,92	2,537	15,991	1,869	211,35	0,890
					1 KKS =					
1960	4,48	58,4	6,13	0,381	548	3,24			.	1,54
1961	4,51	57,3	6,13	0,387	545	3,22			.	1,50
1962	4,50	55,9	6,16	0,385	553	3,19			.	1,47
1963	4,43	55,1	6,27	0,376	574	3,20			.	1,43
1964	4,37	55,2	6,26	0,373	586	3,33			.	1,39
1965	4,34	55,8	6,17	0,377	586	3,39			326	1,36
1966	4,34	56,1	6,13	0,380	578	3,47			331	1,36
1967	4,28	56,3	6,16	0,381	579	3,52			338	1,36
1968	4,23	56,1	6,23	0,385	571	3,55			343	1,39
1969	4,19	55,9	6,31	0,386	565	3,60			334	1,39
1970	4,23	54,3	6,25	0,388	566	3,56			336	1,37
1971	4,23	53,4	6,15	0,395	565	3,59			328	1,34
1972	4,18	53,2	6,12	0,401	562	3,69			324	1,31
1973	4,11	52,6	6,09	0,396	579	3,69			335	1,28
1974	3,90	52,8	6,03	0,406	611	3,59			359	1,24
1975	3,60	51,4	5,95	0,449	625	3,47			337	1,18
1976	3,36	49,9	5,91	0,466	665	3,41			324	1,13
1977	3,15	48,6	5,84	0,481	718	3,29			310	1,08
1978	3,02	46,6	5,86	0,491	751	3,19			298	1,07
1979	2,85	44,2	5,87	0,510	790	3,01			277	1,05
1980	2,64	40,8	5,85	0,543	847	2,82			253	1,02
1981	2,49	38,9	5,93	0,548	906	2,69			235	1,01
1982	2,37	37,8	6,06	0,533	970	2,59			217	0,98
1983	2,27	37,2	6,17	0,520	1036	2,45			203	0,95

[1]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1983, Heft 1985.

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[2])	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[3])	Mailand/Rom
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir £	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Pts	1 000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1980 1. Vj.	90,817	6,163	3,703	32,030	3,604	3,995	2,635	2,151
2. Vj.	91,046	6,233	3,729	32,091	3,665	4,135	2,555	2,128
3. Vj.	91,754	6,246	3,765	32,319	3,598	4,229	2,463	2,106
4. Vj.	92,205	6,229	3,743	32,538	3,682	4,559	2,495	2,110
1981 1. Vj.	91,398	6,176	3,698	32,262	3,751	4,817	2,485	2,084
2. Vj.	90,023	6,122	3,655	31,794	3,765	4,730	2,498	2,009
3. Vj.	90,038	6,114	3,649	31,868	3,717	4,470	2,484	2,002
4. Vj.	90,999	5,951	3,553	31,024	3,480	4,229	2,339	1,877
1982 1. Vj.	91,117	5,671	3,520	30,190	3,425	4,332	2,320	1,859
2. Vj.	90,211	5,286	3,457	29,322	3,242	4,232	2,244	1,802
3. Vj.	90,907	5,220	3,435	28,683	2,897	4,280	2,213	1,781
4. Vj.	91,347	5,135	3,377	28,433	2,753	4,129	2,090	1,743
1983 1. Vj.	90,437	5,088	3,300	28,216	2,581	3,690	1,854	1,721
2. Vj.	88,993	5,012	3,158	28,037	2,464	3,866	1,789	1,683
3. Vj.	89,403	4,980	3,149	27,808	2,172	3,990	1,759	1,680
4. Vj.	89,162	4,916	3,107	27,663	2,098	3,934	1,733	1,648
1984 1. Vj.	88,733	4,891	3,081	27,441	2,020	3,876	1,750	1,625
2. Vj.	88,755	4,905	3,064	27,261	1,963	3,783	1,772	1,617
3. Vj.	88,653	4,948	3,083	27,462	1,917	3,786	1,767	1,623
4. Vj.	88,651	4,959	3,105	27,755	1,866	3,713	1,791	1,616
1985 1. Vj.	88,435	4,983	3,115	27,972	1,822	3,630	1,809	1,611
2. Vj.	88,576	4,967	3,131	27,840	1,765	3,878	1,773	1,567
3. Vj.	88,878	4,951	3,118	27,672	1,686	3,917	1,706	1,505

[1]) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[4])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan $	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
1,5242	1,7734	35,849	42,749	42,016	0,7290	13,945	106,629	1980 1. Vj.
1,5480	1,8105	36,637	42,986	42,610	0,7827	14,024	107,590	2. Vj.
1,5336	1,7756	36,688	43,094	42,767	0,8086	14,111	108,770	3. Vj.
1,6154	1,9112	38,030	43,223	44,438	0,9083	14,114	110,893	4. Vj.
1,7487	2,0866	39,016	42,945	45,827	1,0162	14,125	110,038	1981 1. Vj.
1,8995	2,2758	40,070	42,011	46,673	1,0358	14,144	111,842	2. Vj.
2,0091	2,4327	39,998	41,881	45,951	1,0500	14,231	116,048	3. Vj.
1,8841	2,2448	38,476	39,736	40,654	1,0013	14,260	122,879	4. Vj.
1,9416	2,3459	39,424	39,143	40,897	1,0051	14,255	125,203	1982 1. Vj.
1,9131	2,3780	39,145	37,910	40,277	0,9759	14,204	119,326	2. Vj.
1,9854	2,4812	37,421	35,734	40,312	0,9596	14,218	117,456	3. Vj.
2,0323	2,5012	35,010	35,365	34,153	0,9669	14,231	116,955	4. Vj.
1,9623	2,4075	33,868	34,974	32,499	1,0225	14,230	119,530	1983 1. Vj.
2,0192	2,4848	34,658	33,282	32,965	1,0465	14,203	119,727	2. Vj.
2,1447	2,6429	35,702	33,201	33,855	1,0904	14,223	123,066	3. Vj.
2,1624	2,6776	35,698	32,796	33,821	1,1443	14,204	124,038	4. Vj.
2,1541	2,7025	35,146	32,547	33,898	1,1703	14,190	123,004	1984 1. Vj.
2,0970	2,7095	35,013	32,533	33,849	1,1799	14,227	120,696	2. Vj.
2,2231	2,9189	34,877	32,582	34,710	1,1991	14,241	119,566	3. Vj.
2,3165	3,0529	34,535	32,615	35,072	1,2417	14,232	121,432	4. Vj.
2,4076	3,2563	34,775	32,705	34,123	1,2644	14,235	118,258	1985 1. Vj.
2,2549	3,0867	34,723	32,786	34,534	1,2316	14,227	119,127	2. Vj.
2,0954	2,8490	34,158	32,797	33,926	1,1947	14,231	121,379	3. Vj.

[2]) Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3]) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.
[4]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Verbraucherpreise					
1960	47,2	36,5	26,7	18,6	18,6	32,3	38,2	44,4	24,2	35,9
1961	48,2	36,9	27,4	19,3	19,0	32,9	39,6	45,2	25,5	36,3
1962	49,7	37,4	28,8	20,1	19,9	33,6	41,3	47,1	27,2	36,7
1963	51,2	38,2	30,3	20,5	21,4	34,7	42,5	48,8	29,3	37,2
1964	52,4	39,8	31,2	21,2	22,6	36,7	44,1	50,3	30,4	37,6
1965	54,1	41,4	32,1	22,2	23,7	38,9	46,3	52,0	32,5	38,2
1966	56,0	43,1	32,9	23,0	24,2	41,1	47,3	54,4	34,1	39,4
1967	56,9	44,4	33,8	23,6	25,1	42,5	49,2	56,7	35,4	40,5
1968	57,8	45,6	35,4	24,7	25,5	44,2	50,5	58,0	37,3	42,2
1969	58,9	47,3	37,5	26,1	26,1	47,4	52,1	59,4	39,3	44,5
1970	61,0	49,1	39,7	27,7	27,4	49,2	54,4	61,6	42,3	47,1
1971	64,1	51,3	41,9	30,3	28,7	52,8	56,9	65,6	44,9	49,1
1972	67,7	54,1	44,5	32,5	30,4	57,0	60,5	70,0	46,9	50,8
1973	72,4	57,8	47,8	35,5	33,7	61,5	65,1	76,1	52,4	53,9
1974	77,4	65,2	54,3	41,1	40,1	67,4	71,3	83,5	65,2	59,8
1975	82,0	73,5	60,7	51,1	46,9	74,5	77,3	89,2	72,9	65,3
1976	85,6	80,2	66,6	59,6	54,8	81,2	83,0	90,7	79,7	69,1
1977	88,7	85,9	72,8	69,0	64,1	86,5	87,6	91,8	86,1	73,6
1978	91,1	89,8	79,4	74,7	71,9	90,1	90,7	92,8	89,4	79,2
1979	94,9	93,8	87,9	84,8	82,5	93,9	94,0	96,1	92,6	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,6	113,4	111,9	117,8	106,7	106,8	106,5	104,9	110,4
1982	111,9	117,0	126,8	121,5	137,2	113,0	112,6	112,5	107,7	117,1
1983	115,6	126,0	139,0	127,1	157,3	116,2	116,3	115,9	109,6	120,9
1984	118,4	134,0	149,3	133,4	174,3	120,0	122,9	119,3	112,1	126,1
1985 1. Hj.	120,8	139,5	156,2	140,0	187,1	122,2	126,4	123,0	113,9	129,4
					Erzeuger- bzw. Großhandelspreise[1])					
1960	53,4	49,4	34,7	20,7	18,5	45,9	45,8	59,6	42,6	35,3
1961	54,1	49,3	35,7	21,2	18,6	45,9	46,8	59,7	43,0	35,2
1962	54,6	49,8	36,0	21,7	19,1	45,9	49,3	61,7	42,3	35,3
1963	54,9	51,0	36,9	21,9	20,1	47,0	48,5	64,1	43,1	35,2
1964	55,5	53,4	38,3	22,6	20,8	49,9	51,1	65,0	43,1	35,2
1965	56,8	54,0	38,6	23,4	21,1	51,6	52,4	65,3	43,5	35,9
1966	57,8	55,1	39,6	24,1	21,5	54,4	53,4	66,6	44,5	37,1
1967	57,3	54,6	39,3	24,4	21,4	54,4	54,7	66,8	45,3	37,2
1968	56,9	54,7	38,6	25,3	21,5	55,5	55,2	66,8	45,7	38,1
1969	57,9	57,4	42,8	26,3	22,3	54,4	56,6	68,7	46,7	39,6
1970	60,8	60,2	46,0	28,0	24,0	56,6	59,2	71,6	48,4	41,1
1971	63,4	59,8	46,9	30,6	24,8	59,3	62,3	73,2	48,0	42,4
1972	65,1	62,2	49,1	32,2	25,8	62,3	64,7	75,8	48,4	44,3
1973	69,4	69,9	56,3	34,5	30,2	66,6	65,6	83,9	56,0	50,1
1974	78,7	81,7	72,7	42,6	42,5	73,0	75,5	97,5	73,7	59,5
1975	82,3	82,6	68,6	52,4	46,1	77,9	80,3	95,2	75,9	65,0
1976	85,4	88,5	73,6	60,9	57,1	84,0	85,0	94,6	79,7	68,1
1977	87,7	90,7	77,7	72,0	66,5	88,9	87,5	94,8	81,2	72,2
1978	88,7	88,9	81,1	79,1	72,1	90,0	88,4	91,6	79,1	77,9
1979	93,0	94,5	91,9	87,7	83,3	92,5	92,1	95,1	84,9	87,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	108,2	111,0	109,6	116,6	109,2	108,0	105,8	101,4	109,1
1982	114,1	116,5	123,3	118,0	132,8	116,4	111,5	108,5	103,2	111,3
1983	115,8	122,6	136,9	124,4	145,7	118,5	112,2	109,0	100,9	112,7
1984	119,2	131,7	155,1	132,1	160,8	123,5	116,4	112,6	100,7	115,4
1985 1. Hj.	121,8	133,3	163,1	138,1	171,3	125,5	121,5	115,8	100,8	115,1

[1]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

noch Tabelle 14*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Durchschnittswerte der Ausfuhr[2])									
1970	60,5	53	41,7	25,8	22,4	51	66,1	69	59,5	38,2
1971	62,9	52	44,1	27,3	23,6	52	68,4	72	60,7	39,4
1972	64,8	53	44,5	28,9	24,3	53	69,5	75	59,9	40,7
1973	68,0	58	49,0	32,6	28,8	56	73,4	77	63,6	47,4
1974	79,3	73	61,8	41,5	40,8	72	85,5	88	85,4	60,5
1975	85,8	75	65,2	50,9	45,3	76	88,7	90	87,4	67,6
1976	83,8	78	71,2	60,9	55,3	80	88,7	89	86,9	69,9
1977	85,9	79	78,2	72,1	65,9	83	91,5	91	87,1	72,4
1978	86,7	80	82,2	79,0	70,7	81	91,5	88	82,2	77,4
1979	91,3	90	90,2	87,5	82,8	88	95,2	90	89,8	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	109	113,0	108,8	122,3	116	106,1	103	103,0	109,2
1982	110,9	124	129,0	116,6	141,7	121	110,9	106	108,4	110,4
1983	112,4	132	142,5	125,7	149,8	120	110,6	108	101,1	111,6
1984	116,3	142	158,7	136,0	164,1	129	114,5	109	100,7	113,1
1985 1. Hj.	121,1	147	166,5	146,5	...	135	118,4	113	101,5	113,8
	Durchschnittswerte der Einfuhr[2])									
1970	51,7	48	38,0	25,6	16,6	46	60,2	69	34,8	25,7
1971	52,4	49	39,3	26,8	17,5	48	62,9	70	35,4	27,0
1972	52,7	48	39,7	28,0	18,0	48	63,1	71	32,5	28,9
1973	56,5	52	42,6	35,6	23,4	52	65,5	76	35,9	34,4
1974	72,6	69	62,6	51,6	40,2	70	78,0	91	62,8	50,9
1975	74,7	70	61,5	58,6	42,4	73	80,9	87	67,9	55,5
1976	76,4	76	67,9	71,6	53,5	77	82,7	83	69,5	57,2
1977	79,1	77	75,8	82,7	62,0	79	85,8	88	67,4	62,0
1978	76,8	78	76,6	85,0	65,1	78	85,7	78	55,3	66,9
1979	85,5	86	84,4	90,7	77,6	87	90,4	83	72,0	79,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,8	115	118,5	107,7	136,6	116	110,5	97	100,5	105,5
1982	114,5	131	132,9	116,8	148,3	119	110,8	96	104,9	103,8
1983	114,1	141	143,2	126,4	153,2	118	109,5	97	95,2	99,5
1984	120,8	152	158,0	137,8	170,5	126	113,7	101	92,6	101,3
1985 1. Hj.	127,2	157	167,4	149,1	...	132	121,8	108	99,5	98,9
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[3])									
1970	46,6	30,3	26,7	23,6	16,6	39	37,3	56,0	29,2	46,1
1971	51,7	34,0	29,7	26,2	18,6	44	42,4	61,4	33,5	49,1
1972	56,3	38,8	33,0	29,6	20,3	49	47,3	66,7	38,8	52,6
1973	62,2	45,1	37,8	33,6	24,9	56	53,3	72,7	46,0	56,3
1974	68,5	54,4	45,2	39,5	30,0	65	61,7	80,2	57,6	60,7
1975	73,9	65,5	53,0	50,0	38,4	74	70,0	86,0	67,9	66,4
1976	78,6	72,7	60,4	57,8	46,4	81	76,3	87,4	76,4	71,7
1977	84,2	79,4	68,1	63,7	59,2	87	82,9	89,2	83,5	78,0
1978	88,7	84,9	76,9	73,0	68,8	92	87,6	91,8	89,4	84,9
1979	93,8	91,5	86,9	84,2	82,0	96	92,7	94,6	94,6	92,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,5	110,1	112,3	113,4	123,9	103	106,1	102,4	105,1	109,9
1982	110,5	116,9	130,0	126,3	145,7	110	112,7	109,0	110,6	116,9
1983	114,1	122,0	144,9	137,1	167,9	113	117,8	113,1	115,0	121,5
1984	116,8	128,0	156,7	144,9	186,7	115	123,7	...	119,8	126,2
1985 1. Hj.	119,9	130,2	153,9	157,0	203,2	119	...	...	123,3	130,1
	Anteil am Warenhandel[4]) der Bundesrepublik Deutschland in vH									
1980 bis 1984	×	*7,1*	*12,1*	*7,3*	*7,8*	*10,3*	*4,1*	*4,4*	*2,4*	*7,4*

[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3]) Frankreich: Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum[1])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz[2])	Japan	Vereinigte Staaten
1955	35	42,8	34	59,2	23,2	28	30	.	8,8	39,8
1956	38	45,6	36	59,7	24,8	31	31	.	10,8	41,6
1957	40	48,4	39	60,8	26,8	32	34	.	12,8	42,1
1958	42	44,1	41	60,2	27,6	32	34	.	12,5	39,4
1959	45	45,9	41	63,3	30,8	35	36	49	15,0	44,1
1960	50	49,4	45	67,6	35,2	39	39	54	18,7	45,0
1961	53	52,3	48	68,5	39,3	40	41	58	22,4	45,4
1962	56	55,2	50	69,1	43,1	42	42	61	24,3	49,1
1963	57	59,4	53	71,1	47,1	44	44	64	27,0	52,0
1964	62	63,5	60	77,2	47,6	53	47	66	31,3	55,6
1965	65	64,7	58	79,5	49,8	55	49	70	32,5	61,1
1966	66	66,1	61	80,8	55,5	57	52	73	36,8	66,5
1967	64	67,1	62	81,7	60,1	59	52	75	43,9	68,0
1968	70	70,8	65	86,9	63,9	64	56	78	50,7	72,3
1969	79	77,7	71	89,8	66,4	67	63	85	58,8	75,6
1970	84	80,4	75	90,3	70,7	73	68	92	66,9	73,3
1971	85	82,5	80	89,8	70,6	78	72	94	68,6	74,6
1972	88	87,5	84	91,4	73,7	81	78	96	73,6	81,4
1973	93	93,0	90	99,6	80,8	88	81	101	84,6	88,3
1974	91	96,5	92	97,6	84,5	92	85	103	81,2	88,0
1975	85	87,2	86	92,3	76,7	91	80	88	72,3	80,1
1976	91	94,9	93	95,3	86,2	97	85	89	80,4	88,7
1977	93	94,8	95	100,3	85,5	97	89	93	83,7	93,9
1978	95	96,7	96	103,3	88,8	97	90	94	89,0	98,0
1979	100	101,3	99	107,2	94,7	101	97	95	95,5	101,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98	97,4	99	96,6	98,5	98	98	99	101,0	102,2
1982	95	97,5	97	98,3	95,4	94	98	94	101,3	94,9
1983	95	99,3	98	101,9	92,3	96	99	94	104,9	100,5
1984	98	102,0	99	103,1	95,2	101	104	...	116,5	112,1
1982 1. Vj.	97	96,6	98	97,4	97,1	96	100	97	102,3	97,7
2. Vj.	96	99,4	98	98,9	96,7	95	98	96	101,1	95,5
3. Vj.	93	98,4	96	99,4	94,5	93	97	93	101,6	93,8
4. Vj.	92	96,2	97	98,6	93,2	92	95	91	100,4	92,6
1983 1. Vj.	93	98,2	98	100,5	92,2	94	96	94	101,3	95,1
2. Vj.	95	99,7	98	100,4	91,4	97	98	95	103,2	98,3
3. Vj.	95	99,8	98	102,8	92,7	96	100	93	105,9	102,8
4. Vj.	98	99,7	99	103,9	94,0	97	100	94	109,0	105,8
1984 1. Vj.	99	102,7	100	103,9	93,1	101	102	103	112,4	109,8
2. Vj.	94	101,1	98	102,0	95,6	101	102	99	115,5	111,8
3. Vj.	100	101,7	100	102,4	96,4	102	105	102	117,4	113,5
4. Vj.	101	104,2	99	103,3	95,6	101	106	...	120,6	113,4
1985 1. Vj.	100	...	99	105,1	96,0	107	108	...	119,8	113,9
2. Vj.	102	...	98	107,8	97,7	103	107	...	123,0	114,3

[1]) Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Werte.
[2]) Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

Tabelle 16*

Energieerzeugung in ausgewählten Ländern

Petajoule[1])

Land	Insgesamt[2])		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1980	1983	1980	1983	1980	1983	1980	1983	1980	1983
Bundesrepublik Deutschland[3])	4 789	4 624	3 700	3 509	197	175	668	635	225	306
Belgien/Luxemburg	220	295	170	201	–	–	2	1	49	92
Dänemark	13	92	0	0	13	92	–	–	0	0
Frankreich	1 474	1 671	637	592	89	100	289	231	460	748
Griechenland	140	231	127	167	0	53	0	3	12	8
Großbritannien	8 211	9 633	3 182	2 896	3 413	4 906	1 464	1 628	152	203
Irland	76	126	38	39	–	–	34	83	4	4
Italien	770	809	20	18	83	101	477	501	189	190
Niederlande	3 455	3 215	0	0	235	511	3 205	2 691	15	13
EG-Länder[2])	19 148	20 696	7 874	7 422	4 030	5 938	6 139	5 773	1 106	1 564
Ägypten	1 347	1 655	–	–	1 271	1 553	41	59	35	43
Algerien	2 993	2 493	0	0	2 233	1 976	759	516	1	1
Argentinien	1 499	1 664	10	12	1 099	1 117	327	457	63	79
Australien	3 311	3 969	2 023	2 636	879	823	359	463	50	47
Brasilien	1 011	1 473	110	141	395	721	41	65	465	546
Indien	3 327	4 683	2 697	3 309	401	1 074	51	107	179	194
Indonesien	3 928	3 521	9	14	3 308	2 811	607	690	5	5
Irak	5 615	2 024	–	–	5 562	2 005	50	17	2	2
Iran	3 456	5 591	26	23	3 130	5 280	279	264	20	23
Japan	1 239	1 284	501	474	19	19	85	90	634	702
Kanada	8 232	8 236	891	1 061	3 500	3 299	2 790	2 740	1 051	1 136
Katar	1 153	860	–	–	977	649	176	210	–	–
Kuwait	3 861	2 460	–	–	3 728	2 370	133	90	–	–
Libyen	3 959	2 694	–	–	3 824	2 310	134	384	–	–
Mexiko	5 806	7 615	147	163	4 559	6 324	1 036	1 048	64	80
Nigeria	4 507	2 836	5	1	4 440	2 606	52	220	10	9
Norwegen	2 423	2 734	9	15	1 046	1 305	1 065	1 032	303	382
Österreich	283	253	38	40	63	54	78	49	105	110
Saudi-Arabien	21 722	11 293	–	–	21 673	11 243	49	50	–	–
Schweden	310	381	0	0	0	1	–	–	309	380
Schweiz	170	183	–	–	–	–	–	–	170	183
Sowjetunion	56 737	60 535	14 959	14 630	25 749	26 311	15 149	18 638	879	957
Venezuela	5 684	4 862	1	1	4 988	4 155	643	644	52	61
Vereinigte Staaten	59 954	55 820	18 360	17 164	20 413	20 493	19 256	15 880	1 925	2 283
Welt	271 524	262 856	76 954	79 415	131 801	118 483	53 938	54 451	8 831	10 508

[1]) Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[2]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Quelle: UN

Tabelle 17*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1983

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
	insgesamt	je Einheit BIP[1])	je Einwohner	nach Energieträgern: feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2])	t ÖE[2])		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3])	in vH[4])
Australien	72,4	0,71	4,7	*43,4*	*39,0*	*14,1*	*0,0*	*4,0*	*– 37,0*	*32,6*
Belgien	39,5	0,55	4,0	*21,8*	*44,6*	*18,5*	*13,7*	*0,8*	*80,0*	*113,6*
Dänemark	16,6	0,37	3,2	*33,1*	*63,3*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*84,3*	*83,8*
Bundesrepublik Deutschland	253,4	0,51	4,1	*33,3*	*43,4*	*15,9*	*5,8*	*1,7*	*56,1*	*94,6*
Frankreich	186,9	0,46	3,4	*14,7*	*47,9*	*12,2*	*17,2*	*8,6*	*61,7*	*93,5*
Griechenland	16,4	0,64	1,7	*29,3*	*65,2*	*0,6*	*0,0*	*3,0*	*65,9*	*92,5*
Großbritannien	192,6	0,74	3,4	*36,7*	*37,6*	*22,3*	*5,8*	*0,7*	*– 18,4*	*– 61,2*
Irland	8,5	0,80	2,4	*27,1*	*49,4*	*21,2*	*0,0*	*3,5*	*60,0*	*97,6*
Italien	131,7	0,58	2,3	*10,4*	*62,7*	*17,5*	*1,0*	*8,0*	*79,0*	*96,4*
Japan	349,7	0,49	2,9	*17,7*	*60,9*	*7,1*	*8,0*	*6,3*	*83,2*	*101,8*
Kanada	211,3	1,07	8,5	*15,3*	*33,5*	*19,5*	*5,2*	*28,1*	*– 13,4*	*– 14,9*
Luxemburg	2,9	1,16	7,8	*41,4*	*34,5*	*6,9*	*0,0*	*3,4*	*86,2*	*100,0*
Neuseeland	12,0	0,81	3,8	*13,3*	*30,0*	*16,7*	*0,0*	*40,0*	*24,2*	*86,1*
Niederlande	57,8	0,59	4,0	*6,4*	*37,4*	*51,0*	*1,4*	*0,0*	*2,6*	*121,3*
Norwegen	25,2	0,69	6,1	*6,0*	*31,3*	*3,6*	*0,0*	*63,1*	*–175,4*	*–291,1*
Österreich	25,8	0,57	3,4	*19,8*	*39,5*	*10,1*	*0,0*	*26,4*	*51,9*	*81,4*
Portugal	12,6	0,63	1,2	*10,3*	*74,6*	*0,0*	*0,0*	*14,3*	*73,0*	*101,1*
Schweden	48,6	0,62	5,8	*13,4*	*37,0*	*0,0*	*18,7*	*29,6*	*41,4*	*100,0*
Schweiz	25,6	0,43	3,9	*3,1*	*49,2*	*4,3*	*13,7*	*31,6*	*55,1*	*100,8*
Spanien	72,1	0,60	1,9	*23,0*	*59,8*	*5,4*	*3,3*	*8,9*	*70,0*	*98,6*
Türkei	37,6	0,78	0,8	*46,8*	*46,0*	*0,0*	*0,0*	*6,6*	*43,1*	*87,3*
Vereinigte Staaten	1 727,5	0,91	7,4	*27,0*	*40,4*	*24,0*	*4,0*	*4,4*	*11,7*	*32,7*
Insgesamt[5])	3 526,7	0,71	4,5	*24,5*	*44,0*	*19,0*	*5,4*	*7,2*	*25,8*	*53,0*

[1]) Preis- und Wechselkursbasis 1975.
[2]) Öleinheiten. (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3]) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4]) Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5]) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 18*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[1])	Erwerbstätige[2]) insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	darunter Ausländer[3])	Offene Stellen[4])	Arbeitslose[4])	Arbeitslosenquote[5])
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [6])	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 861	*48,1*	24 385	18 511	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 034	*48,0*	24 799	19 010	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	27 002	*44,1*	26 817	22 606	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 672	26 990	*43,8*	26 744	22 633	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	27 195	*43,9*	26 922	22 906	2 498	572	273	*1,2*
1974	62 054	27 147	*43,7*	26 565	22 640	2 381	315	582	*2,5*
1975	61 829	26 884	*43,5*	25 810	22 014	2 061	236	1 074	*4,7*
1976	61 531	26 651	*43,3*	25 591	21 939	1 925	235	1 060	*4,6*
1977	61 400	26 577	*43,3*	25 547	22 029	1 872	231	1 030	*4,5*
1978	61 327	26 692	*43,5*	25 699	22 264	1 857	246	993	*4,3*
1979	61 359	26 923	*43,9*	26 047	22 663	1 924	304	876	*3,7*
1980	61 566	27 217	*44,2*	26 328	23 009	2 018	308	889	*3,7*
1981	61 682	27 416	*44,4*	26 144	22 869	1 912	208	1 272	*5,3*
1982	61 638	27 542	*44,7*	25 709	22 436	1 787	105	1 833	*7,6*
1983	61 423	27 589	*44,9*	25 331	22 057	1 694	76	2 258	*9,3*
1984	61 175	27 612	*45,1*	25 346	22 064	1 609	88	2 266	*9,3*
1981 1. Hj.	61 657	27 315	*44,3*	26 116	22 835	1 925	238	1 199	*5,0*
2. Hj.	61 706	27 516	*44,6*	26 172	22 903	1 899	178	1 344	*5,5*
1982 1. Hj.	61 676	27 480	*44,6*	25 692	22 417	1 802	126	1 788	*7,4*
2. Hj.	61 600	27 604	*44,8*	25 726	22 455	1 772	84	1 878	*7,7*
1983 1. Hj.	61 478	27 542	*44,8*	25 221	21 945	1 696	76	2 331	*9,6*
2. Hj.	61 368	27 626	*45,0*	25 441	22 169	1 693	76	2 185	*9,0*
1984 1. Hj.	61 248	27 525	*44,9*	25 177	21 896	1 627	86	2 348	*9,7*
2. Hj.	61 102	27 698	*45,3*	25 515	22 232	1 590	90	2 183	*8,9*
1985 1. Hj.	...	27 733	...	25 325	22 033	...	105	2 408	*9,9*

[1]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3]) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
[4]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose).
[6]) Ohne Saarland und Berlin. Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland.

Tabelle 19*

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen

1000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1])	Dienstleistungsunternehmen[2])	Staat	Private Haushalte[3])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
					Erwerbstätige[4])					
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 721	2 134	12 937	550	10 033	2 354	4 869	3 013	3 105	663
1972	26 661	2 018	12 696	531	9 824	2 341	4 945	3 063	3 259	680
1973	26 849	1 924	12 723	515	9 861	2 347	5 015	3 123	3 367	697
1974	26 497	1 842	12 311	517	9 618	2 176	4 968	3 171	3 493	712
1975	25 746	1 773	11 610	514	9 106	1 990	4 857	3 210	3 576	720
1976	25 530	1 682	11 396	507	8 915	1 974	4 827	3 266	3 635	724
1977	25 490	1 589	11 362	504	8 918	1 940	4 845	3 306	3 660	728
1978	25 644	1 536	11 386	496	8 918	1 972	4 872	3 359	3 746	745
1979	25 995	1 481	11 506	496	8 956	2 054	4 921	3 474	3 844	769
1980	26 278	1 437	11 586	501	8 995	2 090	4 974	3 582	3 903	796
1981	26 092	1 408	11 328	508	8 779	2 041	4 942	3 641	3 968	805
1982	25 651	1 395	10 919	508	8 468	1 943	4 842	3 667	3 996	832
1983 } 5)	25 272	1 391	10 541	502	8 141	1 898	4 761	3 700	4 026	853
1984 } 5)	25 286	1 390	10 443	493	8 059	1 891	4 762	3 776	4 031	884
					Beschäftigte Arbeitnehmer[4])					
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 510	282	12 201	549	9 516	2 136	4 006	2 253	3 105	663
1972	22 550	262	11 965	530	9 314	2 121	4 092	2 292	3 259	680
1973	22 833	250	12 006	514	9 366	2 126	4 167	2 346	3 367	697
1974	22 572	236	11 609	516	9 133	1 960	4 119	2 403	3 493	712
1975	21 950	230	10 939	514	8 649	1 776	4 037	2 448	3 576	720
1976	21 878	226	10 747	507	8 476	1 764	4 022	2 524	3 635	724
1977	21 972	230	10 718	504	8 478	1 736	4 063	2 573	3 660	728
1978	22 209	236	10 759	496	8 492	1 771	4 097	2 626	3 746	745
1979	22 611	245	10 877	496	8 526	1 855	4 149	2 727	3 844	769
1980	22 959	244	10 966	501	8 574	1 891	4 222	2 828	3 903	796
1981	22 817	242	10 723	508	8 370	1 845	4 199	2 880	3 968	805
1982	22 378	243	10 314	508	8 060	1 746	4 100	2 893	3 996	832
1983 } 5)	21 998	247	9 945	502	7 733	1 710	4 014	2 913	4 026	853
1984 } 5)	22 004	252	9 854	493	7 654	1 707	4 008	2 975	4 031	884

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; nach dem Beschäftigungsort (Inlandskonzept).
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1979	1980	1981	1982	1983	1984
	Wohnbevölkerung[1])					
Europa	3 691 054	3 955 309	4 093 389	4 107 665	3 988 235	3 811 161
Belgien	15 725	16 600	17 320	17 841	18 089	18 357
Dänemark	10 806	11 527	12 278	12 656	12 690	12 851
Frankreich	64 509	68 620	72 304	72 921	71 863	72 372
Griechenland	296 803	297 518	299 300	300 824	292 349	287 099
Großbritannien[3])	72 653	81 090	88 879	90 574	88 036	87 341
Irland	4 464	5 677	6 249	6 195	5 865	6 039
Italien	594 424	617 895	624 503	601 621	564 960	545 111
Luxemburg	4 260	4 444	4 526	4 612	4 613	4 705
Niederlande	106 110	107 771	108 746	108 975	108 572	108 642
EG-Länder	1 169 754	1 211 142	1 234 105	1 216 219	1 167 037	1 142 517
Jugoslawien	620 649	631 842	637 307	631 692	612 798	600 314
Österreich	168 915	172 573	176 256	174 988	171 586	172 133
Polen	50 779	60 140	82 711	91 371	87 588	95 868
Portugal	109 843	112 270	109 417	106 005	99 529	82 991
Schweiz	28 805	29 423	29 866	29 699	29 368	29 589
Spanien	182 155	179 952	176 952	173 526	165 998	158 843
Tschechoslowakei	24 202	24 420	25 573	26 714	26 891	27 668
Türkei	1 268 307	1 462 442	1 546 280	1 580 671	1 552 328	1 425 798
Ungarn	18 852	20 144	21 722	22 200	21 090	21 093
Übriges Europa	48 793	50 961	53 200	54 580	54 022	54 347
Afrika	88 517	103 432	115 138	123 955	125 204	124 481
Ägypten	7 689	8 587	9 077	9 157	8 762	8 458
Marokko	31 933	35 854	39 374	42 590	44 192	45 137
Übriges Afrika	48 895	58 991	66 687	72 208	72 250	70 886
Amerika	106 782	113 354	118 052	120 190	120 342	122 270
Kanada	7 458	7 752	7 871	7 811	7 739	7 943
Vereinigte Staaten	73 956	77 436	79 543	80 252	80 074	81 763
Übriges Amerika	25 368	28 166	30 638	32 127	32 529	32 564
Asien	170 284	219 710	242 016	254 511	241 914	247 288
Indien	20 603	27 929	28 630	28 285	24 474	22 404
Iran	21 017	28 360	31 287	32 246	33 046	38 432
Israel	7 731	8 173	8 812	8 785	8 443	8 170
Japan	12 838	14 188	15 233	16 147	16 675	16 560
Jordanien	12 881	13 260	13 221	12 870	12 035	11 428
Pakistan	20 504	26 220	26 272	24 412	16 757	14 266
Übriges Asien	74 710	101 580	118 561	131 766	130 484	136 028
Australien und Ozeanien	6 292	6 654	6 687	6 551	6 233	6 209
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	53 657	54 849	54 447	54 045	52 935	52 239
Insgesamt	4 143 836	4 453 308	4 629 729	4 666 917	4 534 863	4 363 648

[1]) Jeweils am 30. September; 1979 einschließlich 27 250 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgegliedert werden konnten.

Tabelle 20*

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1979	1980	1981	1982	1983	1984	Staatsangehörigkeit
			Beschäftigte[2])			
1 769 500	1 819 897	1 751 838	1 654 479	1 572 645	1 458 808	Europa
9 424	9 801	9 852	9 357	9 457	8 704	Belgien
3 269	3 439	3 491	3 348	3 424	3 125	Dänemark
47 290	52 428	52 145	48 481	46 604	43 623	Frankreich
140 139	132 980	123 767	116 421	108 800	98 041	Griechenland
30 898	34 828	34 479	33 007	31 227	30 237	Großbritannien[3])
1 649	2 299	2 148	1 772	1 631	1 476	Irland
300 442	309 226	291 066	261 020	238 850	214 078	Italien
1 338	1 418	1 391	1 343	1 301	1 214	Luxemburg
40 106	40 215	39 569	36 998	37 327	34 381	Niederlande
574 555	586 634	557 908	511 747	478 621	434 879	EG-Länder
367 301	357 427	340 573	320 335	305 945	288 766	Jugoslawien
83 698	87 212	87 441	84 811	82 187	80 596	Österreich
8 952	8 772	8 213	8 575	9 797	10 985	Polen
59 145	58 780	55 085	51 102	46 423	39 651	Portugal
7 886	8 248	8 195	7 935	7 616	7 552	Schweiz
89 992	86 547	81 845	76 754	72 348	67 376	Spanien
12 508	11 486	9 519	8 530	8 989	9 114	Tschechoslowakei
540 471	590 623	580 868	564 567	540 496	499 947	Türkei
8 547	8 060	6 967	6 282	6 408	6 372	Ungarn
16 445	16 108	15 224	13 841	13 815	13 570	Übriges Europa
38 249	41 133	39 266	36 605	34 174	32 129	Afrika
2 481	2 692	2 375	2 025	1 803	1 809	Ägypten
16 214	16 109	15 343	14 622	14 452	13 824	Marokko
19 554	22 332	21 548	19 958	17 919	16 496	Übriges Afrika
26 457	28 822	28 096	26 140	25 514	25 614	Amerika
2 230	2 269	2 163	1 999	1 946	1 930	Kanada
16 310	18 559	18 706	17 460	17 097	17 324	Vereinigte Staaten
7 917	7 994	7 227	6 681	6 471	6 360	Übriges Amerika
62 290	74 982	70 712	63 710	55 688	52 247	Asien
10 376	13 986	12 106	10 129	7 783	6 827	Indien
3 591	4 044	4 285	4 338	4 243	4 279	Iran
2 206	2 265	2 227	2 062	1 861	1 777	Israel
2 735	2 795	2 942	3 008	3 047	3 018	Japan
4 105	3 915	3 339	2 855	2 483	2 277	Jordanien
11 366[a])	15 060[a])	12 657	8 658	5 291	4 018	Pakistan
27 911	32 917	33 156	32 660	30 980	30 051	Übriges Asien
2 504	2 488	2 365	2 167	1 997	1 852	Australien und Ozeanien
34 651	104 336[b])	37 460	25 880	23 627	21 991	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 933 651	2 071 658	1 929 737	1 808 981	1 713 645	1 592 641	Insgesamt

[2]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.
[3]) Einschließlich Nordirland.
[a]) Einschließlich Bangladesch.
[b]) Aus meldetechnischen Gründen überhöht.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 21*

Bruttowertschöpfung nach

a) Mrd

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1])	Dienstleistungsunternehmen[2])	Staat	Private Haushalte[3])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964 [4])	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	537,45	22,80	277,01	20,75	215,26	41,00	90,43	92,06	47,06	8,09
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	996,17	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,47	122,90	19,08
1976	1 087,09	31,10	500,60	42,40	389,70	68,50	173,56	231,80	129,82	20,21
1977	1 161,36	31,83	529,84	42,50	414,42	72,92	186,26	253,02	138,74	21,67
1978	1 241,43	32,23	561,63	44,99	437,92	78,72	199,36	276,99	148,20	23,02
1979	1 341,79	31,01	607,74	48,23	470,42	89,09	215,24	303,87	159,11	24,82
1980	1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20
1981	1 489,33	31,68	641,59	53,05	489,73	98,81	236,51	366,89	183,72	28,94
1982	1 555,20	36,34	656,98	58,77	502,85	95,36	243,73	397,69	189,58	30,88
1983 [5])	1 626,92	32,41	684,36	62,69	524,48	97,19	255,40	426,31	195,79	32,65
1984 [5])	1 697,97	33,25	716,36	66,38	549,79	100,19	265,63	448,28	200,10	34,35
1978 1. Hj.	590,26	8,54	271,88	22,37	213,27	36,24	96,08	135,17	68,13	10,46
2. Hj.	651,17	23,69	289,75	22,62	224,65	42,48	103,28	141,82	80,07	12,56
1979 1. Hj.	638,46	6,93	295,96	24,60	230,93	40,43	103,52	147,76	73,00	11,29
2. Hj.	703,33	24,08	311,78	23,63	239,49	48,66	111,72	156,11	86,11	13,53
1980 1. Hj.	686,46	7,39	314,17	24,57	241,63	47,97	109,84	163,80	78,87	12,39
2. Hj.	736,45	22,98	318,06	25,63	241,21	51,22	115,81	171,27	93,52	14,81
1981 1. Hj.	709,73	6,63	313,25	25,45	240,32	47,48	113,55	178,47	84,52	13,31
2. Hj.	779,60	25,05	328,34	27,60	249,41	51,33	122,96	188,42	99,20	15,63
1982 1. Hj.	749,13	7,31	327,61	30,07	252,50	45,04	118,37	194,79	87,02	14,03
2. Hj.	806,07	29,03	329,37	28,70	250,35	50,32	125,36	202,90	102,56	16,85
1983 1. Hj. [5])	778,52	6,56	334,25	31,73	257,47	45,05	124,04	208,94	89,98	14,75
2. Hj. [5])	848,40	25,85	350,11	30,96	267,01	52,14	131,36	217,37	105,81	17,90
1984 1. Hj. [5])	815,69	7,72	349,28	33,67	268,36	47,25	129,89	220,65	92,53	15,62
2. Hj. [5])	882,28	25,53	367,08	32,71	281,43	52,94	135,74	227,63	107,57	18,73
1985 1. Hj. [5])	847,71	7,45	362,38	35,95	285,32	41,11	133,37	231,75	96,11	16,65

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Tabelle 21*

Wirtschaftsbereichen

DM

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1])	Dienstleistungsunternehmen[2])	Staat	Private Haushalte[3])	Zeitraum
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1980						
691,91	24,98	323,69	32,66	226,38	64,65	105,35	137,07	80,81	20,01	1960
724,09	22,86	340,88	32,53	240,45	67,90	110,75	144,15	85,90	19,55	1961
757,30	24,54	356,61	33,49	252,33	70,79	116,35	150,13	90,92	18,75	1962
779,10	25,30	364,00	34,22	257,44	72,34	119,70	155,90	95,07	19,13	1963
830,26	24,82	396,49	34,72	280,12	81,65	127,24	164,49	98,03	19,19	1964
875,50	23,59	421,29	34,17	302,26	84,86	134,73	173,97	102,72	19,20	1965
902,93	24,81	431,06	35,06	307,91	88,09	138,11	181,63	107,99	19,33	1966
904,31	26,90	419,33	33,14	301,90	84,29	137,83	189,18	111,07	20,00	1967
958,14	28,53	451,96	34,36	333,58	84,02	145,99	197,00	114,47	20,19	1968 1968
1 029,81	27,75	495,72	36,71	373,14	85,87	159,86	207,98	117,95	20,55	1969
1 080,55	28,63	522,43	40,35	392,58	89,50	168,26	215,39	124,99	20,85	1970
1 109,95	28,14	531,29	39,70	396,54	95,05	173,01	225,39	130,49	21,63	1971
1 158,04	27,34	551,11	40,41	409,46	101,24	179,21	241,13	136,88	22,37	1972
1 215,13	29,41	580,77	43,65	435,54	101,58	187,06	251,51	143,29	23,09	1973
1 222,89	30,75	571,87	45,79	432,50	93,58	187,79	258,78	149,95	23,75	1974
1 200,58	29,17	543,07	42,77	412,35	87,95	184,84	264,97	154,39	24,14	1975
1 266,39	28,73	582,07	46,30	443,97	91,80	196,71	278,29	156,19	24,40	1976
1 306,16	30,42	593,75	47,05	453,12	93,58	206,31	292,90	158,15	24,63	1977
1 345,55	31,35	604,02	47,81	461,40	94,81	214,17	307,67	163,04	25,30	1978
1 404,78	29,96	632,57	50,76	482,80	99,01	223,35	324,49	168,22	26,19	1979
1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20	1980
1 428,51	30,55	619,16	49,24	475,52	94,40	229,76	345,03	176,37	27,64	1981
1 422,99	36,01	601,96	47,73	464,15	90,08	226,89	351,95	177,57	28,61	1982
1 439,86	32,41	609,79	48,54	468,96	92,29	230,99	358,66	178,64	29,37	1983 } 5)
1 479,94	34,14	630,23	49,46	487,18	93,59	236,33	368,22	180,61	30,41	1984 } 5)
650,15	7,29	294,56	23,84	226,32	44,40	102,84	151,89	81,01	12,56	1978 1. Hj.
695,40	24,06	309,46	23,97	235,08	50,41	111,33	155,78	82,03	12,74	2. Hj.
680,43	6,25	308,82	25,96	237,02	45,84	108,38	160,22	83,73	13,03	1979 1. Hj.
724,35	23,71	323,75	24,80	245,78	53,17	114,97	164,27	84,49	13,16	2. Hj.
699,56	7,04	316,91	25,71	242,73	48,47	110,22	166,14	85,69	13,56	1980 1. Hj.
723,35	23,33	315,32	24,49	240,11	50,72	115,43	168,93	86,70	13,64	2. Hj.
696,30	6,86	304,97	24,91	234,36	45,70	111,30	171,40	87,93	13,84	1981 1. Hj.
732,21	23,69	314,19	24,33	241,16	48,70	118,46	173,63	88,44	13,80	2. Hj.
698,66	6,89	302,16	24,53	235,10	42,53	111,56	175,09	88,73	14,23	1982 1. Hj.
724,33	29,12	299,80	23,20	229,05	47,55	115,33	176,86	88,84	14,38	2. Hj.
700,18	7,07	298,02	24,52	230,60	42,90	112,76	178,37	89,33	14,63	1983 1. Hj. } 5)
739,68	25,34	311,77	24,02	238,36	49,39	118,23	180,29	89,31	14,74	2. Hj. } 5)
718,18	8,14	306,34	25,31	236,96	44,07	115,23	183,05	90,30	15,12	1984 1. Hj. } 5)
761,76	26,00	323,89	24,15	250,22	49,52	121,10	185,17	90,31	15,29	2. Hj. } 5)
733,31	7,33	313,05	26,03	249,10	37,92	117,24	188,63	91,34	15,72	1985 1. Hj. } 5)

[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4]) In jeweiligen Preisen: Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 21*

Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen								
1960	5,8	53,2	5,2	40,3	7,7	18,5	13,6	7,2	1,7
1961	5,2	53,6	4,7	40,8	8,1	18,2	13,9	7,5	1,6
1962	5,2	53,3	4,5	40,3	8,5	18,5	14,0	7,5	1,5
1963	5,1	52,5	4,4	39,5	8,6	18,5	14,5	7,9	1,5
1964 [5])	4,6	53,2	4,2	39,9	9,1	18,2	14,7	7,8	1,5
1965	4,4	53,0	4,0	40,2	8,8	17,9	15,2	8,1	1,5
1966	4,3	51,9	3,9	39,3	8,7	17,9	16,0	8,5	1,5
1967	4,1	50,7	3,8	38,9	8,0	17,8	17,0	8,9	1,5
1968	4,2	51,5	3,9	40,1	7,6	16,8	17,1	8,8	1,5
1968	4,4	50,7	3,8	39,4	7,5	16,5	17,6	9,2	1,6
1969	4,1	51,1	3,5	40,4	7,2	15,9	17,9	9,4	1,6
1970	3,4	51,7	3,5	40,2	8,0	16,0	17,7	9,7	1,5
1971	3,2	50,3	3,4	38,7	8,2	16,2	18,3	10,4	1,6
1972	3,1	49,1	3,3	37,6	8,2	16,4	19,1	10,6	1,7
1973	3,0	48,8	3,3	37,7	7,7	16,0	19,4	11,0	1,7
1974	2,7	47,7	3,5	37,2	7,0	15,6	20,3	11,8	1,8
1975	2,9	45,7	3,8	35,5	6,3	15,8	21,4	12,3	1,9
1976	2,9	46,0	3,9	35,8	6,3	16,0	21,3	11,9	1,9
1977	2,7	45,6	3,7	35,7	6,3	16,0	21,8	11,9	1,9
1978	2,6	45,2	3,6	35,3	6,3	16,1	22,3	11,9	1,9
1979	2,3	45,3	3,6	35,1	6,6	16,0	22,6	11,9	1,8
1980	2,1	44,4	3,5	33,9	7,0	15,9	23,5	12,1	1,9
1981	2,1	43,1	3,6	32,9	6,6	15,9	24,6	12,3	1,9
1982	2,3	42,2	3,8	32,3	6,1	15,7	25,6	12,2	2,0
1983 [6])	2,0	42,1	3,9	32,2	6,0	15,7	26,2	12,0	2,0
1984 [6])	2,0	42,2	3,9	32,4	5,9	15,6	26,4	11,8	2,0
1978 1. Hj.	1,4	46,1	3,8	36,1	6,1	16,3	22,9	11,5	1,8
2. Hj.	3,6	44,5	3,5	34,5	6,5	15,9	21,8	12,3	1,9
1979 1. Hj.	1,1	46,4	3,9	36,2	6,3	16,2	23,1	11,4	1,8
2. Hj.	3,4	44,3	3,4	34,1	6,9	15,9	22,2	12,2	1,9
1980 1. Hj.	1,1	45,8	3,6	35,2	7,0	16,0	23,9	11,5	1,8
2. Hj.	3,1	43,2	3,5	32,8	7,0	15,7	23,3	12,7	2,0
1981 1. Hj.	0,9	44,1	3,6	33,9	6,7	16,0	25,1	11,9	1,9
2. Hj.	3,2	42,1	3,5	32,0	6,6	15,8	24,2	12,7	2,0
1982 1. Hj.	1,0	43,7	4,0	33,7	6,0	15,8	26,0	11,6	1,9
2. Hj.	3,6	40,9	3,6	31,1	6,2	15,6	25,2	12,7	2,1
1983 1. Hj. [6])	0,8	42,9	4,1	33,1	5,8	15,9	26,8	11,6	1,9
2. Hj. [6])	3,0	41,3	3,6	31,5	6,1	15,5	25,6	12,5	2,1
1984 1. Hj. [6])	0,9	42,8	4,1	32,9	5,8	15,9	27,1	11,3	1,9
2. Hj. [6])	2,9	41,6	3,7	31,9	6,0	15,4	25,8	12,2	2,1
1985 1. Hj. [6])	0,9	42,7	4,2	33,7	4,8	15,7	27,3	11,3	2,0

[1]) Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

noch Tabelle 21*

Wirtschaftsbereichen

in vH[1])

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])	Zeitraum
	zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1980					
3,6	46,8	4,7	32,7	9,3	15,2	19,8	11,7	2,9	1960
3,2	47,1	4,5	33,2	9,4	15,3	19,9	11,9	2,7	1961
3,2	47,1	4,4	33,3	9,3	15,4	19,8	12,0	2,5	1962
3,2	46,7	4,4	33,0	9,3	15,4	20,0	12,2	2,5	1963
3,0	47,8	4,2	33,7	9,8	15,3	19,8	11,8	2,3	1964
2,7	48,1	3,9	34,5	9,7	15,4	19,9	11,7	2,2	1965
2,7	47,7	3,9	34,1	9,8	15,3	20,1	12,0	2,1	1966
3,0	46,4	3,7	33,4	9,3	15,2	20,9	12,3	2,2	1967
3,0	47,2	3,6	34,8	8,8	15,2	20,6	11,9	2,1	1968 1968
2,7	48,1	3,6	36,2	8,3	15,5	20,2	11,5	2,0	1969
2,6	48,3	3,7	36,3	8,3	15,6	19,9	11,6	1,9	1970
2,5	47,9	3,6	35,7	8,6	15,6	20,3	11,8	1,9	1971
2,4	47,6	3,5	35,4	8,7	15,5	20,8	11,8	1,9	1972
2,4	47,8	3,6	35,8	8,4	15,4	20,7	11,8	1,9	1973
2,5	46,8	3,7	35,4	7,7	15,4	21,2	12,3	1,9	1974
2,4	45,2	3,6	34,3	7,3	15,4	22,1	12,9	2,0	1975
2,3	46,0	3,7	35,1	7,2	15,5	22,0	12,3	1,9	1976
2,3	45,5	3,6	34,7	7,2	15,8	22,4	12,1	1,9	1977
2,3	44,9	3,6	34,3	7,0	15,9	22,9	12,1	1,9	1978
2,1	45,0	3,6	34,4	7,0	15,9	23,1	12,0	1,9	1979
2,1	44,4	3,5	33,9	7,0	15,9	23,5	12,1	1,9	1980
2,1	43,3	3,4	33,3	6,6	16,1	24,2	12,3	1,9	1981
2,5	42,3	3,4	32,6	6,3	15,9	24,7	12,5	2,0	1982
2,3	42,4	3,4	32,6	6,4	16,0	24,9	12,4	2,0	1983 } 6)
2,3	42,6	3,3	32,9	6,3	16,0	24,9	12,2	2,1	1984 } 6)
1,1	45,3	3,7	34,8	6,8	15,8	23,4	12,5	1,9	1978 1. Hj.
3,5	44,5	3,4	33,8	7,2	16,0	22,4	11,8	1,8	2. Hj.
0,9	45,4	3,8	34,8	6,7	15,9	23,5	12,3	1,9	1979 1. Hj.
3,3	44,7	3,4	33,9	7,3	15,9	22,7	11,7	1,8	2. Hj.
1,0	45,3	3,7	34,7	6,9	15,8	23,7	12,2	1,9	1980 1. Hj.
3,2	43,6	3,4	33,2	7,0	16,0	23,4	12,0	1,9	2. Hj.
1,0	43,8	3,6	33,7	6,6	16,0	24,6	12,6	2,0	1981 1. Hj.
3,2	42,9	3,3	32,9	6,7	16,2	23,7	12,1	1,9	2. Hj.
1,0	43,2	3,5	33,7	6,1	16,0	25,1	12,7	2,0	1982 1. Hj.
4,0	41,4	3,2	31,6	6,6	15,9	24,4	12,3	2,0	2. Hj.
1,0	42,6	3,5	32,9	6,1	16,1	25,5	12,8	2,1	1983 1. Hj.
3,4	42,1	3,2	32,2	6,7	16,0	24,4	12,1	2,0	2. Hj.
1,1	42,7	3,5	33,0	6,1	16,0	25,5	12,6	2,1	1984 1. Hj. } 6)
3,4	42,5	3,2	32,8	6,5	15,9	24,3	11,9	2,0	2. Hj.
1,0	42,7	3,5	34,0	5,2	16,0	25,7	12,5	2,1	1985 1. Hj.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) In jeweiligen Preisen: Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt[1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2])	Einfuhrabgaben[3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[4])	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	−0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	−0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	−0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964 [5])	412,01	—	8,17	420,18	−0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	−0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	−0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	−0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	520,23	—	13,05	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	69,63	7,67	418,09
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	959,32	57,31	10,27	1 026,90	+2,50	1 029,40	115,94	913,46	130,28	20,39	803,57
1976	1 048,28	61,81	11,63	1 121,72	+4,48	1 126,20	124,26	1 001,94	141,92	22,13	882,15
1977	1 119,69	65,70	12,43	1 197,82	+1,38	1 199,20	132,96	1 066,24	152,52	24,61	938,33
1978	1 196,06	76,24	13,02	1 285,32	+6,28	1 291,60	143,47	1 148,13	167,56	29,67	1 010,24
1979	1 292,58	87,02	12,70	1 392,30	+4,30	1 396,60	156,64	1 239,96	183,16	31,12	1 087,92
1980	1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	193,39	30,53	1 148,60
1981	1 426,07	100,78	14,08	1 540,93	+4,17	1 545,10	188,64	1 356,46	198,34	29,13	1 187,25
1982	1 481,73	101,38	14,81	1 597,92	−0,82	1 597,10	201,11	1 395,99	201,89	29,42	1 223,52
1983 [6])	1 545,44	109,39	16,11	1 670,94	+4,86	1 675,80	210,76	1 465,04	214,45	31,82	1 282,41
1984 [6])	1 613,35	115,94	16,32	1 745,61	+8,09	1 753,70	220,72	1 532,98	226,09	36,18	1 343,07
1978 1. Hj.	568,05	38,45	6,40	612,90	+3,20	616,10	70,53	545,57	80,99	12,27	476,85
2. Hj.	628,01	37,79	6,62	672,42	+3,08	675,50	72,94	602,56	86,57	17,40	533,39
1979 1. Hj.	614,39	41,13	6,31	661,83	+1,57	663,40	76,52	586,88	86,08	14,32	515,12
2. Hj.	678,19	45,89	6,39	730,47	+2,73	733,20	80,12	653,08	97,08	16,80	572,80
1980 1. Hj.	660,37	47,72	6,51	714,60	+2,80	717,40	85,08	632,32	93,38	14,56	553,50
2. Hj.	708,60	48,77	6,97	764,34	+3,46	767,80	88,66	679,14	100,01	15,97	595,10
1981 1. Hj.	679,32	50,66	6,61	736,59	+1,91	738,50	92,66	645,84	95,47	13,59	563,96
2. Hj.	746,75	50,12	7,47	804,34	+2,26	806,60	95,98	710,62	102,87	15,54	623,29
1982 1. Hj.	713,53	51,34	7,03	771,90	−2,10	769,80	99,58	670,22	98,11	12,36	584,47
2. Hj.	768,20	50,04	7,78	826,02	+1,28	827,30	101,53	725,77	103,78	17,06	639,05
1983 1. Hj. [6])	738,47	53,05	7,63	799,15	+1,85	801,00	104,00	697,00	101,22	14,10	609,88
2. Hj. [6])	806,97	56,34	8,48	871,79	+3,01	874,80	106,76	768,04	113,23	17,72	672,53
1984 1. Hj. [6])	773,89	58,50	7,82	840,21	+3,29	843,50	109,12	734,38	109,27	16,60	641,71
2. Hj. [6])	839,46	57,44	8,50	905,40	+4,80	910,20	111,60	798,60	116,82	19,58	701,36
1985 1. Hj. [6])	804,86	58,51	7,86	871,23	+2,37	873,60	114,22	759,38	109,90	17,10	666,58

[1]) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[2]) Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 22*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2])	Einfuhrabgaben[3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
			in Preisen von 1980					
679,26	45,24	4,44	728,94	+2,76	731,70	55,60	676,10	1960
710,03	47,94	4,75	762,72	+0,98	763,70	60,87	702,83	1961
742,18	50,95	5,69	798,82	+0,98	799,80	66,49	733,31	1962
762,77	52,96	5,22	820,95	+0,85	821,80	72,17	749,63	1963
812,42	56,78	6,49	875,69	+0,01	875,70	77,97	797,73	1964
856,16	60,19	7,35	923,70	−1,00	922,70	84,09	838,61	1965
882,09	61,89	6,89	950,87	−0,77	950,10	90,15	859,95	1966
881,54	61,69	6,51	949,74	−0,34	949,40	95,47	853,93	1967
932,05	63,98	6,51	1 002,54	+1,66	1 004,20	100,34	903,86	1968 1968
1 001,02	69,05	7,28	1 077,35	+2,25	1 079,60	105,88	973,72	1969
1 050,43	74,06	8,33	1 132,82	+1,18	1 134,00	112,64	1 021,36	1970
1 078,41	78,02	9,17	1 165,60	+2,40	1 168,00	120,20	1 047,80	1971
1 122,82	81,57	10,31	1 214,70	+2,30	1 217,00	127,76	1 089,24	1972
1 178,42	82,62	10,61	1 271,65	+2,45	1 274,10	135,03	1 139,07	1973
1 185,19	81,15	8,76	1 275,10	+1,40	1 276,50	141,16	1 135,34	1974
1 161,80	82,65	10,38	1 254,83	+3,17	1 258,00	146,09	1 111,91	1975
1 224,85	85,87	12,02	1 322,74	+5,46	1 328,20	150,80	1 177,40	1976
1 260,70	88,59	12,50	1 361,79	+1,61	1 363,40	155,75	1 207,65	1977
1 296,02	91,87	13,01	1 400,90	+7,00	1 407,90	161,11	1 246,79	1978
1 351,74	95,04	12,26	1 459,04	+4,56	1 463,60	167,16	1 296,44	1979
1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	1980
1 372,94	95,01	13,44	1 481,39	+3,91	1 485,30	179,98	1 305,32	1981
1 365,84	92,61	13,38	1 471,83	−0,83	1 471,00	185,22	1 285,78	1982
1 380,44	94,46	14,65	1 489,55	+4,25	1 493,80	190,08	1 303,72	1983 } [6])
1 419,04	93,99	14,81	1 527,84	+6,96	1 534,80	194,96	1 339,84	1984 } [6])
625,85	47,00	6,42	679,27	+3,63	682,90	79,84	603,06	1978 1. Hj.
670,17	44,87	6,59	721,63	+3,37	725,00	81,27	643,73	2. Hj.
653,96	47,93	6,19	708,08	+1,72	709,80	82,80	627,00	1979 1. Hj.
697,78	47,11	6,07	750,96	+2,84	753,80	84,36	669,44	2. Hj.
672,76	48,55	6,58	727,89	+2,81	730,70	86,08	644,62	1980 1. Hj.
696,21	47,94	6,90	751,05	+3,45	754,50	87,66	666,84	2. Hj.
668,60	48,80	6,54	723,94	+1,86	725,80	89,27	636,53	1981 1. Hj.
704,34	46,21	6,90	757,45	+2,05	759,50	90,71	668,79	2. Hj.
670,15	47,52	6,59	724,26	−1,96	722,30	91,98	630,32	1982 1. Hj.
695,69	45,09	6,79	747,57	+1,13	748,70	93,24	655,46	2. Hj.
670,66	48,00	7,19	725,85	+1,65	727,50	94,44	633,06	1983 1. Hj.
709,78	46,46	7,46	763,70	+2,60	766,30	95,64	670,66	2. Hj.
687,88	47,92	7,22	743,02	+2,88	745,90	96,86	649,04	1984 1. Hj. } [6])
731,16	46,07	7,59	784,82	+4,08	788,90	98,10	690,80	2. Hj.
701,48	47,31	7,51	756,30	+2,00	758,30	99,33	658,97	1985 1. Hj.

[3]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.
[4]) Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.
[5]) In jeweiligen Preisen: Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte[4])	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne[5])	des Staates[6])
		brutto[1])	netto[2])	brutto	netto[3])			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	– 1,39
1975	803,57	587,20	355,41	216,37	170,65	196,95	23,75	– 4,33
1976	882,15	631,29	369,75	250,86	196,92	225,04	32,64	– 6,82
1977	938,33	676,03	392,51	262,30	195,79	238,14	33,60	– 9,44
1978	1 010,24	721,64	422,36	288,60	222,85	251,93	45,48	– 8,81
1979	1 087,92	777,85	456,08	310,07	244,01	266,48	52,57	– 8,98
1980	1 148,60	844,41	487,19	304,19	242,10	268,98	47,01	–11,80
1981	1 187,25	882,95	505,81	304,30	245,27	267,11	51,90	–14,71
1982	1 223,52	902,52	510,84	321,00	259,36	284,96	49,87	–13,83
1983 [7])	1 282,41	921,33	513,42	361,08	299,72	316,25	64,24	–19,41
1984 [7])	1 343,07	951,06	522,02	392,01	325,37	413,46		–21,45
1978 1. Hj.	476,85	340,34	201,81	136,51	104,72	141,55		– 5,04
2. Hj.	533,39	381,30	220,55	152,09	118,13	155,86		– 3,77
1979 1. Hj.	515,12	365,15	216,41	149,97	117,71	154,91		– 4,94
2. Hj.	572,80	412,70	239,67	160,10	126,30	164,14		– 4,04
1980 1. Hj.	553,50	397,76	231,03	155,74	125,05	161,78		– 6,04
2. Hj.	595,10	446,65	256,16	148,45	117,05	154,21		– 5,76
1981 1. Hj.	563,96	416,67	240,51	147,29	118,21	155,98		– 8,69
2. Hj.	623,29	466,28	265,30	157,01	127,06	163,03		– 6,02
1982 1. Hj.	584,47	427,43	243,69	157,04	127,67	161,30		– 4,26
2. Hj.	639,05	475,09	267,15	163,96	131,69	173,53		– 9,57
1983 1. Hj. [7])	609,88	433,13	243,61	176,75	147,88	183,82		– 7,07
2. Hj. [7])	672,53	488,20	269,81	184,33	151,84	196,67		–12,34
1984 1. Hj. [7])	641,71	447,48	248,15	194,23	162,28	206,65		–12,42
2. Hj. [7])	701,36	503,58	273,87	197,78	163,09	206,81		– 9,03
1985 1. Hj. [7])	666,58	462,88	253,21	203,70	168,63	216,93		–13,23

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage £ab 1969[, Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag £1970/71[) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[5]) Vor der Umverteilung.
[6]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen[1])

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,93	4,57	291,28	18,63	227,44	45,21	98,47	57,16	117,02	17,43
1976	630,02	4,95	314,63	19,69	247,04	47,90	105,51	63,05	123,43	18,45
1977	674,70	5,43	336,67	21,08	266,51	49,08	112,65	68,43	131,76	19,76
1978	720,24	5,88	358,50	22,09	283,68	52,73	120,71	73,69	140,52	20,94
1979	776,39	6,49	387,28	24,05	304,65	58,58	128,86	80,71	150,54	22,51
1980	842,84	6,93	419,09	26,10	328,56	64,43	140,90	88,66	162,66	24,60
1981	881,20	7,20	432,15	27,75	339,09	65,31	147,16	95,59	173,00	26,10
1982	900,37	7,63	436,05	28,51	341,88	65,66	150,00	100,77	178,07	27,85
1983 [5])	919,09	8,02	439,77	28,94	344,21	66,62	152,80	105,42	183,59	29,49
1984 [5])	948,80	8,50	452,68	29,40	354,64	68,64	158,16	111,15	187,27	31,04
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1961	*100*	*1,7*	*57,5*	*4,6*	*43,7*	*9,2*	*15,9*	*7,3*	*14,5*	*3,1*
1962	*100*	*1,6*	*57,9*	*4,4*	*43,9*	*9,5*	*15,9*	*7,6*	*14,3*	*2,8*
1963	*100*	*1,5*	*56,6*	*4,2*	*42,8*	*9,7*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,8*
1964	*100*	*1,5*	*56,8*	*3,8*	*42,5*	*10,4*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,7*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*53,9*	*3,1*	*41,6*	*9,2*	*16,5*	*8,7*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,1*	*3,0*	*40,5*	*9,6*	*16,8*	*8,8*	*17,7*	*2,7*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,4*	*9,2*	*16,9*	*8,9*	*18,2*	*2,7*
1974	*100*	*0,8*	*51,2*	*3,0*	*39,8*	*8,3*	*16,8*	*9,3*	*19,2*	*2,8*
1975	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,2*	*38,8*	*7,7*	*16,8*	*9,8*	*20,0*	*3,0*
1976	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,6*	*16,7*	*10,0*	*19,6*	*2,9*
1977	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,5*	*7,3*	*16,7*	*10,1*	*19,5*	*2,9*
1978	*100*	*0,8*	*49,8*	*3,1*	*39,4*	*7,3*	*16,8*	*10,2*	*19,5*	*2,9*
1979	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,5*	*16,6*	*10,4*	*19,4*	*2,9*
1980	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,1*	*39,0*	*7,6*	*16,7*	*10,5*	*19,3*	*2,9*
1981	*100*	*0,8*	*49,0*	*3,1*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*10,8*	*19,6*	*3,0*
1982	*100*	*0,8*	*48,4*	*3,2*	*38,0*	*7,3*	*16,7*	*11,2*	*19,8*	*3,1*
1983 [5])	*100*	*0,9*	*47,8*	*3,1*	*37,5*	*7,2*	*16,6*	*11,5*	*20,0*	*3,2*
1984 [5])	*100*	*0,9*	*47,7*	*3,1*	*37,4*	*7,2*	*16,7*	*11,7*	*19,7*	*3,3*

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort der Arbeitnehmer).
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1])		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1])		Produktivität[2])		Lohnkosten je Produkteinheit[3])
	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	
1960	4 332	23,2	6 148	20,5	5 178	24,5	27 968	49,7	39,1
1961	4 641	24,9	6 775	22,6	5 661	26,7	28 862	51,3	41,7
1962	4 963	26,6	7 395	24,7	6 146	29,0	30 124	53,5	43,6
1963	5 189	27,8	7 850	26,2	6 494	30,7	30 885	54,9	45,1
1964	5 645	30,3	8 556	28,5	7 036	33,2	32 916	58,5	45,8
1965	6 115	32,8	9 336	31,1	7 736	36,5	34 524	61,3	47,8
1966	6 421	34,4	10 014	33,4	8 191	38,7	35 649	63,3	49,9
1967	6 422	34,4	10 349	34,5	8 428	39,8	36 806	65,4	49,9
1968	7 027	37,7	10 988	36,6	8 830	41,7	38 819	69,0	50,5
1969	7 707	41,3	12 003	40,0	9 495	44,8	41 076	73,0	52,2
1970	8 745	46,9	13 841	46,1	10 726	50,7	42 651	75,8	58,3
1971	9 598	51,4	15 403	51,4	11 732	55,4	43 621	77,5	63,7
1972	10 464	56,1	16 821	56,1	12 842	60,7	45 561	81,0	67,0
1973	11 648	62,4	18 711	62,4	13 826	65,3	47 363	84,2	72,3
1974	12 456	66,8	20 742	69,2	15 124	71,4	48 122	85,5	79,3
1975	12 997	69,7	22 071	73,6	16 145	76,2	48 739	86,6	84,0
1976	14 337	76,8	23 618	78,7	16 854	79,6	51 811	92,1	85,2
1977	15 282	81,9	25 237	84,1	17 818	84,2	53 424	94,9	88,1
1978	16 473	88,3	26 596	88,7	18 971	89,6	54 629	97,1	91,0
1979	17 730	95,0	28 106	93,7	20 124	95,0	56 128	99,7	93,8
1980	18 656	100	29 995	100	21 174	100	56 281	100	100
1981	19 248	103,2	31 457	104,9	22 118	104,5	56 776	100,9	104,3
1982	19 850	106,4	32 750	109,2	22 769	107,5	57 379	102,0	107,5
1983 [4])	20 878	111,9	33 811	112,7	23 277	109,9	58 941	104,7	108,7
1984 [4])	21 955	117,7	34 809	116,0	23 659	111,7	60 422	107,4	109,4
1978 1. Hj.	7 775	83,4	12 631	84,2	9 148	86,4	26 678	94,8	88,7
2. Hj.	8 698	93,2	13 952	93,0	9 816	92,7	27 942	99,3	93,1
1979 1. Hj.	8 400	90,1	13 306	88,7	9 652	91,2	27 480	97,7	90,9
2. Hj.	9 329	100,0	14 785	98,6	10 464	98,8	28 637	101,8	96,5
1980 1. Hj.	9 000	96,5	14 192	94,6	10 109	95,5	27 845	98,9	95,9
2. Hj.	9 655	103,5	15 792	105,3	11 058	104,5	28 433	101,0	104,0
1981 1. Hj.	9 147	98,1	14 834	98,9	10 533	99,5	27 773	98,7	100,8
2. Hj.	10 101	108,3	16 621	110,8	11 584	109,4	29 001	103,1	107,6
1982 1. Hj.	9 476	101,6	15 496	103,3	10 871	102,7	28 253	100,4	103,5
2. Hj.	10 374	111,2	17 253	115,0	11 897	112,4	29 126	103,5	111,4
1983 1. Hj. [4])	9 920	106,3	15 949	106,3	11 101	104,9	28 847	102,5	104,9
2. Hj. [4])	10 959	117,5	17 852	119,0	12 171	115,0	30 088	106,9	112,2
1984 1. Hj. [4])	10 477	112,3	16 507	110,1	11 333	107,0	29 582	105,1	106,0
2. Hj. [4])	11 479	123,1	18 288	121,9	12 319	116,4	30 832	109,6	112,7
1985 1. Hj. [4])	...	...	16 940	113,0	11 492	108,6	29 935	106,4	107,6

[1]) Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).
[3]) Berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$, bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Produktivität[1]) und Lohnkosten[2]) nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Staat	Private Haushalte[5])
	Produktivität[1]) (DM)									
1960	26062	6976	25901	43722	23522	30409	22137	57982	38518	26191
1961	26869	6628	26621	45055	24276	31175	23035	59913	38555	26781
1962	27988	7421	27606	47980	25365	31158	24179	61053	38722	27819
1963	28696	8047	28158	51459	26049	30408	24706	61354	38899	28132
1964	30538	8268	30532	53089	28338	33367	26415	63510	38594	28685
1965	32000	8202	32018	52977	30049	34580	28121	65600	39087	29538
1966	33071	8892	33115	55828	30936	36162	28773	66800	39908	30156
1967	34163	10197	34234	56942	32056	37479	29269	68198	39996	30441
1968	36090	11308	36685	62815	35158	36770	31115	69440	40838	31014
1969	38166	11587	38950	68108	37756	37254	33912	72140	41256	31615
1970	39549	12657	40227	73230	38804	38594	35386	73437	41971	32326
1971	40358	13187	41067	72182	39524	40378	35533	74806	42026	32624
1972	42115	13548	43408	76102	41680	43246	36241	78723	42001	32897
1973	43891	15286	45647	84757	44168	43281	37300	80535	42557	33128
1974	44729	16694	46452	88569	44968	43006	37800	81608	42929	33357
1975	45125	16452	46776	83210	45283	44196	38056	82545	43174	33528
1976	47977	17081	51077	91321	49800	46505	40752	85208	42968	33702
1977	49459	19144	52258	93353	50810	48237	42582	88596	43210	33832
1978	50539	20410	53049	96391	51738	48078	43959	91596	43524	33960
1979	52000	20230	54977	102339	53908	48203	45387	93405	43762	34057
1980	52096	21134	54568	100200	53679	47459	45366	93543	44169	34171
1981	52619	21697	54657	96929	54166	46252	46491	94762	44448	34335
1982	53247	25814	55130	93957	54812	46361	46859	95978	44437	34387
1983 } [6])	54623	23300	57849	96693	57605	48625	48517	96935	44372	34431
1984 } [6])	56120	24561	60350	100325	60452	49492	49628	97516	44805	34400
	Lohnkosten je Produkteinheit[2]) (1980 = 100)									
1960	38,8	58,4	39,1	41,2	41,7	30,3	39,8	32,9	26,8	26,2
1961	41,5	67,1	42,1	44,1	44,5	33,9	41,4	35,8	28,9	28,1
1962	43,5	67,9	44,6	45,1	47,0	37,0	42,9	38,9	29,8	29,5
1963	45,0	67,0	45,8	45,0	48,0	39,2	45,9	41,4	31,6	31,0
1964	45,7	70,4	46,0	44,5	47,8	40,9	46,9	42,4	33,5	32,6
1965	47,8	77,4	47,8	49,8	49,4	42,1	48,6	44,0	36,4	35,4
1966	49,7	77,1	49,5	49,5	51,3	43,5	51,6	46,0	38,7	37,8
1967	49,7	68,9	49,0	50,6	50,8	42,2	53,0	47,7	39,9	38,7
1968	50,2	64,3	49,3	48,6	50,5	44,6	52,6	48,9	41,2	40,3
1969	52,0	67,7	50,7	49,3	51,6	47,2	52,7	51,0	45,3	44,1
1970	58,2	70,4	57,9	53,8	58,7	55,9	57,7	57,4	50,2	47,9
1971	63,7	75,2	62,6	61,4	63,1	60,7	64,1	63,0	57,5	54,7
1972	67,1	79,7	65,6	63,7	65,7	65,6	69,1	65,7	61,6	59,5
1973	72,2	78,1	69,7	65,1	69,7	71,2	75,4	71,9	68,5	66,9
1974	79,0	82,2	76,1	71,3	76,3	77,4	82,3	79,5	76,1	74,2
1975	83,9	89,9	81,3	83,8	81,3	80,2	87,1	84,4	80,3	79,8
1976	85,2	95,4	81,8	81,8	82,0	81,3	87,5	87,5	83,8	83,6
1977	88,1	91,8	85,8	86,2	86,7	81,6	88,5	89,6	88,3	88,7
1978	91,1	90,8	89,7	88,9	90,4	86,3	91,1	91,4	91,3	91,5
1979	93,7	97,4	92,5	91,1	92,8	91,3	93,0	94,5	94,8	95,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,2	102,0	105,3	108,4	104,8	106,6	102,5	104,5	104,0	104,4
1982	107,2	90,5	109,5	114,9	108,4	113,0	106,1	108,3	106,3	107,6
1983 } [6])	108,5	103,7	109,1	114,7	108,2	111,6	106,7	111,4	108,9	111,0
1984 } [6])	109,0	102,2	108,7	114,3	107,4	113,2	108,1	114,3	109,9	112,9

[1]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

[2]) Berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$; bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit.

[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außenbeitrag[2]
	in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	− 0,50	106,41	89,07	+17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+43,94
1975	1029,40	585,33	210,01	209,41	78,05	131,36	− 5,40	271,23	241,18	+30,05
1976	1126,20	632,51	221,73	225,65	86,08	139,57	+17,20	309,03	279,92	+29,11
1977	1199,20	683,16	234,96	242,43	95,32	147,11	+ 9,50	325,83	296,68	+29,15
1978	1291,60	728,90	252,86	265,96	105,75	160,21	+ 6,40	344,70	307,22	+37,48
1979	1396,60	785,02	273,34	303,42	118,97	184,45	+23,50	377,42	366,10	+11,32
1980	1485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97
1981	1545,10	887,85	318,16	335,24	127,65	207,59	−11,40	482,11	466,86	+15,25
1982	1597,10	918,05	326,19	326,89	124,90	201,99	−11,50	517,54	480,07	+37,47
1983 [3]	1675,80	957,51	336,53	344,12	135,60	208,52	− 1,50	526,40	487,26	+39,14
1984 [3]	1753,70	987,52	350,16	354,58	137,58	217,00	+11,30	587,48	537,34	+50,14
1978 1. Hj.	616,10	348,84	115,92	122,25	47,59	74,66	+ 9,40	167,58	147,89	+19,69
2. Hj.	675,50	380,06	136,94	143,71	58,16	85,55	− 3,00	177,12	159,33	+17,79
1979 1. Hj.	663,40	374,69	125,83	137,00	53,98	83,02	+15,70	180,90	170,72	+10,18
2. Hj.	733,20	410,33	147,51	166,42	64,99	101,43	+ 7,80	196,52	195,38	+ 1,14
1980 1. Hj.	717,40	401,88	137,45	157,98	58,24	99,74	+18,80	210,45	209,16	+ 1,29
2. Hj.	767,80	438,90	160,34	177,82	69,10	108,72	− 5,00	211,85	216,11	− 4,26
1981 1. Hj.	738,50	423,30	148,77	158,24	59,19	99,05	+ 8,00	224,78	224,59	+ 0,19
2. Hj.	806,60	464,55	169,39	177,00	68,46	108,54	−19,40	257,33	242,27	+15,06
1982 1. Hj.	769,80	442,58	152,93	151,96	57,17	94,79	+ 6,70	256,54	240,91	+15,63
2. Hj.	827,30	475,47	173,26	174,93	67,73	107,20	−18,20	261,00	239,16	+21,84
1983 1. Hj. [3]	801,00	461,53	155,34	156,35	60,35	96,00	+ 4,90	258,48	235,60	+22,88
2. Hj. [3]	874,80	495,98	181,19	187,77	75,25	112,52	− 6,40	267,92	251,66	+16,26
1984 1. Hj. [3]	843,50	478,55	161,78	161,10	58,88	102,22	+22,70	282,14	262,77	+19,37
2. Hj. [3]	910,20	508,97	188,38	193,48	78,70	114,78	−11,40	305,34	274,57	+30,77
1985 1. Hj. [3]	873,60	490,93	168,39	159,45	68,63	90,82	+24,10	317,62	286,89	+30,73

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 27*

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Aus-rüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
				in Preisen von 1980						
731,70	370,62	137,53	189,87	53,49	136,38	+16,90	120,89	104,11	+16,78	1960
763,70	392,71	145,93	202,52	59,76	142,76	+10,80	124,88	113,14	+11,74	1961
799,80	414,25	159,72	210,54	64,22	146,32	+10,20	129,65	124,56	+ 5,09	1962
821,80	425,84	169,43	213,46	64,45	149,01	+ 4,30	139,16	130,39	+ 8,77	1963
875,70	448,22	172,51	237,78	69,48	168,30	+ 9,70	150,08	142,59	+ 7,49	1964
922,70	479,02	180,96	248,89	74,84	174,05	+17,10	159,33	162,60	− 3,27	1965
950,10	493,66	186,71	251,92	73,50	178,42	+ 9,70	175,03	166,92	+ 8,11	1966
949,40	498,87	193,53	234,54	67,42	167,12	− 0,80	188,62	165,36	+23,26	1967
1004,20	522,51	194,43	242,97	72,12	170,85	+17,00	212,69	185,40	+27,29	1968
1079,60	564,14	203,02	266,84	87,75	179,09	+28,00	233,39	215,79	+17,60	1969
1134,00	606,81	211,92	291,91	101,98	189,93	+24,40	248,43	249,47	− 1,04	1970
1168,00	638,14	222,76	309,61	106,74	202,87	+ 7,30	264,56	274,37	− 9,81	1971
1217,00	666,60	232,13	317,88	104,25	213,63	+ 8,30	281,97	289,88	− 7,91	1972
1274,10	686,98	243,65	316,81	103,71	213,10	+18,40	310,55	302,29	+ 8,26	1973
1276,50	691,49	253,39	286,43	92,24	194,19	+ 6,30	347,98	309,09	+38,89	1974
1258,00	713,88	262,81	271,27	91,88	179,39	− 7,50	324,64	307,10	+17,54	1975
1328,20	740,35	266,78	280,99	97,32	183,67	+22,80	356,67	339,39	+17,28	1976
1363,40	771,83	270,43	291,05	104,92	186,13	+13,20	368,49	351,60	+16,89	1977
1407,90	801,45	280,81	304,69	113,28	191,41	+ 8,30	383,71	371,06	+12,65	1978
1463,60	830,41	290,32	326,72	124,15	202,57	+25,10	400,99	409,94	− 8,95	1979
1485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97	1980
1485,30	836,38	303,29	319,69	121,81	197,88	−10,70	456,73	420,09	+36,64	1981
1471,00	825,23	300,74	302,88	113,59	189,29	− 9,60	471,45	419,70	+51,75	1982
1493,80	834,36	301,72	312,44	119,90	192,54	− 2,50	470,68	422,90	+47,78	1983 [3])
1534,80	839,56	308,84	314,90	119,36	195,54	+ 9,20	508,56	446,26	+62,30	1984 [3])
682,90	384,52	135,77	141,86	51,10	90,76	+11,40	187,89	178,54	+ 9,35	1978 1. Hj.
725,00	416,93	145,04	162,83	62,18	100,65	− 3,10	195,82	192,52	+ 3,30	2. Hj.
709,80	400,85	141,40	150,25	56,65	93,60	+19,90	195,79	198,39	− 2,60	1979 1. Hj.
753,80	429,56	148,92	176,47	67,50	108,97	+ 5,20	205,20	211,55	− 6,35	2. Hj.
730,70	406,13	145,52	160,07	58,71	101,36	+18,60	212,72	212,34	+ 0,38	1980 1. Hj.
754,50	434,65	152,27	175,73	68,63	107,10	− 4,80	209,58	212,93	− 3,35	2. Hj.
725,80	404,42	149,80	152,25	57,08	95,17	+ 9,80	216,40	206,87	+ 9,53	1981 1. Hj.
759,50	431,96	153,49	167,44	64,73	102,71	−20,50	240,33	213,22	+27,11	2. Hj.
722,30	401,91	149,22	141,04	52,27	88,77	+ 6,80	235,32	211,99	+23,33	1982 1. Hj.
748,70	423,32	151,52	161,84	61,32	100,52	−16,40	236,13	207,71	+28,42	2. Hj.
727,50	404,71	147,79	143,01	53,71	89,30	+ 5,80	233,31	207,12	+26,19	1983 1. Hj. [3])
766,30	429,65	153,93	169,43	66,19	103,24	− 8,30	237,37	215,78	+21,59	2. Hj. [3])
745,90	407,53	150,45	143,77	51,43	92,34	+17,90	246,37	220,12	+26,25	1984 1. Hj. [3])
788,90	432,03	158,39	171,13	67,93	103,20	− 8,70	262,19	226,14	+36,05	2. Hj. [3])
758,30	409,22	152,58	139,49	58,39	81,10	+18,60	268,43	230,02	+38,41	1985 1. Hj. [3])

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 27*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außenbeitrag[2])
	in jeweiligen Preisen								
1960	56,7	13,3	24,3	9,0	15,3	+3,0	20,0	17,4	+2,6
1961	56,8	13,8	25,2	9,5	15,7	+2,0	19,1	16,9	+2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+1,6	18,4	17,2	+1,2
1963	56,7	15,5	25,6	9,3	16,2	+0,7	18,9	17,4	+1,5
1964	55,6	14,8	26,6	9,3	17,3	+1,5	19,0	17,6	+1,4
1965	56,2	15,2	26,2	9,5	16,7	+2,3	19,0	19,0	+0,1
1966	56,4	15,5	25,5	9,0	16,5	+1,1	20,2	18,7	+1,5
1967	57,2	16,2	23,1	8,3	14,8	−0,1	21,6	18,0	+3,5
1968	56,4	15,5	22,4	8,1	14,3	+2,1	22,5	18,8	+3,7
1969	55,4	15,6	23,2	9,0	14,3	+2,9	23,0	20,0	+2,9
1970	54,6	15,8	25,5	9,7	15,7	+2,1	22,6	20,5	+2,1
1971	54,5	16,9	26,1	9,7	16,4	+0,6	22,6	20,6	+2,0
1972	54,8	17,1	25,4	8,8	16,5	+0,6	22,4	20,3	+2,2
1973	53,9	17,8	23,9	8,2	15,7	+1,4	23,6	20,5	+3,1
1974	54,2	19,3	21,6	7,3	14,2	+0,5	28,3	23,8	+4,5
1975	56,9	20,4	20,3	7,6	12,8	−0,5	26,3	23,4	+2,9
1976	56,2	19,7	20,0	7,6	12,4	+1,5	27,4	24,9	+2,6
1977	57,0	19,6	20,2	7,9	12,3	+0,8	27,2	24,7	+2,4
1978	56,4	19,6	20,6	8,2	12,4	+0,5	26,7	23,8	+2,9
1979	56,2	19,6	21,7	8,5	13,2	+1,7	27,0	26,2	+0,8
1980	56,6	20,1	22,6	8,6	14,0	+0,9	28,4	28,6	−0,2
1981	57,5	20,6	21,7	8,3	13,4	−0,7	31,2	30,2	+1,0
1982	57,5	20,4	20,5	7,8	12,6	−0,7	32,4	30,1	+2,3
1983 } [3])	57,1	20,1	20,5	8,1	12,4	−0,1	31,4	29,1	+2,3
1984 } [3])	56,3	20,0	20,2	7,8	12,4	+0,6	33,5	30,6	+2,9
1978 1. Hj.	56,6	18,8	19,8	7,7	12,1	+1,5	27,2	24,0	+3,2
2. Hj.	56,3	20,3	21,3	8,6	12,7	−0,4	26,2	23,6	+2,6
1979 1. Hj.	56,5	19,0	20,7	8,1	12,5	+2,4	27,3	25,7	+1,5
2. Hj.	56,0	20,1	22,7	8,9	13,8	+1,1	26,8	26,6	+0,2
1980 1. Hj.	56,0	19,2	22,0	8,1	13,9	+2,6	29,3	29,2	+0,2
2. Hj.	57,2	20,9	23,2	9,0	14,2	−0,7	27,6	28,1	−0,6
1981 1. Hj.	57,3	20,1	21,4	8,0	13,4	+1,1	30,4	30,4	+0,0
2. Hj.	57,6	21,0	21,9	8,5	13,5	−2,4	31,9	30,0	+1,9
1982 1. Hj.	57,5	19,9	19,7	7,4	12,3	+0,9	33,3	31,3	+2,0
2. Hj.	57,5	20,9	21,1	8,2	13,0	−2,2	31,5	28,9	+2,6
1983 1. Hj.	57,6	19,4	19,5	7,5	12,0	+0,6	32,3	29,4	+2,9
2. Hj.	56,7	20,7	21,5	8,6	12,9	−0,7	30,6	28,8	+1,9
1984 1. Hj. } [3])	56,7	19,2	19,1	7,0	12,1	+2,7	33,4	31,2	+2,3
2. Hj.	55,9	20,7	21,3	8,6	12,6	−1,3	33,5	30,2	+3,4
1985 1. Hj.	56,2	19,3	18,3	7,9	10,4	+2,8	36,4	32,8	+3,5

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

noch Tabelle 27*

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außenbeitrag[2])	Zeitraum
				in Preisen von 1980					
50,7	18,8	25,9	7,3	18,6	+2,3	16,5	14,2	+2,3	1960
51,4	19,1	26,5	7,8	18,7	+1,4	16,4	14,8	+1,5	1961
51,8	20,0	26,3	8,0	18,3	+1,3	16,2	15,6	+0,6	1962
51,8	20,6	26,0	7,8	18,1	+0,5	16,9	15,9	+1,1	1963
51,2	19,7	27,2	7,9	19,2	+1,1	17,1	16,3	+0,9	1964
51,9	19,6	27,0	8,1	18,9	+1,9	17,3	17,6	−0,4	1965
52,0	19,7	26,5	7,7	18,8	+1,0	18,4	17,6	+0,9	1966
52,5	20,4	24,7	7,1	17,6	−0,1	19,9	17,4	+2,4	1967
52,0	19,4	24,2	7,2	17,0	+1,7	21,2	18,5	+2,7	1968
52,3	18,8	24,7	8,1	16,6	+2,6	21,6	20,0	+1,6	1969
53,5	18,7	25,7	9,0	16,7	+2,2	21,9	22,0	−0,1	1970
54,6	19,1	26,5	9,1	17,4	+0,6	22,7	23,5	−0,8	1971
54,8	19,1	26,1	8,6	17,6	+0,7	23,2	23,8	−0,6	1972
53,9	19,1	24,9	8,1	16,7	+1,4	24,4	23,7	+0,6	1973
54,2	19,9	22,4	7,2	15,2	+0,5	27,3	24,2	+3,0	1974
56,7	20,9	21,6	7,3	14,3	−0,6	25,8	24,4	+1,4	1975
55,7	20,1	21,2	7,3	13,8	+1,7	26,9	25,6	+1,3	1976
56,6	19,8	21,3	7,7	13,7	+1,0	27,0	25,8	+1,2	1977
56,9	19,9	21,6	8,0	13,6	+0,6	27,3	26,4	+0,9	1978
56,7	19,8	22,3	8,5	13,8	+1,7	27,4	28,0	−0,6	1979
56,6	20,1	22,6	8,6	14,0	+0,9	28,4	28,6	−0,2	1980
56,3	20,4	21,5	8,2	13,3	−0,7	30,8	28,3	+2,5	1981
56,1	20,4	20,6	7,7	12,9	−0,7	32,0	28,5	+3,5	1982
55,9	20,2	20,9	8,0	12,9	−0,2	31,5	28,3	+3,2	1983 } 3)
54,7	20,1	20,5	7,8	12,7	+0,6	33,1	29,1	+4,1	1984 } 3)
56,3	19,9	20,8	7,5	13,3	+1,7	27,5	26,1	+1,4	1978 1. Hj.
57,5	20,0	22,5	8,6	13,9	−0,4	27,0	26,6	+0,5	2. Hj.
56,5	19,9	21,2	8,0	13,2	+2,8	27,6	28,0	−0,4	1979 1. Hj.
57,0	19,8	23,4	9,0	14,5	+0,7	27,2	28,1	−0,8	2. Hj.
55,6	19,9	21,9	8,0	13,9	+2,5	29,1	29,1	+0,1	1980 1. Hj.
57,6	20,2	23,3	9,1	14,2	−0,6	27,8	28,2	−0,4	2. Hj.
55,7	20,6	21,0	7,9	13,1	+1,4	29,8	28,5	+1,3	1981 1. Hj.
56,9	20,2	22,0	8,5	13,5	−2,7	31,6	28,1	+3,6	2. Hj.
55,6	20,7	19,5	7,2	12,3	+0,9	32,6	29,3	+3,2	1982 1. Hj.
56,5	20,2	21,6	8,2	13,4	−2,2	31,5	27,7	+3,8	2. Hj.
55,6	20,3	19,7	7,4	12,3	+0,8	32,1	28,5	+3,6	1983 1. Hj.
56,1	20,1	22,1	8,6	13,5	−1,1	31,0	28,2	+2,8	2. Hj.
54,6	20,2	19,3	6,9	12,4	+2,4	33,0	29,5	+3,5	1984 1. Hj. } 3)
54,8	20,1	21,7	8,6	13,1	−1,1	33,2	28,7	+4,6	2. Hj.
54,0	20,1	18,4	7,7	10,7	+2,5	35,4	30,3	+5,1	1985 1. Hj.

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 28*

Vierteljahresergebnisse der Verwendung des

Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außenbeitrag[2])
	in jeweiligen Preisen									
1974 1. Vj.	227,80	121,83	41,74	47,31	15,79	31,52	+ 5,20	64,78	53,06	+ 11,72
2. Vj.	240,00	131,37	44,38	55,14	18,01	37,13	− 0,60	68,83	59,12	+ 9,71
3. Vj.	252,80	133,81	45,33	53,89	17,67	36,22	+ 12,50	71,44	64,17	+ 7,27
4. Vj.	265,00	146,73	58,76	56,37	20,89	35,48	− 12,10	73,93	58,69	+ 15,24
1975 1. Vj.	236,70	131,95	45,81	44,52	16,15	28,37	+ 4,20	64,58	54,36	+ 10,22
2. Vj.	251,20	144,58	50,23	53,22	19,36	33,86	− 3,40	67,18	60,61	+ 6,57
3. Vj.	261,50	146,34	50,42	52,96	18,52	34,44	+ 7,60	66,62	62,44	+ 4,18
4. Vj.	280,00	162,46	63,55	58,71	24,02	34,69	− 13,80	72,85	63,77	+ 9,08
1976 1. Vj.	260,20	146,23	49,33	46,23	18,57	27,66	+ 10,20	72,62	64,41	+ 8,21
2. Vj.	277,00	155,75	52,90	59,08	21,95	37,13	+ 2,30	76,26	69,29	+ 6,97
3. Vj.	284,90	156,43	52,57	56,83	19,52	37,31	+ 14,70	77,57	73,20	+ 4,37
4. Vj.	304,10	174,10	66,93	63,51	26,04	37,47	− 10,00	82,58	73,02	+ 9,56
1977 1. Vj.	280,60	156,79	52,06	51,73	20,11	31,62	+ 12,20	78,17	70,35	+ 7,82
2. Vj.	293,80	168,24	55,83	61,97	23,38	38,59	+ 0,50	81,19	73,93	+ 7,26
3. Vj.	298,60	170,06	55,84	61,58	22,92	38,66	+ 9,80	79,76	78,44	+ 1,32
4. Vj.	326,20	188,07	71,23	67,15	28,91	38,24	− 13,00	86,71	73,96	+ 12,75
1978 1. Vj.	299,70	168,98	56,44	53,74	21,87	31,87	+ 10,10	82,09	71,65	+ 10,44
2. Vj.	316,40	179,86	59,48	68,51	25,72	42,79	− 0,70	85,49	76,24	+ 9,25
3. Vj.	325,50	181,52	60,37	68,88	26,05	42,83	+ 9,20	85,43	79,90	+ 5,53
4. Vj.	350,00	198,54	76,57	74,83	32,11	42,72	− 12,20	91,69	79,43	+ 12,26
1979 1. Vj.	322,60	178,44	61,03	58,04	25,06	32,98	+ 17,10	88,83	80,84	+ 7,99
2. Vj.	340,80	196,25	64,80	78,96	28,92	50,04	− 1,40	92,07	89,88	+ 2,19
3. Vj.	353,30	193,95	66,02	79,58	29,12	50,46	+ 16,50	95,22	97,97	− 2,75
4. Vj.	379,90	216,38	81,49	86,84	35,87	50,97	− 8,70	101,30	97,41	+ 3,89
1980 1. Vj.	353,50	197,73	66,08	71,60	27,55	44,05	+ 16,70	105,58	104,19	+ 1,39
2. Vj.	363,90	204,15	71,37	86,38	30,69	55,69	+ 2,10	104,87	104,97	− 0,10
3. Vj.	372,80	208,72	72,33	87,09	31,11	55,98	+ 10,30	103,28	108,92	− 5,64
4. Vj.	395,00	230,18	88,01	90,73	37,99	52,74	− 15,30	108,57	107,19	+ 1,38
1981 1. Vj.	363,10	207,67	74,14	69,48	28,07	41,41	+ 13,20	109,99	111,38	− 1,39
2. Vj.	375,40	215,63	74,63	88,76	31,12	57,64	− 5,20	114,79	113,21	+ 1,58
3. Vj.	389,40	220,48	76,52	88,42	31,24	57,18	+ 5,90	122,39	124,31	− 1,92
4. Vj.	417,20	244,07	92,87	88,58	37,22	51,36	− 25,30	134,94	117,96	+ 16,98
1982 1. Vj.	378,50	217,87	76,63	67,05	27,12	39,93	+ 10,00	128,21	121,26	+ 6,95
2. Vj.	391,30	224,71	76,30	84,91	30,05	54,86	− 3,30	128,33	119,65	+ 8,68
3. Vj.	400,90	225,51	77,92	84,64	29,83	54,81	+ 9,30	126,52	122,99	+ 3,53
4. Vj.	426,40	249,96	95,34	90,29	37,90	52,39	− 27,50	134,48	116,17	+ 18,31
1983 1. Vj.	393,80	226,68	77,50	67,96	27,66	40,30	+ 9,30	129,11	116,75	+ 12,36
2. Vj.	407,20	234,85	77,84	88,39	32,69	55,70	− 4,40	129,37	118,85	+ 10,52
3. Vj.	420,60	235,81	80,99	89,61	32,04	57,57	+ 13,10	126,22	125,13	+ 1,09
4. Vj.	454,20	260,17	100,20	98,16	43,21	54,95	− 19,50	141,70	126,53	+ 15,17
1984 1. Vj. [3])	420,90	235,21	79,81	73,05	28,93	44,12	+ 22,40	142,33	131,90	+ 10,43
2. Vj.[4])	422,60	243,34	81,97	88,05	29,95	58,10	+ 0,30	139,81	130,87	+ 8,94
3. Vj.	438,40	243,26	83,18	92,62	34,21	58,41	+ 13,30	143,27	137,23	+ 6,04
4. Vj.	471,80	265,71	105,20	100,86	44,49	56,37	− 24,70	162,07	137,34	+ 24,73
1985 1. Vj.	429,30	239,56	83,07	69,29	32,43	36,86	+ 23,80	157,35	143,77	+ 13,58
2. Vj.	444,30	251,37	85,32	90,16	36,20	53,96	+ 0,30	160,27	143,12	+ 17,15

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 28*

Sozialproduktsberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen zu-sammen	Anlageinvestitionen Aus-rüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
				in Preisen von 1980						
309,40	161,84	59,70	65,78	20,70	45,08	+10,40	85,70	74,02	+11,68	1974 1. Vj.
314,50	170,56	61,74	74,09	23,12	50,97	− 2,50	86,23	75,62	+10,61	2. Vj.
328,40	172,21	62,86	71,87	22,34	49,53	+17,80	87,32	83,66	+ 3,66	3. Vj.
324,20	186,88	69,09	74,69	26,08	48,61	−19,40	88,73	75,79	+12,94	4. Vj.
298,20	164,05	61,68	58,27	19,31	38,96	+ 7,20	77,94	70,94	+ 7,00	1975 1. Vj.
308,20	176,65	64,23	68,87	22,76	46,11	− 5,00	80,55	77,10	+ 3,45	2. Vj.
322,10	177,97	65,76	68,70	21,74	46,96	+ 9,60	79,81	79,74	+ 0,07	3. Vj.
329,50	195,21	71,14	75,43	28,07	47,36	−19,30	86,34	79,32	+ 7,02	4. Vj.
316,10	173,04	63,81	58,29	21,11	37,18	+15,50	85,20	79,74	+ 5,46	1976 1. Vj.
328,10	182,51	65,27	73,53	24,62	48,91	+ 2,20	88,22	83,63	+ 4,59	2. Vj.
335,20	183,14	65,63	70,96	22,15	48,81	+14,80	88,94	88,27	+ 0,67	3. Vj.
348,80	201,66	72,07	78,21	29,44	48,77	− 9,70	94,31	87,75	+ 6,56	4. Vj.
328,60	179,02	64,58	63,09	22,20	40,89	+16,70	89,20	83,99	+ 5,21	1977 1. Vj.
334,10	190,09	65,59	74,55	25,68	48,87	− 1,90	91,59	85,82	+ 5,77	2. Vj.
341,80	191,67	66,33	73,86	25,29	48,57	+13,30	90,13	93,49	− 3,36	3. Vj.
358,90	211,05	73,93	79,55	31,75	47,80	−14,90	97,57	88,30	+ 9,27	4. Vj.
336,50	187,28	67,29	62,57	23,46	39,11	+13,80	92,55	86,99	+ 5,56	1978 1. Vj.
346,40	197,24	68,48	79,29	27,64	51,65	− 2,40	95,34	91,55	+ 3,79	2. Vj.
354,80	199,58	68,70	78,51	27,92	50,59	+ 9,40	94,90	96,29	− 1,39	3. Vj.
370,20	217,35	76,34	84,32	34,26	50,06	−12,50	100,92	96,23	+ 4,69	4. Vj.
348,30	191,94	69,75	64,45	26,32	38,13	+20,80	97,37	96,01	+ 1,36	1979 1. Vj.
361,50	208,91	71,65	85,80	30,33	55,47	− 0,90	98,42	102,38	− 3,96	2. Vj.
369,80	204,17	71,21	84,88	30,38	54,50	+16,60	100,24	107,30	− 7,06	3. Vj.
384,00	225,39	77,71	91,59	37,12	54,47	−11,40	104,96	104,25	+ 0,71	4. Vj.
365,30	201,60	71,99	73,74	27,92	45,82	+17,90	107,95	107,88	+ 0,07	1980 1. Vj.
365,40	204,53	73,53	86,33	30,79	55,54	+ 0,70	104,77	104,46	+ 0,31	2. Vj.
372,80	207,57	73,86	86,29	31,04	55,25	+11,00	102,85	108,77	− 5,92	3. Vj.
381,70	227,08	78,41	89,44	37,59	51,85	−15,80	106,73	104,16	+ 2,57	4. Vj.
360,90	200,41	75,90	67,67	27,33	40,34	+14,30	107,14	104,52	+ 2,62	1981 1. Vj.
364,90	204,01	73,90	84,58	29,75	54,83	− 4,50	109,26	102,35	+ 6,91	2. Vj.
374,80	206,00	74,50	84,02	29,90	54,12	+ 5,10	114,77	109,59	+ 5,18	3. Vj.
384,70	225,96	78,99	83,42	34,83	48,59	−25,60	125,56	103,63	+21,93	4. Vj.
357,50	198,96	75,11	62,52	25,06	37,46	+ 9,30	118,58	106,97	+11,61	1982 1. Vj.
364,80	202,95	74,11	78,52	27,21	51,31	− 2,50	116,74	105,02	+11,72	2. Vj.
369,20	200,91	73,32	78,45	27,19	51,26	+ 9,30	114,86	107,64	+ 7,22	3. Vj.
379,50	222,41	78,20	83,39	34,13	49,26	−25,70	121,27	100,07	+21,20	4. Vj.
358,50	199,33	73,72	62,48	24,84	37,64	+ 8,20	117,05	102,28	+14,77	1983 1. Vj.
369,00	205,38	74,07	80,53	28,87	51,66	− 2,40	116,26	104,84	+11,42	2. Vj.
374,90	204,44	73,75	81,24	28,31	52,93	+11,20	112,58	108,31	+ 4,27	3. Vj.
391,40	225,21	80,18	88,19	37,88	50,31	−19,50	124,79	107,47	+17,32	4. Vj.
372,90	200,82	74,41	65,26	25,29	39,97	+18,20	124,87	110,66	+14,21	1984 1. Vj. [3])
373,00	206,71	76,04	78,51	26,14	52,37	− 0,30	121,50	109,46	+12,04	2. Vj.[4])
386,80	206,56	75,63	82,21	29,67	52,54	+12,60	123,92	114,12	+ 9,80	3. Vj.
402,10	225,47	82,76	88,92	38,26	50,66	−21,30	138,27	112,02	+26,25	4. Vj.
373,30	200,40	75,39	60,41	27,65	32,76	+18,90	133,83	115,63	+18,20	1985 1. Vj.
385,00	208,82	77,19	79,08	30,74	48,34	− 0,30	134,60	114,39	+20,21	2. Vj.

[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 29*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen[1])			Bauten[2])				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen[3])	Staat	zusammen	Unternehmen[3]) zusammen	Unternehmen[3]) darunter Wohnbauten	Staat	
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,61	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	204,01	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	− 5,40
1976	242,85	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+17,20
1977	251,93	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 9,50
1978	272,36	105,75	101,33	4,42	160,21	122,05	76,84	38,16	+ 6,40
1979	326,92	118,97	114,01	4,96	184,45	141,60	89,31	42,85	+23,50
1980	349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80
1981	323,84	127,65	122,55	5,10	207,59	162,87	101,27	44,72	−11,40
1982	315,39	124,90	120,23	4,67	201,99	161,40	99,17	40,59	−11,50
1983 } 4)	342,62	135,60	130,94	4,66	208,52	171,39	106,97	37,13	− 1,50
1984 } 4)	365,88	137,58	132,58	5,00	217,00	179,93	112,40	37,07	+11,30
1978 1. Hj.	131,65	47,59	45,89	1,70	74,66	57,45	36,25	17,21	+ 9,40
2. Hj.	140,71	58,16	55,44	2,72	85,55	64,60	40,59	20,95	− 3,00
1979 1. Hj.	152,70	53,98	52,15	1,83	83,02	64,56	40,80	18,46	+15,70
2. Hj.	174,22	64,99	61,86	3,13	101,43	77,04	48,51	24,39	+ 7,80
1980 1. Hj.	176,78	58,24	56,13	2,11	99,74	77,36	48,67	22,38	+18,80
2. Hj.	172,82	69,10	65,75	3,35	108,72	83,47	51,90	25,25	− 5,00
1981 1. Hj.	166,24	59,19	57,20	1,99	99,05	78,08	48,87	20,97	+ 8,00
2. Hj.	157,60	68,46	65,35	3,11	108,54	84,79	52,40	23,75	−19,40
1982 1. Hj.	158,66	57,17	55,33	1,84	94,79	76,32	46,76	18,47	+ 6,70
2. Hj.	156,73	67,73	64,90	2,83	107,20	85,08	52,41	22,12	−18,20
1983 1. Hj.	161,25	60,35	58,63	1,72	96,00	79,43	49,50	16,57	+ 4,90
2. Hj.	181,37	75,25	72,31	2,94	112,52	91,96	57,47	20,56	− 6,40
1984 1. Hj. } 4)	183,80	58,88	57,04	1,84	102,22	85,98	54,26	16,24	+22,70
2. Hj. } 4)	182,08	78,70	75,54	3,16	114,78	93,95	58,14	20,83	−11,40
1985 1. Hj. } 4)	183,55	68,63	66,63	2,00	90,82	75,73	46,13	15,09	+24,10

[1]) Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 29*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen[1]) zusammen	Ausrüstungen[1]) Unternehmen[3])	Ausrüstungen[1]) Staat	Bauten[2]) zusammen	Bauten[2]) Unternehmen[1]) zusammen	Bauten[2]) Unternehmen[1]) darunter Wohnbauten	Bauten[2]) Staat	Vorratsveränderung	Zeitraum
in Preisen von 1980									
206,77	53,49	51,88	1,61	136,38	113,30	71,31	23,08	+16,90	1960
213,32	59,76	57,95	1,81	142,76	117,18	73,34	25,58	+10,80	1961
220,74	64,22	62,08	2,14	146,32	116,70	73,80	29,62	+10,20	1962
217,76	64,45	62,02	2,43	149,01	114,87	73,52	34,14	+ 4,30	1963
247,48	69,48	66,95	2,53	168,30	126,46	81,81	41,84	+ 9,70	1964
265,99	74,84	72,02	2,82	174,05	131,99	85,02	42,06	+17,10	1965
261,62	73,50	70,77	2,73	178,42	135,91	88,20	42,51	+ 9,70	1966
233,74	67,42	64,85	2,57	167,12	128,34	88,08	38,78	− 0,80	1967
259,97	72,12	69,64	2,48	170,85	129,38	87,18	41,47	+17,00	1968
294,84	87,75	85,03	2,72	179,09	134,13	86,16	44,96	+28,00	1969
316,31	101,98	98,72	3,26	189,93	139,39	85,41	50,54	+24,40	1970
316,91	106,74	102,97	3,77	202,87	152,69	94,48	50,18	+ 7,30	1971
326,18	104,25	100,26	3,99	213,63	165,19	106,33	48,44	+ 8,30	1972
335,21	103,71	99,35	4,36	213,10	165,41	107,46	47,69	+18,40	1973
292,73	92,24	87,55	4,69	194,19	143,45	91,50	50,74	+ 6,30	1974
263,77	91,88	87,48	4,40	179,39	129,90	81,77	49,49	− 7,50	1975
303,79	97,32	93,19	4,13	183,67	135,80	85,50	47,87	+22,80	1976
304,25	104,92	100,48	4,44	186,13	140,73	88,50	45,40	+13,20	1977
312,99	113,28	108,50	4,78	191,41	144,99	91,39	46,42	+ 8,30	1978
351,82	124,15	118,95	5,20	202,57	155,20	98,04	47,37	+25,10	1979
349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80	1980
308,99	121,81	116,92	4,89	197,88	154,81	95,99	43,07	−10,70	1981
293,28	113,59	109,29	4,30	189,29	150,10	91,42	39,19	− 9,60	1982
309,94	119,90	115,74	4,16	192,54	156,96	96,45	35,58	− 2,50	1983 } 4)
324,10	119,36	115,01	4,35	195,54	160,66	98,41	34,88	+ 9,20	1984 } 4)
153,26	51,10	49,27	1,83	90,76	69,42	43,83	21,34	+11,40	1978 1. Hj.
159,73	62,18	59,23	2,95	100,65	75,57	47,56	25,08	− 3,10	2. Hj.
170,15	56,65	54,72	1,93	93,60	72,57	45,98	21,03	+19,90	1979 1. Hj.
181,67	67,50	64,23	3,27	108,97	82,63	52,06	26,34	+ 5,20	2. Hj.
178,67	58,71	56,58	2,13	101,36	78,63	49,49	22,73	+18,60	1980 1. Hj.
170,93	68,63	65,30	3,33	107,10	82,20	51,08	24,90	− 4,80	2. Hj.
162,05	57,08	55,17	1,91	95,17	74,89	46,77	20,28	+ 9,80	1981 1. Hj.
146,94	64,73	61,75	2,98	102,71	79,92	49,22	22,79	−20,50	2. Hj.
147,84	52,27	50,58	1,69	88,77	71,01	43,22	17,76	+ 6,80	1982 1. Hj.
145,44	61,32	58,71	2,61	100,52	79,09	48,20	21,43	−16,40	2. Hj.
148,81	53,71	52,16	1,55	89,30	73,32	45,06	15,98	+ 5,80	1983 1. Hj. } 4)
161,13	66,19	63,58	2,61	103,24	83,64	51,39	19,60	− 8,30	2. Hj. } 4)
161,67	51,43	49,83	1,60	92,34	77,05	47,71	15,29	+17,90	1984 1. Hj. } 4)
162,43	67,93	65,18	2,75	103,20	83,61	50,70	19,59	− 8,70	2. Hj. } 4)
158,09	58,39	56,70	1,69	81,10	67,03	39,87	14,07	+18,60	1985 1. Hj. } 4)

[2]) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2])	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Wohnungsvermietung[5])	Staat[6])
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53		2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01		2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39		2,96
1971	74,99	4,12	43,41	6,10	33,08	4,23	16,03	7,89		3,54
1972	75,39	4,37	42,44	7,12	30,98	4,34	16,47	8,30		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	17,01	10,42		4,21
1974	75,53	4,88	40,37	8,64	29,29	2,44	16,37	9,25		4,66
1975	81,39	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	15,98	12,50		4,54
1976	89,22	6,21	45,82	8,57	34,05	3,20	17,33	15,40		4,46
1977	98,47	7,17	47,17	7,36	36,23	3,58	19,28	19,91		4,94
1978	109,07	7,70	50,55	7,74	38,37	4,44	20,81	24,55		5,46
1979	122,20	8,02	56,23	7,58	43,09	5,56	21,59	30,26		6,10
1980	130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67
1981	132,71	6,95	62,42	9,73	48,58	4,11	24,15	32,87		6,32
1982	129,58	7,15	62,94	13,07	46,38	3,49	23,29	30,34		5,86
1983 } [7])	140,49	8,39	66,46	13,12	49,39	3,95	26,17	33,51		5,96
1984 } [7])	143,00	7,82	...	...	...	...	...	...		6,31
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,21	5,02	10,45	0,74	12,83	8,56	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,69	5,64	9,10	0,95	14,08	10,85	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,37	5,54	8,80	1,03	14,45	12,64	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,56	5,96	8,00	0,60	13,48	12,95	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,22	7,27	6,45	0,50	12,24	11,14	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,67	7,51	6,67	0,49	13,98	11,76	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	15,89	7,36	7,86	0,67	14,44	12,90	66,23	35,92
1978	160,21	1,79	16,15	7,71	7,78	0,66	15,02	16,16	72,01	39,08
1979	184,45	1,81	19,03	8,72	9,51	0,80	16,66	19,84	83,28	43,83
1980	208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96
1981	207,59	1,76	21,98	10,27	10,83	0,88	17,11	25,11	94,88	46,75
1982	201,99	1,88	20,34	9,77	9,81	0,76	17,22	26,12	93,47	42,96
1983 } [7])	208,52	2,04	19,42	9,45	9,13	0,84	18,03	29,45	99,95	39,63
1984 } [7])	217,00	1,97	...	...	...	...	...	...	104,16	39,27

[1]) Einschließlich selbsterstellter Anlagen.
[2]) Einschließlich produzierendes Handwerk.
[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung).

Tabelle 30*

nach Wirtschaftsbereichen

DM

In Preisen von 1980

Alle Wirtschaftsbereiche[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2])	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Wohnungsvermietung[5])	Staat[6])	Jahr
				Neue Ausrüstungen						
55,22	6,12	32,89	5,49	23,70	3,70	11,41	2,61		2,19	1960
61,66	7,09	36,63	5,70	26,56	4,37	12,60	2,88		2,46	1961
66,12	6,87	39,34	6,48	28,38	4,48	14,17	2,84		2,90	1962
66,38	6,33	38,35	6,22	27,54	4,59	15,30	3,12		3,28	1963
71,70	7,43	42,24	6,84	30,65	4,75	15,01	3,59		3,43	1964
77,09	8,47	45,17	6,52	34,19	4,46	15,18	4,50		3,77	1965
75,72	7,78	43,54	5,84	34,22	3,48	15,38	5,38		3,64	1966
69,74	5,79	40,08	6,26	30,23	3,59	14,65	5,77		3,45	1967
74,56	5,61	42,79	5,63	33,05	4,11	16,30	6,45		3,41	1968
90,85	7,29	53,39	5,54	42,34	5,51	18,00	8,39		3,78	1969
105,34	7,36	62,57	6,95	49,48	6,14	20,95	9,92		4,54	1970
110,31	6,43	64,95	9,23	49,26	6,46	23,54	10,27		5,12	1971
108,23	6,57	61,99	10,35	45,16	6,48	23,64	10,64		5,39	1972
107,38	7,61	57,39	10,31	41,75	5,33	23,54	13,11		5,73	1973
96,42	6,44	52,18	11,05	37,89	3,24	20,97	10,89		5,94	1974
95,89	6,57	50,93	11,31	36,21	3,41	19,02	13,92		5,45	1975
100,97	7,13	52,04	9,72	38,64	3,68	19,92	16,68		5,20	1976
108,43	7,89	52,13	8,13	39,99	4,01	21,58	21,25		5,58	1977
116,89	8,22	54,32	8,33	41,18	4,81	22,59	25,80		5,96	1978
127,54	8,32	58,85	7,91	45,09	5,85	22,61	31,33		6,43	1979
130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67	1980
126,66	6,54	59,45	9,29	46,26	3,90	23,14	31,48		6,05	1981
117,86	6,37	57,03	11,86	42,04	3,13	21,27	27,83		5,36	1982
124,24	7,23	58,47	11,58	43,44	3,45	23,25	30,01		5,28	1983 [7])
124,03	6,54	...	...	...	...	...	...		5,45	1984 [7])
				Neue Bauten						
136,38	3,52	21,88	5,07	15,95	0,86	11,42	8,01	66,40	25,15	1960
142,76	3,42	23,05	5,15	16,92	0,98	11,47	8,84	68,42	27,56	1961
146,32	3,27	21,14	5,77	14,37	1,00	11,91	9,50	69,01	31,49	1962
149,01	3,14	20,08	5,57	13,40	1,11	11,54	9,47	68,52	36,26	1963
168,30	3,35	20,86	6,11	13,43	1,32	11,60	12,28	75,75	44,46	1964
174,05	3,37	21,63	6,49	13,96	1,18	12,14	13,11	79,35	44,45	1965
178,42	3,43	21,36	6,22	14,03	1,11	12,11	13,91	82,47	45,14	1966
167,12	3,27	18,68	6,92	10,62	1,14	12,63	9,71	82,62	40,21	1967
170,85	3,46	16,23	5,96	9,39	0,88	14,16	11,48	82,55	42,97	1968
179,09	3,04	19,73	5,92	12,86	0,95	16,70	11,32	81,85	46,45	1969
189,93	2,40	23,84	6,30	16,64	0,90	17,86	11,97	81,15	52,71	1970
202,87	2,01	25,28	7,55	16,54	1,19	19,82	13,89	89,85	52,02	1971
213,63	1,68	23,36	8,17	13,74	1,45	20,97	16,67	100,90	50,05	1972
213,10	1,69	21,86	7,75	12,62	1,49	20,59	18,40	101,76	48,80	1973
194,19	1,87	19,15	7,69	10,65	0,81	17,70	17,61	86,37	51,49	1974
179,39	1,97	18,66	9,40	8,59	0,67	16,15	15,15	77,11	50,35	1975
183,67	2,07	18,75	9,51	8,60	0,64	17,81	15,39	80,83	48,82	1976
186,13	2,21	19,80	9,15	9,81	0,84	17,99	16,20	83,43	46,50	1977
191,41	2,15	19,05	9,08	9,18	0,79	17,78	19,26	85,65	47,52	1978
202,57	1,99	20,74	9,44	10,42	0,88	18,17	21,78	91,43	48,46	1979
208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96	1980
197,88	1,68	21,15	9,96	10,35	0,84	16,40	23,73	89,95	44,97	1981
189,29	1,74	19,46	9,55	9,21	0,70	16,47	24,12	86,17	41,33	1982
192,54	1,87	18,67	9,40	8,52	0,75	17,40	26,67	90,12	37,81	1983 [7])
195,54	1,78	...	...	...	...	...	...	91,14	36,77	1984 [7])

[5]) Einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene[3])	Geleistete[4])	Verfügbares Einkommen insgesamt[2])
	insgesamt[2])	Erwerbseinkommen		Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen		
		Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit[2])					
1960	226,35	144,39	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	790,91	587,20	159,84	43,87	6,76	219,11	326,44	676,82
1976	862,95	631,29	186,24	45,42	6,62	236,93	367,18	726,08
1977	921,22	676,03	196,42	48,77	7,05	251,83	395,15	770,85
1978	981,22	721,64	209,90	49,68	7,65	265,80	415,50	823,87
1979	1053,96	777,85	218,29	57,82	9,63	284,05	444,77	883,61
1980	1127,24	844,41	209,12	73,71	13,85	303,57	484,70	932,26
1981	1167,53	882,95	195,84	88,74	17,47	329,48	511,05	968,49
1982	1206,92	902,52	205,39	99,01	19,44	348,25	530,71	1005,02
1983 [6])	1255,36	921,33	240,02	94,01	17,78	354,65	547,23	1045,00
1984 [6])	...	951,06	...	101,16	17,42	360,60	573,10	...
1978 1. Hj.	461,23	340,34	120,89		3,70	131,36	193,91	394,98
2. Hj.	524,80	381,30	143,50		3,95	134,44	221,59	433,70
1979 1. Hj.	498,99	365,15	133,84		4,36	141,10	207,92	427,81
2. Hj.	569,42	412,70	156,72		5,27	142,95	236,85	470,25
1980 1. Hj.	545,74	397,76	147,98		6,48	149,58	227,36	461,48
2. Hj.	613,26	446,65	166,61		7,37	153,99	257,34	502,54
1981 1. Hj.	577,09	416,67	160,42		8,30	162,81	240,40	491,20
2. Hj.	647,64	466,28	181,36		9,17	166,67	270,65	534,49
1982 1. Hj.	597,69	427,43	170,26		9,69	173,28	250,55	510,73
2. Hj.	656,64	475,09	181,55		9,75	174,97	280,16	541,70
1983 1. Hj. [6])	610,93	433,13	177,80		8,98	176,49	256,82	521,62
2. Hj. [6])	678,03	488,20	189,83		8,80	178,16	290,41	556,98
1984 1. Hj. [6])	638,70	447,48	191,22		8,74	179,63	268,92	540,67
2. Hj. [6])	708,15	503,58	204,57		8,68	180,97	304,18	576,26
1985 1. Hj. [6])	664,08	462,88	201,20		8,58	184,91	282,55	557,86

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3]) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 31*

verwendung der privaten Haushalte[1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote[5]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	*13,5*	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	*14,4*	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	– 5,10	79,83	*13,9*	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	– 5,68	91,01	*14,6*	15,90	23,67	83,24	1974
585,33	91,49	–12,43	103,92	*15,1*	17,66	25,36	96,22	1975
632,51	93,57	– 3,52	97,09	*13,3*	19,09	28,93	87,25	1976
683,16	87,69	– 7,01	94,70	*12,2*	19,27	30,56	83,41	1977
728,90	94,97	– 4,81	99,78	*12,0*	19,46	33,20	86,04	1978
785,02	98,59	–14,45	113,04	*12,6*	19,78	35,09	97,73	1979
840,78	91,48	–31,76	123,24	*12,8*	21,66	36,99	107,91	1980
887,85	80,64	–57,20	137,84	*13,4*	21,91	38,08	121,67	1981
918,05	86,97	–47,41	134,38	*12,8*	19,76	37,52	116,62	1982
957,51	87,49	–33,60	121,09	*11,2*	22,26	39,12	104,23	1983 [6])
987,52	...	...	129,41	*11,6*	21,37	41,55	109,23	1984 [6])
348,84	.	.	46,14	*11,7*	9,53	15,96	39,71	1978 1. Hj.
380,06	.	.	53,64	*12,4*	9,93	17,24	46,33	2. Hj.
374,69	.	.	53,12	*12,4*	9,54	17,39	45,27	1979 1. Hj.
410,33	.	.	59,92	*12,7*	10,24	17,70	52,46	2. Hj.
401,88	.	.	59,60	*12,9*	10,41	17,75	52,26	1980 1. Hj.
438,90	.	.	63,64	*12,7*	11,25	19,24	55,65	2. Hj.
423,30	.	.	67,90	*13,8*	10,56	18,43	60,03	1981 1. Hj.
464,55	.	.	69,94	*13,1*	11,35	19,65	61,64	2. Hj.
442,58	.	.	68,15	*13,3*	9,36	18,54	58,97	1982 1. Hj.
475,47	.	.	66,23	*12,2*	10,40	18,98	57,65	2. Hj.
461,53	.	.	60,09	*11,5*	10,88	19,18	51,79	1983 1. Hj. [6])
495,98	.	.	61,00	*11,0*	11,38	19,94	52,44	2. Hj. [6])
478,55	.	.	62,12	*11,5*	10,39	20,32	52,19	1984 1. Hj. [6])
508,97	.	.	67,29	*11,7*	10,98	21,23	57,04	2. Hj. [6])
490,93	.	.	66,93	*12,0*	10,11	20,73	56,31	1985 1. Hj. [6])

[4]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[5]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Käufe der privaten Haushalte im Inland[1])

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke[2]) und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten[3])	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für die Haushaltsführung	die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr[4]) und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung und Freizeit[5])	die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art[6])
					in jeweiligen Preisen					
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	399,31	115,78	40,98	49,85	14,65	41,62	18,11	57,23	42,32	18,77
1972	440,50	124,87	45,72	55,47	16,03	46,13	19,67	62,95	48,54	21,12
1973	480,70	135,14	48,41	61,90	19,98	49,94	21,15	67,16	53,41	23,61
1974	517,40	141,67	51,98	68,10	22,87	53,76	23,05	69,54	58,96	27,47
1975	566,55	151,23	56,39	75,20	24,97	57,48	25,35	81,91	63,44	30,58
1976	613,72	162,00	59,53	81,52	28,38	61,37	27,48	93,17	67,17	33,10
1977	661,48	171,34	64,24	88,47	29,07	67,03	29,37	104,22	71,58	36,16
1978	704,96	178,98	68,61	95,74	31,98	70,86	31,74	112,44	75,13	39,48
1979	758,00	187,47	72,97	103,36	40,85	75,64	34,28	118,49	81,11	43,83
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	857,59	212,00	81,88	120,59	49,86	84,97	40,52	128,31	87,63	51,83
1982	888,78	221,91	81,70	129,91	52,91	85,15	42,22	131,90	89,00	54,08
1983 [7])	929,51	226,89	84,16	139,76	54,43	88,26	44,57	142,45	91,84	57,15
1984 [7])	962,27	231,10	86,40	150,03	57,89	90,49	46,87	145,74	93,80	59,95
					in Preisen von 1980					
1960	365,33	120,19	41,38	48,63	16,40	35,98	22,39	34,33	29,43	16,60
1961	385,96	125,71	42,89	50,64	17,45	38,14	23,85	38,60	30,93	17,75
1962	405,97	128,97	44,52	52,57	21,06	40,03	25,64	42,87	31,78	18,53
1963	418,17	131,45	45,03	55,10	25,56	39,46	24,69	45,49	32,30	19,09
1964	440,67	137,41	47,67	57,54	23,49	43,50	26,41	50,57	34,06	20,02
1965	470,21	143,15	51,75	59,95	24,53	46,44	27,41	57,83	37,10	22,05
1966	484,84	144,80	53,30	62,63	26,79	47,60	27,76	59,83	38,83	23,30
1967	490,78	145,92	53,72	65,02	26,98	48,50	27,18	59,41	40,00	24,05
1968	514,29	149,76	53,65	67,60	29,90	49,99	26,12	69,42	43,67	24,18
1969	553,70	155,37	58,51	69,28	32,65	53,57	27,74	81,75	48,98	25,85
1970	592,61	163,59	62,28	72,17	35,06	56,96	28,28	92,71	53,60	27,96
1971	620,17	168,37	64,74	75,41	35,10	61,56	28,87	96,91	58,35	30,86
1972	647,48	171,94	68,12	79,09	36,78	65,44	29,39	99,08	64,56	33,08
1973	663,03	173,79	67,14	83,34	39,07	68,12	29,74	97,53	69,46	34,84
1974	668,14	175,51	67,68	87,36	37,92	68,19	30,41	91,66	72,70	36,71
1975	689,87	177,59	69,93	90,92	37,57	68,70	31,20	101,69	74,33	37,94
1976	716,62	181,62	71,27	93,98	40,31	71,42	32,36	110,07	75,93	39,66
1977	745,81	183,46	73,44	98,70	40,77	75,52	33,35	120,17	78,98	41,42
1978	773,93	188,68	75,14	103,71	44,11	77,00	34,72	125,75	81,41	43,41
1979	800,58	195,20	76,95	108,45	45,43	80,04	36,18	126,33	85,01	46,99
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	809,47	202,66	77,87	115,66	43,32	80,29	38,51	117,55	84,75	48,86
1982	800,51	200,06	74,57	118,93	42,44	77,12	37,76	117,27	83,31	49,05
1983 [7])	811,32	199,07	74,64	122,03	44,01	77,76	37,80	122,56	83,58	49,87
1984 [7])	820,31	199,83	74,87	126,59	45,26	78,23	38,98	122,49	83,56	50,50

[1]) Nach Verwendungszwecken: Hauptgruppen (zum Teil auch Gruppen und Klassen) der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — [4]) Einschließlich Kraftstoffe. — [5]) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [6]) Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. — [7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1980 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr[1])	Letzte Verwendung von Gütern[2])	Ausfuhr[1])	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	41,4	50,7	42,6	50,2	41,3	46,4	29,4	38,8	50,7	34,1
1961	43,4	49,6	44,2	50,6	43,1	48,0	31,4	41,2	52,4	36,5
1962	45,1	49,7	45,7	51,1	44,8	49,4	33,1	44,1	54,5	39,6
1963	46,5	50,9	47,1	51,8	46,3	50,9	35,1	45,8	55,3	41,7
1964	47,9	51,9	48,5	53,2	47,6	52,1	36,0	47,0	56,4	43,1
1965	49,7	53,4	50,2	54,7	49,4	53,8	38,5	48,2	57,9	44,0
1966	51,3	54,5	51,8	56,2	51,0	55,7	40,4	49,3	59,8	44,9
1967	52,0	53,9	52,3	56,4	51,4	56,7	41,4	48,7	60,9	43,7
1968	53,1	54,2	53,3	56,5	52,6	57,6	42,6	49,1	59,8	44,6
1969	55,4	55,5	55,4	58,8	54,6	58,7	45,9	52,1	61,1	47,6
1970	59,6	55,6	58,9	61,6	58,3	60,8	50,2	58,9	64,6	55,9
1971	64,4	56,4	62,9	64,2	62,6	64,2	56,9	63,3	68,1	60,9
1972	67,8	57,7	65,9	65,7	65,9	67,8	60,8	65,8	69,8	63,9
1973	72,1	62,3	70,2	69,9	70,3	72,1	67,0	69,2	72,6	67,6
1974	77,2	76,0	77,0	80,2	76,1	77,2	75,1	74,3	78,4	72,3
1975	81,8	78,5	81,2	83,5	80,6	82,0	79,9	77,2	84,9	73,2
1976	84,8	82,5	84,3	86,6	83,7	85,4	83,1	80,3	88,5	76,0
1977	88,0	84,4	87,2	88,4	86,9	88,5	86,9	83,3	90,9	79,0
1978	91,7	82,8	89,9	89,8	89,9	90,9	90,0	87,3	93,4	83,7
1979	95,4	89,3	94,1	94,1	94,1	94,5	94,2	92,9	95,8	91,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,0	111,1	105,6	105,6	105,6	106,2	104,9	104,9	104,8	104,9
1982	108,6	114,4	109,9	109,8	109,9	111,2	108,5	107,9	110,0	106,7
1983 [3])	112,2	115,2	112,9	111,8	113,2	114,8	111,5	110,1	113,1	108,3
1984 [3])	114,3	120,4	115,6	115,5	115,7	117,6	113,4	112,6	115,3	111,0
1980 1. Vj.	96,8	96,6	96,7	97,8	96,4	98,1	91,8	97,1	98,7	96,1
2. Vj.	99,6	100,5	99,8	100,1	99,7	99,8	97,1	100,1	99,7	100,3
3. Vj.	100,0	100,1	100,0	100,4	99,9	100,6	97,9	100,9	100,2	101,3
4. Vj.	103,5	102,9	103,4	101,7	103,8	101,4	112,2	101,4	101,1	101,7
1981 1. Vj.	100,6	106,6	101,9	102,7	101,7	103,6	97,7	102,7	102,7	102,7
2. Vj.	102,9	110,6	104,6	105,1	104,4	105,7	101,0	104,9	104,6	105,1
3. Vj.	103,9	113,4	106,1	106,6	105,9	107,0	102,7	105,2	104,5	105,7
4. Vj.	108,4	113,8	109,6	107,5	110,3	108,0	117,6	106,2	106,9	105,7
1982 1. Vj.	105,9	113,4	107,6	108,1	107,4	109,5	102,0	107,2	108,2	106,6
2. Vj.	107,3	113,9	108,8	109,9	108,4	110,7	103,0	108,1	110,4	106,9
3. Vj.	108,6	114,3	109,9	110,2	109,8	112,2	106,3	107,9	109,7	106,9
4. Vj.	112,4	116,1	113,1	110,9	113,9	112,4	121,9	108,3	111,0	106,4
1983 1. Vj.	109,8	114,1	110,8	110,3	111,0	113,7	105,1	108,8	111,4	107,1
2. Vj.	110,4	113,4	111,0	111,3	110,9	114,3	105,1	109,8	113,2	107,8
3. Vj.	112,2	115,5	112,9	112,1	113,2	115,3	109,8	110,3	113,2	108,8
4. Vj.	116,0	117,7	116,4	113,6	117,4	115,5	125,0	111,3	114,1	109,2
1984 1. Vj. [3])	112,9	119,2	114,3	114,0	114,4	117,1	107,3	111,9	114,4	110,4
2. Vj.	113,3	119,6	114,7	115,1	114,6	117,7	107,8	112,2	114,6	110,9
3. Vj.	113,3	120,3	114,9	115,6	114,7	117,8	110,0	112,7	115,3	111,2
4. Vj.	117,3	122,6	118,5	117,2	118,9	117,8	127,1	113,4	116,3	111,3
1985 1. Vj.	115,0	124,3	117,2	117,6	117,1	119,5	110,2	114,7	117,3	112,5
2. Vj.	115,4	125,1	117,6	119,1	117,1	120,4	110,5	114,0	117,8	111,6

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. — [2]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr. — [3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34*

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen[2])	insgesamt	Staatsverbrauch[3])	Einkommensübertragungen zusammen	davon private Haushalte[4])	davon Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	451,48	254,10	167,42	29,96	509,09	210,01	221,89	185,46	36,43
1976	508,07	285,75	188,18	34,14	546,20	221,73	239,68	199,83	39,85
1977	553,80	317,17	200,43	36,20	582,68	234,96	257,87	212,43	45,44
1978	589,32	335,05	212,84	41,43	620,76	252,86	275,57	223,17	52,40
1979	634,12	358,67	230,19	45,26	669,75	273,34	293,65	237,65	56,00
1980	679,39	381,14	248,61	49,64	722,36	297,79	309,14	252,93	56,21
1981	709,52	386,45	268,82	54,25	766,17	318,16	331,30	274,58	56,72
1982	743,50	395,07	284,48	63,95	795,98	326,19	349,17	291,07	58,10
1983 [10])	775,24	414,81	291,58	68,85	816,39	336,53	356,80	294,71	62,09
1984 [10])	815,42	439,14	305,51	70,77	849,25	350,16	369,60	298,99	70,61
1978 1. Hj.	277,42	157,25	100,93	19,24	293,78	115,92	135,41	110,99	24,42
2. Hj.	311,90	177,80	111,91	22,19	326,98	136,94	140,16	112,18	27,98
1979 1. Hj.	297,77	166,40	109,41	21,96	316,02	125,83	145,60	118,82	26,78
2. Hj.	336,35	192,27	120,78	23,30	353,73	147,51	148,05	118,83	29,22
1980 1. Hj.	322,32	180,30	118,41	23,61	343,78	137,45	152,80	125,30	27,50
2. Hj.	357,07	200,84	130,20	26,03	378,58	160,34	156,34	127,63	28,71
1981 1. Hj.	337,03	182,37	128,14	26,52	368,76	148,77	164,25	136,33	27,92
2. Hj.	372,49	204,08	140,68	27,73	397,41	169,39	167,05	138,25	28,80
1982 1. Hj.	359,00	186,68	136,65	35,67	383,02	152,93	172,60	145,64	26,96
2. Hj.	384,50	208,39	147,83	28,28	412,96	173,26	176,57	145,43	31,14
1983 1. Hj. [10])	369,48	192,36	138,70	38,42	391,18	155,34	176,45	147,36	29,09
2. Hj. [10])	405,76	222,45	152,88	30,43	425,21	181,19	180,35	147,35	33,00
1984 1. Hj. [10])	387,00	207,94	144,16	34,90	405,90	161,78	182,97	149,76	33,21
2. Hj. [10])	428,42	231,20	161,35	35,87	443,35	188,38	186,63	149,23	37,40
1985 1. Hj. [10])	402,52	215,66	151,15	35,71	417,80	168,39	188,45	153,73	34,72

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

[2]) Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

[3]) Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 34*

gaben des Staates[1])

gaben				Nachrichtlich				
Zinsen[5])	Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen	Finanzierungs-saldo[6])	Brutto-sozial-produkt in jeweiligen Preisen	Produktions-potential in jeweiligen Preisen[7])	Staats-quote[8])	Abgaben-quote[9])	Zeitraum
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	302,4	*33,0*	*33,3*	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	334,8	*33,9*	*34,5*	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	367,4	*35,3*	*35,0*	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	397,0	*35,4*	*35,2*	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	428,9	*35,7*	*34,7*	1964
3,23	20,86	7,92	− 2,76	458,20	467,2	*36,4*	*34,1*	1965
4,12	21,20	7,41	− 0,87	487,40	503,6	*36,1*	*34,6*	1966
5,19	18,87	7,92	− 7,00	493,70	527,4	*36,7*	*35,2*	1967
5,38	20,68	8,04	− 4,31	533,70	555,2	*38,0*	*36,0*	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,2	*38,9*	*37,4*	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,1	*39,1*	*36,5*	1970
7,34	33,87	15,61	− 1,21	751,80	762,8	*39,9*	*37,5*	1971
8,43	33,85	17,49	− 4,36	825,10	839,6	*40,6*	*38,0*	1972
10,17	35,13	18,74	+ 11,03	918,90	928,5	*41,6*	*40,3*	1973
12,15	40,13	21,62	− 12,78	985,60	1 023,8	*43,4*	*40,9*	1974
14,18	40,33	22,68	− 57,61	1 029,40	1 111,4	*45,8*	*40,9*	1975
17,45	39,49	27,85	− 38,13	1 126,20	1 177,2	*46,4*	*42,1*	1976
20,41	39,34	30,10	− 28,88	1 199,20	1 245,6	*46,8*	*43,2*	1977
21,53	42,78	28,02	− 31,44	1 291,60	1 324,0	*46,9*	*42,4*	1978
24,10	47,81	30,85	− 35,63	1 396,60	1 405,2	*47,7*	*42,2*	1979
28,55	53,59	33,29	− 42,97	1 485,20	1 504,7	*48,0*	*42,4*	1980
35,47	50,02	31,22	− 56,65	1 545,10	1 595,1	*48,0*	*42,4*	1981
44,03	45,26	31,33	− 52,48	1 597,10	1 687,0	*47,2*	*42,5*	1982
50,09	41,79	31,18	− 41,15	1 675,80	1 766,9	*46,2*	*42,2*	1983 } 10)
52,65	42,07	34,77	− 33,83	1 753,70	1 824,1	*46,6*	*42,5*	1984 } 10)
11,38	19,01	12,06	− 16,36	616,10				1978 1. Hj.
10,15	23,77	15,96	− 15,08	675,50				2. Hj.
12,49	20,29	11,81	− 18,25	663,40				1979 1. Hj.
11,61	27,52	19,04	− 17,38	733,20				2. Hj.
14,43	24,59	14,51	− 21,46	717,40				1980 1. Hj.
14,12	29,00	18,78	− 21,51	767,80				2. Hj.
19,36	23,16	13,22	− 31,73	738,50				1981 1. Hj.
16,11	26,86	18,00	− 24,92	806,60				2. Hj.
24,35	20,31	12,83	− 24,02	769,80				1982 1. Hj.
19,68	24,95	18,50	− 28,46	827,30				2. Hj.
27,54	18,29	13,56	− 21,70	801,00				1983 1. Hj. } 10)
22,55	23,50	17,62	− 19,45	874,80				2. Hj. } 10)
28,35	18,08	14,72	− 18,90	843,50				1984 1. Hj. } 10)
24,30	23,99	20,05	− 14,93	910,20				2. Hj. } 10)
30,05	17,09	13,82	− 15,28	873,60				1985 1. Hj. } 10)

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Überschuß: +, Defizit: −.
[7]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[8]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[10]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 34*

Einnahmen und

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
						Einkommensübertragungen			
							darunter		
	insgesamt	Steuern	sonstige Einnahmen[2])	insgesamt	Staatsverbrauch	zusammen[3])	private Haushalte[4])	Unternehmen und übrige Welt	Zinsen[5])
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,96	183,65	24,31	216,36	94,32	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,53	103,08	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,21	236,88	29,33	268,59	117,64	87,56	38,80	30,56	10,17
1974	286,31	253,42	32,89	303,24	134,77	95,54	43,62	31,09	12,15
1975	288,29	254,10	34,19	343,59	145,59	121,62	59,24	34,60	14,17
1976	324,35	285,75	38,60	363,31	152,45	127,31	61,20	37,39	17,44
1977	359,94	317,17	42,77	385,21	162,24	134,75	63,97	42,52	20,41
1978	384,81	335,05	49,76	414,59	175,14	148,83	67,91	48,95	21,52
1979	412,95	358,67	54,28	448,85	189,75	157,98	72,94	52,27	24,09
1980	439,85	381,14	58,71	486,79	205,96	167,25	77,74	52,26	28,53
1981	450,95	386,45	64,50	513,90	219,10	180,23	85,30	52,73	35,39
1982	470,52	395,07	75,45	530,85	225,51	186,96	86,66	54,38	44,01
1983 } [11])	496,48	414,81	81,67	538,75	232,57	185,76	86,90	58,25	50,08
1984 } [11])	523,72	439,14	84,58	557,04	239,06	191,79	86,96	64,48	52,64

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[3]) Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 34*

Ausgaben des Staates[1])

und Sozialversicherung

DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen[6])	Finanzierungs-saldo[7])	insgesamt[8])	Sozialbeiträge[9])	insgesamt[10])	Soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungs-saldo[7])	Zeitraum
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	− 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	− 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	− 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	− 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	− 1,24	1967
20,42	7,98	− 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	− 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	− 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	− 8,40	108,32	90,97	101,13	67,99	32,50	+ 7,19	1971
33,45	17,42	− 12,89	125,73	104,25	117,20	78,49	38,05	+ 8,53	1972
34,61	18,61	− 2,38	149,47	123,68	136,06	89,69	45,52	+ 13,41	1973
39,36	21,42	− 16,93	166,62	138,20	162,47	105,78	55,44	+ 4,15	1974
39,67	22,54	− 55,30	191,05	154,90	193,36	127,72	64,42	− 2,31	1975
38,81	27,30	− 38,96	212,57	174,93	211,74	140,48	69,28	+ 0,83	1976
38,63	29,18	− 25,27	222,23	186,23	225,84	150,51	72,72	− 3,61	1977
42,21	26,89	− 29,78	236,60	197,60	238,26	157,51	77,72	− 1,66	1978
47,15	29,88	− 35,90	254,06	213,89	253,79	167,08	83,59	+ 0,27	1979
52,77	32,28	− 46,94	276,90	231,00	272,93	177,76	91,83	+ 3,97	1980
48,89	30,29	− 62,95	300,90	249,68	294,60	192,07	99,06	+ 6,30	1981
44,05	30,32	− 60,33	319,03	264,93	311,18	207,46	100,68	+ 7,85	1982
40,50	29,84	− 42,27	319,54	271,39	318,42	210,95	103,96	+ 1,12	1983 [11])
40,68	32,87	− 33,32	332,18	284,70	332,69	215,68	111,10	− 0,51	1984 [11])

[7]) Überschuß: +, Defizit: −.

[8]) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).

[9]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.

[10]) Subventionen, Soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.

[11]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 35*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	− 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	− 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	− 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	− 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	− 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	−12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	− 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	− 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	−15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	−13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	− 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	−27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	−63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	−48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	−31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	−39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	−46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	−57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	−75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	−69,94	68,60
1983	569,34	182,27	153,39	51,05	48,18	514,28	396,30	.	−55,04	56,16
1984	583,04	185,31	156,96	53,33	47,64	536,82	414,69	.	−46,18	49,83
	Bund									
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	− 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	− 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	− 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	− 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	− 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	− 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	− 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	− 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	− 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	− 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	−10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	−34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	−28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	−22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	−26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	−26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	−27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	−37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	−37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	−31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	−28,63	28,31

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1983 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1983 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1984 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1983 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 35*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder[2])									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	− 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	− 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	− 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	−22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	−26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	−24,57	24,03
1983	228,88	98,80	23,80	16,09	9,67	207,59	143,61	23,87	−21,28	21,64
1984	234,85	100,30	22,90	17,53	9,94	216,59	150,88	23,39	−18,24	19,39
	Gemeinden und Gemeindeverbände[3])									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	− 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	−10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	− 7,26	6,84
1983	151,37	48,33	23,05	8,28	31,40	150,18	48,65	29,84	− 1,19	2,68
1984	154,40	49,55	24,26	8,08	30,58	155,85	51,96	31,44	+ 1,46	1,27

[2]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 36*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1])	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz[2])	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer[3])
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955 [4])	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 695	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1982 1. Vj.	87 952	27 081	8 096	4 982	25 554	3 417	1 770	1 215	1 470	6 264
2. Vj.	90 337	27 569	6 436	5 330	24 005	5 721	3 178	1 254	1 813	6 694
3. Vj.	94 619	31 882	7 607	5 416	22 887	5 841	2 722	1 227	1 850	6 520
4. Vj.	105 794	36 875	8 463	5 730	25 272	7 857	4 538	1 286	1 556	6 624
1983 1. Vj.	91 858	28 750	7 629	5 208	26 660	3 579	2 108	1 252	1 603	6 698
2. Vj.	91 665	28 485	5 714	5 819	24 694	5 384	3 342	1 231	1 915	6 536
3. Vj.	99 914	32 895	7 076	5 315	25 991	6 075	3 658	1 199	1 905	6 443
4. Vj.	113 138	38 758	7 857	7 332	28 527	8 300	4 773	1 310	1 561	6 508
1984 1. Vj.	99 299	31 961	7 083	5 746	29 013	3 646	2 155	1 136	1 746	7 282
2. Vj.	97 187	30 193	5 337	6 789	26 877	5 844	3 423	1 100	2 010	6 941
3. Vj.	101 923	34 072	6 253	5 873	26 109	6 167	3 608	1 096	1 942	6 853
4. Vj.	116 288	40 124	7 695	7 903	28 485	8 376	5 244	1 160	1 586	7 245
1985 1. Vj.	101 943	33 439	7 598	6 894	28 540	3 651	2 099	1 092	1 810	7 449
2. Vj.	102 918	33 141	5 522	8 255	26 530	5 797	3 555	1 061	2 199	7 577
3. Vj.[5])	...	37 181	6 952	8 273	25 736	6 440	3 607	1 048	1 835	...

[1]) Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[2]) Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[3]) Einschließlich Lohnsummensteuer.

[4]) Ohne Saarland.

[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 37*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen[8])	sonstige[9])
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1984 Mär	683 228	349 890	214 138	113 200	151 005	438 165	10 286	31 015
Jun	689 966	353 112	217 596	113 000	155 970	443 994	10 247	27 499
Sep	700 092	359 190	221 506	113 000	165 121	448 871	10 265	25 801
Dez	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985 Mär	736 424	384 230	232 297	113 300	181 596	456 887	9 508	27 832
Jun	740 683	384 353	236 655	113 200	189 707	458 923	9 252	27 862

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3 bis 8 erläutert.
[3]) Ab Ende 1972 einschließlich Auftragsfinanzierung Öffa und Krankenhausfinanzierung; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab Dezember 1981 ohne Kassenobligationen mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Bis Ende 1973 Bankkredite, ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[8]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.
[9]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 38*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[4]	Finanzielle Sektoren zusammen[1][5]	Sektoren insgesamt[1]
	private Haushalte	Unternehmen einschl.[1] Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[2]	Sozialversicherung[3]	zusammen[1]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	16,11	27,99	20,29	7,70	14,94	2,79	61,83	– 3,95	1,27	59,15
1961	19,09	24,32	16,49	7,83	14,32	5,10	62,83	– 2,32	2,53	63,04
1962	19,32	27,52	20,57	6,95	14,79	3,30	64,93	1,29	1,13	67,35
1963	23,00	22,10	14,78	7,32	15,92	3,07	64,09	– 0,17	1,40	65,32
1964	28,39	27,14	17,93	9,21	18,42	3,77	77,72	– 0,17	1,59	79,14
1965	34,44	28,02	18,50	9,52	12,46	3,71	78,63	6,62	2,04	87,29
1966	33,91	27,58	16,02	11,56	14,79	3,42	79,70	– 0,42	2,42	81,70
1967	31,93	29,90	16,53	13,37	10,63	– 1,00	71,46	–10,20	1,90	63,16
1968	38,64	33,53	19,51	14,02	14,32	– 0,32	86,17	–11,57	2,24	76,84
1969	45,46	29,73	19,47	10,26	26,36	1,14	102,69	– 7,81	3,12	98,00
1970	54,67	32,68	21,11	11,57	22,88	6,49	116,72	– 3,00	4,51	118,22
1971	60,01	30,95	14,32	16,63	21,51	7,44	119,91	– 1,57	4,74	123,08
1972	69,60	30,67	15,89	14,78	16,50	8,81	125,58	– 2,42	5,45	128,61
1973	72,28	27,38	16,27	11,11	27,71	13,79	141,16	–11,08	7,09	137,17
1974	83,24	20,88	3,42	17,46	17,18	4,76	126,06	–26,22	11,41	111,25
1975	96,38	13,51	0,32	13,19	–21,17	– 1,82	86,90	–10,06	11,23	88,07
1976	87,15	34,71	21,63	13,08	– 6,14	1,30	117,02	– 8,74	10,31	118,59
1977	83,41	29,08	19,66	9,42	6,75	– 3,14	116,10	– 8,26	11,13	118,97
1978	86,04	41,79	39,87	1,92	5,22	– 1,35	131,70	–16,95	14,14	128,89
1979	97,73	37,63	38,42	– 0,79	3,18	0,64	139,18	13,20	17,90	170,28
1980	107,91	15,40	11,26	4,14	– 3,26	4,46	124,51	30,63	20,72	175,86
1981	121,67	– 7,86	–13,31	5,45	–24,13	7,07	96,75	14,96	23,49	135,20
1982	115,71	2,11	– 9,77	11,88	–27,12	8,66	99,36	– 5,87	20,79	114,28
1983	104,17	23,79	19,62	4,17	–13,29	1,98	116,65	– 8,93	24,14	131,86
1984 [6]	109,40	29,17	19,96	9,21	– 4,83	0,42	134,16	–14,58	25,58	145,16
1985 1. Hj. [6]	56,62	23,11	18,30	4,81	– 4,79	0,15	75,09	–12,13	6,37	69,33
	II. Nettoinvestitionen[7] (Sachvermögensbildung)									
1960	—	49,82	32,51	17,31	8,41	0,19	58,42	—	0,73	59,15
1961	—	51,92	32,94	18,98	10,06	0,14	62,12	—	0,92	63,04
1962	—	53,48	33,05	20,43	12,67	0,21	66,36	—	0,99	67,35
1963	—	48,77	27,73	21,04	15,33	0,21	64,31	—	1,01	65,32
1964	—	58,88	34,06	24,82	18,95	0,19	78,02	—	1,12	79,14
1965	—	67,02	40,36	26,66	18,72	0,20	85,94	—	1,36	87,29
1966	—	61,11	32,77	28,34	18,78	0,27	80,16	—	1,54	81,70
1967	—	45,09	17,76	27,33	16,34	0,26	61,69	—	1,47	63,16
1968	—	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	—	1,67	76,84
1969	—	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	—	2,08	98,00
1970	—	87,98	55,94	32,04	27,76	0,26	116,00	—	2,22	118,22
1971	—	90,45	50,61	39,84	29,84	0,28	120,57	—	2,51	123,08
1972	—	95,99	47,17	48,82	29,34	0,34	125,67	—	2,94	128,61
1973	—	103,59	51,56	52,03	29,86	0,62	134,07	—	3,10	137,17
1974	—	72,68	29,61	43,07	34,32	0,59	107,59	—	3,66	111,25
1975	—	49,74	13,67	36,07	34,14	0,49	84,37	—	3,70	88,07
1976	—	81,49	41,79	39,70	32,83	0,47	114,79	—	3,80	118,59
1977	—	83,11	40,07	43,04	32,10	0,47	115,68	—	3,29	118,97
1978	—	90,98	44,04	46,94	35,01	0,31	126,30	—	2,59	128,89
1979	—	128,68	72,98	55,70	39,10	0,37	168,15	—	2,13	170,28
1980	—	128,35	66,07	62,28	43,61	0,49	172,45	—	3,41	175,86
1981	—	92,17	32,75	59,42	38,77	0,77	131,71	—	3,49	135,20
1982	—	75,95	21,23	54,72	33,18	0,81	109,94	—	4,34	114,28
1983	—	96,43	36,37	60,06	28,98	0,86	126,27	—	5,59	131,86
1984 [6]	—	109,96	47,44	62,52	28,57	0,93	139,46	—	5,70	145,16
1985 1. Hj. [6]	—	56,79	36,52	20,27	10,18	0,42	67,39	—	1,94	69,33
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,60	6,75	6,25	0,81	9,50	2,67	35,96	8,35	34,80	79,12
1961	20,41	9,82	9,84	0,27	9,52	4,77	42,52	3,60	41,71	87,83
1962	21,53	5,80	6,53	– 0,42	5,70	3,04	35,72	5,02	33,02	73,76
1963	24,45	8,67	8,86	0,22	7,03	2,86	42,42	7,32	41,46	91,20
1964	29,72	10,54	10,57	0,45	6,38	3,58	49,18	8,02	42,85	100,05
1965	36,28	11,56	12,06	– 0,04	3,37	3,54	53,25	10,33	47,88	111,46
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	4,73	3,19	49,59	7,83	46,26	103,67
1967	33,75	18,71	18,95	0,28	10,25	– 1,12	59,98	4,68	60,05	124,71
1968	42,06	17,88	17,54	0,62	8,41	– 0,61	68,44	12,99	78,54	159,97
1969	50,58	19,21	19,89	– 0,32	6,89	0,86	78,15	12,27	81,48	171,90
1970	59,02	22,76	23,54	– 0,56	4,12	6,21	91,74	33,37	102,22	227,33
1971	67,22	30,47	30,71	0,11	7,14	7,24	110,03	21,62	113,23	244,88

[1]) Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [2]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[3]) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [4]) Einschließlich DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung noch Tabelle 38*

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren: private Haushalte	Unternehmen einschl.[1]) Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[2])	Sozialversicherung[3])	zusammen[1])	Ausland[4])	Finanzielle Sektoren zusammen[1])[5])	Sektoren insgesamt[1])
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1972	80,04	35,41	35,32	0,64	3,93	8,55	125,96	19,70	137,56	283,22
1973	77,56	25,21	24,99	0,75	17,83	13,04	129,72	26,65	131,44	287,81
1974	83,64	33,15	33,89	– 0,36	8,22	4,20	127,68	16,43	116,03	260,14
1975	104,03	31,65	31,99	– 0,14	14,23	0,20	142,92	28,21	168,20	339,33
1976	101,77	45,59	45,10	0,55	2,77	0,79	155,96	36,69	157,74	350,39
1977	98,56	40,29	39,13	1,00	9,59	–3,58	146,90	29,85	166,96	343,71
1978	104,46	51,90	50,12	1,50	12,96	–1,60	169,33	41,03	225,15	435,51
1979	118,20	44,56	42,41	1,80	5,98	0,22	169,59	41,19	186,06	396,84
1980	120,34	40,44	38,16	2,00	7,76	4,06	173,17	60,38	188,70	422,25
1981	128,96	54,90	52,68	2,00	14,44	6,37	204,82	64,28	216,32	485,42
1982	124,93	50,00	47,50	2,20	8,61	7,70	191,50	34,13	202,37	428,00
1983	116,47	65,18	62,11	2,80	14,79	1,17	197,37	27,82	208,66	433,86
1984 [6])	119,47	59,57	59,19	1,20	14,18	–0,45	192,98	62,69	205,21	460,88
1985 1. Hj.	61,61	12,37	15,68	– 0,50	7,90	–0,18	81,53	24,06	75,02	180,62
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	28,58	18,47	10,42	2,97	0,07	32,55	12,30	34,26	79,12
1961	1,32	37,41	26,28	11,42	5,26	–0,19	41,80	5,92	40,11	87,83
1962	2,21	31,76	19,01	13,06	3,58	–0,05	37,15	3,73	32,88	73,76
1963	1,45	35,34	21,81	13,94	6,44	0,00	42,64	7,49	41,08	91,20
1964	1,33	42,28	26,70	16,06	6,91	0,00	49,48	8,19	42,38	100,05
1965	1,84	50,55	33,91	17,10	9,63	0,03	60,55	3,71	47,19	111,46
1966	0,68	42,06	25,51	17,11	8,72	0,04	50,05	8,25	45,38	103,67
1967	1,82	33,90	20,18	14,24	15,96	0,14	50,21	14,88	59,62	124,71
1968	3,42	41,32	27,64	13,96	12,09	–0,09	57,44	24,56	77,98	159,97
1969	5,12	64,41	47,22	17,56	1,31	–0,07	71,38	20,08	80,43	171,90
1970	4,35	78,07	58,38	19,91	9,00	–0,02	91,02	36,37	99,94	227,33
1971	7,21	89,97	67,00	23,32	15,47	0,08	110,70	23,19	111,00	244,88
1972	10,44	100,73	66,60	34,68	16,77	0,08	126,05	22,12	135,05	283,22
1973	5,28	101,43	60,28	41,67	19,98	–0,13	122,63	37,73	127,45	287,81
1974	0,40	84,95	60,08	25,25	25,36	0,02	109,22	42,65	108,27	260,14
1975	7,65	67,88	45,34	22,74	69,54	2,51	140,39	38,27	160,67	339,33
1976	14,62	92,37	65,26	27,17	41,74	–0,04	153,73	45,43	151,23	350,39
1977	15,15	94,32	59,54	34,62	34,94	0,03	146,48	38,11	159,12	343,71
1978	18,42	101,09	54,29	46,52	42,75	0,06	163,93	57,98	213,60	435,51
1979	20,47	135,61	76,97	58,29	41,90	–0,05	198,56	27,99	170,29	396,84
1980	12,43	153,39	92,97	60,14	54,63	0,09	221,11	29,75	171,39	422,25
1981	7,29	154,93	98,74	55,97	77,34	0,07	239,78	49,32	196,32	485,42
1982	9,22	123,84	78,50	45,04	68,91	–0,15	202,08	40,00	185,92	428,00
1983	12,30	137,82	78,86	58,69	57,06	0,05	206,99	36,75	190,11	433,86
1984 [6])	10,07	140,36	86,67	54,51	47,58	0,07	198,28	77,27	185,33	460,88
1985 1. Hj.	4,99	46,04	33,90	14,96	22,87	0,09	73,83	36,19	70,59	180,62
	V. Finanzierungssaldo[8]) (= I. ./. II. oder III. ./. IV.)									
1960	16,11	– 21,83	–12,22	– 9,61	6,53	2,60	3,41	– 3,95	0,54	—
1961	19,09	– 27,60	–16,45	–11,15	4,26	4,96	0,71	– 2,32	1,61	—
1962	19,32	– 25,96	–12,48	–13,48	2,12	3,09	– 1,43	1,29	0,14	—
1963	23,00	– 26,67	–12,95	–13,72	0,59	2,86	– 0,22	– 0,17	0,39	—
1964	28,39	– 31,74	–16,13	–15,61	– 0,53	3,58	– 0,30	– 0,17	0,47	—
1965	34,44	– 39,00	–21,86	–17,14	– 6,26	3,51	– 7,31	6,62	0,69	—
1966	33,91	– 33,53	–16,75	–16,78	– 3,99	3,15	– 0,46	– 0,42	0,88	—
1967	31,93	– 15,19	– 1,23	–13,96	– 5,71	–1,26	9,77	–10,20	0,43	—
1968	38,64	– 23,44	–10,10	–13,34	– 3,68	–0,52	11,00	–11,57	0,57	—
1969	45,46	– 45,21	–27,33	–17,88	5,58	0,93	6,77	– 7,81	1,05	—
1970	54,67	– 55,31	–34,84	–20,47	– 4,88	6,23	0,71	– 3,00	2,29	—
1971	60,01	– 59,50	–36,29	–23,21	– 8,33	7,16	– 0,66	– 1,57	2,23	—
1972	69,60	– 65,32	–31,28	–34,04	–12,84	8,47	– 0,09	– 2,42	2,51	—
1973	72,28	– 76,21	–35,29	–40,92	– 2,15	13,17	7,09	–11,08	3,99	—
1974	83,24	– 51,80	–26,19	–25,61	–17,14	4,17	18,47	–26,22	7,75	—
1975	96,38	– 36,23	–13,35	–22,88	–55,31	–2,31	2,53	–10,06	7,53	—
1976	87,15	– 46,78	–20,16	–26,62	–38,97	0,83	2,23	– 8,74	6,51	—
1977	83,41	– 54,03	–20,41	–33,62	–25,35	–3,61	0,42	– 8,26	7,84	—
1978	86,04	– 49,19	– 4,17	–45,02	–29,79	–1,66	5,40	–16,95	11,55	—
1979	97,73	– 91,05	–34,56	–56,49	–35,92	0,27	–28,97	13,20	15,77	—
1980	107,91	–112,95	–54,81	–58,14	–46,87	3,97	–47,94	30,63	17,31	—
1981	121,67	–100,03	–46,06	–53,97	–62,90	6,30	–34,96	14,96	20,00	—
1982	115,71	– 73,84	–31,00	–42,84	–60,30	7,85	–10,58	– 5,87	16,45	—
1983	104,17	– 72,64	–16,75	–55,89	–42,27	1,12	– 9,62	– 8,93	18,55	—
1984 [6])	109,40	– 80,79	–27,48	–53,31	–33,40	–0,51	– 5,30	–14,58	19,88	—
1985 1. Hj.	56,62	– 33,68	–18,22	–15,46	–14,97	–0,27	7,70	–12,13	4,43	—

[5]) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [6]) Vorläufige Ergebnisse. — [7]) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8]) Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 39*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland [3])			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen [2])	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	−1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	−0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	−2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+ 50,53	−0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+ 69,05	−0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+ 86,41	−2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+ 59,77	−1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+15,90
1976	+ 91,21	−5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	−1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	− 0,34	+ 8,25
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	−12,68	− 1,88
1979	+138,95	−1,95	+140,91	+112,38	+28,53	−21,84	− 4,85	−16,98	−12,14
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	−10,58	−27,93	+17,35	+ 7,35
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	− 3,22	+15,09	+ 3,48
1982	+104,44	−1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+10,23
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 8,08
1984	+108,06	−1,93	+109,99	+ 90,94	+19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 3,06
1982 1. Vj.	+ 8,65	+0,24	+ 8,41	− 0,90	+ 9,31	− 0,23	− 0,44	+ 0,20	+ 5,48
2. Vj.	+ 21,41	−1,88	+ 23,29	+ 20,57	+ 2,72	+ 0,87	+ 1,13	− 0,27	+ 2,71
3. Vj.	+ 25,67	−0,53	+ 26,20	+ 17,74	+ 8,47	− 2,22	− 0,43	− 1,79	− 0,11
4. Vj.	+ 48,71	+0,49	+ 48,22	+ 28,76	+19,46	+ 6,06	+ 2,80	+ 3,26	+ 2,15
1983 1. Vj.	+ 4,35	+5,18	− 0,84	− 5,08	+ 4,24	+ 6,74	+12,40	− 5,66	+ 3,79
2. Vj.	+ 30,57	−3,03	+ 33,61	+ 30,22	+ 3,39	− 9,05	−13,71	+ 4,66	+ 2,87
3. Vj.	+ 25,71	−0,21	+ 25,93	+ 25,41	+ 0,52	− 5,03	− 2,44	− 2,59	− 1,25
4. Vj.	+ 52,55	−0,05	+ 52,60	+ 41,47	+11,13	+ 8,54	− 0,32	+ 8,86	+ 2,66
1984 1. Vj.	− 0,99	−0,99	− 0,00	+ 6,20	− 6,21	+ 7,11	+ 6,81	+ 0,30	− 1,08
2. Vj.	+ 28,29	−0,92	+ 29,21	+ 26,28	+ 2,93	− 1,78	− 0,70	− 1,08	+ 4,63
3. Vj.	+ 33,13	−0,85	+ 33,98	+ 24,93	+ 9,05	− 9,60	− 7,24	− 2,36	+ 1,10
4. Vj.	+ 47,63	+0,82	+ 46,81	+ 33,53	+13,28	+ 5,10	− 2,02	+ 7,12	− 1,59
1985 1. Vj.	+ 20,48	+3,86	+ 16,62	+ 13,08	+ 3,54	− 0,83	−12,66	+11,83	+ 6,14
2. Vj.	+ 20,75	−6,17	+ 26,91	+ 23,32	+ 3,60	+10,04	+ 5,97	+ 4,06	− 0,70
3. Vj.	+ 11,71	−0,96	+ 12,67	+ 9,71	+ 2,97	+ 4,34	+ 5,69	− 1,36	− 1,25

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2]) Einschließlich Wertpapiere.
[3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 39*

stände im Bilanzzusammenhang [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen [4])			IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse [7])	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II – III – IV – V)						Zeitraum
						Geldvolumen M 2					
	darunter							Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)			
insgesamt [5])	Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist [6])			insgesamt	zusammen	Geldvolumen M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) [8])	zusammen	darunter unter 3 Monaten	Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	– 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	– 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	– 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	– 0,07	+11,13	1965
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	– 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	– 0,58	+ 8,46	1966
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+19,74	+ 1,49	+11,03	+ 1,19	+ 0,88	+29,14	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+47,00	+ 8,68	+20,62	– 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	– 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	– 0,40	+21,40	–21,79	–17,24	+38,82	1975
+59,12	+11,45	+22,65	–10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+42,92	+13,65	+14,24	– 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+54,80	+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+75,77	+18,68	+18,11	– 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+61,68	+14,57	+15,89	– 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+86,01	+13,77	+11,94	– 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	– 2,16	+39,54	+23,51	– 1,25	1981
+46,49	+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+67,14	+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+13,14	+22,73	– 9,58	– 9,38	+32,20	1983
+69,73	+26,27	+22,33	– 1,18	– 0,96	+41,27	+26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+13,99	+ 1,00	– 1,70	+ 1,46	+ 6,93	–13,96	–18,12	–17,68	– 0,44	+ 2,77	+ 4,16	1982 1. Vj.
+ 8,08	+ 2,52	+ 3,69	– 0,08	+ 0,63	+13,64	+13,31	+13,09	+ 0,22	+ 1,34	+ 0,34	2. Vj.
+ 0,36	– 1,70 [a])	– 2,58	+ 4,00	+12,71	+ 6,39	+ 3,95	– 2,26	+ 6,20	+ 7,35	+ 2,44	3. Vj.
+24,05	+ 5,39	+16,80	– 4,89	–13,09	+48,70	+24,88	+24,58	+ 0,30	+ 0,62	+23,82	4. Vj.
+12,18	+ 5,90	– 3,37	+ 0,42	+10,49	–12,01	–24,17	– 9,64	–14,52	–11,53	+12,16	1983 1. Vj.
+18,28	+ 7,01	+ 3,38	+ 1,01	– 4,68	+ 6,92	+ 7,00	+14,46	– 7,46	– 6,13	– 0,08	2. Vj.
+ 6,34	+ 6,29	– 4,47	+ 0,96	+ 7,20	+ 6,20	+ 2,31	– 3,91	+ 6,22	+ 5,25	+ 3,89	3. Vj.
+30,35	+ 8,04	+15,50	– 1,49	–12,00	+44,24	+28,01	+21,82	+ 6,19	+ 3,03	+16,23	4. Vj.
+28,52	+ 6,49	+ 3,28	+ 1,95	+ 5,19	–29,55	–29,64	–23,25	– 6,38	– 6,74	+ 0,08	1984 1. Vj.
+16,39	+ 6,11	+ 3,27	+ 0,62	– 2,80	+12,30	+16,01	+10,26	+ 5,76	+ 6,46	– 3,72	2. Vj.
+ 6,86	+ 4,73	– 0,27	+ 2,34	+ 6,71	+ 7,62	+ 8,02	– 1,36	+ 9,39	+ 3,16	– 0,41	3. Vj.
+17,96	+ 8,94	+16,04	– 6,09	–10,06	+50,91	+32,54	+32,78	– 0,25	– 0,73	+18,38	4. Vj.
+33,81	+ 9,31	+ 1,07	+ 2,05	+10,04	–26,24	–30,91	–29,01	– 1,90	+ 0,79	+ 4,67	1985 1. Vj.
+13,10	+ 6,48	+ 5,52	+ 2,64	+ 1,26	+13,79	+16,80	+ 9,19	+ 7,61	+ 0,88	– 3,01	2. Vj.
+ 5,57	+ 9,16	+ 0,28	+ 0,86	+ 7,83	+ 1,78	– 0,90	+ 3,39	– 4,29	– 4,50	+ 2,68	3. Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

[6]) Einschließlich Sparbriefe.

[7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

[8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

[a]) Rückgang um 3,7 Mrd DM durch Sonderaktionen der öffentlichen Hand (Gegenposten unter „Sonstigen Einflüssen").

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 40*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen M 1			Geldvolumen M 2[3])			Geldvolumen M 3[4])		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte
	insgesamt	davon: Bargeldumlauf[1])	davon: Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2])	insgesamt	darunter Quasigeldbestände: zusammen	darunter Quasigeldbestände: darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt	darunter Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	insgesamt[5])	darunter kurzfristig[6])	
1955	31,46	14,04	17,42	42,54	11,08	1,86	.	.	66,95	29,28	15,88
1956	33,87	14,88	19,00	47,44	13,56	2,70	.	.	76,03	30,81	17,25
1957	37,70	16,46	21,24	54,84	17,14	3,20	73,28	18,44	84,11	33,08	18,85
1958	42,46	17,94	24,52	60,40	17,94	3,20	83,25	22,85	93,89	33,45	21,45
1959	47,66	19,38	28,27	67,63	19,97	3,32	96,68	29,05	110,39	36,36	24,95
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	140,43	41,84	27,24
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	162,76	48,12	28,76
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	184,45	51,42	30,87
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	206,66	55,36	34,53
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	231,79	60,65	40,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	259,27	67,31	47,53
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	1 039,51	236,50	300,54
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	1 289,35	303,65	408,70
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	1 380,53	317,99	427,94
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	1 468,77	340,19	446,84
1982 1.Vj.	237,60	81,54	156,06	460,01	222,41	149,49	762,08	302,06	1 222,16	288,13	378,03
2.Vj.	250,71	83,87	166,85	473,35	222,64	150,82	775,81	302,46	1 242,80	296,82	380,78
3.Vj.	248,47	85,02	163,45	477,32	228,85	158,18	782,26	304,94	1 260,59	298,67	389,24
4.Vj.	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	1 289,35	303,65	408,70
1983 1.Vj.	263,40	90,79	172,61	478,03	214,63	147,27	818,95	340,92	1 284,27	296,07	412,95
2.Vj.	277,86	91,46	186,40	485,03	207,17	141,14	825,87	340,84	1 314,48	305,53	416,33
3.Vj.	273,98	94,05	179,92	487,36	213,38	146,39	832,11	344,75	1 339,92	309,57	416,85
4.Vj.	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	1 380,53	317,99	427,94
1984 1.Vj.	272,54	94,62	177,92	485,73	213,19	142,72	845,29	359,56	1 384,46	318,51	421,57
2.Vj.	282,80	97,31	185,49	501,74	218,95	149,17	857,59	355,84	1 410,37	328,96	424,50
3.Vj.	281,46	97,37	184,09	509,79	228,33	152,33	865,26	355,47	1 435,34	335,35	433,55
4.Vj.	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	1 468,77	340,19	446,84
1985 1.Vj.	285,22	98,65	186,57	511,41	226,19	152,39	889,92	378,51	1 480,21	342,28	450,37
2.Vj.	294,41	99,76	194,65	528,21	233,80	153,27	903,71	375,50	1 503,22	348,97	453,96
3.Vj.	297,80	100,04	197,76	527,31	229,51	148,77	905,49	378,18	1 512,92	340,73	456,94

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3]) Geldvolumen M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4]) Geldvolumen M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[6]) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[7]) Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

a) Insgesamt (1980 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	27,8	30,3	24,0	35,2	47,7	47,8	43,7	59,4
1963	29,3	31,3	25,7	36,5	50,1	49,8	46,8	60,5
1964	33,5	36,2	29,7	40,9	56,8	56,7	53,5	66,8
1965	35,7	37,1	32,1	44,3	59,0	56,7	56,1	70,9
1966	35,6	38,4	31,3	43,8	57,7	58,3	53,7	68,8
1967	35,5	38,6	31,3	43,3	58,3	60,2	53,9	68,5
1968	41,0	43,4	37,2	48,6	70,8	71,7	67,0	80,9
1969	50,6	50,9	49,0	54,3	84,7	81,4	85,1	88,3
1970	53,0	53,5	51,4	56,5	83,1	81,3	81,9	88,4
1971	53,9	53,7	51,0	62,6	80,5	80,3	76,0	94,4
1972	58,0	58,5	54,5	67,9	84,4	86,6	78,7	98,1
1973	67,8	69,0	66,1	71,1	94,6	97,3	92,3	97,5
1974	73,4	82,7	68,7	72,7	89,8	93,8	88,2	88,9
1975	72,1	72,8	71,4	72,3	85,4	84,6	85,1	86,7
1976	81,8	82,7	81,2	82,2	93,6	93,4	93,1	95,6
1977	82,7	80,2	83,4	84,8	92,8	91,7	92,0	96,4
1978	86,8	83,6	87,8	89,0	96,0	95,9	94,7	99,6
1979	96,3	95,4	96,9	96,0	102,1	102,8	101,6	102,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,5	104,5	105,9	100,4	99,5	98,5	101,5	95,7
1982	103,4	102,0	105,4	100,2	93,9	91,5	95,9	92,1
1983	107,9	109,2	108,2	105,0	96,4	98,1	96,0	94,8
1984	118,2	120,8	119,3	111,4	102,5	104,3	103,3	97,4
1980 1. Vj.	107,4	107,7	106,8	108,5	109,2	109,2	108,5	110,8
2. Vj.	99,9	103,4	98,3	98,5	99,8	103,1	98,2	98,7
3. Vj.	92,9	93,2	92,8	92,7	92,3	92,9	92,2	91,9
4. Vj.	99,9	95,7	102,1	100,4	98,9	95,1	101,1	98,9
1981 1. Vj.	105,4	104,8	106,1	104,2	102,6	101,9	103,4	101,4
2. Vj.	103,5	107,2	103,4	98,0	99,0	101,8	99,3	93,9
3. Vj.	100,5	103,1	100,8	95,6	94,8	95,6	95,9	90,4
4. Vj.	108,6	103,0	113,5	103,8	101,6	94,7	107,3	97,3
1982 1. Vj.	109,6	108,7	111,4	106,3	100,4	97,6	102,9	98,4
2. Vj.	102,2	103,8	102,2	99,2	92,7	92,9	93,1	91,2
3. Vj.	95,4	96,5	95,6	92,9	86,2	86,4	86,5	85,0
4. Vj.	106,5	98,8	112,3	102,5	96,3	89,1	101,3	93,7
1983 1. Vj.	110,6	105,4	115,0	106,7	99,6	95,4	102,9	97,1
2. Vj.	103,7	107,7	101,8	102,7	92,9	97,2	90,3	93,1
3. Vj.	102,0	107,8	99,3	100,2	90,9	96,7	87,7	90,2
4. Vj.	115,4	116,0	116,8	110,6	102,2	103,0	102,9	98,8
1984 1. Vj.	123,6	124,1	125,2	118,4	108,3	108,6	109,4	104,9
2. Vj.	112,4[a])	120,6[a])	109,6[a])	107,4	97,6[a])	104,4[a])	95,0[a])	94,3
3. Vj.	112,6	116,0	113,8	104,5	97,3	99,6	98,2	90,8
4. Vj.	124,2	122,4	128,6	115,4	106,7	104,5	110,4	99,7
1985 1. Vj.	131,5	128,3	137,9	119,1	111,8	108,1	117,5	102,2
2. Vj.	125,5	127,4	129,5	111,8	105,7	106,3	109,2	95,2
3. Vj.	122,8	123,6	126,5	111,6	103,1	103,3	106,2	94,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 41*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1980 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	33,4	37,1	28,8	38,9	56,5	58,5	51,3	65,9
1963	34,3	37,4	30,0	39,9	57,8	59,1	53,2	66,4
1964	39,5	44,0	34,6	44,7	66,0	69,0	61,0	73,3
1965	42,0	44,3	37,8	48,5	68,3	67,5	64,6	77,8
1966	40,6	44,7	35,2	47,5	64,7	67,6	58,7	74,7
1967	39,2	43,3	33,7	46,4	63,4	67,5	56,6	73,7
1968	45,1	49,1	39,9	51,8	77,8	81,7	71,5	86,8
1969	55,9	58,3	53,8	57,2	94,0	94,8	93,3	93,9
1970	59,1	60,8	57,7	59,7	92,6	93,5	91,3	93,8
1971	59,8	60,4	56,7	66,1	89,1	90,5	83,5	100,0
1972	63,7	64,6	59,7	71,5	92,2	95,3	85,5	103,7
1973	70,8	74,6	67,4	73,6	98,6	105,7	93,4	101,1
1974	73,2	84,8	65,9	74,7	89,9	99,5	83,7	91,5
1975	75,6	77,4	74,6	74,8	89,7	91,2	88,5	89,9
1976	82,0	86,9	78,4	83,3	94,2	99,0	89,9	97,1
1977	84,5	82,6	84,8	86,0	94,7	93,6	93,6	98,2
1978	88,8	85,1	90,6	89,7	98,3	97,1	97,8	100,8
1979	97,1	96,1	98,1	96,4	103,2	103,6	102,9	103,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,8	100,2	98,3	98,2	94,2	94,5	94,3	93,6
1982	98,3	97,3	99,7	96,7	89,3	87,2	90,8	88,9
1983	103,1	103,5	103,6	101,4	92,1	92,7	91,9	91,6
1984	109,5	110,3	110,9	105,5	95,0	95,4	96,1	92,3
1980 1. Vj.	107,8	105,5	109,0	108,3	109,7	107,1	111,0	110,7
2. Vj.	98,3	103,5	95,2	98,1	98,2	103,2	95,1	98,3
3. Vj.	94,6	95,6	94,5	93,5	94,0	95,1	93,9	92,7
4. Vj.	99,3	95,4	101,3	100,1	98,3	94,7	100,3	98,6
1981 1. Vj.	101,2	98,9	102,1	102,5	98,7	96,3	99,6	99,7
2. Vj.	98,7	102,8	97,7	95,7	94,5	97,6	94,0	91,6
3. Vj.	94,9	100,1	92,2	93,9	89,6	93,2	87,8	88,7
4. Vj.	100,5	99,1	101,3	100,7	94,0	91,1	95,9	94,3
1982 1. Vj.	101,2	99,3	101,9	102,4	92,8	89,1	94,2	94,7
2. Vj.	96,8	101,2	94,8	95,5	87,8	90,4	86,2	87,8
3. Vj.	91,6	94,3	90,5	90,6	82,8	84,4	81,9	82,9
4. Vj.	103,5	94,3	111,8	98,5	93,6	84,8	100,8	90,0
1983 1. Vj.	106,9	99,3	113,4	103,1	96,3	89,5	101,5	93,8
2. Vj.	100,1	104,4	97,9	99,4	89,6	93,8	86,8	90,1
3. Vj.	97,2	103,0	93,8	96,9	86,6	92,2	82,8	87,3
4. Vj.	108,2	107,5	109,4	106,4	95,9	95,3	96,4	95,2
1984 1. Vj.	115,7	112,6	119,6	111,9	101,5	98,4	104,5	99,1
2. Vj.	104,8*)	110,2*)	103,0*)	101,9	91,2*)	95,5*)	89,4*)	89,4
3. Vj.	104,8	107,7	105,5	99,6	90,6	92,6	91,2	86,6
4. Vj.	112,6	110,9	115,5	108,8	96,9	95,0	99,4	94,1
1985 1. Vj.	117,4	112,0	123,9	110,9	100,1	94,8	105,9	95,3
2. Vj.	113,9	115,8	117,4	104,4	96,2	96,8	99,3	88,9
3. Vj.	113,7	115,3	117,1	104,6	95,8	96,5	98,7	88,8

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

*) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 41*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland (1980 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	15,7	15,9	15,8	14,6	28,6	25,1	31,1	23,3
1963	18,4	18,5	18,6	17,4	33,5	30,0	36,1	27,5
1964	20,7	19,8	21,4	19,4	37,0	30,8	40,9	30,3
1965	22,2	21,8	22,6	20,9	38,7	33,8	42,1	32,3
1966	24,8	25,2	24,9	23,4	42,6	38,8	45,4	35,6
1967	27,4	28,5	27,2	25,7	47,1	44,9	49,3	39,4
1968	32,1	31,5	32,6	30,6	55,8	50,5	59,4	48,0
1969	39,2	35,4	41,2	37,7	64,7	53,1	71,4	57,3
1970	39,8	38,2	40,8	38,6	62,3	55,5	66,3	57,9
1971	41,1	39,6	41,5	43,3	62,1	58,7	63,6	63,3
1972	45,7	45,4	45,6	47,7	67,6	68,3	67,4	67,4
1973	61,3	57,1	63,8	57,7	86,0	79,4	90,4	77,5
1974	73,7	78,1	73,5	61,4	89,7	81,8	95,7	74,2
1975	64,5	63,1	66,1	58,6	76,0	70,8	79,5	68,9
1976	81,4	73,9	85,8	76,5	92,4	81,7	98,3	87,6
1977	79,0	75,2	81,0	78,1	88,6	87,6	89,4	86,4
1978	82,5	80,4	83,2	84,8	91,0	93,5	89,5	92,8
1979	94,5	93,7	95,0	93,9	99,9	101,0	99,5	99,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	116,7	113,7	118,7	112,9	110,8	106,9	113,3	107,8
1982	114,4	111,9	114,8	119,6	103,9	100,8	104,6	109,9
1983	118,3	121,2	115,9	125,3	105,8	109,6	102,8	112,9
1984	137,1	142,8	133,3	144,3	118,5	123,2	115,1	125,7
1980 1. Vj.	106,5	112,4	103,2	109,5	107,9	113,5	104,7	111,3
2. Vj.	103,2	103,2	103,5	100,9	103,1	102,9	103,6	101,2
3. Vj.	89,2	88,2	89,9	88,1	88,9	88,1	89,5	87,4
4. Vj.	101,1	96,3	103,4	101,5	100,2	95,8	102,4	100,3
1981 1. Vj.	114,3	117,2	112,9	113,9	111,0	114,0	109,7	110,8
2. Vj.	113,8	116,5	112,9	111,1	108,7	110,5	108,0	106,8
3. Vj.	112,6	109,5	115,1	105,3	105,8	100,9	109,2	99,6
4. Vj.	126,0	111,4	133,8	121,4	117,9	102,1	126,5	113,9
1982 1. Vj.	127,8	128,6	127,2	128,2	117,0	115,7	117,4	118,8
2. Vj.	113,7	109,5	114,8	119,9	103,2	98,4	104,6	110,1
3. Vj.	103,3	101,0	104,1	105,8	93,4	90,7	94,2	96,9
4. Vj.	112,8	108,6	113,2	124,5	102,2	98,5	102,3	113,7
1983 1. Vj.	118,6	118,2	117,5	127,4	106,9	108,0	105,2	115,8
2. Vj.	111,4	114,6	108,4	121,2	100,0	104,7	96,3	109,8
3. Vj.	112,3	118,0	108,6	118,7	100,1	106,3	96,1	106,7
4. Vj.	131,0	134,1	129,0	133,8	116,0	119,5	113,8	119,3
1984 1. Vj.	140,5	148,6	134,5	154,7	122,9	130,5	117,3	136,6
2. Vj.	128,8[a])	142,5[a])	120,7[a])	138,6	111,7[a])	123,5[a])	104,4[a])	121,2
3. Vj.	129,7	133,5	127,6	131,9	111,6	114,4	109,9	114,2
4. Vj.	149,5	146,8	150,4	152,1	127,7	124,4	128,9	130,9
1985 1. Vj.	162,0	162,7	161,4	164,4	136,7	136,0	136,6	140,2
2. Vj.	150,8	152,0	149,7	153,4	126,0	126,2	125,4	129,7
3. Vj.	142,5	141,0	142,0	150,6	118,9	117,8	118,4	126,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 42*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 581	441 888	562 482	187 606	171 605
1983 1. Vj.	313 897	8 042	305 855	97 196	124 302	44 345	40 013
2. Vj.	325 769	7 463	318 306	100 535	133 727	42 525	41 519
3. Vj.	318 170	6 859	311 311	101 786	124 520	43 597	41 408
4. Vj.	354 826	9 910	344 916	105 993	148 922	46 302	43 699
1984 1. Vj.	342 339	9 064	333 275	108 557	135 185	48 067	41 466
2. Vj.	332 978[a])	8 105	324 873[a])	109 989	127 393[a])	44 217	43 273
3. Vj.	345 400	7 928	337 472	110 276	138 619	46 472	42 104
4. Vj.	377 743	9 782	367 961	113 065	161 284	48 850	44 761
1985 1. Vj.	363 702	9 651	354 051	113 123	149 660	48 762	42 506
2. Vj.	371 662	8 444	363 218	118 900	153 963	46 352	44 003
3. Vj.	367 135	8 078	359 057	116 274	150 135	48 913	43 734

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 42*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1983 1. Vj.	228 556	7 150	221 406	71 743	76 523	36 526	36 615
2. Vj.	238 308	6 521	231 787	74 916	83 433	35 243	38 195
3. Vj.	234 411	5 914	228 497	76 428	78 079	35 859	38 131
4. Vj.	256 154	8 480	247 673	78 008	91 340	38 375	39 950
1984 1. Vj.	244 947	7 900	237 047	78 443	81 664	39 232	37 708
2. Vj.	239 236[a])	6 880	232 356[a])	80 255	76 612[a])	35 912	39 578
3. Vj.	247 108	6 614	240 494	81 106	83 559	37 567	38 262
4. Vj.	264 644	8 378	256 266	82 078	93 738	39 864	40 586
1985 1. Vj.	255 489	8 359	247 130	80 197	89 250	39 094	38 589
2. Vj.	260 943	7 325	253 618	85 659	90 994	36 987	39 978
3. Vj.	260 134	6 998	253 136	84 881	89 939	38 766	39 550

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 42*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 025	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1983 1. Vj.	85 341	892	84 449	25 453	47 779	7 819	3 398
2. Vj.	87 462	942	86 519	25 619	50 294	7 282	3 324
3. Vj.	83 759	945	82 814	25 358	46 441	7 738	3 276
4. Vj.	98 672	1 430	97 243	27 985	57 581	7 927	3 749
1984 1. Vj.	97 392	1 163	96 229	30 114	53 521	8 835	3 759
2. Vj.	93 742 [a])	1 225	92 517 [a])	29 734	50 782 [a])	8 305	3 696
3. Vj.	98 292	1 313	96 978	29 171	55 060	8 905	3 843
4. Vj.	113 098	1 404	111 695	30 987	67 546	8 986	4 175
1985 1. Vj.	108 213	1 291	106 921	32 926	60 410	9 668	3 917
2. Vj.	110 719	1 119	109 600	33 241	62 969	9 364	4 026
3. Vj.	107 000	1 080	105 920	31 393	60 196	10 146	4 184

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 43*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
	insgesamt[3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1984 1. Vj.	97,0	98,8	96,9	98,8	99,2	100,3	96,3	95,6	93,9	103,7
2. Vj.	96,9[a])	96,5[a])	84,2	96,9	99,5[a])	96,0[a])	93,5	99,1	90,0[a])	88,3[a])
3. Vj.	94,6	94,4	82,9	94,8	95,0	96,0	88,9	98,7	95,2	88,3
4. Vj.	106,1	107,2	96,2	107,6	97,6	116,5	97,5	110,9	119,4	101,2
1985 1. Vj.	98,7	102,4	101,2	102,5	97,7	108,2	96,0	100,2	101,4	104,4
2. Vj.	103,3	104,7	85,0	105,5	102,0	112,2	94,7	102,1	107,1	99,7
3. Vj.	98,8	100,0	84,0	100,6	98,1	105,7	90,3	101,0	104,7	91,3

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff. und 12/1983, S. 931 ff.
[3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 44*

Beschäftigte im Bergbau und

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954 [2]	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1983 1. Vj.	6 963	4 776	230	185	6 734	4 591
2. Vj.	6 907	4 742	227	183	6 680	4 559
3. Vj.	6 930	4 771	227	182	6 703	4 588
4. Vj.	6 908	4 745	226	182	6 682	4 563
1984 1. Vj.	6 826	4 679	222	178	6 604	4 500
2. Vj.	6 815	4 674	217	174	6 597	4 500
3. Vj.	6 882	4 734	216	172	6 667	4 561
4. Vj.	6 892	4 731	215	173	6 676	4 558
1985 1. Vj.	6 859	4 700	213	170	6 647	4 530
2. Vj.	6 888	4 728	211	169	6 677	4 559
3. Vj.	6 999	4 821	214	172	6 785	4 649

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 44*

im Verarbeitenden Gewerbe[1])

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
		produzierendes Gewerbe						
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 [2])
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 395	916	3 538	2 362	1 349	1 019	451	293	1983 1. Vj.
1 394	920	3 499	2 337	1 337	1 010	449	292	2. Vj.
1 398	924	3 506	2 347	1 340	1 014	459	303	3. Vj.
1 389	914	3 500	2 340	1 336	1 010	456	299	4. Vj.
1 365	893	3 467	2 313	1 328	1 005	444	289	1984 1. Vj.
1 370	899	3 459	2 308	1 325	1 003	443	289	2. Vj.
1 380	907	3 501	2 345	1 330	1 008	456	301	3. Vj.
1 372	897	3 524	2 359	1 327	1 003	454	299	4. Vj.
1 350	880	3 536	2 367	1 317	996	443	288	1985 1. Vj.
1 364	893	3 560	2 387	1 313	992	440	286	2. Vj.
1 381	908	3 632	2 444	1 321	1 000	452	298	3. Vj.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 45*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950 [2])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 193	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1983 1. Vj.	2 014	73	1 941	385	985	434	136
2. Vj.	1 979	66	1 913	392	968	419	134
3. Vj.	1 915	64	1 851	379	926	406	140
4. Vj.	2 011	68	1 943	391	981	430	141
1984 1. Vj.	2 049	69	1 980	393	1 009	443	135
2. Vj.	1 886 [a])	61	1 825 [a])	383 [a])	899 [a])	411	132
3. Vj.	1 894	61	1 833	374	925	398	135
4. Vj.	2 012	62	1 950	385	1 000	425	140
1985 1. Vj.	2 001	65	1 935	372	1 009	423	131
2. Vj.	1 950	60	1 891	378	979	405	129
3. Vj.	1 944	63	1 881	376	973	397	135

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.
[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 46*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
				1970 = 100			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
				1976 = 100			
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
				1980 = 100			
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1984 1. Vj.	106,3	96,1	106,7	108,4	105,2	108,7	105,4
2. Vj.	108,9[a])	92,2	109,5[a])	112,3[a])	107,2[a])	109,1	112,9
3. Vj.	110,9	93,2	111,6	112,3	110,7	112,0	112,7
4. Vj.	116,6	103,4	117,1	110,1	122,8	112,4	118,0
1985 1. Vj.	110,6	102,7	110,9	109,8	111,4	110,2	112,9
2. Vj.	115,6	94,6	116,5	115,8	118,2	111,4	118,5
3. Vj.	115,3	92,0	116,2	116,3	116,4	114,0	119,0

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff. und 12/1983, S. 931 ff.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 47*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten							
	umbauter Raum [1])				veranschlagte reine Baukosten [2])			
	insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau		insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau	
			Wirtschaftsbau [3])	öffentlicher Bau [4])			Wirtschaftsbau [3])	öffentlicher Bau [4])
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955 [5])	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1983 1. Vj.	79 419	41 626	33 176	4 612	22 921	14 274	6 452	2 195
2. Vj.	106 412	59 522	41 957	4 936	30 824	20 609	7 892	2 323
3. Vj.	98 359	54 393	39 032	4 933	29 063	18 924	7 715	2 425
4. Vj.	80 069	47 158	27 468	5 440	25 228	16 557	5 850	2 821
1984 1. Vj.	68 823	42 683	22 278	3 861	21 809	15 184	4 698	1 927
2. Vj.	74 348	44 733	25 711	3 906	22 944	15 868	5 010	2 065
3. Vj.	77 129	42 235	30 312	4 580	23 167	15 291	5 714	2 162
4. Vj.	59 134	30 048	24 278	4 807	18 324	10 981	4 816	2 527
1985 1. Vj.	51 867	29 031	19 712	3 127	16 049	10 438	4 002	1 610
2. Vj.	69 279	36 127	29 325	3 821	20 493	13 233	5 199	2 061
3. Vj.	72 005	33 970	32 510	5 527	21 688	12 507	6 440	2 741

[1]) Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[2]) Alle Baumaßnahmen.
[3]) Unternehmen, freie Berufe und private Haushalte.
[4]) Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 48*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	67,0	69,6	70,8	68,4	70,3	63,0	65,9	61,5	60,5
1972	70,3	76,3	85,9	68,9	70,3	61,2	64,7	59,3	61,0
1973	67,5	70,8	70,0	68,5	77,4	62,5	67,6	59,8	60,7
1974	60,4	59,8	53,1	54,6	85,4	61,1	68,9	56,8	60,3
1975	64,5	63,3	55,6	63,8	80,4	66,3	71,0	63,6	67,6
1976	60,5	60,9	58,9	60,1	67,1	60,0	70,0	54,5	57,7
1977	70,0	67,8	70,8	64,4	68,1	73,6	87,3	66,0	68,2
1978	86,3	84,4	93,2	74,4	83,8	89,4	101,5	82,7	88,4
1979	97,3	96,1	101,3	89,7	96,1	99,3	109,9	93,4	96,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	85,3	90,5	89,6	92,0	89,9	77,1	78,6	76,3	71,1
1982	85,9	90,3	90,4	92,4	86,0	78,9	81,4	77,6	70,7
1983	94,4	101,7	109,3	102,5	81,9	82,9	83,4	82,7	71,3
1984	88,9	88,0	87,9	91,3	82,1	90,4	89,0	91,1	78,6
1978 1. Vj.	68,7	70,9	82,2	62,4	61,4	65,3	63,5	66,3	68,6
2. Vj.	95,2	88,8	100,4	76,3	86,4	105,5	121,5	96,6	105,1
3. Vj.	97,1	91,2	96,9	77,5	105,0	106,8	136,0	90,7	97,2
4. Vj.	83,9	86,6	93,2	81,3	82,4	79,9	84,9	77,1	82,4
1979 1. Vj.	81,9	85,4	91,7	80,5	80,0	76,4	77,1	76,0	74,3
2. Vj.	110,6	108,5	115,3	100,6	107,4	113,8	134,0	102,6	107,8
3. Vj.	105,5	98,9	100,3	94,7	103,7	116,0	135,8	105,0	110,3
4. Vj.	91,4	91,6	97,8	83,1	93,2	90,9	92,8	89,9	93,2
1980 1. Vj.	95,7	96,3	99,9	97,7	85,5	94,6	86,1	99,4	99,6
2. Vj.	109,5	106,0	106,5	105,8	105,1	115,1	119,9	112,4	112,0
3. Vj.	105,0	103,5	99,2	101,3	118,3	107,4	117,0	102,1	100,2
4. Vj.	89,8	94,0	94,4	95,2	91,2	82,9	77,1	86,2	88,3
1981 1. Vj.	82,5	89,8	97,0	87,8	76,7	70,9	62,6	75,5	71,1
2. Vj.	96,2	102,4	104,9	101,8	98,1	86,2	93,1	82,4	76,0
3. Vj.	90,4	92,9	85,9	98,3	99,4	86,5	94,5	82,1	77,9
4. Vj.	72,2	76,8	70,4	80,2	85,5	64,9	64,3	65,3	59,5
1982 1. Vj.	72,0	78,3	80,8	81,0	67,5	62,0	55,5	65,7	58,5
2. Vj.	94,0	96,2	97,7	95,1	94,9	90,5	103,5	83,2	78,2
3. Vj.	93,8	95,8	90,9	98,4	102,4	90,6	101,1	84,9	81,3
4. Vj.	83,7	90,8	92,2	95,1	79,3	72,5	65,3	76,5	65,0
1983 1. Vj.	82,9	96,0	109,5	96,1	63,4	62,3	57,3	65,0	57,5
2. Vj.	105,1	112,7	122,7	113,0	88,2	93,2	101,2	88,7	84,1
3. Vj.	103,9	107,7	108,4	112,0	97,9	97,9	103,6	94,8	76,9
4. Vj.	85,8	90,4	96,8	88,9	78,2	78,4	71,4	82,3	66,8
1984 1. Vj.	81,0	87,5	96,1	85,4	71,1	70,6	61,6	75,7	64,0
2. Vj.	98,2	95,8	100,7	94,0	87,3	102,1	109,3	98,0	87,7
3. Vj.	97,9	91,2	81,5	99,6	98,2	108,4	115,0	104,8	92,0
4. Vj.	78,7	77,6	73,3	86,0	71,9	80,4	70,2	86,0	70,8
1985 1. Vj.	69,4	67,4	58,8	83,6	56,9	72,7	58,6	80,4	69,0
2. Vj.	99,8	93,2	77,4	112,7	93,6	110,2	118,7	105,4	93,3
3. Vj.	100,7	95,2	75,0	113,6	108,4	109,5	117,5	105,1	96,0

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 48*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	108,2	113,3	118,0	109,7	100,1	104,8	97,5
1972	108,7	117,5	134,5	105,0	95,1	101,4	91,5
1973	99,4	103,2	103,6	102,7	93,3	102,5	88,3
1974	84,0	83,5	74,9	89,7	84,3	95,4	78,1
1975	88,5	87,4	77,3	94,8	89,6	96,2	86,1
1976	80,8	81,3	79,5	82,4	79,8	93,4	72,4
1977	89,6	86,1	90,8	82,4	95,1	113,8	84,9
1978	104,5	101,6	112,8	92,8	109,4	124,7	100,9
1979	108,4	106,9	113,3	101,4	111,0	123,2	104,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	81,5	85,8	84,8	86,5	74,7	76,4	73,8
1982	81,7	84,0	83,8	83,8	78,0	81,0	76,3
1983	89,3	93,3	100,2	87,7	83,0	84,2	82,3
1984	83,5	79,6	79,3	79,9	89,6	89,0	89,8
1978 1. Vj.	85,8	88,0	102,7	76,4	82,4	80,6	83,3
2. Vj.	116,4	108,0	122,6	96,3	130,6	151,2	119,1
3. Vj.	116,1	108,4	115,6	102,8	129,0	165,0	109,1
4. Vj.	99,5	102,1	110,3	95,6	95,6	102,1	91,9
1979 1. Vj.	96,1	99,8	107,7	93,0	90,4	91,5	89,6
2. Vj.	124,6	121,8	130,2	114,7	129,0	152,5	116,1
3. Vj.	114,9	107,5	109,6	105,6	126,6	148,7	114,4
4. Vj.	98,1	98,3	105,6	92,3	98,0	100,2	96,6
1980 1. Vj.	99,5	100,3	103,9	97,2	98,1	89,3	102,9
2. Vj.	109,6	106,2	106,6	105,7	115,0	119,8	112,2
3. Vj.	103,1	101,6	97,2	105,3	105,4	114,9	100,1
4. Vj.	87,9	91,9	92,2	91,8	81,6	75,9	84,6
1981 1. Vj.	80,1	87,0	93,8	81,3	69,3	61,3	73,8
2. Vj.	91,5	96,8	98,8	95,1	83,1	90,0	79,3
3. Vj.	85,7	87,2	80,5	92,7	83,3	91,3	78,9
4. Vj.	68,6	72,1	66,0	76,9	63,2	62,9	63,3
1982 1. Vj.	68,5	73,3	75,3	71,3	60,8	54,7	64,1
2. Vj.	89,2	89,3	90,4	88,0	89,0	102,7	81,5
3. Vj.	89,3	89,0	84,1	92,5	89,8	100,8	83,6
4. Vj.	79,8	84,5	85,4	83,4	72,3	65,7	75,9
1983 1. Vj.	78,8	89,1	101,5	78,8	62,4	57,9	64,9
2. Vj.	99,5	103,5	112,5	96,1	93,2	102,1	88,3
3. Vj.	98,2	98,4	98,8	98,0	97,9	104,5	94,3
4. Vj.	80,9	82,4	88,1	77,8	78,4	72,1	81,9
1984 1. Vj.	76,0	79,5	87,1	73,2	70,5	62,0	75,1
2. Vj.	92,1	86,3	90,5	82,9	101,3	109,5	96,7
3. Vj.	91,9	82,3	73,3	89,7	107,2	114,7	103,0
4. Vj.	73,8	70,2	66,1	73,6	79,3	69,9	84,5
1985 1. Vj.	65,2	61,2	53,1	67,8	71,5	58,1	78,9
2. Vj.	93,6	84,6	70,0	96,6	107,8	117,0	102,8
3. Vj. [1])	94,1	86,2	67,7	101,2	106,6	115,1	101,9

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 49*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	71,1	78,0	82,5	74,0	76,4	60,6	63,3	59,2	57,2
1972	74,6	86,4	104,2	74,7	71,7	56,9	62,5	53,9	50,4
1973	74,5	83,9	95,0	76,4	75,3	60,2	68,4	55,9	53,0
1974	64,0	65,4	57,9	63,4	81,9	61,7	75,4	54,5	55,3
1975	63,2	65,0	53,5	68,1	81,6	60,3	69,6	55,5	57,6
1976	63,6	65,7	62,6	68,1	68,4	60,4	63,9	58,5	60,5
1977	60,2	59,8	56,4	64,2	61,4	61,2	72,4	55,4	57,5
1978	76,5	74,1	76,8	71,5	73,9	80,7	90,8	75,4	79,3
1979	96,3	95,3	99,8	91,1	92,2	98,1	110,5	91,6	95,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	93,5	97,7	93,9	99,6	102,1	86,8	81,3	89,7	84,9
1982	82,8	88,1	84,7	95,5	84,5	74,4	70,4	76,5	70,0
1983	89,2	97,6	102,9	107,7	73,8	75,9	67,0	80,6	67,4
1984	82,6	81,6	82,6	90,0	68,3	84,2	73,0	90,1	70,4
1978 Mär	69,1	67,7	69,7	66,6	66,5	71,8	82,2	66,4	69,3
Jun	75,9	72,8	74,6	72,1	72,0	81,3	94,8	74,3	75,7
Sep	80,7	77,8	80,7	74,0	78,7	85,9	96,0	80,7	86,0
Dez	80,1	78,2	82,3	73,3	78,3	83,6	90,2	80,2	86,1
1979 Mär	92,8	90,6	96,9	84,3	87,1	96,4	107,7	90,5	93,2
Jun	99,6	98,2	103,8	94,1	92,9	101,8	120,0	92,2	94,4
Sep	99,1	97,8	100,9	95,2	95,3	101,3	117,8	92,6	95,0
Dez	93,8	94,5	97,7	90,6	93,4	92,8	96,4	90,9	98,3
1980 Mär	101,2	99,9	103,7	96,9	96,7	103,3	105,9	101,8	102,0
Jun	102,2	100,2	100,6	101,9	97,0	105,4	107,8	104,1	104,2
Sep	99,9	101,0	99,2	102,3	102,6	98,3	99,0	97,9	97,1
Dez	96,6	98,8	96,4	98,7	103,7	93,0	87,1	96,1	96,8
1981 Mär	102,3	105,2	104,8	104,6	106,6	97,8	91,4	101,1	95,3
Jun	99,7	103,6	101,1	107,3	103,3	93,6	88,9	96,0	90,7
Sep	89,2	93,8	88,2	97,9	98,8	82,0	77,5	84,4	80,1
Dez	82,6	88,0	81,6	88,7	99,5	73,9	67,3	77,4	73,3
1982 Mär	86,1	91,5	85,7	99,3	91,9	77,5	73,9	79,5	73,3
Jun	86,6	90,5	88,4	96,4	86,5	80,4	80,7	80,3	73,7
Sep	81,2	86,5	81,7	94,7	84,4	72,7	71,0	73,6	68,5
Dez	77,3	83,8	82,8	91,6	75,1	66,9	55,8	72,7	64,5
1983 Mär	88,6	97,5	102,5	105,6	76,6	74,5	66,7	78,6	67,3
Jun	93,5	102,2	107,7	113,5	76,1	79,7	75,6	81,8	69,6
Sep	89,4	97,7	102,7	108,8	73,1	76,2	68,0	80,5	66,3
Dez	85,4	93,1	98,5	102,8	69,3	73,3	57,6	81,6	66,4
1984 Mär	89,6	94,2	102,0	100,0	71,5	82,3	70,8	88,4	70,0
Jun	87,8	86,6	89,7	95,0	69,1	89,8	81,3	94,3	74,3
Sep	82,5	79,1	75,9	89,6	70,9	87,7	79,7	91,9	71,7
Dez	70,6	66,6	62,8	75,5	61,7	76,9	60,0	85,8	65,7
1985 Mär	78,2	71,0	64,8	83,7	65,2	89,5	74,0	97,7	74,1
Jun	82,0	73,7	63,8	91,8	67,6	95,2	83,6	101,2	76,1

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 50*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2])				Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau			
	Mio DM				1 000	Mio	1980 = 100 [6])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954 [7])	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 692	94,8
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	102,0
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	100
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	92,7
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	88,4
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	86,3
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	89,2
1983 1. Vj.	17 230	6 515	5 192	5 523	1 037	268	59,4
2. Vj.	27 890	11 304	7 266	9 319	1 131	408	98,9
3. Vj.	28 312	10 538	7 640	10 134	1 171	424	97,4
4. Vj.	32 958	12 515	9 041	11 403	1 148	380	89,3
1984 1. Vj.	18 338	7 339	5 709	5 290	1 050	284	64,9
2. Vj.	26 189	10 848	7 186	8 155	1 125	400	100,4
3. Vj.	30 085	11 640	8 192	10 253	1 145	404	99,5
4. Vj.	34 338	12 887	9 346	12 105	1 103	372	92,2
1985 1. Vj.	15 065	5 176	5 340	4 550	959	190	46,4
2. Vj.	22 752	7 761	6 724	8 266	1 015	340	92,8
3. Vj.	27 461	8 663	8 058	10 740	1 042	364	92,2

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. — [2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — [3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — [4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — [5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. — [6]) Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975 Basis 1976 = 100. — [7]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 51*

Einzelhandelsumsatz

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen [1]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen [2]	Fahrzeugen [3]
	in jeweiligen Preisen								
1970	49,5	49,4	53,2	47,8	53,4	49,4	51,5	40,3	54,3
1971	54,6	54,2	59,0	54,8	59,4	54,6	56,7	46,2	57,6
1972	59,8	59,3	65,1	62,0	67,3	58,5	61,5	49,2	60,1
1973	64,2	64,3	67,3	66,5	71,8	62,4	66,9	57,0	59,0
1974	67,7	67,7	71,0	69,1	78,5	66,0	73,1	58,5	54,9
1975	73,8	72,7	76,5	72,0	80,1	70,5	79,2	61,3	70,0
1976	79,0	78,6	78,8	76,0	82,7	74,2	83,7	69,7	81,1
1977	84,7	84,1	84,0	84,8	89,8	80,3	86,8	70,7	92,7
1978	89,1	88,0	89,3	88,5	91,9	85,4	90,9	78,2	100,5
1979	94,7	92,6	92,2	92,4	92,5	92,4	94,6	95,4	104,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	103,8	107,1	101,6	101,6	104,7	103,6	105,4	120,3	100,7
1982	104,8	112,3	99,5	98,5	105,9	105,4	107,1	120,0	102,1
1983	108,4	114,7	101,9	103,0	107,6	108,6	113,2	116,8	114,5
1984	111,3	117,3	104,6	106,0	109,7	111,4	119,1	124,2	117,6
1984 1. Vj.	104,7	111,6	89,4	98,3	102,1	103,6	114,5	115,5	122,4
2. Vj.	109,4	118,5	99,1	102,2	91,8	96,5	117,6	124,3	129,6
3. Vj.	105,0	114,1	94,7	97,0	96,5	106,0	115,6	128,8	106,4
4. Vj.	126,1	125,0	134,9	126,3	148,4	139,6	128,8	128,5	111,8
1985 1. Vj.	104,3	112,2	92,9	91,6	102,4	105,3	119,9	111,4	111,7
2. Vj.	111,5	119,2	102,1	99,5	93,7	100,2	121,7	129,0	134,8
3. Vj. [4]	109,3	116,3	97,7	97,7	98,7	111,9	121,2	125,3	117,4
	in Preisen von 1980								
1970	78,2	73,5	90,2	76,5	78,5	76,0	74,6	.	84,8
1971	82,6	78,1	94,4	83,7	84,9	78,6	78,8	.	84,1
1972	86,3	81,2	98,3	91,4	93,3	81,8	82,0	.	84,3
1973	87,0	82,6	94,8	92,8	94,0	83,0	85,5	.	79,8
1974	85,5	83,0	92,9	89,8	94,0	81,5	88,5	.	69,4
1975	88,4	84,3	95,3	89,1	92,4	81,1	91,2	.	82,7
1976	91,5	87,4	95,2	90,9	94,6	82,4	93,9	.	93,0
1977	94,4	89,1	96,8	97,6	101,8	86,6	94,6	.	103,1
1978	97,3	92,4	98,7	98,4	103,0	90,2	98,1	.	108,9
1979	99,8	96,2	97,6	99,4	101,4	95,9	99,0	.	109,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,3	102,0	96,6	94,6	102,1	98,7	102,1	105,9	95,5
1982	94,8	101,1	90,7	87,8	101,8	95,3	99,8	104,6	91,9
1983	95,7	100,8	90,3	89,2	104,2	94,8	101,7	100,9	97,0
1984	96,1	101,5	90,7	89,6	106,9	96,0	104,7	105,3	95,2
1984 1. Vj.	90,6	96,6	78,2	83,7	99,1	89,8	101,3	98,1	99,7
2. Vj.	94,1	101,3	86,3	86,6	89,1	83,4	103,4	106,0	105,4
3. Vj.	90,7	98,7	82,1	82,0	94,0	91,2	101,5	110,7	86,3
4. Vj.	108,9	109,3	116,1	106,3	145,4	119,7	112,5	106,4	89,4
1985 1. Vj.	88,8	96,6	79,5	76,6	100,5	90,3	103,8	92,1	89,0
2. Vj.	94,1	101,4	86,9	83,0	91,9	85,5	104,3	104,5	105,3
3. Vj. [4]	93,0	100,4	83,1	81,0	97,2	94,3	103,4	104,0	91,5

[1] Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte.
[2] In Tankstellen mit Absatz im eigenen Namen.
[3] Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 52*

Zahlungs
Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz [1])	Ergänzungen zum Warenverkehr [2]) und Transithandel	Dienstleistungsbilanz [3])		Übertragungsbilanz [5])	
				zusammen	darunter Reiseverkehr [4])	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt
1950	− 427	− 3 012	− 50	+ 570	+ 50	+ 2 065	—
1951	+ 2 301	− 149	− 66	+ 987	+ 57	+ 1 529	—
1952	+ 2 478	+ 706	− 77	+ 1 689	+ 30	+ 160	—
1953	+ 3 873	+ 2 516	− 121	+ 1 929	+ 13	− 451	—
1954	+ 3 669	+ 2 698	− 169	+ 1 614	+ 180	− 474	—
1955	+ 2 235	+ 1 245	− 249	+ 2 073	+ 282	− 834	—
1956	+ 4 459	+ 2 897	− 306	+ 3 089	+ 486	− 1 221	—
1957	+ 5 901	+ 4 083	− 281	+ 3 981	+ 498	− 1 882	—
1958	+ 5 998	+ 4 954	− 417	+ 3 461	− 129	− 2 000	− 18
1959	+ 4 152	+ 5 361	− 580	+ 2 650	− 616	− 3 279	− 56
1960	+ 4 783	+ 5 223	− 187	+ 3 235	− 979	− 3 488	− 55
1961	+ 3 193	+ 6 615	− 451	+ 1 459	− 1 439	− 4 430	− 78
1962	− 1 580	+ 3 477	− 576	+ 729	− 2 316	− 5 210	− 103
1963	+ 991	+ 6 032	− 565	+ 619	− 2 138	− 5 095	− 139
1964	+ 524	+ 6 081	− 900	+ 654	− 2 154	− 5 311	− 151
1965	− 6 223	+ 1 203	− 442	− 607	− 2 766	− 6 377	− 168
1966	+ 488	+ 7 958	− 701	− 474	− 3 403	− 6 295	− 247
1967	+10 006	+16 862	− 452	+ 18	− 3 034	− 6 422	− 470
1968	+11 856	+18 372	− 702	+ 1 498	− 3 106	− 7 312	−1 906
1969	+ 7 498	+15 584	− 422	+ 1 086	− 3 888	− 8 750	−2 551
1970	+ 3 183	+15 670	−1 601	− 1 127	− 5 377	− 9 759	−1 985
1971	+ 2 770	+15 892	+ 256	− 1 763	− 7 300	−11 615	− 455
1972	+ 2 731	+20 278	− 598	− 3 110	− 8 572	−13 840	−1 172
1973	+12 354	+32 979	− 82	− 5 016	−10 920	−15 527	−1 931
1974	+26 581	+50 846	−1 263	− 6 951	−12 397	−16 050	−1 740
1975	+ 9 932	+37 276	−1 187	− 8 278	−14 701	−17 879	−3 491
1976	+ 9 915	+34 469	− 106	− 6 564	−14 645	−17 884	−3 332
1977	+ 9 498	+38 436	+ 33	−10 750	−16 380	−18 221	−3 695
1978	+18 111	+41 200	+2 050	− 7 358	−19 018	−17 781	−2 283
1979	−11 091	+22 429	+ 211	−12 491	−21 595	−21 240	−4 103
1980	−28 617	+ 8 947	− 46	−13 020	−25 246	−24 499	−4 099
1981	−12 441	+27 720	+1 031	−14 587	−25 716	−26 605	−6 412
1982	+ 8 201	+51 277	+2 183	−17 137	−26 158	−28 122	−7 510
1983	+10 507	+42 089	+5 624	−10 195	−24 726	−27 011	−6 017
1984	+17 807	+53 966	− 506	− 4 039	−23 998	−31 614	−7 272
1983 1. Vj.	+ 5 989	+11 916	+2 492	− 2 748	− 4 910	− 5 672	− 921
2. Vj.	+ 2 593	+10 208	+ 894	− 1 644	− 5 646	− 6 865	−1 450
3. Vj.	− 6 057	+ 8 320	− 346	− 7 187	−10 297	− 6 843	−1 374
4. Vj.	+ 7 982	+11 645	+2 584	+ 1 384	− 3 873	− 7 632	−2 272
1984 1. Vj.	+ 3 452	+11 373	+ 239	− 1 220	− 4 363	− 6 940	−1 361
2. Vj.	+ 953[a])	+ 8 602[a])	− 61	− 24	− 5 869	− 7 563	−1 878
3. Vj.	− 2 205	+12 100	−1 105	− 5 227	− 9 999	− 7 972	−1 766
4. Vj.	+15 608	+21 891	+ 422	+ 2 432	− 3 767	− 9 138	−2 269
1985 1. Vj.	+ 5 554	+13 636	+1 038	− 1 594	− 4 860	− 7 526	−1 678
2. Vj.	+ 9 714	+18 474	−1 563	− 18	− 5 958	− 7 179	−2 084
3. Vj.	+ 5 986	+17 535	− 451	− 4 121	− 9 962	− 6 977	−1 413

[1]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2]) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3]) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4]) Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5]) Eigene Leistungen: −.
[6]) Kapitalexport: −.

Tabelle 52*

bilanz

DM

Kapitalbilanz[6])			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen[7])	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[8])	Devisenbilanz[9])	Zeitraum
insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	− 774	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 280	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 416	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 471	—	+ 3 646	1953
− 106	− 438	+ 332	− 592	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	+ 256	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 713	—	+ 5 010	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+ 1 876	—	+ 5 122	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	− 225	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	+ 554	—	− 1 692	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+ 1 964	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 994	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 1 300	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 1 129	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 1 236	—	+ 435	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+ 2 798	—	− 1 283	1965
− 599	− 342	− 257	+ 2 063	—	+ 1 952	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	+ 1 702	—	− 140	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+ 1 278	—	+ 7 009	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	+ 919	− 4 099	−14 361	1969
+15 113	− 934	+16 047	+ 3 616	+ 738	+22 650	1970
+10 884	+ 6 293	+ 4 592	+ 2 701	− 5 370	+10 986	1971
+11 932	+15 551	− 3 620	+ 1 028	− 495	+15 195	1972
+13 143	+12 950	+ 194	+ 931	−10 279	+16 149	1973
−25 298	− 6 282	−19 015	− 3 189	− 7 231	− 9 136	1974
−13 282	−18 231	+ 4 949	+ 1 131	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 337	− 780	+ 443	− 789	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 33	−12 611	+12 644	+ 920	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 5 577	− 2 805	+ 8 382	− 3 917	− 7 586	+12 185	1978
+10 661	+12 200	− 1 539	− 4 523	− 2 334	− 7 288	1979
+ 4 089	+ 5 671	− 1 582	− 3 366	+ 2 164	−25 730	1980
+ 9 022	+ 8 337	+ 684	+ 1 136	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 3 875	−14 211	+10 336	− 1 249	− 411	+ 2 667	1982
−16 122	− 7 413	− 8 708	+ 1 541	+ 2 430	− 1 644	1983
−31 406	−15 029	−16 376	+10 499	+ 2 118	− 981	1984
+ 3 975	− 7 632	+11 606	+ 2 432	− 1 629	+10 766	1983 1. Vj.
−13 876	− 3 873	−10 004	− 2 464	+ 2 338	−11 409	2. Vj.
+ 191	+ 3 159	− 2 968	+ 3 463	+ 858	− 1 545	3. Vj.
− 6 411	+ 932	− 7 343	− 1 890	+ 863	+ 544	4. Vj.
− 113	+ 5 911	− 6 025	+ 3 474	− 908	+ 5 904	1984 1. Vj.
− 2 388	− 8 979	+ 6 592	+ 733	− 304	− 1 007	2. Vj.
− 9 218	− 6 120	− 3 097	+ 4 182	+ 2 149	− 5 092	3. Vj.
−19 687	− 5 841	−13 846	+ 2 111	+ 1 181	− 787	4. Vj.
−16 428	− 3 348	−13 079	− 1 770	+ 4 206	− 8 438	1985 1. Vj.
− 8 255	+ 1 379	− 9 634	+ 4 496	− 2 709	+ 3 247	2. Vj.
− 1 593	− 2 007	+ 414	− 1 311	− 2 311	+ 3 393	3. Vj.

[7]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[8]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

[9]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

*) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 53*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2])							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])	sonstige Anlagen[6])	zusammen[7])	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])
1960	− 81	− 2 491	− 733	− 1 578	− 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	− 3 139	− 1 002	− 1 247	− 890	− 914	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	− 2 841	− 1 335	− 1 506	− 0	+ 2 658	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	− 2 849	− 1 033	− 1 788	− 28	+ 4 655	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	− 3 613	− 1 372	− 2 197	− 44	+ 2 719	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	− 3 418	− 1 448	− 1 864	− 106	+ 4 555	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	− 4 273	− 1 616	− 2 463	− 194	+ 3 931	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 5 105	− 1 502	− 3 499	− 104	+ 2 175	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	−13 503	− 2 185	−11 305	− 13	+ 2 302	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−24 444	− 3 142	−21 292	− 10	+ 1 404	+1 989	− 465
1970	− 934	−10 931	− 3 580	− 6 930	− 421	+ 9 997	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	− 6 136	− 4 230	− 1 556	− 350	+12 428	+3 827	+ 8 666
1972	+15 551	− 959	− 5 760	+ 4 947	− 146	+16 510	+6 054	+10 703
1973	+12 950	− 2 902	− 5 186	+ 2 678	− 394	+15 852	+5 465	+10 411
1974	− 6 282	−11 564	− 5 482	− 5 555	− 527	+ 5 281	+5 609	− 281
1975	−18 231	−24 116	− 5 353	−18 155	− 608	+ 5 886	+1 651	+ 4 287
1976	− 780	−19 397	− 6 576	−12 576	− 245	+18 617	+3 324	+14 368
1977	−12 611	−22 338	− 5 551	−16 525	− 262	+ 9 726	+2 188	+ 7 583
1978	− 2 805	−23 521	− 7 835	−15 321	− 365	+20 716	+3 202	+17 547
1979	+12 200	−20 316	− 9 108	−10 788	− 421	+32 516	+3 180	+29 225
1980	+ 5 671	−28 237	− 8 678	−18 772	− 787	+33 908	+ 622	+33 316
1981	+ 8 337	−26 923	−10 178	−15 672	−1 073	+35 260	+ 743	+34 497
1982	−14 211	−28 337	− 7 339	−20 048	− 951	+14 127	+1 873	+12 203
1983	− 7 413	−36 363	− 9 391	−24 948	−2 024	+28 949	+3 925	+25 028
1984	−15 029	−41 108	− 9 828	−29 876	−1 404	+26 079	+3 261	+22 787
1983 1. Vj.	− 7 632	−10 608	− 2 523	− 7 382	− 702	+ 2 977	+1 238	+ 1 750
2. Vj.	− 3 873	− 9 338	− 1 524	− 7 354	− 461	+ 5 466	+ 897	+ 4 573
3. Vj.	+ 3 159	− 6 397	− 2 585	− 3 400	− 412	+ 9 556	+ 703	+ 8 842
4. Vj.	+ 932	−10 019	− 2 759	− 6 811	− 449	+10 951	+1 088	+ 9 864
1984 1. Vj.	+ 5 911	− 5 656	− 1 727	− 3 631	− 298	+11 567	+1 181	+10 382
2. Vj.	− 8 979	−10 367	− 2 007	− 7 988	− 371	+ 1 387	+ 377	+ 1 012
3. Vj.	− 6 120	− 7 091	− 1 672	− 5 021	− 398	+ 970	+ 616	+ 363
4. Vj.	− 5 841	−17 995	− 4 422	−13 237	− 337	+12 155	+1 087	+11 030
1985 1. Vj.	− 3 348	−10 578	− 1 973	− 8 292	− 313	+ 7 230	+ 878	+ 6 353
2. Vj.	+ 1 379	−10 183	− 2 109	− 7 586	− 488	+11 562	+1 119	+10 445
3. Vj.	− 2 007	−14 699	− 2 834	−11 489	− 375	+12 692	+ 674	+12 026

[1]) Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3]) Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4]) Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten; ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5]) Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6]) Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. – Ohne privaten Grunderwerb.

Tabelle 53*

mit dem Ausland[1])

export: –)

DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr[8])					Zeitraum
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	
	zusammen	Kreditinstitute	Unternehmen und Privatpersonen		
+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	– 10	–1 006	1960
– 956	– 735	– 380	– 355	– 221	1961
– 414	– 254	– 259	+ 5	– 160	1962
– 1 186	– 1 177	+ 684	– 1 861	– 9	1963
– 431	+ 610	+ 85	+ 525	–1 041	1964
+ 1 005	– 47	– 478	+ 431	+1 052	1965
– 257	– 594	– 574	– 20	+ 337	1966
– 8 918	– 8 557	– 4 823	– 3 734	– 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	– 29	1969
+16 047	+16 344	+ 7 927	+ 8 417	– 297	1970
+ 4 592	+ 3 179	+ 1 172	+ 2 007	+1 412	1971
– 3 620	– 4 012	– 420	– 3 592	+ 393	1972
+ 194	+ 26	– 5 149	+ 5 175	+ 168	1973
–19 015	–19 020	– 9 733	– 9 287	+ 5	1974
+ 4 949	+ 4 263	– 2 261	+ 6 524	+ 685	1975
+ 443	+ 1 046	+ 6 731	– 5 685	– 603	1976
+12 644	+12 684	+ 8 120	+ 4 564	– 39	1977
+ 8 382	+ 7 230	+10 089	– 2 859	+1 152	1978
– 1 539	– 1 230	+ 4 093	– 5 323	– 310	1979
– 1 582	– 1 224	– 8 863	+ 7 639	– 358	1980
+ 684	– 2 110	–10 269	+ 8 159	+2 794	1981
+10 336	+ 9 599	+ 8 089	+ 1 510	+ 737	1982
– 8 708	– 5 445	+ 1 777	– 7 222	–3 263	1983
–16 376	–14 597	+ 53	–14 650	–1 780	1984
+11 606	+12 726	+10 068	+ 2 658	–1 119	1983 1. Vj.
–10 004	– 9 446	– 2 283	– 7 163	– 557	2. Vj.
– 2 968	– 1 354	+ 1 002	– 2 356	–1 614	3. Vj.
– 7 343	– 7 370	– 7 010	– 360	+ 27	4. Vj.
– 6 025	– 6 059	– 659	– 5 400	+ 35	1984 1. Vj.
+ 6 592	+ 7 691	+ 5 111	+ 2 580	–1 100	2. Vj.
– 3 097	– 3 109	+ 3 639	– 6 748	+ 12	3. Vj.
–13 846	–13 120	– 8 038	– 5 082	– 727	4. Vj.
–13 079	–11 964	– 6 438	– 5 526	–1 115	1985 1. Vj.
– 9 634	– 9 949	– 4 229	– 5 720	+ 315	2. Vj.
+ 414	+ 1 201	+ 492	+ 709	– 787	3. Vj.

[7]) Einschließlich „Sonstige Anlagen".
[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten einschließlich. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 54*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen[1])		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade[2])
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955 [3])	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1982 1. Vj.	107 619	96 458	98 414	83 209	109,4	115,9	94,4
2. Vj.	108 269	95 041	97 818	83 727	110,7	113,5	97,5
3. Vj.	101 344	89 688	90 612	78 409	111,8	114,4	97,7
4. Vj.	110 508	95 278	98 791	83 333	111,9	114,3	97,9
1983 1. Vj.	105 591	93 675	94 274	82 327	112,0	113,8	98,4
2. Vj.	106 117	95 909	94 582	86 190	112,2	111,3	100,8
3. Vj.	103 411	95 092	92 351	82 922	112,0	114,7	97,6
4. Vj.	117 162	105 517	103 332	90 388	113,4	116,7	97,2
1984 1. Vj.	120 113	108 740	104 842	91 003	114,6	119,5	95,9
2. Vj.	115 088[a])	106 486[a])	100 580[a])	89 545[a])	114,4	118,9	96,2
3. Vj.	117 969	105 869	100 472	86 944	117,4	121,8	96,4
4. Vj.	135 053	113 162	113 875	91 981	118,6	123,0	96,4
1985 1. Vj.	133 839	120 203	110 762	93 573	120,8	128,5	94,0
2. Vj.	134 006	115 532	110 365	91 743	121,4	125,9	96,4
3. Vj.	130 761	113 227	107 539	92 757	121,6	122,1	99,6

[1]) Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[2]) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 55*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Investitionsgüter	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Verbrauchsgüter	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 605	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1984 1. Vj.	120 113	1 573	5 306	265	2 264	32 379	62 274	13 614	25 733	16 210
2. Vj.	115 088[a])	1 485	5 305	237	2 283	32 129	57 463[a])	13 144	23 515[a])	13 239
3. Vj.	117 969	1 466	5 526	141	2 318	32 541	59 480	13 943	25 095	15 241
4. Vj.	135 053	1 585	6 122	162	2 483	34 284	72 849	14 436	31 945	18 198
1985 1. Vj.	133 839	1 432	5 813	293	2 338	36 258	70 524	15 037	29 777	18 173
2. Vj.	134 006	1 590	5 880	235	2 329	36 365	70 410	14 798	30 039	17 310
3. Vj.	130 761	1 580	5 728	151	2 080	34 940	67 734	16 046	28 352	17 581
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1984 1. Vj.	108 740	8 312	6 746	315	17 726	30 269	26 792	16 167	8 210	19 055
2. Vj.	106 486[a])	8 535	7 094	294	15 831	30 969	27 144[a])	14 157	8 363[a])	16 967
3. Vj.	105 869	7 405	6 767	334	14 979	31 339	27 127	15 530	8 820	18 742
4. Vj.	113 162	8 202	7 248	307	16 402	31 137	31 807	15 340	10 462	18 053
1985 1. Vj.	120 203	9 437	7 341	321	19 568	32 073	31 856	17 159	10 875	19 137
2. Vj.	115 532	9 500	7 059	331	16 222	34 247	31 052	14 594	9 879	16 974
3. Vj.	113 227	7 956	7 046	375	14 304	35 050	29 512	16 252	9 249	20 156

[1]) Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1982).
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.
[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 56*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1])	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2])	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2])	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2])	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2])	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2])	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2])	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2])	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2])	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2])	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2])	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1982 1. Vj.	107 619	6 236	100 677	1 835	8 702	90 141	18 359	71 782
2. Vj.	108 269	5 931	101 664	1 828	8 624	91 212	18 219	72 993
3. Vj.	101 344	5 587	95 059	1 647	7 962	85 450	16 763	68 687
4. Vj.	110 508	6 117	103 595	1 911	8 954	92 731	17 311	75 420
1983 1. Vj.	105 591	5 685	99 216	1 708	8 525	88 983	17 354	71 630
2. Vj.	106 117	5 694	99 701	1 760	7 894	90 047	17 828	72 219
3. Vj.	103 411	5 923	96 795	1 713	8 613	86 469	17 593	68 876
4. Vj.	117 162	6 322	110 017	2 022	9 296	98 698	19 681	79 018
1984 1. Vj.	120 113	6 470	112 862	2 032	10 042	100 788	20 922	79 866
2. Vj.	115 088[a])	6 364	107 990[a])	2 028[a])	9 946[a])	96 017[a])	21 111[a])	74 906[a])
3. Vj.	117 969	6 583	110 599	2 037	9 626	98 936	20 944	77 992
4. Vj.	135 053	7 256	126 891	2 202	10 557	114 131	22 179	91 952
1985 1. Vj.	133 839	6 754	126 278	2 184	10 839	113 255	23 316	89 939
2. Vj.	134 006	6 941	126 258	2 266	10 832	113 160	23 890	89 270
3. Vj.	130 761	6 853	123 065	2 058	9 947	111 061	22 739	88 321

[1]) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 57*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1])	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
							erzeugnisse	
1950 [2])	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1982 1. Vj.	96 458	12 161	83 072	14 564	18 827	49 681	12 365	37 316
2. Vj.	95 041	12 888	80 775	15 175	17 157	48 443	12 544	35 899
3. Vj.	89 688	11 770	76 720	14 559	16 200	45 961	11 265	34 696
4. Vj.	95 278	12 843	80 982	15 000	17 636	48 346	11 289	37 057
1983 1. Vj.	93 675	12 088	80 349	12 750	18 209	49 390	11 989	37 401
2. Vj.	95 909	12 500	81 808	12 767	17 648	51 393	12 942	38 451
3. Vj.	95 092	11 875	81 835	13 195	17 184	51 456	12 661	38 795
4. Vj.	105 517	14 012	89 788	13 491	20 103	56 194	13 164	43 030
1984 1. Vj.	108 740	13 448	93 801	14 876	20 920	58 005	14 517	43 487
2. Vj.	106 486[a])	14 075	90 734[a])	14 547[a])	19 942[a])	56 245[a])	14 544[a])	41 701[a])
3. Vj.	105 869	12 973	91 362	14 211	19 995	57 156	13 719	43 437
4. Vj.	113 162	14 110	97 073	14 603	20 546	61 924	14 312	47 612
1985 1. Vj.	120 203	14 997	103 380	16 423	22 333	64 624	15 015	49 609
2. Vj.	115 532	14 936	98 705	15 026	21 596	62 084	15 859	46 225
3. Vj.	113 227	13 732	97 635	13 443	22 072	62 120	15 264	46 856

[1]) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 58*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1])	EG-Länder[2])	Übrige europäische Länder[3])	Staatshandelsländer[4])	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5])	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6])
1950	8 362	3 973	2 045	361	714	433	1 244	198
1951	14 577	5 925	3 699	284	1 611	992	3 027	474
1952	16 909	6 580	5 045	223	1 609	1 048	3 415	527
1953	18 526	7 302	4 862	330	2 028	1 249	3 928	639
1954	22 035	8 534	5 718	435	2 167	1 237	5 048	901
1955 [7])	25 717	9 681	6 976	643	2 723	1 625	5 511	1 037
1956	30 861	11 795	7 885	1 120	3 446	2 089	6 383	1 291
1957	35 968	13 455	8 805	1 263	4 332	2 521	7 873	1 694
1958	36 998	13 232	9 177	1 889	4 603	2 699	7 895	1 782
1959	41 184	15 065	9 982	1 915	5 914	3 835	8 072	1 822
1960	47 946	18 475	11 982	2 304	6 111	3 767	8 930	1 827
1961	50 978	20 643	13 137	2 124	5 875	3 497	9 051	1 818
1962	52 975	22 518	13 574	2 177	6 334	3 858	8 208	1 558
1963	58 310	26 543	14 524	1 839	6 862	4 195	8 356	1 621
1964	64 920	29 360	15 955	2 350	7 873	4 785	9 160	1 835
1965	71 651	31 335	18 005	2 740	9 070	5 741	10 267	2 302
1966	80 628	35 784	19 294	3 381	10 744	7 178	11 173	2 696
1967	87 045	39 021	19 531	4 421	12 191	7 859	11 626	2 802
1968	99 551	45 178	20 930	4 556	15 759	10 835	12 856	3 234
1969	113 557	54 040	23 941	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	59 323	27 645	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	64 960	28 986	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	71 729	32 090	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	85 958	37 562	10 836	23 174	15 089	20 509	6 007
1974	230 578	105 720	47 688	15 903	28 454	17 343	32 088	10 456
1975	221 589	99 225	45 290	17 425	22 515	13 146	36 442	16 703
1976	256 642	120 007	52 157	17 432	24 435	14 413	41 835	20 731
1977	273 614	125 614	55 308	16 704	28 385	18 199	46 777	24 926
1978	284 907	133 603	53 996	17 635	31 452	20 180	47 461	24 525
1979	314 469	155 516	61 408	18 841	32 655	20 759	45 083	19 180
1980	350 328	171 993	71 139	19 399	34 591	21 478	51 723	22 814
1981	396 898	186 034	76 185	19 545	42 698	25 976	70 558	34 883
1982	427 741	205 884	81 395	20 522	45 608	28 120	72 686	38 043
1983	432 281	207 771	83 526	22 605	49 807	32 847	67 180	31 577
1984	488 223	232 812	93 853	23 325	69 046	46 834	67 672	27 947
1982 1. Vj.	107 619	52 449	19 707	4 744	11 514	6 806	18 785	9 813
2. Vj.	108 269	52 612	20 863	5 061	11 536	7 182	17 805	9 372
3. Vj.	101 344	47 981	19 629	4 884	11 014	6 705	17 404	9 128
4. Vj.	110 508	52 842	21 195	5 834	11 544	7 428	18 692	9 729
1983 1. Vj.	105 591	52 712	20 101	5 289	10 189	6 515	16 963	8 224
2. Vj.	106 117	51 684	20 391	5 589	11 478	7 503	16 654	7 766
3. Vj.	103 411	48 604	20 095	5 485	12 508	8 240	16 352	7 849
4. Vj.	117 162	54 770	22 939	6 242	15 632	10 589	17 211	7 738
1984 1. Vj.	120 113	58 196	22 723	5 185	16 217	10 931	17 429	7 810
2. Vj.[8])	115 088	54 861	22 682	5 662	15 094	9 950	16 419	6 705
3. Vj.	117 969	55 987	22 495	5 838	17 502	11 825	15 764	6 370
4. Vj.	135 053	63 768	25 954	6 639	20 232	14 129	18 060	7 063
1985 1. Vj.	133 839	64 929	25 781	6 125	19 328	13 456	17 290	6 961
2. Vj.	134 006	64 419	26 560	6 788	19 762	13 832	16 068	6 274
3. Vj.	130 761	60 513	26 104	7 396	19 733	13 694	16 555	5 980

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1985: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1985: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [8]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 59*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	Übrige europäische Länder [3]	Staatshandelsländer [4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen [5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder [6]
1950 [7]	11 374	4 084	1 874	352	2 372	1 811	2 677	482
1951	14 726	3 400	2 643	429	3 636	2 722	4 019	660
1952	16 203	4 823	3 324	313	3 667	2 507	4 076	870
1953	16 010	5 256	3 124	419	2 931	1 658	4 259	1 003
1954	19 337	6 238	3 602	512	3 444	2 237	5 521	1 253
1955	24 472	8 114	4 308	733	4 683	3 209	6 610	1 488
1956	27 964	8 823	4 836	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	9 752	5 255	1 235	7 789	5 671	7 633	1 896
1958	31 133	10 631	5 422	1 451	6 191	4 219	7 407	2 138
1959	35 823	13 411	6 114	1 687	6 421	4 595	8 152	2 463
1960	42 723	16 080	7 009	2 037	8 034	5 977	9 461	2 810
1961	44 363	17 227	7 393	2 074	8 241	6 100	9 335	2 856
1962	49 498	19 840	7 799	2 191	9 379	7 033	10 202	3 368
1963	52 277	21 357	7 916	2 185	10 206	7 941	10 533	3 683
1964	58 839	24 879	8 812	2 442	10 609	8 066	12 012	4 369
1965	70 448	31 815	9 871	2 943	12 296	9 196	13 425	4 709
1966	72 670	32 826	9 896	3 163	12 576	9 177	14 110	5 023
1967	70 183	32 248	9 074	3 023	12 055	8 556	13 694	5 157
1968	81 179	38 684	10 622	3 414	12 790	8 850	15 579	6 638
1969	97 972	48 549	13 243	3 976	15 115	10 253	16 992	6 725
1970	109 606	55 015	14 478	4 397	17 934	12 066	17 681	6 897
1971	120 119	62 840	14 872	4 769	18 363	12 420	19 149	8 676
1972	128 744	70 012	16 092	5 325	17 569	10 765	19 633	8 378
1973	145 417	76 724	18 219	6 619	19 801	12 223	23 937	10 425
1974	179 733	87 514	20 861	8 409	22 590	13 972	40 188	23 784
1975	184 313	92 937	21 780	8 661	23 864	14 226	36 835	20 223
1976	222 173	109 010	27 192	10 977	29 289	17 556	45 444	24 408
1977	235 178	115 250	30 253	11 370	30 010	17 020	48 055	23 477
1978	243 707	121 964	34 841	12 565	30 448	17 434	43 686	19 390
1979	292 040	143 672	41 285	16 021	36 483	20 274	54 325	26 966
1980	341 380	160 153	49 382	17 493	44 566	25 690	69 557	37 417
1981	369 179	174 784	53 700	19 287	49 480	28 388	71 647	37 449
1982	376 464	181 148	56 092	21 359	49 081	28 213	68 478	32 824
1983	390 192	191 438	62 914	22 157	50 279	27 712	63 149	27 283
1984	434 257	208 035	70 776	26 432	58 886	31 097	69 894	27 290
1982 1. Vj.	96 458	46 467	14 862	5 510	12 389	7 112	17 183	7 782
2. Vj.	95 041	45 969	14 282	5 252	12 825	7 553	16 639	7 727
3. Vj.	89 688	43 077	12 873	5 114	11 554	6 566	16 963	7 916
4. Vj.	95 278	45 636	14 074	5 482	12 312	6 982	17 693	9 398
1983 1. Vj.	93 675	46 207	14 886	5 122	11 854	6 808	15 558	6 793
2. Vj.	95 909	48 334	15 327	5 148	12 362	6 831	14 673	5 942
3. Vj.	95 092	45 632	15 159	5 567	12 267	6 803	16 390	7 237
4. Vj.	105 517	51 264	17 542	6 320	13 796	7 270	16 528	7 311
1984 1. Vj.	108 740	52 480	17 860	6 281	14 492	7 742	17 584	7 085
2. Vj. [8]	106 486	51 104	17 258	6 347	14 296	7 477	17 421	7 401
3. Vj.	105 869	48 213	16 777	6 553	14 197	7 548	18 049	6 714
4. Vj.	113 162	54 238	18 881	7 250	15 901	8 330	16 841	6 090
1985 1. Vj.	120 203	58 941	19 342	6 033	16 545	9 077	19 289	7 118
2. Vj.	115 532	55 344	19 211	6 656	16 202	8 543	18 056	7 095
3. Vj.	113 227	54 278	18 955	6 727	14 524	7 225	18 651	7 043

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1985: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1985: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [8]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 60*

Index der Grundstoffpreise [1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei [2])	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe [2])						Grundstoffe für das	
			zusammen	darunter					Verarbeitende Gewerbe [4])	Baugewerbe [4])
				Erdöl und Mineralölerzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Eisen und Stahl	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug [3])	Chemische Erzeugnisse		
1964	54,1	70,5	51,0	21,7	.	.	56,9	64,2	.	.
1965	55,4	72,4	52,2	20,9	.	.	65,6	64,5	.	.
1966	56,1	73,1	52,8	21,0	.	.	72,8	63,4	.	.
1967	54,1	69,1	51,3	22,6	.	.	64,6	62,7	.	.
1968	53,9	68,4	51,2	22,8	.	.	68,9	61,9	.	.
1969	55,3	70,8	52,4	21,4	.	.	74,4	61,9	.	.
1970	56,8	68,7	54,6	21,9	.	.	71,5	62,2	.	.
1971	57,3	68,2	55,4	25,1	.	.	58,7	62,5	.	.
1972	59,2	74,9	56,2	24,0	.	.	56,1	62,2	.	.
1973	65,4	82,5	62,2	27,8	.	.	69,8	65,7	.	.
1974	78,0	83,4	77,8	54,5	.	.	87,6	85,7	.	.
1975	78,1	85,3	77,4	56,1	.	.	65,6	85,1	.	.
1976	83,1	95,4	81,4	60,4	84,9	98,2	72,4	84,8	84,3	85,1
1977	83,9	102,9	81,3	60,4	86,2	93,3	71,6	83,6	84,7	86,4
1978	81,7	95,9	79,7	54,9	89,2	94,3	66,9	81,2	80,6	88,6
1979	89,0	98,4	87,7	69,5	91,4	100,0	82,3	91,3	88,6	92,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	111,3	107,2	111,9	130,4	121,5	101,1	100,7	108,9	110,8	105,7
1982	115,5	111,1	116,1	131,7	136,7	111,4	93,2	113,1	113,3	111,2
1983	115,2	110,8	115,9	125,0	135,8	107,6	101,9	113,8	112,6	112,5
1984	121,2	113,6	122,3	133,5	143,8	116,0	108,5	119,1	119,1	115,2
1980 1. Vj.	98,3	101,0	97,9	93,3	93,3	102,5	106,7	100,1	99,5	98,2
2. Vj.	99,9	99,1	100,0	100,1	99,2	101,7	96,5	101,7	99,9	100,0
3. Vj.	99,6	98,3	99,8	99,4	101,0	98,9	97,6	99,1	99,2	100,8
4. Vj.	102,2	101,6	102,2	107,2	106,5	97,0	99,2	99,1	101,5	101,0
1981 1.Vj.	106,6	104,3	106,9	122,3	110,9	97,4	98,8	104,0	106,4	102,9
2. Vj.	110,3	105,5	111,0	130,6	116,2	98,6	101,6	108,1	110,2	105,2
3. Vj.	114,4	108,2	115,3	138,3	126,5	102,3	104,7	111,2	114,2	107,0
4. Vj.	114,0	110,8	114,4	130,3	132,6	106,1	97,6	112,3	112,4	107,9
1982 1. Vj.	115,7	112,0	116,2	131,5	136,4	111,8	95,8	113,4	113,9	110,7
2. Vj.	115,0	111,2	115,5	127,5	136,4	113,3	91,9	113,1	112,8	111,4
3. Vj.	115,6	110,7	116,4	132,5	137,7	111,9	92,3	113,0	113,4	111,6
4. Vj.	115,6	110,6	116,4	135,4	136,4	108,5	92,7	113,0	113,1	111,0
1983 1. Vj.	113,7	108,9	114,4	125,2	135,6	106,1	95,2	112,5	110,6	111,6
2. Vj.	113,6	108,7	114,3	120,5	135,2	106,8	100,6	112,1	110,4	112,2
3. Vj.	116,2	111,8	116,8	126,2	136,1	107,9	106,5	113,6	113,8	112,9
4. Vj.	117,5	113,7	118,1	128,1	136,5	109,7	105,2	116,8	115,4	113,3
1984 1. Vj.	119,6	114,5	120,4	130,2	139,4	114,1	109,4	118,7	117,8	114,2
2. Vj.	120,5	114,6	121,5	129,8	143,4	115,2	109,5	119,3	118,4	115,4
3. Vj.	121,7	112,7	123,1	134,5	146,4	116,8	107,4	119,3	119,4	115,8
4. Vj.	122,9	112,8	124,4	139,5	146,1	118,0	107,6	119,1	120,9	115,6
1985 1. Vj.	125,0	112,4	126,9	146,5	146,6	119,8	112,0	119,9	123,2	116,9
2. Vj.	124,1	110,1	126,2	139,6	148,6	120,4	111,4	122,8	122,0	118,2
3. Vj.	121,5	107,0	123,7	131,3	151,9	120,0	102,0	124,1	118,0	118,0

[1]) Inländische und importierte Grundstoffe zusammen. Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Gliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang.
[3]) Einschließlich Edelmetalle.
[4]) Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 61*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Inlandsabsatz)[1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse[2])	Elektrischer Strom[3]), Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse[4])	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter[5])
						produzierendes Gewerbe				
1962	54,6	29,8	50,5	56,0	55,3	54,0	54,7	63,6	48,3	51,5
1963	54,9	30,3	50,4	56,2	54,9	54,2	55,7	64,4	48,8	52,0
1964	55,5	30,2	50,8	56,9	55,4	54,9	56,8	64,8	49,7	52,5
1965	56,9	31,5	52,2	58,3	56,5	56,5	58,1	65,8	51,2	53,7
1966	57,8	31,4	52,8	59,3	57,1	57,6	59,6	67,2	52,4	55,0
1967	57,3	31,4	53,3	58,7	55,7	57,0	59,2	67,8	52,3	55,3
1968	56,9	31,4	53,5	58,2	55,0	57,0	59,0	66,9	52,4	54,8
1969	57,9	32,3	52,8	59,4	55,8	58,8	60,1	67,5	54,5	54,7
1970	60,8	36,7	53,0	62,3	58,2	63,4	62,4	69,1	59,4	57,1
1971	63,4	40,6	54,7	65,0	59,7	67,4	64,7	71,6	64,1	59,8
1972	65,1	42,9	58,4	66,5	59,7	69,2	67,0	74,4	66,5	61,9
1973	69,4	45,2	61,0	71,0	64,9	72,1	72,0	80,6	69,5	66,6
1974	78,7	57,9	65,8	80,5	80,2	78,9	80,5	85,2	75,8	74,4
1975	82,3	72,3	78,6	83,1	79,4	84,6	82,6	88,5	82,3	78,5
1976	85,4	77,1	83,9	85,8	81,8	87,5	85,1	91,8	85,9	81,4
1977	87,7	77,5	85,8	88,3	81,7	90,7	87,6	98,1	89,5	83,0
1978	88,7	82,5	88,8	88,9	81,0	92,8	89,0	97,4	92,3	84,8
1979	93,0	85,2	90,5	93,5	89,6	95,5	93,4	97,7	95,5	91,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	115,8	119,5	106,0	109,7	104,1	104,9	104,6	104,4	108,2
1982	114,1	124,7	134,7	111,1	113,9	110,0	109,0	110,8	110,5	111,8
1983	115,8	127,3	136,5	112,8	113,4	113,0	111,0	113,2	113,9	112,7
1984	119,2	131,7	141,0	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4
1981 1. Vj.	104,3	108,8	111,4	103,2	105,0	102,3	102,9	102,2	102,4	104,9
2. Vj.	106,9	115,0	116,1	105,5	108,7	103,8	104,4	104,1	104,0	107,2
3. Vj.	109,2	117,1	121,2	107,3	112,4	104,7	105,6	105,6	105,0	110,4
4. Vj.	110,8	122,2	129,5	108,1	112,7	105,5	106,8	106,4	106,0	110,4
1982 1. Vj.	112,7	123,5	133,8	109,7	113,3	108,1	108,1	107,8	108,6	109,9
2. Vj.	113,8	123,9	134,4	110,8	113,0	110,1	108,9	110,2	110,4	110,1
3. Vj.	114,8	123,8	135,3	111,8	114,3	110,7	109,4	112,6	111,3	112,8
4. Vj.	115,2	127,7	135,4	112,2	114,9	111,1	109,6	112,7	111,8	114,4
1983 1. Vj.	114,9	128,8	136,1	111,8	112,1	111,9	110,1	112,6	112,6	111,4
2. Vj.	115,3	127,2	136,2	112,2	112,1	112,9	110,6	112,4	113,8	111,6
3. Vj.	116,2	126,2	137,2	113,1	113,9	113,4	111,3	113,3	114,3	113,6
4. Vj.	116,9	127,0	136,5	114,0	115,5	113,6	112,0	114,5	114,7	114,2
1984 1. Vj.	118,0	131,2	137,6	115,1	116,9	114,5	113,0	114,9	115,7	114,6
2. Vj.	118,9	131,2	140,4	115,7	117,5	115,3	114,1	115,0	116,5	114,7
3. Vj.	119,4	131,5	142,1	116,1	117,9	115,8	115,1	114,6	117,0	115,2
4. Vj.	120,3	132,8	143,7	116,9	119,5	116,3	115,7	114,7	117,8	117,2
1985 1. Vj.	121,5	134,2	144,2	118,2	122,4	117,2	116,4	114,5	118,7	118,8
2. Vj.	122,0	134,7	145,0	118,7	121,9	118,4	117,4	114,3	120,0	118,8
3. Vj.	122,0	134,1	147,5	118,4	120,4	118,8	117,8	114,1	120,5	118,2

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — [2]) Ohne Erdgas. — [3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — [4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — [5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 62*

Index der Ausfuhrpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	54,1	56,8	53,9	53,8	43,2	55,1	48,6	53,7
1963	54,2	62,2	53,9	54,3	42,7	55,1	49,1	54,0
1964	55,5	62,7	55,1	56,4	44,3	56,2	50,2	54,9
1965	56,7	63,1	56,4	56,3	45,5	57,6	51,8	56,2
1966	57,9	64,7	57,6	56,4	46,7	58,8	53,2	58,2
1967	57,8	63,6	57,5	54,4	46,7	58,9	53,8	59,1
1968	57,2	62,4	57,0	53,5	46,4	58,3	53,5	58,8
1969	59,5	63,6	59,3	54,0	47,6	60,8	56,4	59,8
1970	61,4	64,4	61,2	54,8	49,0	62,7	59,3	61,0
1971	63,4	66,0	63,3	58,7	48,9	65,0	63,3	63,8
1972	64,7	69,1	64,5	61,7	47,2	66,5	66,0	65,8
1973	68,9	77,0	68,5	64,8	55,4	70,1	69,3	69,3
1974	80,6	85,0	80,3	75,8	82,1	80,1	75,3	78,1
1975	83,7	85,1	83,6	86,6	76,9	84,1	81,8	82,9
1976	87,0	87,9	86,9	92,4	79,5	87,4	86,5	86,5
1977	88,5	91,9	88,3	91,5	77,4	89,2	90,2	89,0
1978	89,9	91,4	89,8	90,5	76,1	91,0	92,8	91,2
1979	94,1	94,3	94,1	95,3	87,9	94,6	95,5	93,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,8	106,5	105,8	109,7	112,7	104,9	104,4	105,4
1982	110,4	107,9	110,6	115,2	115,3	110,0	110,0	109,3
1983	112,3	110,1	112,4	113,7	115,2	112,1	113,1	111,1
1984	116,2	114,2	116,3	122,5	121,1	115,7	116,3	113,4
1981 1. Vj.	103,2	105,1	103,1	104,8	106,4	102,8	102,7	103,3
2. Vj.	105,3	107,5	105,2	107,5	111,2	104,5	104,1	104,9
3. Vj.	107,2	107,7	107,1	112,5	117,0	106,0	105,2	106,5
4. Vj.	107,4	105,5	107,5	114,1	116,4	106,4	105,6	106,7
1982 1. Vj.	109,6	107,6	109,7	116,4	115,9	108,9	108,4	108,3
2. Vj.	110,4	108,3	110,5	115,2	114,4	110,0	109,8	109,2
3. Vj.	110,8	107,7	111,0	114,5	115,5	110,5	110,6	109,8
4. Vj.	110,8	107,8	111,0	114,7	115,5	110,5	111,0	110,1
1983 1. Vj.	111,2	107,1	111,4	113,3	113,2	111,2	112,1	110,4
2. Vj.	111,7	108,1	112,0	112,1	113,7	111,8	112,9	110,7
3. Vj.	112,9	111,5	112,9	113,3	116,6	112,5	113,5	111,4
4. Vj.	113,5	113,7	113,5	116,2	117,0	113,0	113,9	111,7
1984 1. Vj.	114,8	114,4	114,9	119,9	118,8	114,3	115,1	112,4
2. Vj.	115,8	114,5	115,9	120,5	120,2	115,3	116,0	113,1
3. Vj.	116,6	113,3	116,8	123,7	121,7	116,1	116,7	113,7
4. Vj.	117,5	114,8	117,7	125,7	123,7	116,9	117,4	114,3
1985 1. Vj.	119,2	116,1	119,3	129,4	127,2	118,2	118,7	115,1
2. Vj.	120,1	115,6	120,4	128,8	127,2	119,4	120,1	116,2
3. Vj.	119,7	112,2	120,2	123,7	123,2	119,7	120,6	116,7

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 63*

Index der Einfuhrpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	49,9	67,9	46,9	26,8	34,4	66,7	69,8	50,1
1963	50,9	70,9	47,2	27,0	34,7	67,5	71,5	51,2
1964	51,7	71,8	48,2	27,2	35,9	68,5	72,6	49,4
1965	53,1	75,2	48,9	27,0	37,5	69,2	74,0	48,6
1966	54,0	75,1	50,0	27,5	39,2	70,6	76,1	49,7
1967	52,8	72,6	49,4	26,8	38,6	70,0	75,2	51,1
1968	52,4	70,0	49,5	26,8	39,3	69,3	75,7	52,0
1969	53,3	72,3	50,1	26,3	40,8	70,3	75,9	51,4
1970	52,8	71,9	49,6	25,6	40,8	69,6	74,2	51,3
1971	53,0	70,7	50,0	28,0	38,3	70,2	75,8	53,2
1972	52,7	72,6	49,3	27,3	36,5	70,2	75,7	53,5
1973	59,4	87,5	54,7	32,0	46,6	72,9	76,1	61,4
1974	76,4	95,3	73,2	60,1	65,6	82,1	80,1	70,5
1975	75,1	89,7	72,7	58,2	60,1	85,6	88,0	73,0
1976	79,7	97,1	76,9	63,3	64,0	88,7	92,9	76,8
1977	80,9	105,6	76,9	62,8	62,7	89,5	93,0	78,2
1978	77,9	95,6	75,0	55,8	60,6	90,2	94,6	78,5
1979	87,0	96,7	85,4	67,7	83,5	94,1	95,8	92,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,6	107,6	114,6	130,8	118,8	107,2	109,4	108,7
1982	116,2	108,9	117,3	130,2	123,0	110,6	112,3	112,2
1983	115,8	113,2	116,3	123,8	120,2	112,1	114,4	111,5
1984	122,8	121,1	123,0	134,0	131,6	116,0	119,1	114,3
1981 1. Vj.	109,3	107,9	109,6	122,9	110,9	104,3	106,4	105,6
2. Vj.	113,2	108,5	114,0	132,4	115,6	106,7	108,8	107,5
3. Vj.	117,2	106,7	118,8	139,3	125,4	109,0	111,5	111,3
4. Vj.	114,8	107,4	115,9	128,5	123,1	108,7	110,7	110,5
1982 1. Vj.	116,3	111,2	117,0	130,4	122,7	110,1	111,8	110,4
2. Vj.	115,4	110,6	116,1	126,1	121,8	110,5	111,9	111,7
3. Vj.	116,4	106,5	117,9	131,4	123,9	110,8	112,7	112,7
4. Vj.	116,8	107,4	118,3	133,0	123,7	111,0	112,9	114,0
1983 1. Vj.	114,0	109,0	114,8	123,5	117,1	110,8	112,7	110,1
2. Vj.	113,6	109,3	114,3	119,3	117,6	111,3	113,6	110,3
3. Vj.	117,2	114,8	117,5	125,4	123,0	112,7	115,3	112,6
4. Vj.	118,5	119,6	118,4	127,1	123,2	113,4	115,9	112,8
1984 1. Vj.	120,7	122,2	120,4	129,7	127,2	114,6	117,4	113,8
2. Vj.	121,7	123,4	121,4	129,8	130,3	115,2	118,0	113,4
3. Vj.	123,5	119,2	124,1	135,9	133,5	116,5	119,8	114,3
4. Vj.	125,2	119,8	126,1	140,6	135,2	117,6	121,1	115,8
1985 1. Vj.	129,0	125,6	129,5	147,6	139,9	119,2	123,3	118,8
2. Vj.	127,5	123,0	128,2	142,0	137,5	119,8	123,3	117,1
3. Vj.	123,3	113,2	124,8	132,0	133,3	119,2	122,3	115,8

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 64*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
				Betriebsgebäude				
1960	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	.
1961	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	.
1962	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	.	18,1
1963 [3])	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	.	20,6
1964	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	.	22,5
1965	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	.	26,7
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	.	28,8
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	.	31,3
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	34,6
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	36,4
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	37,5
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	40,9
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	49,1
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	49,7
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	49,2
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	53,7
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	59,5
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	65,8
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	73,1
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	84,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	117,1
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	136,0
1983	111,2	111,5	112,6	112,9	111,1	99,5	115,1	146,2
1984	114,0	114,3	115,8	115,7	113,8	100,8	118,7	148,7
1981 Feb	103,2	103,2	103,5	103,1	103,2	101,6	103,5	109,9
Mai	106,2	106,1	106,1	106,0	106,2	103,4	106,5	117,7
Aug	106,9	106,8	107,0	107,3	106,8	103,5	107,9	118,6
Nov	107,1	107,2	107,7	108,0	107,1	102,0	108,4	126,4
1982 Feb	107,9	108,2	108,9	109,4	107,9	101,2	109,7	128,7
Mai	109,1	109,4	110,2	110,5	109,1	100,7	111,3	130,3
Aug	109,5	109,7	110,6	111,0	109,4	100,0	112,6	134,5
Nov	109,1	109,3	110,3	110,7	109,0	99,2	112,6	141,3
1983 Feb	109,3	109,5	110,6	110,9	109,1	98,8	113,0	136,3
Mai	110,7	111,0	112,0	112,3	110,6	99,1	114,5	144,6
Aug	112,3	112,6	113,7	114,0	112,2	100,0	116,4	143,9
Nov	112,5	112,8	114,1	114,3	112,4	99,9	116,5	150,6
1984 Feb	113,0	113,4	114,9	114,9	112,9	100,0	117,0	143,7
Mai	114,2	114,5	115,9	116,0	114,0	100,8	118,7	141,1
Aug	114,4	114,7	116,2	116,0	114,2	101,2	119,5	150,2
Nov	114,2	114,5	116,1	115,7	114,0	101,3	119,6	145,0
1985 Feb	114,2	114,5	116,3	115,8	114,0	101,6	119,9	135,6
Mai	114,2	114,7	116,5	116,2	113,9	102,4	120,5	136,9
Aug	114,8	115,3	117,1	116,9	114,5	103,0	121,4	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 65*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955 [3])	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4])	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1982 1. Vj.	178,3	170,1	155,0	177,5	268,4	158,8	186,5	170,2	180,2	190,5
2. Vj.	180,5	174,1	162,8	180,2	268,3	159,6	188,4	171,4	182,3	189,5
3. Vj.	182,8	171,8	174,3	182,5	272,7	158,8	189,7	172,4	185,1	196,1
4. Vj.	184,2	170,4	175,0	184,9	280,9	160,3	191,8	173,5	186,4	199,2
1983 1. Vj.	185,5	173,4	175,5	188,4	268,0	162,4	193,0	180,0	188,2	198,0
2. Vj.	186,6	175,9	174,6	190,6	266,0	162,7	194,3	180,7	190,2	197,8
3. Vj.	188,3	175,1	173,4	192,2	273,7	162,4	195,5	181,9	195,0	202,7
4. Vj.	189,2	175,2	173,7	193,7	276,0	163,7	197,0	182,6	195,7	203,5
1984 1. Vj.	190,8	178,3	174,3	195,6	278,2	165,4	198,1	183,1	196,2	204,2
2. Vj.	191,7	180,0	174,7	197,4	277,3	165,6	199,4	183,6	197,4	204,1
3. Vj.	191,7	177,7	174,9	199,2	278,4	165,2	200,1	183,9	199,1	203,6
4. Vj.	193,2	176,5	175,5	201,7	285,1	166,3	202,0	184,4	200,0	207,5
1985 1. Vj.	195,1	179,5	176,3	203,3	292,0	168,4	203,1	187,5	201,0	208,4
2. Vj.	196,5	181,5	177,0	204,6	288,1	168,4	204,3	188,1	202,6	212,2
3. Vj.	195,9	177,9	178,2	205,8	288,6	168,0	205,0	188,5	204,6	210,4

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 66*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])

1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Bekleidung, Schuhe[4])	Wohnungsmieten	Energie[5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[6])	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	50,5	47,3	56,4	49,6	36,8	38,2	58,5	47,0	47,7	55,4	48,1
1963	52,1	48,8	58,1	50,7	38,8	39,2	59,6	48,4	49,9	56,2	49,7
1964	53,3	50,0	59,3	51,7	41,2	39,8	60,5	49,6	50,4	57,3	51,3
1965	55,1	51,5	61,5	53,1	43,6	40,5	62,1	51,3	50,9	58,9	52,8
1966	57,0	53,6	63,2	54,8	47,7	41,1	63,3	54,2	53,0	60,5	54,5
1967	57,8	55,0	63,2	55,6	50,8	41,5	63,3	55,3	54,5	61,8	56,7
1968	58,6	56,7	62,5	55,5	54,3	44,4	63,1	58,9	55,5	63,8	59,1
1969	59,8	57,8	63,8	56,0	58,3	44,5	63,2	59,7	55,2	64,4	60,1
1970	61,7	59,9	65,3	58,3	60,6	45,9	65,4	62,1	56,7	67,6	61,4
1971	64,8	63,4	67,8	61,9	64,2	47,4	68,5	65,6	60,3	70,8	67,8
1972	68,3	66,7	71,6	65,6	67,9	49,2	71,1	68,9	64,0	73,4	71,1
1973	72,9	71,0	76,9	70,5	72,4	55,2	73,7	72,9	68,4	77,3	75,0
1974	77,9	76,6	80,6	75,7	76,5	63,1	79,0	78,3	75,2	84,1	79,1
1975	82,6	81,7	84,9	79,5	82,3	70,9	83,7	83,2	80,0	89,4	81,8
1976	86,3	85,0	89,1	82,3	86,6	75,4	85,8	86,3	84,0	92,0	84,2
1977	89,3	87,5	93,2	86,4	89,4	76,1	88,4	89,1	85,6	93,5	88,7
1978	91,6	90,2	94,5	90,3	92,0	78,0	91,4	92,2	88,1	95,2	91,6
1979	95,0	94,4	96,2	94,4	95,0	91,0	94,3	95,5	92,4	97,6	95,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,0	104,8	105,2	104,5	117,4	105,8	104,6	109,3	104,3	106,6
1982	112,0	112,2	111,2	110,0	109,8	127,0	110,6	112,5	112,7	109,2	112,4
1983	115,6	116,3	114,0	113,4	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3
1984	118,4	119,4	115,7	116,3	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1980 1. Vj.	98,3	98,0	98,9	98,2	98,3	97,3	97,9	98,4	97,0	99,2	97,8
2. Vj.	99,9	99,7	100,4	99,5	99,6	99,8	99,4	99,6	100,2	99,9	99,1
3. Vj.	100,5	100,5	100,5	100,4	100,6	99,0	100,7	100,5	101,1	99,7	101,3
4. Vj.	101,4	101,9	100,2	101,9	101,5	103,9	102,1	101,5	101,8	101,2	101,8
1981 1. Vj.	103,8	104,1	103,0	103,3	102,5	111,3	103,5	102,7	104,8	103,3	103,9
2. Vj.	105,7	105,9	105,2	104,6	103,9	113,4	105,3	104,2	108,2	103,9	105,2
3. Vj.	107,2	108,2	104,8	105,5	105,2	120,5	106,6	105,2	112,0	104,0	108,4
4. Vj.	108,6	109,6	106,2	107,3	106,4	124,3	107,9	106,3	112,3	106,1	108,9
1982 1. Vj.	110,0	110,6	108,5	108,5	107,8	125,1	109,2	111,3	110,5	108,5	110,9
2. Vj.	111,4	111,2	111,8	109,6	109,1	125,0	110,4	112,1	109,8	109,1	111,7
3. Vj.	112,8	112,8	112,5	110,3	110,5	127,0	111,1	112,9	114,2	108,9	113,1
4. Vj.	113,7	114,4	112,0	111,6	112,0	130,9	111,9	113,8	116,1	110,1	113,7
1983 1. Vj.	114,4	114,8	113,5	112,4	114,0	124,7	112,6	118,1	115,2	111,8	115,6
2. Vj.	115,1	115,4	114,6	113,0	115,4	123,8	113,2	118,8	115,0	112,1	116,5
3. Vj.	116,2	117,1	114,0	113,7	116,4	127,4	114,1	119,8	118,3	113,3	118,4
4. Vj.	116,7	117,8	114,1	114,6	117,3	128,5	114,7	120,4	118,8	114,3	118,5
1984 1. Vj.	117,7	118,6	115,7	115,2	118,5	129,5	115,2	121,0	119,0	115,5	118,8
2. Vj.	118,3	118,9	116,6	115,9	119,6	129,1	115,7	121,4	119,0	115,5	119,4
3. Vj.	118,3	119,3	115,5	116,4	120,6	129,6	116,1	121,8	118,6	115,4	120,4
4. Vj.	119,2	120,8	114,9	117,5	122,1	132,8	116,4	122,1	121,2	116,4	120,7
1985 1. Vj.	120,4	121,9	116,6	118,2	123,2	136,1	116,9	122,7	121,0	117,7	123,5
2. Vj.	121,2	122,6	117,7	118,8	123,9	134,2	117,5	123,1	123,4	117,6	124,6
3. Vj.	120,9	122,8	116,1	119,2	124,6	134,4	117,9	123,5	122,3	117,4	125,9

[1]) Gliederung nach Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.
[6]) Einschließlich andere Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 67*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

Alle privaten Haushalte

1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Bekleidung, Schuhe[3])	Wohnungsmieten	Energie[4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[5])	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	49,7	46,8	56,1	50,9	38,4	33,7	56,4	40,4	47,6	53,5	51,9
1963	51,2	48,2	57,7	51,9	40,5	34,8	57,5	41,7	49,2	55,0	52,9
1964	52,4	49,4	59,0	52,6	42,8	35,4	58,0	43,2	49,7	57,0	53,7
1965	54,1	50,9	61,1	53,8	45,2	36,1	59,1	45,3	50,1	58,9	55,0
1966	56,0	52,9	63,0	55,3	48,8	36,6	60,3	48,3	52,1	61,0	56,4
1967	56,9	54,4	62,9	55,9	52,1	37,1	60,4	49,9	53,8	63,0	57,7
1968	57,8	56,0	62,4	55,9	55,9	39,2	60,5	52,6	55,3	64,7	59,4
1969	58,9	56,9	63,8	56,5	59,4	39,2	60,9	53,9	55,0	65,3	60,4
1970	61,0	59,2	65,3	58,8	62,0	40,9	63,4	56,9	56,6	68,5	61,6
1971	64,1	62,8	67,8	62,2	65,8	43,2	66,7	60,8	60,4	71,6	66,1
1972	67,7	66,1	71,7	66,0	69,8	45,1	69,6	64,7	64,5	74,1	68,9
1973	72,4	70,6	77,0	70,9	73,9	52,5	72,5	69,2	69,4	77,9	72,5
1974	77,4	76,3	80,7	76,3	77,6	61,3	78,0	75,0	76,4	84,5	76,6
1975	82,0	81,1	84,9	80,1	82,6	67,7	83,0	80,4	81,2	89,6	79,7
1976	85,6	84,5	88,8	82,8	86,7	72,4	85,5	84,1	84,7	92,4	82,3
1977	88,7	87,2	93,2	86,8	89,6	73,0	88,2	87,4	86,5	93,9	86,7
1978	91,1	90,0	94,5	90,7	92,3	74,8	91,3	90,9	89,0	95,5	90,0
1979	94,9	94,4	96,1	94,6	95,3	90,4	94,3	94,7	93,1	97,9	94,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	106,8	104,8	105,1	104,4	116,3	105,8	105,2	108,7	103,7	107,1
1982	111,9	112,1	111,3	109,8	109,7	125,6	110,6	111,0	112,6	107,9	113,5
1983	115,6	116,0	114,3	113,0	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5
1984	118,4	119,2	116,0	115,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1980 1. Vj.	98,3	98,0	98,9	98,2	98,4	97,8	97,9	98,2	96,9	99,4	97,9
2. Vj.	99,9	99,7	100,4	99,5	99,6	100,0	99,3	99,6	100,2	100,0	99,2
3. Vj.	100,5	100,5	100,5	100,4	100,6	98,9	100,7	100,6	101,1	99,6	101,1
4. Vj.	101,4	101,8	100,2	101,9	101,4	103,4	102,1	101,7	101,8	100,9	101,8
1981 1. Vj.	103,8	104,1	103,0	103,2	102,4	110,6	103,5	103,3	104,4	103,0	104,5
2. Vj.	105,7	105,8	105,3	104,6	103,9	112,5	105,3	104,7	107,4	103,4	106,0
3. Vj.	107,2	108,0	104,9	105,4	105,1	119,3	106,5	105,8	111,2	103,2	108,5
4. Vj.	108,6	109,4	106,2	107,2	106,4	122,7	108,0	107,0	111,7	105,2	109,3
1982 1. Vj.	110,0	110,5	108,5	108,3	107,7	123,7	109,2	109,7	110,4	107,6	111,9
2. Vj.	111,3	111,1	111,8	109,4	109,0	123,5	110,3	110,6	110,0	108,0	113,1
3. Vj.	112,7	112,6	112,7	110,1	110,4	125,6	111,1	111,4	114,1	107,4	114,2
4. Vj.	113,7	114,2	112,2	111,3	111,8	129,7	111,9	112,4	116,0	108,8	115,0
1983 1. Vj.	114,4	114,7	113,7	112,0	113,8	123,1	112,6	114,7	115,4	110,6	117,1
2. Vj.	115,0	115,1	114,8	112,7	115,2	122,0	113,3	115,2	115,4	110,6	117,8
3. Vj.	116,2	116,8	114,2	113,3	116,2	125,9	114,2	116,0	118,6	111,6	119,4
4. Vj.	116,7	117,5	114,3	114,1	117,2	127,2	114,7	116,6	119,2	112,7	119,6
1984 1. Vj.	117,7	118,4	116,0	114,7	118,3	128,3	115,3	117,4	119,6	114,2	119,9
2. Vj.	118,3	118,7	116,9	115,4	119,4	127,6	115,8	117,9	119,7	114,0	120,3
3. Vj.	118,3	119,1	115,8	115,8	120,4	128,1	116,1	118,1	119,4	113,7	121,4
4. Vj.	119,2	120,5	115,2	116,9	121,8	131,3	116,4	118,5	121,9	114,9	121,6
1985 1. Vj.	120,5	121,7	116,8	117,5	122,8	135,1	116,9	119,1	121,8	116,5	124,4
2. Vj.	121,2	122,3	118,0	118,1	123,6	132,4	117,6	119,6	124,2	116,1	125,3
3. Vj.	120,9	122,4	116,5	118,4	124,3	132,5	118,0	119,9	123,2	115,7	126,3

[1]) Gliederung nach Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.
[5]) Einschließlich andere Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 68*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[6])				
1962	49,7	56,7	38,9	40,4	55,0	50,5	56,8	37,3	42,0	54,9
1963	51,2	58,4	41,0	42,4	55,7	52,1	58,7	39,3	44,1	55,6
1964	52,4	59,8	43,3	44,1	56,2	53,3	60,0	41,7	45,6	56,3
1965	54,1	62,3	45,7	45,8	56,9	55,1	62,7	44,1	47,2	57,3
1966	56,0	64,0	49,3	48,8	58,0	57,0	64,2	48,3	49,7	58,6
1967	56,9	63,4	52,6	50,4	58,6	57,8	63,6	51,3	51,1	59,4
1968	57,8	62,0	56,3	53,1	59,1	58,6	62,1	54,9	53,8	60,0
1969	58,9	64,0	59,8	54,2	59,1	59,8	63,9	58,8	54,9	60,0
1970	61,0	65,2	62,4	56,7	61,0	61,7	65,2	61,1	57,4	61,9
1971	64,1	67,8	66,2	61,1	63,8	64,8	68,0	64,5	62,0	64,6
1972	67,7	71,9	70,2	65,3	66,8	68,3	71,9	68,3	66,1	67,6
1973	72,4	77,6	74,3	69,9	71,3	72,9	77,2	72,7	70,8	71,9
1974	77,4	81,8	77,9	75,1	77,0	77,9	81,7	76,7	76,2	77,3
1975	82,0	86,8	82,9	80,1	81,3	82,6	86,6	82,4	80,7	81,7
1976	85,6	91,0	87,0	83,8	84,2	86,3	91,3	86,9	84,2	84,6
1977	88,7	93,1	89,8	87,9	87,3	89,3	93,4	89,6	88,1	87,8
1978	91,1	94,3	92,4	91,2	89,7	91,6	94,4	92,2	91,3	90,1
1979	94,9	95,9	95,3	95,5	94,1	95,0	96,0	95,1	95,6	94,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	105,3	104,4	106,2	107,3	106,3	105,2	104,4	106,0	107,6
1982	111,9	110,4	110,2	112,0	112,9	112,0	110,4	110,1	111,8	113,4
1983	115,6	112,1	116,5	116,6	115,9	115,6	112,2	116,3	116,5	116,5
1984	118,4	114,2	120,9	119,3	118,4	118,4	114,2	120,6	119,3	118,9
1980 1. Vj.	98,3	98,6	98,4	98,0	98,2	98,3	98,7	98,4	97,9	98,1
2. Vj.	99,9	100,8	99,6	99,6	99,8	99,9	100,6	99,6	99,5	99,8
3. Vj.	100,5	100,7	100,6	100,8	100,2	100,5	100,6	100,6	100,9	100,2
4. Vj.	101,4	99,8	101,4	101,7	101,8	101,4	100,1	101,4	101,7	101,8
1981 1. Vj.	103,8	103,8	102,4	103,8	104,3	103,8	103,7	102,4	103,6	104,5
2. Vj.	105,7	106,4	103,8	105,3	106,3	105,7	106,0	103,8	105,0	106,6
3. Vj.	107,2	104,7	105,0	107,3	108,6	107,2	104,7	105,0	107,2	109,0
4. Vj.	108,6	106,3	106,6	108,3	110,0	108,6	106,5	106,6	108,2	110,5
1982 1. Vj.	110,0	109,4	108,1	110,4	110,6	110,0	109,5	108,1	110,2	110,9
2. Vj.	111,3	112,6	109,4	111,5	111,5	111,4	112,2	109,4	111,1	111,9
3. Vj.	112,7	110,4	110,8	112,7	113,9	112,8	110,4	110,7	112,5	114,6
4. Vj.	113,7	108,9	112,4	113,5	115,7	113,7	109,3	112,3	113,2	116,2
1983 1. Vj.	114,4	111,1	114,6	115,1	115,0	114,4	111,4	114,5	114,8	115,6
2. Vj.	115,0	113,1	116,1	115,8	114,9	115,1	113,0	116,0	115,6	115,5
3. Vj.	116,2	112,1	117,1	117,5	116,4	116,2	112,3	116,9	117,6	117,0
4. Vj.	116,7	112,0	118,1	117,9	117,2	116,7	112,2	117,8	117,9	117,7
1984 1. Vj.	117,7	114,5	119,2	118,6	117,8	117,7	114,5	119,0	118,6	118,3
2. Vj.	118,3	115,9	120,3	119,0	118,0	118,3	115,6	120,0	119,0	118,5
3. Vj.	118,3	113,8	121,3	119,7	118,0	118,3	113,9	121,1	119,7	118,5
4. Vj.	119,2	112,5	122,7	120,0	119,6	119,2	112,9	122,5	120,1	120,1
1985 1. Vj.	120,5	114,9	123,7	121,5	120,7	120,4	115,1	123,5	121,6	121,0
2. Vj.	121,2	116,6	124,4	122,1	121,1	121,2	116,5	124,3	122,3	121,7
3. Vj.	120,9	113,5	125,0	122,8	121,0	120,9	113,8	124,9	123,0	121,5

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Garagennutzung.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[5]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter.
[6]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 69*

Löhne und Gehälter

1980 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1])	Brutto-stunden-verdienste[2]) Industrie[4])	Brutto-wochen-verdienste[2]) Industrie[4])	Brutto-monats-verdienste[2]) Industrie[4]) und Handel[5])	Tarifliche Stundenlöhne[3]) Produzierendes Gewerbe[6])	Tarifliche Stundenlöhne[3]) gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne[3]) Produzierendes Gewerbe[6])	Tarifliche Wochenlöhne[3]) gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter[3]) Produzierendes Gewerbe[6])	Tarifliche Monatsgehälter[3]) gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	20,5	20,6	22,5	22,6	22,1	21,8	24,3	24,0	25,4	26,4
1961	22,6	22,8	24,8	24,6	23,9	23,5	26,1	25,9	27,4	28,5
1962	24,7	25,4	27,3	26,7	26,4	25,9	28,3	28,0	29,5	30,6
1963	26,2	27,3	29,2	28,5	28,1	27,6	29,9	29,7	31,2	32,4
1964	28,5	29,6	31,5	30,3	30,0	29,4	31,5	31,2	32,7	33,9
1965	31,1	32,4	34,7	32,8	32,3	31,7	33,6	33,3	34,9	36,0
1966	33,4	34,6	36,7	35,2	34,6	34,0	35,8	35,6	37,0	38,2
1967	34,5	35,7	36,4	36,6	36,2	35,5	36,9	36,6	38,2	39,4
1968	36,6	37,3	38,9	38,3	37,7	37,0	38,3	38,1	39,5	40,7
1969	40,0	40,6	43,1	41,3	40,2	39,5	40,8	40,5	41,9	43,2
1970	46,1	46,6	49,6	46,5	45,5	44,7	45,7	45,5	46,6	47,7
1971	51,4	51,7	54,1	51,2	51,4	50,8	51,6	51,4	51,7	53,1
1972	56,1	56,3	58,3	55,7	55,9	55,7	56,1	56,2	56,4	57,6
1973	62,4	62,2	64,4	61,3	61,2	61,2	61,3	61,7	62,0	63,3
1974	69,2	68,5	69,5	67,7	68,4	68,5	68,5	68,9	69,2	70,5
1975	73,6	73,9	72,6	73,2	74,5	74,7	74,5	74,9	75,4	76,4
1976	78,7	78,6	78,8	77,9	78,7	78,9	78,7	79,0	79,7	80,4
1977	84,1	84,2	84,5	83,2	84,4	84,4	84,4	84,5	85,3	85,7
1978	88,7	88,7	89,0	88,0	88,8	88,9	88,8	89,0	89,6	89,9
1979	93,7	93,8	95,0	93,4	93,9	93,9	93,9	93,9	94,2	94,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,9	105,5	104,4	105,0	105,7	105,5	105,7	105,5	105,4	104,9
1982	109,2	110,5	108,1	110,1	110,3	110,1	110,3	110,0	110,1	109,4
1983	112,7	114,1	111,0	113,7	114,1	113,9	114,1	113,8	113,9	113,2
1984	116,0	116,8	114,7	117,4	117,3	116,9	117,2	116,8	117,1	115,9
1982 Jan	99,9	108,0	105,9	107,5	107,5	107,5	107,5	107,4	107,2	106,8
Apr	106,8	110,4	108,4	110,1	110,4	110,0	110,4	109,9	110,2	109,0
Jul	108,0	111,7	110,2	111,4	111,4	111,4	111,4	111,3	111,4	110,8
Okt	122,2	111,9	107,7	111,3	111,7	111,6	111,7	111,5	111,5	111,0
1983 Jan	103,0	111,8	105,7	111,5	111,8	111,7	111,8	111,6	111,6	111,0
Apr	109,7	114,2	110,9	113,3	114,3	114,1	114,3	114,0	114,1	113,4
Jul	111,6	115,2	113,7	114,8	115,0	114,9	115,0	114,8	114,9	114,1
Okt	126,5	115,3	113,6	115,1	115,2	115,0	115,2	114,9	115,0	114,2
1984 Jan	109,0	115,0	111,2	115,5	115,3	115,1	115,3	115,0	115,1	114,3
Apr	111,1	116,1	113,8	116,3	116,1	116,1	116,1	116,0	116,3	115,3
Jul	113,5	118,0	116,7	118,4	118,6	118,1	118,6	118,0	118,4	116,8
Okt	130,4	118,1	117,1	119,3	119,0	118,4	118,9	118,2	118,7	117,0
1985 Jan	109,6	118,2	115,3	119,9	119,4	119,2	119,2	118,8	119,0	118,2
Apr	116,3	121,6	118,4	121,7	122,7	121,8	120,2	119,9	120,8	119,4
Jul	...	122,5	120,0	122,8	123,5	122,5	121,0	120,5	121,5	120,0

[7]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.

[1]) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[3]) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[4]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[5]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[6]) Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei; Zimmerei, Dachdeckerei; Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Tabelle 70*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase[2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom[3])	Sonstige Energieträger[4])
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 71*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 72*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 73*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1])		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3])
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	je Einwohner[2])	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2]) in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3])	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4]) pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5])	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4])	1980 = 100	Petajoule[4])	1980 = 100	Petajoule[4])	1980 = 100
1950	0,59	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,60	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,60	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,67	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,80	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,92	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,10	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	1,12	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,40	16 139	1 909	0,82	138	22,9	167	.	311	.
1959	1,64	20 103	2 230	0,87	185	20,7	214	.	352	.
1960	1,78	23 470	2 794	0,92	281	20,1	267	.	402	.
1961	2,06	28 015	3 035	0,92	381	20,0	337	.	460	.
1962	2,45	34 397	3 768	1,05	572	20,5	401	24,5	516	49,0
1963	2,88	41 210	4 357	1,14	744	21,5	455	24,9	563	48,9
1964	3,13	47 213	4 914	1,17	838	20,5	522	22,3	636	48,8
1965	3,43	53 993	4 994	1,09	1 011	19,6	577	21,4	692	48,7
1966	3,76	60 408	5 584	1,15	1 134	18,8	610	22,7	762	46,8
1967	3,93	62 882	6 566	1,33	1 196	20,3	604	23,4	783	50,2
1968	4,16	70 134	7 855	1,47	1 366	21,7	633	22,2	838	53,6
1969	4,36	78 263	7 914	1,32	1 641	20,3	677	22,3	903	49,6
1970	4,63	86 429	8 583	1,27	1 853	21,5	733	24,6	993	48,7
1971	4,67	88 816	11 168	1,49	1 962	23,7	742	32,3	1 080	51,2
1972	4,74	93 332	10 621	1,29	2 064	21,9	792	26,6	1 136	53,8
1973	4,81	98 780	15 009	1,63	2 217	36,3	799	28,4	1 181	60,5
1974	4,33	88 939	32 226	3,27	1 926	47,3	687	56,5	1 129	72,7
1975	4,23	85 785	28 988	2,82	1 907	45,5	622	56,2	1 216	72,2
1976	4,34	93 303	35 264	3,13	2 087	50,1	630	61,1	1 281	77,2
1977	4,17	92 541	34 442	2,87	2 007	50,0	592	62,8	1 361	75,0
1978	4,25	97 168	31 800	2,46	2 131	48,9	595	58,0	1 436	76,7
1979	4,15	98 796	47 791	3,42	2 121	87,2	586	74,4	1 485	84,7
1980	3,68	88 409	62 879	4,23	1 748	100	535	100	1 506	100
1981	3,31	79 586	70 808	4,58	1 546	117,1	440	138,6	1 448	119,5
1982	3,18	75 960	68 094	4,26	1 403	123,8	378	131,1	1 475	117,0
1983	3,12	75 623	63 373	3,78	1 398	113,8	334	132,5	1 506	116,1
1984	3,03	75 701	68 543	3,91	1 425	120,5	311	157,9	...	116,5

[1]) Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2]) Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4]) Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5]) Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abgabenbelastung 136, 262 ff.

Angebotsbedingungen 47 ff.

Angebotspolitik 180 ff., 207, 213

Arbeitsförderungsgesetz, Novellierung 301 ff.

Arbeitskräfte
— s. Beschäftigung

Arbeitslosigkeit 80 ff.
— finanzielle Absicherung von Arbeitslosen 304
— in Europa 24 ff.
— Langzeitarbeitslosigkeit 94
— Struktur der Arbeitslosigkeit 88 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 172

Arbeitsmarktpolitik 301 ff.
— für Ältere 304
— „Qualifizierung" 305

Arbeitsproduktivität
— s. Produktivität

Arbeitszeit
— Flexibilisierung 291 ff.
— Verkürzung der Lebensarbeitszeit 282
— Verkürzung der Wochenarbeitszeit 291 ff., 232

Aufträge 47 ff.

Ausbildungsplätze 92

Ausfuhr 40, 58 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 161

Auslastungsgrad des Produktionspotentials
— s. Kapazitätsauslastung

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 163, 179, 201

Austauschverhältnis 63

Auszubildende 92

Bauwirtschaft 69 ff., 160

Beschäftigung 80 ff.
— Frauen 97 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 164, 172

Bruttoinlandsprodukt
— s. Produktion, Gesamtwirtschaft

Bundespost 337 ff.

Deregulierung
— s. Marktöffnung

Devisenmarkt
— s. Wechselkurse

Einfuhr 62, 162

Einfuhrpreise 62

Einkommen 66, 165

Einkommensteuer 121, 269 ff.
— s. a. öffentliche Finanzen

Entwicklungsländer 2, 14 ff.

Europa 20 ff.
— Arbeitslosigkeit und Beschäftigung 24 ff.
— Finanzpolitik 31 ff.
— konjunkturelle Entwicklung 20 ff.
— Preise 29
— voraussichtliche Entwicklung 155

Europäische Gemeinschaft 34 ff.
— Gemeinschaftshaushalt 35 ff.
— Stahlpolitik 350 ff.

Europäisches Währungssystem 38, 241 ff.

Finanzierungsrechnung 57

Finanzpolitik 120, 127 ff., 189 ff., 251 ff.
— in den Vereinigten Staaten 6 ff.
— in Europa 31 ff.

Geldbasis
— s. Zentralbankgeldmenge

Geldmenge 117

Geldmengenziel 105 f., 235 ff.

Geldpolitik 103 ff., 187 f., 234 ff.
— Beurteilung 108, 234
— Geldversorgung der Wirtschaft 109
— in den Vereinigten Staaten 5
— Instrumentarium 110 ff.
— s. a. Zentralbankgeldmenge

Gesundheitspolitik 358 ff.
— Krankenhausfinanzierung 372 f.
— Selbstbeteiligung 368, 375 ff.
— Wettbewerb auf der Anbieterseite 370 f.
— Wettbewerb zwischen den Kassen 369

Gesundheitswesen
— Ausgabenentwicklung 359 f.
— Wachstumsdynamik 362 ff.

Gewerbesteuer 277

Gewinne
— Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 66
— Gewinnmargen 50 f.

Industrieproduktion
— s. Produktion

Inflation
— s. Preisentwicklung

Innovationspolitik 314 ff.

Integration in die Weltwirtschaft 140 ff.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit
— s. Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland

Investitionen 47 ff.
— öffentliche 76, 125
— voraussichtliche Entwicklung 157 ff.
— Vorratsinvestitionen 49

Investitionsförderung 271

Japan 3, 18 f.

Kapazitätsauslastung 79, 170

Kapitalkosten 55 f., Anhang VI. B.

Kapitalmarkt 118 f.

Kapitalverkehr
— s. Integration in die Weltwirtschaft
— s. Zahlungsbilanz

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Bundesrepublik 39 ff.
— in der Welt 1 ff.
— voraussichtliche 146 ff.

Konjunkturneutraler Haushalt 127 ff., 254 f., Anhang VI. D.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
— s. öffentliche Finanzen

Kostendämpfung im Gesundheitswesen 359 ff.

Krankenversicherung, gesetzliche 358 ff.

Kredit 118

Leistungsbilanz
— s. Zahlungsbilanz

Löhne
— Differenzierung 287 ff.
— Effektivverdienste 50, 66
— im öffentlichen Dienst 75
— Lohnstückkosten 50
— Tariflöhne 50, 192 ff., 279 ff.

Lohnpolitik
— s. Tarifpolitik

Lohnquote 66

Lohnsteuer
— s. Einkommensteuer

Marktöffnung 320 ff.
— Straßengüterverkehr 325 ff.
— Telekommunikation 337 ff.

Nachfragepolitik 214 ff.

Öffentliche Finanzen
— Ausgaben 122 f., 253, 262
— Einkommensteuertarif 269 ff.
— Finanzierungssaldo 121 ff., 253 ff., 262 ff.
— Gemeindefinanzen 125, 277
— Investitionen 125, 160
— konjunkturelle Wirkungen 127 ff., 254 ff.

— konjunkturneutraler Haushalt 127 ff., 254 f., Anhang VI. D.
— Konsolidierung 130 ff., 253 ff.
— mittelfristige Finanzplanung 262 ff.
— Staatsnachfrage 75 f.
— Steuereinnahmen 121, 168
— Steuerpolitik 269 ff.
— Strukturelles Defizit 130, 255
— Subventionen 258 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 150, 168 f.

Offene Stellen 95

Offenheitsgrad der Volkswirtschaft 141 f.

Postmonopol 337 ff.

Preisentwicklung
— Einfuhrpreise 62
— in Europa 29
— Verbraucherpreise 67
— voraussichtliche Entwicklung 167

Produktion
— Gesamtwirtschaft 79
— voraussichtliche Entwicklung 170

Produktionspotential 77 f., Anhang VI. A.

Produktivität 50

Prognose 146 ff.

Reallohnposition 53 ff., Anhang VI. B.

Realwert des Sozialprodukts 171, Anhang V.

Rentabilität der Investitionen 50 ff., 157 ff.

Renten 138

Sozialprodukt, Realwert des 171, Anhang V.

Sozialversicherung 135 ff.

Staatsquote 122, 217 ff., 253, 262 ff.

Stahlindustrie 350 ff.

Steueraufkommen 121, 168

Steuerquote 121, 168, 262 ff.

Steuerreform 269 ff.

Straßengüterverkehr 325 ff.

Strukturelles Defizit
— s. öffentliche Finanzen

Subventionen 133, 258 ff., 350 ff.

Tarifpolitik 279 ff.

Telekommunikation 337 ff.

Terms of Trade
— s. Austauschverhältnis

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 106, 109

Umweltschutzpolitik 178, 223 ff.

Unternehmensfinanzierung
— s. Finanzierungsrechnung

Verbrauch, privater 64 ff., 165 ff.

Vereinigte Staaten 4 ff., 153 f.

Verschuldungsprobleme 2, 14 ff.

Vorausschätzung
— s. Prognose

Vorruhestandsregelungen 282

Währungspolitik 12, 240 ff.

Wechselkursentwicklung 11 ff., 38, 115, 240 ff.
— reale Bewertung 13, 60, 115

Welthandel 2, 59, 155

Weltkonjunktur
— s. konjunkturelle Entwicklung

Wertschöpfungsteuer 277

Wettbewerb, dynamischer 308 ff.

Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland 60, 161

Wirtschaftspolitische Aufgabenverteilung 180 ff., 229

Wohnungsbau 69 ff., 160

Zahlungsbilanz
— Handelsbilanz 63, 163
— Kapitalverkehr 116

Zentralbankgeldmenge 104 ff., Anhang VI. C.

Ziele, gesamtwirtschaftliche 175 ff.

Zinsen 114 f., 150
— in der Welt 2 f., 29, 153